HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band IV
Von der Reichstagswahl
bis zur Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 – März 1932

Teil 3: Januar 1932 – März 1932

Herausgegeben und kommentiert
von Christian Hartmann

K · G · Saur München 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
Bd. 4. Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 – März 1932 / hrsg. und kommentiert von
Christian Hartmann.
Teil 3. Januar 1932 – März 1932. – 1997
ISBN 3-598-22005-7


Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Gesamtedition

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

Band VI
Register

Ergänzungsband
Der Hitler - Prozeß 1924

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Mit dem Erscheinen dieses Teilbandes, der den Zeitraum von Januar 1932 bis März 1932 abdeckt, liegt Band IV vollständig vor. Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wurden auch in diesem Teilband die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze nochmals abgedruckt sowie ein gesondertes Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hier veröffentlichte Quellenmaterial ist im wesentlichen von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit gesammelt worden.

Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Ute Elbracht, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte
Horst Möller
Udo Wengst

München, im Februar 1997

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Aufgenommen wurden dagegen alle politisch sowie partei- oder organisationsgeschichtlich relevanten Anordnungen und Ernennungen Hitlers, während auf alle von ihm unterzeichneten Ernennungsschreiben und Vollmachten verzichtet wurde, wenn sie lediglich formalen Charakter besitzen. Ebenfalls abgesehen wurde bis auf einige Ausnahmen von einer Edierung aller von Hitler gezeichneten Anordnungen für die SA; seit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler im September 1930 behielt sich dieser auch die Zeichnung von Befehlen vor, die allein für den Innendienst der SA relevant waren. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Wird der Völkische Beobachter (VB) zitiert, so ist stets die Bayernausgabe gemeint, es sei denn, auf die seit 1.2.1927 erscheinende Reichsausgabe wird ausdrücklich verwiesen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre beendet,

1990-1992 an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt und 1994-1996 durch gezielte Rückfragen bei allen relevanten in- und ausländischen Ortsarchiven und -bibliotheken systematisch ergänzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt a. M., Bundesarchiv, Abt. MA Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt ehemals Freiburg i. Br., jetzt Potsdam, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbork, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner mehrere Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

1. Januar 1932 Dok. 1
Aufruf

VB vom 1./2.1.1932, "Neujahrsaufruf Adolf Hitlers".

Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!

Das *zwölfte Jahr* des Kampfes unserer Bewegung[1] ist zu Ende. Dank der übergroßen Treue aller Mitkämpfer, dank ihrem Arbeits- und Opfersinn ist es gelungen, auch in diesem Jahre den *Siegesmarsch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei weiter fortzusetzen.* Wir alle wissen es:

Im Jahre 1931 ist unsere Bewegung zur größten Partei Deutschlands geworden[2].

Gewaltige äußere Erfolge sind der allen sichtbare Beweis für diese Tatsache.

Als am 14. September 1930 6½ Millionen erwachsene Deutsche *107 Abgeordnete unseres Vertrauens in den Deutschen Reichstag* wählten[3], zerriß zum ersten Male für die ganze Welt das Lügengewebe, mit dem man das innere Wachstum unserer Bewegung nach außen hin jah-

---

1 Die DAP war am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden. Zu ihrer Frühgeschichte vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975 sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972, S. 29 ff.

2 Für die Zeit der Weimarer Republik lassen sich etwa folgende Mitgliederstärken der großen deutschen Parteien ermitteln:

Partei	Gesamtzahl der Mitglieder	Zeitpunkt
KPD	ca. 287.000	März 1932
SPD	1.008.953	31.12.1931
DDP/DStP	113.323	1929
Zentrum	ca. 200.000	1933
DVP	ca. 250.000	1930
DNVP	ca. 696.000	1928
NSDAP	ca. 800.000	Dezember 1931

Vgl. Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981, S. XCVII; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1932, S. 109; Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986, Bd. 1, S. 575; Bd. 2, S. 414, 477; Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977, S. 34; Albrecht Tyrell, Führer befiel... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352.

3 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten 6.379.672 Wahlberechtigte NSDAP gewählt, die daraufhin mit 107 Abgeordneten im Reichstag vertreten war. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1931, S. 547. Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der NSDAP im V. Reichstag vgl. Reichstags-Handbuch 1930. Persönliche Angaben und Bilder. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1930.

relang verschleiert hat. Selbst die Lüge und Verleumdung mußten einen Augenblick in ihrem Treiben innehalten: Es war ein Sieg erfochten worden, der nicht weggelogen werden konnte. Allerdings, schon wenige Wochen später hatten sich die berufsmäßigen politischen Verdreher der Wahrheit so weit wiedergefunden und von ihrem ersten Schrecken erholt, daß das alte freche Lügenspiel erneut beginnen konnte. Man versuchte sich selbst und der Welt einzureden, daß nur eine "augenblickliche Erkrankung" des deutschen Volkes Ursache unseres Erfolges sein konnte. Die Partei - so hieß es - habe damit ihren Höhepunkt erreicht und werde nunmehr jäh nach unten stürzen[4].

Parteigenossen und -genossinnen! Ihr habt gesehen, wie das Schicksal und die Tatsachen auch dieses Mal unsere offiziellen politischen Propheten Lügen straften.

Das Jahr 1931 hat Sieg um Sieg an unsere nationalsozialistischen Fahnen geheftet.

Trotz der von mir vorhergesagten Flut von Lügen, Fälschungen und Verleumdungen[5] sind in den Wahlen dieses Jahres die Massen unserer Anhänger enorm gewachsen.

Deutschland ist im Begriff in rapider Schnelligkeit nationalsozialistisch zu werden.

Die Wahlen in Bremen, in Hamburg, in Oldenburg, in Anhalt-Dessau, in Mecklenburg, in Hessen und in Württemberg, sie haben eine fortlaufende Steigerung der Größe und der Bedeutung unserer Bewegung gebracht[6].

Dem Bolschewismus steht die gewaltige Front des neuen Deutschland gegenüber.

Allein, so berauschend diese äußeren Erfolge auch sind, sie wären wertlos, wenn ihnen am Ende nicht ein gleiches *inneres Wachstum der Partei* zur Seite stünde.

---

4 In den Kommentaren der deutschen Presse zum Wahlerfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 gab es Stimmen, die das rapide Anwachsen der nationalsozialistischen Wählerschaft nur als vorübergehendes Phänomen bewerteten. Doch gab es auch sehr viel ernstere Urteile, etwa das des *Berliner Tageblatts* vom 24.9.1930 (MA), "Doppelt grundlose Panik": "Jetzt ist anzunehmen, daß er [*der Nationalsozialismus*] eine vorübergehende Erscheinung ist und daß nach einer Besserung der Wirtschaftslage, nach einem Rückgang der Arbeitslosenziffer sein Stern wieder verblassen wird. Er wird keine vorübergehende Erscheinung sein, wenn man ihn in die Regierungsämter eindringen läßt. Das Ausland glaubt nicht an die Harmlosigkeit des Experimentes und darum hat es, auch nach Erledigung des törichten Putschgeschwätzes, weiter die deutschen Wertpapiere fortgeworfen, als die Äußerungen aus der Mitte rechts den Eindruck erweckten, das Kabinett 'von Frick bis Brüning' werde kommen."

5 Anspielung auf Hitlers Aufruf vom 1.1.1931. Druck: Bd. IV/1, Dok. 42.

6 Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 30.11.1930 erhielt die NSDAP 51.327 Stimmen (25,4%), bei der Wahl am 13.11.1927 hatte sie noch nicht kandidiert; bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 27.9.1931 konnte die NSDAP ihr Wahlergebnis von 14.760 (2,2%, 19.2.1928) auf 202.506 Stimmen (26,2%) steigern; bei der Landtagswahl in Oldenburg am 17.5.1931 von 17.457 (7,5%, 20.5.1928) auf 97.802 Stimmen (37,2%); bei der Landtagswahl in Hessen am 15.11.1931 erhielt die NSDAP 291.183 Stimmen (37,1%), bei der Wahl am 13.11.1927 hatte sie noch nicht kandidiert.
Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen in Anhalt am 25.10.1931 war die NSDAP fast überall zur stärksten Partei geworden. Ein Gesamtergebnis der württembergischen Gemeinderatswahlen vom 6.12.1931 liegt nicht vor, es wird auf knapp 20% geschätzt, so daß die NSDAP zweitstärkste Partei wurde. Bei den Amtsvertreterwahlen in Mecklenburg-Schwerin am 1.11.1931 erzielte die NSDAP mit 91.896 Stimmen das beste Ergebnis aller Parteien und Listenverbindungen. Vgl. Jürgen Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 93 ff.; Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986, S. 97 ff.; Kerstin Urbschat, Mecklenburg-Schwerin in den letzten Jahren der Weimarer Republik. In: Norddeutschland im Nationalsozialismus. Hrsg. von Frank Bajohr, Hamburg 1993, S. 83-98, hier S. 94.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Größe des Wachstums unserer Bewegung sollt ihr aber an folgendem ermessen: Am 14. September 1930 zählte unsere Partei 293.000 Mitglieder[7]. Und heute, am 1. Januar 1932, hat sie das *8. Hunderttausend bereits überschritten*[8].

Am 1. Januar 1931 haben sich rund hunderttausend Männer in unserer SA-und SS-Organisation befunden. Heute am 1. Januar 1932 weit über 300.000[9].

Die Zahl unserer Anhänger beträgt schon jetzt mehr als 15 Millionen[10]!

Es ist ein Siegeszug, der in der Geschichte unseres Volkes ohne Beispiel ist.

Diesem ziffernmäßigen Wachstum entspricht der einzig dastehende *innere Ausbau* unserer Organisation.

Heute steht dem Bolschewismus und seinen marxistisch-zentrümlich-demokratischen Hilfskräften [*sic!*] eine gewaltige Front des erwachenden Deutschland gegenüber!

Wenn nicht Zentrum und mittleres Bürgertum [*sic!*] *aus ihrer inneren Wesensverwandtschaft heraus mit dem Marxismus paktieren würden*[11], *gäbe es schon heute kein rotes antichristliches Deutschland mehr.*

Sie sind daher die fluchbeladenen Helfershelfer des Bolschewismus!

So wie früher einst ein Bismarck mit Recht den Liberalismus als Schrittmacher der Sozialdemokratie bezeichnen konnte[12], so sind Demokratie und Zentrum heute die *Schrittmacher des Bolschewismus* und damit die Hauptmitschuldigen an unserm Unglück.

---

7 Die NSDAP hatte im Juni 1930 die Mitgliedsnummer 250.000 vergeben, im September 1930 die Mitgliedsnummer 300.000. Da jedoch freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden und mehrere Zahlenblöcke freigeblieben waren, ist der tatsächliche Mitgliederstand vermutlich 10-15% niedriger anzusetzen. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352. Zu Quellen und Forschungsstand der Mitgliederanalysen vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. ³1990, S. 120 ff.

8 Die NSDAP hatte im Dezember 1931 die Mitgliedsnummer 800.000 ausgegeben. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Anm. 7.

9 Der SA war es 1931 gelungen, die Zahl ihrer Mitglieder beinahe zu verdreifachen. Zählte man im Januar 1931 noch 88.000 Mitglieder, so waren es im Dezember desselben Jahres 260.000. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 111.

10 Umfragen oder Schätzungen über die Zahl potentieller NSDAP-Wähler zum damaligen Zeitpunkt liegen nicht vor. Bei der Reichstagwahl vom 14.9.1930 votierten 6.379.672 Wähler (18,3%) für die NSDAP, bei den sich anschließenden Landtags- und Kommunalwahlen zeichnete sich insgesamt eine relativ kontinuierliche Zunahme der NSDAP-Wähler ab. Bei der Reichspräsidentenwahl vom 13.3.1932 stimmten 11.339.446 (30,9%) Wähler für Hitler, im zweiten Wahlgang am 10.4.1932 13.418.547 (36,8%), bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 schließlich 13.745.781 Wähler (37,3%). Die NSDAP war damit seit 1930 die zweitstärkste, seit 1932 die stärkste Partei im Reichstag. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 72 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.; 1932, S. 541 ff.; Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 30 ff.

11 Auf Reichsebene bestanden Koalitionen zwischen (M)SPD, Zentrum und DDP 1919 im Kabinett Scheidemann, 1919/20 im Kabinett Bauer, 1920 im 1. Kabinett Müller und 1921/22 im 1. und 2. Kabinett Wirth; zwischen SPD, Zentrum, DDP und DVP 1923 im 1. und 2. Kabinett Stresemann sowie zwischen SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP 1928-1930 im 2. Kabinett Müller.
In Preußen als dem größten und wichtigsten Land im Deutschen Reich wurden seit März 1919 mit Ausnahme der Zeit von April bis November 1921 alle Regierungen aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet, unter Einschluß einzelner Vertreter der DDP, von 1921 bis 1925 auch der DVP. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff., 607 ff.

12 Gemeint ist vermutlich die am 9.5.1884 anläßlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag gehaltene Rede Bismarcks, in der er unter anderem erklärt hatte: "Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fort-

Die Größe unserer nationalsozialistischen Organisation zeigt sich allein äußerlich in der Errichtung des *"Braunen Hauses"*[13] *als Reichszentralgeschäftsstelle*[14]. Im Februar dieses Jahres erfolgte der Umzug aus der Geschäftsstelle Schellingstraße 50[15] in das neuerworbene Haus an der Brienner Straße. Heute ist das Haus trotz Erweiterungs- und Umbauten schon wieder viel zu klein. Ein Neubau wächst empor, ein weiterer ist projektiert, ein anderes neben dem Braunen Haus liegendes Gebäude ist seit Dezember dieses Jahres bezogen[16]! Erst im Jahr 1931 war es möglich geworden, die Organisationsabteilung II[17] auszubauen.

Nicht nur die *Eroberung des Arbeiters* in der Stadt hat damit in erhöhtem Umfange eingesetzt[18], sondern ebenso die *Gewinnung des Bauern*[19].

---

12 schrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie." Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1, S. 482.

13 Hitler hatte am 26.5.1930 ein 1828 im Biedermeierstil erbautes Adelspalais in München (Brienner Straße 45) für die NSDAP gekauft. Nach größeren Umbauarbeiten, mit denen der Münchner Architekt Paul Ludwig Troost beauftragt wurde und für die Hitler selbst Entwürfe anfertigte, war die gesamte Reichsleitung der NSDAP zu Beginn des Jahres 1931 dorthin verlegt worden. Vgl. Ulrike Grammbitter, Vom "Parteiheim" in der Brienner Straße zu den Monumentalbauten am "Königlichen Platz". Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 61-87. Ferner Bd. III/3, Dok. 48 und 50; Bd. IV/1, Dok. 61 sowie Bd. IV/2, Dok. 19.

14 Zur Detailstruktur der Reichsleitung der NSDAP vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 355 ff.; Adolf Dresler, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937; Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 57 f.

15 Die Hauptgeschäftsstelle für die Reichsleitung der NSDAP in der Schellingstr. 50 war am 24.6.1925 bezogen worden. Die Räume stellte Hitlers Leibfotograf Heinrich Hoffmann zur Verfügung, der im selben Hinterhaus sein Fotoatelier besaß. Im März 1925 waren in der Hauptgeschäftsstelle vier Angestellte beschäftigt, bis 1930 war deren Zahl auf 56 gestiegen. Vgl. Philipp Bouhler, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, München 1938, S. 79 f.; Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938, S. 172 f. Dort auch eine Abbildung.

16 Nachdem die Reichsleitung der NSDAP das "Braune Haus" (vgl. Anm. 13) zu Beginn des Jahres 1931 bezogen hatte, wurde Troost bereits im Mai 1931 mit der Planung zu einer ersten Erweiterung im östlichen Gartengelände des Grundstücks beauftragt. Der Rohbau für das langgestreckte, zweigeschossige Verwaltungsgebäude im neoklassizistischen Stil wurde im Dezember 1931 fertiggestellt. Die Ausdehnung der NSDAP im Gebiet östlich des Königsplatzes war damit aber noch nicht zu Ende: Im Januar 1932 wurde die Partei Eigentümerin des westlichen Nachbargebäudes Brienner Straße 44, zwei Monate später wurde ein Kaufvertrag für das benachbarte Wohnhaus Arcisstraße 20 unterzeichnet. Noch im selben Jahr wurde die Reichsführerschule der NSDAP in die Brienner Straße 44 verlegt. Vgl. Grammbitter, "Parteiheim", S. 61 ff. sowie Bd. IV/2, Dok. 19 und 95.

17 Zweck der im Juni 1929 gegründeten Organisations-Abteilung II in der Reichsleitung der NSDAP war - so deren Leiter Konstantin Hierl in seinen Erinnerungen - die "Vorbereitung künftiger Staatsaufgaben". Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung jedoch nicht vorweisen, so daß beide Organisationsabteilungen am 9.6.1932 wieder unter der Leitung Gregor Straßers vereinigt wurden. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation, S. 381 f. sowie Bd. III/2, Dok. 86 und Bd. V/1, Dok. 85. Zur organisatorischen Gliederung der Abteilung vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 361 ff.

18 Genaue statistische Angaben über die Mitglieder der NSDAP, geschweige denn über die Wähler liegen für diesen Zeitraum nicht vor. Umfassende Wahlanalysen lassen vermuten, daß bei der Reichstagswahl vom 14.9. 1930 ca. 13% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP wählten - zum Vergleich: alle Berufsgruppen durchschnittlich 15%. Bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 wählten ca. 27% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP, bei

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist nicht nur eine Partei der Städter, sondern sie ist schon heute auch die größte deutsche Bauernpartei[20].

Ihre Politik des Ausgleichs und der Versöhnung der einzelnen Lebensstände[21], *der Zusammenfassung aller Deutschen für die politischen großen Lebensaufgaben unseres Volkes* prägt sich von Monat zu Monat schärfer in ihrer eigenen Zusammensetzung aus.

Die innere Festigkeit unserer Bewegung, die absolute Richtigkeit der Gedanken sowie der Grundlagen ihrer Organisation zeigten sich vielleicht am deutlichsten anläßlich der Überwindung aller Versuche unserer Gegner, durch innere Störungen die ihnen verhaßte Partei der deutschen Wiederaufstehung zu zersplittern.

So groß der Jubel unserer Feinde war, mit dem sie jedes scheinbare Anzeichen einer inneren Rebellion in unserer Bewegung[22] begrüßten, so bitter war auch immer ihre Enttäuschung: Aus jeder Prüfung ist die Partei stärker herausgekommen, als sie hineinging. Das Jahr 1931 hat dies am schlagendsten bewiesen!

Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen!

Ihr seht die Entwicklung heute klar hinter euch liegen und mögt daraus einen Blick in die Zukunft tun.

---

einem Durchschnittswert von 31%. Unter den Wählern der NSDAP waren die Arbeiter also leicht unterrepräsentiert, starke regionale und berufsspezifische Schwankungen eingeschlossen. Dennoch würde dies bedeuten, "daß ab Juli 1932 mehr Arbeiter NSDAP gewählt hätten, als jeweils der KPD oder der SPD ihre Stimme gaben" (Falter, Hitlers Wähler, S. 225).
Mitgliederuntersuchungen deuten darauf hin, daß der Anteil an Arbeitern bei den neu eingetretenen NSDAP-Mitgliedern während der Jahre 1930-1932 bei 35,9%, also ebenfalls unter dem Reichsdurchschnitt lag. Vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 52 ff., 250 f.; Falter, Hitlers Wähler, S. 198 ff. mit Angaben zur Berechnung und den zugrundegelegten Definitionskriterien. Ferner Detlef Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

19 Die Wahlergebnisse der NSDAP in landwirtschaftlich geprägten Regionen hing vor allem von deren Konfession ab. Die "überdurchschnittliche Anfälligkeit nicht nur der großagrarischen, sondern vor allem der durch bäuerliche Familienbetriebe geprägten Landregionen gegenüber dem Nationalsozialismus beschränkt sich [...] weitgehend auf den evangelischen Teil Deutschlands. In den überwiegend katholischen Kreisen läßt sich die vermutete Beziehung nicht feststellen." Bei einem Vergleich *aller* Kreise ist bis 1930 noch kein meßbarer Einfluß der Landwirtschaft auf die Wahlergebnisse der NSDAP zu erkennen. Dagegen erreichte die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 in landwirtschaftlich geprägten Kreisen ein durchschnittliches Wahlergebnis von 33%, in Kreisen mit einem geringeren Agraranteil jedoch nur von 29%. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 256 ff., Zitat S. 260 f.

20 Zur nationalsozialistischen Agrarideologie vgl. Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970, S. 297 ff.; Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 20 ff. ferner Bd. III/3, Dok. 22 sowie Bd. IV/2, Dok. 24.

21 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen deutschen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994, S. 102 ff.
Zur Sozialstruktur der damaligen NSDAP vgl. Kater, Nazi Party, S. 32 ff., 169 ff. sowie Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47; Manstein, Mitglieder und Wähler.

22 Anspielung auf die sog. Stennes-Revolte im Frühjahr 1931. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 89, 93, 99 f., 115 sowie Bd. IV/2, Dok. 18.

Die Welt geht einer Entscheidung entgegen, die sich in Jahrtausenden oft nur einmal vollzieht.

Die bürgerlichen Parteien sehen das Weltgeschehen mit *ihren* Augen an. Klein und kurzsichtig, wie sie sind, vermuten sie auch in den Erscheinungen der Umwelt nur ihnen gleiche treibende Kräfte. Auch jetzt erkennen sie im Bolschewismus noch nicht die Zerstörung aller menschlichen Kulturen, sondern ein vielleicht sogar noch "interessantes Experiment eines neuen staatlichen Wollens". Sie haben keine Ahnung davon, daß heute eine tausendjährige Kultur in ihren Grundfesten erschüttert wird, keine Vorstellung, daß, wenn der Bolschewismus endgültig siegt, nicht ein paar kümmerliche bürgerliche Regierungen zum Teufel gehen, sondern *unersetzbare geschichtliche Traditionen ihre Beendigung finden*. Ja, daß darüber hinaus ein Wendepunkt in der Entwicklung der Menschheit überhaupt als Endergebnis im schlimmsten Sinne des Wortes eintreten muß. Ein Sieg des Bolschewismus ist nicht nur das Ende unserer heutigen Völker, ihrer Staaten, ihrer Kulturen, ihrer Wirtschaft, sondern auch das Ende ihrer Religionen! Nicht Freiheit kommt aus dieser Welterschütterung, sondern barbarische Tyrannei auf der einen Seite und eine materialistische Vertierung des Menschen auf der anderen!

Wie so oft in der Geschichte der Völker wird auch dieses Mal Deutschland in seinem Schicksal von entscheidender Bedeutung sein für das Schicksal aller. Wenn erst einmal die Fahne der roten Menschheitsverdummung und Menschenvertierung [*sic!*] über Deutschland aufgezogen wird, ist auch die andere Welt dem gleichen Los verfallen.

Wir kämpfen nicht für den Sieg einer Partei, sondern für die Erhaltung unseres Volkes.

70 Jahre lang haben in Deutschland verruchte bürgerliche Parteien die Kraft des nationalen Gedankens verbraucht und unser Volk in einem hohen Grade dem Marxismus ausgeliefert. 70 Jahre lang haben die Parteien der Demokratie und vorgeblich später das streng christliche Zentrum in widernatürlicher Unzucht mit den Wegbereitern des Bolschewismus[23] unser Volk verderben helfen.

Heute klammern sie sich in verwerflicher Herrschsucht an ein Regiment, das schon jetzt nicht mehr ihnen gehören würde, wenn ihre eigene Bedeutung allein maßgebend wäre.

Wenn die von uns geschaffene nationalsozialistische Bewegung als Gegengewicht gegen den Marxismus heute ausfiele, würde Deutschland morgen bolschewistisch sein.

Was aber will das Schicksal?

Wenn dem Geschehen des nunmehr vergangenen Jahres ein innerer Sinn zugrunde liegen soll, dann kann es nur der sein, daß das Schicksal selbst *klare Fronten* will.

Das Bibelwort, das den Heißen oder Kalten anerkennt, den Lauen aber zum Ausspeien verdammt[24], sehen wir in unserem Volke in Erfüllung gehen. Die Mitte wird zerhauen und zer-

23 Die Reichstagsfraktion des Zentrums stimmte 1889 gegen die von Bismarck angestrebte Verlängerung des Sozialistengesetzes und lehnte 1899 auch die gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie gerichtete Zuchthausvorlage ab. Ungeachtet des politisch und sozial heterogenen Charakters des Zentrums beharrte seine Führung jedoch auf einer grundsätzlichen Ablehnung des Sozialismus, den sie durch Entwicklung einer eigenen christlichen Soziallehre und den Aufbau von spezifisch christlichen Arbeitervereinen zu ersetzen suchte. Vgl. Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

24 Vgl. Offenbarung 3, 16-17: "Ich weiß deine Werke, daß du weder kalt noch warm bist. Ach, daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde."

schlagen. Die Kompromisse werden ein Ende nehmen. Dem internationalen Bolschewismus gegenüber steht heute im Nationalsozialismus die deutsche Nation. Der Allmächtige selbst schafft durch seinen gnädigen Willen die Voraussetzung zur Rettung unseres Volkes[25]; indem er die laue Mitte vernichten läßt, will er uns den Sieg geben.

Nationalsozialisten! Wir gehen nunmehr in das neue Jahr hinein in der Überzeugung, daß es das schwerste Jahr des Kampfes unserer Bewegung sein wird.

Der Blick nach rückwärts zeigt uns zahllose Opfer. Solange wir eine kleine Partei vorstellten [*sic!*], waren wir berechtigt, in unseren eigenen Opfern die Größe der Verpflichtung für unser Handeln zu erblicken. Seit uns die Vorsehung so große Erfolge gewährte, liegt das Maß unserer Pflichten Deutschland gegenüber in der Größe der Opfer, die unser Volk im Laufe seines geschichtlichen Werdens überhaupt auf sich genommen hat. Denn nicht um den Sieg einer Partei kämpfen wir, sondern um die Erhaltung unseres Volkes.

Angesichts der Größe dieser Opfer und dieser Aufgabe können wir nicht erwarten, daß der noch kommende Weg ein leichter sein wird!

Männer der nationalsozialistischen Bewegung!

SA- und SS-Kameraden!

Ich wiederhole, was ich das letzte Jahr von Euch forderte[26]:

Männer meiner nationalsozialistischen Bewegung! Ich verlange von Euch nichts Ungesetzliches, fordere nichts, was Euer Gewissen in Konflikt mit dem Gesetz bringt[27]*, verlange aber, daß Ihr mir auf dem Wege, den das Gesetz genehmigt und mir mein Gewissen und meine Einsicht vorschreiben, in Treue folgt und Euer Schicksal mit meinem Schicksal verbindet.*

Es wird ein Fegfeuer von Verleumdungen, Lügen, Fälschungen, Terror und Unterdrückung sein, durch das unsere Bewegung hindurch muß!

Unser Gegner fürchtet die Vergeltung für die Überzahl der Verbrechen, die er an unserem Volk verübte. Er wird daher vor keiner Gemeinheit und keiner Tat zurückschrecken, um den Sieg unserer Bewegung zu verhindern.

---

25 Zu den religiösen Bezügen in der Selbstdarstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologen vgl. Werner Reichelt, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

26 Anspielung auf Hitlers Aufruf vom 1.1.1931. Druck: Bd. IV/1, Dok. 42.

27 Nach dem spektakulären Wahlerfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 stellte sich die Frage, ob die Führung einer derart erstarkten radikalen Partei auch weiterhin bereit sein würde, sich an die Spielregeln einer demokratischen Verfassung zu halten. So verwies der Reichsminister des Innern Joseph Wirth am 4.4.1931 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt auf das Urteil des Reichsgerichts, dem zufolge "zum mindesten Teile der NSDAP auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiteten". Hitler selbst gab jedoch am 20.6.1931 gegenüber dem italienischen Konsul in München, Giovanni Capasso Torre di Capraia, zu erkennen, daß er sich ganz auf die legale Machtübernahme konzentriere. Die offiziellen Verlautbarungen der NSDAP betonten erst recht, daß die Macht auf "legalem" Weg erobert werden sollte. Obwohl die politische Praxis, insbesondere an der Parteibasis, oft anders ausfiel, war Hitler nach der Erfahrung des gescheiterten Putschs im November 1923 nicht bereit, seine - letzten Endes maßgebliche - Strategie einer Legitimierung seines Machtanspruchs durch Wahlerfolge aufzugeben. Druck von Wirths Schreibens: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977, S. 191 f. Ferner Renzo De Felice, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983, S. 231 f. Allgemein: Klaus Rüffler, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994.

Nationalsozialisten! Rechnet von vornherein damit, und nichts wird Euch dann überraschen. Dann werdet Ihr alles überwinden.

Der Weg von 7 Mann[28] *auf 15 Millionen war schwerer als der Weg von 15 Millionen zur deutschen Nation.*

Wenn wir einst die Kühnheit besaßen, an unser gigantisches Ziel und seine Verwirklichung zu glauben, dann wollen wir heute den Mut besitzen, wie ein Ritter ohne Furcht und Tadel[29] zwischen Hölle, Tod und Teufel hindurch den Weg zum Siege und zur Freiheit zu wählen.

Nationalsozialisten! Jeder von Euch sei stolz, im Jahre 1932 vom Gegner angegriffen zu werden!

Wen die marxistischen Fälscher und Zentrumslügner und ihre Presse nicht befehden, der taugt nichts für Deutschland und ist nichts wert für unser Volk!

Ringt Euch durch zu der Erkenntnis, daß unseren Feinden heute nur ein einziges Mittel zum Kampfe bleibt: die Lüge, und ermeßt daraus die Notwendigkeit einer auf Gedeih und Verderb zusammengeschweißten Gemeinschaft!

Kameraden! Wir wollen als Kämpfer in dieses neue Jahr hineinmarschieren, auf daß wir es als Sieger verlassen.

Es lebe unsere herrliche nationalsozialistische Kampfbewegung!

Es lebe unser ewig geliebtes deutsches Volk!

Deutschland erwache[30]!

München, 1. Januar 1932

Adolf Hitler

---

28 Als Hitler im September 1919 der damaligen DAP beitrat, hatte diese bereits mehr als sieben Mitglieder. Hitler war jedoch als Werbeobmann das siebente Mitglied des "Arbeitausschusses" der Partei. In der ersten überlieferten Mitgliederliste vom 2.2.1920 trägt Hitler die Nummer 555; in der ersten Liste nach Hitlers kurzzeitigen Aus- und seinem Wiedereintritt am 26.7.1921 in die inzwischen in NSDAP umbenannte Partei wurde er als Mitglied 3.680 geführt. Vgl. Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, S. 167; Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 251 ff.; Tyrell, Vom "Trommler", S. 77, 198 f., Anm. 118.

29 Der Ausdruck geht auf den Beinamen "chevalier sans peur et sans reproche" des französischen Ritters Pierre Terrail, Seigneur de Bayard (1476-1524) zurück, dessen Lebensgeschichte 1527 veröffentlicht worden war.

30 Bei der Parole "Deutschland erwache" handelt es sich um einen Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts *Sturm* von Dietrich Eckart (1868-1923); seit Januar 1923 diente die Parole als Aufschrift der SA-, später auch SS-Standarten. Vgl. Jill Halcomb, the S.A. A Historical Perspective, Overland Parks, Kans., 1985, S. 251 ff.

3. Januar 1932[1] Dok. 2
Interview mit Tokio Asahi Shimbun[2]

Tokio Asahi Shimbun vom 3.1.1932, "Befehl aus dem Braunen Haus!"[3].

"Die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan", so Hitler, "sind ein sehr schwieriges Thema[4]. Bevor ich auf die außenpolitischen Grundsätze unserer Partei eingehe, eine Bemerkung am Rande: Es scheint, daß ausländische Zeitungen unsere Partei als deutschen Faschismus bezeichnen. Das ist aber ein schierer Irrtum. Der Faschismus ist die besondere Form des italienischen Nationalismus, deshalb kann es ihn in Deutschland überhaupt nicht geben. 'Der Nationalsozialismus' ist eine spezifisch deutsche Erscheinung, eine politisch-kulturelle deutsche Bewegung[5]. Dennoch, soweit Italien ein nationaler Staat ist, habe ich ihm gegenüber volle Sympathie[6]. Auch England kann unser Freund sein[7]. Die außenpolitischen Feinde der National-

1 Datierung nach dem Erscheinungstag des Interviews. Der Bericht der deutschen Botschaft in Tokio bemerkt hierzu, daß "das Datum des Interviews [...] etwa in die Mitte des Dezembers v[*origen*] J[*ahre*]s fallen" dürfte.

2 In München im Braunen Haus, Brienner Straße 45. Das Interview führte Herr Kuroda.
Deutsche Übersetzung: Prof. Dr. Yuji Ishida (Universität Tokio).
Der Artikel beginnt mit einer allgemeinen Schilderung: "Hier in München, genauer gesagt, links vom Karolinenplatz, an der rechten Seite der Brienner Straße, befindet sich das Braune Haus, das Hauptquartier der 'Nationalsozialistischen [*Deutschen*] Arbeiterpartei (Nazi)'. Ich brauchte nicht extra nach dem Weg zu fragen, denn ich sah in der Ferne im schneeregnerischen Alpenwind die große Parteiflagge mit dem Hakenkreuz im Rot flattern. Da ich den Termin bereits durch Telegramm aus Berlin vereinbart hatte, ließ man mich sogleich, nachdem ich die Visitenkarte gezeigt hatte, das Empfangszimmer betreten. Alles war in braun: der Stuhl, die Wand, das Hemd des Führers usw. Sogar sein Gesicht ist wegen tagtäglicher Kämpfe braungebrannt. Es ist dem Führer Hitler in diesem Jahr gelungen, aus einer Partei mit 100.000 Mitgliedern eine große Partei mit 700.000 Mitgliedern zu machen und statt einer Million jetzt 12 Millionen Wähler zu gewinnen. Hitler muß, unabhängig von der gegenwärtigen miserablen Politik, ein recht populärer neureicher Politiker sein. Er trinkt nicht, raucht nicht. Er hat kein Interesse an einem Dritten. Nur auf 'das Dritte Reich', so Hitler, freut er sich."

3 Vgl. auch Bericht J. Nr. 72 der deutschen Botschaft in Tokio an das Auswärtige Amt vom 6.1.1932; PA-AA, Presse-Abteilung, P 30: Informationen der ausländischen Pressevertreter, Interviews pp., Bd. 19. Ferner Ernst Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980, S. 251 f.

4 Zum Stand der deutsch-japanischen Beziehungen nach 1919 vgl. Gabriele Ratenhof, Das Deutsche Reich und die internationale Krise um die Mandschurei 1931-1933. Die deutsche Fernostpolitik als Spiegel und Instrument deutscher Revisionspolitik, Frankfurt a. M. 1984, S. 35 ff.

5 Zu den Gemeinsamkeiten und den Unterschieden zwischen Nationalsozialismus und italienischem Faschismus vgl. z. B. Wolfgang Schieder, War Hitlers Diktatur faschistisch? In: Wissenschaftskolleg - Institute for Advanced Study - zu Berlin. Jahrbuch 1985/86, Berlin 1987, S. 81-92.

6 Eine der Leitlinien von Hitlers außenpolitischen Vorstellungen bildete das Ziel eines deutsch-italienischen Bündnisses, wie er es in Kapitel XV seiner "Außenpolitischen Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" ausführlich erläutert. Vgl. Bd. II A, S. 136 ff.
Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63; Wolfgang Schieder, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125, hier S. 108 ff.

7 Ein deutsch-britisches Bündnis war ein weiteres Axiom in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Bd. II A, S. 124 ff. sowie Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973, S. 20 ff.

sozialistischen [*Deutschen*] Arbeiterpartei sind Rußland[8] und Frankreich[9]. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß meine Partei sich gegen den Bolschewismus Rußlands wenden muß. Gegenüber Frankreich müssen wir unsere Opposition beibehalten, solange es sich einer Revision des Vertrags von Versailles entgegenstemmt. Für meine Partei, die bald die Macht in Deutschland ergreifen wird[10] und dann weder das alte Kaiserreich wiederherstellen[11], noch die bisherige Republik fortsetzen, sondern ein neues Drittes Reich[12] begründen wird, ist ihre Stellungnahme gegenüber Japan allein bedingt durch den Grad der Unterstützung, die sie in ihrem Kampf um die Revision des Versailler Vertrags durch Japan erhalten wird[13]."

"Unser Wahlspruch", so sagte Hitler, "ist 'Deutschland den Deutschen[14]!' Deshalb müssen wir auch das Motto: 'Japan den Japanern' anerkennen. Wir erkennen an, daß Japan vom Standpunkt seiner eigenen Existenz aus seine Interessen schützen muß. Kürzlich hat Straßer[15] zu

8 Zur Entwicklung von Hitlers Rußlandbild vgl. Manfred Weißbecker, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.

9 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 13 ff.

10 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers und der Führung der NSDAP vgl. z. B. Bd. IV/2, Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

11 Das Parteiprogramm der NSDAP enthält keine eindeutige Aussage über eine künftige Staatsform. Hitler, der im übrigen die strukturellen Schwächen des Kaiserreichs sehr genau erkannt und analysiert hatte (vgl. z. B. Bd. II A, S. 42 ff.), dachte jedoch nicht daran, die politische Machtübernahme mit einer monarchischen Restauration zu verbinden. Derartige Vorstellungen gab er nicht nur intern zu erkennen; bereits im Januar 1930 hatte er beispielsweise bei einem Prozeß gegen den Münchener Journalisten Karl Rabe seine deutliche Skepsis gegenüber jeder Form einer monarchischen Restauration öffentlich klargestellt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 5 sowie Bd. I, Dok. 101; Bd. III/2, Dok. 91, 94, 99; Bd. III/3, Dok. 111. Ferner Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 86 ff.

12 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Mit dem Begriff wurde eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte verbunden und, darauf aufbauend, eine neue Form "aristokratischer" Herrschaft in Europa, die Idee und Wirklichkeit versöhnen sollte. Als Schlagwort wurde es bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Straßer Eingang in die nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

13 Japan gehörte neben den USA, Großbritannien und seinen Dominions, Frankreich und Italien zu den fünf alliierten Hauptmächten, die am 28.6.1919 den Versailler Friedensvertrag unterzeichneten. Durch Artikel 156-158 des Vertrags wurden Japan die ehemaligen deutschen Besitzungen im chinesischen Schantung zugesprochen, die es aber 1922 an China zurückgab; der Völkerbund übertrug den Japanern ferner das Mandat über die von Deutschland annektierten Pazifikinseln nördlich des Äquators. Dennoch waren die deutsch-japanischen Beziehungen während der Weimarer Republik, bei denen freilich der wirtschaftlich-kulturelle Austausch im Vordergrund stand, vom Interesse beider Seiten geprägt, ihre Beziehungen zu normalisieren. Vgl. Ratenhof, Reich, S. 35 ff. Druck des Versailler Friedensvertrags: RGBl. 1919, S. 915 ff.

14 Anspielung auf das Schlagwort "America for the Americans", das Teil der sog. Monroe-Doktrin ist. Bereits der erste Präsident der USA, George Washington (1732-1799), hatte eine isolationistische Außenpolitik gefordert; durch die Erklärung des amerikanischen Präsidenten James Monroe (1758-1831) vom 2.12.1823 erhielt diese Konzeption den Status einer außenpolitischen Doktrin.

15 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gau-

meiner großen Freude in seiner Stuttgarter Rede gesagt: 'Die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde. Wir respektieren zwar den Völkerbundsrat, aber unser Verständnis für den Standpunkt Japans ist noch größer[16].' Die deutsche Republik übertreibt in ihrer pazifistischen Einstellung die Unterstützung des Völkerbunds. Die Vertreter dieser Richtung sagen: Deutschland muß unter allen Umständen den Völkerbund unterstützen, weil für das waffenlose Deutschland im Falle einer neuen gewaltsamen französischen Ruhrbesetzung[17] kein anderer Weg als die Anrufung des Völkerbunds gegeben ist. Dies ist jedoch ein ziemlich haltloses Argument und nicht zu rechtfertigen. Denn erstens ist es ein Irrtum, die Mandschurei-Frage[18] mit dem Ruhreinfall zu vergleichen: Während es sich bei der Mandschurei-Frage um die Verteidigung der japanischen Rechte in der Mandschurei handelt, wollte sich Frankreich mit dem gewaltsamen Einfall in das Ruhrgebiet die Garantie für Ansprüche ganz anderer Art verschaffen. Und zweitens ist Deutschland heute zwar ein Land ohne Rüstung, aber nicht ein Land ohne Verteidigung[19]. Es ist bedauerlich und ungerecht, wenn die jüdischen Zeitungen die Rolle Japans mit derjenigen Frankreichs an der Ruhr und die Rolle Chinas mit derjenigen Deutschlands gleichsetzen. Jedenfalls wird Deutschland, wenn Frankreich heute wiederum die Ruhr besetzen sollte, sich nicht an den Völkerbund wenden. Ich glaube, Sie können daraus unsere Einstellung zu Japan wohl entnehmen[20]."

---

leiter des Gaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter(-I) der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zug des sog. Röhmputsches ermordet.

16 Bei seiner Rede, die MdR Gregor Straßer am 4.12.1931 in Stuttgart gehalten hatte, hatte er u. a. ausgeführt: "Die Feinde unserer Feinde [...] sind unsere Freunde. Dem Völkerbund unseren tiefsten Respekt, aber wir werden uns mehr an Japan ein Beispiel nehmen. Uns wird niemand antasten, und wir werden in Ruhe den neuen nationalsozialistischen Staat aufbauen, wenn die 'marxistische Pest' ausgerottet ist." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 8.12.1931 (1. MA), "Keine Einigung! Rede Gregor Straßers".

17 Am 11.1.1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert, weil die Reparationskommission die Auffassung vertrat, daß die deutschen Reparationslieferungen bewußt verzögert worden seien. Die deutsche Regierung hatte darauf den passiven Widerstand der besetzten Gebiete gegen die Besatzungstruppen initiiert. Die Wirkungslosigkeit dieser Strategie und die damit verbundenen hohen Kosten führten jedoch am 12./13.8.1923 zur Ablösung des Kabinetts Cuno durch das Kabinett Stresemann, das den passiven Widerstand bis zum 26.9.1923 einstellte. Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

18 Der selbstinszenierte Bombenanschlag auf die südmandschurische Eisenbahnlinie bei Mukden am 18.9.1931 hatte der japanischen Kwantung-Armee einen Vorwand geliefert, um die gesamte Mandschurei in einem viermonatigen Feldzug zu besetzen. Unter Berufung auf Artikel 11 des Genfer Protokolls vom 2.10.1924 wandte sich China daraufhin an den Völkerbundsrat, der zwischen September und Dezember 1931 dreimal zusammentrat, die Erklärungen beider Seiten protokollierte, Empfehlungen erteilte und am 10.12.1931 auf japanischen Vorschlag eine Studienkommission ernannte, ohne damit die japanische Offensive in irgendeiner Form aufhalten zu können. Vgl. Christopher Thorne, The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931-1933, London 1972.

19 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten u. a. ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme sowie der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Edgar Graf von Matuschka, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, hier S. 314 ff.

5. Januar 1932 Dok. 3
"Die Welt um Euch wird in Schande vergehen, und unser Staat wird Wirklichkeit"
Artikel

Der S.A.-Mann vom 5.1.1932, "Adolf Hitler spricht zu uns!".

Wie wenig die Revolte des Jahres 1918 die schlechte geistige Tradition der Vorkriegszeit zu erschüttern vermochte, zeigt am eindringlichsten die Einstellung der heutigen deutschen Machthaber zum Wehrproblem und zur Wehrfrage [1]. Soweit es sich dabei um Menschen handelt, die bewußt gegen die Interessen unseres Volkes Stellung nehmen, können sie aus jeder Betrachtung bleiben. Ihr Handeln ergibt sich aus ihren Absichten. *Sie sind einst Verräter gewesen und wollen und dürfen nichts anderes sein.*

Es gibt aber neben diesen Kreaturen immer noch Männer, die, wenn sie auch im Jahr 1918 oder vielleicht schon früher ebenfalls den Boden unter den Füßen verloren hatten, trotzdem wenigstens in *ihrem Inneren der Nation gerne dienen wollten.* Sie beklagen nachträglich das Unglück, das uns getroffen hat, und wollen nun nach dem Rezept - das kleinere Übel dem größeren vorzuziehen - in ihren Auffassungen und nach ihrem Vermögen das Schicksal der Nation vor "Schlimmerem" bewahren. Die *zwangsläufige Begrenzung ihres Wollens pflegen sie dabei in unserer Wehrlosigkeit zu erblicken.*

Der Friedensvertrag von Versailles [2] hat uns durch die Beschränkung unserer Wehrhoheit - oder wie sie glauben, durch die Festlegung auf ein technisch schwaches Hundert-Tausend-Mann-Heer [3] - zu einer Politik passiver Duldung verdammt. Wie weit diese Duldung ging, zeigt der heute allen sichtbare *Zusammenbruch nicht nur unseres Volkes,* sondern selbstverständlich *auch unserer Wirtschaft* [4]. Indem aber diese Kreise, die nicht wenig Wert darauf legen, als "auchnationale" [*sic!*] angesehen zu werden, den Friedensvertrag als unabänderliches Lebensgesetz unseres Volkes, trotz aller äußerlichen Proteste, *innerlich* dennoch als Tatsache hinnehmen, bemühen sie sich, wenigstens in dem uns durch diesen Vertrag gegebenen Rahmen ein nach ihrer Auffassung kampfkräftiges Heer zu schaffen [5].

Ganz abgesehen davon, daß die effektive Stärke und Bewaffnung unserer Reichswehr zur *Lösung militärischer Aufgaben gänzlich unzulänglich* ist, hängt sie auch als Körper in einer

---

20 Folgt weiterer allgemeiner Bericht.

1 Zum Verhältnis der damaligen Parteien zur bewaffneten Macht in der Weimarer Republik vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304, S. 140 ff.

2 Druck des Versailler Friedenvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

3 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte die Stärke des deutschen Heeres auf 100.000 Mann, Artikel 183 die Stärke der deutschen Kriegsmarine auf 15.000 Mann fest. Druck: RGBl. 1919, S. 919, 943. Vgl. Dok. 2, Anm. 19.

4 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und Folgen vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

5 Zum damaligen Verhältnis von Außenpolitik, operativer Planung und Aufrüstung in Deutschland vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

ihr vollständig fremd gewordenen Umwelt. In einer destruktiv wirksamen Demokratie kann auf die Dauer kein auf Autorität aufgebauter Organismus existieren, ohne nicht in einen unlöslichen Gegensatz zur allgemeinen Staats- und Lebensauffassung zu kommen. Allein davon abgesehen: Die künftigen Kriege werden schon durch die Art ihrer technischen Führung *zwangsläufig Volkskriege,* für deren Ausgang überhaupt *nicht so sehr die Armeen, als die Völker von entscheidender Bedeutung sein werden*[6].

Der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht wird eben nicht erfüllt durch die Organisation eines Heeres, sondern nur durch die geistige Wehrbereitschaft eines Volkes überhaupt.

Heeres-Institutionen, selbst von bestem militärischem Wert, werden in der Zukunft wertlos sein, wenn nicht *die dahinterstehenden Völker soldatisch denken* und damit zu einem *ebensolchen Handeln* und *ebensolchen Opfern* entschlossen sind. Damit ist die Aufgabe des wirklich verantwortungsbewußten Politikers und Staatsmannes nicht mehr die, eine mehr oder weniger gut dressierte Truppe aufzustellen, *sondern ein ganzes Volk in den geistigen Zustand einer unbedingten Wehrwilligkeit und Wehrbereitschaft zu versetzen.*

Diese Forderung hat gar nichts mit Waffen und mit militärischen Organisationen zu tun, sondern sie ist *eine Frage der inneren Konsolidierung eines Volkskörpers,* der Erziehung zu einem einheitlichen, gesunden, weltanschaulichen Denken, der Förderung aller Tugenden, die erfahrungsgemäß die Widerstandskraft der Menschen zu erhöhen und zu stählen vermögen und nicht zuletzt die Herbeiführung einer solchen Konstruktion des inneren Lebens eines Volkes, daß sich aus ihr zwangsläufig eine hohe körperliche und geistige Rüstung ergibt, die die augenblickliche Überführung eines solchen Volkes in den Zustand der *aktiven* Verteidigung jederzeit möglich macht. Das Heer als letzte Schulung eines Volkes darf dann auch seinem innersten Wesen nach nicht mehr als Fremdkörper gelten, sondern als *selbstverständliche Spitzenleistung* in all den angeführten Punkten.

Die nationalsozialistische Bewegung hat sich als ihr Ziel die Regeneration des deutschen Volkes gestellt.

Sie vollzieht ihre Aufgabe nicht im korrumpierenden Sinn bisheriger parlamentarischer Parteien. Sie bemüht sich in ihrer eigenen Organisation schon in allen wesentlichen Punkten, das spätere Gesamtziel soweit als möglich zu verwirklichen. Sie sieht daher ihre Aufgabe auch nicht in der Betätigung militärischer Spielereien, sondern in *der bewußten Erziehung und Disziplinierung ihrer Mitglieder zu einer bedingungslosen Hingabe an das Volk*[7].

Bürgerliche Unwissenheit, der Unverstand von Generalen und Ministern, die Todesfeindschaft [*sic!*] der marxistischen Zerstörer Deutschlands haben gemeinsam mit allen Mitteln versucht, die Entwicklung und den späteren Siegeszug unserer Bewegung zu verhindern.

6 Anspielung auf das durch die Erfahrung des Ersten Weltkriegs gewandelte Kriegsbild, das den Krieg nicht mehr als ein relativ begrenztes militärisches, sondern als umfassendes gesamtgesellschaftliches Ereignis verstand. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurden derartige Ideen in zahlreichen Schriften vertreten, wobei Ludendorff, der Protagonist dieses Denkens, sie endgültig erst 1935 unter dem Begriff des "Totalen Krieges" zusammenfaßte. Vgl. [*Erich*] Ludendorff, Der totale Krieg, München 1935. Ferner Geyer, Aufrüstung, S. 484 ff.

7 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff. Ferner Bd. III/2 dieser Edition, Dok. 6, 7.

Zwölf Jahre sind wir von einer Verfolgung in die andere hineingejagt worden. Die Demokratie hat sich in ihrer inneren Verlogenheit, in ihrer unwahren Heuchelei noch nie so entlarvt als im Kampfe gegen uns. Und trotzdem: Aus jeder Verfolgung kam die Bewegung stärker hervor als sie hineinging. Zum zweiten Male erleben wir in unserem Volk den wunderbaren Werdegang Preußens[8]*. Ein kleines Gebilde, dauernd von Feinden umdroht, wächst langsam zur bestimmenden Macht empor!*

In einem Augenblick, da besonders *die SA und SS die schwersten Verfolgungen und Opfer zu erleiden haben,* gibt die Reichsparteileitung für ihre in der SA und SS stehenden männlichen Parteigenossen, *die neue SA-Zeitung*[9] heraus. Sie soll den Hunderttausenden unserer SA- und SS-Männer[10] das *Gefühl für die Aufgabe, die Tradition und Geschlossenheit unserer herrlichen nationalsozialistischen Bewegung stärken und festigen.*

Vor zwölf Jahren habe ich eine Handvoll Männer unter meinem Befehle zusammengefaßt, um mit ihnen die Verkündigung der nationalsozialistischen Idee vor dem Terror unserer Feinde zu beschützen und damit zu ermöglichen[11]. *Durch Tausende Verbote, Verfolgungen, Unterdrückungen hindurch hat sich aus diesen 45 Mann heute eine riesenhafte Organisation entwickelt. Ihre einzige Waffe ist ihr Geist und ihr Wille*[12]*!*

Würde ganz Deutschland den Geist unserer SA und SS sein eigen nennen, es gäbe schon längst für unser Volk kein Versailles mehr.

---

8 Zur Rezeption der brandenburgisch-preußischen Geschichte in der Weimarer Republik vgl. Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981, S. 135 ff.

9 Seit März 1928 erschien im *Völkischen Beobachter* eine monatliche Beilage unter dem Titel *Der SA-Mann*, die ab 5.1.1932 durch die Oberste SA-Führung als selbständiges Wochenblatt herausgegeben wurde. Hauptschriftleiter der Zeitung, die sich in erster Linie mit militärischen Themen sowie internen Angelegenheiten von SA und NSDAP beschäftigte, war Josef Berchtold. Vgl. A[*dolf*] Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937, S. 180 ff.

10 Laut Bericht der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern Nr. IAN 2100 d/30.1. vom 18.2.1932 besaß die SA im November 1931 eine Gesamtstärke von 221.136 Mann. Der Bericht unterstellt eine monatliche Zunahme der SA "von rund 29.000 Mann", so daß Ende Dezember 1931 von ca. 250.000, Ende Januar 1932 von ca. 279.000 SA-Männern auszugehen sei.
Ein weiterer Bericht dieser Behörde Nr. IAN 2100 e/6.2. vom 1.3.1932 gibt die Gesamtstärke der SS in Deutschland und Österreich im Dezember 1931 mit 14.964 Mann an; BA, R 134/91.

11 Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der am Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 22 ff. sowie Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, Dok. 312 und 313.

12 In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 registrierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann bis Dezember 1931 etwa 1.500 Überfälle von seiten der SA, bei denen 62 Personen getötet worden seien. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2370.
Generell zum Gewaltpotential der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440 sowie die von der Werbeabteilung der SPD erarbeitete, 238 Seiten starke Dokumentation "Gewalttaten der Nationalsozialisten", die für die Zeit von Dezember 1929 bis November 1931 alle einschlägigen Zeitungsmeldungen über nationalsozialistische Gewalttaten aufführt; IfZ, Fa 30.

Im Kampf um die politische Macht, den wir, SA- und SS-Kameraden, *auf streng verfassungsmäßigem Wege bestehen wollen*[13], hat unsere Bewegung Blutopfer über Blutopfer bringen müssen[14], ohne daß das herrschende Regiment dies zu verhindern vermocht hätte.

Im Gegenteil.

Ihr, meine Kameraden, seid immer und immer wieder angegriffen worden, und trotzdem war der Staat gegen Euch!

Ihr, meine Kameraden, seid verfolgt worden, und Ihr findet bei diesem Staate keine Hilfe!

Ihr, meine Kameraden, habt zahlreiche Tote und Zehntausende an Verletzten zu beklagen, aber selbst wenn Ihr nur das Notwehrrecht ausübt, dann wandert Ihr in die Gefängnisse.

Und dennoch seid Ihr unserer Bewegung unverbrüchlich treu geblieben. Ja, im Gegenteil: Je mehr man Euch nationalsozialistische Männer und Kämpfer entrechtete und unterdrückte, um so größer wurde Euer Opfermut und um so fanatischer Euer Glaube!

Ihr tragt in Euch den Geist, der bisher noch immer der endgültige Sieger über faule und morsche Systeme geworden ist.

Die Welt um Euch wird in Schande vergehen, und unser Staat wird Wirklichkeit!

Dem soll auch diese neue Waffe dienen!

Adolf Hitler

---

13 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

14 Nach parteieigenen Angaben starben bis Ende 1931 insgesamt 112 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen, im Zeitraum zwischen Januar und Dezember 1931 verzeichnet die parteiamtliche Statistik allein 42 Tote. Im selben Jahr wurden der SA-Versicherung 6.307 Verletzte gemeldet. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 72; Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932, S. 44 ff.; Longerich, Bataillone, S. 122.

8. Januar 1932 Dok. 4
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lemgo [1]

Lippische Post vom 9.1.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Lemgo" [2].

Von stürmischen Beifall begrüßt, tritt dann Adolf Hitler vor das Mikrophon und bemerkt einleitend, daß, nachdem nun wieder in einem Teil Deutschlands ein Wahlkampf stattfinde [3], die Parteien vor das Volk träten und ihr Programm verkündeten. Unter den Parteien, die auch um das Vertrauen des deutschen Volkes werben, steht heute wohl, so bemerkte Hitler, an der Spitze die nationalsozialistische Bewegung. Die NSDAP werbe aber nicht nur während der Wahlzeiten, sondern werbe dauernd [4], da es ihr nicht um einen momentanen Wahlerfolg gehe. Die Bewegung kämpfe und ringe um den deutschen Menschen überhaupt und nicht um einzelne Berufe und Stände [5]. Natürlich sei eine solche Tätigkeit weit schwerer als die einer Partei, die nur einen bestimmten Kreis von Interessenten vertrete. Deshalb hätten die Parteien auch die Möglichkeit der Unbegrenztheit an Versprechungen.

Es sei falsch und ein Irrtum, wenn man das Gesamtschicksal der Nation ableite vom Einzelschicksal. Die Atomisierung unseres politischen Lebens kenne kaum noch eine Grenze, denn man habe völlig übersehen, daß letzten Endes das Gesamtschicksal entscheidend ist für das

1 Im Schützenhaus, nach 21.15 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Alfred Meyer geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen etwa 8.000 Personen teil. Hitlers Rede wurde mit Lautsprechern in die Schützenhalle, in den Röding'schen Saal und ein kurzfristig aufgeschlagenes Zelt der Schützengesellschaft übertragen. Vor Hitler sprachen hier SA-Standartenführer August-Wilhelm Prinz von Preußen, der Präsident des braunschweigischen Landtags Ernst Zörner und MdR Martin Löpelmann. Wegen der schlechten Qualität der Übertragung hielt Hitler nach seiner Hauptrede noch kurze Ansprachen in den übrigen Versammlungsorten.
Ergänzend berichtete der *Lippische Kurier*: "Die SA-Kameraden, die in der Saalschlacht in Knetterheide verwundet wurden, kommen in den Saal. Den Kopf verbunden, den Arm in der Binde und bandagiert als Zeichen eines von Kommunisten angezettelten Bruderkampfes, so nehmen auch sie auf der Bühne Platz."

2 Vgl. auch Lippischer Allgemeiner Anzeiger vom 9.1.1932, "Hitler sprach in Lemgo!"; Lippischer Kurier vom 9.1.1932, "9.000 jubeln dem Führer zu!"; Lippische Landeszeitung vom 9.1.1932, "Hitler-Kundgebung in Lemgo"; Lippische Volks-Zeitung vom 9.1.1932, "Adolf Hitler in Lemgo"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 9.1.1932, "Wahlrede Hitlers"; Lippische Tageszeitung vom 10.1.1932, "Hitler-Kundgebung in Lemgo"; VB vom 10./11.1.1932, "Adolf Hitler spricht in Lippe". Ferner: Grete Steinecke, Wir Lipper, Detmold 1933, S. 19 ff.; Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933-1939. Zusammengestellt und bearbeitet von Volker Wehrmann, Detmold 1984, S. 40 ff.

3 In Lippe fanden am 10.1.1932 Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Auch bei diesen Wahlen konnte die NSDAP erhebliche Stimmengewinne erzielen, ohne daß es ihr gelang, allein eine Mehrheit zu bilden. In den drei größten Städten Lippes wurde die NSDAP jeweils zur stärksten Partei: Detmold 8 (bisher 0) Mandate; Lemgo 7 (0) Mandate; Schötmar 8 (0) Mandate. In den *Kreis*tagen Detmold und Lemgo wurden SPD und NSDAP jeweils zu den stärksten Parteien; Detmold: SPD 8, NSDAP 7 Mandate, Lemgo: SPD und NSDAP jeweils 8 Mandate. Vgl. Berliner Tageblatt vom 11.1.1932, "Das Wahlergebnis in Lippe: Nirgends nationalsozialistische Mehrheit"; Frankfurter Zeitung vom 11.1.1932, "Wahlen in Lippe".
Vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 109: "Der lippische Wahlerfolg hätte besser sein können."

4 Zu Struktur und Intensität der nationalsozialistischen Propaganda vor 1933 vgl. Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

Einzelschicksal, daß das Einzelschicksal aller gebunden sei an das Gesamtschicksal. (Lebhafter Beifall.)

Das gelte nicht nur personell, sondern auch territorial. Wenn Deutschland zugrunde gehe, gingen auch die Länder, die Kreise und die Gemeinwesen zugrunde. Die politische Not habe sich heute umgesetzt in die wirtschaftliche Not[6]. Man empfinde jetzt allmählich, daß die Not jeden einzelnen in Deutschland erfaßt habe, und habe lange übersehen, daß diese Not sich ableite von einer Not, die die Gesamtheit schon lange erfaßt habe.

Es sei falsch, anzunehmen u[*nd*] zu glauben, daß man von der Wirtschaft ausgehen müsse. Es wäre richtig, einzusehen, daß von der Bedeutung des Staates die gesunde Lage der Wirtschaft abhänge.

Die Parteien hätten 13 Jahre gepredigt, daß von dem Gedeih des Lebens einzelner und bestimmter Berufsgruppen eine Besserung der gesamten Verhältnisse herbeigeführt werden könne. Das Ergebnis sei vernichtend.

Wenn man sich der heutigen Notlage zuwende, so sei es falsch, daß man annehme, daß die Tagesfragen in ihrer Summierung irgendwie politisch richtunggebend sein könnten; richtig sei, daß die allgemeine politische Entwicklung einer Nation letzten Endes sich auf die Tagesfragen auswirke. Man dürfe nicht vergessen, daß es sich um Auswirkungen handele und nicht um Ursachen, und weil [*sic!*] es nicht wesentlich sei, eine Bekämpfung der Auswirkungen vorzunehmen, sondern eine Beseitigung der Ursachen.

Das grandiose Beispiel hierfür sei der 11. November 1918, wo man nicht einen Waffenstillstand unterzeichnet habe[7], sondern ein Diktat. Es war kein Vertrag, daß die Waffen ruhen sollten, sondern eine Kapitulation. Wenn das Heer diese Bedingungen gekannt haben würde, so wären diese Bedingungen sicher nicht angenommen worden[8]. (Beifall.) Fehler und Fehler hätten sich diesem Ereignis angereiht. Und alle diese Fehler würden motiviert mit dem Waffenstillstand. Dadurch sei Deutschland zu einer Nation 2. Klasse degradiert.

Es sei eine Utopie, zu glauben, daß ein fremdes Land für uns freiwillig die Vertretung der Rechte übernehme. Entscheidend für das höchste Gericht bleibe immer die eigene Kraft und die Willigkeit, diese eigene Kraft für das Recht einzusetzen. Die Zeit habe gezeigt, wohin der Weg des Appells an das Weltgewissen uns führe. Genauso sei es im Innern. Wenn andere kämen und sagten, wir vertreten eure Standesinteressen, dann sei das nachher Betrug und weiter nichts. (Lebhafter Beifall.) Es sei deshalb notwendig, daß die Interessen der Nation vertreten werden, die Grundlage sind für das Leben aller.

Der tägliche Kampf beruhe auf dem unbegrenzten Lebensdrang aller Lebewesen und in der Begrenztheit des Lebensraumes. Hunger und Liebe seien die gewaltigen Mächte, die das Schick-

6 Zur Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen vgl. Dok. 3, Anm. 4.

7 Zum Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich in der Zeit vom 8.11. bis 11.11.1918 vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

8 Seit der Tankschlacht bei Villers-Cotterêts am 18.7.1918 rissen die schweren militärischen Rückschlage der deutschen Westfront nicht mehr ab. Am 28.9.1918 mußte der Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, General Erich Ludendorff, der Reichsregierung empfehlen, unverzüglich Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, da die deutsche Front kurz vor dem Zusammenbruch stand. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 654 ff.

sal der kleinsten Lebewesen bis hinauf zum Menschen bestimmen. Die Natur in ihrer ewigen Weisheit und Vernunft kenne nicht Rechte des einzelnen, sondern nur die Stärke und die Kraft. Ebenso vergehe ein Volk, das klein und schwach sei, nach dem Naturwillen; die Welt achte nicht die Kranken, sondern nur das Gesunde.

Der Kommunismus, so führte Hitler dann weiter aus, wäre gar nicht als geistige Erscheinung in die Städte hereingekommen, wenn man nicht körperlich die Voraussetzungen dafür geschaffen habe [*sic!*].

Der Lebensraum sei immer das Entscheidende für die Nation. Und es komme immer wieder ein Zeitpunkt, wo nicht mehr genügend Lebensraum vorhanden sei. Immer sehe man in diesem Zusammenhang die Not als treibenden Faktor der Entwicklung, die sich in drei verschiedenen Auswirkungen zeige. Entweder in Auswanderung[9] oder Geburtenbeschränkung oder, 3., einer Einsparung der Grundproduktion und Abschiebung der Menschen in die Industrieproduktion. Wenn die Grundproduktion nicht mehr die notwendigen Rohstoffe aus dem eigenen Boden zu ziehen vermöge, dann trete die Umwandlung ein, die wir in den letzten Jahrzehnten ja alle miterlebt hätten. Die Industrie- und Handwerkskreise nähmen zu, und je weiter man diesen Weg beschreite, desto schlimmer wären dann die Auswirkungen. So gesund und natürlich die Raumerweiterungen seien, so unnatürlich sei letzten Endes die Volksverminderung und der Gedanke, durch eine Exportwirtschaft die Volksverminderung zu verhüten und die zu große Volksmenge durch eine Überschußwirtschaft ernähren zu können. Die politische Macht habe dabei Pate gestanden, wie die Entwicklung in Deutschland sich vom Agrar- zum Industriestaat vollzogen habe. Es sei falsch, anzunehmen, daß die Weltwirtschaft[10] bzw. der Export- oder Welthandel auf die Dauer volkserhaltende Faktoren sein könnten.

Millionen Menschen lebten in den Großstädten[11], die überhaupt keine innere Beziehung zum eigenen Lebensraum mehr hätten. Der Schrei der Großstädte: Billige Lebensmittel - öffnet

9 Im Jahr 1930 wanderten 37.399 Deutsche aus, 1931 fiel diese Zahl auf 13.644, 1932 auf 10.325. Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich hatte 1923 mit 115.431 Menschen ihren Höhepunkt erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 35.
Zur zurückhaltenden Auswanderungspolitik der deutschen Behörden vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

10 Als wissenschaftlicher Terminus etablierte sich der Begriff "Weltwirtschaft" zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Gegensatz zum Begriff der "Volkswirtschaft" definierte man hierunter die Summe der internationalen Handelsbeziehungen im Sinne eines weltumspannenden Austauschsystems und einer gewissen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Dem - im engeren Sinn - neuen Phänomen, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich prägte, versuchte man im Deutschen Reich u. a. durch die Gründung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel (1911) und des Weltwirtschafts-Instituts an der Handelshochschule Leipzig (1924) Rechnung zu tragen. Zum Stand der damaligen Diskussion vgl. z. B. Ernst Wagemann, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Hamburg 1931.

11 1931 wurden im Deutschen Reich zehn Großstädte mit einer Wohnbevölkerung von 500.000 und mehr Menschen gezählt; in diesen Städten wohnten 1931 zusammen 10.094.995 Menschen (16,2% der Gesamtbevölkerung). Millionenstädte waren 1931 lediglich Berlin mit einer Wohnbevölkerung von ca. 4.288.000 Menschen und Hamburg von 1.137.000 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 7 ff.
Zur Bedeutung der Stadt in der nationalsozialistischen Weltanschauung vgl. Werner Durth, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rai-

die Grenzen - nieder mit der eigenen Landwirtschaft - hätte zur Vernichtung der eigenen Bodenwirtschaft geführt[12]. Dieser Zustand führe eines Tages dahin, daß wohl die Grenzen vollständig offen ständen, daß aber kein Geld mehr da sei, womit man kaufen könnte.

Nach dem Kriege hätte die ausgehungerte Welt eine Massenproduktion gezeitigt, die dann für einige Zeit eine Blüte aller Industriezweige gebracht habe. Der Krieg habe aber auch gelehrt, die Produktionsmethoden zu erforschen und zu verbessern. Die Periode der Rationalisierung in der Produktion habe begonnen[13]. Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt in kaum erlebten Ausmaßen hätten sich gezeigt. Dann sei die Zeit gekommen, wo man Menschen eingespart habe, um exportieren zu können. Man hätte Millionen auf die Straßen geworfen[14] und bezahle die Milliarden, die diese Erwerbslosen an Unterstützung bezögen[15], wieder durch Steuern und Abgaben.

Besonders kritische Worte richtete Hitler an die deutsche Industrie, die eine Disziplinlosigkeit zeige, die kaum zu überbieten sei. Man richte heute anderen Ländern funkelnagelneue Fabriken ein, gründe vollständig neue Industrien, "liefere" gleichzeitig Ingenieure und Arbeiter und wäre froh, Arbeit zu haben[16]. Aber die Zukunft werde die Kehrseite dieses Unternehmens zeigen. Die Länder, die heute von uns wirtschaftlich ausgerüstet würden, würden unsere

---

ner Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171 sowie Jost Dülffer, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

12 Das Gesetz über Zolländerungen vom 28.3.1931 ermächtigte die Reichsregierung, "unter sorgfältiger Schonung der bestehenden handelspolitischen Beziehungen die Zollbehandlung für einzelne Erzeugnisse des ersten Abschnitts des Zolltarifs abweichend von den geltenden Vorschriften zu regeln". Die sich zunehmend verschärfende Zollpolitik der Reichsregierung trug jedoch in erster Linie den Problemen der Agrarwirtschaft Rechnung, was heftige Diskussionen zwischen den Agrarverbänden auf der einen sowie den Industrie- und Handelsverbänden, aber auch SPD und Gewerkschaften auf der anderen Seite auslöste. Vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 32 ff. Druck des Gesetzes über Zolländerungen vom 28.3.1931 und der Verordnung des Reichspräsidenten über Zolländerungen und über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen vom 1.12.1931: RGBl. 1931, I, S. 101, 689.

13 Vgl. hierzu Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

14 Im Januar 1932 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 6.041.910 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 297.
Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 22 ff.

15 Für das Rechnungsjahr 1931/32 wurde der Finanzbedarf für die Arbeitslosenfürsorge von Reich, Ländern und Gemeinden mit 1.018,3 Millionen RM veranschlagt, für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge mit 54 Millionen RM. Der Finanzbedarf für die allgemeine wirtschaftliche Fürsorge betrug 2.422,7 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, Berlin 1934, S. 434 f.

16 War Deutschland vor 1914 der drittgrößte Kapitalexporteur der Welt, so begrenzte nach dem Ersten Weltkrieg der chronische Kapitalmangel die Investitionsmöglichkeiten der deutschen Industrie. Vor dem Ersten Weltkrieg betrugen die deutschen Direktinvestitionen im Ausland ca. 11 Milliarden Mark, bis Ende 1922 sanken sie auf 1,8 Milliarden Mark. Für 1930 wurde das deutsche Auslandsvermögen auf 9-11 Milliarden RM geschätzt, davon ca. 5 Milliarden RM in langfristigen Anlagen. Die Weltwirtschaftskrise setzte weiteren deutschen Auslandsinvestitionen jedoch vorerst enge Grenzen. Vgl. Verena Schröter, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1984, S. 114 ff., 422 ff.

größten Konkurrenten werden. Und das Geld für diese Unternehmungen würde in Wechseln bezahlt und vom Reich garantiert. Dann könne man gut behaupten, daß der Bolschewismus lebensfähig sei. Er sei nur lebensfähig, weil Deutschland Blut und Gut zur Verfügung stelle[17]. (Stürmischer Beifall.)

Der Kampf auf dem Weltmarkt werde sich noch so zuspitzen, daß sich nur der in der Konkurrenz behaupten könne, der seinem Export auch mit dem Schwert nachhelfen könne; die Schwachen müßten verzichten.

Es seien immer Marksteine des Verfalls, wenn die Völker vergäßen, daß die Bedeutung ihres Lebens in ihrer grundsätzlichen Substanz des Fleisches und Blutes, in ihrer Rasse liege. Auch wenn man glaube, für die Kraft der Persönlichkeit, für die Fähigkeit des Genies die Demokratie setzen zu können. (Beifall.) Es sei falsch, anstatt auf eigene Kraft zu bauen, an internationale Hilfe zu glauben und anstatt des Glaubensbekenntnisses zum Heroismus das zum Pazifismus abzulegen. (Lebhafter Beifall.)

Die innere Gemeinsamkeit bei den wichtigsten Lebensfragen sei das allerentscheidenste schon für die glückliche Gestaltung der kleinsten Zelle, der Familie. Hitler wandte sich dann in längeren Ausführungen den zwiespältigen Anschauungen im deutschen Volke zu, die sich immer feindlich gegenüberständen, so daß viele Kräfte für den Kampf im Innern verbraucht würden. Und alles lebe nebeneinander, staatlich konzessioniert. Bei diesem Meinungskampf, der sich in der Hauptsache zugespitzt habe zwischen Marxismus und Nationalismus, sei es notwendig, daß endlich mal nach 13 Jahren eine Anschauung als klarer und eindeutiger Sieger hervorgehe. (Lebhafter Beifall.)

Man behaupte immer, daß die Begriffe national und sozial unvereinbar seien, daß es niemals einen sozialistischen Nationalismus oder einen nationalen Sozialismus geben könne. Wenn diese Definition richtig sei, dann müsse die Entwicklung schließlich dahin führen, daß die deutsche Nation aufhöre, ein einheitlicher Faktor zu sein. Aber die beiden Anschauungen seien doch überbrückbar. Oder ob man etwa glaube, daß das Bürgertum fähig sei, den Bolschewismus zu überwinden? 13 Jahre lang habe das Bürgertum versagt. Deshalb müsse man jetzt dem Bürgertum zurufen: "Tretet zurück, Ihr habt kein Recht mehr, Eure politische Existenz zu behalten." (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

13 Jahre haben wir gesehen, daß die Auffassung, daß die Begriffe Sozialismus und Nationalismus unüberbrückbar seien, zum Verderb des Volkes führen muß. Die deutsche Front, der deutsche Soldat, haben nicht 4½ Jahre lang im Felde gestanden[18], damit das deutsche Volk

17 Während der Weltwirtschaftskrise, welche die deutsche Industrie schon wegen ihrer Abhängigkeit vom internationalen Handels- und Kapitalmarkt besonders traf, entwickelte sich die Sowjetunion zu einem der wichtigsten Auftraggeber der deutschen Exportindustrie. Entsprechende Absatzmärkte boten die riesigen Industrialisierungsprojekte des Fünfjahresplans. Dementsprechend stieg der Anteil der UdSSR am deutschen Gesamtexport von 431 Millionen RM (3,6%, Rang 11) im Jahr 1930 auf 763 Millionen RM (7,9%, Rang 4) im Jahr 1931. 1932 belief sich die entsprechende deutsche Exportquote auf 626 Millionen RM (10,9%, Rang 2), so daß die Existenz ganzer Industriezweige von sowjetischen Aufträgen abhing. Gerade im Bereich des deutschen Maschinenbaus gab es Firmen, deren Produktion bis zu 90% in die UdSSR ging. Vgl. Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984, S. 222 ff.

18 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

verproletarisieren sollte, sondern für ein gesundes Vaterland ... (die letzten Worte gehen im Beifallssturm unter.) Deutschland dürfe nicht untergehen. Man müsse den Mut aufbringen, die beiden trennenden Begriffe so zu definieren, daß sie zu einer Einheit würden.

Nachdem Hitler dann auf die vielen Männer hingewiesen hatte, die Deutschland der Welt geschenkt habe, nachdem er darauf verwies, welche unschätzbaren kulturellen Werte Deutschland schon hervorgebracht habe, ließ er das Bild der vielen deutschen Mütter vor den Zuhörern erstehen, die diese geistigen Führer Deutschlands unter dem Herzen getragen hätten.

Nicht der Beruf des einzelnen, der Stand, die Klasse des einzelnen sei wichtig, sondern das, daß wir alle Deutsche seien. (Stürmischer Beifall und andauerndes Händeklatschen.) Klassenvorurteile und Standesdünkel müßten verschwinden.

Hitler betonte dann, daß er niemals Nationalsozialist geworden sei, wenn er nicht Soldat gewesen wäre [19]. Und dieselbe Kameradschaft, die im Felde geherrscht habe, bestehe heute in der SA [20]. Diese hätten den Glauben an ihr Volk, die Liebe zu ihrem Vaterland, den Glauben an die Zukunft, an die Erhebung des Volkes noch nicht verloren und hätten auch den Mut, sich dafür einzusetzen. (Stürmischer Beifall.) Dann aber sei dieser Nationalismus zugleich auch der idealste [*sic!*] Sozialismus.

Die Gegner der NSDAP, so führte Hitler weiter aus, hätten auf materialistischer Basis aufgebaut, sie aber hätten schon die wahre Volksgemeinschaft in den eigenen Reihen. Die NSDAP sei keine Bewegung von Phantasten, sondern die größte nationale Bewegung, die Deutschland jemals mitgemacht habe. Man sei stolz darauf, daß in den Reihen der SA 50 Prozent Studenten und die andere Hälfte Arbeitslose seien [21]. Die seien jetzt auf Gedeih und Verderb zusammengeschweißt.

Drei Grunderkenntnisse seien maßgebend: Die Anhänger der Partei müßten deutsche Nationalisten sein, sie müßten sich bekennen zum deutschen Volk in jeder Phase ihres Lebens,

19 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten; am 1.9.1914 wurde er in das bayerische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16 (List) versetzt und vom 22.10.1914 bis 14.10.1918 an der Westfront eingesetzt. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Ausgezeichnet wurde Hitler am 2.12.1914 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, am 18.5.1918 mit dem Verwundeten-Abzeichen in Schwarz, am 4.8.1918 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff.

20 Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die nationalsozialistische Führung vgl. Kater, Nazi Party, S. 182, 194 f. Ferner Barbara Fait, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299, hier S. 247 ff. Speziell zur SA: Bruce B. Campbell, From Landsknecht to Political Soldier: The Political and Military Development of the Highest Leaders of the SA, Phil. Diss, University of Wisconsin-Madison 1988.

21 Der Anteil an Arbeitslosen unter den Angehörigen der SA wird auf über 60% geschätzt, regionale Angaben schwanken zwischen 58% (Niederbayern, 1932) und 67% (Berlin, 1930). Studenten waren dagegen in der SA ungleich geringer repräsentiert, sie organisierten sich eher im NSDStB, so daß Studenten wie Horst oder Werner Wessel in der SA die Ausnahme blieben. Die Quote an Doppelmitgliedschaften in NSDStB und SA um 1930 wird auf nicht mehr als 1% veranschlagt, die der Studenten in der SA insgesamt auf etwa 3%. Vgl. Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-1935, London 1983, S. 45 ff.; Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975, S. 186 ff.; ders., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, hier S. 361.

sie müßten sich abwenden von der Hoffnung auf internationale Hilfe und wieder zurückkehren zur Erkenntnis der Notwendigkeit der eigenen Rechtsvertretung auf der Welt.

Als Hitler erwähnt, daß die nationalsozialistische Bewegung die Einheit des deutschen Volkes genauso herstellen werde wie die Einheit des italienischen Volkes hergestellt sei[22], erhebt sich lang anhaltender Beifall.

Heute wisse man, so beendete Hitler seine Ausführungen, daß die Bürgerlichen die Wahl scheuten, weil sie wüßten, daß eine braune Front einziehen würde. (Stürmischer Beifall.) 15 Millionen ständen heute hinter der Bewegung[23], eine gigantische Volksbewegung sei zu verzeichnen. Man werde weiterkämpfen und ringen um jedes Fleckchen im großen Vaterland, und sei es noch so klein[24]. Und werde dann schließlich die Hakenkreuz-Standarte über Deutschland aufpflanzen. (Stürmischer Beifall.) Man werde die Fahne zeigen zum Zeichen dafür, daß das Deutschland von Compiègne[25] wieder vergangen und ein anderes Deutschland auferstanden sei.

Wenn man 1914 gesagt haben würde, daß man keine Freiheit, keine Ehre mehr brauche, dann wäre es nicht nötig gewesen, daß so viel Blut unnütz geflossen wäre. Dann hätte man besser daran getan, das Gewehr wieder zu schultern und nach Hause zu ziehen. Die Toten und die Vergangenheit forderten heute Rechenschaft, und es sei die geringste Dankespflicht, daß man das Gedächtnis der Toten auch ehre. Denn sie hätten nicht dafür gelitten und gekämpft, daß das Schicksal des deutschen Volkes so jammervoll und so traurig sich gestalten sollte. Aber, und das müsse man der heutigen feigen Zeit entgegenschleudern, es gelte das Wort: "Kameraden, noch ist Deutschland nicht verloren[26]!" (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)[27]

---

22 Nach der Wahl vom 15.5.1921 war der Partito Nazionale Fascista lediglich mit 35 - bei einer Gesamtzahl von 535 - Abgeordneten im italienischen Parlament vertreten. Mit ihrem "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922 erzwangen die italienischen Faschisten Mussolinis Ernennung zum Ministerpräsidenten. Die nachträgliche Legitimierung des Staatsstreichs durch den verunsicherten König änderte nichts daran, daß auch die weitere gewaltsame Konsolidierung der faschistischen Diktatur weder dem herrschenden Recht und der Verfassung entsprach, noch - zumindest vorläufig - den Vorstellungen der Mehrheit des italienischen Volkes. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 77 ff.

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.

24 Mit einer Gesamtfläche von 1.215,16 qkm war Lippe im damaligen Deutschen Reich eines der kleinsten Länder. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

25 Stadt in der Picardie, nordöstlich von Paris. Am 11.11.1918 unterzeichneten Marschall Ferdinand Foch und Matthias Erzberger im Wald von Compiègne den Waffenstillstand zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich. Vgl. Anm. 7.

26 Möglicherweise Anspielung auf die Anfangsworte der polnischen Nationalhymne: "Jeszcze Polska nie zginęła, Noch ist Polen nicht verloren", die der polnische Schriftsteller und Politiker Józef Wybicki (1747-1822) 1797 verfaßte und die 1918 offizielle polnische Nationalhymne wurde.

27 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

11. Januar 1932 Dok. 5
"Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz"
Geleitwort

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 11.1.1932.

Die Presse ist der Spiegel der gesamten Lebensäußerungen eines Volkes. Jede Zeit hat die Presse, die sie verdient. So ist es heute, so wird es aber auch in der zukünftigen Entwicklung des deutschen Volkes, in der kommenden Periode deutschen Lebens sein, an deren Schwelle wir stehen. Die Presse ist eine Macht.

Aber stärker ist der Lebenswille eines Volkes.

Das hat der Nationalsozialismus bewiesen, der seine machtvolle Entwicklung trotz und gegen eine Presse durchsetzte, deren geistiger Hochmut im umgekehrten Verhältnis zu ihrer volkspolitischen Leistung steht. Es wird eine der großen innerpolitischen Aufgaben eines nach nationalsozialistischen Grundsätzen regierten Staates sein, eine dem Wesen des Volkes entfremdete Presse wieder der Nation zurückzugeben und sie politisch, wirtschaftlich und kulturell restlos in den Dienst *deutschen* Geistes zu stellen. Dazu ist in erster Linie die in rüstigem Aufbau begriffene nationalsozialistische Presse-Organisation berufen [1].

Unter dem schweren Druck der marxistisch-demokratischen Verbotswillkür [2] und in der Enge der politischen Zwangsjacke des heutigen Systems kämpft die aus den kleinsten Anfängen entwickelte junge nationalsozialistische Presse heute einen schweren, aber erfolgreichen Kampf. Die Parteileitung ist von der Notwendigkeit, ihre weitere Entwicklung in jeder möglichen Weise zu unterstützen, überzeugt. Durch die Einrichtung der Reichspressestelle der NSDAP [3]

1 Zur Entwicklung der nationalsozialistischen Presse vor 1933 vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 180 ff.; Peter Stein, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987, S. 11 ff.

2 Nationalsozialistische Zeitungen wurden in der Weimarer Republik relativ häufig verboten; allein 1931 mußte der *Völkische Beobachter* viermal sein Erscheinen einstellen, in der Zeit vom 3. bis 9.2., 14. bis 27.7., 27.8. bis 1.9. und 13. bis 20.9. Im Gegensatz zu den sozialdemokratisch geführten Länderregierungen empfahl die Reichsregierung allerdings im August 1931, Presseverbote nach Möglichkeit zu vermeiden. Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 357 ff. Ferner VB vom 10.2.1931, "Die neue Verfolgungswelle gegen den Nationalsozialismus"; vom 28.7.1931, "Reichsgericht verfügt Erscheinen des 'Völkischen Beobachters'"; vom 27.8.1931, "Verbot des 'Völkischen Beobachters'"; vom 13./14.9.1931, "Der 'Völkischen Beobachter' wieder verboten".

3 Die am 1.8.1931 gegründete Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP war ein erster Versuch, die extrem heterogene nationalsozialistische Presselandschaft systematisch zu koordinieren. Alle nationalsozialistischen Redaktionen sollten inhaltlich und methodisch durch die Pressestelle ständig mit Informationen versorgt und damit vereinheitlicht werden, wozu ihr die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* und eine eigene Bildmaternzentrale zur Verfügung standen. Personell war die Institution anfangs dürftig ausgestattet - ihr neuernannter Leiter Otto Dietrich verfügte lediglich über zwei weitere Mitarbeiter, außerdem einen Volontär und eine Schreibkraft. Die Pressestelle war zunächst der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP zugeordnet und wurde am 24.9.1932 Hitler direkt unterstellt, so daß erst ab diesem Zeitpunkt der nationalsozialistische Reichspropagandaleiter Goebbels Einfluß auf diese Institution und damit die nationalsozialistische Presse erhielt. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 183 ff. sowie Bd. III/1, Dok. 42; Bd. IV/2, Dok. 17; Bd. V/1, Dok. 192.

ist der nationalsozialistischen Presse-Organisation die Grundlage für eine dem Aufschwung und der Bedeutung der Bewegung entsprechende Entwicklungsmöglichkeit gegeben worden, die nicht ohne Erfolg geblieben ist. Die Gründung der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz[4] ist ein weiterer Schritt auf diesem Wege.

Der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz ist das Ziel gesetzt, in engster Anlehnung an die Parteileitung den nationalsozialistischen Gedanken und den Geist der Bewegung in einheitlicher und geschlossener Form der Presse und damit der gesamten deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln.

Ich wünsche der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz vollen Erfolg.

Adolf Hitler

4 Die ab Januar 1932, auf Initiative von Otto Dietrich erscheinende Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz war als parteiinterner Pressedienst konzipiert, der im Auftrag der Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP alle nationalsozialistischen Redaktionen regelmäßig mit Informationen versorgen sollte. Mit der Herausgabe der Partei-Korrespondenz wurde der Chef vom Dienst beim *Völkischen Beobachter*, Wilhelm Weiß, beauftragt, für den Inhalt zeichnete der Leiter der Pressestelle, Otto Dietrich, verantwortlich. In seiner ersten Folge definierte der neue Pressedienst seine Aufgaben: "Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz arbeitet in engster Anlehnung an die Reichspressestelle; sie ist durch Personalunion in der Schriftleitung mit ihr verbunden. Die Reichspressestelle wird in Zukunft an die Parteiblätter *unmittelbar* nur noch solche Mitteilungen und Anordnungen zum Versand bringen, die parteiinternen und parteiinformatorischen Charakter tragen, also für eine weitere Öffentlichkeit nicht bestimmt sind. Im übrigen wird der Aufgabenkreis der Reichspressestelle durch das Erscheinen der Partei-Korrespondenz nicht berührt." Dennoch blieben die NS-Zeitungen vorerst noch in erheblichem Maße auf die Informationen bürgerlicher Agenturen, insbesondere durch Hugenbergs "Telegraphen-Union", angewiesen. Vgl. Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 7.1.1932, "Betr.: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz"; IfZ, ZS 874 Zeugenschrifttum Otto Dietrich; Karl-Dietrich Abel, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968, S. 13.

12. Januar 1932 Dok. 6
Schreiben an Heinrich Brüning[1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NL Pünder 97[2].

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Am 6.1.[*19*]32 teilte mir Reichsinnenminister, General Groener[3], mit, es bestünde die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg[4] auf parlamentarischem Wege zu verlängern, bzw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags neuwählen zu lassen[5]. Reichsinnenminister Groener bat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben.

---

1 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbunds (christliche Gewerkschaften), 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929/30 Fraktionsvorsitzender, 1928-1930 MdL in Preußen, 1930-1932 Reichskanzler, 1931/32 Reichsminister des Auswärtigen, 1934 Emigration, seit 1936 Lehrtätigkeit an der Harvard University.
Das Schreiben überbrachte MdR Göring noch in der Nacht des 12.1.1932 Brüning in dessen Privatwohnung, "woran sich noch eine längere Aussprache knüpfte". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearbeitet von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990, Bd. 3, Dok. 626. Zur weiteren Vorgeschichte vgl. Anm. 5.

2 Vgl. auch VB vom 14.1.1932, "Adolf Hitlers Absage an Brüning" sowie "Die parteiamtliche Darstellung der Vorgänge in Berlin".

3 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1899 Hauptmann im Großen Generalstab, 1912 Oberstleutnant, Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1915 Generalmajor, Chef des Feldeisenbahnwesens, 1916/17 Generalleutnant, Chef des Kriegsamts im preußischen Kriegsministerium, 1917 Kommandeur der 33. Infanteriedivision, 1918 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn, Oktober 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, September Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern (Rücktritt).

4 Paul von Benéckendorff und von Hindenburg (1847-1934), 1866 preußischer Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 als Generaloberst verabschiedet, 1914 reaktiviert, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Ost, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

5 Die von Brüning geplante Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch eine Abstimmung im Reichstag und Reichsrat war verfassungsrechlich nur unter Ausschaltung von Artikel 41 der Reichsverfassung möglich. Dies wäre eine Verfassungsänderung gewesen, die jedoch nach Artikel 76 mindestens von zwei Drittel aller Reichstagsabgeordneten getragen werden mußte. Mit einer Zustimmung der KPD war nicht zu rechnen, während das Abstimmungsverhalten von DNVP und NSDAP unklar blieb, so daß sich die Reichsregierung im Januar 1932 darauf konzentrierte, diese beiden Parteien zur Unterstützung ihres Plans zu gewinnen. Zwischen Vertretern der Reichsregierung und der NSDAP kam es hierüber am 6.1. (Hitler-Röhm-Groener), 7.1. (Hitler-Röhm-Brüning-Groener), 8.1. (Hitler-Schleicher ?), 9.1. (Hitler-Frick-Brüning-Treviranus), 10.1.1932 (Hitler-Meißner) und 11.1.1932 (Hitler-Frick-Göring-Meißner) zu Verhandlungen. Nach anfänglichem Zögern verweigerte jedoch Hitler seine Zustimmung und machte sie - so Staatssekretär Hermann Pünder in einem Vermerk vom 8., 10. und 13.1.1932 - "von der Bedingung sofortiger Reichstagsauflösung abhängig". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 617, 626; Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die N.S.D.A.P. bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten[6] nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab[7].

Die verfassungsrechtlichen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen[8].

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung
bin ich,
sehr geehrter Herr Reichskanzler,
Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler[9]

---

für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987, S. 106 ff.; Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 500 ff.; Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 243 ff.; Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992, S. 704 ff.

6 Nach seiner Unterredung mit Hindenburg am 10.10.1931 (vgl. Bd. IV/2, Dok. 46, Anm. 12) hatte Hitler gegenüber Magnus von Levetzow bemerkt, sein "Gesamteindruck des Alten" sei "zwar kein bedeutender, aber doch auch kein unsympathischer". Gegenüber vertrauten Parteigenossen soll er dagegen Hindenburg als den "alten Tatter, der nicht mehr pinkeln kann", bezeichnet haben. Doch vermied es Hitler geschickt, den Hindenburg-Mythos öffentlich zu schmälern. Dies überließ er statt dessen der nationalsozialistischen Propaganda, deren Polemik und offene Häme gegen den höchsten Vertreter des verhaßten republikanischen Systems bereits während des Volksbegehrens gegen den Young-Plan einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Vgl. Dorpalen, Hindenburg, S. 192 ff. Zitate: Gerhard Granier, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982, S. 311 (Brief Levetzows vom 14.10.1931); Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 34.
Zur bald darauf einsetzenden Polemik der NSDAP gegen Hindenburg vgl. z. B. die Titelseite des Illustrierten Beobachters vom 27.2.1932, wo unter einer Abbildung Hindenburgs steht: "Hindenburgs trauriges Schicksal. Der bald 84jährige [*sic!*] Generalfeldmarschall des Kaiserreichs - heute Präsidentschaftskandidat der Dolchstößler von 1918 und der Kriegsdienstverweigerer!".

7 Am 11.12.1931 hatte Göring noch dem Reichspräsidenten versichert, "daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei durchaus in Verehrung zu dem Herrn Reichspräsidenten stände und eine Wiederwahl oder ein längeres Verbleiben des Herrn Reichspräsidenten im Amte begrüßen würde". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 599.

8 Druck: Dok. 8. Vgl. ferner Dok. 12.

9 Parallel zu Hitler erteilte auch Hugenberg am 11.1. dem Plan einer parlamentarischen Verlängerung der Reichspräsidentschaft Hindenburgs eine schriftliche Absage. Hitler und Hugenberg hatten sich in Besprechungen am 9.1. und 11.1. auf diese Entscheidung geeinigt, am 10.1.1932 blieb eine Aussprache von Brüning und Hugenberg über diese Frage ergebnislos. Vgl. Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 168 ff. Druck von Hugenbergs - damals ebenfalls veröffentlichtem - Schreiben: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 622. Ferner Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik. Bd. 4/II, Düsseldorf 1980, Dok. 401 b und c.

12. Januar 1932[1] Dok. 7
Schreiben an Franz Seldte[2]

Bayerischer Kurier vom 16.2.1932, "Hitler gibt dem Stahlhelm seine Befehle"[3].

"Sehr geehrter Herr Seldte!

In einem mir unter dem 11. Dezember [*1931*] geschriebenen und am 16. Dezember vorgelegten Brief[4] kommen Sie auf mein Schreiben vom 1. Dezember [*1931*][5] zurück. Ich muß es mir

---

1 Datierung nach Frankfurter Zeitung vom 16.2.1932 (1. MA), "Der Stahlhelm unter Hitlers Diktat?".

2 Franz Seldte (1882-1947), Fabrikant, Hauptmann d. R., 1918 Gründer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1924-1933 Erster Bundesführer, 1933-1945 Reichsarbeitsminister, April 1933 Eintritt in die NSDAP, SA-Obergruppenführer, Chef des Quartiermeisteramts im Stab der Obersten SA-Führung, 1933/34 Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, seit März 1934 Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbunds (NSDFB).

3 Es läßt sich nicht sicher entscheiden, ob dieses Schreiben Hitlers authentisch ist. Die Pressestelle des Stahlhelm stellte dies am 15.2. in Abrede. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 16.2.1932 (2. MA), "Der Stahlhelm erklärt den Hitler-Brief als Fälschung"; vom 18.2.1932 (2. MA), "Der Hitler-Brief eine Mystifikation?". Der Bayerische Kurier betonte jedoch in einer Stellungnahme vom 17.2.1932 ("Ein brüchiges Dementi"), daß lediglich ein Dementi des Stahlhelm vorliege, nicht aber eines von Seldte, an den Hitler dieses Schreiben persönlich gerichtet habe. Der Gewährsmann, durch den man dieses Schreiben wie auch den vorhergehenden Briefwechsel zwischen der NSDAP und dem Stahlhelm erhalten habe, sei absolut zuverlässig.
Auch die NSDAP behauptete, "daß der vom 'Bayerischen Kurier' veröffentlichte angebliche Brief *Adolf Hitlers* vom 12. Januar an den ersten Bundesführer des Stahlhelm eine glatte *Fälschung* sei". Vgl. z. B. Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 19.2.1932, "Der gefälschte Hitler-Brief".
Die vorhergehende Korrespondenz, an die dieses Schreiben nahtlos anschließt, sein Aufbau, der charakteristische Sprachstil und die hier angesprochenen Themen, wie überhaupt die intimen Kenntnisse über den vorhergehenden Dialog zwischen Hitler und der Bundesführung des Stahlhelm sprechen jedoch dafür, dieses Dokument in die Edition aufzunehmen. Zumindest von der NSDAP ist bekannt, daß sie mit Dementis - etwa bei Auslandsinterviews - nicht zurückhaltend war, ganz davon abgesehen, daß es bei Hitlers geradezu zwanghafter Rechthaberei kaum vorstellbar ist, daß er den Konflikt mit dem Stahlhelm auf sich beruhen ließ.

4 Seldte und Duesterberg hatten Hitlers Schreiben vom 1.12.1931 (Druck: Bd. IV/2, Dok. 82) am 11.12.1931 beantwortet und versucht, Hitlers Vorwürfe im einzelnen zu entkräften, nachdem sie vergeblich Hitler bei einer vereinbarten persönlichen Aussprache erwartet hatten. Zu Hitlers Verhalten bei der Veranstaltung in Bad Harzburg (vgl. Bd. IV/2, Dok. 43, Anm. 1) bemerkten sie: "Ihre grundsätzliche Einstellung, mit anderen Deutschen, die im Felde und weiter seit 13 Jahren unaufhörlich für Deutschland gerungen haben, nicht gemeinsam an einem Vorbeimarsch teilnehmen zu können, widerspricht u[*nseres*] E[*rachtens*] deutschem Soldatenempfinden und deutschem Frontgeist." Im folgenden gingen Seldte und Duesterberg auf Hitlers Verärgerung über Duesterbergs Kritik am Hitler-Gruß ein, ferner auf die ebenfalls hohe Arbeitslosigkeit unter den Angehörigen des Stahlhelm sowie auf die "Fälle" Baum und Grützner (vgl. Anm. 6-8). Heftig kritisiert wurde der ständige Kleinkrieg der NSDAP gegen den Stahlhelm sowie die immer wieder geäußerte Absicht Röhms, "den Stahlhelm zu zerschlagen oder ihn sich einzugliedern". Bliebe diese Auffassung bestehen, "die Herr Röhm ausspricht und von der Sie bisher nicht abgerückt sind, dann trifft Sie die volle Verantwortung für einen Bruderkampf und vielleicht für das Scheitern der endgültigen Machtergreifung bzw. für den Verlust der errungenen Macht. Der Stahlhelm ist zur Mitarbeit bereit, muß aber daran festhalten, daß die von uns genannten Beschwerden Bayern, Sachsen, Nordmark geklärt und beseitigt werden. Ein politisches Unfehlbarkeits-Dogma kann der Stahlhelm jedoch niemanden zubilligen. [...] Wir als aufrechte Deutsche und als ehemalige preußisch-deutsche Soldaten sind bereit, ehrlich auf dem Boden der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung mitzuarbeiten. Jede andere Behandlung lehnen wir jedoch entschieden ab!" Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 7 f.; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12.

versagen, auf die von Ihnen vorgebrachten, zum Teil *mehr als verletzenden Punkte* Ihres Briefes einzugehen. Die von Ihnen zugleich erhobenen *Vorwürfe* zum Fall *Grützner*[6] weise ich *schärfstens* zurück und lehne es ab, mich mit Ihnen in eine Auseinandersetzung einzulassen, die die *innere Struktur* meiner Partei betrifft[7]. Zu derartig kritischen Bemerkungen haben nicht Sie, Herr Seldte, ein Recht, sondern, wie ich bereits in meinem letzten Brief betont habe, ich und die nationalsozialistische Bewegung.

Ihre Äußerungen über die *Vorgänge in Thüringen*[8] ändern nichts an der Tatsache, daß es einzig und allein das heutige Stahlhelm-Mitglied *Baum* gewesen ist, das mit Hilfe der Sozial-

---

5 Druck: Bd. IV/2, Dok. 82.

6 Walther Grützner (geb. 1881), 1904 1. juristische Staatsprüfung, 1908 Ratsreferendar bei der Stadt Dresden, 1917 Stadtrat im Kriegsernährungsamt, 1918 Eintritt in die SPD, 1920 Regierungspräsident in Düsseldorf, 1923 Ausweisung durch die französischen Besatzungstruppen, Leitung der Nebenstelle in Barmen, 1925 Regierungspräsident in Merseburg, 1929 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, dann Senatspräsident am Preußischen Oberverwaltungsgericht in Berlin, 1930 Ausschluß aus der SPD, 1934 Versetzung in den Ruhestand.

Grützner hatte immer wieder für Eklats gesorgt. Wegen seiner zahllosen Provokationen gegen die alliierten Besatzungsmächte war er von französischer Seite am 18.2.1923 ausgewiesen und im Dezember 1923 von einem französischen Kriegsgericht in Abwesenheit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, so daß er auf den Posten des Regierungspräsidenten in Merseburg versetzt werden mußte. Nachdem ihn der preußische Minister des Innern, Albert Grzesinski, dort in den einstweiligen Ruhestand versetzt hatte, schrieb er am 3.2.1930 an alle Koalitionsfraktionen einen offenen Brief, in dem er Grzesinski zu denunzieren versuchte. Obwohl Grützners Behauptungen über Grzesinskis Privatleben rasch widerlegt wurden, trat dieser am 28.2.1930 zurück. Vgl. Horst Romeyk, Düsseldorfer Regierungspräsidenten 1918 bis 1945. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 44 (1980), S. 237-299, hier 253 ff.; Möller, Parlamentarismus, S. 390.

7 Grützner stand tatsächlich der NSDAP seit 1930/31 nahe, so daß die Presse über seine angebliche Mitgliedschaft berichtete. Allerdings erschien seine Vorgeschichte selbst der NSDAP so problematisch, daß sie - so eine vorläufige Entscheidung der Reichsleitung der NSDAP vom 9.4.1931 - zögerte, das ehemalige sozialdemokratische Mitglied aufzunehmen. Nachdem der Gau Brandenburg erneut auf eine Entscheidung gedrängt hatte, da Grützner öffentlich als nationalsozialistischer Politiker auftrete, informierte der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß in der Reichsleitung der NSDAP am 12.8.1931 den Gau, daß Hitler über den "Fall" Grützner informiert sei, sich jedoch eine Entscheidung vorbehalte. Am 30.11.1931 erging an Grützner ein ablehnender Bescheid. Vgl. Romeyk, Düsseldorfer Regierungspräsidenten, S. 262, Anm. 110.

8 In ihrem Schreiben vom 11.12.1931 waren Seldte und Duesterberg auch auf das Verhalten des thüringischen Ministerpräsidenten Erwin Baum eingegangen, über dessen Politik sich Hitler in seinem Schreiben vom 1.12.1931 beklagt hatte (vgl. Bd. IV/2, Dok. 82, ferner Dok. 27 mit Anm. 4-6). Demzufolge hatte Duesterberg "als zuständiger Landesführer dem Herrn Minister Frick, als er mit dem damaligen Reichsinnenminister [*Joseph*] Wirth in heftiger Auseinandersetzung stand, öffentlich von Landsberg/Warthe aus telegrafisch die Unterstützung durch den gesamten thüringischen Stahlhelm zugesagt. Es ist darauf weder ein Dank noch irgendeine Antwort gekommen. Weiter hat der 2. Bundesführer die beiden thüringischen Stahlhelmgauführer [*Paul*] Schönheit und [*Rudolf*] Schaper zu Herrn [*Fritz*] Sauckel gesandt. Sie wurden trotz der Anmeldung nach stundenlangem Warten unter nichtigen Vorwänden nach Hause geschickt. Herr Baum ist doch nicht Stahlhelm-Minister, er ist vielmehr erst, als er schon Minister war, und zwar vom Landbund aus, ohne Wissen des Landesführers in die Stahlhelm-Ortsgruppe Eisenberg eingetreten. Als Minister hat er zwei nationalsozialistische Beamte versetzt; dafür sind uns dienstliche Gründe genannt worden, nicht aber die Zugehörigkeit zur Partei. Bitte vergleichen Sie diesen Fall mit dem Fall Grützner. Dieser ehemalige sozialdemokratische Regierungspräsident, dessen Verhalten schon im Westen viel Anstoß erregt hat (daß er von den Franzosen vertrieben worden ist, wissen wir), kam vor Jahren nach Merseburg. Er hat in seiner Stellung jahrelang Stahlhelm und Nationalsozialisten auf das schärfste bekämpft. Nicht nur zwei, sondern eine ganze Reihe von höheren Beamten, die dem Stahlhelm angehörten oder ihm nahestanden, sind auf seine Veranlassung hin gemaß-

demokratie den ersten, bewußt deutsch handelnden Minister[9] in der Thüringer Regierung zum Sturz brachte und nationalsozialistische Beamte ihrer Stellung enthob und strafweise versetzte[10]. Dieses famose nationale *Gebaren Ihres Mannes* erscheint durch die von Ihnen angeführten "dienstlichen Gründe" nicht weniger *erbärmlich,* als das Verhalten der sogen[*annten*] nationalen Kräfte, die nach wie vor lieber mit der Sozialdemokratie paktieren, als den Interessen der Nation zu dienen. Herr Seldte, solange im Stahlhelm diese Auffassung von Bundestreue herrscht, muß ich es entschieden ablehnen, als Ihr 'Verbündeter' zu gelten."

"Wollen Sie, Herr Seldte", so fährt Hitler fort, "nicht nur mit Worten, sondern auch in Ihrem praktischen Verhalten das gleiche Ziel verfechten wie wir, bin ich nach wie vor von dem aufrichtigen Wunsch beseelt, mit Ihnen eine gemeinsame Kampfbasis zu suchen. Die *mindeste Vorbedingung* aber zu dieser Zusammenarbeit ist die *Forderung*, daß der Stahlhelm alle jene Mitglieder, die in zäher und zielklarer Arbeit gemeinsam mit den marxistischen Kräften die nationalsozialistische Bewegung fortgesetzt *hinterhältig verdächtigt* und *angegriffen* haben, *aus seinen Reihen verweist* und in besonderen Fällen *öffentlich brandmarkt.* Für eine reibungslose Zusammenarbeit verlange ich ferner, daß Sie, Herr Seldte, und alle Stahlhelmführer in den Ländern und Provinzen mit dem derzeitigen System *völlig brechen* und sich bereit finden zum Sturz und zum Kampf gegen dieses System[11].

Ich darf noch bemerken, daß es als selbstverständlich gilt, wollen Sie mit uns gemeinsam auf einer Ebene dieses eine Ziel verfechten, der nationalsozialistischen Bewegung in der Frage der *Reichspräsidentenwahl*[12] bedingungslose Gefolgschaft zu leisten. Dazu gehört vor allem, daß der vertrauliche Brief, den das Bundesamt des Stahlhelm vor wenigen Tagen zur Frage der bevorstehenden Präsidentschaftswahl an seine Führer hinausgegeben hat[13], *zurückgezogen* und für *vollkommen ungültig* erklärt wird."

---

regelt oder in ihrer Laufbahn schwer geschädigt worden. Der 2. Bundesführer, der Herrn Grützner Renegat genannt hatte - Grützner war früher Reserveoffizier und rechts eingestellt -, wurde gerichtlich mit hoher Geldstrafe bedacht. Eine große mitteldeutsche Stahlhelm-Veranstaltung wurde auf Weisung Grützners im letzten Augenblick verboten. Heute ist Herr Grützner bei Ihnen und bearbeitet in vertraulichen Ausschüssen politische Personalien!" Im folgenden erwähnten Seldte und Duesterberg weitere Beispiele für eine kommunalpolitische Zusammenarbeit zwischen nationalsozialistischen Politikern und Politikern anderer Parteien. Druck: Wie Anm 4.

9 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 23.1.1930-1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

10 Vgl. Anm. 8.

11 Die Haltung des Stahlhelm gegenüber der Republik schwankte damals zwischen Kooperationsbereitschaft und kompromißloser Opposition. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 187 ff.

12 Die Parteien und Interessenverbände begannen zum damaligen Zeitpunkt erst mit ihren internen Sondierungsgesprächen über die im Frühjahr anstehende Reichspräsidentenwahl. Zum damaligen Zeitpunkt hatte die NSDAP weder ihre Strategie in dieser Frage festgelegt, noch hatte sich Hitler bereits entschlossen, für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Vgl. Dok. 6 und Dok. 29, Anm. 4.

13 Am 23./24.1.1932 hatte die *Rheinische Zeitung* ("'Stahlhelm' gegen Hindenburg") über einen vertraulichen Führerbrief berichtet, den das Bundesamt des Stahlhelm zum bevorstehenden Reichspräsidentenwahlkampf kur-

Hitler geht nun auf dieses Schreiben ein, in dem es heißt, daß ein ausgesprochener Kandidat der "nationalen Opposition" insgesamt 15 Millionen Stimmen, ein Gegenkandidat der Linken und der Mitte nach Ansicht des Stahlhelm es auf 14 Millionen Stimmen bringen würde. Die Kommunisten könnten für ihren Kandidaten Thälmann auf 6 Millionen Stimmen rechnen. Nach dem Stahlhelm-Schreiben hätten bei einem zweiten Wahlgang die *Kommunisten die Entscheidung* und würden zweifellos eher die Hindenburg-Wahl ermöglichen als die eines Rechtskandidaten. Der Stahlhelm empfiehlt daher in diesem vertraulichen Brief die *Wahl Hindenburgs*[14].

"Herr Seldte, in Ihrem mir unter dem 23. November geschriebenen Brief[15] beklagen Sie eine Reihe von Vorkommnissen, die Sie im Interesse *reibungsloser Zusammenarbeit* beseitigt wissen möchten. In Ihrem Brief unter dem 11. Dezember weisen Sie nochmals auf die unbedingte Notwendigkeit des echten Zusammenschlusses der nationalen Opposition hin[16]. Kaum tritt die Präsidentschaftsfrage in den Kreis der innerpolitischen Erörterungen, empfehlen Sie Ihren Mitgliedern eine Kandidatur, die niemals und von Anfang an nicht die Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung finden kann, solange das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten dem Repräsentanten des heutigen Systems, gekennzeichnet durch Reichskanzler Brüning, gehört.

---

sieren ließ. Demnach erwartete die Stahlhelmführung, daß ein Kandidat der "nationalen Opposition" etwa 15 Millionen Stimmen, ein Gegenkandidat der "Linken", also der bürgerlichen Parteien und der SPD voraussichtlich 14 Millionen Stimmen erhalten könnte; die Stimmen für einen Kandidaten Thälmann wurden auf etwa 6 Millionen veranschlagt. Ungeachtet aller Bedenken gegenüber dem "gegenwärtigen System" schloß die Stahlhelmführung: "*Gegen die Gefahr, daß schließlich mit kommunistischer Hilfe ein Kandidat der Linken gewählt wird, ist die Wiederwahl Hindenburgs rein zahlenmäßig das beste Mittel.*" Die Reichsregierung solle allerdings erklären, künftig auf jede Reparationszahlung verzichten zu wollen. Schließlich wurde mitgeteilt, daß es zwischen Hitler und Stahlhelmführern keine Verhandlungen mehr gegeben und daß sich über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl "*erhebliche Gegensätze zwischen Hugenberg und Hitler herausgebildet*" hätten.

14 Der Stahlhelm befürwortete damals eine *Volks*wahl Hindenburgs, ohne sich jedoch offen für dessen Kandidatur auszusprechen. Am 14.2.1932 teilte eine Delegation des Stahlhelm Hindenburg mit, man sei nur bereit seine Kandidatur zu unterstützen, "wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen" werde. Nach langwierigen Verhandlungen entschied sich jedoch die Stahlhelmführung, mit Duesterberg einen eigenen Kandidaten aufzustellen; über dessen Kandidatur wurde die Öffentlichkeit am 22.2. unterrichtet. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 197 ff.

15 Wegen verschiedener Querelen zwischen Stahlhelm und NSDAP hatten der 1. und 2. Bundesführer des Stahlhelm, Seldte und Duesterberg, in einem Schreiben vom 23.11.1931 Hitler um "restlose Aufklärung" und um Stellungnahme zu den Ereignissen in Bad Harzburg gebeten. Der Stahlhelm habe Hitlers Verhalten "als eine schwere Kränkung und einen Verstoß gegen beste deutsche soldatische Auffassung" empfunden. "Der Stahlhelm, B. d. F., hält den Zusammenhalt der gesamten Nationalen Opposition für notwendiger denn je. Er ist an und für sich bereit, für diese große nationale Aufgabe auch weiter Opfer zu bringen. Das kann aber nicht dazu führen, daß der Stahlhelm sich eine Behandlung gefallen läßt, die er bisher nicht erfahren und anderen Verbündeten gegenüber nicht angewandt hat." Die laufenden Verhandlungen zwischen NSDAP und Stahlhelm über eine weitere Zusammenarbeit, wie sie von Göring und dem Landesverbandsführer des Stahlhelm in Brandenburg, Elhard von Morozowicz, geführt würden, erforderten "eine klare Antwort" Hitlers. Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 5; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12. Vgl. ferner Bd. IV/2, Dok. 82.

16 "Dieser Brief ist wegen der inzwischen erlassenen Notverordnung in seiner Bearbeitung verzögert worden. Diese Notverordnung erweist die unbedingte Notwendigkeit des echten Zusammenschlusses der gesamten Nationalen Opposition erneut." Druck: Wie Anm. 4.

Herr Seldte, unsere Achtung und Ehrfurcht vor der untadeligen Gestalt des greisen Generalfeldmarschalls ist *grenzenlos*[17] und größer als die plötzlich entdeckte Liebe der Vereinigungen im Lager der Weimarer Demokratie. Das haben wir bereits 1925 bewiesen[18]. Heute geht es aber *gegen das System* und gegen alle, die das System stützen oder verteidigen, ohne Rücksicht auf Namen und Personen, im Interesse des Volkes und der Nation. Das muß Ihnen bekannt sein und *Ihre voreiligen Entschlüsse* in der Frage der Reichspräsidentenwahl sind nicht geeignet, eine reibungslose Zusammenarbeit auf gemeinsamer Ebene zu garantieren[19].

Ich darf am Ende des Briefes noch einmal bemerken: Es gibt nur ein Ziel. Das ist der unerbitterliche Kampf meiner Partei gegen das heutige System und seine Träger. Wir werden solange kämpfen, bis wir das Ziel erreicht haben, ohne dabei auf die *Protektion oder Unterstützung anderer Verbände und Parteien* angewiesen zu sein. Das besagt aber nicht, daß ich nicht jederzeit bereit bin, mit Ihnen, Herr Seldte, eine gemeinsame Kampfbasis zu suchen, um auf dem Boden wahrhaft nationaler Treue das gleiche Ziel zu verfechten, das von Anfang an unveränderlich unser Programm gewesen ist.

Mit deutschem Gruß und Heil!

gez.: *Hitler*"

17 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

18 Zusammen mit BVP, Bayerischem Bauernbund, DVP, Deutsch-Hannoverschen Partei, DNVP, Stahlhelm und Wirtschaftspartei - zusammengeschlossen zum sog. Reichsblock - hatte auch die NSDAP Hindenburgs Kandidatur beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl von 1925 unterstützt. In seinem Aufruf vom 10.4.1925 hatte sich Hitler an die Wähler gewandt mit der Aufforderung, "Euren alten Generalfeldmarschall" zu wählen. Druck: Bd. I, Dok. 41.

19 Vgl. auch das Rundschreiben Nr. 44 des Bundesamts des Stahlhelm vom 24.2.1932, das über dessen Politik im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl informierte und auch über die Unterredungen, die man am 14.2. und 17.2.1932 deswegen mit Göring geführt habe. Dieser habe der Stahlhelmführung Hitler als "Einheitskandidaten" vorgeschlagen. "Die Stahlhelmführung erklärte ihrerseits, daß sie den Entschluß des Herrn Hitler, für die Reichspräsidentschaft zu kandidieren, bedauere, da seine geschichtliche Aufgabe, große Massen des deutschen Volkstums aus dem Marxismus zu nationaler Auffassung zu führen, offensichtlich noch nicht beendet sei, und er als R[*eichs*]P[*räsident*] naturgemäß in das System hineingehen müßte. Herr G[*öring*] erklärte darauf, daß Herr H[*itler*] sich keineswegs mit der R[*eichs*]P[*räsidenten*]-Stelle begnügen wolle, daß er vielmehr von seiner Stelle aus den ganzen Staat einheitlich führen wolle. Er wolle daher auch die Stelle des Reichskanzlers mit einem ihm unbedingt genehmen Mann seiner Partei besetzen und ebenso das Reichswehr- und Reichsinnenministerium." Da man sich bei diesen Unterredungen nicht habe einigen können, habe die NSDAP erklärt, "daß sie nunmehr mit einem Sonderkandidaten vorgehen werde". Für das weitere Verhalten der NSDAP sei es auffallend gewesen, daß man versucht habe, Stahlhelm und DNVP *jeweils* auf einen eigenen Kandidaten festzulegen. BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 78.

15. Januar 1932 Dok. 8
Schreiben an Heinrich Brüning [1]

VB vom 19.1.1932, "Die Denkschrift Adolf Hitlers an den Reichskanzler zur Reichspräsidentenwahl" [2].

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Reichsinnenminister General Groener hat mir in Ihrem Auftrage, Herr Reichskanzler, am 6. Januar 1932 mitgeteilt, es bestände die Absicht, *eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Beschluß des Deutschen Reichstags herbeizuführen*[3]. Da zur Erreichung der dafür als notwendig erachteten Zweidrittelmehrheit die Zustimmung der N.S.D.A.P. erforderlich ist[4], wurde meine Stellungnahme hierzu erbeten.

Ich habe - überrascht von dem Vorschlage - in den verschiedenen, mit Ihnen, Herr Reichskanzler, und dem Reichsinnenminister General Groener und Staatssekretär Dr. Meißner[5] gehabten Besprechungen[6] meine *Bedenken* gegen diese eigenartige Absicht vorgebracht. Meinen Bemühungen gelang es, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichspräsidenten aus dem peinlichen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen. *Entgegen meiner Absicht, die Angelegenheit diskret zu behandeln, wurde aber die Öffentlichkeit insoweit in Kenntnis gesetzt, daß aus begreiflichen parteipolitischen Interessen eine Pressekampagne*[7] *durch ungeschickte Kombinationen und unanständige Pressionen, ja sogar durch Fälschungen die Lage verwirrte und meine Entscheidung erschwerte.* Da der von

1 Das Schreiben wurde Brüning tags darauf von MdR Göring überreicht. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 642.

2 Hitlers Schreiben, über das die in- und ausländische Presse ausführlich berichtete, wurde von der NSDAP auch als Sonderdruck verbreitet: Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning. Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heft 5, München 1932, S. 73-82.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Laut Artikel 76 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 bedurften Verfassungsänderungen auf dem Weg der Gesetzgebung der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Reichstags. Druck: RGBl. 1919, S. 1397.
Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 waren 577 Abgeordnete in den Reichstag gewählt worden, d. h. für eine Verfassungsänderung wären hier 385 Stimmen notwendig gewesen. Die bürgerlichen Parteien verfügten zusammen über 209 Mandate, die SPD über 143, zusammen jedoch nur über 352 Mandate. Da von einer Ablehnung der KPD auszugehen war (77 Mandate), hing der Erfolg einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten - eine Unterstützung durch *alle* bürgerlichen Parteien und der *gesamten* SPD vorausgesetzt - von der DNVP (41 Mandate) *oder* der NSDAP (107 Mandate) ab. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

5 Otto Meißner (1880-1953), 1901 Dr. jur., 1902 Referendar im elsaß-lothringischen Justizdienst, 1908 Regierungsassessor, 1911 Regierungsrat und Mitglied der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, 1915-1918 Reserveoffizier, 1918 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1919 Geschäftsträger in der Ukraine, Vortragender Rat im Büro des Reichspräsidenten, Eintritt in die DDP, 1920 Ministerialdirektor und Leiter des Büros des Reichspräsidenten, 1923 Staatssekretär, 1935 Chef der Präsidialkanzlei, 1937 Reichsminister, 1949 Freispruch im "Wilhelmstraßen-Prozeß".

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

7 Die Reichsregierung hatte die Presse am 7.1.1932 über die Unterredung zwischen Brüning und Hitler erst offiziell in Kenntnis gesetzt, nachdem die Telegraphen-Union hierüber bereits berichtet hatte. Durch die vorzeitige Bekanntmachung wurde Hitlers Konzessionsbereitschaft, sofern eine solche überhaupt bestanden haben soll-

mir gewünschte Weg der Überwindung dieser Schwierigkeiten nicht durchzudringen vermochte [*sic!*], bleibt mir angesichts der Art der Behandlung der Frage durch einen Teil der Presse, angesichts der Kombinationen und unwahren Behauptungen, die sich daraus ergaben, kein anderer Weg, als auch von mir aus die Öffentlichkeit von den Gründen zu unterrichten, die meine Stellungnahme bedingten. Denn ich bin ja nicht in der Lage, Herr Reichskanzler, Ihre Aktion als möglich anzusehen, sowohl vom rein *verfassungsmäßigen* Standpunkt aus, als auch auf Grund einer *politischen* Überprüfung.

Ich habe mir erlaubt, die in dieser Denkschrift niedergelegten rein verfassungsrechtlichen Bedenken ehrerbietigst dem Herrn Reichspräsidenten zu unterbreiten[8]. Die politischen Argumente, die gegen die Aktion sprechen, würde ich nicht anführen, wenn nicht die Notwendigkeit der Durchführung dieses Planes sowohl von Ihnen, Herr Reichskanzler, als auch von anderen Seiten mit Gründen hauptsächlich *außenpolitischen* Charakters motiviert worden wäre. Da ich aber diese Argumente in erstaunlicher Übereinstimmung in einem Teil der deutschen Presse veröffentlicht gesehen habe[9], bin ich gezwungen, *auch ihre Widerlegung öffentlich vorzunehmen. Denn ich habe in all den Besprechungen nicht eine Begründung gefunden, deren Widerlegung irgendwelche Schwierigkeiten bereiten würde. Im Gegenteil: Ich glaube, daß zumindest die in meiner Bewegung stehenden deutschen Volksgenossen sich auf das einmütigste hinter die ihnen nunmehr von mir bekanntgegebene Auffassung stellen werden.* Ich glaube dabei noch darüber hinaus, daß es für die Zukunft nützlich ist, die Widerlegung der Begrün-

---

te, von vornherein blockiert. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 626 mit Anm. 5 und 6. Ferner Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 706.f
Zur Reaktion der Presse vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 7.1.1932 (AA), "Hindenburg soll bleiben"; Münchner Neueste Nachrichten vom 8.1.1932, "Hitler bei Brüning und Groener"; Vorwärts vom 8.1.1932 (MA), "Bleibt Hindenburg?"; Vossische Zeitung vom 8.1.1932 (AA), "Ja oder Nein!"; Frankfurter Zeitung vom 9.1.1932 (AA), "Gibt es eine Einheitsfront?"; Berliner Tageblatt vom 10.1.1932 (MA), "War hier ein Kluger klug genug?". Charakteristisch für den Tenor der bürgerlichen Blätter etwa der Kommentar der *Frankfurter Zeitung*: "Wir sind überzeugt, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes das jetzige Vorgehen der Reichsregierung aufs entschiedenste begrüßen wird."

8 Nach seinen Unterredungen mit Vertretern der Reichsregierung über eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten (vgl. Dok. 6, Anm. 5) hatte Hitler am 12.1.1932 zunächst an den Reichspräsidenten selbst einen Brief gerichtet, in dem er seine verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber diesem Plan darlegte. Um eine öffentliche Auseinandersetzung über die Wiederwahl Hindenburgs zu verhindern, intervenierte Staatssekretär Meißner noch am selben Tag persönlich bei Hitler und erreichte, daß dieser "die Denkschrift als nicht geschrieben" zurücknahm und "der Ordnung entsprechend seine offizielle Antwort dem Herrn Reichskanzler zustellte". Diese Übereinkunft war das Motiv für Hitlers Schreiben vom 12.1. (Dok. 6) und 15.1.1932. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 626.

9 In ihrer offiziellen Verlautbarung vom 7.1.1932 hatte die Reichsregierung den Reichspräsidenten als "das stärkste Aktivum" charakterisiert, "das Deutschland in der Welt besitzt". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 626, Anm. 6.
Zur Reaktion der Presse vgl. etwa den Kommentar der *Frankfurter Zeitung*: "Es geht in diesem Augenblick um eine der bedeutendsten politischen Entscheidungen, die heute in Deutschland fallen können. Der Schritt, den die Reichsregierung tut, hat zweifellos nicht bloß innerpolitische Gründe. Herr Dr. Brüning rechnet mit der großen Autorität und dem Vertrauen, das sich der gegenwärtige Reichspräsident in der ganzen Welt erworben hat. Er erwartet offenbar, seine Stellung bei den Verhandlungen in Lausanne zu stärken, wenn die anderen Nationen damit rechnen können, daß die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und verfassungsmäßiger Zustände in Deutschland auch weiterhin durch die Person Hindenburgs gewährleistet bleiben." Frankfurter Zeitung vom 9.1.1932 (AA), "Gibt es eine Einheitsfront?"

dung einer Absicht *öffentlich* vorzunehmen, *die in anderer Form und mit anderen Methoden vielleicht schon morgen wieder auftauchen könnte.*

Die *Weimarer Verfassung* ist das Grundgesetz und damit die Rechtsgrundlage der deutschen Republik [10]. In Artikel 1 der Verfassungsurkunde stellt sie fest:

1. Das Deutsche Reich ist eine *Republik.*
2. Die Staatsgewalt geht vom *Volke* aus.

Dementsprechend bestimmt auch der Artikel 41: *Der Reichspräsident wird vom ganzen Volk gewählt* [11].

Daß diese Urwahl durch den verfassungsändernden Beschluß einer qualifizierten Mehrheit des Reichstags ersetzt werden könnte, widerspricht meines Erachtens den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung. Wäre dem nicht so, dann würde die Reichsverfassung in Artikel 43 nicht fordern, daß der Reichspräsident *nur durch eine allgemeine Volksabstimmung abgesetzt werden kann,* nicht aber durch eine Mehrheit des Reichstags [12]. Dieser Zweidrittelmehrheit ist in dem genannten Artikel der Reichsverfassung lediglich *das Recht einer Antragstellung zur Volksabstimmung vorbehalten.* Wie sehr die Reichsverfassung das Ergebnis der Volksabstimmung (d. h. also den einfachen Mehrheitsentscheid der Urwähler) über jede, auch verfassungsändernde Mehrheit des Reichstags stellt, geht meiner Auffassung nach völlig zweifelsfrei aus dem weiteren Satz des Artikels 43 hervor, daß nämlich die Ablehnung des Antrags auf Absetzung des Reichspräsidenten durch den Ausgang der Volksabstimmung *als neue Wahl gilt* und automatisch die Auflösung des den Antrag stellenden Reichstags zur Folge hat. Selbst wenn also eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages die Absetzung des Reichspräsidenten wünscht, die darauf durchgeführte Volksabstimmung aber in einfacher Mehrheit diesen Antrag ablehnt, *bleibt der Reichspräsident in seinem Amte* und gilt sogar damit überhaupt wieder als neu gewählt. Der Reichstag selbst jedoch verfällt der Auflösung.

Würden die Gesetzgeber der Weimarer Verfassung eine Neuwahl oder auch nur eine Amtsverlängerung im Augenblick der Abfassung dieser Urkunde durch eine Reichstagsmehrheit für angängig gehalten haben, dann hätten sie ebenso sicher eine entsprechende Bestimmung in der Reichsverfassung getroffen, wie sie damit allerdings aber auch umgekehrt logischerweise der gleichen Mehrheit die Befugnis zuerkannt haben würden, den Reichspräsidenten auch wieder abzusetzen. Denn es ist klar: *Die Instanz, die eine Einsetzung vornimmt, muß auch die Absetzung aussprechen können. Wenn eine Zweidrittelmehrheit den Reichspräsidenten zu wählen befähigt ist, muß ihn eine andere Zweidrittelmehrheit ebenso auch absetzen können.* Die Reichsverfassung lehnt aber diese Befugnis des Reichstags von vornherein als irrig ab, indem

---

10 Druck der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: RGBl. 1919, S. 1383 ff.

11 Anspielung auf Artikel 41, Abs. 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt." Druck: RGBl. 1919, S. 1391. Die Wahl des Reichspräsidenten wurde ferner geregelt im Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4.5.1920, später gültig in der Form vom 6.3.1924, sowie das Zweite Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 13.3.1925. Druck: RGBl. 1920, S. 849 f.; 1924, I, S. 168; 1925, I, S. 19.

12 Artikel 43, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Vor Ablauf der Frist kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstags durch Volksabstimmung abgesetzt werden. Der Beschluß des Reichstags erfordert Zweidrittelmehrheit. Durch den Beschluß ist der Reichspräsident an der ferneren Ausübung des Amtes verhindert. Die Ablehnung der Absetzung durch die Volksabstimmung gilt als neue Wahl und hat die Auflösung des Reichstags zur Folge." Druck: RGBl. 1919, S. 1392.

sie ausdrücklich bestimmt, *daß der Reichspräsident vom Volke gewählt werden muß und nur daher auch wieder vom Volke allein abgesetzt werden kann.*

Ein Aufheben dieser Bestimmungen der Reichsverfassung durch verfassungsändernde Mehrheit kann daher meines Erachtens nur dann stattfinden, wenn grundsätzlich damit auch das Recht des Reichstags auf Absetzung festgelegt wird. Damit ist die Wahl des Reichspräsidenten den wechselnden Zufällen parlamentarischer Majoritäten genauso ausgeliefert, wie umgekehrt auch Stellung und Vollmacht des jeweiligen Reichspräsidenten dauernd den gleichen unsicheren Faktoren preisgegeben sein würden.

Die falschen Vergleiche des Reichskanzlers.

Dabei ist es meines Erachtens *gänzlich* abwegig, wenn Sie, Herr Reichskanzler, die Verlängerung der Präsidentschaft des seinerzeitigen Reichspräsidenten Friedrich Ebert [13] hier zum Vergleich oder gar zur Stützung Ihres jetzigen Standpunktes heranziehen [14]. Friedrich Ebert wurde durch die Nationalversammlung zum vorläufigen Präsidenten gewählt und durch einen Reichstagsbeschluß in seinem Amte verlängert [15]. *Dieser Vorgang erhielt schon damals nicht die allgemeine Zustimmung maßgeblicher Staatsrechtslehrer* [16]. *Die Nationalsozialistische* [*Deutsche Arbeiter*]*partei jedenfalls hat diesem Verfahren des Deutschen Reichstages niemals ihre ideelle Zustimmung ausgedrückt, sondern im Gegenteil den Vorgang als verfassungswidrig abgelehnt* [17].

Generalfeldmarschall von Hindenburg ist damit als erster Reichspräsident auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege zur Wahl gestellt und gewählt worden [18]. Die Bedenken,

---

13 Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des Parteivorstands der SPD, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, November 1918 bis Februar 1919 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, Februar 1919 bis Februar 1925 Reichspräsident.

14 Vermutlich eine Anspielung auf jene Argumente, mit denen Brüning und weitere Regierungsvertreter in ihren Unterredungen mit Hitler, die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten begründet hatten. Vgl. Dok. 6, Anm. 5. Für diese Vermutung sprechen auch Anm. 20 und 25.

15 Die Verfassunggebende Nationalversammlung hatte Ebert am 11.2.1919 mit 277 Stimmen, bei 51 Enthaltungen und 51 Gegenstimmen zum provisorischen Reichspräsidenten gewählt. Gemäß Artikel 180, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs sollte er sein Amt "bis zum Amtsantritt des ersten Reichspräsidenten", d. h. bis zur ersten Volkswahl ausüben. Nationalversammlung bzw. Reichstag versuchten jedoch, diese Volkswahl herauszuzögern. Obwohl Ebert mehrfach die Festlegung eines Wahltermins gefordert hatte, beschloß der Reichstag am 24.10.1922 erneut, die Wahl zu verschieben. Stattdessen verabschiedeten alle im Reichstag vertretenen Parteien - mit Ausnahme von KPD und DNVP - mit 314 gegen 76 Stimmen das "Gesetz zur Änderung des Artikel 180 der Reichsverfassung". Unter Durchbrechung von Artikel 41 wurde damit die Amtszeit des Reichspräsidenten bis zum 30.6.1925 verlängert. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 307 ff., 419 ff.; Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984, S. 264 ff. Druck: RGBl. 1922, I, S. 801.

16 Die zeitgenössische Staatslehre nahm am Gesetz zur Änderung des Artikels 180 der Reichsverfassung vom 27.10.1922, mit dem die Amtszeit des ersten Reichspräsidenten auf parlamentarischen Weg verlängert wurde, in der Regel keinen Anstoß. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 312; Bd. VII, S. 266.

17 Die Nationalsozialisten, die seit dem 4.5.1924 durch die NSFB im Reichstag vertreten waren, brachten am 27.5.1924 den Gesetzentwurf ein, den Artikel 180 dahingehend zu ändern sei, daß "die Wahl des ersten Reichspräsidenten gemäß Artikel 41 [...] sofort einzuleiten" sei. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 382, Anlagen, Berlin 1924, Antrag Nr. 41.

18 Nachdem der erste Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 29.3.1925 ergebnislos geendet hatte, nahm Hindenburg nach längerem Zögern am 8.4. die Kandidatur um dieses Amt an. Am 26.4.1925 wurde Hindenburg im zweiten Wahlgang mit 14.655.641 Stimmen (48,3%) vor seinen Konkurrenten Wilhelm Marx (13.751.605 Stim-

die aus verfassungsrechtlichen Gründen gegen die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert durch Beschluß des Deutschen Reichstags bestanden und von der nationalsozialistischen Bewegung vertreten wurden, müßten infolgedessen heute *eher noch schärfer als damals* geltend gemacht werden.

Im übrigen ist mir nicht bekannt, daß, abgesehen von einigen außergewöhnlichen Vorgängen in mittel- und südamerikanischen Republiken, die ich nicht als nachahmenswerte Vorbilder für ähnliche Versuche in Deutschland ansehen möchte, in den großen republikanischen Staaten der Welt - in Amerika und Frankreich - der verfassungsmäßig niedergelegte Hergang der Wahl des Reichsoberhauptes jemals verlassen worden wäre[19].

Die von Ihnen, Herr Reichskanzler, mir als analogen Fall entgegengehaltene Meinung[20], *der Präsident der Exekutive der französischen Republik, Adolphe Thiers*[21], *sei ebenfalls entgegen den Bestimmungen der französischen Verfassung durch Parlamentsbeschluß in seinem Amte auf Lebensdauer verlängert worden, beruht auf einem Irrtum*[22].

Der Präsident der französischen Republik wird *überhaupt nicht vom Volk, sondern von einer Nationalversammlung gewählt, die sich aus den Mitgliedern der Deputiertenkammer und des Senats zusammensetzt*[23]. Es ist natürlich jederzeit möglich, daß dieses vergrößerte Parlament einen Präsidenten in seinem Amte verlängert, da ein solcher Beschluß verfassungsmäßig dann eine Neuwahl wäre, die von der hierzu befugten Instanz vorgenommen wird und

men, 45,3%) und Ernst Thälmann (1.931.151 Stimmen, 6,4%) zum Reichspräsidenten gewählt. Vgl. Dorpalen, Hindenburg, S. 68 ff. Zahlen bei Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

19 Vgl. hierzu Sidney M. Milkis, Michael Nelson, The American Presidency. Origins and Development, 1776-1993, Washington, D.C. [2]1994 sowie Jean-Marie Mayeur, La vie politique sous la Troisième République 1870-1940, Paris 1984, S. 42 ff.
Druck der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 17.9.1787 sowie der französischen Verfassungsgesetze vom 25.2., 24.2. und 16.7.1875: Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung. Hrsg. von Günther Franz, Darmstadt [3]1975, S. 10 ff., 396 ff.

20 Vgl. Anm. 14 sowie Brüning, Memoiren 1918-1934 (S. 501), in denen Brüning über seine Unterredung mit Hitler am 7.1.1932 berichtet: "Hitler hatte sich in der Zwischenzeit von irgend jemand Argumente geben lassen zur Bekämpfung der Auffassung von der verfassungsmäßigen Zulässigkeit der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten. Vor allem hatte er sich genau orientieren lassen über die Analogie in der französischen Politik in den 70er Jahren."

21 Adolphe Thiers (1797-1877), französischer Rechtsanwalt und Historiker, 1832 Innenminister, kurzfristig Ministerpräsident, 1836-1840 Außenminister, seit 1863 liberaler Oppositionsführer in der Abgeordnetenkammer, 17.2.1871 Chef du Pouvoir Exécutif de la République Française, 31.8.1871 bis 24.5.1873 Präsident der Französischen Republik.

22 Die französische Nationalversammlung hatte in der Übereinkunft von Bordeaux vom 12.2.1871 die bestehende republikanische Staatsform zum Provisorium erklärt, das durch die Wahl einer endgültigen Verfassung durch das französische Volk beendet werden sollte. Davon betroffen war auch das Amt des Präsidenten der Französischen Republik, in das Thiers am 31.8.1871 durch die Nationalversammlung gewählt worden war. Das Amt, in dem sich die Funktionen eines Staats- und Ministerpräsidenten vorläufig vereinigten, wurde durch das Gesetz Rivet vom 31.8.1871 zeitlich befristet auf die Dauer der Tätigkeit der Nationalversammlung. Eine verfassungsrechtlich gültige Grundlage für die Wahl und das Amt des französischen Präsidenten wurde erst durch die französischen Verfassungsgesetze von 1875 geschaffen. Vgl. Mayeur, Vie politique, S. 42 ff.

23 Anspielung auf Artikel 2 des französischen Verfassungsgesetzes vom 25.2.1875: "Le président de la République est élu à la majorité absolue des suffrages par le sénat et par la chambre des députés réunis en assemblée nationale. Il est nommé pour sept ans; il est rééligible." Druck: Franz (Hrsg.), Staatsverfassungen, S. 396 f.

von der Verfassung zugelassen ist. *Adolphe Thiers selbst hat übrigens niemals auf Lebensdauer eine Verlängerung seiner Präsidentschaft erhalten, sondern wurde im Gegenteil 1873 gestürzt*[24].

Ich habe daher, Herr Reichskanzler, persönlich berechtigte Zweifel, daß ein solcher Vorgang überhaupt verfassungsrechtlich zulässig ist, wenn in der Verfassung ein wirkliches Fundament des staatlichen Lebens erblickt werden soll.

Die Würde des Reichspräsidenten verlangt die Entscheidung durch das Volk.

Sollte aber trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen der klaren Bestimmung der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müßte meines Erachtens aber zumindest *eine selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein:*

Die Zusammensetzung des Reichstages muß den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes tatsächlich und erweisbar zum Ausdruck bringen.

Ihre Meinung, Herr Reichskanzler, daß im Interesse der Kontinuität der Führung der politischen Geschäfte auf eine Wahl verzichtet werden müsse, weil sich durch einen in ihr äußernden *neuen Willen* unter Umständen eine Änderung in personeller und sachlicher Richtung hin ergeben könnte[25], widerlegt sich durch sich selbst. *Denn weil die Demokratie die Auffassung vertritt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und damit sämtliche Repräsentanten der Staatsgewalt nur Mandatare des Volkswillens sind, unterwirft sie die Leitung der politischen Geschäfte persönlich und damit auch sachlich der von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Nachprüfung durch das Volk.* Indem durch die Verfassung sowohl der Volksvertretung als auch dem Reichspräsidenten eine bestimmte, begrenzte Geltungsdauer zugemessen wird, *berücksichtigt sie die Änderungen in der politischen Willensbildung des Volkes,* die sich *aus der Beurteilung der Leistungen* der vom Volk gewählten Regierung ergeben und einstellen. Nach der Auffassung der Demokratie soll aber gerade diese Einstellung in den von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Wahlen ihre ausdrückliche Berücksichtigung finden. Es ist dabei gänzlich belanglos, wie lange in dem vorliegenden Falle der Reichstag schon als gewählt erscheint und wann seine normale Wiederwahl stattfinden soll. Denn laut Verfassung soll die Reichspräsidentenwahl 1932 stattfinden[26]. *Damit aber ist es für diese Wahl nicht wesentlich, welche politische Auffassung die deutsche Nation am 14. September 1930 besaß*[27], *sondern entscheidend, welche*

24 Thiers scheiterte an der noch offenen Frage nach der definitiven Staatsform Frankreichs. Seine Entscheidung für eine republikanische Verfassung stieß auf den Widerstand der Nationalversammlung, wo sich am 24.5.1873 Orleanisten, Legitimisten und Bonapartisten mit 360 gegen 344 Stimmen für seinen Rücktritt aussprachen. Vgl. Mayeur, Vie politique, S. 42 ff.

25 Vgl. Anm. 14 und 25 sowie Brüning, Memoiren 1918-1934 (S. 501), in denen Brüning über seine Unterredung mit Hitler am 7.1.1932 berichtet: "Ich setzte ihm die Lage der Außenpolitik auseinander, vor allem die Bedeutung einer schnellen Wiederwahl des Reichspräsidenten für die Realisierung der erhofften außenpolitischen Erfolge."

26 Hindenburg war am 26.4.1925 zum Reichspräsidenten gewählt worden und hatte am 30.4. sein Amt angetreten. Artikel 43, Abs. 1 legte die Amtszeit des Reichspräsidenten auf sieben Jahre fest. Laut § 148, Abs. 3 der Reichsstimmordnung vom 14.3.1924 begann die Amtszeit des Reichspräsidenten mit der Feststellung des Reichswahlausschusses, "daß ein Anwärter mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat". Druck: RGBl. 1919, S. 1392; 1924, I, S. 173 ff., hier S. 196.

27 Vgl. Dok. 1, Anm. 3 und 10.

politische Willensbildung sie im März 1932 besitzt. Selbst wenn demnach angenommen werden könnte, der Reichstag sei befugt, die Urwahl durch eine einfache Abstimmung zu ersetzen, so müßte doch als logische Vorbedingung *die restlose Übereinstimmung des Willensausdrucks des Reichstags mit der in diesem Zeitpunkte vorhandenen Willensbildung der Nation garantiert sein.*

Da dies nachweisbar weder der Fall ist, noch überhaupt der Fall sein kann, müßte schon in Ansehung der Würde des Herrn Generalfeldmarschalls demnach zuerst der Reichstag, der ihn in seinem Amte neu zu wählen berufen ist, dem Willen des Volkes entsprechend zusammengesetzt sein. Praktisch würde damit aber gerade das erreicht, was erst vermieden werden sollte: Es fände dennoch eine Wahl statt.

Alle sonst gegen eine Neuwahl angeführten Gründe innen- und außenpolitischer Natur können niemals *ein Freibrief zur Verletzung der Verfassung* sein, selbst wenn diese Verletzung eine buchstabenmäßige Begründung fände, dem inneren klaren Sinn und Geist der Verfassung aber widerspräche.

Die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation ist die Überwindung des heutigen Systems.

Ganz abgesehen von diesen verfassungsrechtlichen Erwägungen sind mir aber vor allem *die Gründe unverständlich, die diesen Versuch motivieren sollten.*

Herr Reichskanzler, Sie sind der Auffassung, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertrügen. Ich glaube nicht, daß diese Meinung den Nagel auf den Kopf trifft. Denn mit wesentlich mehr Recht könnte ich als Führer der größten Oppositionspartei folgendes erklären:

Das innerpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit zwölf Jahren man nicht zu bestreiten vermag, kann aus inneren politischen Selbsterhaltungsgründen keine Wahlen brauchen, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch erfordern.

Der Verfall unseres einst großen und mächtigen Reiches hat seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen als vielmehr in der innerpolitischen Zerstörung unseres Volkskörpers und seiner allgemeinen Widerstandsfähigkeit durch die Parteien, die das heutige System verkörpern. Die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge ist daher die innerpolitische Überwindung der weltanschaulichen und parteilichen Zersetzungsarbeit, die mit dem November 1918 einst ihr Ziel erreichte[28] *und Deutschland dorthin trieb, wo es sich heute befindet.*

Gewiß gibt es zur Zeit Politiker, die in der *endlich festgestellten Zahlungsunfähigkeit Deutschlands*[29] einen eminenten Erfolg einer klug angelegten Politik erkennen möchten[30]. Im

28 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

29 Anspielung auf die Unterredung, die Brüning mit dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, am 8.1.1932 geführt hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte Brüning dem britischen Botschafter offen eingestanden, "das Ziel der Reichsregierung sei die Erreichung der völligen Streichung der Reparationen". Es sei für Deutschland unmöglich, "nach Ablauf des Hoover-Jahres die Reparationszahlungen fortzusetzen bzw. wiederaufzunehmen". Tags darauf wurde dieser Standpunkt Brünings als Interview mit dem Wolffschen Telegraphenbüro veröffentlicht: Der Bericht der Baseler Sachverständigen beweise "die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhange gerade die

kaufmännischen Leben würde man über solche Auffassungen nur verwunderlich den Kopf schütteln. Es scheint mir immerhin leichter zu sein, die *Zahlungsunfähigkeit* eines Unternehmens herbeizuführen als die *Rentabilität.* Sollte man aber wirklich in der nunmehr *zweifelsfrei feststehenden Tatsache des totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands* eine politische Leistung erblicken, dann bliebe höchstens die Stümperhaftigkeit zu vermerken, die zwölf Jahre bedurfte, um qualvoll zu vollziehen, was geschicktere Menschen vielleicht schon in drei Jahren hätten demonstrieren können. Wenn man, um die Notwendigkeit der Existenz eines Unternehmens zu beweisen, dieses vorher erst zugrunde richten muß, dann sollte man zumindest die Qual abkürzen und beschleunigt sterben lassen, was nach der Ansicht einer höheren Staatskunst, um das Anrecht zum Leben zu erweisen, vorher umgebracht werden muß.

Wenn aber ein solcher Vorgang eine wirtschaftliche Voraussetzung zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg ist, dann ist nicht einzusehen, wieso überhaupt innerpolitische Wahlen dabei von Schaden sein könnten. Denn Sie, Herr Reichskanzler, sehen den Schaden doch wohl darin, daß die nach Ihnen Kommenden schlimmer sein könnten als Sie selbst, d. h. aber doch nichts anderes, als daß sie *den Prozeß der praktischen Demonstration des wirtschaftlichen Zusammenbruchs höchstens noch beschleunigen könnten. Dieses aber müßte ja nach den Auffassungen der heutigen deutschen Staatskunst nur erwünscht und deshalb zu begrüßen sein. Oder sollte man am Ende gar befürchten, daß durch einen Sieg der nationalsozialistischen Bewegung diese geniale politische Zielsetzung, der völlige wirtschaftliche Ruin, durchkreuzt würde?*

Die zwei Traditionen in der deutschen Politik

Herr Reichskanzler, ich zweifle keinen Augenblick, daß politische Tribute an der effektiven Zahlungsunfähigkeit, d. h. am *tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch einer Nation*, scheitern können. Ich glaube aber nicht, daß eine durch solche Tatsachen erzwungene Nichterfüllung vorher unterschriebener Verträge ohne weiteres in einen gültigen Rechtszustand verwandelt wird, wenn nicht außer dem wirtschaftlichen Unvermögen des Schuldners *politische Zweckmäßigkeiten für den Gläubiger sichtbar werden.*

---

deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen". Brünings Eingeständnis belastete vor allem die deutsch-französischen Beziehungen, während man in Großbritannien Verständnis für die deutsche Position äußerte. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 683 ff.; Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Göttingen 1983, Dok. 168, 175, 177, 178, 188; Politik und Wirtschaft, Bd. 2, Dok. 399 a und b.

30 Brüning erkannte in den Reparationsverpflichtungen das Kernstück des Versailler Vertrags; zugunsten ihrer Streichung war er bereit, seine übrigen außenpolitischen Ziele, die territoriale Revision und die militärische Gleichberechtigung, vorerst zurückzustellen. Vor dem Hintergund der Weltwirtschaftskrise benützte er seine rücksichtslose Deflationspolitik als Druckmittel, um die Reparationsgläubiger vom guten Willen Deutschlands, zugleich aber von der objektiven Unmöglichkeit eines weiteren Transfers der Reparationen zu überzeugen. Ein erster greifbarer Erfolg dieser Strategie zeichnete sich damals mit dem Hoover-Moratorium ab. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, passim.
In seiner Unterredung am 5.10.1930 hatte Brüning Hitler darüber informiert, daß die "Streichung der Reparationen [...] das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein" werde. Mit der Reparations- sowie der Abrüstungsfrage hoffe er, "im Laufe von anderthalb bis zwei Jahren den ganzen Versailler Vertrag, ohne darüber zu reden, ins Wanken zu bringen". Vgl. Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 193.

Daß Deutschland heute nicht mehr bezahlen kann, Herr Reichskanzler, ist kein politisches Verdienst irgendeiner Regierung, sondern eine durch eine unvergleichlich fehlerhafte politische Leistung herbeigeführte, mit unfaßbarem Leid und grauenhafter Not verknüpfte Katastrophe. 13 Jahre währte dieser durch eine unverantwortliche Illusionspolitik eingeleitete und durchgeführte Zusammenbruch.

Die Tatsache nun, daß es gelingt, in 13 Jahren ein gesundes Unternehmen vollständig zahlungsunfähig zu machen, ist keineswegs eine Garantie dafür, daß damit im 14. Jahr ein Wiederaufstieg beginnt. Auf keinen Fall dann, wenn die Männer des Zusammenbruchs, statt mit ihm zu verschwinden, auch Direktoren des Wiederaufstieges sein möchten.

Es kann alles zur Tradition werden. Sauberkeit genauso wie Schlamperei und Fäulnis wie Größe. Wenn aber ein System im 13. Jahr seines Bestandes auf keinen größeren Aktivposten hinzuweisen vermag als den, durch eine vollkommene Pleite den Gläubiger endlich von der Zahlungsunfähigkeit überzeugt zu haben, dann scheint mir ein solches Verfahren kaum weniger außerhalb der Tradition eines Systems zu liegen, als das System, das einst Deutschland aufbaute, sich ebenfalls einer Tradition rühmen durfte.

Ich glaube daher, daß hier tatsächlich zwei Traditionen in Erscheinung treten: Jene Tradition, die einst Deutschland geschaffen hat, und diese Tradition, die es vernichtete.

Ich verstehe daher nicht, wieso ausgerechnet die Parteien, die einst die ehrenvolle Entwicklung des alten Reiches politisch und wirtschaftlich jäh unterbrachen, heute an einer Kontinuität der politischen Führung hängen können, deren Befähigung zum Zerstören ebenso restlos erwiesen wird, wie ihre Unfähigkeit zum Neuaufbau allein schon aus der Tradition ihres Wirkens eindeutig und klar hervorgeht.

Die Angst des Systems vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Ich glaube vor allem nicht daran, daß die Schwäche, außenpolitisch gesehen, plötzlich ein *Vorzug* sein könnte. *Und ich glaube noch weniger, daß eine Regierung, deren innerpolitisches Fundament nur in der Angst eines Systems begründet ist, das, von schlechtem Gewissen erfüllt, die Auseinandersetzung mit dem Gegner scheut, ein wirksamer oder gar würdiger Repräsentant einer Nation wäre.*

Wenn z. B. eine große politische Organisation, von deren Geneigtheit die heutige Regierung abhängig ist[31], erklärt, daß sie an sich dem Reichspräsidenten nichts entgegenbringen könne, aber ihn als kleineres Übel empfinde, und deshalb, um den Sieg des gefürchteten Nationalsozialismus zu vermeiden, selbst einen Hindenburg noch lieber nehmen würde[32], *dann*

31 Durch die Tolerierungspolitik der SPD - sie hatte am 14.9.1930 24,5% der Stimmen bzw. 143 Reichstagsmandate erhalten - sowie die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen verfügte die Regierung Brüning auch nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 über knappe parlamentarische Mehrheiten. Vgl. Rainer Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

32 Brüning hatte am 7.1.1932 an führende sozialdemokratische Politiker appelliert, ihn bei seinem Vorhaben zu unterstützen, die Reichspräsidentschaft Hindenburgs durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags zu verlängern. Trotz heftiger Kritik ihres linken Flügels begann die SPD seit Beginn des Jahres 1932 ihre Mitglieder und Anhänger darauf vorzubereiten, "daß sie, um den Faschismus zu verhindern, einen ungeliebten Kandidaten zum Reichspräsidenten würden wählen müssen" (Winkler, Weg, S. 511). So schrieb der *Vorwärts* z. B. am 8.1.1932: "Herr v. Hindenburg hat zweifellos in seiner nun fast siebenjährigen Amtszeit seine

ist die Regierung nur zu bemitleiden, die in solchen Instinkten die Wurzeln ihrer starken Kraft sieht. Ich zweifle nicht, daß sich in einer unfair ausgelegten Demokratie auch auf solcher Basis noch eine Regierungsgewalt schlecht und recht erhalten kann.

Aber ich bin überzeugt, daß man die Nation bemitleiden muß, die das Unglück besitzt, von einer solchen Gewalt nach außen vertreten zu werden. Ernstliche Erfolge sind dann nicht zu erwarten.

Die Beseitigung des herrschenden Systems ist ein außenpolitischer Gewinn Deutschlands.

Ich glaube nicht, daß im Völkerleben auf Rechte Verzicht geleistet wird, *wenn nicht Vorteile geboten werden.* Man kann nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungsvoll nach außen vertreten werden kann, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen hat als die Drohung mit dem, was an seiner Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre. Wenn heute eine Regierung die Wichtigkeit ihres Daseins in London begründet mit dem ansonst drohenden Bolschewismus und in Paris mit dem ebenso schrecklichen Nationalismus, *dann ist das für mich als ebenfalls [her]angezogenem Schrecken höchst ehrenvoll, für die deutsche Nation aber peinlich.*

Ich halte es jedenfalls vom Standpunkt der Repräsentation des deutschen Volkes nach außen für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment kommt, dessen Existenz weder der Angst noch des Hinweises auf die zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmittel bedarf, sondern das aus eigener Kraft, wurzelnd im Willen der Nation, seine Daseinsberechtigung schöpft.

Ich sehe daher, Herr Reichskanzler, in jedem Vorgang, der zur Überwindung des heutigen Systems führen kann, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands. Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten hat, wird man ihm etwas geben. Die effektive Unmöglichkeit der Erfüllung bestimmter Verträge wird erst dann in einen vernünftigen Rechtszustand verwandelt, wenn für bestimmte Mächte die Freundschaft mit Deutschland *mehr Gewinn bringt* als das Beharren auf Verträgen, *deren Rechtsgültigkeit man aus unserer Unterschrift ableitet, deren Erfüllbarkeit sich als praktisch unmöglich erwiesen hat und deren Zweckmäßigkeit damit an sich nur mehr eine relative ist. Somit ist die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands letzten Endes eine Frage der moralischen Rehabilitierung unseres Volkes im Inneren und damit eine Frage der Überwindung eines Systems, das in der Geschichte unzertrennlich verbunden sein wird mit der Periode der inneren und damit äußeren Entwertung unseres Volkes, begonnen im November 1918 und, so Gott will, beendet in einer nicht zu fernen Zeit.*

Auch aus diesen Erwägungen heraus muß ich daher einen Versuch ablehnen, der in der ganzen Art seiner Durchführung mir ein Beweis dafür zu sein scheint, daß man auf diesem Wege ein System zu retten gedenkt, dessen Vernichtung die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation ist.

Gegner von einst, die seine Kandidatur bekämpften, entwaffnet. Er hat sich in schwerer Zeit als *Hüter der Verfassung* erwiesen und er hat die Hoffnungen, die viele seiner Anhänger von einst auf ihn gesetzt hatten, schwer enttäuscht." Vgl. Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 501 f.; Winkler, Weg, S. 479 ff., 511 ff. Ferner Vorwärts vom 8.1.1932 (MA), "Bleibt Hindenburg?"

Die Frage der Moral

Im übrigen ist es auch noch eine Frage der Moral, zumindest in unseren Augen, ob es erträglich erscheint, jahrelang als Staatsfeinde verfemt zu werden[33], *um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden, deren Wortführer anscheinend kein Gefühl für das berechtigte Erstaunen der also Bevorzugten besitzen*[34].

Auch aus dieser Empfindung heraus muß ich daher Ihren Vorschlag, Herr Reichskanzler, *ablehnen*. Ich bedauere nur nochmals, daß in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten einbezogen wurde, für den wir Mitkämpfer des großen Krieges, als dem Generalfeldmarschall unserer Heere, unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfinden[35].

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. *Adolf Hitler*

33 Zur Auseinandersetzung der staatlichen Gewalt mit der NSDAP vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 265 ff.; Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 119 ff. sowie Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977.

34 Bereits nach der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatte Brüning am 5.10.1930 mit Hitler verhandelt, ohne daß dieser zu einer parlamentarischen Duldung der Regierung Brüning gewonnen werden konnte. Am 10.10.1931 war Hitler erneut von Brüning, dann von Reichspräsident von Hindenburg empfangen worden. Auch diese Unterredungen blieben ergebnislos: Weder konnte Hitler dazu bewegt werden, die Regierung Brüning künftig zu tolerieren, noch war Hindenburg vorerst bereit, mit Hitler weiter zu verhandeln. Dennoch bemühte sich Brüning damals, die Fäden zur NSDAP nicht abreißen zu lassen. Vgl. Josef Becker, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930-1932. In: Historische Zeitschrift 196 (1963), S. 74-111; Dorpalen, Hindenburg, S. 230 ff.; Schreiben Levetzows an Donnersmarck vom 14.10.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 307 ff.; Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 192 ff., 391 f.; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, S. 510 f.

35 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

16. Januar 1932 Dok. 9
Aussage vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte [1]

Masch. Protokoll mit hs. Korrekturen und Ergänzungen vom 25.1.1932; BA, NS 26/597 [2].

[...] [3]

Hitler: Herr Vorsitzender! Ich habe für die betreffende Nummer tatsächlich einen Artikel eingeschickt [4]; er ist mit meinem Namen gezeichnet. Ich bin erstaunt, daß ich eine Klage zugestellt bekomme für einen Artikel, den ich weder verfaßt, noch veranlaßt, noch eingeschickt habe, noch ihn überhaupt gesehen oder davon Kenntnis gehabt habe.

[...] [5]

Hitler: Nein! Das ist ganz unmöglich. Verantwortlich ist der Schriftleiter. Ich weiß nicht, wer für die Nummer verantwortlich zeichnete. (Zuruf: Herr Binz! [6]).

---

1 Nach seiner Absetzung als OSAF-Stellvertreter Ost und seinem Ausschluß aus der NSDAP am 2.4.1931 war Walter Stennes in der nationalsozialistischen Presse der Vorwurf gemacht worden, es habe sich bei ihm um einen Polizeispitzel gehandelt, so etwa in Der Angriff vom 4.4.1931 ("Wer ist Herr Stennes? Polizeihauptmann *außer* oder *im* Dienst??") und im VB vom 5./6./7.4.1931 ("Stennes ein Mitarbeiter Grzesinskis!"). Stennes hatte daraufhin, unterstützt von Rechtsanwalt Curt Becker, gegen Hitler und den Chefredakteur des *Angriffs*, Julius Lippert, Klage wegen Beleidigung erhoben. Das Verfahren, das am 16.1.1932 vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, endete mit einem Freispruch Hitlers. Lippert wurde wegen übler Nachrede zu 300,- RM Geldstrafe, bzw. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Den Vorsitz in dem polizeilich ungewöhnlich stark gesicherten Prozeß führte Amtsgerichtsrat Alfred Bues, als Rechtsbeistand Hitlers fungierte Hans Frank II, als Rechtsbeistand Lipperts der Berliner Rechtsanwalt Otto Kamecke.
Nach Polizeiangaben hatte Röhm im September 1931 versucht, Stennes zum Einlenken zu überreden, indem er dem ehemaligen SA-Führer "finanzielle Hilfe" anbot. Stennes habe sich jedoch kategorisch geweigert, möglicherweise mit dem Ziel, "für den Fall eines Vergleichs mit Hitler eine Entschädigungssumme von ungefähr 100.000,- RM" einfordern zu können. Der Bericht fährt fort: "Dieser hohen Ziffer gegenüber ist m. E. aber Vorsicht geboten." Vgl. Bericht Nr. I.7.4201 des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung I A an das Preußische Ministerium des Innern vom 16.9.1931; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 68 a.

2 Vgl. auch Der Abend vom 16.1.1932, "Hitler als Angeklagter"; Berliner Börsen Curier vom 16.1.1932, "Politisches aus dem Stennesprozeß"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 16.1.1932, "Hitler fährt wieder nach Berlin"; Berliner Tageblatt vom 17.1.1932 (MA), "Verpuffte Sensation"; Le Matin vom 17.1.1932, "Hitler gagne le procès que lui avait intenté M. Stennes"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 17.1.1932, "Der Stennes-Hitler-Prozeß"; Der Angriff vom 18.1.1932, "Wieder eine verpuffte Stennes-Sensation"; VB vom 19.1. 1932, "Freispruch Adolf Hitlers im Beleidigungsprozeß des Polizeihauptmanns a. D. Stennes". Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte (143 B. 342.31) vom 27.1.1932; BA, NS 26/597. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.1.1932. Ferner Charles Drage, Als Hitler nach Canossa ging. Biographie des Walther Stennes, Berlin 1982, S. 132 f.

3 Beginn der Verhandlung mit dem Vorschlag des Vorsitzenden Bues, sich auf einen Vergleich zu einigen, was sowohl Frank wie Becker ablehnen. Nach Verlesung der Klageschriften und der betreffenden Artikel im *VB* und in *Der Angriff* (vgl. Anm. 1) Beginn der Vernehmung Hitlers.

4 Gemeint ist Hitlers Artikel "Wohin die Tätigkeit des Hauptmanns Stennes führt" und sein Aufruf "Parteigenossen und S.A.-Männer Berlins!", die beide im VB vom 5./6./7.4.1931 erschienen waren, zusammen mit dem Artikel von Gerhard Binz. Druck: Bd. IV/1, Dok. 84 und 85.

5 "*Vors.:* Sie sind der Herausgeber der Zeitung. Schweben Sie sozusagen über den Wassern oder sind Sie aktiv an der Herausgebertätigkeit beteiligt?"

6 Gerhard L. Binz (geb. 1895), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Entlassung als Leutnant, 1920 Studium der Rechtswissenschaften, 1930 Eintritt in die NSDAP, Redakteur im *Völkischen Beobachter*, Chef vom Dienst, 1933 Re-

[...][7]

Hitler: Ich hätte erwartet, daß man den verantwortlichen Redakteur verklagt hätte. Wenn Sie sagen, er sei nicht auffindbar, so stimmt das nicht; dann tut mir das leid, dann ist die Klage vielleicht nicht richtig zugestellt worden.

[...][8]

Hitler: Wenn ich eine Klage von "so großer Bedeutung" erhebe, muß ich doch zum mindesten durchlesen, wer die Verantwortung für den Artikel trägt. Verantwortlich ist Herr Gerhard Binz. Er ist natürlich jederzeit erreichbar. Ich habe mit dem Erscheinen gar nichts zu tun. Das wäre schon sachlich undenkbar.

[...][9]

Hitler: Nein.

[...][10]

Hitler: Nein. Wenn ich persönlich einen Artikel hinausgehen lasse, so zeichne ich ihn. Würde ich persönlich jemals einen Artikel herausgeben, ohne ihn zu unterzeichnen, so würde ja jederzeit der verantwortliche Schriftleiter Auskunft geben müssen. Ich würde mich auch nicht in die Hand eines Journalisten geben, dadurch, daß ich erkläre, ich hätte den Artikel nicht geschrieben, und es könnte mir eines Tages gesagt werden: Sie haben ihn doch geschrieben!

[...][11]

Hitler: Ich bin verantwortlicher Leiter der Nationalsozialistischen [*Deutschen Arbeiter*]partei und bin damit auch verantwortlich für die Führung ihrer Politik[12]. Ich habe nicht erklärt - und auch übrigens nicht im Zirkus Krone, wie Sie meinen[13] -, daß ich für alles, was in der Partei geschieht, verantwortlich sein kann. Selbst wenn man die Weisheit, sagen wir einmal eines Rechtsanwalts besäße, wäre es nicht denkbar, daß ein Mensch für alles, was geschieht,

---

ferent für Wehrwissenschaften im Reichsministerium des Innern, Vorsitzender des Wehrrechtsauschusses der Akademie für Deutsches Recht, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, 1938 SA-Oberführer, 1939 Hauptmann d. R.

7 "*R.A. Dr. Becker (unterbrechend)*: Der jetzt unauffindbar ist...
Vors.: Ich bitte doch, alle Störungen zu vermeiden!"

8 "*Vors.:* Es wird behauptet, Rosenberg sei verantwortlicher Redakteur."

9 "*Vors.:* Ist der Artikel von Ihnen inspiriert worden?"

10 "*Vors.:* Es bestand doch der bekannte Gegensatz [*zu Stennes*]. Dieser Gegensatz kommt ja auch in Ihrem Aufruf an die Partei deutlich zum Ausdruck. Es ist doch durchaus möglich, daß aus diesem Gefühl heraus Sie auch diesen Aufsatz, sagen wir mal, lanciert haben."

11 Mitschrift der weiteren Verhandlung. Auseinandersetzung zwischen Becker und Frank, da Becker von Hitler wissen will, ob dieser nicht letzten Endes die Verantwortung für die beiden Artikel trage. Er, Becker, behaupte, daß Hitler "höchstselbst der Inspirator, der alleinige Inspirator dieser Verleumdung ist und daß, soweit diese Verleumdung auch noch von anderen ausgesprochen ist, diese lediglich das nachgeschrieben haben, was Hitler erfunden hat".

12 Zur frühzeitigen Verfestigung einer unangefochtenen Führerstellung Hitlers innerhalb der NSDAP vgl. Tyrell, Vom "Trommler"; ferner Hermann Weiß, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77 sowie Manfred Funke, Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen, Düsseldorf 1989.

13 Eine solche Aussage läßt sich weder in Hitlers Rede am 7.4. noch am 9.4.1931 nachweisen. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 86 und 89.

bis zum letzten Zeitungsartikel die Verantwortung übernimmt. Ich wäre dankbar, wenn Herr Dr. Becker[14] mir klarmachen wollte, wie *er* die Verantwortung für 60 oder 70 Zeitungen[15] tragen will. Das Gesetz schreibt vor, daß *ein* Mann verantwortlich ist, der nämlich, der unterschrieben hat[16]. Ich sehe darauf, daß die Partei die Linie einhält, die ich für richtig halte. Es ist absolut denkbar, daß ich einmal Bedenken oder Befürchtungen oder Auffassungen anderen gegenüber äußere. Daraus aber eine Mittäterschaft bei dem Artikel ablesen zu wollen, ist eine Konstruktion, die ich ablehnen muß. Meine persönliche Auffassung steht hier gar nicht zur Debatte, die ich pflichtgemäß als Führer der Partei habe und haben muß und die ich mir von gar keinem Menschen vorschreiben lasse, die ich im Interesse der Bewegung für nötig erachte. Wenn ich als Führer über das Verhalten eines anderen Führers Bedenken äußere oder Vor[*be*]halte mache, dann muß ich es ablehnen, daß ein derartiger Vor[*be*]halt als eine Erfindung bezeichnet wird! Denn ich habe nichts zu *erfinden,* sondern nur Meinungen, die in meinen Augen nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind, zu prüfen und vorzuschlagen. Der Artikel ist nicht von mir verfaßt und daher auch nicht von mir zu verantworten. Die Behauptung, daß er geistig von mir inspiriert sei, widerlegt sich durch den Inhalt und die Bezugnahme auf einen Brief[17], von dessen Existenz ich bis zu seinem Erscheinen selbst keine blasse Ahnung hatte. Es wird erklärt, daß dieser Fall die Begründung dafür sei, daß an sich sonst bereits vorhandene Bedenken und Behauptungen nun wirklich als richtig anzusehen wären. Gerade aus dem Artikel geht klipp und klar das Gegenteil von dem hervor, was Sie (zu Dr. Becker) in die Sache hineinlegen.

[...][18]

Hitler: Wir haben damals, um allen späteren Deutungen vorzubeugen, alles stenographieren lassen. Ich habe auf die positive Frage hin, ob ich auf einer Standartenführer-Versamm-

---

14 Curt Becker (geb. 1884), 1917 Dr. jur., Rechtsanwalt in Berlin.

15 In dem vom Reichsverband Nationaler Werbefachleute e. V. 1931 herausgegebenen Zeitungskatalog "Die Nationalsozialistische Presse Deutschlands" werden für dieses Jahr insgesamt 148 Zeitungen genannt, "in denen alle möglichen NS-Periodika, auch jenseits der Reichsgrenzen, enthalten sind". Hierunter lassen sich 92 reichsdeutsche nationalsozialistische Zeitungen ermitteln, von denen 57 mehr als einmal wöchentlich erschienen. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 126 ff., Zitat S. 130.

16 § 7 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7.5.1874 lautete: "Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen (periodische Druckschriften im Sinne dieses Gesetzes), müssen außerdem auf jeder Nummer, jedem Stücke oder Hefte den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs enthalten. Die Benennung mehrerer Personen als verantwortliche Redakteure ist nur dann zulässig, wenn aus Form und Inhalt der Benennung mit Bestimmtheit zu ersehen ist, für welchen Teil der Druckschrift jede der benannten Personen die Redaktion besorgt." Druck: Reichspreßgesetz und die übrigen preßrechtlichen Vorschriften des Reichs und der Länder. Von Kurt Häntzschel, Berlin 1927, S. XVI, 52 ff.

17 Der Polizeipräsident von Berlin, Albert Grzesinski, hatte gegen einen Polizeiwachtmeister Glindisch ein Disziplinarverfahren eröffnet, weil dieser ohne Kenntnis seiner Vorgesetzten Verbindungen zur NSDAP aufgenommen hatte. In Grzesinskis Schreiben an Glindisch vom 6.3.1931 wurde Bezug genommen auf einen Brief des OSAF-Stellvertreter Ost, der im Februar 1931 bei *Hausdurchsuchungen* von der Berliner Polizei beschlagnahmt worden war, ohne daß dieser Sachverhalt von Grzesinski erwähnt wurde. Nachdem Glindisch die Berliner NSDAP über das Schreiben von Stennes informiert hatte, ging diese davon aus, Stennes habe sich aus eigenem Antrieb an Grzesinski gewandt. Vgl. Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte (143 B. 342.31) vom 27.1.1932; BA, NS 26/597.

18 "*Vors.:* Wollen Sie sich Ihre Aussage vorlesen lassen? Die Stelle selbst würde genügen."

lung behauptet hätte, Stennes[19] sei Polizeispitzel[20], erwidert: Es wäre denkbar, daß ich diese Befürchtung gehabt habe[21].

[...][22]

Hitler: Das ist die Aussage. Es kann allein aus dem stenographischen Protokoll bei seiner Vergleichung mit den Ausführungen Dr. Beckers ein Rückschluß auf alles übrige gezogen werden.

[...][23]

Hitler: Im übrigen bin ich jederzeit bereit, auch eine eidesstattliche Erklärung abzugeben.

[...][24].

---

19 Walter Stennes (1895-1983), 1914 preußischer Leutnant, 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Entlassung als Polizeihauptmann wegen Beteiligung an einem Fememord, 1923 Bataillonskommandeur in der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 vermutlich nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1928 Bestätigung als SA-Oberführer in Berlin, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Nord, dann Ost, 2.4.1931 Ausschluß aus der NSDAP, danach Gründung der "Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands", 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

20 Gemeint ist vermutlich die mehrstündige Unterredung in der Wohnung von Joseph Goebbels in der Nacht vom 31.8. zum 1.9.1930, bei der Hitler und Heß gegenüber einer Reihe von Berliner SA-Führern Stennes als Polizeispitzel verdächtigten. Vgl. Walter Stennes, Wie es zur Stennes-Aktion kam, Hekt. Broschüre, o. O. 1931, S. 4; IfZ, Fa 88.

21 Vgl. jedoch Hitlers Artikel vom 4.4.1931, in dem es u. a. heißt: "*Ich halte jeden Mann, der es versucht, eine gänzlich unbewaffnete Organisation zu einer Gewalttat gegen den heutigen Staat aufzuputschen, entweder für einen Narren oder einen Verbrecher oder für einen Lockspitzel!* Wenn aber Herr Stennes die jungen Parteigenossen und besonders einen Teil der Führer dauernd mit solchen Gedanken füttert, dann besteht die Gefahr, daß eines Tages aus der Phantasie plötzlich eine blutige Wirklichkeit wird. *Herr Stennes aber wäre der Letzte, der dann dafür die Verantwortung übernähme.* Der Herr Polizeihauptmann a. D. war überall noch dabei, aber er wurde noch nie gefaßt." Druck: Bd. IV/1, Dok. 80.
Ferner Hitlers Artikel vom 8.4.1931: "Auch die Beziehungen des ehemaligen Polizeihauptmannes Stennes zu einzelnen Beamten der Polizei Grzesinskis waren der Partei bekannt." Druck: Bd. IV/1, Dok. 87.

22 "*R.A. Becker (einfallend)*: ...und daß Sie dieser Auffassung Ausdruck gegeben haben."

23 "*Vors.:* Ich möchte anregen, Herrn Hitler zu entlassen.
R.A. Dr. Frank II: Das würde ich auch bitten.
Vors.: Ich behalte keinen länger hier als nötig."

24 "*Vors.:* Das ist natürlich nicht möglich.
R.A. Dr. Frank II: Herr Hitler ist jederzeit erreichbar.
Vors. (zu Hitler): Wenn Sie selbst nicht den Wunsch haben zu bleiben, möchte ich Sie nicht mehr behelligen.
(Hitler verläßt darauf den Sitzungssaal, wobei sich die meisten Zuhörer erheben und die Hand zum Gruß ausstrecken.)
Vors.: Ich bitte, keine Gefühlsäußerungen! Ich kann das hier nicht dulden!"
Folgt Mitschrift der weiteren Verhandlung.

17. Januar 1932 Dok. 10
Rede auf NSDStB-Versammlung in Berlin [1]

Der Angriff vom 18.1.1932, "Adolf Hitler spricht zu 6.000 Studenten" [2].

Adolf Hitler geht aus von der Reichsgründung, die heute vor 61 Jahren die größten Männer jener Zeit im Spiegelsaal zu *Versailles* vereinigte [3]. Er spricht von der gewaltigen Leistung des großen Staatsmannes *Bismarck*, der jenes Werk der Einigung der deutschen Stämme vollbrachte, und er zeigt die Zersetzungsarbeit, die mit dem Tage begann, als die Einigung erreicht war.

Standes- und staatspolitisch geeint, beginnt die neue Spaltung, schärfer als vorher die in Herzog- und Fürstentümer. Eine Spaltung jetzt nach *Staatsgrenzen,* eine Spaltung, die quer durch das ganze Volk geht.

Der von den Marxisten gepredigte *Klassenhaß* wirkt sich aus, zersetzt die Volkseinheit. Im November 1918 hat der innere Zerfall seinen ersten Höhepunkt erreicht [4], und die Kapitulation nach außen ist da.

[...] [5]

Es muß ein Volksgesetz geschaffen werden, nach dem alle Dinge, die eine Spaltung des Volkes hervorrufen können, der Diskussion entzogen werden!

Die Kraft nach außen beginnt im gleichen Augenblick zu schwinden, in dem die innere Einigkeit gestört wird. Im August 1914 war die letzte Einigkeit in unserem Vaterlande [6], alles

---

1 In den Tennishallen, Brandenburgische Straße 53 (Bezirk Wilmersdorf), abends. Hitler sprach etwa 90 Minuten. Die Versammlung, an der laut Vorlage etwa 6.000 (*VB*: 10.000) Personen teilnahmen, wurde vom Kreisleiter X des NSDStB, Gerd Rühle, mit einer kurzen Ansprache eröffnet.
Anlaß für Hitlers Rede waren die Berliner Studentenschaftswahlen, die in der Zeit vom 18. bis 23.1.1932 an der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, der Technischen Hochschule zu Berlin, der Handelshochschule Berlin und der Deutschen Hochschule für Politik stattfanden. Auch bei diesen Wahlen konnte der NSDStB erhebliche Stimmengewinne erzielen. So entfielen an der Friedrich-Wilhelm-Universität - bei einer allerdings schwachen Wahlbeteiligung von ca. 46,4% - von 5.834 abgegebenen gültigen Stimmen 3.794 Stimmen auf den NSDStB, so daß er nun über 65 (1929: 23) von 100 Kammersitzen verfügte. Vgl. Berliner Tageblatt vom 26.1.1932 (MA), "Astawahlen in Berlin"; Germania vom 26.1.1932, "Astawahlen in Berlin".

2 Vgl. auch Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18.1.1932, "Hitler vor den Berliner Studenten"; Der Montag vom 18.1.1932, "Hitler vor den Studenten"; Vossische Zeitung vom 18.1.1932 (AA), "Das Weltanschauungsplakat"; Deutsche Tageszeitung vom 19.1.1932, "Hitler vor den Berliner Studenten"; Vorwärts vom 19.1.1932 (MA), "Galavorstellung mit Adolf"; VB vom 19.1.1932, "Adolf Hitler vor den Berliner Studenten"; vom 20.1.1932, "'Niemand kann sich an der Entscheidung mehr vorbeidrücken!'"; Elsässer Zeitung (Straßburg) vom 23.1.1932, "Adolf Hitler spricht"; Illustrierter Beobachter vom 30.1.1932, "Adolf Hitler bei den Berliner Studenten". Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 111. Vgl. ferner die Ankündigung in: Studenten im Kampf. Beiträge zur Geschichte des NSD-Studentenbundes (Sondernummer: Die Studentische Kameradschaft). Hrsg. vom Reichsstudentenführer, München 1938, S. 17.

3 Am 18.1.1871 war im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles der preußische König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert worden.

4 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

5 "Zutiefst erregt von der verbrecherischen Handlungsweise der Männer, die diesen Zerfall herbeigeführt haben und damit die Schuld an dem Untergang tragen, ruft Adolf Hitler aus:"

6 Zur Stimmung im August 1914 vgl. z. B. Hans Maier, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542; Thomas Rohkrämer, August 1914 - Kriegsmentalität und ihre Voraus-

wandte sich geschlossen gegen den Feind, der das Land bedrohte. Dann mußten wir die Stunden erleben, da Deutschland sich überhaupt nicht mehr nach *außen* wandte, sondern nur noch die Frage *Marxismus* oder *Nichtmarxismus* akut war, in diesem Augenblick brach Deutschland zusammen.

Kann man mit einer Armee nach außen kämpfen, wenn sie innerlich zerfressen ist? Nein! Muß der Feldherr dann noch weiter suchen, Siege zu erfechten? Nein! Seine Aufgabe besteht dann darin, seine Bataillone zu ordnen. Schafft euch ein Volk, ihr hohen Herren, dann könnt Ihr Außenpolitik treiben!

Was gibt es heute in Deutschland, das *einmütig anerkannt* würde? Fast nichts! Über alles gibt es zwei Meinungen, die durch - sie nennen es *Weltanschauungen* - begründet sind.

Nur einmal die *Familie*: Die einen nennen sie *Keimzelle eines gesunden* Volkes, ja *Grundlage* eines gesunden Volkes überhaupt - die anderen eine *vorübergehende Paarung zweier Menschen.*

Vaterlandsverteidigung ist für die einen eine *hehre Aufgabe,* für die sie Leben, Gut und Mut einsetzen - für die anderen eine *Dummheit.*

Der eine Teil unseres Volkes glaubt, Deutschland muß gerettet werden - der andere Teil glaubt, Deutschland kann sterben.

Ja, es ist soweit, daß man heute an manchen Stellen zufrieden wäre, wenn dieser Zustand bleiben würde, wenn Deutschland in dieser Spaltung *erstarrte: Hie Marxismus, hie Bürgertum*[7]. *Nur um der "Ruhe" willen.*

Dies Zerrissensein Deutschlands muß beendet werden. Es muß eins werden! Es ist nicht möglich, daß das deutsche Volk zwei Seelen in seiner Brust trägt[8]. *Es muß eine klare Entscheidung getroffen werden: Bolschewismus oder Deutschland!*

[...][9]

Unsere Lage ist trostlos! Sieben Millionen Arbeiter in der Landwirtschaft [*sic!*], *sieben Millionen in der Industrie und eben so viele ohne Arbeit, ohne Existenzmöglichkeit*[10]*!*

In furchtbarer Deutlichkeit zeigt Hitler die naturnotwendig aus der heutigen Wirtschaftsführung erwachsenden Folgen auf. *Der Kampf um den Absatzmarkt wird zum Kampf um das nackte Leben werden!* Es wird ein Kampf aller gegen alle sein, bei dem die schwächste Nation ausgeschaltet werden wird.

---

setzungen. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 759-777.

7 Anspielung auf den Dualismus zwischen bürgerlichem und marxistischem Lager, nach Hitlers Vorstellung eine der Hauptursachen für Deutschlands innenpolitische Schwäche.

8 "Zwei Seelen wohnen, ach!, in meiner Brust". Aus dem seit 1774/75 entstandenen Drama *Faust* von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

9 "Dieser unbeugsame Wille, eine neue *Einigung* unter allen Umständen herbeizuführen, weckt jubelnden Beifall. Nachdem sich der Sturm der Begeisterung gelegt hat, fallen die Worte des Führers wie Hammerschläge in die Massen."

10 1925 wurden im Deutschen Reich 9.762.000 Beschäftigte im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (30,5%) sowie 13.239.000 Beschäftigte im Bereich von Industrie und Handwerk (41,4%) ermittelt. Im Vergleich hierzu betrug die Zahl der im Januar 1932 bei den deutschen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen 6.041.910. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 19 ff., 297. Vgl. ferner Dok. 4, Anm. 14.

In diesen Kampf, in den wir zwangsläufig getrieben werden, gehen wir - wie es heute aussieht - ohne einheitlichen Willen hinein. Man sucht nach außen den Frieden, um im Innern die Auseinandersetzung durchführen zu können [*sic!*]. *Man übersieht, daß, wenn wir nicht handeln, das Schicksal der Welt entschieden wird ohne uns, gegen uns oder auf uns!*

Man steuert dahin, die Deutschen zu den *Griechen der Neuzeit* werden zu lassen[11], die gut sein werden, der übrigen Welt *Sprachlehrer, Bonnen*[12], *Erzieher* und vielleicht noch *Fremdenführer* zu stellen. *Damit ist Deutschland am Ende!*

Es gibt heute schon Menschen, die so verderbt sind, daß sie das als *ganz natürlich* ansehen.

Nein! Nein! Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, nein auch für das, was unsere Vorfahren uns überliefert haben! Sie können verlangen, daß nicht eine Generation das vernichtet, was Hunderte von Generationen aufgebaut haben. Wir sind entschlossen, dies Schicksal abzuwenden!

[...][13]

Die Weimarer Verfassung, deren legalste Vertreter *wir* heute sind[14], diese Verfassung schreibt die *demokratische Führung* vor. Jedes Volk muß untergehen, das dieser Form sich anschließt. Wenn die Masse entscheidend sein soll, dann müssen es *Führer* sein, die diese Masse führen!

In seinen weiteren Sätzen wendet Adolf Hitler sich direkt an die Studenten: Aus dem politischen Leben müssen die Köpfe erwachsen, die politische Führer werden sollen. Es spielt keine Rolle, aus welcher "Klasse" diese Führer kommen. Und wenn gewissen Leuten diese Führer nicht genehm sind, weil sie nicht ihrer *Gesellschaftsschicht* entsprangen[15], dann sagen wir: Es ist gleichgültig, ob *Ihnen* diese Führer genehm sind. Es kommt darauf an, ob *das Volk* diese Männer hinnimmt!

Wenn wir von neuen Führern sprechen, so tun wir das nicht vom grünen Tisch, sondern wir haben die Führerauswahl schon in die Hand genommen. Ist es nicht etwas Gewaltiges, daß 30.000 Funktionäre, viele Tausend Unterführer und einige Dutzend Führer[16] schon von Millionen anerkannt werden? Alles Männer, die niemand kannte, hätten wir sie nicht gerufen.

---

11 Zum Einfluß griechischer Lehrer auf die römische Gesellschaft vgl. Johannes Christes, Sklaven und Freigelassene als Grammatiker und Philologen im antiken Rom, Wiesbaden 1979.

12 Französischer Begriff für Kindermädchen, Erzieherin.

13 "Ungeheurer Jubel antwortet Adolf Hitler auf diese Worte. Es ist begeisterte Zustimmung, mehr noch: *bedingungsloses Gelöbnis der Gefolgschaftstreue* beim Kampf um das von innen und außen bedrohte Vaterland, was ihm aus dem brausenden Beifall entgegentönt."

14 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

15 Zum Sozialprofil der nationalsozialistischen Funktionäre vor 1933 vgl. Kater, Nazi Party, S. 169 ff.

16 Genaue Angaben über die Zahl der nationalsozialistischen Funktionäre vor 1933 liegen nicht vor. Anhaltspunkte vermittelt jedoch der Organisationsgrad der NSDAP.
Die Reichsleitung der NSDAP in München beschäftigte 1931 204, 1932 dann 275 Angestellte. Zu Beginn des Jahres 1932 verfügte die Partei ferner im Deutschen Reich über 37, in Österreich über sechs Gauleitungen, denen jeweils ein bürokratischer Apparat von bis zu 16 Ämtern zugeordnet war. Die Zahl der nationalsozialistischen Ortsgruppen wurde im Mai 1930 mit 5.032 angegeben, so der Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930 (BayHStA, MA 101235/3), der sich wiederum auf NS-interne Quellen stützt. Diese Zahl wuchs bis 1932 etwa auf das Doppelte an. Vgl. Vortrag des Reichsschatzmeisters der NSDAP Franz Xaver Schwarz in der Tagung "Finanzwesen und Verwaltung" am 13.9.1935; BA, Slg. Schumacher 266;

Es handelt sich nicht darum für den Studenten, in den *Staatswissenschaften zu ergrauen,* er muß in *sein Volk gehen,* seine Nöte und Freuden kennenlernen, er muß *ein Stück des Volkes* werden.

Wir sind daran zugrunde gegangen, daß zu großes Wissen auf der einen Seite vom Volke nicht mehr verstanden wurde.

Der Student gehört in die *vordersten Reihen* der Volksbewegung, *unserer* Volksbewegung. Was um ihn vorgeht, ist nicht Politik schlechthin, für die er neben seinem Studium *keine Zeit hat;* was um ihn vorgeht, ist die *Gestaltung seiner Zukunft.* Heute schon wird darüber die Entscheidung gefällt, ob er überhaupt einmal sein erarbeitetes Wissen seinem Volke zur Verfügung stellen kann.

Wer nicht am Kampf teilnimmt, wird nicht teilhaben am Siege!

Es gibt Leute, die glauben, wenn sie das braune Hemd[17] *anziehen, verlören sie an Ansehen. Das zeigt nur, wie nötig es wäre, daß sie es anzögen! Der Musketier, mag er gleich nicht einmal lesen können, ist in der Entscheidungsstunde mehr wert, als der Literat, der feingeistige Schwätzer, der weit vom Schuß steht, denn er ist bereit, sein Leben einzusetzen für die große Sache. Und wir werden nicht ruhen, die deutschen Volksgenossen, soweit sie es überhaupt wert sind, zu einen, zusammenzuschweißen. Es ist eine Sehnsucht im Volke, eine Sehnsucht nach Einigkeit!*

Ist es nicht eine große Erhebung, wenn Millionen im Nationalismus aufstehen, jedes Dorf, jede Familie gepackt wird? Wenn das nicht Deutschlands Erhebung ist, dann hat es nie eine deutsche Erhebung gegeben! Die endgültige Entscheidung liegt in der harten Tat, nicht in Kompromissen[18]*!*

Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, insbes. S. 58 f., 221 ff.; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, S. 379 f.
Die Zahl sog. Einheitsführer in der SA wird für die Zeit vor 1933 auf ca. 10.000 Mann geschätzt. Vgl. Mathilde Jamin, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981, S. 329-360, hier S. 345.

17 Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Khakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 174 f. sowie Halcomb, the S.A., S. 87 ff.

18 Zum Eindruck von Hitlers Rede vgl. den Kommentar in der *Vossischen Zeitung* (Anm. 2): "Es bleibt höchstens die Frage, wie Hitler selbst diese Rede überstand, die er mit geringfügigen Variationen schon einige hundert Male gehalten hat. Diese Sprache läßt sich inhaltlich kaum wiedergeben. Sie erging sich in einer vollkommen vagen Begriffsbildung, in rein auf das Gefühlsmäßige abgestimmten Bildern und Vergleichen, die in einem sich ständig steigernden Überschwang herausgeschleudert wurden und immer wieder sich in einem Schlagwort, einer pathetischen Beschwörungsformel zusammenballten, die die Masse hochriß. Irgendwelche konkreten politischen, wirtschaftlichen, sozialen Fragen wurden überhaupt nicht berührt. Aus der ganzen, 1 ½ stündigen Rede sprach nur das bekannte politische Weltbild, das in seiner primitiv vereinfachenden, plakatmäßigen Art die Massensuggestion der nationalsozialistischen Propaganda erklärlich macht: Es gibt nur zwei Parteien, Vaterlandsverräter und Vaterlandsverteidiger; es gibt nur die eine Wahl, mit dem Marxismus für Deutschlands Untergang oder mit Hitler für Deutschlands Aufstieg."

23. Januar 1932 Dok. 11
"Die Politik der Illusionen" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 26.1.1932, "Adolf Hitlers Abrechnung mit den Verantwortlichen des Systems" [3].

Adolf Hitler ging in seiner Rede von der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten *Laval*[4] aus, daß Frankreich nicht gewillt sei, auf etwas zu verzichten und von einem Plane abzugehen, der die freiwillige Unterschrift Deutschlands trägt[5].

"Wir Nationalsozialisten haben", - so betonte der Führer - "schon damals, vor zwei Jahren, darauf hingewiesen, daß der bloße *Versuch* einer Durchführung des Young-Planes[6] zu einer

---

Vgl. ferner den Kommentar in *Der Angriff*: "Es ist ungeheuer schwer, das, was der Führer in seinen schlichten, aber in ihrer Überzeugungskraft gewaltigen Worten sprach, so wiederzugeben, wie es in die Herzen der Hörer eindrang. Man kann nur *Worte, Sätze* niederschreiben, die Rede muß man *erlebt* haben, um sie ganz erfassen zu können."

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 23.1.1932.

2 Im Zirkus Krone, am Marsfeld, ab 16.30 Uhr. Hitler sprach etwa 90 Minuten. An der Veranstaltung, die von Gauleiter Adolf Wagner mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen laut Vorlage ca. 7.000 Personen teil. Die Eintrittspreise betrugen bis zu 6,- RM.

3 Vgl. auch Germania vom 25.1.1932, "Hitler-Rede in München. Er schlagwortet weiter"; Münchner-Augsburger Abendzeitung vom 25.1.1932, "Hitler und Rosenberg erwidern"; Münchner Neueste Nachrichten vom 25.1.1932, "Politik der Illusionen"; Bayerischer Kurier vom 26.1.1932, "Zirkusgespräche"; Münchener Post vom 26.1.1932, "Nazi und Stahlhelmer pfeifen auf das Gesetz". Ferner PND-Bericht o. Nr. vom 25.1.1932; StA München, Polizeidirektion München 6743.

4 Pierre Laval (1883-1945), 1907 Rechtsanwalt, 1914 Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer (Section Française de l'Internationale Ouvrière), 1923-1940 Bürgermeister von Aubervilliers, seit 1925 Inhaber verschiedener Ministerposten in den Regierungen Painlevé, Briand und Tardieu, seit 1927 Senator, 1931/32 und 1935/36 Ministerpräsident, 1932 und 1934-1936 zugleich Außenminister, 1940 stellvertretender Ministerpräsident der französischen Regierung in Vichy, 1942-1944 Chef du Gouvernement, 1944 Flucht nach Belfort, dann Sigmaringen, 1945 hingerichtet.

5 Der französische Ministerpräsident Laval hatte am 26.11.1931 vor der Abgeordnetenkammer eine grundsätzliche Rede zur außenpolitischen Lage Frankreichs gehalten, in der er auf den Besuch Brünings und Curtius' in Paris eingegangen war, auf seinen Gegenbesuch in Berlin, auf die Londoner Konferenz und die Gespräche, die er während seines Besuchs in den USA (22.-26.10.1931) mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover geführt hatte. Zum französisch-deutschen Verhältnis und den Spekulationen über eine Streichung der deutschen Reparationen erklärte Laval u. a.: "Je comprends la misère du peuple allemand, misère qui explique certains excès. Mais imaginons les rôles renversés. Si la France était débitrice de l'Allemagne; si elle offrait un pareil spectacle, que penserait-on outre-Rhin? Sans porter atteinte à la dignité du peuple allemand, j'ai le droit de tenir ce langage. J'ai le devoir de parler franchement. [...] Que l'Allemagne recouvre sa solvabilité, c'est son intérêt, l'intérêt de tous, c'est notre interêt évident. Nous aurons à défendre les intérêts de notre pays sous le contrôle vigilant des Chambres. Nos délégués veilleront à ce qu'il ne soit pas porté atteinte aux droits que nous confèrent les accords de la Haye [*i. e. Young-Plan*]." Vgl. Le Temps vom 28.11.1931, "Discours de M. Pierre Laval"; vom 29.11.1931, "Le Discours de M. Laval et L'Opinion Allemande".

6 Zur Regelung der deutschen Reparationen war der Young-Plan seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden; am 12.3.1930 wurde der Plan vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig auf 59 Jahresraten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM zu fixieren. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17 % reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und

völligen Zerstörung der deutschen Wirtschaft führen müsse[7]. Wenn es Tatsache ist, daß dieser Plan undurchführbar und unerfüllbar ist[8], so ist es aber auch ebenso Tatsache, daß dieser nunmehr auch von der ganzen übrigen Welt als unerfüllbar bezeichnete Plan von Deutschland als rechtsgültig anerkannt worden ist. Ich betone, daß *wir* schon seinerzeit im Namen des deutschen Volkes die Rechtsgültigkeit nicht anerkannt haben und daß, wenn wir Gelegenheit zur Aufklärung gehabt hätten, die ganze Nation ihn schon damals einmütig verworfen hätte. Unsere Kritik der Notverordnungen wurde als Illusion bezeichnet[9]. Nur wenige Wochen sind seitdem vergangen.

Die 'Illusionspolitiker' sind nicht wir.

Nun frage ich Sie, *wer* hat sich auf dem Gebiet der Illusionen bewegt, wir oder die Männer der Notverordnungen? In der Antwort des Herrn Reichskanzlers[10] wird uns entgegengehalten: Ja, Sie könnten auch nichts anderes machen als wir heute. Halt! Herstellt Euch! [*sic!*] Wir haben nicht nötig, das zu tun, was die anderen heute machen. *Aber seit anderthalb Jahren sehe ich, daß sich die andern mit unseren Ideen beschäftigen;* und sie sind gezwungen, das zu beginnen, was wir seit vielen Jahren gefordert haben. Aber es ist etwas anderes, ob ein Mensch eine Violine zur Hand nimmt, der gar nicht darauf spielen kann, oder ob ein anderer sie in die Hand nimmt, der ein guter Violinspieler ist. *Ich bestreite, daß es ihnen möglich ist, sich auf*

Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis 1.7.1930 zugesichert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 438 ff. Vgl. auch Dok. 61, Anm. 9.

7 Aus Protest gegen das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Regelung der deutschen Reparationen hatte sich bis zum 9.7.1929 der "Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" formiert, dem DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldeutscher Verband sowie einige kleinere Rechtsgruppen angehörten. Für das von ihm initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Anm. 6), dem als Gesetzentwurf das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" zugrundelag, hatten sich in der Eintragungsfrist vom 16.-29.10.1929 4,1 Millionen Wahlberechtigte (10,02 %) eingeschrieben; die erforderliche Zahl war damit, wenn auch nur knapp, erreicht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wurde im Reichstag am 30.11. 1929 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und auch beim Volksentscheid am 22.12.1929 stimmten lediglich 5,8 Millionen Wahlberechtigte (13,8 %) für eine Ablehnung des Young-Plans in dieser Form. Ungeachtet dieses Mißlingens gab das Volksbegehren seinen Initiatoren die Möglichkeit, die direkte Kooperation zu erproben und ihre Ziele mit einer bis dahin beispiellosen Propaganda zu vertreten. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 422 ff. Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 50 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 5 ff. Allgemein zur publizistischen Diskussion vgl. Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Bd. I, Frankfurt a. M. 1977, S. 178 ff.

8 Vgl. Dok. 8, Anm. 29.

9 Vgl. etwa Brünings Rundfunkrede, in der er am 8.12.1931 die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens rechtfertigte. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Reichskanzler u. a.: "Wunschgebilde sind kein politisches Programm. Eine Rettung Deutschlands ist jetzt, wie in den vergangenen Jahren, nur möglich, wenn sich die Leitung der deutschen Politik nicht ebenfalls in das Reich der Illusionen begibt, sondern sich in heißester Liebe zu Volk und Vaterland von nüchterner Überlegung, von klarer Einsicht in die uns nach dem Krieg verbliebenen Mittel und Möglichkeiten bestimmen läßt." Vgl. Vossische Zeitung vom 9.12.1931 (MA), "Die Rundfunkrede des Kanzlers" sowie Bd. IV/2, Dok. 94, Anm. 3 ff.

10 Gemeint ist Brünings Schreiben vom 22.1.1932. Vgl. Dok. 12, Anm. 2.

Gebieten zu bewegen, die unsere waren und sind. Wo sie versuchen, sich fremdes Geistesgut anzueignen, sehe ich Schritt für Schritt die Beschränktheit und Stümperhaftigkeit bei der Verwendung dieses Geistesgutes. Wenn die heutigen Politiker sagen, es sei der Beweis der Fähigkeit des deutschen Volkes, daß es trotz allem diesen Winter überlebt[11], so glauben auch wir, daß es nicht nur diesen Winter, sondern jeden Winter überdauert, *weil wir glauben, daß es das heutige System überwindet."*

Die persönlich Schuldigen müssen fort!

Adolf Hitler schälte dann in großen Zügen die politischen und wirtschaftlichen Ursachen der heutigen Katastrophe[12] heraus und stellte fest, daß es unmöglich sei, diese Ursachen zu beseitigen, *wenn man nicht die persönlich Schuldigen beseitige.*

"Die Weltkrise ist da, aber nicht unverschuldet. Die Menschen, die sich heute auf sie berufen, haben ein gerütteltes Maß an *Schuld*, daß sie eingetroffen ist. Ich glaube, daß es Völker gibt, die in der Lage sind, ihr zu begegnen. Aber Deutschland ist soweit gebracht worden, daß es anscheinend als Opfer auf der Strecke bleiben soll. Es wird behauptet, die Weltkrise sei ein Verhängnis und niemand sei schuld! Ist sie ein *Verhängnis*, dann ist Deutschland verloren.

Wir aber glauben, daß es in Deutschland Schuldige gibt, und dann ist der erste Schritt zur Besserung die Beseitigung der Schuldigen.

Sie sagen: Schuldig ist Versailles[13]. *Jawohl! Wer ist aber schuld an Versailles? Der verlorene Krieg! Wer ist aber schuld am verlorenen Krieg?* (Stürmischer Beifall!) *Wer ist schuld an Versailles?! Immer wieder trifft den Menschen der Fluch der Tat*[14].

Wäre die Katastrophe nicht gekommen, sondern der Erfolg, wären dann auch die Vertreter von Weimar gekommen und hätten gesagt: Wir haben keine Schuld daran. *Warum* du stirbst ist einerlei, wesentlich ist, daß du nicht die Kraft hattest, dein Leben zu bewahren. So ist es auch im Leben der Völker.

Versailles ist nur Folgeerscheinung, nicht Ursache.

In dem Augenblick, da man zur Revolution schritt, war alles weitere eine zwangsläufige Folgeerscheinung. *Am 9. November 1918, am Tage der Revolution, wurde auch die Kriegsschuldlüge*[15] *mit aus der Taufe gehoben. Hier in Berlin, nicht in Paris. Die Revolutionspar-*

---

11 Anspielung auf Brünings Regierungserklärung vom 13.10.1931, bei der dieser u. a. ausgeführt hatte: "Sie [*die Reichsregierung*] braucht nicht mehr zu sagen, daß sie bislang keine sichtbaren Erfolge in der Außenpolitik und auf manchen anderen Gebieten habe, sondern heute kann sie sagen, daß der Weg frei ist und daß auch *der kommende schwere Winter unter allen Umständen überstanden werden kann.* Denn die deutsche Wirtschaft ist in ihrem Produktionsapparat gesund. Nahrungsmittel haben wir genug im eigenem Volke." Vgl. Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2077.

12 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und ihren Folgen vgl. Dok. 3, Anm. 4.

13 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

14 Nach Friedrich von Schiller (1759-1805), *Die Piccolomini*, 5. Akt, 1. Szene: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."

15 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch

teien brauchten die Kriegsschuldlüge um einen Rechtsgrund für die eigene Revolte zu besitzen[16]*. Und die Parteien, die in Versailles den ersten Paragraphen unterzeichnet haben, haben damit ihr eigenes Handeln in der Heimat motiviert. Aus einem innerpolitischen Verbrechen heraus hat die Koalition von Sozialdemokratie, Zentrum und demokratischem Bürgertum Deutschland vor der ganzen Welt belastet*[17].

Das 'schuldige' Deutschland, das sich selbst als schuldig bekannte, verfiel der Entwaffnung[18]. Indem man die Nation wehrlos machte, gab man sie auch der wirtschaftlichen Ausplünderung preis. Ich wiederhole: Erst macht man *Revolution*, weil Deutschland und seine Regierung schuld sei am Kriege. Dann kam die *Anerkennung der Kriegsschuldlüge* als Basis des Friedensvertrages, dann die *Entwaffung* als Folge der festgestellten Kriegsschuld und endlich mußte Deutschland *zahlen*, weil es 'ja schuld am Kriege und vollständig wehrlos' war. Nein! Nicht Versailles ist die Ursache der Katastrophe, sondern Eure *Parteien* sind die Ursache. Und daher müssen sie zuerst vernichtet werden.

Herr Brüning ist überzeugt, die Konferenz in Lausanne werde Deutschland erlösen[19]. Ich weiß nicht, ob Lausanne stattfindet[20]. *Ich weiß nur, daß, wenn diese Konferenz Deutschlands erlösen würde, sie bestimmt nicht stattfände.*

Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

16 In der Phase zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß bemühten sich die meisten deutschen Politiker, einschließlich des Rats der Volksbeauftragten, eine öffentliche Diskussion über den Schuldanteil des kaiserlichen Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vorerst zu vermeiden. Vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 22 ff.; Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, S. 136 ff.
Eine Ausnahme bildete lediglich die revolutionäre Linke, insbesondere der damalige bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner, der sich am 10.11.1918 mit einem Manifest an alle feindlichen Regierungen wandte und am 23.11. ohne Absprache mit der Reichsregierung gekürzte Aktenfunde aus dem bayerischen Ministerium des Äußern veröffentlichte, um die deutsche Schuld am Ausbruch des Krieges nachzuweisen. Vgl. Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Im Auftrag des Bayerischen Landtags hrsg. von P[*ius*] Dirr, München [3]1925; Falk Wiesemann, Kurt Eisner. Studie zu seiner politischen Biographie. In: Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. Hrsg. von Karl Bosl, München 1969, S. 387-426, hier S. 408 ff.

17 Anspielung auf das am 21.6.1919 aus SPD und Zentrum gebildete Kabinett Bauer, dessen Vertreter am 28.6. 1919 den Friedensvertrag von Versailles unterschrieben hatten. Die DDP trat jedoch erst am 3.10.1919 dem Kabinett wieder bei. Vgl. Vgl. Udo Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986, S. 88 ff.

18 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 1, S. 25, 47, 75, 79.
Zu den Rüstungsbeschränkungen des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 vgl. Dok. 2, Anm. 19.

19 Brüning informierte am 8.1.1932 den britischen Botschafter in Berlin, Rumbold, daß von deutscher Seite "frühestens der 25. Januar als Beginn der Lausanner Konferenz in Frage" komme. Auf dieser Konferenz wolle die Reichsregierung das Ziel einer "völligen Streichung der Reparationen" erreichen. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 167, 168 sowie Dok. 8, Anm. 29.

20 Das Foreign Office hatte am 20.1.1932 in einem Kommuniqué erklärt, daß die Vorverhandlungen für die Lausanner Konferenz noch nicht abgeschlossen seien; diese könne deshalb nicht, wie vorgesehen, am 25.1. be-

Solange es eine Menschengeschichte gibt, ist noch nie eine Unterschrift eines Volkes unter ein Versklavungsdokument bloß aus der Erkenntnis der *Unerfüllbarkeit* der Forderung gelöscht worden. Immer noch hat das *politische* Wollen das durchstrichen, was *politische* Unfähigkeit vorher unterzeichnete.

Wir versprechen nicht, daß heute oder morgen die Wendung kommen wird, aber wir versprechen, daß wir die Ursachen des Verfalls beseitigen werden. Die Männer, die für die Pleite verantwortlich sind, müssen mit der Pleite auch verschwinden.

Und wenn sie sagen: Wir gehen nicht, so erwidere ich: Wir werden euch entfernen, so wahr ich hier stehe! (Ungeheurer Beifall.)

Die Männer von Versailles [*sic!*] *können nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung nicht die Männer der deutschen Zukunft sein.* Wenn sie sagen, wir räumen das Feld nicht, weil wir verantwortlich sind, dann fragen wir: Wem seid ihr verantwortlich? Der Nation!? *Fragt sie doch! Sie wird euch euer Urteil ausstellen.* (Tosender Beifall.) Aber ihr fürchtet das *Volk* als Richter[21]! Oder seid ihr verantwortlich eueren Parteien? *Die sind nicht Deutschland!*

Voraussetzung für die deutsche Freiheit ist eine Entwicklung derjenigen Kräfte, die unzertrennlich verbunden sind mit dem Sein und dem Wesen des deutschen *Volkstums.* Wenn das deutsche Volk sich nicht selbst gefunden hat, war es immer noch verloren. Wir müssen nicht nur das Gift des Pazifismus und Internationalismus in jeder Form austilgen, sondern die *Parteien,* die ihre Träger sind.

Voraussetzung zu einer Wiedererhebung ist allein die innere Regeneration unseres Volkes. Was die anderen zerstört haben, bauen wir Stück für Stück wieder auf: eine neue Volksgemeinschaft. In ihr ist das beste Deutschland aus allen seinen Schichten vereint und marschiert heute in unseren Reihen. Wenn es nicht das Beste wäre, wie hätten wir dann aus sieben[22] *Mann 15 Millionen*[23] *werden können* [*sic!*]*? Wenn diesen Geist, der heute 15 Millionen beherrscht, schon heute ganz Deutschland besäße, dann ständen wir heute anders da.*

Wenn ihr sagt, wir werden eine eiserne Front[24] *aufrichten, dann erwidern wir: Die Front aus Eisen ist schon da! Ihr habt die Front der Lüge, der Verleumdung, des Meuchelmordes und hinterhältigen Angriffs. Trotzdem habt ihr uns nicht zum Wanken gebracht.*

---

ginnen. Daraufhin teilte der deutsche Botschafter in London, Konstantin Frhr. von Neurath, dem britischen Außenminister, Sir John Simon, mit, die deutsche Seite hoffe immer noch, "daß es möglich sein würde, zu einer Konferenz zu kommen". Simons vermittelnder Vorschlag, das Hoover-Moratorium vorläufig um sechs Monate zu verlängern, wurde von Neurath abgelehnt, da dies, so Neurath, keine bloße Verlängerung darstelle, sondern eine "Übernahme neuer Verpflichtungen". Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 201. Druck des Kommuniqués: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, München 1933, S. 398. Ferner Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 692 ff.

21 Anspielung auf Brünings Versuch, einen Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl zum damaligen Zeitpunkt zu verhindern. Zu Hitlers Reaktionen vgl. Dok. 6, 8 und 12.

22 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.

24 Die Eiserne Front war am 16.12.1931 von Vertretern der SPD, des ADGB, des Arbeiter-Turn- und -Sportbunds sowie des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Berlin gegründet worden, um die Mitglieder und Anhänger dieser Massenorganisationen zur Abwehr gegen die Nationalsozialisten zu mobilisieren. Dabei wurden neue Formen der Mobilisierung, der öffentlichen Selbstdarstellung und Symbolik eingesetzt, in einzelnen Fällen wurde auch paramilitärisch ausgebildet. Obwohl zu Beginn des Jahres 1932 in allen deutschen Städten öffentliche Großveranstaltungen stattfanden, bei denen sich Zehntausende von Anhängern in sog. Eiserne Bücher

Und wenn da jemand sagt, er wäre noch nicht erschüttert, dann weisen wir darauf hin, daß auch eine Festung erst dann zu Fall gebracht wird, wenn ihr *letztes* Fort gefallen ist.

Die Parteitürme Deutschlands[25]*, mögen sie heißen wie immer, wir reißen sie ein und bauen auf dem Schutt wieder auf den Turm der deutschen Nation!"* (Stürmischer, anhaltender Beifall!)[26].

25. Januar 1932 Dok. 12
Schreiben an Heinrich Brüning

VB vom 29.1.1932, "Adolf Hitlers Schlußabrechnung mit Brüning" [1].

Herr Reichskanzler!

In dem mir unter dem 23. Januar [*1932*] zugestellten und von Ihnen, Herr Reichskanzler, gezeichneten Brief[2] finde ich Auffassungen, die meiner Überzeugung nach ebenso irrig in den

eintrugen, blieb die Eiserne Front weitgehend auf die SPD und die ihr nahestehenden Verbände und Organisationen beschränkt. Vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 472 ff.; Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 514 ff.

25 Der Turm wurde zum Symbol des Zentrums, nachdem Bismarck am 8.5.1880 in einer Rede vor dem Reichstag die Partei mit einem Belagerungsturm verglichen hatte, "welcher der Regierung ununterbrochen, kampfbereit, angriffsbereit gegenübersteht". 1906 übte Julius Bachem beispielsweise parteiinterne Kritik, indem er in den Historisch-politischen Blättern forderte: "Wir müssen aus dem Turm heraus!" Dennoch galt der Turm schon bald als positives Symbol von Standhaftigkeit und Verläßlichkeit, als Bollwerk für die Bewahrung des katholischen Glaubens und wurde dementsprechend während der Weimarer Republik in der Bildpropaganda des Zentrums eingesetzt. Vgl. Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bd. IV, Köln 1928, S. 15 ff.; Bd. VII, Köln 1930, S. 163 f. Abbildung: Günter Buchstab, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984, Blatt IV.

26 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Zur Bewertung von Hitlers Rede vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 114 f.: "Der Führer hat gestern im Zirkus Krone Brüning eine Antwort gegeben, die an Deutlichkeit und Aggressivität nichts zu wünschen übrig läßt. Jetzt sind die Brücken endgültig abgebrochen. Nun heißt es Kampf, bis der Gegner zur Strecke gebracht ist."

1 Hitlers Schreiben, über das die in- und ausländische Presse ausführlich berichtete, wurde von der NSDAP auch als Sonderdruck verbreitet: Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning (Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heft 5), München 1932, S. 87-94 sowie VB vom Januar 1932 (Sonder-Nummer 21), "Adolf Hitlers Schlußabrechnung mit Brüning".

2 Brüning hatte am 22.1. auf Hitlers Schreiben vom 15.1.1932 (Dok. 8) geantwortet und sich kritisch mit Hitlers verfassungsrechtlichen und politischen Bedenken auseinandergesetzt, die dieser gegen den Plan der Reichsregierung vorgebracht hatte, die Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischen Weg zu verlängern (vgl. Dok. 6, Anm. 5). Dieser Plan sei, so der Reichskanzler, "selbstverständlich von der Reichsregierung geprüft worden, bevor mit Ihnen in Verbindung getreten wurde". Ein solches Vorgehen sei durch Artikel 76 der Reichsverfassung gedeckt und würde die Bestimmung des Artikels 43, Abs. 1 "über die Amtsdauer des Reichs-

Annahmen wie falsch und unsachlich in den Folgerungen sind. Ich möchte daher die von Ihnen eröffnete Debatte bezüglich einer parlamentarischen Verlängerung der Reichspräsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg[3] für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nicht zum Abschluß bringen, ohne zu diesen Punkten Stellung genommen zu haben.

Sie schreiben, Herr Reichskanzler, daß es sich nicht um ein "Aufheben" der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmung der Weimarer Verfassung gehandelt habe, daß demnach der verfassungsmäßig niedergelegte Vorgang der Wahl des Reichsoberhauptes nicht verlassen werden sollte, sondern es sollte, wie es mir gegenüber klar zum Ausdruck gebracht worden sei, nur die Amtsdauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Reichspräsidenten "aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes" im Wege der Gesetzgebung um eine gewisse Zeit verlängert werden[4].

Herr Reichskanzler, dieser Darstellung widerspreche ich.

Herr Reichsinnenminister, General Groener, hat mir in seiner Eröffnung mitgeteilt[5], daß die Absicht bestünde, aus außenpolitischen Gründen von einem Wechsel in der Person des Herrn Reichspräsidenten Abstand zu nehmen. Es gäbe dabei zwei Möglichkeiten:

1. Generalfeldmarschall v. Hindenburg könnte erneut zur Volkswahl als Kandidat aufgestellt werden. Dagegen habe sich dieser aus begreiflichen Gründen, die vor allem in dem hohen Alter des Herrn Reichspräsidenten liegen, verwahrt[6]. Auch Sie selbst, Herr Reichskanz-

---

präsidenten als solche bestehen lassen", ganz davon abgesehen, daß eine Beschlußfassung des Reichstags in dieser Sache durch den Reichsrat bestätigt werden müsse. Auch Hitlers politische Argumente müsse er "als unsachlich zurückweisen". Die "Hauptursache der deutschen Not" sei nicht "auf parteipolitische Verhältnisse zurückführen", sondern in erster Linie auf den Versailler Vertrag "mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft". Die "ganze Arbeit dieser Regierung" werde "von dem Primat der Außenpolitik beherrscht"; ihr außenpolitischer Erfolg sei "zum Teil durch die Geschlossenheit bedingt [...], mit der die Nation hinter ihren Unterhändlern steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt." Schließlich verwahrte sich Brüning gegenüber Hitlers Vorwurf, seine Anregung in der Präsidentschaftsfrage sei "ein Produkt der Angst des 'Systems' vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus". Die NSDAP sei keine "verfemte Partei", er habe nicht zum erstenmal das Gespräch mit ihr gesucht. "Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten auf unseren Posten gestellt, tun wir nach besten Kräften unsere Pflicht. Wir kennen nur ein Ziel: Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not. Über unsere Erfolge steht jedem das Urteil frei. Unser gutes Gewissen aber lassen wir uns von niemand bestreiten. Es gibt uns die Kraft, ohne Furcht den Weg zu gehen, den es uns vorschreibt." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 642.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 "Es hat sich niemals, wie Sie meinen, um ein 'Aufheben' der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt. Meine Absicht ging vielmehr von vornherein dahin, die Amtsdauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Herrn Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes um eine gewisse Zeit im Wege der Gesetzgebung zu verlängern." Wie Anm. 2.

5 Vgl. Dok. 6 mit Anm. 3.

6 Mit Blick auf sein Alter von 84 Jahren war Hindenburg zunächst nicht bereit, sich für eine zweite Amtszeit als Reichspräsident zur Verfügung zu stellen. Als er am 5.1.1932 Brünings Plan zustimmte, seine Amtszeit als Reichspräsident auf *parlamentarischem* Weg verlängern zu lassen, betonte er, daß ihm dieser Entschluß "sehr schwer" falle. Deswegen wolle er sich keinem neuen Wahlkampf aussetzen. Das Amt solle ihm "als eine vollendete Tatsache in seine Hände gelegt werden"; es dürfe darum "auch keine Schachergeschäfte zwischen den Regierungsparteien oder anderen politischen Gruppen geben". Nachdem es sich bis zum 12.1.1932 ab-

ler, betonten uns gegenüber, daß schon aus physischen Gründen der Herr Reichspräsident nicht mehr in der Lage sei, eine Wahlkampagne auf sich zu nehmen.

2. Herr Reichsinnenminister, General Groener, entwickelte weiter, es bestünde die Möglichkeit einer Verlängerung der Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten durch eine parlamentarische verfassungsändernde Mehrheit. Er führte weiter aus, daß, so sehr auch dem Zweck vielleicht schon mit der Verlängerung auf eine gewisse Zeit gedient wäre, *dem Herrn Reichspräsidenten doch nicht zugemutet werden dürfte, sich ein zeitlich begrenztes und damit auch nach dessen Auffassung beschränktes Vertrauensvotum ausstellen zu lassen. Der Herr Reichspräsident bestehe daher darauf, daß in diesem Falle die Verlängerung seiner Amtsdauer auf die Zeit einer vollen Amtsperiode vorgenommen werde.* In den mir vorgelegten fünf Punkten war allerdings vorgesehen, daß es dem Herrn Reichspräsidenten überlassen sein müßte, das Amt anzunehmen oder nicht, und daß es weiter in seinem Ermessen stünde, nach seinem Belieben den Zeitpunkt einer ev[*en*]t[*uel*]l[*en*] Amtsniederlegung persönlich zu wählen.

In einer späteren Besprechung mit dem Herrn Staatssekretär Meißner wurde ebenfalls auf diese Punkte hingewiesen[7].

Es ist daher etwas irreführend, wenn Sie, Herr Reichskanzler, von einer Verlängerung auf eine *gewisse* Zeit schreiben[8]. *Richtig ist, daß der Reichstag die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten auf 7 Jahre, also auf die volle gesetzlich vorgezeichnete Amtsperiode verlängern sollte.*

Wie Sie nun der Ansicht sein können, daß damit der verfassungsmäßig bestimmte Hergang der Wahl des Reichsoberhauptes nicht verlassen würde, ist mir unverständlich. *Denn Ihr Vorschlag würde in der Form einer zeitlich begrenzten Suspension inhaltlich wie tatsächlich eine Außerkraftsetzung und damit Aufhebung der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung bedeuten*[9]. Es ist dabei gänzlich belanglos, ob sich dieser Vorgang nach 7 Jahren wiederholen soll, oder ob man dann geruht, auf die Artikel der jetzigen Verfassung zurückzukommen. Denn wenn dieser Weg überhaupt beschritten wird, ist es klar, daß die Gründe, die heute zu einer Aufhebung der Bestimmungen der Verfassung für die nunmehr fällige Reichspräsidentenwahl angeführt werden, in 7 Jahren genauso wieder angeführt werden können. Die Motivierung, daß dieses Vorgehen "aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes" stattfinden soll, ist keine irgendwie verfassungsrechtlich ins Gewicht fallende, sondern eine rein persönliche Auffassung, die, wenn einmal überhaupt zugelassen, von jedem Kanzler und bei jeder Reichspräsidentenwahl nach Belieben wiederholt und geltend gemacht werden kann.

Wenn aber durch ein verfassungsänderndes Gesetz die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg auch nur auf beschränkte Zeit verlängert würde, so ist nichtsdestowe-

zeichnete, daß diesem Verlangen nicht entsprochen werden konnte (vgl. Dok. 6, Anm. 5), sah sich Brüning gezwungen, Hindenburg um eine Kandidatur für eine erneute Wahl durch das Volk nach Artikel 41 zu bitten. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 617, 626; Dorpalen, Hindenburg, S. 243 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 704 ff. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 18, Anm. 2.

7 Vgl. Dok. 8, Anm. 8.

8 Vgl. Anm. 2 und 4.

9 Gemeint sind Artikel 41 und 43 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 1391 f.

niger auch damit die Bestimmung der Weimarer Verfassung über die Wahl des Reichspräsidenten praktisch aufgehoben, *denn die Verfassung zwingt rechtlich dazu, daß nach Ablauf der Amtszeit des Reichspräsidenten dieser im Mai des laufenden Jahres erneut vom Volk zu wählen ist, und gestattet damit nicht, daß durch das Parlament die Amtszeit des zur Zeit amtierenden Reichspräsidenten verlängert wird.* Es würde also tatsächlich diese Bestimmung der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt.

Es spielt keine Rolle, auf welche Zeit diese Außerkraftsetzung erfolgt, denn die Verfassung ist nicht eine Vorschrift von irgendwie periodisch begrenzter Wirksamkeit für das Verfassungsleben der Nation, sondern sie soll eine dauernd gültige sein. Ich kann nicht, soferne die Verfassung es nicht selbst ausdrücklich zuläßt, einzelne ihrer Bestimmungen vorübergehend außer Kraft setzen, ohne daß ich diese Normen damit de facto aufgehoben habe. *Die Verfassung schreibt ja ausdrücklich vor, welche Bestimmungen vorübergehend aus bestimmten Gründen und zu bestimmten Zwecken außer Kraft gesetzt werden können*[10]. Nur in *diesen* besonders berücksichtigten Fällen dürften gewisse, genau angeführte Bestimmungen der Verfassung vorübergehend sistiert werden, ohne rechtspolitische Gefährdung der Verfassungsgrundlagen.

Daß die Reichspräsidentenwahl nicht in den Bereich dieser Punkte gehört, geht einwandfrei hervor aus:

1. der erschöpfenden Aufzählung der Bestimmungen der Verfassung, die vorübergehend außer Wirksamkeit gesetzt werden können, und

2. der klaren Fassung des Artikels 43, Abs. I, der besagt, daß das Amt des Reichspräsidenten 7 Jahre dauert und seine Wiederwahl zulässig ist[11].

Es ergibt sich daraus unzweideutig, daß nur derselbe Rechtsakt, der einen Reichspräsidenten in sein Amt beruft, ihn erneut in diesem Amte bestätigen kann. Eine allenfalls auch rechtsformal gestützte Umgehung des Verfassungsgrundsatzes der freien Volkswahl des Reichspräsidenten ist und bleibt tatsächlich eben eine Aufhebung der die Reichspräsidentenwahl garantierenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung.

Vom Standpunkt der demokratischen Grundrechte aus hat aber nur das Volk den in der Verfassung niedergelegten Rechtsanspruch, die Wahl des Reichsoberhauptes persönlich und unmittelbar vorzunehmen[12]. *Dieses Volksrecht kann nicht durch irgendeine sogenannte qualifizierte Reichstagsmehrheit ersetzt werden, ohne daß nicht tatsächlich dieses Volksrecht damit aufgehoben wird.* Selbst wenn man aber das Gegenteil gelten ließe, dann müßte, wie ich schon in meinem letzten Schreiben an Sie, Herr Reichskanzler[13], mir zu betonen erlaubte, nach allen

10 Anspielung auf Artikel 48, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen." Druck: RGBl. 1919, S. 1392. Vgl. Hans Boldt, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

11 Artikel 43, Abs. 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Wiederwahl ist zulässig." Druck: RGBl. 1919, S. 1392.

12 Vgl. Dok. 8, Anm. 11.

13 Dok. 8.

Auffassungen von Recht und Billigkeit der Reichstag im Zeitpunkt der fälligen Wahl des Reichspräsidenten ein wirklicher Repräsentant des dann gegebenen Volkswillens sein. *Daß aber der heutige Reichstag nicht in diesem Sinne Vertreter des jetzigen deutschen Volkswillens ist, wissen Sie, Herr Reichskanzler, am allerbesten!*

Nun schreiben Sie, Herr Reichskanzler, daß der Artikel 76 in seiner Feststellung, daß "die Verfassung im Wege der Gesetzgebung geändert werden kann", so allgemein gefaßt sei, daß kein Grund ersichtlich ist, warum nicht durch ein verfassungsänderndes Gesetz von der Bestimmung des Artikels 43 Abs. I der Reichsverfassung, wonach das Amt des Reichspräsidenten 7 Jahre dauert, abgewichen werden könnte[14]. Herr Reichskanzler, ich empfinde diesen Vorschlag und die daran geknüpfte Meinung, daß damit ja nur die Amtsdauer des Reichspräsidenten verlängert würde, ohne die Wahl als solche aufzuheben oder auch nur zu beeinträchtigen, einfach als unverständlich.

Praktisch heben Sie damit die allerwesentlichste Bestimmung der Verfassung auf: Denn nunmehr soll das Volk nicht mehr mit der Wahl seines Reichspräsidenten nach Ablauf von sieben Jahren betraut werden, indem man die Amtszeit auf dem Wege eines verfassungsändernden Gesetzes einfach um soundsoviele Jahre verlängert. Es ist ganz klar, daß damit genauso gut die Amtsdauer auch auf Lebenszeit festgesetzt werden kann!

Und dabei wagen Sie, Herr Reichskanzler, zu erklären, daß Ihr Vorschlag keine Aufhebung der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmung der Weimarer Verfassung sei?

Herr Reichskanzler, Ihre jetzige Darstellung beinhaltet noch viel mehr. *Sie gefährdet die derzeit geltende Verfassung überhaupt.* Der Grundgedanke der Weimarer Verfassung war, ähnlich wie in der Verfassung der nordamerikanischen Union[15], der, dem Reichstag den vom Volk gewählten Reichspräsidenten gegenüberzustellen. *Von diesen beiden Grundsäulen unseres Reichsaufbaues versuchen Sie die eine einzureißen.* Ich verstehe dann nicht, wieso Sie noch weiter beifügen können, daß in diesem Falle nicht von einer Auslieferung des Reichspräsidenten an die wechselnden Zufälle parlamentarischer Majoritäten gesprochen werden könne[16]. *Es ist ganz klar, Herr Reichskanzler, wenn eine Reichstagsmehrheit das Recht besitzen soll,*

14 "Das ergibt sich aus Artikel 76 der Reichsverfassung, der ausdrücklich bestimmt, daß und in welchen Formen die gesetzgebenden Körperschaften die Verfassung ändern können. Der Satz: 'Die Verfassung kann im Wege der Ges[etz]gebung geändert werden', ist allgemein gefaßt, und es ist kein Grund ersichtlich, warum nicht in den Formen des verfassungsändernden Gesetzes von der Regelung des Artikels 43, Abs. 1 der Reichsverfassung, wonach das Amt des Reichspräsidenten sieben Jahre dauert, im Einzelfall sollte abgewichen werden können." Wie Anm. 2.
Zur rechtlichen Problematik der Verfassungsänderung vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 419 ff.

15 In der Verfassung der USA vertritt der Präsident die plebiszitäre, der Kongreß die repräsentative Komponente. Verfassungsrechtlich bilden diese beiden Komponenten Widerlager, die in allen wesentlichen Entscheidungen erst eine gemeinsame Linie finden müssen. Diese komplementäre Struktur kann nicht nur den Entscheidungsprozeß selbst, sondern auch die Kalkulierbarkeit seiner Ergebnisse erschweren. Vgl. Edward S. Corwin, The President. Office and Powers, 1787-1984. History and Analysis of Practice and Opinion, New York [5]1984. Druck von Artikel II der Verfassung vom 17.9.1787 sowie der Zusatzartikel 12, 14, 15 und 19, die Wahl und Aufgaben des Präsidenten der USA definieren: Franz (Hrsg.), Staatsverfassungen, S. 10 ff.

16 "Um ein solches verfassungsänderndes Gesetz, das übrigens die Bestimmung des Artikels 43, Abs. 1 Reichsverfassung über die Amtsdauer des Reichspräsidenten als solche bestehen lassen würde, handelte es sich und nicht, wie Sie in Verkennung der Rechtslage anzunehmen scheinen, um eine 'Wahl' des Reichspräsidenten durch den Reichstag." Wie Anm. 2.

die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten zu verlängern, dann müßte genauso gut eine andere Mehrheit das Recht haben, sie abzukürzen. Freilich ergibt sich die Bedenklichkeit Ihrer Gedankengänge schon daraus, Herr Reichskanzler,

daß die unausbleibliche Folge einer derartigen parlamentarischen Amtszeitverlängerung eine in ihren Auswirkungen unabsehbare Herabminderung des Ansehens und Einflusses eines derartig vom Parlament abhängig gewordenen Reichspräsidenten bringen wird.

Ihre weitere Meinung, daß die Bestimmung des Artikels 43 Abs. I über die Amtsdauer des Reichspräsidenten dabei als solche bestehen bliebe, ist zumindest für jeden geradlinigen Laienverstand unfaßbar. *Denn in der Praxis heißt das dann: der Abs. I Art. 43, "Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7 Jahre", bleibt auf dem Papier dem deutschen Volk vermutlich als Reliquie der Weimarer Verfassung erhalten, während der Reichspräsident selbst nicht 7, sondern 14, oder vielleicht auch 20 und mehr Jahre Amtsdauer vom Reichstag zugebilligt erhält.*

Ohne Rücksicht auf die rein juristischen Konstruktionen, ergäbe sich folgender Zustand: *Eine Präsidentschaft nach außen hin verfassungstreu, nach innen tatsächlich verfassungswidrig.*

Herr Dr. Brüning, warum haben Sie nicht schon vor 7 Jahren Hindenburg statt Wilhelm Marx gewählt?

Zu Ihren Auslassungen, Herr Reichskanzler, über die politischen Gründe, die mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung zwingen, bei aller Verehrung für die Person des Generalfeldmarschalls [17] Ihren Versuch abzulehnen, erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Sie sehen in den Argumenten, die wir für unsere Ablehnung Ihres Vorschlages vorzubringen haben, eine unsachliche, aus rein parteipolitischen Interessen heraus bedingte Einstellung, während Sie zum Unterschiede davon für sich allein das Recht in Anspruch nehmen, nach "vaterländischen" und ähnlichen Gesichtspunkten zu handeln. Herr Reichskanzler, darf ich mir dann die Frage erlauben:

Haben Sie vor 7 Jahren, als das Zentrum die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auf das schlimmste bekämpfte [18] *und dem Generalfeldmarschall eine wirklich alles andere als "geschichtliche Gestalt" als Gegenkandidaten entgegenstellte, damals Ihre Stimme Herrn Marx* [19] *gegeben, ebenfalls aus vaterländischen Erwägungen oder aus parteipolitischen?*

---

17 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

18 Das Zentrum hatte für die Reichspräsidentenwahl von 1925 ihren Parteivorsitzenden Marx zum Kandidaten aufgestellt, der im ersten Wahlgang am 29.3. jedoch nur 3.887.734 Stimmen (14,5%) erhielt. Nachdem der Vorschlag der DNVP einer Kandidatur Hindenburgs für das Amt des Reichspräsidenten das Spektrum der rechtsstehenden Parteien geeint hatte (vgl. Dok. 7, Anm. 18), sprachen sich alle übrigen Parteien, mit Ausnahme der KPD, für die Kandidatur von Marx im zweiten Wahlgang aus. Obwohl Marx im zweiten Wahlgang am 26.4.1925 13.751.605 Stimmen (45,3%) erhielt, konnte Hindenburg diese Wahl mit einem Stimmenanteil von 48,3 % gewinnen. Vgl. Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 109 ff. Zahlen bei Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

19 Wilhelm Marx (1863-1946), 1889 Gerichtsassessor in Simmern, 1894 Landrichter in Elberfeld, 1906 Oberlandgerichtsrat in Köln, 1899-1921 MdL in Preußen, 1910-1918 MdR (Zentrum), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1928 Parteivorsitzender des Zentrums, 1921 Landgerichtspräsident in Limburg/Lahn, 1922 Senatspräsident am Kammergericht in Berlin, November 1923 bis Januar 1925 und

Oder sollte Ihrer Meinung nach vor 7 Jahren das vaterländische Interesse gegen Hindenburg gesprochen haben und erst heute dafür?

Herr Reichskanzler, Sie haben die rein persönliche Auffassung, daß heute Ihr parlamentarischer Versuch eine nationalpolitisch notwendige Tat sei[20]*, und ich habe die Überzeugung, daß die nationalpolitisch wichtigste Handlung die Beseitigung des heutigen Systems ist.*

Sie schreiben in Ihrem Briefe, daß Sie zur "Steuer der Wahrheit" meinen "Theorien" durch den Hinweis auf die *Tatsachen* entgegentreten müßten[21].

Herr Reichskanzler, ich habe Ihren Brief jetzt vielleicht schon ein dutzendmal durchgelesen, *aber ich suche vergebens diese "Tatsachen",* deren Anführung anscheinend wohl vergessen wurde. Sie sagen, daß Sie es vom "vaterländischen Standpunkt" aus auffällig finden, daß ich die Hauptursache der deutschen Not auf unsere parteipolitischen Verhältnisse zurückführe. Herr Reichskanzler! Fürst Bismarck, der doch fraglos auch einen vaterländischen Standpunkt einnahm und gerade deshalb vom Zentrum angehaßt [*sic!*] und auf das furchtbarste befehdet wurde[22], hat insbesondere, soweit es sich um die Parteien handelt, die Ihre tragenden Kräfte, Herr Reichskanzler, sind, die ganz gleichen Auffassungen über diese parteipolitischen Hauptursachen der deutschen Not gehabt.

Dann schreiben Sie - auch sehr wenig "tatsächlich" -, daß nach "fast allgemeiner Auffassung" ein "außenpolitischer Tatbestand" für unsere Not der Versailler Vertrag sei[23], mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der sowohl unsere deutsche Not, als auch die Weltnot verursache.

Sehr richtig, Herr Reichskanzler! *Aber zu einem Versailler Vertrag wäre es nie gekommen, wenn nicht die hinter Ihnen stehenden Parteien des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie das alte Reich ausgehöhlt, zerstört und verraten hätten, wenn sie nicht die Revolution vorbereitet, durchgeführt oder zumindest akzeptiert und gedeckt hätten*[24]. Nicht ich,

---

Mai 1926 bis Juni 1928 Reichskanzler, November 1925 bis Mai 1926 Reichsminister der Justiz, Februar bis April 1926 Ministerpräsident in Preußen.

20 "Während meine Anregung in der Präsidentschaftsfrage ausschließlich von nationalen, überparteilichen Gesichtspunkten diktiert war, halten Sie mir eine ausschließlich von Ihrem parteipolitischen nationalsozialistischen Gesichtspunkt gesehene, in allgemeinen Wendungen sich ergehende Darstellung der deutschen Nachkriegsentwicklung entgegen. Diese Darstellung geht an den wichtigsten Vorgängen dieser Zeit vorbei." Wie Anm. 2.

21 "Ich bedauere dieses Nachspiel unserer großen nationalen Aufgabe gewidmeten Aussprache, muß aber zur Steuer der Wahrheit Ihren Theorien durch den Hinweis auf die Tatsachen entgegentreten." Wie Anm. 2.

22 Anspielung auf den sog. Kulturkampf, der im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1887 das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche prägte. Zur damaligen Geschichte des Zentrums vgl. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, Bd. III.

23 "Vom vaterländischen Standpunkt aus muß ich es auffällig finden, daß Sie die Hauptursache der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführen. Nach fast allgemeiner Auffassung ist ein außenpolitischer Tatbestand, der Versailler Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnöte. Die Bestimmungen und die Handhabung dieses Vertrags in den ersten fünf Jahren seiner Geltung haben alle deutschen Wiederaufbauversuche immer wieder zerstört, die deutsche Währung erschüttert und schließlich die Einheit des Reiches selbst bedroht." Wie Anm. 2.

24 Zu den Ursachen und Trägern der seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich vgl. Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

Herr Reichskanzler, habe jemals im Versailler Vertrag eine mögliche Basis für das Leben unseres Volkes oder das Gedeihen der Wirtschaft gesehen, *aber die hinter Ihnen stehenden Parteien haben durch die Unterzeichnung dieses Vertrages seine Erfüllung zumindest als möglich vorgetäuscht*[25]. *Derjenige, der als erster in Deutschland in unzähligen Massenversammlungen gegen diesen Vertrag Stellung nahm, war, um "geschichtlichen Verwechslungen vorzubeugen", ich*[26], *nicht Sie. Die unerbittliche Handhabung aber dieses Vertrages, die, wie Sie meinen, in den ersten 5 Jahren jeden deutschen Wiederaufbau zerstörte, wäre ganz unmöglich gewesen, wenn nicht gewisse "deutsche" Parteien zu jeder Erpressung, Schmach und Schande ihre Zustimmung gegeben hätten.*

Ich gehe daher nicht "an den außenpolitischen Verhältnissen vorbei", auch nicht an dem dadurch geschaffenen "Sachverhalt", sondern ich mache diejenigen verantwortlich, die durch ihr Wirken diese Verhältnisse entweder schufen oder zumindest begünstigten. So wie Bismarck einst die alte freisinnige Partei überwinden mußte, um Deutschland zu schmieden[27], müssen Ihre Parteien, Herr Reichskanzler, vernichtet werden, um Deutschland zu retten.

Herr Reichskanzler! Sie reden von "sachkundigen Männern aller Länder" und versuchen diese gegen uns auszuspielen[28]. *Wollen Sie etwa auch die Gutachten jener "Sachverständigen"*[29] *anführen, die erst den Dawes-Pakt*[30] *und dann den Young-Plan*[31] *dem deutschen Volk aufgeschwätzt haben, indem sie segensreiche Wirkungen für uns und die übrige Welt aus diesen "Verträgen" voraussagten? Herr Reichskanzler, nicht Ihre Sachverständigen haben die*

25 Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

26 In der politischen Rhetorik Hitlers spielte die Kritik am Versailler Friedensvertrag von Anfang an eine zentrale Rolle, etwa in seiner ersten größeren öffentlichen Rede am 13.11.1919. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 92 ff.

27 Zum Verhältnis von Linksliberalismus und Staat nach 1871 vgl. James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983, S. 147 ff.

28 "Eine ungeheure Wirtschaftskrise hat, wenn auch in verschiedenem Ausmaße, die meisten Länder der Erde erfaßt. Sachkundige Männer aller Länder haben sich über die Ursachen dieser Krise geäußert und führen sie auf gewaltige Strukturwandlungen zurück, die die Weltwirtschaft durch den Krieg selbst und seine Folgeerscheinungen erfahren hat." Wie Anm. 2.

29 Im Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 wurde die Summe der endgültigen alliierten Reparationsforderungen gegenüber Deutschland nicht fixiert; Artikel 233 wies diese Aufgabe einem interalliierten Wiedergutmachungsausschuß zu, der - so Artikel 234 - ab 1.5.1921 "von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands" prüfen solle. Für die Angehörigen der verschiedenen Expertengremien, die im Anschluß über die deutschen Reparationsleistungen berieten (unter Einschluß von deutschen Vertretern), bürgerte sich die Bezeichnung "Sachverständige" ein. So basierte etwa der sog. Young-Plan auf dem "Bericht des auf Grund des Genfer Beschlusses vom 16. September 1928 eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses"; dieser Bericht wurde auch als "Sachverständigenplan" bezeichnet. Druck: RGBl. 1919, S. 987 ff.; RGBl. 1930, II, S. 395 ff.

30 Der am 29.8.1924 vom Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Der tatsächliche Transfer der deutschen Reparationen sollte sich dann an der deutschen Zahlungsbilanz orientieren. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Bereits 1930 wurde der Dawes-Plan durch den Young-Plan ersetzt, der Gesamthöhe und Dauer der deutschen Kriegsentschädigungen festzulegen suchte. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

31 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

Entwicklung richtig prophezeit, sondern wir. Ich bin jederzeit bereit, die "Gutachten" Ihrer "Sachverständigen" unseren damaligen Warnungen angesichts des ganzen deutschen Volkes [*sic!*] gegenüberzustellen. *Selten wurden in einer für Deutschland furchtbareren Weise Gutachten von Regierungssachverständigen durch die Tatsachen widerlegt.* Die heutige Katastrophe, Herr Reichskanzler, haben wir seit Jahren vorhergesagt[32], dafür wurden wir von Ihnen und Ihren Parteien als "staatsgefährliche Phantasten" verschrieen.

Herr Reichskanzler! Sagen Sie aber, daß auch eine andere Reichsregierung auf Ihren Wegen weiter fortschreiten müßte, so billige ich Ihnen von Ihrem Standpunkt aus die Notwendigkeit einer solchen Einstellung zu; wie jeder Feldherr, und mag er noch so viele Niederlagen erlitten haben, immer noch überzeugt ist, daß es ein anderer nicht hätte besser machen können. *Die Geschichte zeigt aber, daß es doch ein Unterschied ist, ob in einer an sich verzweifelten Situation*[33] *ein Herzog von Braunschweig die Armee führt oder ein Gneisenau*[34].

Endlich ermahnen Sie uns noch, zu bedenken, daß außenpolitische Erfolge nur zu erzielen sind durch die Geschlossenheit, mit der sich die Nation hinter ihre Unterhändler stellt[35].

Herr Reichskanzler! Gewiß gab es eine Zeit, da war es die Pflicht jedes anständigen Menschen, sich hinter die Wahrer der deutschen Interessen zu stellen, die damals auf dem Schlachtfelde verteidigt wurden. In dieser furchtbarsten Zeit haben aber jene Parteien, auf die Sie sich heute stützen, diese Lehre überhaupt nicht befolgt!

Heute handelt es sich nun darum, diesen Saboteuren der deutschen Widerstandskraft endlich die Seele der Nation aus höchstem "vaterländischem Interesse" zu entreißen.

Sie können von uns nicht erwarten, Herr Reichskanzler, daß wir etwa den Young-Plan dekken, dessen Erfüllung Ihre Parteien als einen entscheidenden Fortschritt bejubelten, wir aber von Anfang an als Wahnsinn erkannten. *Sie können auch heute nicht erwarten, daß ein wirklich verantwortungsbewußter Deutscher zu Vorgängen Ja und Amen sagen wird, die nach aller menschlichen und geschichtlichen Erfahrung ein Volk nur in weiteres Unglück stürzen müssen. Ich zweifle keinen Augenblick, Herr Reichskanzler, daß, wenn Friedrich der Große, Freiherr vom Stein oder Bismarck verdammt wären, die Politik der letzten 13 Jahre als simple Staatsbürger zu verfolgen, sie nicht in Ihrem zentrümlich-demokratisch-marxistischen Verein* [*sic!*] *stünden, sondern in der nationalen Opposition.*

32 Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 50 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 5 ff. Allgemein zur publizistischen Diskussion vgl. Holz, Diskussion, Bd. I, S. 178 ff.

33 Bezieht sich vermutlich auf Gneisenaus Entscheidung, nach der Niederlage von Ligny am 16.6.1815 keinen Rückzug anzutreten, sondern nach Waterloo zu marschieren, wo am 18.6. das Eintreffen der preußischen Truppen den Sieg der Verbündeten über Napoleon ermöglichte.

34 Der preußische Generalfeldmarschall Karl Wilhelm Ferdinand Herzog von Braunschweig (1735-1806) war am 14.10.1806 in der Entscheidungsschlacht bei Auerstedt von französischen Truppen vernichtend geschlagen worden; der Herzog wurde dabei tödlich verwundet.
August (Graf) Neidhardt von Gneisenau (1760-1831), seit 1809 als Oberst Mitglied der Militär-Reorganisationskommission und damit einer der wichtigsten Wegbereiter der preußischen Heeresreformen, übernahm 1813 als Nachfolger Gerhard von Scharnhorsts den Posten des Generalquartiermeisters der Schlesischen Armee. Als Generalstabschef von Gebhard Leberecht (Fürst) von Blücher wurde Gneisenau während der Befreiungskriege zum führenden operativen Kopf, nicht nur im preußischen Heer, sondern auch innerhalb der damals verbündeten Armeen.

35 Wie Anm. 2.

Ihnen, Herr Reichskanzler, schreibt das Gewissen den Weg vor, uns die Einsicht. Ihnen gibt Ihr Gewissen vielleicht noch Kraft, Ihren aussichtslosen Weg fortzusetzen, *uns aber beseelt der Wille, an Stelle der unterwürfigen Illusionspolitik und dem internationalen Schlagwort-Geflunker der letzten 13 Jahre Vernunft und Mut zu Regenten unseres deutschen Lebens zu erheben.*

Ich darf weiter mein Erstaunen darüber aussprechen, daß Sie, Herr Reichskanzler, nicht den Unterschied sehen wollen zwischen rein informatorischen Besprechungen, die Sie mit mir hatten, über die ich demgemäß auch schwieg, und einem Ansinnen, das die Partei als solche bestimmen sollte, eine parlamentarische Aktion mitzumachen in einer Zeit, in der in ganz Deutschland den Nationalsozialisten staatsbürgerliche Rechte brutal vorenthalten werden: *Denken Sie nur etwa daran, wie Preußen nationalsozialistische Beamte behandelt*[36], *denken Sie an die amtlichen Unterdrückungen, Verdächtigungen und Verfolgungen aller Art gegenüber dem Nationalsozialismus, denken Sie an die vielen hundert niedergeschlagenen ehrlichen Kämpfer meiner Bewegung*[37]*; denken Sie daran, daß auch das Reich durch sein Verbot, Nationalsozialisten auch nur als einfache Werft-Arbeiter einzustellen*[38]*, den Verfolgungsfeldzug gegen den Nationalsozialismus fördert!*

Daß Sie, Herr Reichskanzler, angesichts dieser Umstände mein Erstaunen, von Ihnen zu einer solchen parlamentarischen Aktion beigezogen zu werden, nicht begreifen wollen oder können, zeigt eben doch, wie grundverschieden Ihr Denken von dem meinen ist.

---

36 Nach dem Wahlerfolg der NSDAP bei den preußischen Kommunalwahlen vom November 1929 verbot das preußische Ministerium des Innern mit Runderlaß vom 31.1.1930, Anhänger von KPD und NSDAP als leitende Kommunalbeamte zu bestätigen; dazu zählten auch die Ämter der Oberbürgermeister und Bürgermeister. Mit Runderlaß vom 3.7.1930 gab das preußische Ministerium des Innern den Beschluß des Staatsministeriums vom 25.6.1930 bekannt, der allen Beamten "die Teilnahme" an KPD und NSDAP, "die Betätigung für sie oder ihre sonstige Unterstützung" untersagte. Von den hierauf eingeleiteten Disziplinarmaßnahmen blieben nur die Mitglieder des Reichstags und des Preußischen Landtags sowie sog. Ehrenbeamte ausgenommen. Die Klage, welche die nationalsozialistische Fraktion im Preußischen Landtag am 22.12.1930 durch die Rechtsanwälte Roland und Oswald Freisler dagegen erhob, wies der Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs am 27.4.1931 ab. Vgl. Staat und NSDAP 1930-1932, Dok. 3, 10 a-c, 46; Pyta, Gegen Hitler, S. 282 ff., 303 ff.

37 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12.

38 Reichswehrminister Groener hatte am 16.7.1929 angeordnet, alle Arbeiter in Reichswehrbetrieben, die der NSDAP angehörten, zu entlassen. Daraufhin hatte auch die Marinewerft Wilhelmshaven einigen Arbeitern gekündigt. Nachdem ein Heizer dagegen geklagt hatte, verurteilte das Arbeitsgericht Wilhelmshaven am 2.12.1930 das Reichswehrministerium zur Rücknahme der Kündigung und zur Zahlung des entstandenen Lohnausfalls. In einer vom Reichswehrministerium erwirkten Berufungsverhandlung wurde das Urteil im Februar 1931 aufgehoben. Nachdem der "Fall Wilhelmshaven" am 19.12.1930 auch Thema einer Kabinettsbesprechung gewesen war - Brüning regte bei dieser Gelegenheit an, "in den Heeresbetrieben sich um die Parteizugehörigkeit der Arbeiter nicht mehr zu kümmern" - , verfügte das Reichswehrministerium jedoch am 2.1.1931, vorerst keine weiteren Nationalsozialisten aus Reichswehrbetrieben zu entlassen. Mit einem grundsätzlichen Erlaß vom 29.1.1932 suchte Groener schließlich zu "klären, wann Bewerber aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht auszuschließen sind". Mit diesem Erlaß, der die Anhängerschaft der NSDAP "endgültig als für die Reichswehr voll verwendbares Potential" legalisierte (Hürter, Groener, S. 326), hob Groener auch seinen Erlaß vom 16.7.1929 wieder auf. Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 19, 20, 34, 51-57; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, Dok. 206; Johannes Hürter, Wilhelm Groener, Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993, S. 284 ff., 321 ff.

Herr Reichskanzler! Sie nehmen als gutes Recht den Glauben in Anspruch, daß es kein anderer hätte besser machen können als Sie. *Versagen Sie dann aber auch uns das Recht nicht, überzeugt zu sein, daß es keine Regierung hätte schlechter machen können als die Ihre.*

München, den 25. Januar 1932

Braunes Haus

Adolf Hitler

25. Januar 1932 Dok. 13
Schreiben an Karl Haniel [1]

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift. Faksilimierter Druck: Rudolf Tilly, 60 Jahre Industrie-Club e. V., o. O. o. J. [*Düsseldorf 1972*], S. 31.

Sehr geehrter Herr Haniel,

Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 18. d[*e*]s M[*ona*]ts [2] gelangten verspätet in meine Hände.

Ich möchte Ihnen meinerseits meinen besten Dank zum Ausdruck bringen, daß Sie mir Gelegenheit geben, vor einer größeren Zahl namhafter Wirtschaftler [*sic!*] meine Gedanken vorzutragen [3].

Für die Einladung, zusammen mit meinen Herren als Ihr Gast am Abendessen im Club [4] teilzunehmen, danke ich Ihnen gleichfalls. Ich bitte, es mir nicht zu verübeln, wenn ich die

---

1 Karl Haniel (1877-1944), 1912 Landrat in Merzig a. d. Saar, 1914 Chef der Zivilverwaltung in Wallonien, 1919 Geschäftsführer der Haniel & Lueg GmbH in Düsseldorf, 1921 zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, in Nürnberg und der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG in Oberhausen, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte, seit 1928 Vorsitzender des Industrie-Clubs, Düsseldorf, Mitglied der Ruhrlade.

2 Laut Auskunft des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs zu Köln e. V. und des Industrie-Clubs e. V., Düsseldorf, nicht mehr zu ermitteln.

3 Gemeint ist Hitlers Rede am 26.1.1932. Druck: Dok. 15.
Der Industrie-Club veranstaltete regelmäßig Vorträge, in denen Außenstehende zu wirtschaftlichen und politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Themen sprachen. 1931 hatten u. a. Reichskanzler a. D. Wilhelm Cuno über wirtschaftspolitische Fragen und Max Cohen-Reuss (SPD) über das deutsch-französische Verhältnis referiert. Der zuletzt genannte Vortrag hatte im Club für Spannungen gesorgt und bot Fritz Thyssen die Möglichkeit, auch bei einem nationalsozialistischen Politiker um einen Vortrag nachzufragen, wobei er zunächst an Gregor Straßer dachte. Die Möglichkeit, vor einem derartigen Kreis zu sprechen, wollte Hitler aber offenbar selbst nutzen. Vgl. Tilly, 60 Jahre Industrie-Club, S. 30 ff.; Henry Ashby Turner, jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 260.

4 Der 1912 gegründete Industrie-Club e. V. Düsseldorf erreichte im Jahr 1925 seinen höchsten Mitgliederstand mit 1.024 Mitgliedern. "Der Charakter des Clubs blieb weit hinter dem zurück, was sein Name versprach": Ihm gehörten "nicht nur die Repräsentanten der größten Industriebetriebe, sondern auch ihre weniger bedeuten-

Einladung nicht annehme unter Hinweis auf meine sehr starke Inanspruchnahme in letzter Zeit, derzufolge ich im Anschluß an den Vortrag gerne mich ausruhen möchte.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Adolf Hitler

26. Januar 1932 Dok. 14
"Betrifft: Namensverleihungen" [1]
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 26.1.1932.

Gruppe Nord

Dem Sturm 4/75, Bremen, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 9. November 1931 durch einen Reichsbannermann ins Herz gestochenen und getöteten SA-Mann Wilhelm Decker [2] künftig die Bezeichnung

"Sturm 4 Wilhelm Decker"

zu führen.

Dem Sturm 19/103 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 15. Januar 1932 [*sic!*] von Marxisten ermordeten SA-Mann Richard Menzel [3] künftig die Bezeichnung

"Sturm 19 Richard Menzel"

zu führen.

Gruppe Nordwest

Dem Sturm 2/25 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 20. November 1931 von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Ägidius Geurten [4] künftig die Bezeichnung

---

den Untergebenen, die Leiter mittlerer oder sogar kleiner Unternehmen, Verkaufsvertreter, Funktionäre von Wirtschaftsverbänden und Firmenanwälte" an. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 264 f. Ferner Tilly, 60 Jahre Industrie-Club.

1 Zum Totenkult der NSDAP vgl. auch Dok. 3, Anm. 14 und 12 sowie Sabine Behrenbeck, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Vierow bei Greifswald 1996.
Vgl. ferner den Bericht des italienischen Konsuls in München, Capasso Torre, über seine Unterredung mit Hitler am 18.6.1931; Hitler habe die Verluste der SA bedauert, sie aber als politisch notwendig bezeichnet und hätte unter diesem Gesichtspunkt mit Begeisterung ("con entusiasmo") davon gesprochen. Vgl. De Felice, Hitler e Mussolini, S. 232.

2 Wilhelm Decker (1907-1931), arbeitsloser Bootsbauer in Bremen, 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 9.11.1931 im Anschluß an eine NSDAP-Totengedenkfeier erstochen.

3 Richard Menzel (1910-1932), Maler in Büdelsdorf (Schleswig-Holstein), 1931 Eintritt in die SA, am 11.1.1932 bei politischen Auseinandersetzungen in Rendsburg erschlagen.

"Sturm 2 Ägidius Geurten"

zu führen.

Dem Sturm 11/159 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 28. April 1928 von Kommunisten ermordeten SA-Mann Gottfried Thomae[5] künftig die Bezeichnung

"Sturm 11 Gottfried Thomae"

zu führen.

Dem Sturm 1/132 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 4. Dezember 1930 von Kommunisten erstochenen SA-Mann Theo Sanders[6] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Theo Sanders"

zu führen.

Dem Sturm 2/17, Bochum, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den von Marxisten ermordeten SA-Mann Otto Senft[7] künftig die Bezeichnung

"Sturm 2 Otto Senft"

zu führen.

Dem Sturm 1/17, Bochum, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den im SA-Dienst tödlich verunglückten SA-Mann Alfons König[8] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Alfons König"

zu führen.

Gruppe Südwest

Dem Sturm 17/18 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 27. September 1926 von dem Franzosen Rouzier in Germersheim erschossenen SA-Mann dieses Sturmes Emil Müller[9] künftig die Bezeichnung

"Sturm 17 Emil Müller"

zu führen.

---

4 Ägidius Geurten (1908-1931), Grundarbeiter in Aachen, SA-Mann, am 20.11.1931 bei einer NSBO-Versammlung erschlagen.

5 Gottfried Thomae (1901-1928), Ingenieur in Essen, 1925 Eintritt in die NSDAP, SA-Sturmführer, am 28.4. 1928 im Anschluß an eine NSDAP-Wahlveranstaltung erschossen.

6 Theodor Sanders (1909-1930), Handlungsgehilfe in Hagen (Westfalen), 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 2.12.1930 beim Verteilen von Propagandamaterial von politischen Gegnern schwer verletzt, am 4.12.1930 verstorben.
Zu den Umständen von Sanders' Tod vgl. den Vermerk im Bericht des Preußischen Ministerium des Innern o. D. zu der im VB vom 8./9.11.1931 "veröffentlichten Liste der angeblich von Gegnern ermordeten Mitgliedern der NSDAP": "Meldung trifft zu. Sanders, der Mitglied der SA der NSDAP ist, wurde am 2.12. in Hagen beim Heraustreten aus seiner Wohnung von Kommunisten überfallen und derart schwer - u. a. durch Messerstiche in die Brust und in den Unterleib - verletzt, daß er nach Überführung ins Krankenhaus starb. Der Haupttäter ist wegen Totschlags zu 9 Jahren und 1 Monat Zuchthaus, 6 weitere Mittäter wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen zwischen 6 Mon[*aten*] und 3 Jahren 8 Mon[*aten*] verurteilt worden." GstA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

7 Otto Senft (1892-1927), Friseur in Bochum, Mitglied im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, 1924 Eintritt in die NSFB, am 10.2.1927 bei einer NSDAP-Veranstaltung in Dortmund von politischen Gegnern schwer verletzt, am 13.2.1927 verstorben.

8 Alfons König (1912-1931), SA-Mann in Bochum.

9 Emil Müller (1905-1926), Arbeiter in Germersheim (Pfalz), SA-Mann, in der Nacht vom 26. auf den 27.9.1926 von dem französischen Unterleutnant Pierre Rouzier erschossen.

Gruppe Hochland

Dem Sturm 14/4, Berchtesgaden, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den dem Sturm besonders nahegestandenen Vorkämpfer der nationalsozialistischen Idee Dietrich Eckart [10] künftig die Bezeichnung

"Sturm 14 Dietrich Eckart"

zu führen.

Gruppe Mittelland

Dem Sturm 24/7 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 5. Oktober 1929 von Marxisten schwer verwundeten und am 20. Oktober 1929 seinen Verletzungen erlegenen SA-Mann Karl Rummer [11] künftig die Bezeichnung

"Sturm 24 Karl Rummer"

zu führen.

Gruppe Schlesien

Dem Sturm 4/63 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 6. Juni 1926 [*sic!*] von Kommunisten erschossenen SA-Mann Franz Kortyka [12] künftig die Bezeichnung

"Sturm 4 Franz Kortyka"

zu führen.

Dem Sturm 6/63 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den im September 1930 [*sic!*] von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Günther Wolf [13] künftig die Bezeichnung

"Sturm 6 Günther Wolf"

zu führen.

Dem Sturm 2/19 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 30. Januar 1931 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Richard Seelinger [14] künftig die Bezeichnung

"Sturm 2 Richard Seelinger"

zu führen.

Zu den Umständen von Müllers Tod vgl. Der Prozeß Rouzier, Landau 1927; Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930, S. 308 ff.

10 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift *Auf gut Deutsch*, 1921-1923 Chefredakteur des *Völkischen Beobachters*, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch am 15.11.1923 inhaftiert, am 20.12.1923 entlassen.
Zur Biographie Eckarts vgl. Margarete Plewnia, Auf dem Weg zu Hitler. Der "völkische" Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970.

11 Karl Rummer (1907-1929), Erdarbeiter in Schwarzenbach am Wald (Oberfranken), Mitglied der SPD, 1929 Eintritt in die NSDAP und SA, am 5.10.1929 bei einer NSDAP-Veranstaltung von politischen Gegnern schwer verletzt, am 20.10.1929 verstorben.

12 Franz Kortyka (1899-1926), Grubenarbeiter in Miechowitz (Oberschlesien), 1919 Mitglied des Oberschlesischen Landesschützenbunds, 1924 Eintritt in die SA, 1926 Eintritt in die NSDAP, am 8.6.1926 erschossen.

13 Günther Wolf (1909-1930), Baugewerkschüler in Beuthen (Oberschlesien), SA-Mann, am 3.8.1930 erschlagen.
Zu den Umständen von Wolfs Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministerium des Innern: "Meldung trifft nicht zu. Es handelt sich um einen unpolitischen Vorfall, der sich auf dem Heimwege mehrerer Baugewerkschüler von der Semesterschlußkneipe ereignete, wobei Wolf mit seinen Kommilitonen in persönlichen Streit geriet und dabei getötet wurde." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

Dem Sturm 34/10 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 11. Februar 1931 von Kommunisten niedergestochenen und am 28. Februar seinen Verletzungen erlegenen SA-Mann Gerhard Bischoff[15] künftig die Bezeichnung

"Sturm 34 Gerhard Bischoff"

zu führen.

Dem Sturm 1/157 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 10. März 1931 [*sic!*] von Reichsbannerleuten erschlagenen SA-Mann Adolf Gerstenberger[16] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Adolf Gerstenberger"

zu führen.

Dem Sturm 21/19 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 21. November 1931 im SA-Dienst tödlich verunglückten SA-Mann Heinz Humbsch[17] künftig die Bezeichnung "Sturm 21 Heinz Humbsch"

zu führen.

Reichsführer SS

Dem Sturm 4/III/40 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in Neumünster von politischen Gegnern erschossenen SS-Mann Martens[18] künftig die Bezeichnung

"4. Sturm Martens"

zu führen.

Dem Sturm 1/I/40 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in Eutin von politischen Gegnern erstochenen Trupp-Geldverwalter Radke[19] künftig die Bezeichnung

"1. Sturm Radke"

zu führen.

---

14 Richard Seelinger (auch: Selinger, 1909-1931), Ackerkutscher in Dobers bei Sänitz (Niederschlesien), 1928 Eintritt in den Stahlhelm, 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 30.1.1931 bei einer NSDAP-Veranstaltung erschossen.
Zu den Umständen von Seelingers Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministerium des Innern: "Meldung trifft im wesentlichen zu. Am 30. Januar wurden Mitglieder [*der*] NSDAP, die sich auf dem Wege zu einer Versammlung der NSDAP in Moholz b/Niesky befanden, aus dem Hinterhalt beschossen, wobei 1 Nationalsozialist einen tödlichen Bauchschuß, 1 anderer einen Schuß ins Gesäß erhielt. Die Täter sind nicht ermittelt worden; die polizeilichen Feststellungen lassen jedoch die Annahme zu, daß es sich hierbei um Mitglieder der KPD oder des 'Kampfbundes gegen den Faschismus' gehandelt hat." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

15 Gerhard Bischoff (1905-1931), Bauer in Mittel-Peilau (Niederschlesien), 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 11.2.1931 bei politischen Auseinandersetzungen schwer verletzt, am 28.2.1931 verstorben.
Zu den Umständen von Bischoffs Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministerium des Innern: "Meldung trifft im wesentlichen zu. Am 11.2.1931 ist in Mittel-Peilau, Reg[*ierungs*]bezirk Breslau, der nationalsozialistische Parteiangehörige Gerhard Bischoff bei einem planmäßigen kommunistischen Überfall von Kommunisten schwer verletzt worden. Er ist am 28.2.1931 gestorben." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

16 Adolf Gerstenberger (auch: Gerstenberg, 1909-1931), Schuhmacher in Karlsmarkt (Oberschlesien), 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 15.3.1931 bei politischen Auseinandersetzungen schwer verletzt, am 16.3.1931 verstorben.

17 Heinz Humbsch (1912-1931), SA-Mann.

Dem Sturm 1/II/1 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den bei der Erschießung des Separatistenführers Heinz Orbis [20] gefallenen Parteigenossen Hellinger [21] künftig die Bezeichnung

"1. Sturm Hellinger"

zu führen.

Dem Sturm 3/I/25 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 19. Januar 1932 in Essen durch Kommunisten erschossenen SS-Sanitäts-Mann Arnold Guse [22] künftig die Bezeichnung

"Sturm 3 Arnold Guse"

zu führen.

Adolf Hitler

---

18 Martin Martens (1909-1931), Schlachter in Neumünster (Schleswig-Holstein), SS-Mann, am 11.11.1931 erschossen.

19 Karl Radke (1898-1931), 1918 Leutnant d. R., 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Butterhändler in Eutin (Oldenburg), 1931 Eintritt in die NSDAP und SS, Trupp-Geldverwalter, am 9.11.1931 bei einem Umzug des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erstochen.
Zu den Umständen von Radkes Tod und der juristischen Aufarbeitung des Falls vgl. Lawrence D. Stokes, Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984, S. 222 ff., 550 ff.

20 Franz Josef Heinz (1884-1924, genannt Heinz-Orbis), Bauer in Orbis (Pfalz), 1920 Mitglied des pfälzischen Kreistags (DVP), November 1923 bis Januar 1924 Präsident der Regierung der Autonomen Republik Pfalz, am 9.1.1924 von Mitgliedern des pfälzischen Kampfbunds in Speyer erschossen.

21 Franz Hellinger (1901-1924), Monteur und Kraftfahrer in München, Mitglied im Wehrkraftverein, dann im Jungsturm, als Unteroffizier des Bunds Oberland Beteiligung an den Kämpfen in Oberschlesien und im Ruhrgebiet, Mitglied des Pfälzischen Kampfbunds, am 9.1.1924 bei der Ermordung des pfälzischen Separatistenführers Franz Josef Heinz(-Orbis) erschossen.
Hellinger war weder Mitglied der NSDAP noch der SS; am 10.1.1932 wurde jedoch unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit das Wiesmann-Hellinger-Denkmal auf dem Speyerer Friedhof eingeweiht, was die NSDAP vermutlich dazu veranlaßte, Hellinger für sich zu vereinnahmen. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 11.1.1932, "Den Befreiern der Pfalz"; Den Freiheitskämpfern des 9. Januar 1924. Ein Gedenkblatt an den Befreiungskampf der Pfalz. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Errichtung eines Wiesmann-Hellinger-Denkmals, Speyer o. J. [*1932*].

22 Arnold Guse (1911-1932), Arbeiter in Essen, SS-Sanitäts-Mann, am 19.1.1932 erschossen.
Zu den Umständen von Guses Tod vgl. den Bericht der Frankfurter Zeitung vom 25.1.1932, "Nationalsozialistische Revolverschützen": "Die Erschießung des *Nationalsozialisten Guse* am 19. d. M. hat ihre Aufklärung gefunden. Als in der Mauerstraße Schüsse fielen, glaubten die Nationalsozialisten, daß diese ihnen galten, und erwiderten sie. Von einem dieser Schüsse ist der SS-Mann Guse, wie sich jetzt herausgestellt hat, im Rücken tödlich getroffen worden. *Ein SS-Mann hat eingestanden*, daß er einen Schuß in Richtung Mauerstraße abgegeben habe, in dessen Feuer der vor ihm stehende Guse zusammengebrochen sei. Seine Angabe, daß es sich um einen Unglücksschuß handelte, scheint nach Lage der Dinge Glauben zu verdienen."

26. Januar 1932[1] Dok. 15
Rede vor dem Industrie-Club in Düsseldorf[2]

Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J. [*1932*][3].

Wenn heute die nationalsozialistische Bewegung in weiten Kreisen Deutschlands als antiwirtschaftlich eingestellt gilt[4], dann, glaube ich, liegt der Grund darin, daß wir zu den Ereignissen, welche die Entwicklung zur heutigen Lage bedingten [*sic!*], seinerzeit eine andere Stellung einnahmen als die sonstigen Organisationen, die im öffentlichen Leben von Bedeutung sind. Auch jetzt unterscheidet sich unsere Auffassung in vielem von der unserer Gegner.

---

1 Die Reichsleitung der NSDAP bemühte sich, möglichst wenig Aufhebens von dieser Rede Hitlers zu machen; am 28.1.1932 informierte der *VB* hierüber lediglich mit einer kurzen Notiz von zehn Zeilen. Die Gerüchte über Hitlers Auftritt rissen jedoch nicht ab und dienten der Linkspresse als Beweis für die Abhängigkeit der NSDAP von kapitalistischen Geldgebern. Als selbst Reichskanzler Brüning öffentlich erklärte, Hitler spreche vor Industriellen "hinter verschlossenen Türen", veröffentlichte der *VB* am 17./18.4.1932 unter dem Titel "Adolf Hitlers große Düsseldorfer Rede vor den Führern der Wirtschaft" einen Auszug dieser Rede; das umfassendere Protokoll, wie es der Franz-Eher-Verlag als Sonderbroschüre publizierte, liegt der hier vorliegenden Wiedergabe zugrunde. Die Forschung hat sich immer wieder an dem hier genannten, falschen Datum (27.1.1932) orientiert; vgl. etwa Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil I: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg [4]1988, S. 67 ff.; Milan Hauner, Hitler. A Chronology of his Life and Time, London 1983, S. 77. Die zeitgenössischen Zeitungsartikel und Polizeiberichte lassen indes keinen Zweifel daran, daß Hitlers Rede am 26.1.1932 stattfand.

2 Im Großen Ballsaal des Park-Hotels, Düsseldorf, Elberfelder Straße 6/8, von ca. 18.00 bis 20.30 Uhr. An der geschlossenen Versammlung, die vom Oberbürgermeister von Düsseldorf, Robert Lehr (DNVP), mit einer kurzen Begrüßung eröffnet wurde, nahmen laut Polizeibericht etwa 700-800 Personen teil. Von seiten der NSDAP war neben Hitler nur Göring anwesend, von seiten der Großindustrie u. a. Ernst Brandi, Gustav Brecht, Ludwig Grauert, Karl Haniel, Johann Jakob Hasslacher, Jacob Herle, Ernst Poensgen, Fritz Thyssen und Albert Vögler. Vgl. die Bemerkung im Bericht Nr. D II 287 des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den preußischen Minister des Innern vom 3.2.1932: "Nicht bemerkt wurden dagegen die bekanntesten Führer der Schwerindustrie wie Geheimrat Dr. [*Carl*] Duisberg, [*Gustav*] Krupp v. Bohlen-Halbach, [*Paul*] Reusch, [*Fritz*] Springorum, [*Abraham*] Frowein, [*Erich*] Mittelsten Scheid und [*Otto*] Kind."
Vor dem Park-Hotel hatte sich eine Menschenmenge aus Anhängern und Gegnern Hitlers versammelt, die ab 18.30 Uhr von der Polizei zerstreut wurden; dabei wurden 15 Personen verhaftet. Um jegliches Aufsehen zu vermeiden, wurde Hitler um ca. 17.30 Uhr in den inneren Hof des Park-Hotels chauffiert, von wo er den Bau durch einen Seiteneingang betrat. Während Hitlers Vortrag wurde das Hotel durch Polizei gesichert, im Parterre und im ersten Stock waren sämtliche Jalousien heruntergelassen.

3 Vgl. auch Freiheit vom 21.1.1932, "Hitler zum Befehlsempfang vor die Stahlherren geladen"; Düsseldorfer Nachrichten vom 27.1.1932, "Hitler sprach in Düsseldorf"; Frankfurter Zeitung vom 27.1.1932 (MA), "Hitlers Düsseldorfer Vortrag"; Freiheit vom 27.1.1932, "Massenruf vor dem Park-Hotel 'Nieder mit Hitler, dem Unternehmerknecht!'"; Die Rote Fahne vom 27.1.1932, "Hitler an der Festtafel des Kapitals"; Volkszeitung vom 27.1.1932, "Er hat's geschafft!"; Vorwärts vom 27.1.1932 (AA), "Verbrüderung beim Sekt"; Vossische Zeitung vom 27.1.1932 (AA), "Thyssen als Hitlers Schrittmacher"; Düsseldorfer Tageblatt vom 28.1.1932, "Hitler vor der westdeutschen Industrie"; Freiheit vom 28.1.1932, "Rund ums Parkhotel"; Kölnische Volkszeitung vom 28.1.1932, "Hitler vor den Industriellen"; VB vom 28.1.1932, "Adolf Hitler vor der westdeutschen Industrie"; Westdeutscher Beobachter vom 28.1.1932, "'Nazi-Geldgeber'"; Freiheit vom 29.1.1932, "Hitler fordert Standrecht"; Germania vom 29.1.1932, "Zweimal 'Heil!'"; Volkszeitung vom 29.1.1932, "Triumph der Herrenmoral"; Düsseldorfer Lokal-Zeitung vom 30.1.1932, "Die Woche"; Der Angriff vom 4.2.1932, "Der 'Vorwärts' verhöhnt die Arbeiter"; Der Jungdeutsche vom 12.2.1932, "Der Düsseldorfer Hitler"; VB vom

Weltkrise oder eigene Schuld?

Nach unserer Überzeugung hat die Not nicht ihre letzte und tiefste Ursache in allgemeinen Weltvorgängen, die damit ja auch mehr oder weniger Korrekturmöglichkeiten für ein einzelnes Volk von vorneherein ausschließen würden. Wenn es richtig wäre, daß die deutsche Not ihre zwangsläufige Ursache lediglich in einer sogenannten Weltkrise[5] findet - einer Weltkrise, auf deren Verlauf wir naturgemäß als Volk keinen oder nur einen verschwindenden Einfluß ausüben können -, dann wäre die Zukunft für Deutschland als trostlos zu bezeichnen. Wie soll sich überhaupt ein Zustand ändern, für den es keine direkt Schuldigen gibt? Meiner Ansicht nach muß die Auffassung, nach der die Weltkrise allein schuld ist, in der Folge zu einem gefährlichen Pessimismus führen. Es ist nun einmal natürlich, daß, je mehr die Ursachen eines Zustandes der Beeinflussungsmöglichkeit des einzelnen entzogen werden, desto mehr der einzelne auch daran verzweifeln wird, einen solchen Zustand je noch ändern zu können. Das Ergebnis muß allmählich eine gewisse Lethargie sein, eine Gleichgültigkeit, ja am Ende vielleicht Verzweiflung.

Denn ich halte es für wichtig, vor allem mit der Auffassung der Weltbedingtheit unseres Schicksals grundsätzlich zu brechen. Es ist nicht wahr, daß unsere Not ihre letzte Ursache in einer Weltkrise, in einer Weltkatastrophe hat, sondern richtig ist, daß wir in eine allgemeine Krise hineingerieten, weil bei uns von vornherein gewisse Fehler gemacht worden sind. Ich kann nicht sagen: "Nach allgemeiner Auffassung ist der Friedensvertrag von Versailles[6] die Ursache unseres Unglücks[7]." Was ist der Friedensvertrag von Versailles anderes als ein Menschenwerk? Es ist nicht etwas von der Vorsehung uns Aufgebürdetes oder Aufgeladenes. Es ist ein Menschenwerk, für das selbstverständlich auch wieder Menschen mit ihren Vorzügen oder mit ihren Fehlern verantwortlich gemacht werden müssen. Wäre es anders, wie sollten dann Menschen dieses Werk überhaupt wieder beseitigen können! Ich bin der Meinung, daß es keinen durch menschliches Wollen veranlaßten Vorgang gibt, der nicht auch wieder durch ein anderes menschliches Wollen zu ändern wäre.

Sowohl der Friedensvertrag von Versailles als auch sämtliche Folgen dieses Vertrages sind das Ergebnis einer Politik gewesen, die man vielleicht vor fünfzehn, vierzehn oder dreizehn

---

18.2.1932, "Verleumder am Pranger! Die Wahrheit über Hitlers Vortrag vor den westdeutschen Industriellen". Ferner Berichte Nr. I 68.32 des Polizeipräsidenten in Düsseldorf an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 27.1. und 4.2.1932; Bericht Nr. I C 3411 a/O.Nr. 200 des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 5.2.1932; Bericht Nr. D II 287 und D II 382 des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den preußischen Minister des Innern vom 3.2. und 18.2.1932; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 30653 a. Außerdem Turner, Großunternehmer, S. 259 ff., Fotos S. 200 f. Journalisten hatten zu der Veranstaltung keinen Zutritt, ihre Berichte geben nur Eindrücke aus zweiter Hand wieder. Dagegen nahm ein Kriminalkommissar Dr. Meyer persönlich an der Veranstaltung teil; sein, wesentlich knapperer, Bericht bestätigt die Authentizität der hier ausgewählten Vorlage.

4 Zur Entwicklung des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms vor 1933, das Hitler der Öffentlichkeit offensichtlich nicht zu präsentieren wagte, vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 27 ff.

5 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und ihren Folgen vgl. Dok. 3, Anm. 4 sowie Dok. 4, Anm. 14 und 15.

6 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Vgl. etwa mit der Argumentation Brünings in seinem Brief vom 22.1.1932. Vgl. Dok. 12, Anm. 2.

Jahren zumindest in den Feindstaaten als richtig ansah, die, von uns aus betrachtet, aber verhängnisvoll sein mußte, wenn sie auch noch vor zehn und weniger Jahren von Millionen von Deutschen gedeckt wurde und sich heute in ihrer ganzen Unmöglichkeit enthüllt. Ich muß also feststellen, daß auch in Deutschland eine unbedingte Schuld an diesen Vorgängen vorhanden sein muß, wenn ich überhaupt glauben will, daß das deutsche Volk noch Einfluß auf den Wandel dieser Verhältnisse ausüben könne.

Es ist meines Erachtens auch falsch zu sagen, daß das derzeitige Leben Deutschlands nur von außenpolitischen Gesichtspunkten bestimmt werde, daß das Primat der Außenpolitik unser ganzes inneres Leben heute regele. Gewiß kann ein Volk so weit kommen, daß außenpolitische Verhältnisse sein inneres Leben völlig beeinflussen und bestimmen. Aber man sage nicht, daß dieser Zustand dann ein natürlicher oder von vornherein gewollter sei. Es ist vielmehr wichtig, daß ein Volk die Voraussetzungen schafft für einen Wandel dieses Zustandes.

Wenn mir jemand sagt, daß die Außenpolitik in erster Linie entscheidend sei für das Leben eines Volkes, dann muß ich vorher die Frage stellen: Was heißt denn überhaupt "Politik"? Es gibt eine Reihe von Definitionen. Friedrich der Große sagt: "Politik ist die Kunst, seinem Staat mit allen Mitteln zu dienen [8]." Bismarck erklärt: "Politik ist die Kunst des Möglichen [9]" - ausgehend von dem Gedanken, daß im Bereiche des Möglichen alles geschehen soll, um dem Staat und - in der späteren Umwandlung zum Nationalitätenbegriff - der Nation zu dienen. Wieder ein anderer meint, daß dieser Dienst am Volke sich sowohl mit friedlichen als auch mit kriegerischen Mitteln vollziehen kann. Denn Clausewitz sagt: "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, wenn auch mit anderen Mitteln [10]." Umgekehrt meint Clemenceau, daß der Friede heute nichts anderes sei als die Fortsetzung des Kampfes und die Verfolgung des Kampfzieles, wenn auch wiederum mit anderen Mitteln [11]. Kurz: Die Politik ist nichts anderes und kann nichts anderes sein als die Wahrnehmung der Lebensinteressen eines Volkes und die praktische Durchführung seines Lebenskampfes mit allen Mitteln. Es ist somit ganz klar, daß dieser Lebenskampf zunächst seinen Ausgang vom Volk selbst nimmt, und daß das Volk gleichzeitig das Objekt, der Wert an sich ist, der erhalten werden soll. Alle Funktionen dieses Volkskörpers sollen letzten Endes nur *einen* Zweck erfüllen, die Erhaltung eben dieses Körpers für die Zukunft sicherzustellen. Ich kann darum weder sagen, daß die Außenpolitik, noch daß die Wirtschaftspolitik von primärer Bedeutung ist. Natürlich wird ein Volk, um leben zu können, einer Wirtschaft bedürfen. Allein diese Wirtschaft ist auch nur eine der Funktionen dieses

---

8 Gemeint ist wohl die Sentenz, "die erste Bürgerpflicht ist, seinem Vaterlande zu dienen", mit der der preußische König Friedrich II., der Große (1712-1786) sein Politisches Testament von 1752 eröffnet. Druck: Die Werke Friedrichs des Großen. Hrsg. von Gustav Berthold Volz, Bd. 7: Antimachiavell und Testamente, Berlin 1912, S. 115-193, hier S. 117.

9 "Politik ist die Lehre des Möglichen", Otto Graf von Bismarck in einem Gespräch mit Friedrich Meyer von Waldeck am 11.8.1867. Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, eingeleitet von Erich Marcks, Berlin 1918, S. 19.

10 "Der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel." Vgl. Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J., S. 640.

11 1919 erklärte Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929) in einer Rede vor Offizieren der Militärschule von St. Cyr: "Der Friede, den wir eben gemacht haben, sichert Euch zehn Jahre Konflikte in Mitteleuropa." Vgl. Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919. Hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966, S. 56.

Volkskörpers, um existieren zu können. Wesentlich aber ist zunächst der Ausgangspunkt selbst, nämlich das Volk an sich.

Außenpolitik und Volkskräfte

Man darf nicht sagen, daß die Außenpolitik den Weg eines Volkes ausschlaggebend bestimme, sondern man muß sagen, daß zunächst das Volk in seinem inneren Wert, in der Organisation und in der Erziehung zu diesem Werte sich selbst seinen Weg innerhalb der umgebenden Welt vorzeichnet. Ich darf nicht sagen, daß die Außenpolitik das Volk irgendwie maßgeblich im Werte verändern könnte, sondern ich muß sagen: Jedes Volk hat den Kampf für die Wahrnehmung seiner Interessen zu führen und kann nur den Kampf führen, der seinem innersten Wesen, seinem Werte, seinen Fähigkeiten, der Güte seiner Organisation usw. entspricht. Natürlich werden dann auch die außenpolitischen Verhältnisse wieder rückwirkende Einflüsse ausüben. Allein wir erleben es ja: Welch ein Unterschied in der Reaktion der einzelnen Völker auf außenpolitische Verhältnisse! Die Reaktion wird bestimmt durch die innere Verfassung, durch den inneren Wert, durch die Veranlagung, durch die Fähigkeiten eines jeden Volkes. Ich kann daher feststellen, daß selbst bei gleichbleibendem Grundwert einer Nation Verschiebungen in der inneren Organisation des Lebens dieser Nation bereits zu einer Veränderung der Stellungnahme nach außen führen können.

Es ist daher falsch zu sagen, daß die Außenpolitik ein Volk forme; vielmehr regeln die Völker ihre Beziehungen zur übrigen Welt entsprechend den ihnen innewohnenden Kräften und entsprechend der Erziehung zum Einsatz dieser Kräfte. Wir können ganz überzeugt sein, daß, wenn an Stelle des heutigen Deutschlands ein anderes Deutschland gestanden hätte, auch die Stellungnahme zur übrigen Welt wesentlich anders gewesen wäre. Vermutlich würden aber damit auch die Einflüsse der übrigen Welt in einer anderen Form in Erscheinung getreten sein. Dies abstreiten, bedeutet: Deutschlands Schicksal kann nicht mehr geändert werden, ganz gleichgültig, welches Regiment in Deutschland herrscht. Wenn eine solche Auffassung vertreten wird, so kann man auch sofort die Wurzel und die Erklärung hierfür finden: Immer sind die Behauptungen, daß das Schicksal eines Volkes nur vom Auslande bestimmt wird, Ausflüchte schlechter Regierungen gewesen. Schwache und schlechte Regierungen haben zu allen Zeiten mit diesem Argument gearbeitet, um damit ihr eigenes Versagen oder das ihrer Vorgänger, das Versagen ihrer ganzen traditionsgebundenen und festgelegten Richtung zu entschuldigen und von vornherein zu erklären: Jeder andere an dieser Stelle könnte es nicht anders machen. Denn was könnte er Verhältnissen gegenüber, die nun einmal feststehen und in der übrigen Welt wurzeln, mit seinem Volke - das dann natürlich auch als ein festgelegter Wert aufgefaßt werden muß - beginnen?

Volkswert als politischer Faktor

Ich vertrete demgegenüber eine andere Erkenntnis: Drei Faktoren bestimmen wesentlich das politische Leben eines Volkes.

Erstens der innere Wert eines Volkes, der als Erbmasse und Erbgut durch die Generationen hindurch immer und immer wieder weitergegeben wird, ein Wert, der nur dann eine Veränderung erfährt, wenn der Träger dieses Erbgutes, das Volk, sich in seiner inneren blutsmäßigen Zusammensetzung selbst verändert. Sicher ist, daß bestimmte Charakterzüge, bestimmte Tugenden und bestimmte Laster bei Völkern solange immer wiederkehren, solange ihre innere

Natur, ihre blutsmäßige Zusammensetzung sich nicht wesentlich geändert hat. Ich kann die Tugenden und die Laster unseres deutschen Volkes bei den römischen Schriftstellern [12] schon genauso feststellen, wie ich sie heute sehe. Dieser innere, das Leben des Volkes bestimmende Wert kann aber, wenn nicht durch blutsmäßige Veränderung der Substanz, durch nichts beseitigt werden. Vorübergehend mögen ihn unlogische Organisation des Lebens oder unvernünftige Erziehung beeinträchtigen. Aber dann wird nur seine Auswirkung verhindert, während der Grundwert an sich nach wie vor vorhanden ist. Dieser ist der große Quell aller Hoffnungen für den Wiederaufstieg eines Volkes. Hier liegt das Recht zu glauben, daß ein Volk, das im Laufe von Jahrtausenden zahllose Beispiele höchsten inneren Wertes gegeben hat, nicht plötzlich von heute auf morgen diesen angeborenen, erbmäßig übernommenen Wert verloren haben kann, sondern daß dieses Volk eines Tages diesen Wert wieder zur Wirksamkeit bringt. Wäre dies nicht der Fall, so könnte der Glaube von Millionen von Menschen an eine bessere Zukunft - die mystische Hoffnung auf ein neues Deutschland - nicht verständlich sein. Es wäre unverständlich, wieso dieses deutsche Volk, am Ende des Dreißigjährigen Krieges von 18 auf 13½ Millionen Menschen zusammengeschrumpft [13], wieder die Hoffnung fassen konnte, durch Arbeit, durch Fleiß und durch Tüchtigkeit emporzukommen, wie in diesem völlig zerstoßenen Volke doch wieder das Sehnen nach einer neuen staatlichen Fassung Hunderttausende und endlich Millionen ergriff. Es wäre unbegreiflich, wenn nicht in all diesen einzelnen Menschen unbewußt etwas von der Überzeugung läge, daß ein Wert an sich vorhanden ist, der durch die Jahrtausende immer wieder in Erscheinung trat, manches Mal durch eine schlechte Führung, durch schlechte Erziehung, durch eine schlechte Konstruktion des Staates vielleicht zurückgedrängt und in seiner Auswirkung behindert wurde, aber am Ende sich immer wieder durchrang - immer wieder der Welt das wunderbare Schauspiel eines neuen Emporsteigens unseres Volkes gebend.

Persönlichkeitswert und Volkswert

Ich sagte, daß dieser Wert verdorben werden kann. Es sind aber vor allem noch zwei andere, innerlich verwandte Erscheinungen, die wir in den Verfallszeiten der Nationen immer wieder feststellen können. Die eine ist der Ersatz des Persönlichkeitswertes durch einen nivellierenden, zahlenmäßigen Begriff in der Demokratie. Die andere ist die Regierung des Volkswertes, die Verneinung der Verschiedenartigkeit der Veranlagung, der Leistung usw. der einzelnen Völker. Wobei die beiden Erscheinungen einander bedingen oder zumindest in der Entwicklung beeinflussen. Internationalismus und Demokratie sind unzertrennliche Begriffe. Es ist nur logisch, daß die Demokratie, die im Inneren eines Volkes den besonderen Wert des einzelnen

---

12 Gemeint ist wohl in erster Linie das ca. 98 n. Chr. entstandene Werk *De origine et situ Germanorum* des römischen Schriftstellers Publius Cornelius Tacitus (55-ca. 116 n. Chr.).

13 Genaue statistische Erhebungen über die deutschen Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges liegen nicht vor. Vorsichtige Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, daß in einzelnen Gegenden 60-70% der Bevölkerung an den Folgen des Krieges starben, während andere Landstriche von diesen Ereignissen weitgehend unberührt blieben. Für das gesamte Heilige Römische Reich Deutscher Nation kann man vermutlich bis 1648 von einem durchschnittlichen Bevölkerungsrückgang bei der Landbevölkerung von ca. 40%, bei der städtischen Bevölkerung von ca. 33% ausgehen. Legt man die Grenzen des Deutschen Reichs von 1914 zugrunde, so würde dies ungefähr einem Rückgang der Bevölkerung von 20.954.000 auf 13.296.000 Menschen entsprechen. Vgl. Günther Franz, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte, Stuttgart [4]1979.

negiert und einen Gesamtwert, einen Zahlenwert an dessen Stelle setzt, im Völkerleben genauso verfährt und dort zum Internationalismus ausartet. Im großen heißt es: Es gibt keine angeborenen Volkswerte, sondern es treten höchstens vielleicht augenblickliche Erziehungsunterschiede in Erscheinung; aber zwischen Negern, Ariern, Mongolen und Rothäuten besteht kein wesentlicher Wertunterschied. Diese Auffassung, die die Basis unserer ganzen heutigen internationalen Gedankenwelt ist und in ihren Auswirkungen so weit führt, daß endlich ein Neger in den Sitzungen des Völkerbundes präsidieren kann, führt zwangsläufig in der weiteren Konsequenz dahin, daß man gleicherweise erst recht innerhalb eines Volkes Unterschiede im Werte der einzelnen Angehörigen dieses Volkes negiert. Damit kann natürlich auch jede vorhandene besondere Fähigkeit, jeder vorhandene Grundwert eines Volkes praktisch wirkungslos gemacht werden. Denn die Größe eines Volkes ergibt sich nicht aus der Summierung aller Leistungen, sondern letzten Endes aus der Summierung der Spitzenleistungen. Man sage nicht, daß das Bild, das die Kultur der Menschen als ersten Eindruck vermittelt, der Eindruck der Gesamtleistung sei. Dieses ganze Kulturgebäude ist in den Fundamenten und in allen Steinen nichts anderes als das Ergebnis der schöpferischen Fähigkeit, der Leistung, der Intelligenz, des Fleißes einzelner Menschen, in den größten Ergebnissen auch die große Schlußleistung einzelner gottbegnadeter Genies, in den Durchschnittsergebnissen die Leistung der durchschnittlich fähigen Menschen und im Gesamtergebnis zweifellos das Resultat aus der Anwendung der menschlichen Arbeitskraft zur Verwertung der Schöpfungen von Genies und Talenten. Damit aber ist es natürlich, daß, wenn die immer in der Minderzahl befindlichen fähigen Köpfe einer Nation wertmäßig gleichgesetzt werden all den anderen, damit langsam eine Majorisierung des Genies, eine Majorisierung der Fähigkeit und des Persönlichkeitswertes eintreten muß, eine Majorisierung, die man fälschlicherweise dann mit Volksherrschaft bezeichnet. Denn dies ist nicht Volksherrschaft, sondern in Wirklichkeit Herrschaft der Dummheit, der Mittelmäßigkeit, der Halbheit, der Feigheit, der Schwäche, der Unzulänglichkeit. Es ist mehr Volksherrschaft, ein Volk auf allen Gebieten des Lebens von seinen fähigsten, dafür geborenen Einzelwesen regieren und leiten zu lassen, als alle Gebiete des Lebens von einer jeweils diesen Gebieten naturnotwendigerweise fremd gegenüberstehenden Majorität verwalten zu lassen.

Damit aber wird die Demokratie praktisch zur Aufhebung der wirklichen Werte eines Volkes führen. Es ist daher auch erklärlich, daß Völker mit einer großen Vergangenheit, von dem Zeitpunkt an, da sie sich unbegrenzter demokratischer Massenherrschaft hingeben, langsam ihre frühere Stellung einbüßen; denn die vorhandenen und möglichen Spitzenleistungen Einzelner auf allen Gebieten des Lebens werden nunmehr dank der Vergewaltigung durch die Zahl praktisch unwirksam gemacht. Damit aber wird ein solches Volk allmählich nicht nur an kultureller, nicht nur an wirtschaftlicher Bedeutung, sondern an Gesamtbedeutung überhaupt verlieren. Es wird in verhältnismäßig kurzer Zeit im Rahmen der übrigen Welt nicht mehr den Wert von ehedem darstellen. Es muß damit aber auch zwangsläufig eine Verschiebung in seiner Interessenwahrnehmung der übrigen Welt gegenüber eintreten. Es ist nicht gleichgültig, ob ein Volk etwa in eine Zeit von 1807 bis 1813 unter der Führung fähigster Köpfe hineingeht[14], denen eine unerhörte Autorität gegeben wird, oder ob es in eine ähnliche Zeit wie 1918 bis 1921

14 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die vernichtende Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und

unter der Führung des parlamentarischen Massenwahns marschiert. In einem Fall sieht man als Ergebnis des inneren Lebensaufbaus der Nation höchste Leistungen, die wohl im Volkswert schon begründet sind, aber deren Auswirkungen so erst ermöglicht werden, während im anderen Falle sogar der an sich vorhandene Wert nicht mehr in Erscheinung tritt. Ja, es kann soweit kommen, daß dann ein unbedingt fleißiges Volk, in dessen ganzem Leben sich scheinbar kaum etwas geändert hat - besonders im Hinblick auf die Anstrengungen der einzelnen - , in seiner Gesamtleistung so viel verliert, daß sie der Welt gegenüber nicht mehr ins Gewicht fällt.

Das Kampf- und Leistungsprinzip

Es kommt aber noch ein Drittes hinzu: Nämlich die Meinung, daß das Leben auf dieser Welt, nachdem man schon den Persönlichkeitswert und den besonderen Volkswert leugnet, nicht durch Kampf erhalten werden müsse. Eine Auffassung, die vielleicht belanglos wäre, wenn sie sich nur in einzelnen Köpfen festsetzte, die aber von entsetzlichen Folgen ist, weil sie langsam ein ganzes Volk vergiftet. Es ist nicht so, daß derartige allgemein-weltanschauliche Veränderungen nur an der Oberfläche blieben oder nur rein geistige Vorgänge bedeuteten. Nein, sie wirken sich über kurz oder lang bis in die Tiefe hinein aus, alle Lebensäußerungen des Volkes beeinflussend.

Ich darf Ihnen ein Beispiel anführen: Sie haben die Auffassung, meine Herren, daß die deutsche Wirtschaft aufgebaut sein müsse auf dem Gedanken des Privateigentums. Nun können Sie einen solchen Gedanken des Privateigentums praktisch nur dann aufrechterhalten, wenn er irgendwie auch logisch fundiert erscheint. Dieser Gedanke muß seine ethische Begründung aus der Einsicht in die naturgegebene Notwendigkeit ziehen. Er kann nicht etwa damit allein motiviert werden, daß man sagt: Es war bisher so, also muß es auch weiter so sein. Denn in Perioden großer staatlicher Umwälzungen, der Völkerverschiebungen und der Veränderung des Denkens können Einrichtungen, Systeme usw. nicht nur deshalb unberührt bleiben, weil sie bisher in der gleichen Form bestanden. Es ist das Charakteristische aller wirklich großen revolutionären Epochen der Menschheit, daß sie über solche, nur durch das Alter geheiligte oder auch nur scheinbar durch das Alter geheiligte Formen mit einer Leichtigkeit sondergleichen hinweggehen. Es ist daher nötig, derartige überlieferte Formen, die aufrechterhalten bleiben sollen, so zu begründen, daß sie als unbedingt notwendig, als logisch und richtig angesehen werden können. Und da muß ich sagen: Das Privateigentum ist nur dann moralisch und ethisch zu rechtfertigen, wenn ich annehme, daß die Leistungen der Menschen verschieden sind [15]. Erst dann kann ich feststellen: weil die Leistungen der Menschen verschieden sind,

---

Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

15 Die Haltung der NSDAP zur Frage des Privateigentums wie überhaupt zu allen wirtschaftspolitischen Grundsatzangelegenheiten mußte damals den Zeitgenossen "wirr und widerspruchsvoll" (Turner, Großunternehmer, S. 273) erscheinen. Zwar hatte Hitler schon 1928 Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920 - er forderte u. a. "Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke" sowie die "Verhinderung jeder Bodenspekulation" - dahingehend ausgelegt, daß sich solche Enteignungen nur gegen "jüdische Grundspekulations-Gesellschaften" richteten, doch blieben viele wirtschaftspolitischen Äußerungen nationalsozialistischer Politiker etatistisch geprägt. So verstärkte etwa die NSBO im Anschluß an Hitlers Rede vor dem Industrie-Club bewußt ihre antikapitalistische Propaganda, während die Wirtschaftspolitische Abteilung der NSDAP damals erklärte, daß "die großen Trusts" in die Hände des Staates überführt wer-

sind auch die Ergebnisse der Leistungen verschieden. Wenn aber die Ergebnisse der Leistungen der Menschen verschieden sind, ist es zweckmäßig, auch die Verwaltung dieser Ergebnisse ungefähr im entsprechenden Verhältnis den Menschen zu überlassen. Es würde unlogisch sein, die Verwaltung des Ergebnisses einer bestimmten, an eine Persönlichkeit gebundenen Leistung dem nächstbesten Minderleistungsfähigen oder einer Gesamtheit zu übertragen, die schon durch die Tatsache, daß sie die Leistung nicht vollbrachte, bewiesen hat, daß sie nicht fähig sein kann, das Ergebnis zu verwalten. Damit muß zugegeben werden, daß die Menschen wirtschaftlich nicht auf allen Gebieten von vornherein gleich wertvoll, gleich bedeutend sind. Dies zugegeben, ist es jedoch Wahnsinn, zu sagen: Auf wirtschaftlichem Gebiete sind unbedingt Wertunterschiede vorhanden, auf politischem Gebiete aber nicht! Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben. Es muß damit langsam ein Zwiespalt zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Auffassung entstehen, den zu überbrücken man durch Angleichung der ersteren an die letztere versuchen wird - versucht hat, denn dieser Zwiespalt ist nicht nur blanke, blasse Theorie geblieben. Der Gedanke der Gleichheit der Werte ist unterdessen nicht nur politisch, sondern auch schon wirtschaftlich zum System erhoben worden. Und nicht etwa bloß in einer abstrakten Theorie[16]: Nein, dieses wirtschaftliche System lebt in gigantischen Organisationen - ja, es hat heute bereits ein Riesengebiet staatlich erfaßt[17].

Ich kann aber nicht zwei Grundgedanken als auf die Dauer möglich und tragend für das Leben eines Volkes ansehen. Ist die Auffassung richtig, daß die menschliche Leistung unterschiedlich ist, muß es auch richtig sein, daß der Wert der Menschen im Hinblick auf die Hervorbringung bestimmter Leistungen verschieden ist. Es ist dann aber unsinnig, dies nur in bezug auf ein bestimmtes Gebiet gelten lassen zu wollen, auf dem Gebiet der Wirtschaft und ihrer Führung, aber nicht auf dem Gebiet der Führung des Gesamtkampfes um das Leben, nämlich auf dem Gebiet der Politik. Es ist vielmehr logisch, daß, wenn ich auf dem Gebiet der Wirtschaft die absolute Anerkennung der besonderen Leistungen als die Voraussetzung jeder höheren Kultur anerkenne, ich dann politisch ebenso die besondere Leistung und damit die Autorität der Persönlichkeit voranstellen muß. Wenn aber demgegenüber behauptet wird - und zwar gerade von wirtschaftlicher Seite -, daß auf politischem Gebiet besondere Fähigkeiten nicht nötig seien, sondern daß hier eine absolute Gleichförmigkeit der Leistung bestehe, dann wird man eines Tages diese selbe Theorie von der Politik auch auf die Wirtschaft übertragen. Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet aber der Kommunismus. Wir befinden uns heute in einer Periode, in der diese beiden Grundprinzipien in allen Grenzgebieten miteinander ringen und auch bereits in die Wirtschaft eindringen.

---

den müßten. Obwohl das privatwirtschaftliche Denken in der Reichsleitung der NSDAP allmählich an Terrain gewann, versuchte Hitler vorerst alle Entscheidungen in dieser Grundsatzfrage zu vermeiden. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 271 ff.; Barkai, Wirtschaftssystem, S. 34 ff., 68 ff. Ferner Bd. II/2, Dok. 254, Bd. IV/1, Dok. 52 und Bd. IV/2, Dok. 60.

16 Anspielung auf den Marxismus.

17 Gemeint ist die Sowjetunion.

Ein Beispiel: Das Leben fußt in seiner praktischen Betätigung auf der Bedeutung der Persönlichkeit. Es wird jetzt langsam bedroht durch die Herrschaft der Zahl. Im Staat steht aber eine Organisation - das Heer -, die überhaupt nicht irgendwie demokratisiert werden kann, ohne daß sie sich selbst aufgibt. Allein schon ein Beweis für die Schwäche einer Weltanschauung, daß sie nicht auf alle Gebiete des Gesamtlebens anwendbar ist. Mit anderen Worten: Die Armee kann nur bestehen unter Aufrechterhaltung des absolut antidemokratischen Grundsatzes unbedingter Autorität nach unten und absoluter Verantwortlichkeit nach oben, während demgegenüber die Demokratie praktisch völlige Abhängigkeit nach unten und Autorität nach oben bedeutet. Das Ergebnis aber ist, daß in einem Staat, in dem das ganze politische Leben - angefangen bei der Gemeinde und endigend im Reichstag - sich auf dem Gedanken der Demokratie aufbaut, die Armee allmählich ein Fremdkörper werden muß, und zwar ein Fremdkörper, der auch unbedingt als Fremdkörper empfunden wird. Es ist für die Demokratie eine fremde Vorstellung, eine fremde Weltanschauung, die diesen Körper beseelt. Ein innerer Kampf zwischen der Vertretung der Demokratie und der Vertretung der Autorität muß die zwangsläufige Folge sein, ein Kampf, wie wir ihn auch in Deutschland erleben.

Man kann nicht annehmen, daß in diesem Ringen plötzlich ein Stillstand eintreten könnte. Nein, im Gegenteil: Dieses Ringen wird fortgesetzt, bis eine Nation entweder endgültig im Internationalismus und in der Demokratie versinkt und damit der völligen Auflösung anheimfällt oder sich wieder eine neue logische Form des inneren Lebens schafft.

Daraus ergibt sich, daß die Erziehung zum Pazifismus sich notwendigerweise bis ins kleinste Einzelleben auswirken muß. Der Gedanke des Pazifismus ist logisch, wenn ich eine allgemeine Völker- Menschengleichheit annehme. Denn was soll dann der Kampf noch für einen Sinn haben? Der Gedanke des Pazifismus in die praktische Wirklichkeit und auf alle Gebiete übersetzt, muß langsam zu einer Zerstörung des Konkurrenztriebes, des Ehrgeizes zur besonderen Leistung jeder Art führen. Ich kann nicht sagen: Politisch werden wir Pazifisten, verwerfen wir den Gedanken der Notwendigkeit, sich das Leben durch Kampf zu bewahren - wirtschaftlich aber wollen wir scharfe Konkurrenten bleiben. Wenn ich den Kampfgedanken an sich beseitige, ist es ganz belanglos, wenn er für Einzelgebiete noch bleibt. Über die Leistungen im einzelnen sind am Ende politische Entschlüsse entscheidend. Sie können durch 50 Jahre auf dem Boden des Autoritätsstandpunktes, auf dem Boden des Leistungsprinzips die beste Wirtschaft aufrichten; Sie können durch 50 Jahre Werke aufbauen: Sie können durch 50 Jahre Vermögen anhäufen und Sie können in drei Jahren verfehlter politischer Entschlüsse alle Ergebnisse dieser 50 Jahre wieder zerstören. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist auch selbstverständlich, weil eben die politischen Entschlüsse aus einer anderen Wurzel gezogen wurden als die aufbauenden wirtschaftlichen.

Zusammenfassend: Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüberstehen: das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als das Leistungsprinzip bezeichnen möchte, weil alles, was überhaupt Menschen bisher leisteten, alle menschlichen Kulturen nur aus der Herrschaft dieses Prinzips heraus denkbar sind.

Der Wert eines Volkes an sich, die Art der inneren Organisation, durch die dieser Wert sich auswirken soll, und die Art der Erziehung sind die Ausgangspunkte für das politische Handeln eines Volkes und damit die Grundlagen für die Ergebnisse dieses Handelns.

Glauben Sie doch nicht, daß ein Volk, das sich so seiner Werte beraubte wie das deutsche, in früheren Jahrhunderten besser fuhr, ob Weltkrise oder nicht. Wenn ein Volk den Weg nimmt, den wir genommen haben - praktisch schon seit dreißig oder fünfunddreißig Jahren, offiziell seit dreizehn Jahren -, dann kann es nirgends anders hingelangen als dorthin, wo sich zur Zeit Deutschland befindet. Daß sich nun heute die Krisenerscheinungen fast über die ganze Welt hin verbreiten, ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Erschließung der Welt heute in einem Umfang erfolgt ist und die gegenseitigen Beziehungen in einer Weise verstärkt sind, wie es vor 50, 80 oder 100 Jahren kaum möglich schien. Und trotzdem ist es falsch, zu glauben, daß der Vorgang nur jetzt, im Jahre 1932, denkbar sei. Nein, ähnliches hat die Weltgeschichte schon mehr als einmal erlebt. Immer dann, wenn bestimmte Beziehungen der Völker entsprechende Lagen schufen, mußte eine Erkrankung dieser Völker um sich greifen und die Gesamtlage beeinflussen.

Es ist natürlich billig zu sagen: Wir wollen warten, bis die allgemeine Lage sich ändert. Das ist unmöglich. Denn die Lage, die Sie heute vor sich sehen, ist nicht etwa die Folge einer göttlichen Willensoffenbarung, sondern das Ergebnis menschlicher Schwächen, menschlicher Fehler, menschlicher Trugschlüsse. Es ist nur natürlich, daß zuerst in diesen Ursachen eine Wandlung eintreten muß und somit zuerst die Menschen einem inneren Wandel anheimgegeben werden müssen, ehe man mit einer Änderung der Lage rechnen darf.

Wirtschaft und Politik

Das ergibt sich schon bei einem Blick auf die heutige Weltlage: Wir haben eine Anzahl von Nationen, die auf Grund eines ihnen angeborenen überragenden Wertes sich eine Lebenshaltung schufen, die in keinem Verhältnis steht zu dem Lebensraum, den sie in dichten Siedelungen bewohnen. Wir haben die sogenannte weiße Rasse, die sich seit dem Zusammenbruch der Antike im Laufe von rund tausend Jahren eine Vorzugsstellung in der Welt verschafft hat. Ich kann die wirtschaftlich bevorzugte Herrenstellung der weißen Rasse der übrigen Welt gegenüber aber gar nicht verstehen, wenn ich sie nicht in engsten Zusammenhang bringe mit einer politischen Herrenauffassung, die der weißen Rasse als etwas Natürliches seit vielen Jahrhunderten eigen gewesen und von ihr nach außen hin vertreten worden ist. Greifen Sie irgendein einzelnes Gebiet heraus, nehmen Sie etwa Indien: England hat Indien nicht auf dem Wege von Recht und Gesetz erworben, sondern ohne Rücksicht auf Wünsche, Auffassungen oder Rechtskundgebungen der Eingeborenen und hat diese Herrschaft, wenn nötig, mit der brutalsten Rücksichtslosigkeit aufrechterhalten[18]. Genau so wie Cortés oder Pizarro Zentralamerika und die Nordstaaten von Südamerika einst nicht auf Grund irgendwelcher Rechtsansprüche sich aneigneten, sondern aus dem absoluten, angeborenen Herrengefühl der weißen Rasse[19]. Die Besiedelung des nordamerikanischen Kontinents ist ebensowenig aus irgendwelchen, nach demokratischer oder internationaler Auffassung höheren Rechtsansprüchen erfolgt, sondern aus

18 Zum Erwerb der britischen Kolonien in Indien vgl. Penderel Moon, The British Conquest and Dominion of India, London ^{2}1990, S. 11 ff.

19 Gemeint ist die Eroberung des Azteken-Reichs im heutigen Mexiko während der Jahre 1529-1531 durch Hernán Cortés (1485-1547) und die Eroberung des Inka-Reichs in Südamerika durch Francisco Pizarro (1478-1541) während der Jahre 1531-1537.

einem Rechtsgefühl, das seine Wurzel einzig in der Überzeugung von der Überlegenheit und damit vom Recht der weißen Rasse besaß[20]. Wenn ich mir diese Geistesverfassung wegdenke, die im Laufe der letzten drei, vier Jahrhunderte der weißen Rasse die Welt erobert hat, dann würde tatsächlich das Schicksal dieser Rasse nicht anders sein als etwa das Schicksal der Chinesen: eine maßlos zusammengepreßte Menschenmasse auf außerordentlich beengtem Boden, eine Überbesiedelung mit all ihren zwangsläufigen Folgen[21]. Wenn das Schicksal die weiße Rasse einen anderen Weg gehen ließ, dann nur deshalb, weil diese weiße Rasse überzeugt war, ein Recht zu besitzen, die übrige Welt zu organisieren. Ganz gleichgültig, wie sich im einzelnen dieses Recht nach außen vertarnte [*sic!*] - in der Praxis war es die Ausübung eines außerordentlich brutalen Herrenrechtes. Aus dieser politischen Auffassung heraus erwuchs der Boden für die wirtschaftliche Besitzergreifung der anderen Welt.

Ein berühmter Engländer schrieb einmal, das Charakteristische der englischen Politik sei diese wunderbare Vermählung von wirtschaftlichen Erwerbungen mit politischer Machtbefestigung, und umgekehrt der politischen Machterweiterung mit sofortiger wirtschaftlicher Inbesitznahme[22]. Ein Zusammenspiel, das in dem Moment undenkbar ist, in dem einer der beiden Faktoren fehlt. Ich weiß allerdings, daß die Auffassung besteht, man könne auch wirtschaftlich die Welt erobern. Das aber ist einer der größten und grimmigsten Trugschlüsse, die es gibt. Lassen Sie den Engländer seinen Kampf um Indien nur mehr wirtschaftlich führen, lassen Sie England endgültig Verzicht leisten auf die Gesinnung, die ihm einst Indien gebracht hat, auf eine Gesinnung, die ihm in den vielen Aufständen und den langen blutigen Kämpfen um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts Indien bewahrt hat, und Sie werden sehen: Die englischen Fabriken behalten Indien nicht - sie werden stillstehen, weil der alte Geist Englands, der Geist, der einst die Voraussetzung für diese Fabriken geschaffen hat, verlorenging!

Herrensinn in Wirtschaft und Politik

Wir stehen heute vor einer Weltlage, die für die weiße Rasse überhaupt nur dann verständlich ist, wenn man die Vermählung von Herrensinn im politischen Wollen und Herrensinn in der wirtschaftlichen Betätigung als unbedingt anerkennt, eine wunderbare Übereinstimmung, die dem ganzen vergangenen Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt hat und unter deren Folgen die weißen Völker zum Teil eine bemerkenswerte Entwicklung genommen haben: Statt sich raummäßig zu erweitern, statt Menschen zu exportieren, haben sie Waren exportiert, haben ein wirtschaftliches Weltsystem aufgebaut, das seinen charakteristischen Ausdruck darin findet, daß - unter Voraussetzung verschiedener Lebensstandarde [*sic!*] auf der Erde - in Europa und in der neuesten Zeit auch in Amerika gigantische Welt-Zentralfabriken und in der übrigen

20 Zu den Ursachen und Motiven der im 17. Jahrhundert beginnenden systematischen Besiedelung Nordamerikas durch europäische Siedler vgl. Richard Middleton, Colonial America. A History, 1607-1760, Cambridge, Mass., 1992.

21 1930 wurde die in China lebende Bevölkerung auf etwa 474.000.000 Menschen geschätzt, was einer *durchschnittlichen* Verteilung von 42,78 Menschen pro km^2 entsprochen hätte. Zum Vergleich: Die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich betrug damals 134,24, in Frankreich 75,93, in Großbritannien 139,97, in den USA 15,66 und in Japan 135,22 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 1 * ff.

22 Nicht ermittelt.

Welt riesige Absatzmärkte und Rohstoffquellen bestehen. Die weiße Rasse kann aber ihre Stellung nur dann praktisch aufrechterhalten, wenn die Verschiedenartigkeit des Lebensstandards in der Welt aufrechterhalten bleibt. Geben Sie heute unseren sogenannten Absatzmärkten den gleichen Lebensstandard, wie wir ihn haben, und Sie werden erleben, daß die, nicht nur in der politischen Macht der Nation, sondern auch in der wirtschaftlichen Stellung des einzelnen sich ausdrückende, Vormachtstellung der weißen Rasse nicht mehr gehalten werden kann.

Die verschiedenen Nationen haben sich nun - entsprechend ihrer inneren Veranlagung - diese Vormachtstellung verschieden gesichert; vielleicht am genialsten England, das sich immer neue Märkte erschloß und sie sofort politisch verankerte, so daß es unbedingt denkbar ist, daß Großbritannien - gleichbleibende geistige Einstellung vorausgesetzt - sich ein eigenes, von der Welt mehr oder weniger unabhängiges Wirtschaftsleben aufbaut. Andere Völker haben dieses Ziel nicht erreicht, weil sie ihre geistigen Kräfte in inneren weltanschaulichen - früher religiösen - Kämpfen verzehrten. Sie haben in der großen Periode der Weltverteilung wohl im Inneren ihre Fähigkeiten entwickelt, haben auch später versucht, an dieser Weltwirtschaft Anteil zu nehmen; aber sie haben sich nicht selbst Absatzmärkte geschaffen und diese Absatzmärkte vollständig gesichert.

Als Deutschland beispielsweise dazu überging, Kolonien zu begründen[23], da war der innere Gedankengang, dieser ganz kühle, nüchterne englische Gedankengang der Kolonialgründung zum Teil schon abgelöst von mehr oder weniger romantischen Vorstellungen: deutsche Kultur der Welt zu vermitteln, deutsche Zivilisation zu verbreiten[24] - Dinge, die dem Engländer in der Kolonialzeit absolut fernlagen. Daher mußten die praktischen Ergebnisse bei uns hinter den Erwartungen zurückbleiben - abgesehen davon, daß die Objekte zum Teil die hohen, romantischen Hoffnungen gar nicht mehr erfüllen konnten.

Heute ist die Weltlage kurz folgende: Deutschland, England, Frankreich[, *die Nationen der ?*] weißen Rasse[, *haben ?*] sich langsam ziffernmäßig so vermehrt[25], daß eine Erhaltung der gigantischen Volkszahlen nur dann garantiert erscheint, wenn die wirtschaftlichen Absatz-

23 Aufgrund privater Initiativen war 1884 Südwestafrika zum ersten deutschen Schutzgebiet erklärt worden, es folgten im selben Jahr das Gebiet am Kamerun und das Togogebiet sowie 1885 Ostafrika. 1885 wurden außerdem die im Jahr zuvor erworbenen Gebiete Bismarck-Archipel und Kaiser-Wilhelms-Land zur Kolonie Deutsch Neuguinea vereinigt. Diese "pazifischen" Schutzgebiete des Deutschen Reichs wurden 1885 durch die Marshall-Inseln, 1886 durch die nördlichen Salomon-Inseln und 1899 durch die von Spanien erworbenen Karolinen, Marianen und die Palau-Inseln erweitert; im selben Jahr wurde auch West-Samoa „unter deutschen Schutz" gestellt. 1897 verpachtete schließlich China die Halbinsel Kiautschou für 99 Jahre an das Deutsche Reich. Vgl. Horst Gründer, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 1985.

24 Zu den religiös-zivilisatorischen Motiven der deutschen Koloniengründungen vgl. Klaus J. Bade (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

25 Bevölkerungswachstum seit 1800 (in Tausend):

	1800/16	1870	1900	1930
Deutsches Reich	24.831	41.059	56.367	65.287
Frankreich	27.349	36.103	38.962	41.835
Großbritannien	15.717	33.113	41.459	46.035

Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 11*. Die Zahlen beruhen zum Teil auf Schätzungen und berücksichtigen - mit Ausnahme des Deutschen Reichs - die jeweiligen Gebietsveränderungen.

möglichkeiten in der Welt gewährleistet sind. Es ist also so, daß eigentlich ein Teil der Welt unbedingt von der Aufrechterhaltung eines Zustandes abhängig ist, den wir Deutsche als Demokraten und internationale Völkerbundsmenschen[26] geistig längst abgelehnt haben. Das Ergebnis liegt auf der Hand: Die Konkurrenz zwang die europäischen Völker zu einer immer steigenden Verbesserung der Produktion, und die steigende Verbesserung der Produktion führte zu einem dauernden Einsparen von Menschen. Solange eine immer neu folgende Erschließung neuer Weltabsatzmärkte damit Schritt hielt, konnten die in der Produktion der Landwirtschaft und später des Handwerks eingesparten Menschen ohne weiteres immer wieder in neue Produktionen überführt werden, so daß wir das Charakteristische des vergangenen Jahrhunderts darin sehen, daß erst aus der Landwirtschaft Menschen eingespart werden und in das Handwerk kommen, später im Handwerk selbst durch die Rationalisierung der Produktionsmethoden immer mehr Menschen der Einsparung verfallen und ihrerseits wieder neue Lebensmöglichkeiten in einer Erweiterung der Produktionszweige finden. Aber dieser Prozeß war nur so lange denkbar, solange eine dauernd steigende Abnahmemöglichkeit geschaffen wurde, eine Abnahmemöglichkeit, die so groß wie die Steigerung der Produktion sein mußte.

Weltwirtschaftswende

Heute ist die Weltlage kurz folgende: Deutschland, England, Frankreich, und außerdem - aus nicht *zwingenden* Gründen - die amerikanische Union und eine ganze Reihe von Kleinstaaten sind Industrienationen, angewiesen auf Export[27]. Nach Beendigung des Krieges haben alle diese Völker einen von Gebrauchsartikeln ziemlich geleerten Weltmarkt vorgefunden. Nun stürzten sich die durch den Krieg besonders wissenschaftlich-theoretisch genialisierten [*sic!*] Industrie- und Fabrikationsmethoden[28] auf diese große Leere, begannen die Betriebe umzustellen, Kapitalien zu investieren und unter dem Zwang der investierten Kapitalien die Produktionen auf das äußerste zu steigern. Dieser Prozeß konnte zwei, drei, vier, fünf Jahre gut gehen. Er konnte weiter gut gehen, wenn entsprechend der rapiden Steigerung und Verbesserung der Produktion und ihrer Methoden neue Absatzmöglichkeiten geschaffen wurden. Eine Frage von eminentester Bedeutung, denn die Rationalisierung der Wirtschaft[29] führt, vom Beginn der Rationalisierung der Grundwirtschaft angefangen, zu einer Einsparung der menschlichen

26 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundsversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 353 ff.

27 Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung:

	1929	1931
Deutsches Reich	211 RM	149 RM
Frankreich	196 RM	118 RM
Großbritannien	325 RM	161 RM
Niederlande	432 RM	279 RM
Schweden	334 RM	194 RM
Schweiz	414 RM	267 RM
USA	178 RM	81 RM

Arbeitskraft, eine Einsparung, die nur dann nützlich ist, wenn die eingesparten Kräfte ohne weiteres wieder in neue Wirtschaftszweige überführt werden können. Wir sehen aber, daß seit dem Weltkriege eine wesentliche Erweiterung der Absatzmärkte nicht mehr stattfand; im Gegenteil: daß sie dadurch relativ zusammenschrumpften, daß die Zahl der exportierenden Nationen sich langsam steigerte und daß eine Unzahl früherer Absatzmärkte selbst industrialisiert wurden, daß endlich ein neuer Großexporteur: die amerikanische Union - die vielleicht heute noch nicht allgewaltig auf allen Gebieten in Erscheinung tritt, aber wohl auf einzelnen mit Produktionsvorteilen rechnen kann, die wir in Europa nun einmal nicht besitzen und nicht besitzen können.

Die Drohung des Bolschewismus

Wir sehen als letzte folgenschwerste Erscheinung die Tatsache, daß parallel der langsamen Verwirrung des europäischen weißen Denkens eine Weltanschauung in einem Teil Europas und einem großen Teil Asiens Platz gegriffen hat, die droht, diesen Kontinent aus dem Gefüge der internationalen, wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt herauszubrechen - eine Erscheinung, über die deutsche Staatsmänner heute noch mit einer staunenswerten Leichtigkeit hinweggehen. Wenn ich beispielsweise eine Rede höre, in der man betont: "Nötig ist, daß das deutsche Volk zusammensteht[30]!" - dann muß ich fragen: Glaubt man denn tatsächlich, daß dieses Zusammenstehen heute nur mehr eine Frage des politischen guten Wollens ist? Sieht man denn nicht, daß sich in uns bereits ein Riß aufgetan hat, ein Riß, der nicht etwa in einigen Köpfen spukt, sondern dessen geistiger Exponent heute die Grundlage einer der größten Weltmächte bildet? Daß der Bolschewismus nicht nur eine in Deutschland auf einigen Straßen herumtobende Rotte ist, sondern eine Weltauffassung, die im Begriffe steht, sich den ganzen asia-

Außenhandel in Millionen RM:

	1929	1931
Deutsches Reich	13.446,8	6.727,1
Frankreich	9.576,1	6.966,3
Großbritannien	22.662,4	15.218,9
Niederlande	4.642,1	3.206,7
Schweden	2.005	1.517,2
Schweiz	2.163,8	1.806,2
USA	18.477,3	8.798

Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 94* ff., 100*.

28 Zum technischen Innovationsschub des Ersten Weltkriegs vgl. die Übersicht von Max Schwarte (Hrsg.), Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920.

29 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

30 Möglicherweise eine Anspielung auf Brünings Rede vom 8.12.1931, mit der er die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten gerechtfertigt hatte. Dabei hatte der Reichskanzler u. a. ausgeführt: "Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiversuchen entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt, den innenpolitischen Meinungsstreit zurücktreten, ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht." Vgl. Vossische Zeitung vom 9.12.1931 (MA), "Brüning nimmt den Kampf auf" und "Die Rundfunkrede des Kanzlers".

tischen Kontinent zu unterwerfen[31], und die heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok reicht?!

Es wird bei uns so dargestellt, als ob es sich hier bloß um rein geistige Probleme einzelner Phantasten oder einzelner Übelwollender handelte. Nein, eine Weltanschauung hat sich einen Staat erobert, und von ihm ausgehend wird sie die ganze Welt langsam erschüttern und zum Einsturz bringen. Der Bolschewismus wird, wenn sein Weg nicht unterbrochen wird, die Welt genauso einer vollständigen Umwandlung aussetzen wie einst das Christentum. In 300 Jahren wird man nicht mehr sagen: Es handelt sich hier um eine neue Produktionsidee. In 300 Jahren wird man vielleicht schon wissen, daß es sich fast um eine neue, wenn auch auf anderer Basis aufgebaute Religion handelt! In 300 Jahren wird man, wenn diese Bewegung sich weiterentwickelt, in Lenin[32] nicht nur einen Revolutionär des Jahres 1917 sehen, sondern den Begründer einer neuen Weltlehre, mit einer Verehrung vielleicht wie Buddha. Es ist nicht so, daß diese gigantische Erscheinung etwa aus der heutigen Welt weggedacht werden könnte. Sie ist eine Realität und muß zwangsläufig eine der Voraussetzungen zu unserem Bestand als weiße Rasse zerstören und beseitigen. Wir sehen die Etappen dieses Prozesses: erst Senkung des Kulturniveaus und damit der Aufnahmefähigkeit, Senkung des gesamten Menschenniveaus und damit Abbruch aller Beziehungen zu anderen Nationen, dann Aufbau einer eigenen Produktion, und zwar mit Hilfe der Krücken der kapitalistischen Wirtschaft[33]. Als letztes Stadium dann eigene Produktion[34] unter vollständiger Ausschaltung der anderen Länder, die selbstverständlich eines Tages in den angrenzenden Gebieten auch den schwersten wirtschaftlichen Konkurrenten bekommen werden.

Ich weiß ganz genau, daß Herren des Reichswehrministeriums und Herren der deutschen Industrie mir entgegnen werden[35]: Wir glauben nicht, daß sich die Sowjets jemals eine wirk-

---

31 Zur sowjetischen Außenpolitik in Asien vgl. Peter Sturm, Die Sowjetunion und ihre asiatischen Nachbarn in der Zwischenkriegszeit - das Problem "Großbritannien". In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 1-32.

32 Wladimir Iljitsch Lenin (eigentlich: Uljanow, 1870-1924), Rechtsanwalt, seit 1897 Verbannung, seit 1900 Exil, seit 1903 Führer des radikalen Flügels der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki), 1917 Rückkehr aus dem Exil, Organisator des Juli-Aufstands und der Oktober-Revolution, 1917-1924 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, 1919 Begründer der III. Internationale.

33 Die Werbung ausländischer Investoren war Teil der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik, mit der die sowjetrussische Führung seit 1921 das wirtschaftliche Desaster zu bewältigen suchte, das Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus hinterlassen hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Christine A. White, British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

34 Die sowjetischen Führung versuchte seit Mitte der 20er Jahre längerfristige Perspektiven einer wirtschaftlichen Planung zu entwickeln. Im April 1929 wurde ein entsprechender Entwurf der Staatlichen Generalplankommission als 1. Fünfjahresplan für den Zeitraum 1928-1933 verabschiedet. Sein Schwerpunkt lag auf der Produktionsgüterindustrie, insgesamt sollte die Industrieproduktion um 230% erhöht werden. Trotz deutlicher Zuwächse erreichte dieser erste Versuch einer koordinierten wirtschaftlichen Lenkung nicht die vorhergesehenen Ziele, ganz davon abgesehen, daß das industrielle Wachstum mit einem reduzierten Lebensstandard, gesunkenen Reallöhnen sowie sekundär mit gravierenden Einbußen der landwirtschaftlichen Produktivität erkauft werden mußte. Vgl. Alec Nove, An Economic History of the U.S.S.R., London 1970, S. 136 ff.

35 Bei verschiedenen deutschen Industriellen, aber auch hohen Vertretern von Reichswehr und Diplomatie besaß die vielfältige Kooperation zwischen Deutschland und der Sowjetunion teilweise großen Rückhalt. Vgl. Müller, Tor zur Weltmacht. Zur wirtschaftlichen Bedeutung der sog. "Russengeschäfte" vgl. ferner Dok. 4, Anm. 17.

lich konkurrenzfähige Industrie werden aufbauen können. Meine Herren, sie würden sie nie aus nur russischen, bolschewistischen Nationalelementen aufbauen können. Aber diese Industrie wird aus Wertelementen [*sic!*] der weißen Völker selbst aufgebaut. Es ist unsinnig, zu sagen: Es ist nicht möglich, in Rußland durch Kräfte anderer Völker eine Industrie aufzubauen - es war auch einst möglich, eine Industrie in Böhmen durch Deutsche auszurüsten[36]. Und darüber hinaus: Das alte Rußland befand sich bereits im Besitze einer gewissen Industrie[37].

Wenn man weiter erklärt: Die Produktionsmethoden werden nie mit uns irgendwie gleichen Schritt halten können, dann vergessen Sie nicht, daß der Lebensstandard reichlich ausgleichen wird, was auf der anderen Seite durch die Produktionsmethode vielleicht bei uns an Vorsprung besteht. (Sehr richtig!)

Wir werden jedenfalls folgendes erleben: Der Bolschewismus wird sich - bei einem weiteren Gleichbleiben des europäischen und amerikanischen Denkens - langsam über Asien ausbreiten. 30 und 50 Jahre spielen dabei, da es sich um Weltanschauungen handelt, gar keine Rolle. 300 Jahre nach Christus hat das Christentum erst langsam begonnen, den ganzen Süden Europas zu durchsetzen, und 700 Jahre später hat es auch den Norden Europas erfaßt. Weltanschauungen so grundsätzlicher Natur können noch fünfhundert Jahre später ihre absolute Eroberungsfähigkeit bekunden, wenn sie nicht bei Beginn durch den natürlichen Selbsterhaltungstrieb anderer Völker gebrochen werden. Wenn aber dieser Prozeß auch nur 30, 40 oder 50 Jahre so weiter dauert und unsere Geistesverfassung bleibt, dann, meine Herren, wird man nicht sagen können: Was geht das unsere Wirtschaft an?!

Mensch und Maschine

Meine Herren, die Entwicklung liegt auf der Hand. Die Not ist sehr groß. Sie zwingt zu Einsparungen auf allen Gebieten. Das natürlichste Einsparen erfolgt dabei immer wieder an der menschlichen Arbeitskraft. Die Industrien werden sich gezwungenerweise immer mehr und mehr rationalisieren, d. h. Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit bei Senkung ihrer Arbeiterzahlen. Wenn aber diese Menschen nicht mehr in neu erschlossenen Berufszweigen, neu erschlossenen Industrien untergebracht werden können, dann heißt das, daß langsam drei Volkskonten angelegt werden müssen: das eine heißt Landwirtschaft. Von diesem Grundvolkskonto [*sic!*] hat man einst die Menschen für das zweite Konto eingespart. Dieses zweite Konto war

36 Durch die Industrialisierung entwickelte sich Böhmen während des 19. Jahrhunderts zu einem der leistungsfähigsten und modernsten Wirtschaftszentren Österreich-Ungarns. "Ethnische Anteile" lassen sich in den verschiedenen Industriezweigen nur ungefähr feststellen. Die Tschechen führten in der Nahrungsmittelindustrie, im Maschinenbau, speziell bei Landwirtschaftsmaschinen, in der Ziegel- und Keramikindustrie, ferner in der Lederwaren- und Möbelherstellung sowie im graphischen Gewerbe. In der Schwerindustrie hielten sich Tschechen und Deutsche etwa die Waage, ebenso in der chemischen Industrie und der Zuckerindustrie. Überwiegend deutschen Charakter nach Kapital und Arbeit besaß die in Böhmen führende Textilindustrie und ihre Unterbranchen, ferner die Porzellan-, Glas-, Farben- und Lackindustrie. "Aufs Ganze gesehen sind beide Völker des böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes Träger des industriellen Fortschritts der Donaumonarchie gewesen [...]". Vgl. Friedrich Prinz, Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914. In: Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder. Hrsg. im Auftrag des Collegium Carolinum von Karl Bosl, Bd. III, Stuttgart 1968, S. 3-235, hier S. 202 ff., Zitat S. 208.

37 Zu der verzögert einsetzenden Industrialisierung Rußlands vor 1914 vgl. Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland. Hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1975, insbes. S. 188 ff.

das Handwerk und später die Industrieproduktion. Jetzt wird aus diesem zweiten Konto wieder eine Einsparung an Menschen vorgenommen, die man hinüber auf das dritte Konto: Arbeitslosigkeit schiebt. Man verbrämt damit schamhafterweise die Wirklichkeit. Die richtige Bezeichnung wäre "existenzlos" und damit eigentlich "überflüssig". Es ist das Charakteristikum unserer europäischen Nationen, daß langsam ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung statistisch als überflüssig nachgewiesen wird. Es ist nun ganz klar, daß die notwendige Erhaltung dieses dritten Kontos den beiden anderen aufgebürdet wird[38]. Das verstärkt den Steuerdruck, dessen Folge der Zwang zu einer weiteren Rationalisierung der Produktionsmethode, eine weitere Einsparung, eine weitere Steigerung des dritten Kontos sein wird.

Dazu kommt der Kampf, den heute alle europäischen Nationen um den Weltabsatzmarkt mit dem Ergebnis führen, daß dieser Kampf sich naturgemäß in den Preisen ausdrückt, etwas, was rückwirkend zu neuen Einsparungen zwingt. Das Endergebnis, das heute noch kaum vorausgesehen werden kann, wird aber jedenfalls entscheidend sein für Zukunft oder Untergang der weißen Rasse und vor allem der Völker, die in ihrer raummäßigen Begrenzung nur sehr schwer eine innere Wirtschaftsautarkie aufrichten können. Die weitere Konsequenz wird sein, daß z. B. England sich auf seinen Binnenmarkt umorganisiert und zum Schutze dessen Zollschranken aufrichtet, heute hoch und morgen noch höher, und alle anderen Völker, die es nur irgendwie können, denselben Schritt vollziehen[39].

Insofern haben alle diejenigen recht, die die trostlose Lage Deutschlands als besonders bemerkenswert für unsere heutige Not hinstellen. Zugleich aber haben sie unrecht, die Not nur im Äußeren zu suchen, denn diese Lage ist ja nicht nur das Ergebnis der äußeren Entwicklung, sondern unserer inneren geistigen - ich möchte fast sagen - Verirrung, unserer inneren Zersetzung, unseres inneren Zerfalls.

Man sage nicht, daß wir Nationalsozialisten etwa kein Verständnis für die Notwendigkeit der Heilung von momentan auftretenden Schäden besäßen. Eines aber ist gewiß: Jede Not hat irgendeine Wurzel. Es genügt daher nicht - ganz gleichgültig, meine Herren, was heute die Regierung an Notverordnungen herausgibt[40] -, daß ich an der Peripherie der Not herumdoktere und von Zeit zu Zeit versuche, die Krebsgeschwulst zu beschneiden, sondern ich muß an den

38 Zu den finanziellen Folgen der Massenarbeitslosigkeit vgl. Dok. 4, Anm. 15.

39 Durch die seit 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise begann der Welthandel zunehmend in Subsysteme zu zerfallen. Als die USA den Hawley-Smoot-Zolltarif im Juni 1930 einführten, reagierten viele Staaten ebenfalls mit Zollerhöhungen. Weitere Tendenzen der internationalen Handels- und Finanzpolitik wie Kontingentierung des Imports, Devisenbewirtschaftung oder bilaterale Handelsverträge hatten zur Folge, daß sich der Welthandel weiter entliberalisierte und sich die Weltwirtschaft zunehmend an nationalen, nicht aber an marktwirtschaftlichen Aspekten orientierte. Vgl. Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984, S. 145 ff.

40 Das Kabinett Brüning war im März 1930 ohne Rücksicht auf die im Reichstag bestehenden Mehrheitsverhältnisse gebildet worden, so daß seine Politik letzten Endes auf die Verordnungsermächtigung des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung angewiesen war. Bei dieser Konstellation blieben Konflikte mit dem Reichstag nicht aus, der jedoch seit der Reichstagswahl vom 14.9.1930 mit der Drohung einer weiteren Reichstagsauflösung in Schach gehalten wurde. Betrug die Zahl der Reichstagssitzungen 1930 noch 94, so gingen sie 1931 auf 41 und 1932 schließlich auf ganze 13 zurück. Wurden 1930 vom Reichstag noch 98 Gesetze verabschiedet, so waren es 1931 34 und 1932 nur noch 5 Gesetze, während die Zahl der als Notverordnungen erlassenen Gesetze von fünf im Jahr 1930 auf 44 (1931) und schließlich auf 59 im Jahr 1932 stieg. Vgl. Boldt, Artikel 48, S. 288 ff.

Erreger, an die Ursache herankommen. Es ist dabei relativ belanglos, ob diese erregende Ursache heute oder morgen schon gefunden oder beseitigt wird, sondern wesentlich ist, daß ohne ihre Beseitigung keine Heilung erfolgen kann. Es ist falsch, heute ein Programm auf 20 oder 30 Jahre abzulehnen, weil wir so lange nicht warten können - auch für einen Tuberkulösen ist es gleichgültig, ob die ihm vom Arzt zur Heilung empfohlene Kur drei oder mehr Jahre dauert. Wesentlich ist, daß kein Mittel, das als äußeres und vielleicht rasch angewendetes, ihm momentan eine Linderung der Schmerzen verschafft, die Krankheit an sich beseitigt. Wir sehen das ja in einer geradezu klassischen Art an der Auswirkung unserer Notverordnungen. Immer wieder wird der - ich gebe zu - redliche Versuch gemacht, eine unmögliche Situation irgendwie zu bessern und ihr zu begegnen. Sie sehen, daß jeder Versuch in seiner endlichen Auswirkung gerade zum Gegenteil führt: zu einer Steigerung der Erscheinungen, die man beseitigen möchte. Dabei will ich noch ganz absehen von der, meines Erachtens, augenblicklich größten Not, einer Not, die ich nicht nur als eine bloß wirtschaftliche, sondern als eine im höchsten Sinne des Wortes völkische bezeichnen möchte:

die Arbeitslosigkeit.

Man sieht immer nur 6 oder 7 Millionen Menschen[41], die nicht im Produktionsprozeß stehen, und bedauert nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus den dadurch bedingten Produktionsausfall.

Meine Herren, man sieht aber nicht die geistigen, moralischen und seelischen Ergebnisse dieser Tatsache vor sich. Glaubt man denn wirklich, daß auch nur 10, 20 oder 30 Jahre ein derartiger Prozentsatz der nationalen Kraft brachliegen kann, ohne daß dieses Brachliegen auch eine geistige Wirkung ausüben, eine seelische Umstellung zur Folgen haben muß? Und glaubt man, daß das für die Zukunft belanglos bleibt?

Meine Herren, wir haben doch selbst erlebt, daß Deutschland durch eine geistige Verirrung, deren Folgeerscheinungen Sie heute praktisch überall spüren, den Krieg verlor. Glauben Sie, wenn 7 oder 8 Millionen Menschen erst zehn oder zwanzig Jahre aus dem nationalen Produktionsprozeß ausgeschaltet sind, daß für diese Menschenmassen der Bolschewismus noch etwas anderes sein könnte, als die logische weltanschauliche Ergänzung ihrer tatsächlichen praktischen wirtschaftlichen Situation? Glauben Sie wirklich, daß man die rein geistige Seite dieser Katastrophe übersehen kann, ohne daß sie sich eines Tages als böser Fluch der bösen Tat[42] auch in die Wirklichkeit umsetzt?

Wirtschaft und politische Macht

Wenn die deutsche Not auf dem Wege von Notverordnungen zu beheben wäre, dann wären all die großen Gesetzgeber vergangener Jahrtausende Stümper gewesen, die in ähnlichen Verhältnissen versuchten den Volkskörper zu regenerieren, um mit Hilfe dieser neu geschaffenen Kraftquelle neue und heilsame Entschlüsse durchführen zu können. Es ist gänzlich belanglos, was die augenblickliche deutsche Regierung will, wie es auch belanglos ist, was die deutsche Wirtschaft will oder wünscht. Es ist wesentlich, einzusehen, daß wir uns augenblicklich wie-

41 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

42 Nach Friedrich von Schiller (1759-1805), *Die Piccolomini*, 5. Akt, 1. Szene: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."

der in einem Zustande befinden, wie er schon einige Male in der Welt bestand: Schon einige Male war der Umfang bestimmter Produktionen in der Welt über den Rahmen des Bedarfs hinausgewachsen. Heute erleben wir ein Gleiches im allergrößten Stil: Wenn alle Automobilfabriken, die es zur Zeit auf der Welt gibt, hundertprozentig beschäftigt würden und hundertprozentig arbeiten würden, dann könnte man den gesamten Kraftwagenbestand in 4 ½ oder 5 Jahren ersetzen. Wenn alle Lokomotivfabriken hundertprozentig beschäftigt würden, könnte man das gesamte Lokomotivmaterial der Welt in acht Jahren glatt erneuern. Wenn sämtliche Schienenfabriken und Walzwerke der Welt hundertprozentig beschäftigt würden, könnte man vielleicht in 10 bis 15 Jahren das gesamte Schienennetz, das die Welt besitzt, noch einmal um die Welt herumlegen. Das gilt für fast alle Industrien. Es ist eine derartige Steigerung der Produktionsfähigkeit erzielt worden, daß der augenblicklich mögliche Absatzmarkt in keinem Verhältnis mehr dazu steht. Wenn aber der Bolschewismus als Weltidee den asiatischen Kontinent aus der menschlichen Wirtschaftsgemeinschaft herausbricht, dann sind auch nicht annähernd mehr die Voraussetzungen zur Beschäftigung dieser gigantisch entwickelten Industrien vorhanden. Dann befinden wir uns industriell ungefähr in dem gleichen Stadium, in dem sich die Welt auf anderen Gebieten schon einige Male befunden hat. Schon einige Male war z. B. auf der Welt der Tonnageraum der Seeschiffahrt viel größer als die zu verfrachtende Warenmenge. Schon einige Male sind damit bestimmte Wirtschaftsgruppen schweren Krisen ausgeliefert worden. Wenn Sie die Geschichte nachlesen und die Wege studieren, die hier zur Abhilfe gewählt worden sind, dann werden Sie zusammengefaßt immer eines finden: Man paßte nicht die Warenmenge der Tonnage an, sondern die Tonnage wurde der Warenmenge angepaßt - und zwar nicht durch freiwillige wirtschaftliche Entschlüsse von Reedereien, sondern durch politische Machtentscheidungen. Wenn mir ein Politiker oder Wirtschaftler entgegenhält: Das war allerdings einst der Fall zwischen Rom und Karthago[43], zwischen England und Holland oder zwischen England und Frankreich[44], heute aber entscheidet die Wirtschaft, so kann ich nur entgegnen: Das ist nicht der Geist, der einst der weißen Rasse die Welt, der auch uns Deutschen den Weg in die Weltwirtschaft öffnete. Denn nicht die deutsche Wirtschaft eroberte die Welt und dann kam die deutsche Machtentwicklung, sondern auch bei uns hat erst der Machtstaat der Wirtschaft die allgemeinen Voraussetzungen für die spätere Blüte geschaffen. (Sehr richtig!) Es heißt in meinen Augen das Pferd von rückwärts aufzäumen, wenn man heute glaubt, mit wirtschaftlicher Methodik etwa die Machtstellung Deutschlands wieder zurückgewinnen zu können, statt einzusehen, daß die Machtposition die Voraussetzung auch für die Hebung der wirtschaftlichen Situation ist. Das bedeutet nicht, daß man nicht heute oder morgen versuchen soll, der Krankheit, die unsere Wirtschaft erfaßt hat, entgegenzutreten, auch wenn man den Krankheits-Herd nicht gleich treffen kann. Aber es heißt, daß jede solche äußere Lösung am Kern des Problems vorbeigeht, daß es nur eine grundsätzliche Lösung gibt.

43 Gemeint ist die langandauernde Auseinandersetzung zwischen Rom und Karthago in den drei Punischen Kriegen (264-241 v. Chr., 218-201 v. Chr., 149-146 v. Chr.), die im Jahr 146 v. Chr. schließlich mit der völligen Zerstörung Karthagos, der Versklavung seiner Einwohner und der Gründung der römischen Provinz Africa endete.

44 Gemeint sind die Kriege gegen die Niederlande 1652-1654, 1665-1667 und 1672-1674 sowie die mehrfachen Auseinandersetzungen mit Frankreich im Zeitraum zwischen 1701 und 1815, in denen England bzw. Großbritannien seine See- und Weltgeltung durchsetzte.

Sie beruht auf der Erkenntnis, daß zusammenbrechende Wirtschaften immer als Vorläufer den zusammenbrechenden Staat haben, und nicht umgekehrt, daß es keine blühende Wirtschaft gibt, die nicht vor sich und hinter sich den blühenden, mächtigen Staat als Schutz hat, daß es keine karthagische Wirtschaft gab ohne karthagische Flotte und keinen karthagischen Handel ohne karthagische Armee[45] und daß es selbstverständlich auch in der Neuzeit - wenn es hart auf hart geht und die Interessen der Völker aufeinanderprallen - keine Wirtschaft geben kann, ohne daß hinter dieser Wirtschaft der absolut schlagkräftige, entschlossene politische Wille der Nation steht.

Ich möchte hier dagegen Verwahrung einlegen, daß diese Tatsachen einfach mit der Behauptung abgetan werden: der Friedensvertrag von Versailles sei "nach fast allgemeiner Auffassung" die Ursache unseres Unglücks. Nein, durchaus nicht, "nach fast allgemeiner", sondern nur nach Auffassung derjenigen, die mitschuldig sind an seiner Abschließung. (Beifall.)

Der Friedensvertrag von Versailles ist selbst nur die Folgeerscheinung unserer langsamen inneren geistigen Verwirrung und Verirrung. Wir befinden uns nun einmal in einem Zeitalter, in dem die Welt außerordentlich schweren und sie durchrüttelnden geistigen Kämpfen entgegengeht. Ich kann um diese Kämpfe nicht herumkommen, indem ich mit Bedauern einfach die Achseln zucke und - ohne mir die Ursachen klarzumachen - sage: "Einigkeit tut not!" Diese Kämpfe sind keine Erscheinungen, die etwa nur in dem bösen Willen von ein paar Menschen begründet sind, sondern es sind Erscheinungen, die letzten Endes ihre tiefste Wurzel sogar in Rassetatsächlichkeiten [*sic!*] besitzen.

Forderung einer Regeneration des Volkskörpers

Wenn sich heute in Rußland der Bolschewismus ausbreitet, dann ist dieser Bolschewismus am Ende für Rußland genauso logisch, wie vorher das Zarentum logisch war. Er ist ein brutales Regiment über ein Volk, das, ohne brutal regiert zu sein, überhaupt nicht als Staat erhalten werden kann. Wenn aber diese Weltauffassung auch auf uns übergreift, dann dürfen wir nicht vergessen, daß auch unser Volk rassisch aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt ist, daß wir daher in der Parole: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch[46]!" viel mehr sehen müssen als eine nur politische Kampfparole. In Wirklichkeit ist es die Willenskundgebung von Menschen, die in ihrem Wesen tatsächlich eine gewisse Verwandtschaft mit analogen Völkern einer niedrigen Kulturstufe besitzen. Auch unser Volk und unser Staat sind einstmals nur durch die Ausübung des absoluten Herrenrechtes und Herrensinns der sogenannten nordischen Menschen aufgebaut worden, der arischen Rassebestandteile, die wir auch heute noch in unserem Volke besitzen. Damit ist es aber nur eine Frage der Regeneration des deutschen Volkskörpers nach den Gesetzen einer ehernen Logik, ob wir zu neuer politischer Kraft zurückfinden oder nicht.

---

45 Zur Interdependenz zwischen dem merkantilen Charakter der karthagischen Zivilisation und dem Aufbau eines Imperiums, das primär auf die Bewahrung der Seeherrschaft im westlichen Mittelmeer zielte, vgl. B. H. Warmington, Karthago. Aufstieg und Untergang einer antiken Weltstadt, Wiesbaden 1963, S. 36 ff.

46 Anspielung auf das 1847/48 entstandene *Manifest der Kommunistischen Partei* von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), das mit dem Aufruf schließt: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Druck: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) [9]1974, S. 459-493, hier S. 493.

Daß die innere weltanschauliche Einheit belanglos sei, kann nur ein Mensch behaupten, der als Spezialist auf irgendeinem Gebiete keinen Blick für die wirklichen, gestaltenden und lebendigen Kräfte der Nation mehr besitzt - ein Staatsmann, der aus der Amtsstube nicht mehr herauskommt[47] und in tausendstündigen Verhandlungen und Sitzungen am grünen Tisch sich mit den letzten Auswirkungen der Not beschäftigt, ohne die großen Ursachen und damit aber auch die großen Entschlüsse zu ihrer Beseitigung zu finden. Es ist ganz klar, daß ich heute ohne weiteres zu dem einen oder anderen Vorgang des öffentlichen Lebens auf dem Verordnungswege Stellung nehmen kann. Allein, prüfen Sie doch die Wirkungsmöglichkeit dieser Stellungnahme am praktischen Leben! Es gibt keine Organisation auf der Welt, die nicht als Voraussetzung eine gewisse Gemeinsamkeit der Zielsetzung besitzt. Es ist keine Organisation denkbar, bei der nicht bestimmte immer und immer wieder in Erscheinung tretende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung absolut einheitlich anerkannt, bejaht oder beantwortet werden müssen. Das gilt schon von der kleinsten Organisation, die es überhaupt gibt, von der Familie. Es kann ein Mann, es kann eine Frau noch so tüchtig sein: Wenn in ihrem beiderseitigen Bunde bestimmte notwendige Grundfragen nicht gleichmäßig bejaht werden, dann wird ihre Tüchtigkeit nicht verhindern können, daß ihr Bund zu einer Quelle ewigen Haders wird und am Ende an der inneren Disharmonie auch ihr äußeres Leben scheitert. Der Mensch kann die Kraft seiner Aktivität nur nach einer Richtung ganz entfalten und für die Gesamtheit eines Volkes ist die Hauptfrage, wohin diese Kraft geleitet wird. Wendet sie sich nach außen oder wendet sie sich nach innen? Sie muß sich nach innen wenden in dem Augenblick, in dem über gewisse Fragen nicht eine völlig einheitliche Auffassung besteht; denn sonst ist ja der einzelne Mensch schon der Feind seines Nächsten, der dann praktisch seine Umwelt ist. Für einen Verein ist es nicht gleichgültig, ob er Vereinsgrundsätze besitzt und anerkennt oder nicht. Nein, entscheidend bei der Beurteilung jeder menschlichen Vereinigung ist die Stärke des inneren Verhältnisses, die auf der Anerkennung gewisser leitender allgemeiner Grundsätze aufgebaut ist.

Weltanschauliche Gegensätze

Im Völkerleben ist die Stärke nach außen durch die Stärke der inneren Organisation bedingt, die Stärke der inneren Organisation aber ist abhängig von der Festigkeit gemeinsamer Anschauungen über gewisse grundsätzliche Fragen. Was nützt es, wenn eine Regierung einen Erlaß zur Rettung der Wirtschaft herausgibt[48], die Nation aber als lebendiges Objekt zur Wirtschaft selbst zwei vollständig verschiedene Einstellungen hat? Ein Teil sagt: "Voraussetzung zur Wirtschaft ist das Privateigentum"; der andere Teil behauptet: "Privateigentum ist Diebstahl[49]."

47 In der zeitgenössischen Publizistik wurde Reichskanzler Brüning immer wieder vorgeworfen, er habe den Kontakt zum Volk verloren und konsultiere bei seinen politischen Entscheidungen nur noch kleine Gruppen von Politikern, Ministerialbeamten und wirtschaftlichen Spezialisten. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 711.

48 Anspielung auf die (Erste) und Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930, bzw. vom 5.6.1931, die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung von politischen Ausschreitungen vom 6.10.1931 sowie die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931. Druck: RGBl. 1930, I, S. 517 ff.; 1931, I, S. 279 ff., 537 ff., S. 699 ff.

49 Für SPD und USPD war die Sozialisierung der Wirtschaft eine zentrale Forderung, so daß der Rat der Volksbeauftragten am 4.12.1918 eine Sozialisierungskommission einsetzte. Die widerstreitenden Interessen von

50 Prozent bekennen sich zur einen Grundauffassung, 50 Prozent zur anderen. Sie können mir vorhalten, daß diese Anschauungen reine Theorie bedeuten - nein, diese Theorie ist notwendigerweise die Basis für die Praxis. War diese Auffassung etwa nur eine Theorie, als aus ihr heraus im November 1918 die Revolution ausbrach und Deutschland zerschlug? War das eine vollständig belanglose und vor allem die Wirtschaft nicht interessierende Theorie? Nein, meine Herren! Ich glaube, solche Auffassungen müssen, wenn sie nicht geklärt werden, zur Zerreißung eines Volkskörpers führen; denn sie bleiben eben nicht Theorie. Die Regierung sagt: "Das vaterländische Denken..." - was heißt "vaterländisches Denken"? Fragen Sie die deutsche Nation! Ein Teil bekennt sich dazu, der andere erklärt: "Vaterland ist eine dumme Bourgeois-Überlieferung, weiter gar nichts." Die Regierung sagt: "Der Staat muß gerettet werden." Der Staat? 50 Prozent sehen im Staat eine Notwendigkeit, aber 50 Prozent haben überhaupt nur den Wunsch, den Staat zu zertrümmern, sie fühlen sich bewußt als Vorposten nicht nur einer fremden Staatsgesinnung und Staatsauffassung, sondern auch eines fremden Staatswillens. Ich kann nicht sagen, daß dies nur theoretischer Natur sei. Es ist nicht theoretisch, wenn in einem Volk nur höchstens 50 Prozent bereit sind, für die symbolischen Farben, wenn notwendig, zu kämpfen, während 50 Prozent eine andere Fahne aufgezogen haben, die nicht in ihrer Nation, nicht in ihrem Staat, sondern die außerhalb des eigenen Staates schon die staatliche Repräsentation besitzt.

"Die Regierung wird versuchen, die Moral des deutschen Volkes zu bessern." Welche Moral, meine Herren? Auch die Moral muß eine Wurzel haben. Was Ihnen moralisch erscheint, erscheint anderen unmoralisch, und was Ihnen unmoralisch vorkommt, ist für andere eine neue Moral. Der Staat sagt z. B.: "Der Dieb muß bestraft werden." Zahllose Angehörige der Nation aber entgegnen: "Man muß den Besitzer bestrafen, denn der Besitz an sich ist schon Diebstahl." Der Dieb wird eher noch glorifiziert. Die eine Hälfte der Nation sagt: "Der Landesverräter muß bestraft werden", aber die andere Hälfte meint: "Landesverrat ist eine Pflicht." Die eine Hälfte sagt: "Die Nation muß mit Mut verteidigt werden", und die andere Hälfte hält Mut für eine Idiotie. Die eine Hälfte sagt: "Die Basis unserer Moral ist das religiöse Leben", und die andere Hälfte höhnt: "Der Begriff Gott existiert nicht in Wirklichkeit, Religionen sind bloß Opium für das Volk[50]."

Glauben Sie nur nicht, daß, wenn ein Volk von diesen weltanschaulichen Kämpfen einmal erfaßt ist, man einfach auf dem Notverordnungswege um sie herumkommt, daß man sich ein-

USPD, SPD und Gewerkschaften, ihre geringen praktischen Erfahrungen im Wirtschaftsmanagement, die akute materielle Notlage und das negative sowjetrussische Beispiel sorgten jedoch dafür, daß eine Verstaatlichung der Wirtschaft nicht ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Gleichwohl gab die SPD diesen Gedanken nicht auf; das am 14.9.1925 beschlossene Heidelberger Programm der SPD forderte z. B. eine "Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts" sowie die Verstaatlichung von "Grund und Boden, Bodenschätzen und natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen". Vgl. Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, S. 141 ff. Druck des Heidelberger Programms: Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von Wilhelm Mommsen, München [2]1960, S. 461 ff.

50 Anspielung auf die 1844 entstandene Abhandlung von Karl Marx *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*. Dort heißt es: "Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks." Druck: Marx, Engels, Werke, Bd. 1, S. 378-391, hier S. 378.

bilden kann, dazu keine Stellung nehmen zu brauchen, weil es sich um Dinge handle, die weder die Wirtschaft, noch das Verwaltungsleben, noch das kulturelle Leben berührten! Meine Herren, diese Kämpfe treffen die Kraft und Stärke der Gesamtnation! Wie soll ein Volk überhaupt noch einen Faktor nach außen darstellen, wenn 50 Prozent am Ende bolschewistisch orientiert sind und 50 Prozent nationalistisch oder antibolschewistisch[51]? Es ist denkbar, Deutschland als bolschewistischen Staat aufzurichten - es wird eine Katastrophe sein - aber es ist denkbar. Es ist auch denkbar, Deutschland als nationalen Staat aufzubauen. Aber es ist undenkbar, ein starkes und gesundes Deutschland zu schaffen, wenn 50 Prozent seiner Angehörigen bolschewistisch und 50 Prozent national orientiert sind! (Sehr richtig!) Um die Lösung dieser Frage kommen wir nicht herum! (Lebhafter Beifall!)

Der Prozeß des inneren Zerfalles

Wenn die heutige Regierung erklärt: "Wir sind doch fleißig, wir arbeiten, diese letzte Notverordnung hat soundsoviel hundert Stunden Sitzungen bedeutet" (Heiterkeit), so bezweifle ich das nicht[52]. Aber die Nation wird dadurch um keinen Grad härter oder fester, der Prozeß des inneren Zerfalls schreitet unentwegt weiter fort. Wohin dieser Weg aber endlich führt, das können Sie wieder nur durch eine ganz große Überlegung feststellen: Deutschland hatte einst - als erste Voraussetzung zur Organisation unseres Volkes im großen - eine weltanschauliche Basis in unserer Religion, dem Christentum. Als diese weltanschauliche Basis erschüttert wurde, sehen wir, wie die Kraft der Nation von außen sich den inneren Kämpfen zuwandte, weil die Natur den Menschen aus innerer Notwendigkeit heraus zwingt, in dem Augenblick, in dem die gemeinsame weltanschauliche Basis verlorengeht oder angegriffen wird, nach einer neuen gemeinsamen Basis zu suchen. Das sind die großen Zeiten der Bürgerkriege, der Religionskriege usw. - Kämpfe und Wirrnisse, in denen entweder eine neue weltanschauliche Plattform gefunden und darauf wieder eine Nation aufgebaut wird, die ihre Kraft nach außen wenden kann, oder in denen eben ein Volk sich spaltet und zerfällt. In Deutschland vollzog sich dieser Prozeß in geradezu klassischer Form. Die religiösen Kämpfe bedeuteten ein Zurückziehen der ganzen deutschen Kraft nach innen, ein Aufsaugen und Verbrauchen dieser Kraft im Innern und damit automatisch ein langsam sich steigerndes Nicht-mehr-Reagieren auf außenpolitische große Weltvorgänge, die nun das Volk vollständig inaktiv finden, weil es gleichzeitig innere Spannungen besitzt, die nach einem Ausgleich drängen.

Es ist falsch, zu sagen: die Weltpolitik, die Weltlage allein haben im sechzehnten Jahrhundert Deutschlands Schicksal bestimmt. Nein, unsere innere Lage hat damals mitgeholfen, das Weltbild zu gestalten, unter dem wir später so sehr gelitten haben: die Weltverteilung ohne Deutschland.

In einem zweiten, ganz grandiosen geschichtlichen Beispiel wiederholt sich dieser Vorgang: An Stelle der fehlenden religiösen Einheit - denn die beiden Konfessionen sind endlich eingefroren, keine kann mehr die andere überwinden - wird eine neue Plattform gefunden: der neue Staatsgedanke, erst legitimistischer Prägung und später langsam übergehend zum Zeit-

51 Anspielung auf den Dualismus zwischen bürgerlichem und marxistischem Lager, nach Hitlers Vorstellung eine der Hauptursachen für Deutschlands innenpolitische Schwäche.

52 Vgl. mit dem Tenor von Hitlers Brief an Brüning vom 13.12.1931. Druck: Bd. IV/2, Dok. 94.

alter des nationalen Prinzips und gefärbt von ihm. Auf dieser neuen Plattform findet Deutschland sich wieder zusammen und Stück für Stück mit dem Zusammenfügen des in den alten Wirrnissen zerfallenen Reiches[53] nimmt automatisch und dauernd die Kraft nach außen wieder zu. Diese Kraftsteigerung führt in jene Augusttage 1914[54], die mitzuerleben wir ja selbst das stolze Glück besaßen. Eine Nation, die keine inneren Differenzen zu haben scheint und die gesamte Kraft damit nach außen wendet! Und in kaum 4 ½ Jahren sehen wir den Prozeß wieder rückläufig werden. Die inneren Differenzen werden sichtbar, sie beginnen sich langsam zu vergrößern, allmählich wird die Kraft nach außen gelähmt. Der Kampf im Innern wird wieder vordringlich; endlich kommt der Zusammenbruch des November 1918. Das heißt in Wirklichkeit nichts anderes, als daß die deutsche Nation wieder ihre ganze Kraft den inneren Auseinandersetzungen zuwendet - nach außen sinkt sie in eine vollständige Lethargie und Ohnmacht zurück.

Es wäre aber ganz falsch, zu meinen, daß dieser Prozeß etwa nur in den Novembertagen 1918 sich vollzog. Nein, in eben der Zeit, in der Bismarck Deutschland machtvoll einigte, begann die weltanschauliche Zerreißung. An Stelle von Preußen, Bayern, Württembergern, Sachsen, Badenern usw. begannen nun Bürger und Proletarier zu treten. An Stelle einer vielfältigen Zerreißung, die staatspolitisch überwunden wird, beginnt eine Klassenspaltung, die im Effekt zu ganz demselben Ergebnis führt. Denn das Bemerkenswerte der früheren staatlichen Zerreißung war, daß der Bayer unter Umständen eher mit einem Nichtdeutschen ging als mit dem Preußen. Das heißt, es wurden eher Beziehungen nach außen für möglich erachtet als Beziehungen zum eigenen deutschen Volksgenossen. Genau das gleiche Resultat ergibt sich jetzt auf dem Wege der Klassenspaltung. Wieder erklärt eine Millionenmasse von Menschen feierlich, daß sie eher bereit ist, Beziehungen zu analog denkenden und analog eingestellten Menschen und Organisationen eines fremden Volkes aufzunehmen, als Beziehungen zu blutsmäßig gleich bestimmten, aber geistig anders denkenden Menschen des eigenen Volkes. Nur so ist es verständlich, daß Sie heute die rote Fahne mit Sichel und Hammer - die Fahne einer fremden Staatsmacht - über Deutschland wehen sehen können[55], daß es Millionen Menschen gibt, denen man nicht sagen kann: Auch ihr seid Deutsche - auch ihr müßt Deutschland verteidigen! Wären diese Menschen dazu bereit wie im Jahre 1914, dann müßten sie ihrer Weltanschauung entsagen; denn es ist durchaus abwegig, zu glauben, daß der Marxismus sich im Jahre 1914 doch zur Nation bekehrt hätte[56]. Nein! Der deutsche Arbeiter hat sich 1914 in intuitiver Er-

53 Kaiser Franz II. - seit 1804 als Franz I. Kaiser von Österreich - hatte am 6.8.1806 aufgrund eines Ultimatums Napoleons die Reichskrone niederlegt. Damit hatte das längst zerfallene Heilige Römische Reich Deutscher Nation formell aufgehört zu bestehen.

54 Vgl. Dok. 10, Anm. 6.

55 Nach dem Sieg der bolschewistischen Revolution in Rußland wurden Hammer und Sichel, zunächst noch ergänzt durch das Schwert, zum Staatswappen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Durch Artikel 70 der Bundesverfassung vom 31.1.1924 wurde das Symbol in das Staatswappen der UdSSR sowie in die Hoheitszeichen aller Unionsrepubliken übernommen. In Deutschland waren Hammer und Sichel seit 1919 Symbol der USPD, seit 1920 der KPD, deren rote Fahnen neben diesem Symbol noch die Initialen der Partei trugen. Vgl. Arnold Rabbow, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970, S. 123 ff.

56 Unabhängig von der Frage nach der Kriegsschuld und dem Charakter des Krieges stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 3.8.1914 in einer Fraktionssitzung mit einer Mehrheit von 78 zu 14 Stimmen für eine Bewilligung der Kriegskredite und integrierte sich damit in die von der politischen Führung propagierte Poli-

kenntnis vom Marxismus abgewendet und gegen seine Führung den Weg zur Nation gefunden. (Starker Beifall!) Der Marxismus selbst als Vorstellung und Idee kennt keine deutsche Nation, kennt keinen nationalen Staat, sondern kennt nur die Internationale!

Neue geistige Einstellung

Damit aber kann ich heute eines feststellen: ganz gleichgültig, was die Gesetzgebung unternimmt - besonders auf dem Verordnungswege und am meisten auf dem Notverordnungswege: Wenn Deutschland dieser inneren geistigen und weltanschaulichen Zerrissenheit nicht Herr wird, dann werden alle Maßnahmen der Gesetzgebung den Verfall der deutschen Nation nicht verhindern können. (Sehr richtig!) Glauben Sie doch nicht, meine Herren, daß in Zeitaltern, in denen Völker erwiesenermaßen geschichtlich zugrunde gegangen sind, die Regierungen nicht etwa auch regiert haben! In derselben Zeit, da Rom langsam zerbrach, waren die Regierungen sicherlich auch tätig. Ja, ich möchte fast sagen: Die Schnelligkeit der Gesetzgebungsmaschine scheint mir an sich fast ein Beweis für den Zerfall eines Volkskörpers zu sein. (Sehr richtig!) Man versucht nur, durch die Gesetzgebungs-Rotationsmaschine den in Wirklichkeit vorhandenen inneren Spalt und den Grad der Zerrissenheit nach außen hin zu verschleiern. Auch heute ist es nicht anders. Und glauben Sie ja nicht, daß überhaupt jemals eine Regierung zugegeben haben würde, daß ihre Arbeit nicht geeignet wäre, die Nation zu retten. Jede hat sich selbstverständlich dagegen verwahrt, daß ihre Tätigkeit nicht unbedingt notwendig sei, jede war überzeugt, daß es niemand besser machen könnte als sie. Sie werden keinen Feldherrn der Weltgeschichte finden, der, und wenn er noch so viele Schlachten auf [*sein*] Verlustkonto buchen könnte, nicht überzeugt war, daß keiner es hätte besser machen können als er. (Heiterkeit.) Wesentlich aber wird immer bleiben, daß es am Ende eben doch nicht gleichgültig ist, ob der Herzog von Braunschweig eine Armee führt oder Gneisenau[57], ob ein System nur auf dem Verordnungswege versucht, eine Nation zu retten, oder ob eine neue geistige Einstellung ein Volk innerlich belebt und von dem toten Objekt der Gesetzgebungsmaschinerie hinweg als lebendigen Faktor wieder in das Leben zurückführt. (Starker Beifall.) Es ist nicht gleichgültig, ob Sie in Zukunft in Deutschland einfach auf dem Weg einer mehr oder weniger verfassungsmäßig verbrämten Gesetzgebung den einzelnen Spitzenerscheinungen der Not zu steuern versuchen, oder ob Sie die Nation an sich wieder zur inneren Stärke zurückführen.

Und wenn mir das System[58] entgegenhält, dazu sei jetzt keine Zeit mehr - freilich, meine Herren, viel zu viel Zeit ist schon in unnützer Arbeit vertan, viel zu viel Zeit schon verloren worden. Den Regenerationsprozeß hätte man 1919 ansetzen können, und in den vergangenen elf Jahren hätte Deutschland eine andere äußere Entwicklung genommen. Denn wenn der Frie-

---

tik des Burgfriedens. In der Reichstagssitzung vom 4.8. verkündete der sozialdemokratische Abgeordnete Hugo Haase, daß die SPD die geforderten Kredite bewilligen werde; die vorgelegten Gesetzentwürfe wurden daraufhin ohne weitere Debatte einstimmig genehmigt. Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973, S. 653 ff.; Wolfgang Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, dort auch umfassende Angaben zur Stimmung der sozialdemokratischen Parteibasis. Ferner Dok. 10, Anm. 6.

57 Vgl. Dok. 12, Anm. 34.

58 Gemeint ist die in Deutschland herrschende republikanische Staatsform.

densvertrag in der Form kommen konnte, wie er uns aufgebürdet wurde, dann doch nur deshalb, weil Deutschland zum Zeitpunkt seiner Abfassung überhaupt aufgehört hatte, irgendein ins Gewicht fallender Faktor zu sein. (Sehr richtig!) Und wenn dieser Friedensvertrag in seiner Auswirkung die Formen annahm, die wir an ihm kennen und erlebten, dann auch nur, weil es in diesen ganzen Jahren ein Deutschland von irgendeinem bestimmten und fühlbaren Eigenwillen nicht gab. Wir sind daher nicht das Opfer der Verträge, sondern die Verträge sind die Folgen unserer Fehler, und ich muß, wenn ich überhaupt die Situation bessern will, erst den Wert der Nation wieder ändern. Ich muß vor allem eines erkennen: *Nicht das außenpolitische Primat kann unser inneres Handeln bestimmen, sondern die Art unseres inneren Handelns ist bestimmend für die Art unserer außenpolitischen Erfolge, ja sogar unserer Zielsetzung überhaupt.* (Sehr richtig!)

Ich greife als Beispiel zwei Vorgänge aus der Geschichte heraus: Zunächst Bismarcks Idee einer Auseinandersetzung Preußens mit dem Hause Habsburg, des Aufbaues eines neuen Reiches unter Herausdrängung von Österreich[59], eine Idee, die nie realisiert worden wäre, wenn nicht - bevor man versuchte, sie in die Tat umzusetzen - das Instrument geschaffen worden wäre, mit dem man die politische Zielsetzung praktisch verwirklichen konnte. Nicht die politische Situation hat Preußen gezwungen, eine Reorganisation seiner Armee vorzunehmen[60], sondern die von Bismarck weitschauend gegen den parlamentarischen Wahnsinn[61] durchgesetzte Reorganisation der preußischen Armee hat die politische Situation erst ermöglicht, die in Königgrätz[62] ihren Abschluß fand und in Versailles das Reich begründete[63], das, weil allmählich auf anderen Grundlagen fußend, im gleichen Saale später wieder zerschlagen und verteilt wurde.

---

59 Die außenpolitischen Überlegungen Otto von Bismarcks, seit 1851 preußischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt, orientierten sich von Anfang an maßgeblich an jenen divergierenden Interessen, die Preußen und Österreich im Deutschen Bund verfolgten. Da Bismarck eine zweite Rolle Preußens im Deutschen Bund, wie es Österreich vorschwebte, nicht akzeptieren wollte, hielt er eine Auseinandersetzung mit Österreich auf Dauer für unausweichlich. Als preußischer Ministerpräsident und Außenminister erprobte Bismarck seit 1862 zunächst die Alternative einer Kooperation mit Österreich auf der Grundlage einer Teilung Deutschlands in Interessensphären. Spätestens seit Februar 1866 lief Bismarcks Politik jedoch darauf hinaus, den Konflikt zwischen Preußen und Österreich um die Führungsrolle in Deutschland militärisch zu entscheiden. Vgl. Andreas Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, S. 25 ff.

60 Der preußische Kriegsminister Albrecht von Roon (1803-1879) hatte 1859 eine Reorganisation der preußischen Armee eingeleitet, welche die militärische Schlagkraft Preußens während der deutschen Einigungskriege möglich machte. Vgl. Manfred Messerschmidt, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, München 1979, S. 9-380, hier S. 177 ff.

61 Nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten ignorierte Bismarck zunächst den Konflikt mit dem preußischen Abgeordnetenhaus über die Heeresreform, indem er das Abgeordnetenhaus schloß und mit Hilfe der sog. Lückentheorie auf eine parlamentarische Zustimmung zum Staatshaushalt verzichtete; 1866 legalisierte er jedoch durch die sog. Indemnitätsvorlage nachträglich seine verfassungswidrige Politik. Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. ^{4}1980, S. 199 ff.

62 Anspielung auf den Deutschen Krieg zwischen Preußen und Österreich, der am 21.6.1866 begonnen hatte und nach der vernichtenden Niederlage der österreichischen Armee in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7.1866 bereits am 26.7.1866 im Vorfrieden von Nikolsburg, am 23.8.1866 im Frieden von Prag formell beendet wurde.

63 Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

Und umgekehrt: Wenn eine heutige deutsche Regierung in Anlehnung an Bismarcksche Gedankengänge versucht, den Weg von damals zu beschreiten und vielleicht als Vorläufer einer deutschen Einigungspolitik einen neuen Zollverein[64], eine Zollunion, zu gründen[65], dann ist es nicht wesentlich, daß man dieses Ziel aufstellt, sondern wesentlich ist, was man vorbereitet, um die Durchführung dieses Zieles zu ermöglichen. Ich kann nicht ein Ziel aufstellen, das, unterstützt durch die Pressekampagne der eigenen Gazetten, in der ganzen Welt als ein eminent politisches Ziel aufgefaßt wird, wenn ich mir nicht die politischen Mittel sichere, die zur Durchführung eines derartigen Planes unumgänglich notwendig sind. Und die politischen Mittel - ich kann sie heute nicht einmal mehr begrenzt sehen - liegen nur in der Reorganisation einer Armee. Denn ob Deutschland eine Armee von 100.000 Mann besitzt[66] oder von 200.000 oder 300.000, ist letzten Endes gänzlich belanglos, sondern wesentlich ist, ob Deutschland 8 Millionen Reserven besitzt, die es, ohne derselben weltanschaulichen Katastrophe entgegenzugehen wie im Jahre 1918, in die Armee überführen kann. (Sehr richtig!)

Die Willensbildung der Nation

Wesentlich ist die politische Willensbildung der gesamten Nation, sie ist der Ausgangspunkt für politische Aktionen. Ist diese Willensbildung garantiert im Sinne der Bereitwilligkeit des Einsatzes für irgendeine nationale Zielsetzung, dann kann eine Regierung, gestützt auf diese Willensbildung, auch die Wege wählen, die eines Tages zum Erfolg führen können. Ist aber diese Willensbildung nicht erfolgt, dann wird jede Macht der Welt die Aussicht eines solchen Unternehmens an der Stärke der dahinter bereitgestellten Mittel prüfen. Und man wird genau wissen, daß eine Regierung, die sich nach außen hin zu einer so großen nationalen Demonstration aufrafft, im Innern aber angewiesen ist auf die schwankenden Kräfte marxistisch-demokratisch-zentrümlerischer Parteiauffassungen, niemals fähig ist, diesen Plan wirklich bis zur letzten Konsequenz durchzufechten. (Sehr gut!) Man sage nicht: Es handelt sich hier eben um ein einmütiges Zusammenleben aller. Das einmütige Zusammenstehen aller kann nur dann erreicht werden, wenn allen eine einmütige Auffassung gemeinsam ist. Den Satz: Getrennt marschieren und vereint schlagen[67], den gibt es in einer Armee nur deshalb, weil in einer Armee

64 Unter Führung Preußens hatten sich seit 1833 die meisten Länder des Deutschen Bundes zum Deutschen Zollverein, einem zoll- und handelspolitischen Bündnis zusammengeschlossen. Österreich und einige Mittelstaaten wie Hannover oder Baden blieben dem Abkommen vorerst fern.

65 Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion war schon länger erwogen worden, seit 1930 bemühten sich der Reichsminister des Auswärtigen Julius Curtius und der österreichische Bundeskanzler Johannes Schober um seine Konkretisierung. Am 21.3.1931 gab die Reichsregierung den Plan der Zollunion offiziell bekannt, der einen einheitlichen Zolltarif und die Aufhebung sämtlicher bilateraler Einfuhr- und Ausfuhrzölle vorsah. Die Verknüpfung dieser Absichten mit den Paneuropa-Plänen des französischen Außenministers Aristide Briand konnte jedoch nicht verhindern, daß sich Frankreich der Zollunion, die mittelfristig auch auf eine Ausdehnung der deutschen Einflusses nach Südosteuropa sowie auf Polen zielte, heftig widersetzte. Nachdem auch Großbritannien, Italien und die Staaten der Kleinen Entente Widerspruch angemeldet hatten, gaben Schober und ihm folgend Curtius bis zum 3.9.1931 ihren Verzicht auf die Zollunion bekannt. Zwei Tage später erklärte der Internationale Gerichtshof im Haag, eine solche Union sei unvereinbar mit dem Genfer Protokoll vom 4.10.1922 und dem Friedensvertrag von St. Germain vom 10.9.1919. Vgl. Anne Orde, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

66 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 3, Anm. 3.

67 Als Grundsatz operativen Handelns wird der Satz "Getrennt marschieren, vereint schlagen" dem preußischen Generalstabschef, Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), zugeschrieben. Obwohl diese

mit einheitlichem Oberbefehl das getrennte Marschieren genauso befohlen wird wie das gemeinsame Schlagen, weil beides aus ein und derselben Befehlswurzel kommt. Ich kann aber nicht Armeen wildfremd nebeneinander herlaufen lassen und erwarten, daß sie dann plötzlich bei einem Signal, das ihnen eine hohe Regierung zu geben geruht, wunderbar harmonisieren [*sic!*] und eine gemeinsame Aktion einleiten. (Sehr richtig!)

Das gibt es nicht! Es ist auch deshalb ganz unmöglich, weil am Ende das Katastrophale nicht so sehr im Vorhandensein der geistigen Differenzen liegt, als vor allem in der staatlichen Konzessionierung dieser Differenzen.

Wenn man mir heute als Nationalsozialist den schwersten Vorwurf entgegenschleudern will, dann sagt man: "Sie wollen in Deutschland eine gewaltsame Entscheidung herbeiführen, und dagegen müssen wir uns wenden. Sie wollen in Deutschland eines Tages ihre politischen Gegner vernichten! Wir aber stehen auf dem Boden der Verfassung und müssen allen Parteien ihre Existenzberechtigung garantieren." Darauf kann ich nur eins erwidern: In die Praxis übersetzt heißt das: Sie haben eine Kompanie. Diese Kompanie müssen Sie vor den Feind führen. In der Kompanie herrscht freies Koalitionsrecht. (Heiterkeit.) 50 Prozent der Kompanie haben eine Koalition auf dem Boden der Vaterlandsliebe und der Verteidigung des Vaterlandes, 50 Prozent auf dem Boden pazifistischer Weltanschauung gebildet; sie lehnen den Krieg grundsätzlich ab, verlangen die Unantastbarkeit der Gewissensfreiheit, erklären sie zum höchsten und einzigen Gut, das wir heute überhaupt besitzen. (Heiterkeit.) Doch kommt es zum Kampf, so wollen alle fest zusammenstehen. (Erneute Heiterkeit.) Sollte aber ein Mann - pochend auf die Gewissensfreiheit - zum Gegner überlaufen, so käme der eigentümliche Moment, in dem Sie ihn als einen Fahnenflüchtigen arretieren und bestrafen müßten, aber vollständig vergäßen, daß Sie eigentlich gar kein Recht hätten, ihn zu bestrafen! Ein Staat, der - staatlich konzessioniert - die Auffassung verbreiten läßt, daß der Vaterlandsverrat eine Pflicht ist, der es duldet, daß große Organisationen ruhig erklären: Unsere Aufgabe wird es sein, im Kriegsfalle jede militärische Leistung glatt zu verhindern[68] - mit welchem Recht bestraft dieser Staat einen Vaterlandsverräter? Daß sich ein solcher Staat durch den Wahnsinn dieser Einstellung selbst ad absurdum führt, nur nebenbei: denn der Mensch, der sonst als Verbrecher gebrandmarkt wäre, wird nunmehr für die Hälfte der Nation ein Märtyrer sein. Warum? Weil der gleiche Staat, der auf der einen Seite die Theorie des Landesverrats zu einer ethischen und moralischen erklärt und sie beschützt[69], auf der anderen sich untersteht, einen Menschen, der diese Auffassung aus dem Gebiet der Theorie in die Praxis zu überführen versucht, einzusperren.

Maxime als Richtlinie seiner militärischen Führung gelten kann - so in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7.1866 - , erkennt Treitschke in dem preußischen Heeresreformer, General Gerhard von Scharnhorst, den eigentlichen Urheber dieser Sentenz. Vgl. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928, S. 149.

68 Zur Position der pazifistischen Verbände vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231.
Zur Haltung der Parteien zur Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 140 ff.

69 Das Kabinett unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) hatte im Dezember 1928 für das neue Strafgesetzbuch auch über eine Neufassung der Strafbestimmungen über Landesverrat diskutiert und mildere Strafen vor-

Meine Herren! Das alles ist unmöglich, vollständig unmöglich, wenn man überhaupt daran glaubt, daß ein Volk, um bestehen zu können, seine Kraft nach außen wenden muß! Betrachten Sie aber die heutige Situation: 7 oder 8 Millionen Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 7 oder 8 Millionen Erwerbstätige in der Industrie, 6 oder 7 Millionen Erwerbslose[70]! Überlegen Sie sich, daß menschlicher Voraussicht nach sich hier gar nichts ändern wird, und Sie müssen zugeben, daß Deutschland in seiner Gesamtheit dann auf die Dauer nicht bestehen kann - es sei denn, wir finden zu einer ganz außerordentlichen, von innen heraus neu gestalteten politischen Kraft zurück, die allein uns nach außen wieder Wirksamkeit zu verschaffen vermag.

Denn es ist ja ganz gleichgültig, welches Problem unseres völkischen Lebens wir versuchen wollen zu lösen: Wollen wir die Exportwirtschaft aufrechterhalten, immer wird auch hier eines Tages der politische Wille der Gesamtnation ein ernstes Wort sprechen müssen, damit wir nicht von den Interessen anderer Völker beiseite gedrängt werden. Wollen wir einen neuen Binnenmarkt aufbauen, wollen wir die Raumfrage lösen: stets werden wir wieder die gesammelte politische Kraft der Nation brauchen. Ja, wenn wir bloß als Bundesgenossen gewertet werden wollen - immer müssen wir vorher Deutschland wieder zu einem politischen Machtfaktor machen. Das ist aber niemals dadurch zu erreichen, daß man im Reichstag den Antrag einbringt, auf dem Verhandlungswege ein paar schwere Batterien, acht oder zehn Tanks, zwölf Flugzeuge oder meinetwegen sogar ein paar Geschwader zu beschaffen - das ist gänzlich belanglos! Im Völkerleben haben sich die technischen Waffen ununterbrochen verändert. Was aber unveränderlich bleiben mußte, war die Willensbildung. Sie ist das Konstante und die Voraussetzung zu allem. Versagt sie, so nützen alle Waffen nichts. Im Gegenteil - wenn Sie das deutsche Volk zu einer Levée en masse[71] aufrufen würden und ihm zu diesem Zweck die Waffen zur Verfügung stellten - morgen würde der Bürgerkrieg das Ergebnis sein, nicht aber der Kampf nach außen. Mit dem heutigen Volkskörper kann man keine praktische Außenpolitik mehr treiben. Oder glauben Sie, daß Bismarck mit dem heutigen Deutschland seine geschichtliche Mission hätte erfüllen können, daß das Deutsche Reich aus dieser geistigen Verfassung heraus entstanden wäre?

Damit trete ich dem heutigen System noch lange nicht mit der Behauptung entgegen, daß man den einzelnen Ereignissen gegenüber etwa stillzuschweigen habe und untätig bleiben müsse, sondern mit der Behauptung, daß eine letzte Lösung nur dann erfolgen kann, wenn die innere Zerrissenheit klassenmäßiger Natur in der Zukunft wieder überwunden wird. Ich rede

---

gesehen. Der nicht angenommene Entwurf für § 93 a StGB, der vor allem Überreaktionen des Staates gegenüber einzelnen Pressemeldungen verhindern sollte, lautete u. a.: "Wer ein Staatsgeheimnis öffentlich bekanntmacht, weil er zu der Überzeugung gelangt ist, daß nur auf diese Weise eine im Innern drohende unmittelbare schwere Gefahr für den Bestand des Staates abgewendet werden kann, wird nicht wegen Landesverrat bestraft." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, Bd. 1, S. 284 ff., 472 f.

70 Vgl. Dok. 10, Anm. 10.

71 Die "levée en masse" wurde vom Leiter des Kriegswesens im Wohlfahrtsausschuß, Lazare Carnot, erstmals im August 1793 als militärisches Aufgebot *aller* Ledigen zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr zur Verteidigung der französischen Republik ins Leben gerufen. Diese Massenheere waren eine der Voraussetzungen für den Sieg der französischen Revolutionsarmeen. Im Januar 1814 rief Napoleon I., im Herbst 1870 Léon Gambetta erneut zur "levée en masse" auf.

dabei nicht nur als reiner Theoretiker. Als ich im Jahre 1918 in die Heimat zurückkehrte, da fand ich einen Zustand, den ich, genau wie alle die anderen auch, als gegebene Tatsache hätte hinnehmen können. Ich bin fest überzeugt, daß ein großer Teil der deutschen Nation in diesen November- und Dezembertagen 1918 und 1919 noch, unbedingt der Ansicht war, daß, ginge Deutschland diesen inneren politischen Weg weiter, es nach außen hin einem rapiden Ende entgegeneilen würde. Die gleiche Ansicht also, die auch ich hatte. Es bestand nur ein Unterschied. Ich sagte mir damals: Es genügt nicht nur zu erkennen, daß wir zugrunde gegangen sind, sondern es ist auch notwendig zu begreifen, warum! Und auch das ist nicht genug, sondern es ist notwendig, dieser zerstörenden Entwicklung den Kampf anzusagen und sich dafür das nötige Instrument zu schaffen. (Bravo!)[72]

Die neue Bewegung

Es war mir klar: Die bisherige Parteiwelt hat Deutschland zertrümmert, an ihr ist es zerbrochen. Es ist unsinnig zu glauben, daß die Faktoren, deren Existenz geschichtlich mit dem Verfall Deutschlands unzertrennlich verbunden ist, nun plötzlich die Faktoren des Wiederaufstiegs sein könnten. Jede Organisation wird nicht nur Träger eines bestimmten Geistes, sondern endlich sogar einer bestimmten Tradition. Wenn also zum Beispiel Verbände oder Parteien geradezu traditionell seit 60 Jahren vor dem Marximus zurückgewichen sind, so glaube ich nicht, daß sie nach der furchtbarsten Niederlage plötzlich mit ihrer in Fleisch und Blut übergegangenen Tradition brechen werden und vom Rückzug zum Angriff übergehen, sondern ich glaube, daß der Rückzug sich fortsetzen wird. Ja, eines Tages werden diese Verbände den Weg beschreiten, den die Organisationen mit dauernden Niederlagen immer gehen: Sie werden mit dem Gegner paktieren und versuchen auf friedlichem Wege zu erreichen, was nicht erkämpft werden konnte.

Zwar mußte ich mir im Jahre 1918 bei einsichtiger, kühler Überlegung sagen: Gewiß, es ist ein entsetzlich schwerer Weg, nunmehr vor die Nation hinzutreten und mir eine neue Organisation zu bilden. Es ist an sich natürlich viel leichter, in eine der bestehenden Formationen hineinzugehen und von dort aus zu versuchen, den inneren Zwiespalt der Nation zu überwinden. Allein, kann man das überhaupt von den bestehenden Organisationen aus? Hat nicht jede Organisation am Ende den Geist und die Menschen, die in ihrem Programm und ihrem Kampf Befriedigung finden? Ist nicht im Laufe von 60 Jahren eine Organisation, die dauernd vor dem Marxismus zurückwich und endlich eines Tages glatt und feige kapitulierte, überhaupt schon mit einem Geist und mit Menschen angefüllt, die den anderen Weg weder verstehen noch gehen wollen? Wird nicht im Gegenteil in einer solchen Epoche der Verwirrung die Zukunft ein-

72 Vgl. in diesem Zusammenhang den Kommentar der *Kölnischen Volkszeitung*: "Im Interesse der politischen Gesundung und Führung des deutschen Volkes kann man es wirklich nicht beklagen, daß Hitler vor dem industriellen Forum gesprochen hat, vor allem dürften die bisher nur geflüsterten Vermutungen über eine etwaige Kandidatur dieses Parteiführers für die Präsidentschaft jedenfalls in den gestern berührten Kreisen kaum mehr erörtert werden angesichts der Inhaltlosigkeit seines Programms, welches längst vorhandene Erkenntnisse politischer und wirtschaftlicher Natur neben vollkommen verworrenen ethisch-religiösen Momenten in einer geradezu beispiellosen naiven Weise zu einem Bekenntnismischmasch vermengt. Zwar ein reiner Tor, dem die Gunst des durch Krieg und Krise vorbereiteten Milieus den Boden für seine fixen Ideen geschaffen hat, aber ein gefährlicher Tor!".

fach darin liegen, daß der in Unordnung geratene Volkskörper erneut gesiebt wird, daß sich eine neue politische Führung aus dem Volke herauskristallisiert, die es versteht, die Masse der Nation in die Faust zu nehmen und dabei die Fehler vermeidet, die in der Vergangenheit zum Untergang führten? Ich mußte mir natürlich sagen, daß der Kampf ein entsetzlicher sein würde! Denn ich war nicht so glücklich, einen prominenten Namen zu besitzen, sondern ich war nur ein deutscher Soldat[73], namenlos, mit einer ganz kleinen Zinknummer auf der Brust[74]. Aber ich kam zu einer Erkenntnis: Wenn sich nicht von kleinster Zelle aus in der Nation ein neuer Volkskörper bildet, der die bisherigen "Fermente der Dekomposition"[75] überwindet, dann wird die Gesamtnation selbst niemals mehr zu einer Erhebung kommen können. Wir haben es ja praktisch einmal erlebt. Über 150 Jahre hat es gedauert, bis aus dem zerfallenen alten Deutschen Reich als Keimzelle eines neuen Reiches Preußen zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission emporwuchs[76]. Und glauben Sie: Es ist in der Frage der inneren Regeneration eines Volkes gar nicht anders. Jede Idee muß sich ihre Menschen werben. Jede Idee muß vor die Nation hintreten, muß aus ihr die ihr notwendigen Kämpfer gewinnen und muß allein den schweren Weg mit all seinen notwendigen Folgen gehen, um eines Tages die Kraft zu bekommen, das Schicksal zu wenden.

Schicksalswende

Daß dieser Gedankengang am Ende richtig war, hat die Entwicklung bewiesen. Denn wenn es auch heute in Deutschland viele gibt, die glauben, wir Nationalsozialisten wären zu positiver Arbeit nicht fähig[77] - sie täuschen sich! Wenn wir nicht wären, gäbe es schon heute in Deutschland kein Bürgertum mehr (Sehr richtig!), die Frage: Bolschewismus oder nicht Bolschewismus wäre schon lange entschieden! Nehmen Sie das Gewicht unserer gigantischen Or-

---

73 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

74 1869 wurde in der preußischen Armee eine sog. Rekognitionsmarke eingeführt, um bewußtlose und tote Soldaten zu identifizieren. Nachdem sich dieses Verfahren im Deutsch-französischen Krieg 1870/71 bewährt hatte, wurden während des Ersten Weltkriegs Erkennungsmarken an alle deutschen Soldaten ausgegeben; bei Offizieren war der ganze Name, bei Unteroffizieren und Mannschaften die Nummer der Kriegsstammrolle sowie die Bezeichnung des letzten Truppenteils oder Schiffes eingestanzt. Vgl. Walter Transfeldt, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart ^{9}1986, S. 226 f.

75 Nach Theodor Mommsen: "Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem Caesarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümlichkeit im Grunde nichts als Humanität war." Vgl. Theodor Mommsen, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976, S. 216.

76 Vgl. Dok. 3, Anm. 8.

77 Vgl. z. B. *Vorwärts* vom 29.12.1931 (MA), "Volksfeinde in den Gemeinden", wo u. a. berichtet wird: "Durch die letzten Kommunalwahlen sind die Nationalsozialisten auch in die Gemeindeparlamente eingezogen. Hier, wo die Bevölkerung praktische Arbeit im Interesse der Gemeinde verlangt, hat kurze Zeit genügt, [*um*] die Unzulänglichkeit, Demagogie und Korruption der 'Erneuerer' zu enthüllen. Der Widerspruch zwischen den agitatorischen Versammlungsreden und der praktischen Arbeit ist klar zutage getreten. [...] Die Kommunalpolitische Zentralstelle der Sozialdemokratie hat sich mit der Herausgabe einer Broschüre über die Nazi-Kommunalpolitik ein Verdienst erworben. An Hand authentischen Materials wird in dem Heftchen die Unfähigkeit, Demagogie und Korruption der Nationalsozialisten in der Kommunalverwaltung dargelegt." Generell zu dieser Argumentationslinie vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 149 ff.

ganisation, dieser weitaus größten des neuen Deutschlands, aus der Waagschale des nationalen Geschehens heraus, und Sie werden sehen, daß ohne uns der Bolschewismus schon heute die Waagschale herunterdrücken würde - eine Tatsache, deren bester Beweis die Einstellung des Bolschewismus uns gegenüber ist. Mir ist es eine große Ehre, wenn heute Herr Trotzki[78] den deutschen Kommunismus auffordert, um jeden Preis mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen[79], da im Nationalsozialismus die einzige wirkliche Gefahr für den Bolschewismus zu sehen ist[80]. Eine um so größere Ehre für mich, als wir in 12 Jahren aus gar nichts heraus gegen die ganze derzeitige öffentliche Meinung, gegen die Presse, gegen das Kapital, gegen die Wirtschaft, gegen die Verwaltung, gegen den Staat, kurz: gegen alles eine Bewegung aufgebaut haben, die heute nicht mehr beseitigt werden kann, die da ist, zu der man Stellung nehmen muß, ob man will oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich glaube, daß die Stellungnahme für jeden, der noch an eine deutsche Zukunft glaubt, an sich ja klar sein muß. Sie sehen hier eine Organisation vor sich, welche die Erkenntnisse, die ich eingangs meiner Rede als wesentlich bezeichnete, nicht theoretisch predigt, sondern praktisch in sich vollzieht, eine Organisation, erfüllt von eminentestem, nationalem Gefühl, aufgebaut auf dem Gedanken einer absoluten Autorität der Führung auf allen Gebieten, in allen Instanzen - die einzige Partei, die in sich nicht nur den internationalen, sondern auch den demokratischen Gedanken restlos überwunden hat, die in ihrer ganzen Organisation nur Verantwortlichkeit, Befehl und Gehorsam kennt und die damit zum erstenmal in das politische Leben Deutschlands eine Millionen-Erscheinung eingliedert, die nach dem Leistungsprinzip aufgebaut ist. Eine Organisation, die ihre Anhänger mit unbändigem Kampfsinn erfüllt, zum ersten Male eine Organisation, die,

---

78 Leo Trotzki (eigentlich: Bronstein, 1879-1940), seit 1899 Verbannung, 1902-1917 Exil, 1917-1926 Mitglied des Politbüros der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1917 Vorsitzender des Militärrevolutionären Komitees, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, 1918-1925 Kriegskommissar, Organisator und Oberbefehlshaber der Roten Armee, 1927 Parteiausschluß, 1929 Ausweisung aus der Sowjetunion, 1938 Gründer der IV. (Trotzkistischen) Internationale, 1940 in Mexiko auf Befehl Stalins ermordet.

79 Seit der 1928/29 einsetzenden Stalinisierung der Komintern begann diese, die Sozialdemokratie zunehmend in die Nähe des Faschismus zu rücken. Im Juli 1929 erklärte das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die nun als "Sozialfaschismus" diskreditierte Sozialdemokratie zum Hauptfeind der internationalen proletarischen Bewegung. Die KPD konzentrierte sich deshalb auf die Auseinandersetzung mit der SPD, nicht der NSDAP, deren - für sie unerwarteten - Erfolge sie lediglich als Symptom für den endgültig bevorstehenden Zerfall des kapitalistischen Systems deutete. Vgl. Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984, S. 130 ff. Zum damaligen Verhältnis der Basis von KPD, NSDAP und SPD vgl. Conan Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991, S. 102 ff.

80 Trotzki hatte in seinem *Brief an einen deutschen Arbeiter-Kommunisten, Mitglied der KPD* vom 8.12.1931 vor einem bevorstehenden nationalsozialistischen Staatsstreich gewarnt und als Gegentaktik empfohlen, "der Sozialdemokratie den Block gegen die Faschisten auf[*zu*]zwingen", ohne sich dabei jedoch der SPD zu verpflichten: "Man muß in der Tat die vollkommene Bereitschaft offenbaren, gegen die Faschisten einen Block mit den Sozialdemokraten zu bilden, in allen Fällen, wo sie auf einen Block eingehen. [...] Es gibt und wird zweifellos sozialdemokratische Arbeiter geben, die bereit sind, Hand in Hand mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Faschisten zu kämpfen, unabhängig vom Willen und sogar gegen den Willen der sozialdemokratischen Organisationen. Mit solchen fortschrittlichen Elementen muß man selbstverständlich möglichst enge Bindungen herstellen." Vgl. L[*eo*] Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Arbeiter-Einheitsfront gegen den Faschismus, Berlin 1932, S. 6 f.

wenn der politische Gegner erklärt: "Euer Auftreten bedeutet für uns eine Provokation[81]", es nicht für gut befindet, sich dann plötzlich zurückzuziehen, sondern die brutal ihren Willen durchsetzt und ihm entgegenschleudert: Wir kämpfen heute! Wir kämpfen morgen! Und haltet Ihr unsere Versammlung heute für eine Provokation, so werden wir nächste Woche wieder eine abhalten - so lange, bis Ihr gelernt habt, daß es keine Provokation ist, wenn auch das *deutsche* Deutschland [*sic!*] seinen Willen bekennt! Und wenn Ihr sagt: "Ihr dürft nicht auf die Straße" - wir gehen trotzdem auf die Straße! Und wenn Ihr sagt: "Dann schlagen wir Euch[82]" - so viele Opfer Ihr uns auch aufbürdet, dieses junge Deutschland wird immer wieder marschieren, es wird eines Tages die deutsche Straße, den deutschen Menschen restlos zurückerobern. Und wenn man uns unsere Unduldsamkeit vorwirft, so bekennen wir uns stolz zu ihr - ja, wir haben den unerbittlichen Entschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten. Wir faßten diesen Entschluß nicht etwa aus Rauflust, denn ich könnte mir an sich ein schöneres Leben denken, als durch Deutschland gehetzt zu werden, von zahllosen Verordnungen verfolgt zu sein, ununterbrochen mit einem Fuß im Gefängnis zu stehen, staatlich dabei kein Recht mein eigen zu nennen[83]. Ich könnte mir ein schöneres Schicksal als das eines Kampfes denken, der zumindest am Beginn doch von allen als eine verrückte Schimäre angesehen wurde. Schließlich glaube ich, auch die Fähigkeit zu besitzen, irgendeinen Posten in der Sozialdemokratischen Partei einnehmen zu können, und eines ist sicher: Hätte ich meine Fähigkeit in diesen Dienst gestellt, ich würde heute vermutlich sogar regierungsfähig sein. Für mich aber war es ein größerer Entschluß, einen Weg zu wählen, auf dem mich nichts leitete außer dem eigenen Glauben und der unzerstörbaren Zuversicht in die sicherlich noch vorhandenen natürlichen Kräfte unseres Volkes und seine - bei rechter Führung - eines Tages notwendigerweise wieder in Erscheinung tretende Bedeutung.

Nun liegt ein zwölfjähriger Kampf hinter uns. Wir haben ihn nicht nur theoretisch geführt und allein in unserer Partei in die Praxis umgesetzt, sondern wir sind auch bereit, ihn jederzeit im großen zu führen. Denke ich an die Zeit zurück, da ich mit sechs anderen unbekannten Menschen diesen Verband gründete[84], da ich vor 11, 12, 13, 14, 20, 30 und 50 Menschen

81 Im Vorfeld von Hitlers Rede hatte die örtliche KPD Flugblätter verbreitet, in denen es u. a. hieß: "Gefahr im Verzug! Werktätige! Betriebsarbeiter! Erwerbslose! Der Joungplanknecht [*sic!*] und Unternehmerlakei [*sic!*] Hitler wagt es, nach Düsseldorf zu kommen! Werktätige Düsseldorfs, gibt es eine größere Provokation? Auf Einladung des Industrieclubs der Stahlwerkgewaltigen und Nordwestscharfmacher tritt der Führer der faschistischen Terrorgarden des Unternehmertums Hitler am 26. Januar um 18 Uhr im Parkhotel am Corneliusplatz zum Befehlsempfang an. [...] Massen heraus auf die Straße zum Massenaufmarsch der Hungernden gegen die Satten und ihren Lakei. Versalzt den Kapitalhyänen ihr Schlemmermahl im Parkhotel, womit der Verkauf der Nordwestarbeiter an die Scharfmacher des Industrieclubs eingeleitet wird." HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 30653 a.

82 Die Führung der KPD hatte zwischen August 1929 und Juni 1930 die Parole ausgegeben: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.

83 Nach formaljuristischen Kriterien war Hitler seit 1924 staatenlos. Faktisch wurde er vermutlich am 12.7.1930, offiziell durch seine Anstellung als Regierungsrat des Landes Braunschweig am 25./26.2.1932 deutscher Staatsbürger. Vgl. Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448. Manfred Overesch, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566 sowie Dok. 28.

84 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

sprach, da ich nach einem Jahr 64 Menschen für die Bewegung gewonnen hatte[85], an die Zeit, da unser kleiner Kreis sich immer mehr erweiterte, dann muß ich gestehen, daß das, was heute, da ein Millionenstrom deutscher Volksgenossen in unsere Bewegung mündet[86], geschaffen ist, etwas einzig Dastehendes in der deutschen Geschichte darstellt. 70 Jahre lang haben die bürgerlichen Parteien Zeit zum Arbeiten gehabt. Wo ist die Organisation, die sich mit der unsrigen vergleichen könnte? Wo ist die Organisation, die so wie die unsrige darauf hinweisen könnte, daß sie, wenn notwendig, 400.000 Männer auf die Straße hinausbringt[87], die blinden Gehorsam in sich tragen, die jeden Befehl vollziehen - sofern er nicht gesetzwidrig ist[88]? Wo ist die Organisation, die in 70 Jahren erreicht hätte, was wir in knapp 12 Jahren erreichten - mit Mitteln, die so improvisierter Natur waren, daß man sich fast schämen muß, dem Gegner zu gestehen, wie armselig die Geburt und das Werden dieser großen Bewegung einst gewesen sind.

Heute stehen wir an der Wende des deutschen Schicksals. Nimmt die derzeitige Entwicklung ihren Fortgang, so wird Deutschland eines Tages zwangsläufig im bolschewistischen Chaos landen, wird diese Entwicklung aber abgebrochen, so muß unser Volk in eine Schule eiserner Disziplin genommen und langsam vom Vorurteil beider Lager geheilt werden. Eine schwere Erziehung, um die wir aber nicht herumkommen!

Wenn man glaubt, für alle Zukunft die Begriffe "bürgerlich" und "proletarisch" konservieren zu können, dann konserviert man entweder die deutsche Ohnmacht und damit unseren Untergang, oder aber man leitet den Sieg des Bolschewismus ein. Will man auf jene Begriffe nicht Verzicht leisten, dann ist meiner Überzeugung nach ein Wiederaufstieg der deutschen Nation nicht mehr möglich. Der Kreidestrich, den Weltanschauungen in der Weltgeschichte Völkern gezogen haben, ist schon öfters als einmal der Todesstrich gewesen. Entweder es gelingt aus diesem Konglomerat von Parteien, Verbänden, Vereinigungen, Weltauffassungen, Standesdünkel und Klassenwahnsinn wieder einen eisenharten Volkskörper herauszuarbeiten, oder Deutschland wird am Fehlen dieser inneren Konsolidierung endgültig zugrunde gehen. Auch wenn man noch 20 Notverordnungen auf unser Volk herniederprasseln läßt, sie werden die große Linie unseres Verderbens nicht ändern können! Soll eines Tages der Weg wieder gefunden werden, der aufwärts führt, dann muß zuerst das deutsche Volk wieder zurechtgebogen werden. Das ist ein Prozeß, an dem keiner vorbeikommt! Es geht nicht an zu sagen: "Daran sind allein die Proleten schuld!" Nein, glauben Sie mir, unser ganzes deutsches Volk, alle Schichten haben ein gerüttelt Maß von Schuld an unserem Zusammenbruch: Die einen, weil sie ihn gewollt und bewußt herbeigeführt haben, die anderen, weil sie zusahen und zu schwach waren, ihn zu verhindern! In der Geschichte wird das Versagen genauso gewogen wie die Absicht oder die Tat selbst. Es kann sich heute niemand der Verpflichtung entziehen, die Regeneration des deutschen Volkskörpers auch durch seine persönliche Anteilnahme und Eingliederung zu vollziehen.

85 Vgl. das Faksimile eines alphabetischen Mitglieder-Verzeichnissses der DAP vom Herbst 1919, das Namen und Berufe von insgesamt 193 Mitgliedern nennt; IfZ, SV 136.

86 Vgl. Dok. 1, Anm. 3, 6, und 10. Zum damaligen Mitgliederstand der NSDAP vgl. ebenda, Anm. 2, 7 und 8.

87 Zur damaligen Stärke von SA und SS vgl. Dok. 1, Anm. 9, Dok. 19, Anm. 11 und Dok. 20, Anm. 6.

88 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

Die Kraft eines großen Ideals

Wenn ich heute vor Ihnen spreche, dann nicht, um Sie zu einer Stimmabgabe zu bewegen, oder Sie zu veranlassen, meinetwegen das oder jenes für die Partei zu tun. Nein, ich trage Ihnen hier eine Auffassung vor, von der ich überzeugt bin, daß ihr Sieg den einzig möglichen Ausgangspunkt für einen deutschen Wiederaufstieg bedeutet, die aber auch der letzte Aktivposten des deutschen Volkes überhaupt ist. Ich höre so manches Mal von unseren Gegnern: "Der heutigen Not werden auch Sie nicht Herr." Angenommen, meine Herren, das würde zutreffen. Was aber hieße das dann? Es hieße, daß wir einer entsetzlichen Zeit entgegengingen, der wir gar nichts entgegenzusetzen hätten als eine rein materialistische Auffassung auf allen Seiten. Die Not aber würde als rein materielle - ohne daß man dem Volk irgendein Ideal wiedergegeben hat - tausendfach stärker empfunden. (Lebhafter Beifall.)

Man sagt mir so oft: "Sie sind nur der Trommler des nationalen Deutschlands[89]!" Und wenn ich nur der Trommler wäre?! Es würde heute eine größere staatsmännische Tat sein, in dieses deutsche Volk wieder einen neuen Glauben hineinzutrommeln, als den vorhandenen langsam zu verwirtschaften. (Lebhafte Zustimmung.) Nehmen Sie eine Festung und laden Sie dieser Festung schwerste Entbehrungen auf: Solange die Besatzung eine mögliche Rettung sieht, an sie glaubt, auf sie hofft, solange kann sie die geschmälerte Ration ertragen. Nehmen Sie aus dem Herzen der Menschen den letzten Glauben an eine mögliche Rettung, an eine bessere Zukunft erst einmal gänzlich fort, und Sie werden erleben, wie diese Menschen plötzlich die verkleinerten Rationen als das Wichtigste ihres Lebens ansehen. Je mehr ihnen zum Bewußtsein gebracht wird, nur ein Objekt des Handelns, nur Gefangene der Weltpolitik zu sein, um so mehr werden sie, wie jeder Gefangene, sich nur den materiellen Interessen zuwenden. Je mehr Sie umgekehrt ein Volk wieder in die Sphäre idealen Glaubens zurückführen, umso mehr wird es die materielle Not als nicht mehr so ausschließlich bestimmend ansehen. Am gewaltigsten hat das unser deutsches Volk bewiesen. Wir wollen doch nie vergessen, daß es 150 Jahre lang mit ungeheurem Einsatz Religionskriege geführt hat, daß Hunderttausende von Menschen einst ihre Scholle, ihr Hab und Gut bloß um einer idealen Vorstellung und Überzeugung willen verlassen haben! Wir wollen nie vergessen, daß 150 Jahre lang aber auch nicht ein Gramm materieller Interessen dabei in Erscheinung getreten ist! Und Sie werden dann verstehen, wie gewaltig die Kraft einer Idee, eines Ideals ist! Nur so ist es auch zu begreifen, daß in unserer Bewegung heute Hunderttausende von jungen Menschen[90] bereit sind, mit Einsatz

---

89 Hitler selbst verstand sich zunächst nur als Propagandist der DAP/NSDAP, nicht als ihr Führer. In diesem Zusammenhang bezeichnete er sich selbst als "Trommler der nationalen Freiheitsbewegung", so etwa in seiner Rede vor dem Nationalen Klub 1919 am 29.5.1922. Nachdem Hitler am 29.7.1921 Erster Vorsitzender der NSDAP geworden war, begann sich bei den Parteimitgliedern allmählich die Bezeichnung "Führer" einzubürgern, im folgenden Jahr verfestigte sich dieser Titel durch das Vorbild Mussolinis. Am 13.12.1922 wurde erstmals ein Plakat publiziert, in dem "unser Führer, Adolf Hitler," angekündigt wurde, ab April 1923 wurde in der offiziellen Terminologie der NSDAP von Hitler nur noch in dieser Form gesprochen. Trotzdem läßt sich die Trommler-Apostrophierung, die hier wohl nicht zufällig fällt, bis in die späten 30er Jahre nachweisen. Vgl. Tyrell, Trommler, passim; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 642 f.; Günter Scholdt, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, S. 63 f.

90 Von ihrer Mitgliederstruktur war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, allein die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder lag 1920 noch bei 34, bei Wiedergründung der Partei 1925 sogar bei 29 Jahren. Die seit 1930 einsetzende Vergrö-

ihres Lebens dem Gegner entgegenzutreten. Ich weiß sehr wohl, meine Herren, wenn Nationalsozialisten durch die Straßen marschieren, und es gibt plötzlich abends Tumult und Radau, dann zieht der Bürger den Vorhang zurück, sieht hinaus und sagt: "Schon wieder bin ich in meiner Nachtruhe gestört und kann nicht schlafen. Warum müssen die Nazis denn auch immer provozieren und nachts herumlaufen?" Meine Herren, wenn alle so denken würden, dann wäre die Nachtruhe allerdings nicht gestört, aber dann würde auch der Bürger heute nicht mehr auf die Straße gehen können. Wenn alle so denken würden, wenn diese jungen Leute kein Ideal hätten, das sie bewegt und vorwärtstreibt, dann allerdings würden sie diese nächtlichen Kämpfe gern entbehren. Aber vergessen Sie nicht, daß es Opfer sind, wenn heute viele Hunderttausende von SA- und SS-Männern der nationalsozialistischen Bewegung jeden Tag auf den Lastwagen steigen[91], Versammlungen schützen, Märsche machen müssen, Nacht um Nacht opfern, um beim Morgengrauen zurückzukommen - entweder wieder zur Werkstatt und in die Fabrik, oder aber als Arbeitslose die paar Stempelgroschen entgegenzunehmen[92]; wenn sie von dem wenigen, das sie besitzen sich außerdem noch ihre Uniform[93] kaufen, ihr Hemd, ihre Abzeichen, ja, wenn sie ihre Fahrten selbst bezahlen[94] - glauben Sie mir, darin liegt schon die Kraft eines Ideals, eines *großen* Ideals! Und wenn die ganze deutsche Nation heute den gleichen Glauben an ihre Berufung hätte wie diese Hunderttausende, wenn die ganze Nation diesen Idealismus besäße: Deutschland würde der Welt gegenüber heute anders dastehen! (Lebhafter Beifall.) Denn unsere Situation in der Welt ergibt sich in ihrer für uns so verhängnisvollen Auswirkung nur aus der eigenen Unterbewertung der deutschen Kraft. (Sehr richtig.) Erst wenn wir diese verhängnisvolle Einschätzung wieder abgeändert haben, kann Deutschland die politischen Möglichkeiten wahrnehmen, die - weitschauend in die Zukunft - das deutsche Leben wieder auf eine natürliche und tragfähige Basis stellen: *entweder neuen Lebensraum mit Ausbau eines großen Binnenmarktes oder Schutz der deutschen Wirtschaft nach außen unter Einsatz der zusammengeballten deutschen Kraft. Die Arbeitskraft unseres Volkes, die Fähigkeiten sind vorhanden, niemand kann unseren Fleiß bestreiten. Die politischen Voraussetzungen aber müssen erst wieder gestaltet werden; ohne sie werden Fleiß und Fähigkeit, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit am Ende doch vergeblich sein. Denn eine unterdrückte Nation wird selbst die Er-*

ßerung der NSDAP zur Massenpartei sorgte zwar dafür, daß sich das Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder erhöhte, doch blieben - verglichen mit den übrigen deutschen Parteien - die jüngeren Jahrgänge in der NSDAP weit überrepräsentiert. Vgl. Kater, Nazi Party, S. 139 ff.

91 Lastkraftwagen spielten als Transportmittel und Werbeträger bei den politischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen in der Weimarer Republik eine große Rolle und wurden von allen Parteien und Wehrverbänden eingesetzt. Zum Stand der Motorisierung von NSDAP und SA vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964, S. 552 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 30.

92 Zum damaligen Sozialprofil der SA vgl. Fischer, Stormtroopers, S. 25 ff. Ferner Dok. 4, Anm. 21. Speziell zu ihrer Führung vgl. Kater, Nazi Party, S. 169 ff. sowie Mathilde Jamin, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

93 Vgl. Dok. 10, Anm. 17.

94 Die Finanzierung der SA durch die NSDAP war denkbar gering, so daß die SA-Männer Kosten für Propagandafahrten und Uniformierung in der Regel selbst zu übernehmen hatten. Obwohl nach einzelnen Meutereien der SA im September 1930 allen Parteimitgliedern eine sog. SA-Zulage auferlegt worden war, ging der Generalinspekteur der SA noch im Dezember 1931 davon aus, daß etwa ein Drittel der SA nicht die vorgeschriebene Uniform besaß. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 134 f. Ferner Bd. III/3, Dok. 102.

gebnisse ihrer Sparsamkeit nicht dem eigenen Wohl zuführen können, sondern auf dem Altar der Erpressungen, der Tribute, zum Opfer bringen müssen.

So sehe ich denn das Mittel des deutschen Wiederaufstiegs im Unterschied zu unserer offiziellen Regierung nicht im Primat der deutschen Außenpolitik, sondern im Primat der Wiederherstellung eines gesunden, nationalen und schlagkräftigen deutschen Volkskörpers. Diese Aufgabe zu leisten, habe ich vor 13 Jahren die nationalsozialistische Bewegung gegründet und sie seit 12 Jahren geführt[95] und hoffe, daß sie diese Aufgabe dereinst auch erfüllen, daß sie als schönstes Ergebnis ihres Ringens wieder einen vollständig innerlich regenerierten deutschen Volkskörper zurücklassen wird, unduldsam gegen jeden, der sich an der Nation und ihren Interessen versündigt, unduldsam gegen jeden, der ihre Lebensinteressen nicht anerkennt oder sich gegen sie stellt, unduldsam und unerbittlich gegen jeden, der diesen Volkskörper wieder zu zerstören und zu zersetzen trachtet - und im übrigen zu Freundschaft und Frieden bereit mit jedem, der Freundschaft und Frieden will! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)[96].

---

95 Hitler war am 29.7.1921 nach heftigen inneren Auseinandersetzungen zum Ersten Vorsitzenden der NSDAP gewählt worden. Vgl. Tyrell, Trommler, S. 116 ff.

96 Nach Hitlers Rede dankten ihm Karl Haniel und Fritz Thyssen; während Haniel nur kurz sprach, machte Thyssen aus seiner Sympathie kein Hehl. Vöglers Versuch, eine Diskussion über Hitlers Rede einzuleiten, wurde von Thyssen, der neben Hitler und Göring auf der Rednertribüne Platz genommen hatte, ignoriert. Göring blieb zum Abendessen des Clubs, während Hitler - so der Polizeibericht - um 21.45 Uhr das Park-Hotel unauffällig in Richtung Köln verließ. Entgegen einigen Presseberichten nahm Hitler weder an einem "Schlemmermahl" teil, noch zog er sich in das für ihn reservierte "Fürstenzimmer" des Hotels zurück. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Dok. 13.
Vgl. ferner den Bericht der *Düsseldorfer Lokal-Zeitung*: "Denn als an dem Abend im Industrieklub nach der zweieinhalbstündigen Rede des nationalsozialistischen Führers der 'junge' Thyssen aufsprang und mit zackigen Worten in die Versammlung schrie, Hitlers Worte seien sehr interessant gewesen und der Marxismus, von dem man schon so viel gehört habe, sei wirklich eine Schweinerei und jeder im Saal müsse jedes Wort unterschreiben - da war der ganze rhetorische Eindruck im Nu verfolgen. Und als nun Thyssen und seine Getreuen mit scharfem Blick die Reihen abgingen, ob auch jeder brav die Hände zum Beifall rühre, daß keiner durch Stillhalten aus der Reihe zu tanzen wage, da fing die Verärgerung an. Und zwar bei den besseren Herren der Industrie, bei den Besitzern der soliden Montanpakete, die sich im Vollgefühl dieses Besitztums nicht gern zu Gefühlsäußerungen zwingen lassen, zu denen sie sich spontan vielleicht mit Vergnügen bekennen würden. Auch Thyssens Eskapaden, das Immer-sieben-Meilen-Voraussein, pflegen seit erdenklichen Zeiten zu verstimmen, und der Tanzhusar der westdeutschen Industrie sollte sich nach ihrer Ansicht überhaupt mehr Zurückhaltung auferlegen, seit ihm einige kühlere, weniger temperamentvolle Köpfe durch eine geschickte Transaktion jeden maßgeblichen Einfluß bei den Vereinigten Stahlwerken genommen haben."
Thyssen lud tags darauf Hitler, Göring und Röhm zusammen mit zwei weiteren Vorstandsmitgliedern der Vereinigten Stahlwerke AG, Albert Vögler und Ernst Poensgen, zu einer Besprechung auf sein Schloß Landsberg bei Mühlheim a. d. Ruhr ein. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 269 f. Ferner Westdeutscher Beobachter vom 29.1.1932, "Unser Führer in Bad Godesberg".

31. Januar 1932 Dok. 16
Interview mit La Stampa [1]

La Stampa vom 17.11.1938, "Tappe della rivoluzione nazista. La Haus Elephant".

"Gestern Abend", erklärte mir der Führer tags darauf im Elephant [2], "haben wir glücklicherweise erfahren, daß Ideen universell sind und auch jenseits eurer Grenzen gewiß verstanden werden. Ein Ausländer kann sich vielleicht nicht erklären, weshalb das Publikum bei der Andeutung auf die Räumung der Kammer durch die Soldaten und in der Szene, in welcher der Prinz von Schönburg auftrat, applaudiert hat [3]. Der Ausländer wird in diesem Beifall eine antifranzösische Geste vermuten. Keineswegs: Dies steht für den Aufstand gegen Gerede und Zeitverschwendung. Man applaudiert den Soldaten, nicht aus Liebe zum Militarismus, sondern weil der Soldat die Tat verkörpert."

[...] [4]

Ich versuchte das Datum zu erfahren, an dem Hitler damit rechnete, die Macht übernehmen zu können, bekam aber eine ausweichende Antwort [5]. Dann bestritt der Führer, daß der Erfolg seiner Bewegung auch durch die wirtschaftliche Misere [6] bedingt sei, wel-

"Ieri sera" - mi dichiarò il Führer all'indomani, all'Elephant - "noi siamo stati felici di sentire che certe idee sono universali e comprese anche al di là delle vostre frontiere. Uno straniero non saprà forse spiegarsi come mai il pubblico abbia applaudito l'accenno allo sgombro della Camera mediante i soldati e la scena in cui appare il principè di Schoenburg. Lo straniero supporrà in quell'applauso una manifestazione antifrancese. Mai più: esso significa la rivolta contro le chiacchiere e la perdita di tempo. Si applaude ai soldati non per amore del militarismo, ma perchè il soldato simbolizza l'azione."

[...] [7]

Tentai di conoscere la data nella quale Hitler contava d'impadronirsi del potere, ma ebbi una risposta evasiva; quindi il Führer smentì che la fortuna del suo movimento fosse anche dovuta al disagio economico il quale suole spingere gli esasperati ad invoca-

1 Im Hotel *Elephant*, Weimar, Markt 19. Das Interview führte Italo Zingarelli.

2 Anlaß für Hitlers Aufenthalt in Weimar war die deutsche Uraufführung des Dramas *Hundert Tage/Campo di Maggio* von Giovacchino Forzano im Deutschen Nationaltheater am 30.1.1932. Dem Stück, dem ein Entwurf Benito Mussolinis zugrundelag, thematisiert das Scheitern Napoleons I. nach seiner Rückkehr von Elba. Vgl. Vossische Zeitung vom 1.2.1932 (AA), "Mussolini als Dramatiker"; Berliner Tageblatt vom 2.2.1932 (MA), "Angeblich von Mussolini: 'Hundert Tage'"; Der Angriff vom 3.2.1932, "'Die hundert Tage'". Zu den literarischen Anregungen Mussolinis vgl. Denis Mack Smith, Mussolini. Eine Biographie, München 1983, S. 208 f.

3 Anspielung auf den 3. Akt, 1. Szene des Dramas an, in dem der preußische Oberst Prinz von Schönburg dem französischen General Lafayette mitteilt: "Der Fürst von Blücher wünscht, daß Sie wissen sollten, daß nicht einmal sein König ihn dazu bringen könnte, die Bedingungen zu ändern, die er für die Sicherheit Preußens für notwendig hält." Vgl. die Vorlage sowie Giovacchino Forzano, Campo di Maggio. Dramma In Tre Atti, Firenze 1931, S. 162 f.

4 Folgt Schilderung eines gemeinsamen Besuchs Hitlers und Zingarellis bei der in Weimar lebenden Schwester von Friedrich Nietzsche, Elisabeth Förster-Nietzsche. Angebot Hitlers, das Gespräch kurz im Hotel *Elephant* fortzusetzen.

5 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Bd. IV/2, Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

6 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und ihren Folgen vgl. Dok. 3, Anm. 4 sowie Dok. 4, Anm. 14.

7 Vgl. Anm. 4.

che die Verzweifelten dazu führe, Extremlösungen zu fordern: "Wie oft wird auf der Welt von politischen Mißständen gesprochen", sagte er zu mir, weiterhin ruhig und sicher. "Man darf nicht vergessen, daß diese von den wirtschaftlichen Bedingungen abhängen, wie auch nicht zu vergessen ist, daß die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen das Ergebnis eines politischen Mißstands sind. Es ist notwendig, politisch zu handeln, und nur eine politische Erneuerung wird uns Rettung bringen. Es ist zwecklos, dies zu leugnen, und es ist zwecklos, den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft zu leugnen. Es gibt Leute, die behaupten, daß auch wir, einmal an die Regierung gelangt, keine Wunder vollbringen können [8]. Aber hier in Thüringen haben wir beispielsweise schon regiert [9], und wenn morgen Wahlen wären, würden wir noch viel mehr Stimmen erhalten als zuvor [10]. Was wir versucht haben, wird also so schlecht nicht gewesen sein. Man wird zudem nicht unterstellen wollen, daß sich Hunderte und Aberhunderte von Deutschen nur aufgrund von persönlichem Interesse und wirtschaftlicher Gründe tagtäglich dem Risiko aussetzen, umgebracht zu werden [11]. Nein, nein: Man will einen politischen Neuanfang."

re soluzioni estreme: "Quante volte nel mondo si parla di disagio politico", mi disse sempre calmo e sicuro, "non va dimenticato ch'esso dipende dalle condizioni economiche, così come non va dimenticato che le cattive condizioni economiche sono un prodotto del malessere politico. È nel campo della politica che occorre agire e la salvezza ci verrà soltanto da una rigenerazione politica. È inutile negarlo ed è inutile negare il nesso fra politica ed economia. C'è della gente che dice che miracoli, andando al Governo, non ne potremo fare nemmeno noi: ma qui in Turingia, ad esempio, noi abbiamo già governato, e se domani si facessero le elezioni, avremmo ancora più voti di prima. L'esperimento non sarà stato dunque cattivo. Non si vorrà poi supporre che centinaia e centinaia di tedeschi si espongano quotidianamente al rischio di lasciarsi accoppare solo per interesse e perchè spinti da moventi economici. No, no: si vuole una rinascita politica."

8 Vgl. z. B. Dok. 15, Anm. 77.

9 Am 23.1.1930 war Wilhelm Frick zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister, Willy Marschler zum thüringischen Staatsrat in einer aus NSDAP, DNVP, Christlich-Nationaler Bauern- und Landvolkpartei, Wirtschaftspartei und DVP gebildeten Koalitionsregierung berufen worden. Damit hatten zum erstenmal nationalsozialistische Politiker Funktionen in einer Länderregierung erhalten. Vgl. auch Bd. III/3, Dok. 2, 7 und 11. Wegen der zunehmend aggressiver werdenden nationalsozialistischen Polemik unterstützte die DVP am 1.4.1931 im thüringischen Landtag die Mißtrauensanträge von KPD und SPD gegen diese beiden nationalsozialistischen Regierungsmitglieder, so daß sie daraufhin zurücktreten mußten. Vgl. Georg Witzmann, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958, S. 174 ff. Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992, S. 61 f. Ferner Bd. IV/1, Dok. 75 ff.

10 Bei der Thüringer Landtagswahl vom 8.12.1929 stimmten 90.159 Wahlberechtigte (11,3%) für die NSDAP, bei der Landtagswahl vom 31.7.1932 dagegen 395.321 Wahlberechtigte (42,5%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 111.

11 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12.

Hitler offenbarte ein absolutes Vertrauen in die Solidarität aller Deutschen und behauptete, daß, obwohl Deutschland unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Gliederung jahrhundertelang unter Teilungen gelitten habe, dennoch das Gefühl der nationalen Einheit immer und überall stark geblieben sei, in Bayern wie in Thüringen, in Oldenburg, in Preußen wie in Westfalen. Er fügt hinzu, daß die französischen Spekulationen der Nachkriegszeit über den vermeintlichen deutschen Separatismus [12] heute mehr denn je absurd seien: "Im Volk existieren solche Gefühle nicht. Was die religiöse Frage betrifft, werde ich daran erinnern, daß der Deutsche aus Westfalen, der den Ruf hat, am entschiedensten Deutscher zu sein, Katholik ist [13]. Wenn ich im Norden spreche, beobachte ich bei den Massen eine Begeisterung, die nicht geringer ist als im Süden. Ich würde sogar fast behaupten, daß diese Begeisterung in Holstein, an der äußersten nördlichen Grenze Deutschlands, am größten ist [14]." Ihm zufolge bedeute die Demokratie für Deutschland nichts anderes als ein Importartikel, ein jüdisches Produkt, wobei erschwerend hinzukomme, daß die sogenannten deutschen De-

Hitler rivelava una fede assoluta nella solidarietà di tutti i tedeschi e sosteneva che se dal punto di vista dell'organizzazione statale la Germania per secoli aveva indubbiamente sofferto delle divisioni, il sentimento dell' unità nazionale era rimasto sempre forte dappertutto, in Baviera come in Turingia e nell'Oldenburg, in Prussia come in Vestfalia. Le speculazioni francesi del dopoguerra sul preteso secessionismo tedesco, aggiunse, oggi sarebbero assurde più che mai: "nel popolo non esistono sentimenti del genere. Circa il fattore religioso, rammenterò che il tedesco di Vestfalia, il quale gode fama di essere il tedesco più accanito, è cattolico. Quando parlo nel Nord, osservo un entusiasmo delle folle non minore che nel Sud; quasi quasi nell'Holstein, all'estremo limite settentrionale della Germania, questo entusiasmo è maggiore che altrove." La democrazia rappresentava, a suo giudizio, per la Germania, niente altro che un articolo d'importazione, un prodotto ebraico, con l'aggravante che i cosiddetti democratici tedeschi non si rendevano conto dell'essenza vera della odierna democrazia francese: "La Francia sarà bene una repubblica", esclamò, "ma come pratica la de-

12 Seit November 1918 betrieben politische Splittergruppen in der preußischen Rheinprovinz, der Pfalz und Rheinhessen die Gründung eines vom Deutschen Reich unabhängigen Staates. Mit Rückendeckung der französischen Besatzungsmacht kam es seit dem 23.9.1923 in verschiedenen Städten des Rheinlands zu separatistischen Unruhen, am 21.10.1923 wurde in Aachen eine Rheinische Republik ausgerufen. Die Bewegung dehnte sich mit aktiver Unterstützung der französischen Armee in den folgenden Tagen bis Bonn, Koblenz, Trier und Wiesbaden aus. Die Unfähigkeit der Separatisten, größere Teile der Bevölkerung hinter sich zu bringen, deutsche Gegenmaßnahmen, aber auch britischer und belgischer Widerstand führten dazu, daß Frankreich Anfang 1924 das Interesse an einem selbständigen Rheinland verlor und die separatistische Bewegung zusammenbrach. Vgl. Harry E. Nadler, The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987; Gerhard Gräber und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, Bd. 1: November 1918-November 1923, Landau 1992.

13 1925 wurden in der preußischen Provinz Westfalen 2.396.818 römisch-katholische und 2.274.137 evangelische Christen ermittelt, ferner 140.264 Angehörige sonstiger oder keiner Religionsgemeinschaft. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 15.

14 Bei den Reichstagwahlen vom 14.9.1930 und 31.7.1932 erzielte die NSDAP im Wahlkreis Schleswig-Holstein mit 27%, bzw. 51% der abgegebenen Stimmen ihr jeweils bestes Ergebnis im Deutschen Reich. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 72 f. Allgemein zur Situation der NSDAP in Schleswig-Holstein vgl. "Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Hrsg. von Erich Hoffmann und Peter Wulf, Neumünster 1983.

mokraten den wahren Charakter der heutigen französischen Demokratie nicht erkannt hätten. "Frankreich mag wohl eine Republik sein[15]", rief er aus, "aber wie praktiziert es die Demokratie? Der Deutsche ist instinktiv antidemokratisch. Er kommt pflichtbewußt auf die Welt und behält in seiner Seele, sein ganzes Leben lang, den Willen, den Wunsch, zu gehorchen und die Ordnung zu respektieren. Wenn die Deutschen nicht von Natur aus diszipliniert und gehorsam wären, wie hätte dann Deutschland in den vier schrecklichen Kriegsjahren standhalten können? Das demokratische Deutschland - das machen und präsentieren die Zeitungen der großen Städte."[...] [16]

mocrazia? Il tedesco è antidemocratico per istinto: egli nasce col senso della disciplina e conserva nell'animo, per tutta la vita, la volontà, il desiderio di ubbidire e di rispettare l'ordine. Se i tedeschi non fossero disciplinati e ubbidienti per natura, come avrebbe potuto la Germania resistere a quattro anni di guerra tremenda? La Germania democratica la fanno o la presentano i giornali delle grandi città." [...] [20]

Hitler sprach auch über Italien[17] und beklagte sich darüber, daß der politische Kampf ihm keine Zeit lasse, um Rom, Florenz und unsere anderen berühmten Städte zu besichtigen[18]. Dann fügte er hinzu, daß die Voraussagen für die Zukunft Italiens ähnlich leicht seien wie die für Deutschland[19].

Hitler parlò anche dell'Italia, deplorando che la lotta politica non gli lasciasse tempo di visitare Roma, Firenze ed altre nostre città famose, poi disse che per l'avvenire dell'Italia i pronostici erano facili come per l'avvenire della Germania[21].

---

15 In Frankreich war am 4.9.1870 die Republik ausgerufen worden.

16 Folgt folgender Kommentar: "Dies bezog sich natürlich auf die von Juden geleiteten oder kontrollierten Zeitungen: von der 'Vossischen Zeitung' Georg Bernhards bis zum 'Berliner Tageblatt' von Theo Wolff. Hier seien nur diese Zeitungen genannt und nicht jene, die von der gleichen Gruppe der 'Vossischen' und des 'Tageblattes' vertrieben wurden (Ullstein und Mosse), oder die aus der Provinz, die keinesfalls weniger wichtig waren."

17 Allgemein zum damaligen Verhältnis Hitler-Mussolini vgl. Dok. 2, Anm. 6.

18 Ende April/Anfang Mai 1931 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini mit MdR Hermann Göring erstmals einen hochrangigen Nationalsozialisten empfangen. Hitler, der schon lange den Wunsch einer Reise nach Italien hegte, verstand dies als Signal. Am 15.10.1931 berichtete der Leiter der italienischen Handelskammer in Berlin, Giuseppe Renzetti, nach Rom, Hitler habe bereits vor einigen Monaten diesen Wunsch an ihn herangetragen. Eine solche Reise solle seine Sympathie für Italien sowie seine Bewunderung für den Duce zum Ausdruck bringen, wie überhaupt den hohen Stellenwert guter deutsch-italienischer Beziehungen. Renzetti erhielt jedoch am 20.11.1931 aus Rom die Weisung, es sei besser, wenn Hitler vorerst nicht nach Italien komme. Erst die damaligen Wahlerfolge der NSDAP durchbrachen für kurze Zeit Mussolinis Ablehnung, so daß er vorschlug, Hitler am 11.12.1931 als privaten Gast der faschistischen Partei zu empfangen. Hitler hatte bereits sein österreichisches Visum erhalten, als Renzetti ihn am 6.12.1931 erneut um eine Verschiebung seiner Reise bat - aus Gründen, 'die nur der Duce kenne', womit wohl die sogenannte Boxheimer Affäre samt ihrer politischen Folgen gemeint war. Während die Spekulationen der Presse über Hitlers Auslandsreisen nicht abrissen, versuchte dieser in immer neuen Anläufen die italienische Seite auf seinen Wunsch aufmerksam zu machen. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 232 ff.; Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968, S. 314 ff.; Alfred Kube, Pour le mérite und Haken-

4. Februar 1932 Dok. 17
Rede auf Reichsführertagung der NSDAP in München[1]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 121[2].

Nach einer Reihe von Referaten [...] redet der Führer. Er deutet die großen Tagesprobleme nur an, aber so souverän und mit soviel Witz und Überlegenheit, daß alles mitgerissen wird. Er bleibt unbestechlich in seinem Urteil. Jedermann weiß nun, daß die alte Linie eingehalten wird[3].

---

kreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 17 f.; I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie: 1922-1935, Vol. XI, Roma 1981, Doc. 79, 110. Ferner die Berichte des deutschen Botschafters in Rom Carl von Schubert; PA-AA, Referat Deutschland, Politik 5: Akten betr. Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 1.

19 Folgt folgender Kommentar: "Ich glaube, der Grund für die Unterbrechung der Unterhaltung lag in dem unruhigen Schweigen von Heß, der neben Hitler den Eindruck von Patroklos erweckte. Als ich den Führer und seinen Stellvertreter aus dem Hotel kommen sah, um in das Auto zu steigen, das schon von der Menge umringt war, sah ich in Wirklichkeit zwei Männer, die gewohnt waren, sich ohne Worte zu verständigen. Als ich später lesen sollte, daß Hitler, nunmehr Kanzler und Führer des Reiches geworden, Heß mit der Vertretung an der Spitze der Partei betraut hatte, wunderte ich mich nicht: Ich dachte zurück an den Elephant."

20 "Il che evidentemente si riferiva ai giornali diretti o controllati da ebrei, dalla Vossische Zeitung, di Georg Bernhard, al Berliner Tageblatt, di Theo Wolff, per non citare gli altri editi dagli stessi due gruppi a cui appartenevano la Vossische e il Tageblatt (Ullstein e Mosse) e quelli di provincia, per nulla minori."

21 "Credo che a far cessare la conversazione abbia a questo punto contribuito l'impaziente silenzia di Hess, che a fianco a Hitler suscita la visione di Patroclo. Quando vidi il Führer e il suo Luogotenente uscire dall'albergo per salire nell'automobile già circondata dalla folla vidi in realtà due uomini usi a comprendersi senza parlare. Il leggere, tempo dopo, che Hitler, diventato Cancelliere e Capo del Reich, aveva incaricato Hess di rappresentarlo alla testa del partito non mi sorprese: ripensai all'Elephant."

1 Im Braunen Haus, Brienner Straße 45. An der Tagung, die vom 2.2. bis 4.2. dauerte, nahmen die gesamte Reichsleitung der NSDAP, alle Gauleiter sowie alle nationalsozialistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten teil. Die Veranstaltung sollte der Vorbereitung des Reichspräsidentenwahlkampfs sowie der Klärung einiger politischer und organisatorischer Fragen dienen, die das sprunghafte Anwachsen der NSDAP mit sich brachte. Neben Hitler sprachen der Reichsorganisationsleiter II der NSDAP, Konstantin Hierl, der in Vertretung des erkrankten Reichsorganisationsleiters I der NSDAP, Gregor Straßer, die Tagung leitete; ferner die folgenden nationalsozialistischen Funktionäre: Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels, der Leiter der Agrarpolitischen Abteilung Richard Darré, der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung Otto Wagener, der Leiter der Reichsbetriebszellen-Abteilung (NSBO) Walter Schuhmann, Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz, Reichsgeschäftsführer Philipp Bouhler, der Leiter des Personalamts Wilhelm Friedrich Loeper, der Vorsitzende des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses Walter Buch und der Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters I Paul Schulz.

2 Vgl. auch National Zeitung vom 2.2.1932, "Die Gerüchte über Hitlers Kandidatur"; NSK vom 3.2.1932, "Reichsführertagung der NSDAP"; Münchner Neueste Nachrichten vom 4.2.1932, "Führertagung der N.S.D.A.P."; National Zeitung vom 4.2.1932, "Die Führertagung in München"; Vossische Zeitung vom 4.2.1932 (MA), "Die 'Führer' im Braunen Haus"; Der Nationalsozialist vom 5.2.1932, "Hitler allein führt!"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 5.2.1932, "Abschluß der Führertagung der N.S.D.A.P."; Illustrierter Beobachter vom 20.2.1932, "Paroleausgabe im Braunen Haus".

3 Die nationalsozialistische Presse berichtete relativ zurückhaltend über diese Veranstaltung, der *Völkische Beobachter* war damals allerdings verboten. Daß Hitler selbst sprach, ist lediglich in den Tagebüchern von Goebbels überliefert. Dort ist auch vermerkt, daß er am 2.2. bei einer "Konferenz der Amtsleiter" eine "Darstellung der Lage" gegeben und am Abend des 4.2. mit den Gauleitern "noch einmal die Einzelheiten der politi-

5. Februar 1932 Dok. 18
"An alle Reichsredner[1]"
Aufruf

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift Bormanns; Nds. HStA Hannover, Hann. 310 II A, 37 II.

In den kommenden Wochen beginnen die vielleicht letzten großen Entscheidungskämpfe. Die Bedeutung der Reichspräsidentenwahl[2] sowie der Wahl zum preußischen Landtag[3] ist eine ausschlaggebende[4]. Die Größe des Erfolges hängt ab von der Wirksamkeit unserer Propaganda[5]. Ein durchschlagender Erfolg kann nur erzielt werden, wenn sämtliche Reichsredner von der Reichspropaganda-Leitung[6] einheitlich verteilt und eingesetzt werden können.

---

schen Situation" besprochen habe. Möglicherweise resultierte die Zurückhaltung der Presse aus Hitlers Zögern, der sich noch immer nicht endgültig für eine Kandidatur um das Reichspräsidentenamt entschieden hatte, was für erhebliche Unruhe in der NSDAP sorgte. Goebbels' Bemerkung ist denn vermutlich auch Ausdruck seiner Hoffnung, daß sich Hitler doch noch hierzu entscheiden würde. Vgl. Dok. 29, Anm. 4 sowie den Eintrag vom 29.1.1932 im Tagebuch des Staatssekretärs im Reichsministerium der Finanzen, Hans Schäffer: "*Schleicher* erzählt darauf, es gehe jetzt in München im 'Braunen Haus' sehr merkwürdig zu. Die Unterführer bestürmten *Hitler*, er solle selbst als Bewerber um die Reichspräsidentenschaft auftreten. Es will das aber unter keinen Umständen tun. Es wäre geradezu grotesk, wenn man sich ihn als Reichspräsidenten vorstellte. Er sei ein unklarer Mann, der auf keine Frage mit 'ja' oder 'nein' antworte, sondern immer etwas ganz Verschwommenes daherredete. Er wisse sicher auch gar nicht, was er wolle." Druck: Politik und Wirtschaft, Bd. 2, Dok. 415.

1 1928 hatte der Gauleiter des Gaues Oberbayern(-Schwaben) Fritz Reinhardt begonnen, den Rednernachwuchs der NSDAP systematisch zu schulen. Nachdem Reinhardts Schule in Herrsching am 10.6.1929 offiziell den Status einer Reichsrednerschule der NSDAP erhalten hatte (seit 15.11.1930: Reichspropaganda-Abteilung II), konnte diese Institution bis 1933 - zumeist in Fernkursen - etwa 6.000 nationalsozialistische Funktionäre rhetorisch ausbilden, die damit den Status von "Reichsrednern" erhielten. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 69 f. sowie Bd. IV/1, Dok. 22.

2 Obwohl das Scheitern von Brünings Plan, Hindenburgs Amtszeit als Reichspräsident auf parlamentarischem Weg zu verlängern, dessen Vertrauen zu Brüning nachhaltig erschüttert hatte, erklärte Hindenburg am 27.1. 1932, "wenn das Volk ihn zum Reichspräsidenten wieder haben wolle, dann könne er sich dem natürlich nicht entziehen". Auch einen Rücktritt Brünings, der einer Wiederwahl Hindenburgs durch die Rechtsparteien nicht im Weg stehen wollte, lehnte er entschieden ab. Tags darauf schränkte er gegenüber Brüning allerdings ein, seine Kandidatur dürfe nicht "auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Rechten" stoßen und seine Wiederwahl müsse "im ersten Wahlgang als gesichert angesehen werden". Nach weiteren vergeblichen Verhandlungen insbesondere mit DNVP und Stahlhelm erklärte sich Hindenburg offiziell erst am 15.2.1932 zu einer Kandidatur bereit, nachdem der zu seiner Wiederwahl konstituierte Hindenburg-Ausschuß hierfür drei Millionen Unterschriften gesammelt hatte. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 646, 657, 665, 666, 673; Dorpalen, Hindenburg, S. 243 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 704 ff. Ferner Dok. 6, Anm. 5 und Dok. 12, Anm. 6.

3 Die letzte preußische Landtagswahl hatte am 20.5.1928 stattgefunden; am 14.3.1932 bestimmte der Ständige Ausschuß des preußischen Landtags den 24.4. zum Wahltag. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 769.

4 Hitler hatte sich zum damaligen Zeitpunkt noch nicht entschieden, für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Vgl. Dok. 29, Anm. 4.

5 Für die Reichspräsidentenwahl wurde die nationalsozialistische Propaganda, die Goebbels mit Hitler während der Reichsführertagung der NSDAP festgelegt hatte, durch deren Reichspropaganda-Abteilung straff und einheitlich organisiert: Plakate, Wahlzeitungen und Schlagwörter wurden nach zentralen Vorbildern ausgerichtet. Allein für die letzten beiden Wochen vor dem Wahltag waren im gesamten Deutschen Reich rund 50.000 Mas-

Ich ordne daher an:

Alle Reichsredner haben für die Dauer der Reichspräsidenten- und der Preußenwahl - abgesehen von ihrer sonstigen rednerischen Tätigkeit - mindestens 30 Termine der Reichspropaganda-Leitung zur Verfügung zu stellen. Die Anordnungen der Reichspropaganda-Leitung sind unbedingt zu befolgen. Ich erwarte von allen Reichsrednern, daß sie aus eigener Einsicht ihr allerhöchstes tun, um den entscheidenden Sieg herbeizuführen. Vom obersten Führer bis zum letzten Mann gibt es nun nur noch ein einziges Handeln der höchsten Disziplin sowie der bedingungslosesten Einfügung in die getroffenen Anordnungen [*sic!*].

München, den 5. Februar 1932

gez. *Adolf Hitler*

Für die Richtigkeit
Bormann[7]

senkundgebungen geplant, außerdem sollten ca. 8.000.000 Broschüren, 12.000.000 Zeitungs-Extraausgaben und 1.000.000 Bildplakate eingesetzt werden. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 95 ff.; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 121 f. Ferner Dok. 17 sowie VB vom Februar 1932 (Sonder-Nummer), "Das Signal zum Angriff!".

6 Am 16.9.1926 hatte Gregor Straßer die Leitung der Propaganda-Abteilung übernommen, am 2.1.1928 jedoch faktisch an seinen Geschäftsführer Heinrich Himmler abgegeben. Nach den kümmerlichen Anfängen, die geprägt waren vom dilettantisch-bürokratischen Führungsstil Himmlers, gewann die nationalsozialistische Propaganda erst professionellen Charakter, als Joseph Goebbels am 27.4.1930 mit der Leitung dieser Abteilung beauftragt wurde. Obwohl dem Berliner Gauleiter vorerst nur ein Teil der propagandistischen Kompetenz der NSDAP unterstellt war, gelang es ihm, einen Propagandaapparat zu organisieren, der sich dem aller übrigen deutschen Parteien überlegen zeigte - ungeachtet der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der NSDAP und der geringen personellen Ausstattung dieser Abteilung (Ende 1931 zehn hauptamtliche Kräfte). Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 64 ff. sowie Bd. II/1, Dok. 29; Bd. II/2, Dok. 198, 204, 211, 212; Bd. III/3, Dok. 38.

7 Martin Bormann (1900-1945), 1919 landwirtschaftlicher Eleve, 1920 Inspektor auf einem mecklenburgischen Gut, 1922/23 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1924 wegen Beteiligung an einem Fememord zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, danach Mitglied des Frontbanns, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1927 Gaupresseobmann in Thüringen, 1928 Gaugeschäftsführer der NSDAP in Thüringen, 1928-1930 dem Stab der Obersten SA-Führung zugeteilt, Gründer und Leiter der "Hilfskasse der NSDAP", 1933-1941 Stabsleiter des "Stellvertreter des Führers" Rudolf Heß, Reichsleiter der NSDAP, 1941 Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, April 1943 "Sekretär des Führers", 1945 Selbstmord, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg in absentia zum Tode verurteilt.

9. Februar 1932 Dok. 19
Rede auf SA-Versammlung in Berlin [1]

VB vom 11.2.1932, "'Wir haben an Stelle der eisernen Front die lebendige Front'" [2].

S.A.-Kameraden!

Ich bin gekommen, um Sie zu begrüßen und Ihnen zugleich zu danken. Vor vielleicht einem Jahre, da hatten gewisse Kreise und ihre Presse die Hoffnung, daß nunmehr der Augenblick des Zerfalls der nationalsozialistischen Bewegung und insbesondere der Augenblick der Auflösung der S.A. gekommen sei [3]. Sie kennen selbst die *Flut der unwahren Meldungen,* die damals in die Öffentlichkeit gejagt worden sind [4], mit dem ausgesprochenen Zwecke, das Vertrauen zur Führung zu untergraben und das Vertrauen der Führung zur S.A. zu erschüttern. Ich danke Ihnen daher, daß Sie heute hierher gekommen sind, meine Kameraden! Denn ich glaube, das ist nach rund einem Jahre die Antwort, die niemand weglügen und wegleugnen kann. *Die S.A. Berlins steht und wird durch nichts erschüttert und gebrochen.*

Bei Gründung der nationalsozialistischen Bewegung waren wir uns klar, daß die schönste Idee so lange zwecklos bleibt, solange sie nicht *ihre Verwirklichung in der lebendigen Masse des Volkes* findet. Damals haben wir die großen Grundsätze unserer Bewegung aufgestellt.

---

1 Im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 (Bezirk Tiergarten), nach 21.00 Uhr. Hitler sprach etwa eine Stunde. An der Versammlung nahmen, so die Vorlage, ca. 15.000 SA-Männer teil.
Zum Versammlungsablauf bemerkt die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*: "Im Innenraum und auf den Rängen waren die Stürme aufmarschiert, an ihrer Spitze die sechs Standarten der Gruppe Berlin-Brandenburg. Außer den SA-Mitgliedern wurden *nur die Presse* und *geladene Gäste* zugelassen; anwesend waren u. a. Vertreter der Botschaften bzw. Gesandtschaften von Amerika, Italien, Ungarn, Bulgarien, Türkei, Bolivien, Schweden, Lettland, Finnland und Norwegen. Kurz nach neun Uhr erschien Hitler, begleitet vom Stabschef *Röhm*, Gruppenführer Graf *Helldorf* usw. Auch Prinz August Wilhelm war anwesend. Graf Helldorf meldete die SA, worauf Hitler das Wort nahm."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 10.2.1932, "15.000 Berliner SA-Männer stehen vor dem Führer"; Berliner Tageblatt vom 10.2.1932 (MA), "'Der Führer'"; Deutsche Zeitung vom 10.2.1932, "Appell der SA Berlin und Brandenburg"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 10.2.1932, "Hitler sprach im Sportpalast"; Vorwärts vom 10.2.1932 (MA), "Hitler-Parade in Berlin"; Vossische Zeitung vom 11.2.1932 (MA), "Weshalb SA-Appell?". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 125 sowie J[*ulek*] K[*arl*] von Engelbrechten, Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 204 f.

3 Anspielung auf die sog. Stennes-Revolte. Im Auftrag Hitlers hatte Röhm am 1.4.1931 Walter Stennes als OSAF-Ost abgesetzt, tags darauf wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen. Damit sollte auch gegenüber den Teilen der SA ein Zeichen gesetzt werden, die im Gegensatz zu Hitler mit dem Gedanken einer revolutionären Machtübernahme sympathisierten. Stennes versuchte daraufhin, die Führung der NSDAP in Berlin und Ostdeutschland an sich zu reißen, indem er noch am selben Tag die Räume der Berliner Gauleitung und des *Angriffs* besetzte. Nach wenigen Tagen setzte sich die Reichsleitung der NSDAP jedoch endgültig gegenüber Stennes durch. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984, S. 73 ff. sowie Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 89, 93, 99 f., 115., Bd. IV/2, Dok. 18.
Zum Prozeß Stennes' gegen Hitler vgl. Dok. 9.

4 Zur Reaktion der Presse auf die Abspaltung der Stennes-Gruppe von der NSDAP vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 80 f.

Nationalismus bis zur äußersten Hingabe, Persönlichkeitswert im Sinne höchster Autorität des Führergedankens und Kampfbereitschaft bis zur Selbsthingabe und bis zur Selbstaufopferung.

Sie haben seitdem in Deutschland das *große Wunder des Werdens des Wachsens, Ausbreitens unserer Bewegung erlebt.* Diese drei Grundsätze sind heute bereits Millionen Menschen in Fleisch und Blut übergegangen. Hunderttausende leben nach ihnen und sind bereit, für sie zu kämpfen. *Auf der Basis dieser Grundsätze ist die größte Organisation aufgebaut worden, die es als politische Bewegung in Deutschland überhaupt jemals gegeben hat*[5]. Wir werden am Ende des nächsten Monats *die erste Million eingeschriebener Mitglieder* zählen[6], und wir wissen, daß jeder Nationalsozialist, der sich offen als Kämpfer zu uns bekennt und in unsere Reihen sich freiwillig einreiht, mindestens 20 andere hinter sich sieht.

Daß unsere Bewegung berufen ist, das deutsche Schicksal zu wenden, geht vielleicht am eindeutigsten aus der Haltung unserer Gegner selbst und aus dem Umfang und der Art ihres Kampfe gegen unsere S.A. hervor.

Es ist unser Stolz und unsere Ehre, von allen Feinden des Vaterlandes in- und außerhalb der Grenzen am meisten gehaßt zu werden.

Sie täuschen sich, wenn sie glauben, durch die Flut ihrer Lügen und Verleumdungen uns bedrücken oder durch den Haß einschüchtern zu können.

Im Gegenteil! Es gibt eine "öffentliche Meinung", von der wir nicht gepriesen werden möchten und die wir lieber als Gegner sehen, weil wir einmal auch *als Gegner mit ihr abrechnen werden.*

Auch die Bewegung hier in Berlin mußte vier Stadien überwinden[7]. Das erste war die *Periode des Totschweigens* durch unsere Gegner. Dann begann man die ihnen verhaßte Organisation *lächerlich zu machen,* wie es vielleicht am meisten die S.A. hat erleben müssen. Aber das Lachen, meine Kameraden, ist den Herrschaften jetzt schon gründlich vergangen. Sie mußten dann zu anderen Waffen greifen, *zur Lüge und Verleumdung.* Damit setzte die zweite große Kampfepoche besonders wieder gegen die S.A. ein, wie Sie es hier vor allem im Zentrum dieses Kampfes erlebt haben. Lügen und Verleumdungen, so daß man nur staunen muß über das geduldige Papier. Was hat man hier zusammengelogen! Vor einem Jahr noch, da hieß es, die Partei sei im Zerfall, die S.A. im Zerfall. Da hieß es weiter, die S.A. meutert und umgekehrt, der Führer löst die S.A. auf[8]. Man ging sogar dazu über, einen Kampf zwischen der Führung,

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, ferner 3, 6 und 10.

6 Die NSDAP vergab im Februar 1932 die Mitgliedsnummer 900.000, im März 1932 die Mitgliedsnummer 950.000 und im April 1932 die Mitgliedsnummer 1.000.000. Die parteieigene Statistik der NSDAP wies bis zum 30.1.1933 allerdings im ganzen nur 849.009 Parteieintritte aus. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352; Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, o. O., o. J., S. 12 sowie Dok. 1, Anm. 7 und 8.

7 Zur Frühgeschichte der NSDAP in Berlin vgl. Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VfZ 8 (1960), S. 85-118.

8 Hitler hatte bereits am 1.9.1930, nach den ersten Unruheerscheinungen innerhalb der SA, deren Führung persönlich übernommen. Anstelle des bisherigen Obersten SA-Führers, Franz Pfeffer von Salomon, fungierte sein Nachfolger Ernst Röhm lediglich als Stabschef der SA, der Hitler unterstellt blieb. Vgl. Bd. III/3, Dok. 99 ff.

zwischen dem Stabschef und dem Führer, zwischen der S.A.-Führung und der politischen Leitung zu konstruieren[9].

Und die Antwort, Kameraden!

In einem Jahr haben wir, ich und mein Stabschef, die Organisation hergestellt, so wie sie nun dasteht. Allen diesen Lügnern als Antwort! Sie werden natürlich das Lügen damit nicht aufgeben. Aber wir geben auch die Arbeit nicht auf!

Und was ist nun das Ergebnis?

Die Organisation ist härter und selbstbewußter als jemals zuvor. Sie ist durch ein ununterbrochenes Fegefeuer von Angriffen und Lügen gegangen, daß sie heute überhaupt nicht mehr angreifbar ist.

Und dann kam die vierte Periode des Kampfes, den die S.A. am schwersten auf sich nehmen mußte. Die Epoche des *Terrors.* Sie wissen gerade in dieser Stadt, wie der Terror sich ausbreitete. Sie kennen die Blutzeugen dieses Terrors in unserer Bewegung[10], und wieder können wir sagen: Es ist vergeblich gewesen. Sie haben uns viele Dutzende von rückwärts erstochen, erschossen und erschlagen und haben viele Tausende verletzt[11].

Aber aus 70.000 Mann vor einem Jahr sind heute nahezu 400.000 geworden[12]. *Das ist der Erfolg und das Ergebnis.*

---

9 Vgl. z. B. Hitlers Dementi vom 30.7.1931. Druck: Bd. IV/2, Dok. 13.

10 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12. Zum Verlauf der gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen in Berlin vgl. Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 305 ff.

11 In seinem Bericht Nr. II 1420 a 1 B/7.12. vom 15.2.1932 informierte der Preußische Minister des Innern den Reichsminister des Innern über seine Ermittlungen zu einer Liste der NSDAP über angebliche Überfälle durch politische Gegner. Von den genannten 121 Fällen hätten fünf nicht in Preußen stattgefunden, 17 Fälle seien der Polizei unbekannt, 21 erschienen recht zweifelhaft, in sechs Fällen handele es sich um private Streitigkeiten, in drei Fällen um Unfälle und in 14 Fällen seien "Nationalsozialisten als Urheber der Zusammenstöße anzusehen". "Hiernach verbleiben von den in der Liste aufgeführten 121 Fällen weniger als die Hälfte, nämlich 55, in denen man zwar nicht immer von Überfällen, so doch jedenfalls von Zusammenstößen mit politischen Gegnern sprechen kann, die wohl von diesen hervorgerufen sein könnten. Wie ich bereits aus Anlaß der Übersendung der Stahlhelm-Liste bemerkt habe, sind auch von den angeblichen Überfällen auf Nationalsozialisten eine größere Anzahl recht unbedeutender Natur; in vielen dieser Fälle haben die Verletzten nicht einmal Anzeige bei der Polizei erstattet." [...] "Im übrigen muß nicht selten auch der Verdacht geäußert werden, daß Nationalsozialisten derartige Überfälle erfinden, um sich in den Genuß der SA-Versicherung zu setzen." Zu einem ähnlichen Ergebnis kam der Abschlußbericht Nr. I A 2100/28.1.II. des Reichsministeriums des Innern vom 25.5.1932, in dem die entsprechenden Berichte der Länder zusammengefaßt wurden. BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25792 und 25793/1. Vgl. ferner Bd. IV/2, Dok. 71 und 86.

12 Nach parteieigenen Angaben zählte die SA im Januar 1932 290.000 Mitglieder, jedoch erst im Juni desselben Jahres 397.000 Mitglieder. Vgl. Longerich, Braune Bataillone, S. 159 sowie Dok. 1, Anm. 9.
Vgl. auch den Bericht der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern Nr. 2100 d/30.1.- e.f. vom 18.2.1932, in dem es u. a. heißt: "Was die Stärkezahlen angeht, so kann Hitlers Angabe, die SA sei 300.000 Mann stark (Hitlers Neujahrsbotschaft 1932 im Völkischen Beobachter 1/2 vom 1./2. Januar 1932) wohl zutreffen, wenn man die zahlenmäßig nachgewiesene Novemberstärke 1931 von 221.136 Mann auf den 1. November 1931 bezieht und eine gleiche monatliche Steigerung von rund 29.000 Mann monatlich (wie von Oktober zu November 1931) nimmt. Die von Hitler bei dem Berliner SA-Appell am 9. Februar 1932 genannte Zahl von 400.000 'Kämpfern' erscheint nur erklärlich, wenn die SS, die Hitler-Jugend und andere Sonderorganisationen (NSKK, NSDStB) einbezogen werden." Vgl. auch Staat und NSDAP, Dok. 59 a.

Auch dieser Terror wird genau so überwunden werden, wie wir bisher alle Gefahren überwunden haben. Und wenn uns heute eine sog. "eiserne" Front[13] mit grimmigen Redensarten bedroht,

so haben wir an Stelle der "eisernen" Front eine lebendige Front.

Ich weiß nicht, wozu mehr Eisen gehört, unter der offiziellen Sonne zu blühen und zu gedeihen oder im Sturme des ewigen Angriffes zu dem zu werden, was wir heute sind.

Wenn jemand in Deutschland von Eisen reden kann, meine Kameraden, das Eisen der deutschen Nation, das seid Ihr, Ihr ganz allein! Die anderen mögen von Eisen reden, wir werden ihnen einmal unsere Güte beweisen.

Wir können mit der größten Zuversicht den kommenden Ereignissen entgegensehen. Unsere Gegner wissen eines nicht: Je unbegrenzter bei uns die Freiheit des Geistes ist, um so schärfer ist die Disziplin und Geschlossenheit der Organisation. Wer diese Organisation kennt, der weiß, daß es in ihr nicht das gibt, was das Leben der anderen politischen Parteien ausmacht, die sich den Kopf darüber zerbrechen, welche Entscheidungen wir jetzt treffen werden[14]. Die Herren bemühen sich vergeblich. *Unser Entschluß wird zur richtigen Zeit getroffen und zur richtigen Zeit bekanntgegeben.* Ich weiß, daß in Deutschland eine Millionenpartei voll Begeisterung aufschreien wird über unseren Entschluß, und ich weiß es vor allem von Euch meine Kameraden, denn etwas vergessen unsere Gegner: Sie glauben, daß alles bei uns nach Befehlen geschieht.

Meine Freunde, wenn Ihr heute hier steht, dann weiß ich, was Euch hergeführt hat. Es ist nicht ein toter Befehl, es ist Euer eigener Wille. Es ist Euer eigener Glaube, Euer eigenes Inneres, das Euch herführt, genau wie mich der Glaube an Euch hierhergeführt hat! Das verstehen unsere Gegner nicht, daß es über den toten Befehlen noch etwas anderes gibt, etwas Lebendiges, von dem die anderen Parteien keine Ahnung besitzen. Daher verstehen Sie auch nicht das Übereinstimmen in unserem Denken.

Mein lieber S.A.-Mann, was Du im Augenblick von der kommenden Wahl[15] denkst, das weiß ich, und Du weißt auch, was ich darüber denke.

Wenn irgendeine Bewegung mit eisigster Ruhe den Entscheidungen entgegensehen kann, dann ist es die unsere ganz allein. Wir haben 12 Jahre lang gearbeitet, in guten und in sehr schlechten Zeiten. Wir sind dieser Bewegung treu geblieben in Zeiten des Aufstiegs und in Zeiten der Not, und in diesem schweren Kampf ist auch eine Organisation entstanden, die heute *selbstbewußt und zuversichtlich* sein kann.

Wir haben getan, was Menschen überhaupt nur tun konnten. Und nun vertrauen wir dem Schicksal, daß es die Arbeit von uns nicht verdammen, sondern segnen wird. Daß es aus der Arbeit und aus den Opfern, aus der Not und dem Tod so vieler unserer Kameraden das erwachsen läßt, was wir uns alle ersehnen und war wir uns alle erhoffen:

An Stelle des Regiments der Parteien des Novembers 1918[16] *ein neues Deutsches Reich!*

Dieses neue Reich muß zuerst seine neuen Bürger haben, und das Ehrenkleid dieser Bürger wird eine andere Farbe haben als die Parteikleider von jetzt.

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

14 Vgl. Dok. 18, Anm. 4, Dok. 17, Anm. 3, ferner Dok. 29, Anm. 4.

15 Anspielung auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl und die preußische Landtagswahl. Vgl. Dok. 18, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 29, Anm. 4.

16 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

Es kommt die Stunde, da wird das Braun[17]*, das man heute verpönt*[18]*, durch ganz Deutschland leuchten, und aus 400.000 Deutschen werden dann viele Millionen geworden sein.*

Man hat Euch wohl das Hemd ausgezogen, aber in Euren Augen blitzt überall das Feuer, und ich sehe an Eurer Stirn *denselben Willen und Entschluß.* Ihr marschiert heute vor Euren Standarten[19] und Adlern[20], tragt vor Euch Eure Sturmfahnen. Meine Kameraden vergeßt nicht, daß einst diese Adler zu Tausenden durch ganz Deutschland getragen werden müssen und daß hinter diesen Adlern und Zehntausenden von Fahnen einmal das ganze deutsche Volk marschieren muß und marschieren wird.

Ich baue auf Euch meine Kameraden! Baue auf Euch blind und bin überzeugt, daß Ihr genau so in höchstem Gehorsam und in höchster Pflichterfüllung Eure Leistungen vollbringen werdet zu diesem großem Werk der Zukunft!

S.A. Berlin! Sieg Heil[21]*!"*

---

17 Vgl. Dok. 10, Anm. 17.

18 *Erste* Verordnungen gegen das Tragen nationalsozialistischer Uniformen in der Öffentlichkeit hatten die Länder Hessen (10.4.1930), Preußen (11.6.1930), Baden (13.6.1930) und Hamburg (25.8./8.9.1930) erlassen. Bayern hatte am 5.6.1930 Uniformen für politische Verbände generell verboten. Nachdem die Obergerichte in Baden, Preußen und Hamburg die Verbote nationalsozialistischer Uniformen durch die Länder als nicht ausreichende Rechtsgrundlage abgelehnt hatten, versuchte die Reichsregierung ein solches Verbot auf der Grundlage von § 8 der *Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen* vom 28.3.1931 durchzusetzen. Daraufhin erließen Bayern (11.5./29.9.1931) und Bremen (5.12.1931) erneut Uniformverbote für sämtliche politischen Organisationen. Verbote, die speziell Mitgliedern der NSDAP das Tragen von Uniformen untersagten, bestanden in den Ländern Preußen (31.3.1931), Anhalt (2.4.1931), Mecklenburg-Strelitz (18.4.1931), Schaumburg-Lippe (25.4.1931), Hamburg (7.7.1931), Baden (11.7.1931), Lübeck (2.9.1931) und Hessen (9.9.1931). Nach langen Diskussionen vereinheitlichte die Reichsregierung schließlich in Teil acht, Kapitel II ("Uniformverbot") der *Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten* vom 8.12.1931 das Verbot von politischen Uniformen für *alle* deutschen Länder; § 1 lautete: "(1) Das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, ist außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Das Verbot gilt für jedermann. (2) Wer dem Verbot zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wenn mildernde Umstände vorliegen, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2077, Anm. 2; Pyta, Gegen Hitler, S. 294 ff., 341 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 610 ff. Druck der Verordnungen des Reichspräsidenten: RGBl. 1931, I, S. 79 ff., 743 f.

19 Als Erkennungszeichen für die SA waren die ersten Standarten am 28.1.1923 verliehen worden. Nach der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 wurde die Form der Standarten vereinheitlicht und als eine Art Feldzeichen für alle SA-Verbände eingeführt. Vgl. Halcomb, S.A., S. 247 ff.

20 In Anknüpfung an die römischen Legionsadler trugen die SA-Standarten an ihrer Spitze ein, von einem Eichenlaubkranz umzogenes, Hakenkreuz, das von einem goldenen Adler gehalten wurde. Das alte Herrschaftssymbol des Adlers besaß antike Wurzeln, verkörperte aber ebenso die deutsche Reichstradition, die heraldisch auch vom damaligen Deutschen Reich fortgeführt wurde. Die offizielle, von Hitler selbst entworfene Symbolik der NSDAP versuchte an beide Traditionen anzuknüpfen, wobei die Behauptung, daß es sich bei diesem Wappentier um eine altes "arisches Symbol" handele, eine zusätzliche Begründung lieferte. Zusammen mit den übrigen beiden Komponenten - Hakenkreuz und Eichenkranz - entwickelte sich der Adler zu einem Erkennungszeichen der NSDAP, das anfangs etwa bei den SA-Standarten oder auf der Titulatur des *Völkischen Beobachters* eingesetzt wurde, seit 1927 beispielweise auch auf Ansteckzeichen, seit 1928 auf dem Koppelschloß der SA und seit 1930 auf den Dienststempeln der NSDAP. Vgl. Halcomb, S.A., S. 250 ff.; Tyrell, Führer befiehl, S. 46 f.

21 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungablauf. Hierzu bemerkt *Der Angriff*: "Der *Präsentiermarsch* schmetterte durch die Riesenhalle, und der Führer beginnt die Front abzuschreiten. Direkt neben dem Führer sit-

10. Februar 1932 Dok. 20
Rede auf SS-, HJ-, NSDStB-, NSKK- und NSDAP-Amtswalter-Versammlung in Berlin [1]

Der Angriff vom 11.2.1932, "'Wir sind keine Bürger von 1918!'" [2].

Kameraden!

Der Zweck und die Aufgabe unserer Bewegung wird uns mit dem Augenblick klar, da wir den Blick hierher wenden und die Jugend sehen, die heute dem Verderben geweiht wäre ohne unsere Bewegung. Zwei eurer Kameraden, ihr Jungen, wurden draußen erschlagen, von feiger Mörderhand gemeuchelt [3]. Aber wir wissen, der Tag kommt, da wir Rechenschaft fordern!

[...] [4]

Dann spricht der Führer von den ersten Monaten der Bewegung, von der Zeit, da noch wenig Jugend in den Reihen stand [5].

---

zen auf ihrer Ehrentribüne *die Verwundeten* der SA. Jedem reicht Adolf Hitler die Hand, und unter der erschütternden Gewalt seines mächtigen Auges schießt den tapferen Jungens das Wasser in die Augen. Sie werden diesen Tag nie vergessen. *Genau zwei Stunden* dauert das Abschreiten der Fronten trotz der viergliedrigen Aufstellungen in der Arena. Immer wieder hält der Führer an und spricht mit einzelnen Kameraden. Als er endlich oben im dritten Rang bei der *Horst-Wessel-Standarte* angelangt ist, hallt dröhnend und ergreifend das herrliche Lied des zum Symbol für alle Toten gewordenen Sturmführers durch den Saal. Die Uhr geht auf zwölf Uhr, als der Stabschef der SA, Hauptmann Röhm, in kurzer packender Ansprache der *freudigen Genugtuung* über das geschaffene Werk Ausdruck gibt und dem Führer aufs neue die *unerschütterliche Kampfestreue* der SA gelobt."

1 In den Tennishallen, Brandenburgische Straße 53 (Bezirk Wilmersdorf), abends. Die Versammlung, an der etwa 7.000 Angehörige der o. g. NS-Organisationen teilnahmen, sollte die Ansprache vor der Berliner SA am 9.2.1932 ergänzen (vgl. Dok. 19); aus Platzgründen war es an diesem Tag nicht möglich gewesen, jene Organisationen in die Veranstaltung zu integrieren. Vor Beginn seiner Rede schritt Hitler etwa eine Stunde lang die Front der angetretenen Formationen ab, die wegen des Uniformverbots in Zivil angetreten waren. Die Teilnahme des NSS war kurz vor Beginn der Versammlung durch das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verboten worden. Im Anschluß an Hitlers Rede sprach der Stabschef der SA Röhm.

2 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 10.2.1932, "'Der Führer'"; VB vom 12.2.1932, "Der zweite Berliner Appell vor Adolf Hitler". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 125 f. sowie Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 215 ff.

3 Gemeint sind: Herbert Norkus (1916-1932), Realschüler, 1931 Eintritt in die HJ, am 24.1.1932 bei einer HJ-Propagandaaktion erstochen.
Georg Preiser (1913-1932), Lehrling, 1931 Eintritt in die HJ, Kameradschaftsführer, am 7.2.1932 bei einer politischen Auseinandersetzung erschlagen.
Wegen ihrer Beteiligung an der Ermordung von Norkus wurden am 14.7.1932 die Kommunisten Georg Stolt und Werner Seeburg sowie der Anhänger des ehemaligen Berliner SA-Führers Walter Stennes, Johannes Kuhlmann zu drei Jahren und der Kommunist Werner Post zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Kommunist Ernst Kuhli und der Stennes-Anhänger Rudolf Gundel erhielten ein Jahr Gefängnis. Vgl. Der Angriff vom 23.1.1932, "Der Meuchelmord an dem Hitlerjungen. Schlesischer SA-Mann erschlagen"; vom 8.2.1932, "Hitlerjunge von Rotmord erschlagen! Reichsbanner schießt SA.-Leute nieder"; Frankfurter Zeitung vom 16.7.1932, "'10 Liter Bier für ein Menschenleben'" sowie Striefler, Kampf um die Macht, S. 363 f.

4 "Wie ein Aufschrei der Erlösung und der Wut geht es durch die jungen Menschen."

Vor zwölf Jahren waren es wenige Männer, dazu kamen dann bald ein paar meiner Kriegskameraden. Heute sind es allein 400.000 aktive Kämpfer in der SA und SS[6]!

Furchtbares haben die Vorkämpfer unserer Bewegung erdulden müssen. Aber an dem *Leidensweg* kann man am besten ermessen, zu welch großer Mission unsere Sache bestimmt ist.

Wir haben *alle* Stadien des Kampfes unserer Gegner durchlebt, von der *Nichtachtung* über *Lächerlichmachung, Lüge und Verleumdung* bis zum blutigsten *Terror.*

Aber nur in *schärfstem Kampf* werdet ihr Männer. Heute, Jungen, seid ihr noch *Knaben*, aber indem ihr schon jetzt Teil habt an dem Kampf für euer Volk, werdet ihr Männer werden, auf die ein Volk stolz sein wird.

Ihr werdet geschmäht von den Feinden Deutschlands. *Seid stolz darauf, von jenen beschimpft zu werden, die das Kainszeichen des Brudermordes*[7] *auf der Stirne tragen.* Seid glücklich, nichts mit diesen gemein zu haben!

Es ist kein Feigling unter euch, denn was sollte ihn zu euch ziehen, zu euch, die ihr nichts habt als *Leiden, Verfolgung, Terror* und *den Tod!*

[...][8]

Wundern Sie sich nicht, wenn einer dieser Jungen ohnmächtig wurde. Wer weiß, wann er zum letzten Male etwas zu essen bekam. Es gehört schon ein großer Idealismus dazu, Stunden und Stunden hier zu stehen mit leerem Magen. *Ein Idealismus, von dem die anderen keine Ahnung haben!*

Dann spricht der Führer von den zwölf Jahren des Kampfes, die hinter uns liegen.

Wir haben *zwölf Jahre* gewußt, wofür wir kämpfen, und glauben Sie sicher, wir werden es im *dreizehnten Jahre*, im Jahre der *Entscheidung*, nicht vergessen, was unser Ziel war!

Wir scheuen nicht jene Männer, die sich die *'Eisernen'* nennen[9], um sich Mut zu machen. Wir gehen unseren Weg nach dem Buchstaben des Gesetzes[10]; wenn aber jene dieses Gesetz vergessen, wie sie es 1918 vergaßen[11], so stehen wir ihnen entgegen, keine bürgerliche Front, wie sie ihnen damals gegenüberstand. Was ihnen heute entgegensteht, ist der *Wille der Nation!*

Was wir für Deutschland erkämpfen, das haben wir heute schon aufgebaut. Wenn ich das Resultat der Lügen des letzten Jahres überblicke, dann kann ich *zufrieden sein*. Je ärger die Lügen wurden, desto fester wurde die Disziplin in unseren Reihen, desto stärker wurde unsere Bewegung!

Wenn einmal unsere Adler[12] durch Deutschland getragen werden, dann sollen die Adler Brandenburgs[13] mit an der Spitze sein![14]

---

5 Vgl. Dok. 15, Anm. 90. Zur Entwicklung der nationalsozialistischen Jugendorganisationen vgl. Bd. IV/1, Dok. 106 und Bd. IV/2, Dok. 59.

6 Zur damaligen Größe der SA vgl. Dok. 19, Anm. 12.
Die SS besaß nach parteiinternen Angaben am 31.12.1931 eine Stärke von 14.964 Mann. Vgl. Bernd Wegner, Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn [4]1990, S. 80 f., Anm. 8.

7 Anspielung auf 1. Mose 4, 15.

8 "Atemlose Stille! Ein dumpfer Fall; ein Hitler-Junge ist zusammengebrochen. Kameraden tragen ihn hinaus. Einen Augenblick lang schweigt der Führer."

9 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

11 Vgl. Dok. 12, Anm. 24.

14. Februar 1932 Dok. 21
Rede auf Führertagung des Gaues München-Oberbayern der NSDAP in München [1]

VB vom 17.2.1932, "Hindenburg als Schildträger der rot-schwarzen Katastrophenfront" [2].

Es sind Wunder geschehen. Generalfeldmarschall von Hindenburg wird gegenwärtig von den Crispien[3], *Barth*[4] *und Genossen als der einzig mögliche Präsidentschaftskandidat hingestellt*[5]. *Das ist unsere Erziehungsarbeit; ich hätte gar nicht gedacht, daß die Sozialdemokratie jemals so patriotisch, so militaristisch werden würde* [6]. *Auch auf anderen Gebieten zeigt sich unsere*

---

12 Vgl. Dok. 19, Anm. 20.

13 Eine doppeldeutige Anspielung, die sowohl auf die Feldzeichen der brandenburgischen SA-Standarten (vgl. Dok. 19, Anm. 19 und 20) wie auch auf das traditionelle heraldische Symbol Brandenburgs, einen roten, goldbewehrten Adler auf silbernem Schild, Bezug nimmt.

14 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Am 13./14.2.1932 verhandelte Göring in Berlin im Auftrag Hitlers mit Seldte, Duesterberg und Hugenberg über dessen Vorschlag, die Harzburger Front geschlossen für eine Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen, falls dieser das Kabinett in ihrem Sinne umbilden werde. Den Verhandlungspartnern war es jedoch unmöglich, sich auf eine gemeinsame Kabinettsliste zu einigen, da Göring von vorneherein das Amt des Reichskanzlers, des Reichsinnenministers und des Reichswehrministers für die NSDAP forderte. Daraufhin beschloß man, jeweils eigene Kandidaten aufzustellen, wobei Göring eine Kandidatur Hitlers ankündigte. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 203 ff.; Politik und Wirtschaft, Bd. II, Dok. 436; Weiß/Hoser (Hrsg.), Die Deutschnationalen, S. 178.

1 Im Franziskanerkeller, Perusastraße 5, nach 14.15 Uhr. An der von Gauleiter Adolf Wagner geleiteten Tagung nahmen laut *VB* "mehr als 1.000 Ortsgruppen- und SA-Führer, Propaganda- und Pressewarte usw." teil.

2 Vgl. auch VB vom 17.2.1932, "Die Bewegung ist zum Endkampf gerüstet".

3 Arthur Crispien (1875-1946), Theatermaler, 1894 Eintritt in die SPD, 1902-1904 Angestellter der Ortskrankenkasse Königsberg, 1904-1906 Redakteur der *Königsberger Volkszeitung*, 1906-1912 Redakteur der *Volkswacht* Danzig, 1912-1914 Redakteur der *Schwäbischen Tagwacht* Stuttgart, 1915 Redakteur der Zeitschrift *Der Sozialdemokrat*, 1916 drei Monate Haft, 1917 Übertritt zur USPD, November 1919 bis Januar 1920 Vizepräsident und Minister des Innern der provisorischen württembergischen Regierung, 1919 Vorsitzender der USPD, 1920-1933 MdR (USPD, seit 1922 SPD), 1933 Emigration in die Schweiz.

4 Emil Barth (1879-1941), Klempner, 1914 Funktionär des Deutschen Metallarbeiterverbands, 1917 Mitbegründer der Organisation der revolutionären Obleute in Berlin, November bis Dezember 1918 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten (USPD), 1921 Sekretär der Berliner freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, 1922 Eintritt in die SPD.

5 Die SPD begann seit Januar ihre Anhänger auf eine Unterstützung von Hindenburg im Reichspräsidentenwahlkampf vorzubereiten. In seinem Leitartikel "Gegen Hitler und Kompanie!" kritisierte der *Vorwärts* vom 14.2. 1932 (MA) scharf die Entscheidung der KPD, für die Reichspräsidentenwahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. "Die Sozialdemokratie wird nicht den kommunistischen Unsinn mit zwei multiplizieren: sie wird sich nicht ohne sorgfältige Prüfung der Risiken zu einer sozialdemokratischen Kandidatur entschließen. Für eine bloße Zählkandidatur ist sie sich zu gut." Der Name Hindenburgs wurde in dem Artikel nirgends erwähnt, jedoch wurde folgendes Fazit gezogen: "Zu verhindern, daß vom 13. März oder vom 10. April dieses Jahres ab ein Faschist Deutschlands Oberhaupt wird, ist das Ziel jeder vernünftigen Arbeiterpolitik. Die Sozialdemokratie wird in nüchterner Überlegung die Mittel wählen, um *einen Sieg des Faschisten zu verhüten*." Einen offiziellen Aufruf, Hindenburg zu wählen, verabschiedete der Parteivorstand der SPD allerdings erst am 26.2.1932. Vgl. Vorwärts vom 14.2.1932 (MA), "Gegen Hitler und Kompanie!" sowie Dok. 29, Anm. 33. Ferner Winkler, Katastrophe, S. 511 ff.

Erziehungsarbeit: Das feine Gefühl, das die Sozialdemokratie heute hat für staatsangehörig und nicht staatsangehörig, für deutsch und nicht deutsch[7], *für Inländer und Ausländer, für diesseits und jenseits der Grenze Geborene*[8] *..., dieses feine Gefühl, das doch so gar nicht zu ihrer internationalen Einstellung paßt ..., auch das ist eine Folge unserer Erziehungsarbeit.*

Zwei andere Worte aus der Rede des Führers seien noch herausgegriffen:

Ich habe 12 Jahre lang gegen das System gekämpft; ich kann jetzt nicht im 13. Jahre dem System den Steigbügel halten[9]. *Ich denke nicht daran; im Gegenteil: Was reif ist zum Fall, das stoße man zurück!*

Und dem gemeinen Wort des "Vorwärts" aus dem Jahre 1916: "Deutschland soll - das ist unser fester Wille - seine Kriegsflagge streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben [10]", setzt Adolf Hitler nun entgegen:

Es ist unser fester Wille, daß das System aus diesem Kampfe nicht mehr zurückkehrt!

Ein beispielloser Beifallsorkan folgte den Worten.

---

6 Die Reichspropagandaleitung der NSDAP verfolgte während des Wahlkampfs die Strategie, Hindenburg den bürgerlichen Wählern als Kandidaten der SPD zu präsentieren, gegenüber den sozialdemokratischen Wählern jedoch als Junker und Militaristen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 95.

7 Vermutlich eine Anspielung auf die Rede, die der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski am 7.2.1932 in Leipzig gehalten hatte: "*Wie blamabel* ist es für das deutsche Volk, daß dieser Ausländer Hitler nicht nur mit der Regierung ernste außenpolitische Verhandlungen führt, sondern auch vor Vertretern der ausländischen Presse über Deutschlands Zukunft und Deutschlands außenpolitische Interessen sprechen kann, *ohne daß man diesen Mann mit der Hundepeitsche davonjagt.*" Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 8.2.1932, "Das Volkshaus dicht umlagert"; VB vom 12.2.1932, "'Warum hat man diesen Ausländer nicht mit der Hundepeitsche davongejagt?'" sowie Albert Carl Grzesinski, Inside Germany, New York 1939, S. 137.
Zur sozialdemokratischen Polemik gegenüber den Versuchen der NSDAP, Hitler einzubürgern, vgl. z. B. Morsey, Regierungsrat, S. 429 f., 438; Overesch, Einbürgerung, S. 552 ff. sowie Dok. 49.

8 Hitler wurde am 20.4.1889 in Braunau am Inn als österreichischer Staatsangehöriger geboren. Am 24.5.1913 zog er von Wien nach München, am 16.8.1914 trat er in die bayerische Armee ein. Nach dem Hitler-Putsch versuchte die bayerische Regierung vergeblich, Hitler nach Österreich auszuweisen. Die österreichische Regierung beharrte jedoch darauf, daß Hitler durch seinen Militärdienst in der bayerischen Armee die österreichische Staatsangehörigkeit verloren habe. Als Hitler seine Bereitschaft zu erkennen gab, selbst auf diese Staatsangehörigkeit zu verzichten, entsprach die österreichische Regierung am 30.4.1925 dieser Bitte, verbunden mit einem generellen Einreiseverbot. Seitdem galt Hitler als staatenlos. Vgl. Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 34 ff.; Donald Cameron Watt, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280. Ferner Dok. 4, Anm. 19 sowie Dok. 15, Anm. 83.

9 Anspielung auf Brünings Versuch, mit Hitlers Unterstützung die Amtszeit von Reichspräsident von Hindenburg auf parlamentarischen Weg zu verlängern. Vgl. Dok. 6, Anm. 5 sowie Dok. 8 und 12.

10 "Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Vgl. Vorwärts vom 20.10.1918, "Der gerade Weg".

16. Februar 1932 Dok. 22
"Die deutsche Ernte 1932 in Gefahr!"
Aufruf[1]

VB vom 18.2.1932[2].

Voraussetzung für die Unabhängigkeit des deutschen Staates ist die Möglichkeit, das deutsche Volk aus der deutschen Scholle ernähren zu können. Eine intakte deutsche Landwirtschaft und Gärtnerei sind in der Lage, die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes zu gewährleisten[3].

Das herrschende System hat die deutsche Landwirtschaft und den deutschen Gartenbau rettungslos dem Verfall preisgegeben[4]. Überschuldet und seelisch verzweifelt weiß der deutsche Landwirt und Gärtner heute nicht mehr, woher er die Mittel zur Durchführung der ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung nehmen soll[5]; weitgehende Einschränkung bei der Aussaat wird bereits erwogen[6]. So entsteht die Gefahr, daß wir 1932 eine unzureichende Ernte haben wer-

---

1 Hitlers Aufruf war am 13.2.1932 eine Besprechung zwischen den preußischen Gauleitern der NSDAP, deren landwirtschaftlichen Referenten und dem Leiter der Agrarpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Richard Walter Darré, im Hotel *Kaiserhof* in Berlin vorausgegangen; dabei wurde erörtert, daß 1932 nur mit 40-70% der bisherigen Ernteergebnisse zu rechnen sei. Mit dem Aufruf wurden nicht nur propagandistische Ziele verfolgt; vorrangig erschien der NSDAP die Überlegung, eine Machtübernahme auch ernährungspolitisch abzusichern, bzw. mögliche Gegenmaßnahmen der preußischen Regierung im Vorfeld zu verhindern. Vgl. Horst Gies, R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965, S. 102 ff.

2 Masch. Entwurf: Stadtarchiv Goslar, NL Darré, Nr. 159 b.

3 Zur nationalsozialistischen Agrarideologie vgl. Dok. 1, Anm. 20.

4 Einer Statistik des Reichslandbunds zufolge hatte der deutsche Agrarindex 1927, gemessen an Jahresdurchschnittspreisen, 137,8 betragen; bis zum 27.1.1932 war er auf einen Stand von 91,8 gefallen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 654.
Generell zur Agrarkrise im Deutschen Reich vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 192 ff., 206.

5 In den Jahren 1931/32 waren die - insgesamt rückläufigen - Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von 7.364 Millionen RM mit einer Gesamt-Zinslast in Höhe von 1.005 Millionen RM (13,82%) belastet. Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wurden 1931 19.546 Zwangsversteigerungen für eine Gesamtfläche von 422.490 ha eingeleitet und 5.765 Versteigerungen für eine Gesamtfläche von 176.662 ha durchgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 376.

6 Die Reichsregierung hatte in der Kabinettsitzung vom 22.1.1932 dem Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Martin Schiele zugestimmt, "für die Düngerfabrikanten und Lieferanten von Saatgut ein gesetzliches Pfandrecht an den landwirtschaftlichen Früchten" einzuführen und außerdem den Reichsminister der Finanzen zu ermächtigen, "für Forderungen aus Düngemittellieferungen eine Ausfallbürgschaft bis zur Höhe von 58 Millionen [*RM*] zu übernehmen". Ansonsten seien, so Schiele, die Landwirte "nicht in der Lage, die notwendigen Geldbeträge zur Beschaffung der Düngemittel und des Saatgutes für die Frühjahrsbestellung aufzubringen". Gleichwohl protestierte der Reichslandbund in großen Kundgebungen gegen diese Entscheidung; in seiner Entschließung vom 31.1.1932 behauptete der Bund, daß die Reichsregierung "die volle Verantwortung für den Zusammenbruch der deutschen bäuerlichen Veredelungswirtschaft" trage. Durch den Zusammenbruch der Agrarpreise sei im kommenden Herbst ein "Ertragsausfall zwischen 2,5 und 5 Millionen Tonnen Getreidewert [*zu*] befürchten". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 641, 654, 656; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 20 f. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Frühjahrsdüngung und Saatgutversor-

den und daß damit die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln unterbunden sein wird. *Das verarmte deutsche Volk ist nicht mehr in der Lage, die Devisen aufzubringen, welche notwendig sind, um die bei unzureichender Ernte fehlenden Nahrungsmittel vom Auslande hereinzuholen*[7].

Deutsche Volksgenossen, deutsche Landwirte und Gärtner! Dies darf nicht sein, es ist eure vaterländische Pflicht, eine Erntekatastrophe zu verhindern.

Daher rufe ich alle Deutschen auf, die Sicherstellung der deutschen Ernte 1932 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten. Wer jetzt durch irgendwelche Maßnahmen die Durchführung der sachgemäßen Frühjahrsbestellung gefährdet und dem deutschen Landwirt oder Gärtner in den Rücken fällt, oder wer als Landwirt aus eigennützigem Interesse eine ordnungsgemäße Bestellung unterläßt, begeht Verrat am deutschen Volke. Industrie, Handwerk und Handel haben die Ehrenpflicht, alle Hilfsquellen freizumachen und der Landwirtschaft und Gärtnerei die Sicherung der Ernte 1932 zu ermöglichen.

Ich erkläre für die nationalsozialistische Bewegung, daß eine kommende *nationalsozialistische Regierung* alle Maßnahmen auch nach der Ernte ganz *besonders schützen* wird, die von Landwirten und anderen Stellen jetzt getroffen werden, um die Frühjahrsbestellung in uneingeschränkter Form durchzuführen. Eine nationalsozialistische Regierung wird außerdem eine *Prüfung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke* durchführen, die nach dem Tage der Bankenkatastrophe vom 13. Juli 1931[8] vorgenommen worden sind. Dies ist die einfachste Pflicht nationalsozialistischer Staatsauffassung, welcher die Erhaltung des deutschen Bauerntums als Blutserneuerungsquelle des Volkes sowie die Sicherung seiner Ernährungsgrundlage oberstes Lebensgesetz ist. Der Nationalsozialismus stellt die Lebensgesetze des Volkes höher als die Interessen des internationalen Finanzkapitals, welche zur Vernichtung aller naturgemäßen Grundlagen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft geführt haben.

---

gung vom 23.1.1932 und zur Ergänzung der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung bei landwirtschaftlichen Betrieben und über das Sicherungsverfahren vom 19.2.1932: RGBl. 1932, I, S. 32 f., 71 f.

7 1929 wurden ausländische Lebensmittel und Getränke im Gesamtwert von 3.822,7 Millionen RM in das Deutsche Reich eingeführt, 1931 im Wert von 1.969,6 Millionen RM, 1932 im Wert von 1.493,2 Millionen RM. Lebende Tiere wurden 1929 im Wert von 149,7 Millionen RM importiert, 1931 im Wert von 54,9 Millionen RM, 1932 im Wert von 34,3 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 186.

8 Die Österreichische Creditanstalt hatte am 11.5.1931 ihre Zahlungsunfähigkeit eingestehen müssen. Der darauf einsetzende Abzug ausländischen Kapitals aus Deutschland zeigte, wie labil und krisenanfällig auch hier das Bankensystem geworden war (hohe kurzfristige Auslandsverschuldung, ungünstiges Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital, geringe Liquiditätsquote, Übersetzung des Bankenapparats). Durch den Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen wurde die Darmstädter und Nationalbank bis 11.7. 1931 illiquid, weitere Banken wie die Landesbank der Rheinprovinz, das Bankhaus Schroeder oder die Dresdner Bank folgten. Der Reichsregierung gelang es jedoch, eine Eskalierung der Bankenkrise mit verschiedenen Maßnahmen zu verhindern: Ausfallbürgschaft für Verbindlichkeiten der Danatbank (13.7.1931), Schließung aller Banken am 14./15.7., Erhöhung des Diskontsatzes von 7% auf 10%, dann auf 15%, des Lombardsatzes von 8% auf 15%, dann auf 20% (15.7./31.7.), zentrale Bewirtschaftung des gesamten Devisenverkehrs bei der Reichsbank (15.7./12.8.), Beschränkung des gesamten Zahlungsverkehrs der Banken bis 5.8. (ab 15.7.) und Gründung der Akzept- und Garantiebank (25.7.). Diese Politik konnte jedoch weder das schwindende Vertrauen in die Stabilität von Staat und Wirtschaft beleben, noch den Verfall der deutschen Aktienkurse, die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und den Konkurs der Kommunen aufhalten. Vgl. Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

Ich erwarte von jedem Parteigenossen und Deutschbewußten, insbesondere aber von jedem deutschen Bauern und Gärtner, daß er im Hinblick auf die Sicherung der gefährdeten Ernte jetzt seine Pflicht tut.

gez. *Adolf Hitler*

16. Februar 1932 Dok. 23
"Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen!"
Aufruf

Der Angriff vom 16.2.1932, "Der Führer an die Gefolgschaft: Zur Kandidatur des Marschalls" [1].

Als *letzten Versuch*, das unheilvolle gegenwärtige System zu retten, haben sich die in hoffnungsloser Minderheit befindlichen Parteien der schwarz-roten Koalition [2] entschlossen, den Generalfeldmarschall von *Hindenburg* zur Neuwahl als Reichspräsidenten vorzuschlagen [3].

Damit soll die Politik des Zusammenbruchs, die ihre letzten Begründungen im *Young-Plan* [4] und in den *Notverordnungen* [5] gefunden hat, weiter *fortgesetzt* werden.

Das nationale Deutschland wird darauf die *einzig mögliche* Antwort erteilen:

Die nationalsozialistische Bewegung muß getreu ihrem Kampf gegen das System diese *Kandidatur ablehnen*. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Trägern des heutigen Systems ist damit gekommen.

Wir bedauern, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampf *verbrauchen* zu lassen [6].

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Vgl. auch VB vom 17.2.1932, "Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!"

2 Eine Koalition zwischen Zentrum, BVP und SPD, die im Reichstag zusammen über 230 von 577 Sitzen verfügten, bestand damals auf Reichsebene nicht. Zur Tolerierungspolitik der SPD vgl. jedoch Dok. 8, Anm. 31. Ferner Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.
Zur Situation in Preußen vgl. Dok. 1, Anm. 11.

3 Dem Hindenburg-Ausschuß unter Leitung des Berliner Oberbürgermeisters Heinrich Sahm war es im Februar gelungen, mehr als drei Millionen Unterschriften für eine erneute Kandidatur Hindenburgs zu sammeln. Daraufhin erklärte dieser am 15.2. zunächst gegenüber Reichskanzler Brüning, am folgenden Tag öffentlich, sich noch einmal in einem Wahlkampf für das Amt des Reichspräsidenten zu bewerben. Vgl. Dorpalen, Hindenburg, S. 256 ff. ferner Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

6 Zu Hitlers privaten Ansichten über Hindenburg vgl. Dok. 6, Anm. 6.

16. Februar 1932 Dok. 24
Rede auf NSDAP-Versammlung in Düsseldorf[1]

VB vom 18.2.1932, "Adolf Hitler eröffnet den Wahlkampf"[2].

Unser Führer gedachte der Zeit vor 13 Jahren, da die ruhmbedeckte deutsche Armee über den Rhein zog und ein anderes Deutschland vorfand, *für das die Millionen weder gekämpft, noch die zwei Millionen gefallen waren*[3]. Es war das Deutschland, das in zwei scheinbar nicht mehr zusammenkommende Hälften gespalten war. Hier die "Nationalisten" und dort die "Sozialisten". Er ließ an den Zehntausenden im Geiste vorübergleiten die Zeit vor Jahrhunderten, da ein Sehnen ging durch das Volk, aus der staatspolitischen Zerrissenheit eine *Nation* zu werden, und wo es dennoch einer endlosen Reihe von Kämpfen bedurfte, bis endlich Bismarck über das zerklüftete Volk als Zeichen der Einheit die Kaiserkrone setzte[4]. *Und jetzt!, so führte*

---

1 In der Maschinenhalle, von 20.00 bis 22.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut Bericht des Polizeipräsidenten etwa 16.000-18.000 (*Volksparole*: 25.000) Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Friedrich Karl Florian, mit einer kurzen Begrüßung Hitlers eröffnet. Da die Veranstaltung völlig ausverkauft war, wurde Hitlers Rede durch Lautsprecher in den Kaiser- sowie den Rittersaal der Tonhalle und den Großen Zoosaal übertragen. Vermutlich sollte durch diese Veranstaltung auch den Gerüchten entgegengearbeitet werden, die Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrie-Club (Dok. 15) ausgelöst hatte.
Ergänzend ist im Bericht des Regierungspräsidenten zu lesen: "Aus dieser kurzen Inhaltsangabe ist schon zu ersehen, daß Hitler zwar eine Kritik der Vergangenheit gegeben, aber nicht gezeigt hat, wie Politik und Wirtschaft in einem etwaigen nationalsozialistisch geführten Reiche aussehen sollten. Dieser Mangel der Rede wurde bei zahlreichen urteilsfähigen und unvoreingenommenen Zuhörern sehr stark empfunden. Wenn auch die Teilnehmerzahl überwältigend war und die Anwesenheit Hitlers dem Aussehen der Stadt das Gepräge eines ganz großen Ereignisses gab, so hat der Verlauf des Abends doch viele Neugierige, die in großer Zahl erschienen waren, enttäuscht und wahrscheinlich unter ihnen nur wenig neue Anhänger geworben. Wenn auch die Form der Rede in Aufbau und Sprache ganz hervorragend war, so wurde doch auch die Darstellung des 'verfeinerten und veredelten' Nationalismus von sehr vielen als 'nichts Neues' empfunden. Eine gewisse Enttäuschung über den Mangel an Sensationellem in der Rede ist daher nicht zu verkennen. Trotzdem darf die Wirkung der Rede Hitlers auf die großen Anhängermassen nicht unterschätzt werden. Diese haben für den Abend große Opfer gebracht. Viele Tausende sind aus der Umgebung in Kraftwagen und Omnibussen nach Düsseldorf geeilt. Die Eintrittskarten für die Maschinenhalle betrugen 1-10 RM, im Freihandel wurden für 10-RM-Karten bis 20 RM gezahlt. Für diese allein in der Maschinenhalle zu 10-12.000 Versammelten war der Abend schon durch die Wucht der Zusammenballung begeisterter Menschenmassen ein großes Erlebnis."

2 Vgl. auch Düsseldorfer Nachrichten vom 17.2.1932 (MA), "Hitler sprach in Düsseldorf"; Düsseldorfer Stadtanzeiger vom 17.2.1932, "Hitler spricht in Düsseldorf"; Düsseldorfer Tageblatt vom 17.2.1932, "Dafür brauchte Hitler nicht zu kommen"; Frankfurter Zeitung vom 17.2.1932 (2. MA), "Hitler in Düsseldorf"; Freiheit vom 17.2.1932, "Hitlers ohnmächtiger Haßgesang"; Kölnische Zeitung vom 17.2.1932, "Hitler in Düsseldorf"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 17.2.1932, "Hitlers Rede in Düsseldorf"; Volksparole vom 17.2.1932, "Adolf Hitler in Düsseldorf 'Am 13. März wird erstehen ein Reich der Macht und Herrlichkeit!'"; Volkszeitung vom 17.2.1932, "Kaiser Adolf I. blamiert sich in vier Düsseldorfer Sälen"; Westdeutscher Beobachter vom 17.2.1932, "Adolf Hitler in Düsseldorf 'Am 13. März wird erstehen ein Reich der Macht und Herrlichkeit!'"; Volkszeitung vom 18.2.1932, "Hitler in Düsseldorf". Ferner Bericht Nr. I 51[02] des Polizeipräsidenten in Düsseldorf an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 18.2.1932; Bericht Nr. I C 3411 a des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den preußischen Minister des Innern vom 18.2.1932; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 30653 a.

3 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

4 Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

Adolf Hitler aus, erleben wir in Deutschland eine ähnliche Epoche. Wo früher Preußen und Bayern und Württemberger sich gegenüberstanden, stehen sich heute gegenüber Proletarier und Bourgeoisie[5].

Keiner will den anderen mehr verstehen. Wie einst die Stammesspaltung, so führt nun die Klassenspaltung zum gleichen verheerenden Ergebnis, dessen Zeugen wir sind. *Die inneren Kampfparolen und der Kampf zwischen uns und in uns verbrauchen unser Volk so sehr, daß Deutschland nicht mehr Weltgeschichte macht, sondern daß auf Deutschland die Weltgeschichte vollzogen wird.*

Aus der Erkenntnis, daß *Nationalismus* und *Sozialismus* zusammengehören und eins sind, daß beide Begriffe losgelöst werden müssen von den Interessentengruppen, die sie vertreten, wurde die Idee des *Nationalsozialismus* geboren[6]. So wie die Millionen nicht in die Front einrückten als Bürger oder Proletarier, sondern in der gläubigen Hoffnung, das *deutsche* Volk und den *deutschen* Boden zu verteidigen, ebenso wollen wir nicht Proleten oder Bürger oder Bauer, Handwerker oder Student sein, sondern allein nur *Deutsche.*

Der Zusammenbruch der Interessentenhaufen

Nachdem Adolf Hitler den kläglichen *Zusammenbruch der Interessentenhaufen* beleuchtet hatte, dem der unvergleichliche Siegeszug und Kampf der nationalsozialistischen Bewegung gegenübersteht, zeigte er die Ursachen unserer Not und das Mißverhältnis zwischen Raum und Volkszahl und hier wieder die Sünden der heutigen Machthaber, die aus Deutschland auf Kosten des eigenen Marktes ein einziges Exportunternehmen gemacht haben.

Wir zivilisieren die Welt und nehmen den deutschen Menschenmassen damit die Lebensnotwendigkeiten. Die Verbilligung und Einsparung der menschlichen Arbeitskraft geht allein auf das Konto: *Erwerbslos.* So weit sind wir nun bereits gekommen, daß zwei Schaffende in Deutschland einen Dritten, Erwerbslosen, ernähren müssen[7]. *Das deutsche Volk baut mit seinen Mitteln eine Wirtschaft auf, die uns einst zugrunde richten muß. Und das heißen die Träger des heutigen Systems dann politische Klugheit und Voraussicht!* Diese Entwicklung wird solange bleiben, solange das deutsche Volk das Schicksal über sich ergehen läßt, anstatt das Schicksal *selbst* wieder zu meistern. *Wunder im Völkerleben geschehen nur dann, wenn ein Volk Wunder verdient.* Der Kampf um den Weltmarkt wird noch viel härter werden. Wir werden weiter lernen müssen, ärmer zu werden und bescheidener, wenn dieses System noch länger regiert.

---

5 Vgl. Dok. 10, Anm. 7.

6 Die Bezeichnung "nationalsozialistisch" wurde von der 1904 im deutsch-böhmischen Industriegebiet gegründeten österreichischen "Deutschen Arbeiterpartei", die gleichermaßen nationalistisches und antikapitalistisches Gedankengut aufgriff, spätestens seit 1908 verwendet. Im August 1918 änderte die Partei ihren Namen offiziell in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei". Vgl. Andrew G. Whiteside, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918. In: VfZ 9 (1961), S. 333-359.

7 Statistische Angaben über die Zahl der Erwerbstätigen im Deutschen Reich liegen nur für das Jahr 1925 und 1933 vor. Im Februar 1932 ermittelten jedoch die Gewerkschaften unter ihren Mitgliedern einen Anteil von Vollbeschäftigten von 49,8% (davon Kurzarbeiter 22,6%) sowie einen Anteil von Vollarbeitslosen von 44,1%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 307 sowie Dok. 4, Anm. 14 und Dok. 10, Anm. 10.

Wir Nationalsozialisten sind daher der Überzeugung, daß hinter dem Recht zugleich auch stehen muß die Kraft und Gewalt eines ganzen Volkes. Man komme uns nicht damit zu erklären, wir seien allein nur die Anbeter der Gewalt[8]. *13 Jahre regieren in Deutschland die Internationale und das Zentrum der Liebe*[9].

Heute werden wir das Schicksal der Nation in die Hände nehmen.

Wo blieb, fragen wir, in allen diesen Jahren der Appell an das Recht und an die Liebe? 13 Jahre habt ihr regiert! Habt allein das Schicksal unseres Volkes in Händen gehabt. Heute allerdings werden wir das Schicksal der Nation aus euren Händen nehmen! (Tosender Beifall.)

Was ihr in der Zukunft tun wollt, interessiert uns nicht. Wir wägen nur das ab, was ihr in der Vergangenheit getan habt!

13 Jahre sind wir euren Weg gegangen und stehen heute vor der Katastrophe des Systems. Wo ist das Recht? Eine Konferenz sitzt beisammen und berät über die Abrüstung[10], *und dabei fällt gleichzeitig das Wort "Memel"*[11]. *Die Kraft fehlt uns, das Recht auch zu verwirklichen und das Recht auch zu verteidigen.*

Heute aber steht die größte politische Organisation Deutschlands, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei[12]*! Die politischen Gegner zweifeln an unserer Zahl. Wir wer-*

---

8 Zur bereits damals absehbaren Haltung der NSDAP zu Themen wie Antipazifismus, Kriegsvorbereitung, Abrüstung und Eroberung von Lebensraum vgl. die Aufzeichnung des Auswärtigen Amts über "Die Einstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zur auswärtigen Politik" vom 7.12.1931, die tags darauf mit Runderlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Bülow an die diplomatischen Vertretungen versandt wurde. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 105. Generell zum imperialistischen Charakter der nationalsozialistischen Ideologie vgl. Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [4]1991, S. 29 ff.

9 Das Zentrum war seit 13.2.1919 an allen Reichsregierungen beteiligt; die SPD in der Zeit vom 13.2.1919-25.6.1920, 10.5.1921-22.11.1922, 13.8.1923-3.11.1923 und vom 28.6.1928-27.3.1930. Vgl. ferner Dok. 23, Anm. 2.

10 Am 2.2.1932 war die internationale Abrüstungskonferenz in Genf eröffnet worden, an der über 4.000 Diplomaten und Sachverständige aus 60 Staaten teilnahmen. Im Rahmen der am 8.2. beginnenden Generalaussprache forderte Reichskanzler Brüning am 9.2. "nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung", die "auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker" verwirklicht werden sollte. Der Leiter der deutschen Delegation, Botschafter Rudolf Nadolny, unterbreitete am 18.2. 1932 detaillierte Vorschläge, die sich primär an zwei Leitgedanken orientierten - eine völlige Beseitigung aller Angriffswaffen sowie "die Durchführung einer alle Rüstungsfaktoren umfassenden wirksamen Rüstungsverminderung und Begrenzung". Vgl. Sten Nadolny, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978, S. 90 ff. Druck der Reden: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 444 ff.

11 Die litauische Regierung hatte am 6.2.1932 den Präsidenten des Direktoriums des Memelgebiets, Otto Böttcher, abgesetzt, kurze Zeit inhaftiert und am 27.2. durch den Litauer Eduard Simaitis ersetzt. Als Begründung dienten die Gespräche, die Böttcher im Dezember 1931 selbständig mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geführt hatte. Gegen das litauische Vorgehen protestierte nicht nur die deutsche Diplomatie, die sich am 8.2. in dieser Angelegenheit an das Generalsekretariat des Völkerbunds wandte; am 19.3. wiesen auch die Signatarmächte der Memelkonvention darauf hin, daß das gegenwärtige Direktorium im Widerspruch zu den Bestimmungen der Konvention stünde, da es den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen müsse. Am 22.3. wurde deshalb der Memelländische Landtag aufgelöst. Vgl. Ernst-Albrecht Plieg, Das Memelland 1920-1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat, Würzburg 1962, S. 68 ff.

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10.

den sie ihnen am 13. März[13] *zeigen! Wir werden ihnen zeigen, was wir aufgebaut haben, während sie zerstörten.* (Tosender Beifall.)

Heute stehen wir wieder am Beginn eines Kampfes, der geführt wird um Deutschland. Unsere Gegner sagen, es soll so bleiben wie bisher, und unser Kandidat [14] ist die Gewähr dafür.

Wir aber wollen, daß es anders wird!

Die anderen brachten uns das Deutschland der Not und des Elends und der Unterdrückung. Unser Ziel aber ist das Deutschland der *Ehre,* der *Freiheit* und des *Brotes* [15]!

20. Februar 1932 Dok. 25
Interview mit Giornale d'Italia [1]

Giornale d'Italia vom 21.2.1932, "Il national-socialismo tenta il colpo decisivo contro il regime di Weimar" [2].

[...] [3]

Und Hitler hat geantwortet:

"Ja, sicher. Der Nationalsozialismus, der Ausdruck des nationalen Bewußtseins ist, welches sich gegen ein System auflehnt, das uns geknechtet und gedemütigt hat, kann eine solche Lage nicht mehr länger ertragen. Die Person Hindenburgs ist heute Ausdruck

[...] [4]

E Hitler ha risposto:

"Si, certamente. Il social-nazionalismo, che è l'espressione della coscienza nazionale ribellantesi ad un sistema che ci ha asserviti ed avviliti, non può sopportare più oltre una tale situazione. La persona di Hindenburg è oggi l'espressione di questo sistema. Noi la

---

13 Die Reichsregierung hatte am 15.2.1932 den Wahltag für den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl auf den 13.3.1932 festgelegt. Der Reichstag stimmte am 26.2.1932 diesem Vorschlag zu. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 672; Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Stenographische Berichte, Berlin 1932, S. 2244 ff., 2434. Druck der Verordnung zur Wahl des Reichspräsidenten vom 26.2.1932: RGBl. 1932, I, S. 97.

14 Paul von Hindenburg. Vgl. Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

15 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des *Völkischen Beobachters* überschrieben.
Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5; das Interview führte der Berliner Korrespondent des *Giornale d'Italia*, Alfredo Stendardo.

2 Vgl. auch Kölnische Volkszeitung vom 25.2.1932, "Hitler übertrumpft Goebbels"; Germania vom 26.2.1932, "Hitler trommelt". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 130.

3 Artikel beginnt mit allgemeinen politischen Betrachtungen und einer Schilderung der Vorgeschichte des Interviews. "Wird die nationalsozialistische Partei den bevorstehenden Kampf für die Präsidentschaftswahlen so kämpfen, als wäre es ihr entscheidender Kampf?"

4 "Combatterà il partito social-nazionalista la imminente battaglia per la elezione presidenziale come se fosse la sua battaglia decisiva?"

dieses Systems [5]. Wir werden sie bekämpfen, obwohl es uns persönlich sehr leid tut, den Feldmarschall, den wir als Feldherrn unserer Heere im Krieg verehren [6], in eine so unangenehme Lage getrieben zu sehen."

[...][7]

"Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, daß ein Deutscher mit nationalen Gefühlen seine Stimme dem System geben kann, das wir bekämpfen, es sei denn, er selbst wäre ein Anhänger dieses Systems."

[...][8]

"Von solchen Kandidaturen ist mir nichts bekannt [9]."

[...][10]

Mein Gesprächspartner hat mit der Antwort nicht gezögert:

"Wir rüsten uns für diesen Zusammenstoß wie für einen Kampftag, dessen Bedeutung

combatteremo, benchè assai ci dolga, personalmente, di vedere il maresciallo di campo, che noi veneriamo come il condottiero delle nostre milizie in guerra, cacciato in una così penosa situazione."

[...][11]

"Ritengo di escludere senz'altro che un tedesco di sentimenti nazionali possa dare il suo voto al sistema che noi combattiamo, a meno che egli stesso non ne sia un seguace."

[...][12]

"Non mi consta alcunché di tali candidature."

[...][13]

Il mio interlocutore non ha indugiato a rispondere:

"Noi ci apprestiamo a questo scontro, la cui importanza non può essere sottovalutata, come

---

5 Hindenburg hatte sich am 15.2.1932 offiziell bereit erklärt, für eine erneute Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten zur Verfügung zu stehen. Zur Genese dieser Entscheidung vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

7 "Glauben Sie, daß die Person Hindenburgs im Land noch eine solche Popularität genießt, daß, trotz der klar entgegengesetzten Position der rechten Parteien, nationalistische Wähler ihre Stimme dem Marschall geben werden?"

8 "Man hat von einigen Generälen (Groener, Seeckt) als möglichen Kandidaten der Rechten gesprochen. Was ist von diesen Gerüchten zu halten?"

9 Eine Kandidatur von Generaloberst a. D. Hans von Seeckt, 1930-1932 MdR (DVP), stand damals nicht zur Debatte; gleichzeitig lehnte Seeckt es damals ab, sich öffentlich für eine Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen. Vgl. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 618 f.
In Anbetracht der Rücktrittsüberlegungen Brünings wurde im Februar 1932 kurze Zeit erwogen, Groener zu seinem Nachfolger zu ernennen, während Brüning das Amt des Reichsministers des Auswärtigen weiterführen sollte. Allerdings dachte Groener nicht daran, für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Vielmehr sah der Doppelminister es als seine Aufgabe an, "als Bindeglied zwischen Brüning und dem Reichspräsidenten diese beiden Persönlichkeiten in der Führung des Präsidialregimes zusammenzuhalten". Vgl. Hürter, Groener, S. 322 ff., Zitat S. 326; Politik und Wirtschaft, Bd. II, Dok. 418, 436.

10 "Können Sie mir sagen, ob Ihre Partei entschlossen ist, die Schlacht um die Präsidentschaftswahl so zu führen, daß sie nicht zögern wird, ihre Reserven bis zum letzten Mann einzusetzen, sondern auch ohne darauf zu verzichten, ihre besten Leute in den Kampf zu werfen?"

11 "Crede lei che la persona di Hindenburg goda ancora nel Paese di tale popolarità che, malgrado la netta posizione avversa dei partiti di destra, vi saranno degli elettori nazionalisti che daranno il loro suffragio al Maresciallo?"

12 "Si è parlato di alcuni generali (Groener, Seeckt) come di probabili candidati della destra. Vi è in queste voci qualche cosa di positivo?"

13 "E può dirmi se il suo partito è risoluto a tal punto da condurre la battaglia per l'elezione presidenziale che non solo non esiterà ad impegnare le sue riserve fino all'ultimo uomo, ma ancora non recederà dal gettare nella mischia i suoi migliori nomi?"

nicht unterschätzt werden darf, und wie bei einem Kampftag werden wir Opfer nicht scheuen."

Nachdem ich Adolf Hitler eine präzisere und persönlichere Frage gestellt hatte, habe ich eine Antwort erhalten, deren Veröffentlichung mir nicht erlaubt worden ist.

Abschließend hat der Führer der Braunhemden [14] hinzugefügt:

"Moltke hat einmal gesagt, daß kein General seinen Schlachtplan von Anfang an in allen Einzelheiten ausarbeitet [15]. Der grundlegende Entwurf ist natürlich von vornherein klar, aber die Einzelheiten der Aktion sind zum großen Teil abhängig von den Schritten des Gegners [16]."

ad una giornata campale e come in una giornata campale, non saremo avari di sacrifici."

Avendo rivolto ad Adolfo Hitler una domanda più precisa e personale, ne ho avuto una risposta che non mi è lecito riprodurre.

Concludendo, il capo delle Camicie Brune ha aggiunto:

"Moltke ha detto una volta che nessun generale elabora il suo piano di battaglia fin da principio in tutti i suoi dettagli. Il disegno centrale è naturalmente ben chiaro già in precedenza ma le particolarità dell'azione sono in gran parte dipendenti dalle mosse dell'avversario."

25. Februar 1932 — Dok. 26
Schreiben an die SA-Gruppe Nordwest

Druck: Hans Weberstedt, Kurt Langner, Gedenkhalle für die Gefallenen des Dritten Reiches. Unter Mitarbeit der Gauleitungen der NSDAP und Angehörigen der Gefallenen, München [2]1936, S. 141.

Dem Sturm 7/I 98, Wickede, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 20. Februar 1932 von Kommunisten erschossenen Scharführer Wilhelm Sengotta [1] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 7 Wilhelm Sengotta"

zu führen.

gez. *Adolf Hitler*

---

14 Vgl. Dok. 10, Anm. 17.

15 Gemeint ist vermutlich der 1871 entstandene Aufsatz *Über Strategie* des preußischen Generalstabschefs Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), in dem er u. a. schrieb: "Die materiellen und moralischen Folgen jedes größeren Gefechtes sind aber so weitgreifender Art, daß durch dieselben meist eine völlig veränderte Situation geschaffen wird, eine neue Basis für neue Maßregeln. Kein Operationsplan reicht mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus. Nur der Laie glaubt in dem Verlauf eines Feldzuges die konsequente Durchführung eines im voraus gefaßten, in allen Einzelheiten überlegten und bis ans Ende festgehaltenen, ursprünglichen Gedankens zu erblicken." Druck: Helmuth Graf von Moltke, Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992, S. 630-632, hier S. 632.

16 Folgen weitere Betrachtungen Standardos zur allgemeinen politischen Lage in Deutschland.

1 Wilhelm Sengotta (1911-1932), Schlosser in Dortmund-Wickede, 1931 Eintritt in die SA und in die NSDAP, SA-Scharführer, im Anschluß an eine NSDAP-Versammlung in Obermassen bei Dortmund am 20.2.1932 erschossen.

26. Februar 1932 Dok. 27
Schreiben an Familie Sengotta

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift. Faksimilierter Druck: Weberstedt, Langner, Gedenkhalle, S. 144 f.

Von verschiedenen Reisen zurückgekehrt, wird mir die Liste derjenigen vorgelegt, welche neuerdings im Kampf um die deutsche Zukunft ihr Leben lassen mußten. Unter ihnen befindet sich auch Wilhelm Sengotta [1].

Mit aufrichtigstem Mitgefühl gedenke ich der Angehörigen. Ich weiß, daß jeder Versuch, Trost spenden zu wollen bei dem letzten und schwersten Opfer, der Hingabe eines geliebten Menschen, vergeblich ist. Aber eine Versicherung kann ich Ihnen geben:

Jeder neue Tote soll uns Überlebende im Willen stärken, das Ziel mit um so größerer Entschlossenheit zu verfolgen, auf daß alle die Opfer nicht umsonst gebracht wurden und ihre Namen einst genannt werden als diejenigen, welche ihr Leben gaben, damit ein neues und besseres Deutschland erstehen konnte [2].

Mit aufrichtigem Beileid!

Adolf Hitler

26. Februar 1932 [1] Dok. 28
Ernennungsprotokoll [2]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/5.

Vor mir erschien heute der, laut Verfügung des Herrn Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums und des Herrn Braunschweigischen Finanzministers [3] vom 25. Februar 1932 Nr. D Pers. Hitler im braunschweigischen Staatsdienste angestellte, nunmehrige Regierungsrat

1 Vgl. Dok. 26, Anm. 1.
2 Zum Totenkult der NSDAP vgl. auch Dok. 14, Anm. 1.

1 Datierung nach dem Kopf des Protokolls.
2 Nach Artikel 41 der Verfasung des Deutschen Reichs war die deutsche Staatsbürgerschaft Voraussetzung für die Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten. Da Hitler jedoch seit 1924 staatenlos war (vgl. Dok. 21, Anm. 8), blieb nur die Möglichkeit, ihn nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 durch Anstellung in ein öffentliches Amt einzubürgern. Nachdem Hitler am 12.7.1930 ein solches Angebot des thüringischen Innenministers Wilhelm Frick abgelehnt hatte - zur Debatte stand die Ernennung zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen - , gewann die Angelegenheit für die NSDAP im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl an Brisanz, auch weil im Februar 1932 der Versuch des braunschweigischen Innen- und Volksbildungsministers Dietrich Klagges (NSDAP) scheiterte, Hitler zum außerordentlichen Professor für "Organische Gesellschaftslehre und Politik" an der Technischen Hochschule in Braunschweig zu ernennen. Erst dem Vorschlag, Hitler die Stelle eines Regierungsrats an der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin

Adolf *Hitler* [4], geboren am 20. April 1889 in Braunau a/Inn. Dieser leistete nach Eröffnung des Erforderlichen den durch die Verordnung des Staatsministeriums über die Vereidigung der öffentlichen Beamten vom 31. Oktober 1919 (G[*esetz-*] u[*nd*] V[*erordnungs*]S[*ache*] Nr. 143, S. 407) vorgeschriebenen Diensteid, wie folgt:

"Ich schwöre Treue der Reichs- und Landesverfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten [5]."

v[*or*]g[*elesen*] u[*nd*] u[*nterschrieben*]

Adolf Hitler [6]

Regierungsrat

Zur Beglaubigung:

Boden [7]

Gesandter, Wirkl[*icher*] Geheimer Rat

---

zu übertragen, stimmte bis zum 24.2.1932 der Vorsitzende des Braunschweigischen Staatsministeriums, Werner Küchenthal, sowie die übrigen Koalitionspartner des braunschweigischen Kabinetts zu. Mit dieser Ernennung wurde Hitler offiziell die deutsche Staatsbürgerschaft übertragen. Vgl. Morsey, Regierungsrat; Overesch, Einbürgerung; ders., Professor Hitler. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina in Braunschweig 16/1981, S. 57 f. Vgl. ferner Dok. 49.

Die Ernennung fand in der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin, Lützowplatz 11, statt. Vgl. Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 198. Foto: Illustrierter Beobachter vom 12.3.1932, S. 232.

3 Werner Küchenthal (1882-1976), Dr. jur., 1920 Oberregierungsrat im Landesfinanzamt Hannover, Eintritt in die DNVP, 1926/27 braunschweigischer Finanz- und Wirtschaftsminister, 1930-1933 Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums sowie Finanz- und Justizminister, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1933-1945 Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, Vorstand des Aufsichtsrats der Braunschweigisch-Hannoverschen Hypothekenbank.

4 Mit dieser Verfügung teilte das Braunschweigische Staatsministerium dem braunschweigischen Reichsratsbevollmächtigten Friedrich Boden u. a. mit, daß das Braunschweigische Staatsministerium beschlossen habe, "den Schriftsteller *Adolf Hitler* [...] mit Wirkung vom heutigen Tage im braunschweigischen Staatsdienste unter Ernennung zum Regierungsrat anzustellen, ihm die freie planmäßige Stelle eines Regierungsrats bei dem Landeskultur- und Vermessungsamt zu verleihen und ihn zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zu beauftragen. Die Aufgaben Hitlers werden insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Landes Braunschweig in weitestem Umfange tätig zu sein, namentlich sich auch der Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft anzunehmen." BA, NS 26/5. Druck: Morsey, Regierungsrat, Dok. 9.

5 Irgendwelche Aktivitäten Hitlers in dieser Funktion sind nicht nachweisbar. Vgl. Morsey, Regierungsrat, S. 440 ff.

6 Am 25.2.1932 bat Hitler in einem Telegramm an den braunschweigischen Landtagspräsident Ernst Zörner, sich "als Untermieter [...] anzumelden". Tags darauf bestätigte Hitler in einem Telegramm an den Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums den Eingang seiner Ernennungsurkunde. Vgl. Im deutschen Land marschieren wir. Materialien zur nationalsozialistischen Herrschaft, zusammengestellt von Reinhard Bein, o. O. o. J. [*Braunschweig 1982*], S. 27; Morsey, Regierungsrat, S. 441, Anm. 87.

7 Friedrich Boden (1870-1943), 1900 braunschweigischer Regierungsassessor, 1905 Regierungsrat, 1906 Geheimer Regierungsrat, stimmführender braunschweigischer Bevollmächtigter zum Bundesrat mit Sitz in Berlin,

27. Februar 1932 Dok. 29
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [1]

VB vom Februar 1932 (Sonder-Nummer 22), "Das Signal zum Angriff!" [2].

Wenn ich das "aufrichtige Bedauern" meiner "Freunde" in der Berliner Presse darüber lese, daß ich, der bisher unbesiegte Führer, nunmehr durch meine Umgebung gezwungen und gedrängt würde, in die Niederung des Parteikampfes hinunterzusteigen, und dabei Gefahr liefe, zum ersten Male vielleicht besiegt zu werden [3], dann sehe ich demgegenüber die in Ihnen allen lebendige Erkenntnis: *Wer mutig und entschlossen kämpft, wer gewillt ist, das Äußerste einzusetzen, der kann niemals besiegt werden. Denn selbst, was dem anderen dann als Niederlage erscheint, ist in Wirklichkeit doch tausendmal besser als das, was wir heute mit "kluger Ergebung" und "Fügung" als "Schicksal" bezeichnen.*

Sie empfinden es, daß in diesen kommenden Wochen ein Riesenkampf vielleicht in seinen entscheidenden Stunden anrückt. Sie wissen auch, daß es sich diesmal um wesentlich mehr handelt als um eine Präsidentschaftskandidatur [4].

1911 Wirklicher Geheimer Legationsrat, 1914 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Königlich Preußischen Hof, zugleich stimmführender anhaltinischer Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1919 in diesen Funktionen zum Reichsrat bestellt, zugleich als Gesandter für Preußen beglaubigt, 1923 zugleich stimmführender Bevollmächtigter zum Reichsrat für Mecklenburg-Strelitz, 1929 Dr.-Ing. E. h., 1934 Entlassung aus dem braunschweigischen, dann aus dem anhaltinischen und mecklenburgischen Staatsdienst.

1 Im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 (Bezirk Tiergarten), nach 22.00 Uhr. Bis zum Eintreffen Hitlers gegen 21.45 Uhr sprach MdR und Gauleiter Goebbels. An der Versammlung im Sportpalast und in den Tennishallen in der Brandenburgischen Straße 53, wohin Hitlers Rede durch Lautsprecher übertragen wurde, nahmen laut Vorlage 25.000 Personen teil.

2 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 28.2.1932, "Hitler im Sportpalast"; Le Matin vom 28.2.1932, "La campagne pour les élections présidentielles en Allemagne"; Neue Preußische Zeitung (Kreuz-Zeitung) vom 28.2. 1932, "Die erste Kandidatenrede Hitlers"; Vorwärts vom 28.2.1932 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 28.2.1932 (MA), "Tritt zur Seite, Hindenburg!". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 134.

3 Goebbels hatte am 22.2.1932 im Rahmen einer Generalmitgliederversammlung des Gaues Groß-Berlin der NSDAP im Berliner Sportpalast siegesgewiß verkündet: "Hitler wird unser Reichspräsident!" Tags darauf schrieb etwa das *Berliner Tageblatt* ("Vier Kandidaten"): "Unser Münchener Korrespondent berichtet, daß man in dortigen unterrichteten Kreisen geneigt sei, in dem Vorgehen von Goebbels den Versuch zu sehen, *Hitler vor vollendete Tatsachen zu stellen*; bisher scheint Hitler immer noch gehofft zu haben, einer Kandidatur entgehen zu können, weil er offenbar selbst von ihren Aussichten nicht so fest überzeugt ist wie Herr Goebbels, der ihn gestern bereits als den kommenden Reichspräsidenten bezeichnen zu können glaubte. Vielleicht hält Dr. Goebbels selbst nicht allzu viel von den Aussichten der Kandidatur Hitlers und sähe es nicht ungern, wenn der oberste Chef eine Niederlage erlitte." Vgl. ferner Vossische Zeitung vom 23.2.1932 (AA), "Hitlers Parteikandidatur"; VB vom 24.2.1932, "Deutschland wählt Hitler!".
Vgl. ferner Goebbels' Tagebucheintragung vom 23.2.1932: "Die Presse macht gegen mich die schamlosesten Ausfälle. Es wird behauptet, ich hätte den Führer 'ernannt' oder ihn 'gezwungen', zu kandideren." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 131.

4 Hitler hatte bereits im Januar bei seinen Verhandlungen mit der Reichsregierung (vgl. Dok. 6, Anm. 5) die Möglichkeit ins Spiel gebracht, selbst für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, zögerte dann aber lange vor dieser Herausforderung, schon weil seine Staatsangehörigkeitsfrage noch ungeklärt war (vgl. Dok. 21, Anm. 8 und Dok. 28, Anm. 2). Auch sah es zunächst noch danach aus, als ob sich das rechte Lager auf einen

Sie wissen, daß diesmal gekämpft wird und gerungen wird um den Begriff des 9. November 1918[5] *und seine Folgeerscheinungen, und daß dieser Kampf gar nicht anders ausgehen kann als mit der Vernichtung dieses 9. November 1918 und seiner Folgeerscheinungen.*

13 Jahre lang habe ich, erst als Unbekannter, Namenloser, später als meinen Gegnern Wohlbekannter diesen Kampf auf mich genommen. 13 Jahre lang war ich der unentwegte Angreifer. 13 Jahre bin ich der dauernde Ankläger gewesen gegen dieses System. Und heute? *Heute, meine Volksgenossen, fordere ich Sie auf, daß Sie nun die Richter werden.*

Man wird mir vielleicht entgegenhalten: Mit welchem Recht sind Sie gerade der öffentliche Ankläger gewesen? *Mit dem Recht eines Mannes, der aus dieser namenlosen Masse Volk stammt, dieser Masse, die ihr am 9. November 1918 geschlagen und ins Unglück gestürzt habt!* Mit dem Recht eines dieser Millionen Namenloser, die sich früher nicht zur Wehr setzen konnten und die in mir nun euch gegenüber den Sprecher gefunden haben. *Heute weiß ich, daß hinter diesen Anklagen bereits die Mehrheit des deutschen Volkes steht und das ganze Volk stehen würde, wenn es nicht durch die Interessenten des 9. November 1918 in einer Pressehypnose gehalten würde.*

Ich glaube, daß gerade dieser kommende 13. März[6] eine Partei wieder vor diesen Richterstuhl hinzitieren wird, nämlich die Partei, die einst erklärte, daß sie dem Volk, dem deutschen Arbeiter, dem deutschen Proletarier, Glück, Zukunft und soziale Gerechtigkeit bringen werde[7],

---

Kandidaten einigen könne. Über seine Kandidatur sprach Hitler am 18.1.1932 erstmals mit Goebbels, der ihm sogleich zu suggerieren suchte, daß "wohl im Ernst auch nichts anderes mehr in Frage" komme. Doch blieb die Lage über Wochen unklar, obwohl Goebbels am 12.2.1932 schrieb, daß nun die Entscheidung gefallen sei. Aber erst am 22.2.1932, als die Gegenseite - insbesondere KPD, SPD und DNVP - festgelegt war, erhielt Goebbels die lang erwartete Erlaubnis, in einer groß inszenierten Rede im Berliner Sportpalast Hitlers Kandidatur öffentlich bekanntzugeben. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 112 ff.; Horn, Führerideologie, S. 340 ff.; Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 244 ff. Ferner Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

5 Die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich erreichten am 9.11.1918 ihren ersten Höhepunkt: der Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen Wilhelm wurde veröffentlicht, Prinz Max von Baden übergab das Kanzleramt an Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann proklamierte die "Deutsche Republik" und Karl Liebknecht die "Freie Sozialistische Republik". Zur Chronologie der Ereignisse vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil I, S. 422 ff.

6 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

7 Zu den zeitgenössischen Ansprachen und Resolutionen von Vertretern von SPD, USPD und Spartakusbund sowie des Zentrums, die eher von Zurückhaltung als von Euphorie geprägt waren, vgl. z. B. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. III, Berlin o. J., S. 155 ff., 196 ff.; Klaus Ahnert, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.
Derartige Bemerkungen Hitlers waren auch Reminiszenzen an die Proklamationen und Äußerungen des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, die in ihrem humanistisch-pazifistischen Pathos und ihrer optimistischen Erwartungshaltung selbst unter der revolutionären Linken der Jahre 1918/19 die Ausnahme geblieben waren. So hieß es etwa in Eisners erster Regierungserklärung vom 8.11.1918: "Eine neue Zeit hebt an. *Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten.* Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt." Hitler, der am 20.11.1918 in München eintraf, konnte die Politik und das Scheitern Eisners im Zentrum des Gesche-

und die heute zu feige ist, ihren Namen überhaupt in den Kampf zu stellen. Wenn heute die Sozialdemokratie sich zu schreiben erfrecht, die Erfüllungspolitik [8] müsse ein Ende nehmen [9]; jawohl! *Weil wir euch dazu zwingen!* Wenn es heute in Deutschland eine Überzeugung gibt, daß die Kriegsschuldlüge [10], die Locarno- [11], Dawes- [12] und Young-Verträge [13] unmöglich sind, daß sie unseren und am Ende sogar den Ruin der Wirtschaft der Welt bringen [14], *dann nur,* meine Freunde, *weil in Zehn- und Hunderttausenden von Kundgebungen, Versammlungen, Reden und öffentlichen Ansprachen wir unser Volk darüber belehrten* [15].

Sie können heute nun nicht mehr verschweigen, was Millionen schon wissen.

Und nicht anders ist es in der Zeit der sogenannten Notverordnungen [16] geworden. Wenn wir jetzt in unser deutsches Volk hineinsehen, dann erblicken wir die Trümmerhaufen als Meilensteine des sogenannten November-Emporstiegs. Zahlreiche Berufe und Stände sind zusammengebrochen, Millionen Menschen haben ihren Spargroschen verloren [17], Millionen andere

---

hens genau studieren und nahm am 26.2.1919 auch an Eisners Beerdigung teil. Vgl. das Foto bei Guido Knopp, Hitler. Eine Bilanz, Berlin 1995, S. 113 sowie Joachimsthaler, Korrektur, S. 179 ff., 207. Ein Foto bei Fest (Hitler, S. 157) zeigt vermutlich Hitler auf einer Veranstaltung der SPD im Jahr 1919. Druck von Eisners Aufrufen und Reden: Deutscher Geschichtskalender. Hrsg. von Friedrich Purlitz. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution, Leipzig o. J., S. 66 ff, hier S. 67. Vgl. ferner Dok. 11, Anm. 16.

8 Mit dem polemischen Begriff der "Erfüllungspolitik" wurde jene demonstrative Bereitschaft zur ruinösen Erfüllung der alliierten Reparationsforderungen charakterisiert, die deren Undurchführbarkeit beweisen sollte. Erstmals verwendet wurde der Begriff nach der Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth am 11.5.1921. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 132 ff.

9 Seit Dezember 1931 wuchs auch in der SPD die Kritik an den deutschen Reparationen. In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 führte MdR Erich Roßmann (SPD) u. a. aus: "In der Überzeugung, daß der Welt am besten durch *Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden* gedient wäre, trennt uns nichts von den übrigen Parteien des Hauses. Nur in der Verfolgung dieses Zieles gehen die Wege weit auseinander. Für dieses Ziel müssen die *politischen Voraussetzungen* geschaffen werden, nicht nur bei uns, sondern vor allem auch draußen, bei denen, mit denen wir verhandeln müssen. Diese politischen Voraussetzungen schafft man nicht durch ein *ewiges Gerede von der Revanche.* Diese politischen Voraussetzungen schafft man nicht durch ein törichtes Absingen des Liedes 'Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen', auch nicht durch Befreiungsreden vom Ministertisch, auch nicht durch unzeitgemäße, provozierende Stahlhelmaufmärsche in Koblenz und in Breslau. Diese Voraussetzungen schafft man insbesondere nicht durch das törichte und verbrecherische Gerede von der Zerreißung der internationalen Verträge." Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2368. Ferner Vorwärts vom 31.12.1931, "Aufklärung tut not! Über Versailles und die Reparationslasten. "

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 15.

11 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurden neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich aber einen Anspruch auf Revision seiner Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

12 Vgl. Dok. 12, Anm. 30.

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

14 Vgl. Dok. 8, Anm. 29.

15 Vgl. Dok. 11, Anm. 7.

16 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

17 In der Zeit von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen im Deutschen Reich schätzungsweise von 310 Milliarden auf 150 Milliarden Goldmark. Zu den Ursachen der Inflation, die in erster Linie aus der Art der Finanzierung des Ersten Weltkriegs resultierte, vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, Zahlen S. 275 f. mit Anm. 28.

ihr Geschäft, ihren Arbeitsplatz[18] und sind dem Verhungern ausgeliefert. *Ein ganzes Volk ist dem Untergang geweiht.* Man weiß das jetzt auch auf einmal. Eine Million Bauern stehen vor dem Zusammenbruch ihrer Existenz, vor dem Verlust von Haus und Hof[19]. Das kleine Handwerk ist vernichtet[20], der Mittelstand so gut wie beseitigt[21]. *Elend über Elend, Katastrophe über Katastrophe, wohin wir heute blicken.*

Und dabei ist das nur der materielle Teil unseres Unglücks, *denn schwerer vielleicht wiegt noch die Einbuße von Ansehen in der Welt.* Wie ist man 13 Jahre lang mit uns umgegangen! Wo finden Sie ähnliche Vergleiche, Beispiele in der Weltgeschichte? *Wo Zeiten, in denen ein großes Volk so mißhandelt werden konnte? So gequält werden konnte, so verächtlich gemacht werden konnte wie unser deutsches Volk?*

Heute wollen diejenigen plötzlich Vertrauen fordern, die einst das Vertrauen zerstört haben. Aber sie können kein Vertrauen finden, weil dem Volk eine Überzeugung abhanden gekommen ist, nämlich die Überzeugung, daß Gesetz und Moral immer ein und dasselbe sein muß.

In diesen Tagen lesen Sie wieder in der Presse, wie nötig es sei, das bestehende System und die Regierung des Augenblicks dem deutschen Volk auch weiterhin zu erhalten[22]. Meine Freunde! Im Jahre 1918 hatte Deutschland vielleicht 35.000 Spartakisten[23], 1919 vielleicht eine halbe Million unabhängige Sozialdemokraten[24], 1925 1,4 Millionen Kommunisten bei

---

18 Im Februar 1932 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 6.128.429 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 297 sowie Dok. 4, Anm. 14.

19 Vgl. Dok. 22, Anm. 4, ferner 5-7.

20 Das Investitionsvolumen des deutschen Handwerks wurde für das Jahr 1924 auf 57 Millionen RM beziffert und erreichte 1927 mit 209 Millionen RM seinen höchsten Stand. 1929 fielen die Investitionen auf 100 Millionen RM, 1930 waren keine Investionen mehr zu verzeichnen. 1931 blieben schließlich die Gesamtinvestitionen im Handwerk um 50 Millionen RM hinter den zum Ausgleich der Abnutzung erforderlichen Abschreibungen zurück. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, Berlin 1934, S. 508.

21 Der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Reich wurde hart von der seit 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise getroffen. So verringerte sich etwa der Umsatz des Handwerks in den Jahren 1928-1932 auf 50%, seine Gewinne auf 33,5%. Im Vergleich zur wirtschaftlich desolaten Lage der Großunternehmen erwiesen sich Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe jedoch teilweise als relativ krisenresistent, was allerdings nichts an der tiefsitzenden Verunsicherung änderte, welche die Weltwirtschaftskrise im unabhängigen und bislang vergleichsweise protegierten Mittelstand hinterließ. Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 31 ff. sowie Dok. 32, Anm. 16.

22 Vgl. etwa den Kommentar des *Berliner Tageblatt* vom 23.2.1932 (AA), "Vorspiel", in dem die bevorstehende Reichspräsidentenwahl folgendermaßen bewertet wurde: "Um Sein oder Nichtsein der Staatsform, um die Chance, ein Regime der Barbarei, der Unvernunft, des hilflosen Dilettantismus abzuwenden, um die Hoffnung, daß wir nicht weitergleiten auf der verhängnisvollen Bahn der Halbdiktatur und des Notregierens, sondern - von dem Harzburger Spuk befreit - wiedergewinnen, was sonst für Menschenalter verloren ist."

23 Der KPD, 1919 aus dem Spartakusbund hervorgegangen, gehörten im März 1919 etwa 90.000, im März 1922 etwa 380.000 Mitglieder an. Zu Beginn des Jahres 1931 verfügte die KPD über rund 200.000 Mitglieder. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 321.
Bei der Reichstagswahl vom 6.6.1920 stimmten 552.334 Wahlberechtigte (2,0%) für die KPD, bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 waren es 4.590.160 (13,1%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22, S. 356 f.; 1931, S. 546 f.

24 Besaß die USPD im März 1919 eine Mitgliederzahl von etwa 300.000, so stieg diese bis November auf etwa 750.000. Vgl. Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1984, S. 251.

der ersten Reichspräsidentenwahl; und bei der zweiten Wahl, da der Generalfeldmarschall aufgestellt wurde[25], schon über 1,7 Millionen Kommunisten[26]; und bei der Reichstagswahl 1930, fünf Jahre später, schon über 4 Millionen Kommunisten. *Heute werden es vielleicht 6, 7 oder 8 Millionen sein*[27]. *Und trotzdem sagen sie: nur so weiter, damit das deutsche Volk einig werde. Ja, nur so weiter, und nach weiteren sieben Jahren wird überhaupt kein deutsches Volk mehr da sein!*

Es ist eine schöne These zu sagen: Ich bin der Wahrer der Verfassung[28]. *Der Reichspräsident muß mehr als das, er muß der Wahrer des deutschen Volkes sein!*

Wir sehen, daß das heutige System aber nur einen einzigen Gedanken hat, sich selbst zu erhalten und nicht zu gehen.

So sind wir 13 Jahre lang Ankläger gewesen, und nun kommt die Stunde, da Sie, meine Volksgenossen, nach 13 Jahren am 13. März wohl zum erstenmal im großen Umfange Richter sein müssen über das, was bisher von der einen Seite zerstört, und Richter über das, was die andere Seite an inneren Werten unseres Volkes wiederaufgebaut hat!

Und wenn unsere Gegner dann ganz erstaunte und dummdreiste Fragen stellen, was habt denn ihr Großes dem deutschen Volk zu geben, dann geben wir zur Antwort:

einen neuen Glauben, eine neue Hoffnung und eine durch nichts mehr zu erschütternde Zuversicht!

Diese Entwicklung ist es, die uns den Mut gibt, zu hoffen, daß nunmehr eine Wende des deutschen Schicksals eintritt.

Deutsche Volksgenossen! Vor drei Tagen, da wurde mein Name durch die ganze Presse gezogen, und die wenigsten werden sich dabei vielleicht erinnert haben, daß ich genau 12 Jahre vorher, am 24. Februar 1920, zum ersten Male vor die Öffentlichkeit trat und vor dieser Öffentlichkeit Programm und Ziele dieser Bewegung verkündete[29]. Und heute, da ich zu Ihnen

---

25 Vgl. Dok. 8, Anm. 18.

26 Ernst Thälmann erhielt als Kandidat der KPD im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 29.3.1925 1.871.815 Stimmen (7,0%), im zweiten Wahlgang am 26.4.1925 1.931.151 Stimmen (6,4%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

27 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 stimmten 4.592.090 Wähler (13,1%) für die KPD, bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 waren es 5.369.708 (14,5%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41 ff.

28 In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 hatte Reichskanzler Brüning noch einmal an seine Rundfunkerklärung vom 8.12.1931 erinnert, die von MdR Goebbels scharf kritisiert worden war: "Anscheinend ist auch diese Rundfunkrede mit ihren entscheidenden Sätzen dem Abgeordneten Goebbels und denen, die ihm Beifall gezollt haben, nicht mehr in Erinnerung gewesen. Ich darf deshalb die entscheidenden Sätze hier vorlesen: 'Die Reichsregierung duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates; sie werden mit unerbittlicher Strenge, notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen.' Dann habe ich den entscheidenden Satz hinzugefügt: 'Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen im grellen Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zum Bruderkampfe und zu außenpolitischen Torheiten auffordern.'" Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2323 ff., hier S. 2329.
Vgl. ferner den Tenor von Brünings Brief vom 22.1.1932, Dok. 12, Anm. 2.

29 Am 24.2.1920 hatte Hitler im Münchner Hofbräuhaus das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff. Druck des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: Wilhelm Mommsen

spreche, da jährt sich wieder ein solcher Tag. *Heute vor 7 Jahren, am 27. Februar 1925, da ich aus der Festung zurückkehrte*[30], *habe ich zum zweitenmal Programm und Ziel dieser Bewegung der Öffentlichkeit verkündet*[31]. Drei Tage, und welche Arbeit liegt in ihrer Spanne! *Erst ein fünfjähriges Ringen, am Ende von unseren Gegnern als Vernichtung empfunden, und nunmehr ein 7jähriges Ringen, und wieder stehen wir jetzt in der Front,* [um] *mit legalen Waffen*[32] *die zu treffen, die wir einst mit anderen Waffen treffen wollten.* 7 Jahre zum zweitenmal Kampf und Arbeit und Opfer, und zum zweitenmal Erfolg und Erfolg. *Heute, da wissen sie, daß es in Deutschland dem System gegenüber, das den November 1918 und die darauffolgenden 13 Jahre auf dem Gewissen hat, nur einen einzigen Gegner gibt, und das sind wir.*

Unsere Parole:

Wir stürzen euch auf alle Fälle!

Wenn der "Vorwärts" heute im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei schreibt: "Schlagt Hitler!"[33], so bin ich stolz darauf. *Ich will nichts anderes, als mich mit Euch schlagen, und das Schicksal soll dann die Waage in die Faust nehmen und abwägen, in welcher Schale mehr Opfer sind und mehr Wille und mehr Entschlossenheit, in Eurer oder in unserer.* Ich kenne Eure Parole.

Ihr sagt: "Wir bleiben um jeden Preis", und ich sage Euch: Wir stürzen Euch auf alle Fälle!

Und was Ihr auch dagegen unternehmen mögt, was Ihr dagegen schreiben mögt, lügen und verleumden mögt, es wird zuschanden werden!

Und wenn Ihr sagt, daß nun endlich ich selbst in dieser Arena des Kampfes stehe, *jawohl, ich glaube, daß jetzt die Entscheidung naht,* und ich würde zu stolz sein und zu selbstbewußt, um bei dieser Entscheidung vielleicht im zweiten Glied zu marschieren. *Im Gegenteil, ich bin glücklich, daß ich jetzt mit meinen Kameraden schlagen kann, so oder so.* Und wenn Ihr nun glaubt, uns durch Drohungen mürbe zu machen, so täuscht Ihr Euch! Sie können mir ruhig mit der Hundepeitsche drohen[34]. (Stürmische Pfuirufe.) Wir werden sehen, ob am Ende dieses Kampfes die Peitsche sich noch in Euren Händen befindet.

(Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 547 ff.

30 Nach seinem gescheiterten Putschversuch war Hitler am 11.11.1923 verhaftet und am 1.4.1924 zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft unter Anrechnung von 18 Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. Zugleich wurde ihm eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung zum 1.10.1924 in Aussicht gestellt. Den Beschwerden der Staatsanwaltschaft zum Trotz erklärte das Bayerische Oberste Landesgericht die Bewährungsfrist am 19.12.1924 für rechtens; tags darauf wurde Hitler aus Landsberg entlassen. Vgl. Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

31 Am 26.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 1, 2, 3, 4 und 6.

32 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

33 Der Parteivorstand der SPD veröffentlichte am 27.2.1932 einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, der die Entscheidung der SPD begründete, in diesem Wahlkampf Hindenburg zu unterstützen und auf einen "Zählkandidaten" zu verzichten. Hindenburg habe "seine einstigen Anhänger enttäuscht. Weil er unparteiisch war und es bleiben will, weil er für einen Staatsstreich nicht zu haben ist, darum wollen sie ihn beseitigen." Jede Stimme, die nun gegen Hindenburg abgegeben würde, sei eine Stimme für Hitler. Der Aufruf endet mit den Parolen: "Befreit mit diesem einen Schlag das deutsche Volk von der faszistischen Bedrohung! Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!" Druck: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart ^{3}1991, S. 516 f. Vgl. ferner Dok. 8, Anm. 32 und Dok. 21, Anm. 5.

34 Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

Der 13. März wird für uns ein Kampftag sein, und ich glaube, daß dieser Kampf, meine Volksgenossen, den Segen findet, den er verdient. *13 Jahre Ringen, 13 Jahre Beharrlichkeit, 13 Jahre Entschlossenheit können nicht umsonst gewesen sein.*

Ich glaube an eine höhere Gerechtigkeit. Ich glaube, daß sie Deutschland geschlagen hat, weil wir treulos geworden waren, und ich glaube, daß sie uns helfen wird, weil wir wieder Treue bekennen.

Ich glaube, daß sich der Arm des Allmächtigen von denen wegziehen wird, die nur nach fremder Deckung suchen.

Wir haben einst dem Generalfeldmarschall gehorsam wie dem Obersten Kriegsherrn gedient[35]*, und haben ihn verehrt*[36]*, und wollen, daß sein Name dem deutschen Volk als Führer des großen Ringens erhalten bleibt. Weil wir aber das wünschen und weil wir das wollen, sehen wir heute die Pflicht, dem alten Generalfeldmarschall zuzurufen:*

Alter Mann, du bist uns zu verehrungswürdig, als daß wir es dulden könnten, daß hinter dich sich die stellen, die wir vernichten wollen. So leid es uns daher tut, du mußt zur Seite treten, denn sie wollen den Kampf, und wir wollen ihn auch.

Und ich glaube, daß dieser Kampf mit dem Sieg derer beendet wird, die den Sieg auch verdienen, verdienen durch ihren Kampf, durch ihre Opfer und ihren Einsatz, durch ihre Beharrlichkeit und Entschlossenheit, durch ihren Glauben und durch die großen Ideale, die sie beseelen.

Unser muß der Sieg sein!

Und so bitte ich denn, gehen Sie in die kommenden Wochen hinein und erfüllen Sie Ihre Pflicht! Sehen Sie in diesem März mehr als einen Monat deutscher Geschichte. *Sehen Sie in ihm zum erstenmal vielleicht den Tag, der es ermöglicht, daß das Buch der Weltgeschichte noch einmal aufgeschlagen wird und daß dann die Seiten von 1918 bis 1932 herausgerissen werden.* Daß es nicht mehr heißt, das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht[37], sondern daß es dann im Anschluß an die Großtat unseres Heeres heißt:

Das deutsche Volk hat seine Ehre wiedergewonnen!

Auf daß dann die nächsten Blätter wieder bleiben können, ruhmreich und ehrenvoll für unser Volk, daß diese Blätter dann einst wieder Geschichte sein werden für unsere deutsche Jugend, Geschichte, die sie nicht zum Erröten bringt.

Die Stunde kommt, tun Sie jetzt Ihre Pflicht, und unser muß der Sieg sein[38].

---

35 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

36 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

37 Möglicherweise eine Anspielung auf den Aufruf *An das werktätige Volk!*, den der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat am 11.11.1918 publiziert hatte: "Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war. Der vielgerühmte, der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel ihren Siegesmarsch angetreten und hat sich siegreich durchgesetzt. Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt. Die Träger der Krone sind ihrer Macht entkleidet. Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik." Vgl. Vossische Zeitung vom 11.11.1918, "An das werktätige Volk!"

38 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

28. Februar 1932 Dok. 30
Schreiben an Paul von Hindenburg [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1 [2].

Herr Reichspräsident!

Eine Reihe von Vorkommnissen zwingt mich als Führer der größten deutschen Bewegung und Kandidat für die Reichspräsidentenwahl am 13. März [3] an Sie, Herr Reichspräsident, den Appell zu richten, gewissen Vorgängen Ihre Aufmerksamkeit zu schenken, die meiner Überzeugung nach zum einen gefährlich und zum andern gesetzwidrig sind.

1.) Die Sozialdemokratische Partei, die Sie, Herr Reichspräsident, in ihrem Partei-Aufruf vom 27. Februar für ihre Wähler als Kandidaten aufstellt [4], schreibt in ihrem Wahlaufruf folgendes:

"Hitler statt Hindenburg, das bedeutet Chaos in Deutschland und ganz Europa ... höchste Gefahr und blutige Auseinandersetzung im eigenen Volk und mit dem Ausland [5]."

Herr Reichspräsident, ich weise den Versuch, mit diesen Methoden *das Ausland* gegen die freie politische Meinungsentscheidung der deutschen Nation unter Bezugnahme auf Ihren Namen mobilmachen zu wollen, entrüstet zurück. Ich habe in meinen Äußerungen Ausländern gegenüber nie unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede bisherige deutsche Regierung von wahrhafter und aufrichtiger Friedensliebe beseelt gewesen ist. Versuche, eine unbequeme deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruhestifterin hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Hereinbeziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise abzuwehren wissen. Für die Dauer des Wahlkampfes sollen meine Erklärungen der Welt, wenn erforderlich, genauso zur Kenntnis kommen wie die Erklärungen der Vertreter des heutigen Systems.

---

1 Hitler veranstaltete am 28.2.1932 ab 14.00 Uhr eine Pressekonferenz im Hotel *Kaiserhof*, bei der er sein Schreiben an Hindenburg, das dieser erst zwei Stunden vorher durch Boten erhalten hatte, ausländischen Pressevertretern vorlas. Hierüber berichtete der *VB*: "Die Tatsache, daß er - entgegen seiner ursprünglichen Absicht - sich in dieser Angelegenheit jetzt an die ausländische Presse wende, begründete er mit dem Hinweis auf die Lage seiner eigenen Presse unter Handhabung der Notverordnung. Es stelle ein Novum dar, daß man bei einer innerpolitischen Frage das Ausland mobilmache und erkläre, wenn der Gegenkandidat gewählt werde, so könne das zum Krieg führen. Durch solche Redensarten würde nur der Nährboden für einen Krieg vorbereitet. Ein Sieg der NSDAP könne auf die Außenpolitik nur günstig einwirken." Vgl. Le Matin vom 29.2.1932, "Hitler reçoit des journalistes étrangers"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 29.2.1932, "Hitler an die ausländische Presse"; VB vom 1.3.1932, "Adolf Hitler empfängt die ausländische Presse"; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 63 f. sowie Domarus, Hitler, Teil I, Bd. 1, S. 95 f.

2 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 29.2.1932, "Offener Brief Hitlers an den Reichspräsidenten"; VB vom 1.3.1932, "Adolf Hitler an den Reichspräsidenten".

3 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 33, ferner Dok. 8, Anm. 32 und Dok. 21, Anm. 5.

5 Auslassung in der Vorlage; der ganze Satz des Aufrufs lautet: "Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, äußerste Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosennot, höchste Gefahr blutiger Auseinandersetzung im eigenen Volke und mit dem Ausland." Druck: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 517.

2.) In demselben Aufruf, der Sie, Herr Reichspräsident, als Kandidat präsentierenden Sozialdemokratischen Partei findet sich folgende Stelle:

"Hitler statt Hindenburg, das bedeutet Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse ...[6]"

Auch durch diesen Satz, Herr Reichspräsident, wird versucht, insbesonders dem Ausland vorzutäuschen, Deutschland befände sich im Zustand irgendeiner demokratischen freien Verfassung. Ich stelle demgegenüber fest, daß seit Jahren von Pressefreiheit in Deutschland überhaupt nicht mehr die Rede sein kann[7] und daß gerade in diesen Tagen der Wahl, der Wahlvorbereitungen und des Wahlkampfes die verfassungsmäßig garantierte Wahlfreiheit und Freiheit der Wahlpropaganda unter Ihrer Präsidentschaft auf das schonungsloseste unterdrückt werden[8]. Sofort bei Beginn dieses Wahlkampfes wurde unter nichtigen Vorwänden ein Teil meiner Presse teils beschlagnahmt, teils verboten[9]. Der Artikel der Verfassung, der die Wahlfreiheit garantiert[10], kann aber durch Sie, Herr Reichspräsident, mit dem Artikel 48[11] nicht außer Kraft gesetzt werden. Es handelt sich also hier um glatte und durch nichts zu beschönigende Verfassungsbrüche.

---

6 Auslassung in der Vorlage; der ganze Satz des Aufrufs lautet: "Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Sieg des reaktionären Teils der Bourgeoisie über die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und über die Arbeiterklasse, Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse, der politischen, gewerkschaftlichen und Kulturorganisationen, verschärfte Ausbeutung und Lohnsklaverei." Druck: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 517.

7 Die freie Meinungsäußerung "durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise" wurde durch Artikel 118 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 garantiert. Einschränkungen im politischen Bereich bestanden durch die presserechtlichen Bestimmungen (§§12-14) des Zweiten Republikschutzgesetzes vom 29.3.1930, denen zufolge Druckschriften beschlagnahmt oder je nach ihrer Art für eine Dauer zwischen vier Wochen und sechs Monaten verboten werden konnten, wenn sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung darstellten. Die §§ 10-12 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931 verschärften diese presserechtlichen Bestimmungen, auch Plakate und Flugblätter konnten deswegen nun beschlagnahmt und eingezogen, Tageszeitungen für die Dauer bis zu acht Wochen verboten werden. Die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17.7.1931 (ergänzt am 10.8.1931) gab den obersten Reichs- und Landesbehörden ein Verlautbarungsrecht in allen periodischen Druckschriften, die dort "ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich" aufzunehmen waren. Druck: RGBl. 1919, S. 1405; 1930, I, S. 91 ff.; 1931, I, S. 79 ff., 371, 435.

8 Während der Jahre 1930 bis 1932 wurden wegen Verstosses gegen § 14 des Zweiten Republikschutzgesetzes vom 29.3.1930 lediglich 52 Anklagen erhoben und 16 Verurteilungen ausgesprochen. Vgl. Gusy, Weimar, S. 190.

9 Der *Völkische Beobachter* wurde durch Erlaß der Polizeidirektion München vom 30.1.1932 für die Zeit vom 1.2.-7.2.1932 verboten, außerdem wurde am 24.2.1932 die für die Auslieferung am 25.2. vorgesehenen Nummern des *Völkischen Beobachters* und von *Der Flammenwerfer* von der Münchner Polizei beschlagnahmt. Vgl. VB vom 1.2.1932, "Der 'Völkische Beobachter' verboten!"; vom 26.2.1932, "Der Völkische Beobachter verboten".
Zum damaligen Verbot von *Der Angriff*, als der damals zweitwichtigsten nationalsozialistischen Zeitung vgl. Anm. 24 sowie Dok. 5, Anm. 2. Auch regionale nationalsozialistische Zeitungen wurden damals verboten wie etwa am 15.2.1932 die *Hessische Volkswacht*. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 21.2.1932 (1. MA), "Trotz Verbot einfach erschienen!".

10 Gemeint ist Artikel 125 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet. Das Nähere bestimmen die Wahlgesetze." Druck: RGBl. 1919, S. 1407.

11 Vgl. Dok. 12, Anm. 10.

3.) Der preußische Innenminister Severing[12] hat in einer längeren Ansprache den preußischen Ober- und Regierungspräsidenten, sowie den höheren Beamten des Innenministeriums und anderer preußischer Ressorts, laut Pressenachrichten, die Nationalsozialistische [*Deutsche Arbeiter*]partei als *staatsfeindlich* hingestellt[13]. Es ist also möglich, daß unter Ihrer Präsidentschaft, Herr Generalfeldmarschall, der Reichsinnenminister Groener die Auffassung vertritt, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei nicht staatsfeindlich[14], und der preußische Innenminister Severing dagegen, in dessen Hand die Mittel der praktischen Exekutivgewalt liegen, die Auffassung verbreitet, sie sei staatsfeindlich. Ich sehe in dem Vorgehen des preußischen Innenministers Severing einen unzulässigen Druck auf die preußische Verwaltung, ihren Einfluß bei der Wahl in einem für uns ungünstigen Sinne geltend zu machen.

4.) Herr Reichspräsident, Sie sollen den Wunsch ausgesprochen haben, daß dieser Wahlkampf in *ritterlicher* Weise geführt werde[15]. Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Vorgänge hinzulenken:

a.) In einer amtlichen Erklärung des Herrn Reichsinnenministers General Groener gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels[16], wurde diesem eine sinnentstellte Äußerung zu-

---

12 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR (SPD), 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Minister des Innern, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern, 1947-1952 MdL in Nordrhein-Westfalen (SPD).

13 Zusammen mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun war Severing am 27.2. in einer internen Besprechung mit den preußischen Ober- und Regierungspräsidenten auf den bevorstehenden Reichspräsidentenwahlkampf und die zu erwartende Politik der NSDAP eingegangen. Dabei hatte er darauf hingewiesen, "daß die Sturmabteilungen nicht Abwehr-, sondern Angriffsorganisationen militärischen Charakters seien, die unter das Gesetz vom 22.3.1921 zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedenvertrags fielen. [...] An der staatsfeindlichen Betätigung der NSDAP habe sich trotz der Legalitätserklärungen *Hitlers* nichts geändert; von Ansätzen einer Bereitschaft zu positiver Mitarbeit am Staate könne keine Rede sein. Es sei daher zu bedauern, daß die Reichsregierung Verhandlungen mit der NSDAP aufgenommen habe." Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 58.

14 Gemeint ist Groeners Erlaß vom 29.1.1932. Vgl. Dok. 12, Anm. 38.
Am 24.2.1932 rechtfertigte Groener nochmals im Reichstag diesen Erlaß, dem "eine Vorleistung der Führung der Nationalsozialisten" vorausgehe. "Das ist der *Verzicht auf jegliche Zersetzungsarbeit in der Wehrmacht* seit Jahr und Tag, die wiederholt mir abgegebene Erklärung des Führers, daß er jeden Mann seiner Partei, der solches unternimmt, rücksichtslos entfernen wird." Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2279 f.

15 Nach Hindenburgs Entscheidung für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, berichteten die Hindenburg-Ausschüsse immer wieder, Hindenburg habe von ihnen verlangt, sie sollten "den Wahlkampf ritterlich und sachlich führen". Vgl. Der Abend vom 19.2.1932, "Landesverrat! Landesverrat! Der 'ritterliche Kampf' gegen Hindenburg"; Vossische Zeitung vom 4.3.1932 (MA), "Kämpft ritterlich!".
Auch Duesterberg hatte in einem Wahlaufruf verkündet, es sei für ihn selbstverständlich, "daß wir den Kampf um die Reichspräsidentschaft ritterlich führen". Vgl. Der Tag vom 24.2.1932, "Ein Leben in Arbeit und Pflicht".

16 Nach der diffamierenden Rede, die Goebbels am 23.2.1932 im Reichstag gehalten hatte (vgl. Anm. 17 und 18), gab Groener tags darauf im Reichstag folgende Erklärung ab: "In der gestrigen Sitzung hat der Abgeordnete *Dr. Goebbels* nach Feststellung des Ältestenrates folgendes gesagt: 'Sage, wer dich lobt, und ich sage, wer du bist. Hindenburg, gelobt von der *Partei der Deserteure*.' Ich ergreife die Gelegenheit, wo Dr. Goebbels wieder anwesend ist, auf dieses Wort noch einmal einzugehen. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungeheuerlichkeit auffassen, wenn der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, der Mann, der diesen Dienst auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach, wenn Hindenburg in irgendwelche Beziehung mit dem Wort 'Deserteur' gebracht wird. Diese Beleidigung, die ein Mann auszusprechen

geschrieben[17], die nach dem amtlichen Protokoll der Reichstags-Sitzung vom 23.2.1932 nicht gefallen ist[18]. Trotz erfolgter Aufklärung nahm der Herr Reichsinnenminister Groener seinen schweren Vorwurf nicht etwa zurück. Im Gegenteil: Durch Ihre Notverordnung[19] wurden wir gezwungen, die objektiv unrichtige und uns schädigensollende [*sic!*], vom Innenministerium verbreitete Wiedergabe dieser Stelle in unserer eigenen Presse zum Abdruck zu bringen[20]. Herr Reichspräsident! Ist ein solches Verfahren ritterlich?

---

wagt, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt, kann zwar der Größe der Leistung des Generalfeldmarschalls ebensowenig anhaben wie der Verehrung, welche das deutsche Volk vor seiner Pflichterfüllung im Krieg und Frieden empfindet. Aber als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der deutschen Wehrmacht habe ich die Pflicht und den Auftrag, diese ungeheuerliche Äußerung des Abgeordneten Dr. Goebbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu kennzeichnen und sie auf das schärfste zurückzuweisen." Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2270 sowie Hürter, Groener, S. 327 f.

17 Die Auseinandersetzung über den in Anm. 16 genannten Teil von Goebbels' Rede hatte sich über jenen Satz entzündet, der tags darauf in der Presse folgendermaßen wiedergegeben wurde: "Sage, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist! Hindenburg, gelobt von der Berliner Asphaltpresse, gelobt von der Partei der Deserteure...!" Folgt man dem *offiziellen* Protokoll der Reichstagssitzung, so wurde Hindenburg in dieser Passage von Goebbels' Rede nicht genannt. Allerdings ließ ihr vorhergehender Teil, in der auf Hindenburg Bezug genommen wurde, keinen Zweifel daran, auf wen diese Bemerkung zielte. Grund für die Empörung der sozialdemokratischen Abgeordneten war freilich weniger Goebbels' Polemik gegenüber dem Reichspräsidenten, sondern seine Behauptung, die SPD sei die Partei der Deserteure. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 24.2.1932 (MA), "Tumulte im Reichstag"; Germania vom 24.2.1932 (MA), "Beginn der Reichstagsschlacht"; Vorwärts vom 24.2.1932 (MA), "Sozialdemokratie trumpft auf! Sie läßt sich Nazi-Frechheiten nicht mehr gefallen."; Der Angriff vom 5.3.1932, "Trotz Terror und Verboten: Das Volk für seinen wahren Führer!". Ferner Anm. 16 und 18 sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 131 f.

18 Das offizielle Protokoll jener Passage aus der Rede, die Goebbels am 23.2.1932 im Reichstag hielt, lautet: "Es gibt unter uns Nationalsozialisten ein Wort, das bisher immer noch seine Richtigkeit erwies: Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist! (Bravo! und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Gelobt von der Berliner Asphaltpresse, gelobt von der Partei der Deserteure -- (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. - Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten. - Glocke des Präsidenten.)
Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Dr. Goebbels, Sie haben eine im Hause anwesende Partei die Partei der Deserteure genannt. (Andauernde Zurufe von den Nationalsozialisten und Gegenrufe von den Sozialdemokraten.) - Meine Herren, ich bitte um Ruhe. - (Zurufe von den Sozialdemokraten: Wer hat desertiert? Wo waren Sie? Sagen Sie das!) - Ich bitte jetzt um Ruhe. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten. - Abgeordneter Dr. Schumacher: Sie waren keinen Tag an der Front!) - Herr Abgeordneter Dr. Schumacher, ich bitte um Ruhe." Folgt weitere Auseinandersetzung zwischen Goebbels, dem Reichstagspräsidenten Paul Löbe und sozialdemokratischen Abgeordneten über Goebbels' Vorwurf, die SPD sei die Partei der Deserteure. Nach einer Unterbrechung der Sitzung kamen die Mitglieder des Ältestenrats des Reichstags überein, daß die Goebbelssche Äußerung "eine so schwere Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes" darstelle, daß Goebbels nach § 91 der Geschäftsordnung von der Sitzung auszuschließen sei. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2250 ff. (Im Unterschied zu den übrigen zitierten Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Reichstags enthält diese Wiedergabe sämtliche Zwischenrufe).

19 Gemeint ist die Verordnung des Reichspräsidenten zur Änderung der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10.8.1931, die den verantwortlichen Schriftleiter und den Verleger einer periodischen Druckschrift verpflichtete, "auf Verlangen einer obersten Reichs- oder Landesbehörde amtliche Kundgebungen und amtliche Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich aufzunehmen". Verlautbarungen der Landesregierungen bedurften der Genehmigung des Reichsministers des Innern. Druck: RGBl. 1931, I, S. 371, 435.

20 Vgl. Der Angriff vom 24.2.1932, "Pg. Dr. Goebbels rechnet ab"; vom 26.2.1932, "Severing sendet uns eine Auflagenachricht".

b.) Der Polizeipräsident von Berlin, Herr Grzesinski[21], hat unter Bezugnahme auf ein Versammlungsthema: "Der Kandidat Crispiens[22]" den "Angriff", die in einer hohen Auflage erscheinende Tageszeitung meiner Partei in Berlin[23], für die Halbzeit des Wahlkampfes verboten[24]. In der Motivierung dieses Verbots - die ebenso fadenscheinig wie an den Haaren herbeigezogen ist und die ihre treffende Beleuchtung dadurch erhält, daß der unter dieser Überschrift plakatierte Vortrag meines Parteigenossen Alfred Rosenberg[25] als Plakat und Veranstaltung vorher polizeilich genehmigt war - wird vom Herrn Polizeipräsidenten Grzesinski auf die moralische Notwendigkeit eines Ehrenschutzes Ihrer Kandidatur, Herr Reichspräsident, hingewiesen. Herr Reichspräsident! Ich empfinde diese Maßnahme des Polizeipräsidenten Grzesinski nicht nur als ungesetzlich und verfassungswidrig, sondern auch als im strikten Widerspruch

---

21 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbands in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-33 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamts, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preußischen Landespolizeiamts, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Oktober 1926 bis Februar 1930 preußischer Minister des Innern, 1933 Emigration, seit 1937 in den USA, 1939-1943 Vorsitzender der German Labor Delegation.

22 Vgl. die Anzeige in *Der Angriff* vom 25.2.1932: Rosenberg sollte am 26.2.1932 ab 20.30 Uhr in einer Massenversammlung in den Tennishallen zum Thema "Der Kandidat Crispiens" sprechen.

23 Die Berliner Zeitung *Der Angriff* war vom Berliner Gauleiter der NSDAP Joseph Goebbels im Juli 1927 gegründet worden. Die Zeitung war weniger als Informationsblatt konzipiert, sondern als neuer Typ einer primär ideologisch ausgerichteten "Kampfpresse", die ihrem Herausgeber Goebbels eine Plattform für seine Propaganda und ihren charakteristischen Stil bot; das zunächst wenige Seiten umfassende Blatt erschien einmal, ab Oktober 1929 zweimal pro Woche und wurde im November 1930 zur Tageszeitung erweitert. Zu Beginn des Jahres 1933 hatte *Der Angriff* nach dem *Völkischen Beobachter* (160.000) mit täglich 125.000 Exemplaren die höchste Auflage aller nationalsozialistischen Tageszeitungen erreicht. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 100 ff., 195; Katalog der nationalsozialistischen Pressen. Nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933, S. 3.

24 *Der Angriff* wurde von Grzesinski am 27.2.1932 für die sechs Tage verboten. In seinem Schreiben an die NSDAP vom 27.2.1932 begründete der Berliner Polizeipräsident dieses Verbot wie folgt: "Soeben habe ich mich veranlaßt gesehen, Ihre Parteizeitung für Berlin 'Der Angriff', wegen einer Versammlungsankündigung mit dem Thema 'Der Kandidat Crispiens' auf sechs Tage zu verbieten, weil mit dieser Bezeichnung der Reichspräsident v. Hindenburg getroffen werden sollte. Es ist hier die immer wieder in sinnentstellender Form wiedergegebene angebliche Äußerung des Abgeordneten *Crispien*, 'Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt', nunmehr auch zur Kennzeichnung des Herrn Reichspräsidenten verwendet worden. Die direkte oder indirekte Bezeichnung als Landesverräter gegenüber Staatsbürgern und ganzen Teilen des deutschen Volkes ist eine rohe Äußerung der Mißachtung und verfolgt den Zweck, zu kränken und Deutsche als der Achtung des deutschen Volkes unwürdig hinzustellen." Verlag und Schriftleitung des *Angriff* legten dagegen Beschwerde beim Reichspräsidenten, Reichskanzler, Reichsminister des Innern und beim Reichsgericht ein. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27.2.1932 (AA), "Der 'Angriff' auf sechs Tage verboten"; Germania vom 28.2.1932, "Der 'Angriff' verboten"; Vorwärts vom 28.2.1932 (MA), "Gegen die Nazi-Hetzer". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 133 f.

25 Alfred Rosenberg (1893-1946), Architekt, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1921 Schriftleiter des *Völkischen Beobachters*, 1923-1937 Hauptschriftleiter, 1924 Gründer der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1924-1930 Herausgeber der Zeitschrift *Der Weltkampf*, 1929 Gründer des Kampfbunds für deutsche Kultur, 1930 Verfasser von *Der Mythus des 20. Jahrhunderts*, 1930-1933 MdR, 1933 Leiter des Außenpolitischen Amts der NSDAP, 1934-1945 "Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", 1941-1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 hingerichtet.

stehend zu der von Ihnen gewünschten Ritterlichkeit des Wahlkampfes. Ist es ritterlich, meine Presse unter solchen Vorwänden von einem Manne verbieten zu lassen, der die Ehre Ihres Gegenkandidaten, Herr Generalfeldmarschall, auf das denkbar schwerste selbst angegriffen hat? Abgesehen davon, daß Herr Grzesinski in einer öffentlichen Drohrede sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß ich noch nicht mit der Hundepeitsche aus Deutschland gejagt worden sei[26], verbreitet dieser Herr die Verleumdung, ich sei einst österreichischer Deserteur gewesen und hätte deshalb meine Staatsangehörigkeit verloren[27]. Ich lasse Ihnen, Herr Reichspräsident, anbei die Abschrift der von der zuständigen österreichischen Militärbehörde, dem Landesevidenzbüro der Landeshauptstadt Linz, auf mein Ansuchen ausgestellten amtlichen Bescheinigung zugehen, aus der Sie ersehen mögen, daß ich schon im Februar 1914 überhaupt keine österreichische Heeresverpflichtung mehr hatte[28] und mithin aus freiem Willen und nur aus nationaler Begeisterung bei Kriegsausbruch in die deutsche Armee eingetreten bin[29], in der ich dann über fünfeinhalb Jahre zu dienen die Ehre hatte. Welches Vertrauen, Herr Reichspräsident, können wir zu Behörden haben, deren Repräsentanten sich solcher Kampfmittel bedienen? Und wie müssen wir es dann empfinden, wenn diese Männer, die in amtlichen Verbotsbegründungen gegen uns erklären, "es gäbe genügend Methoden, mit denen für ein politisches Ziel geworben werden könne, ohne daß man einen politischen Gegner beschimpfe", als "Hüter der Wahlmoral" die Freiheit unserer Propaganda unterdrücken.

Herr Generalfeldmarschall! Halten Sie es Ihres Namens für würdig, sich selbst als Präsidentschaftskandidat durch ein Gestrüpp von Notverordnungen und Gesetzesparagraphen in Ihrer persönlichen Ehre schützen zu lassen, Ihren Gegenkandidaten aber als Freiwild der parteipolitischen Lüge und Verleumdung preiszugeben? Was gedenken Sie, Herr Reichspräsident, zu tun, um in diesem Kampf, der auch um Ihre Person geht, die Prinzipien der Ritterlichkeit wiederherzustellen?

Berlin, Hotel Kaiserhof, Sonntag den 28. Februar 1932

Adolf Hitler[30]

26 Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

27 Bei seiner Rede, die Grzesinski am 7.2.1932 in Leipzig gehalten hatte, hatte er u. a. ausgeführt: "Wie blamabel ist es für das deutsche Volk, daß hier Millionen von Deutschen einem Ausländer nachlaufen, der in seinem Heimatlande sich der Militärdienstpflicht entzog und nur, weil er bei Ausbruch des Weltkrieges fürchtete, wegen seiner Desertion bestraft zu werden, sich in ein bayrisches Regiment hat einreihen lassen." Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 8.2.1932, "Das Volkshaus dicht umlagert"; VB vom 12.2.1932, "'Warum hat man diesen Ausländer nicht mit der Hundepeitsche davongejagt?'".

28 Liegt der Vorlage nicht bei. Vgl. jedoch die Amtsbestätigung der oberösterreichischen Landesregierung, Landesevidenzreferat, Zahl 786, vom 23.2.1932: "Es wird bestätigt, daß der am 20. April 1889 in Braunau am Inn geborene und in Linz, Oberösterreich, heimatberechtigte *Adolf Hitler*, Sohn des Alois und der Clara, geborenen Pötzl [*sic!*], laut Stellungsliste bei der Nachstellung in der III. Altersklasse am 5. Februar 1914 in Salzburg 'zum Waffen- und Hilfsdienste untauglich, zu schwach' befunden worden ist und der Beschluß auf 'Waffenunfähigkeit' gefällt wurde." BayHStA, PrASlg. 1160. Vgl. ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 133 f.

29 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

30 Hitlers Brief wurde von Reichsminister Groener am 5.3.1932 mit einem öffentlichen Schreiben beantwortet; Groener betonte, daß es die Würde des deutschen Staatsoberhaupts eigentlich gebiete, "die persönliche Beantwortung eines Schreibens zu verweigern, das nur formell an seine Adresse gerichtet war, praktisch aber einer

28. Februar 1932 Dok. 31
Schreiben an die braunschweigische Gesandtschaft in Berlin

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/6.

Betreff: Urlaub.

Hiermit bitte ich, mir bis zum Ende des Reichspräsidenten-Wahlkampfes[1] Urlaub gewähren zu wollen[2].

Hochachtungsvoll!

Adolf Hitler

---

an das Ausland gerichteten Propaganda dienen sollte". Hitlers Vorwürfe erforderten jedoch eine öffentliche Antwort. "Ihr Appell an die Prinzipien der Ritterlichkeit, den Sie damit verbinden, veranlaßt mich zu der öffentlichen Klarstellung, daß der Versuch, einen Mann, der sieben Jahre lang ein bewunderungswürdiges Zeugnis seines Bemühens um eine objektive Amtsführung abglegt hat, in Gewissenskonflikt zwischen Amtspflicht und persönlicher Loyalität zu bringen, meinem Empfinden für Ritterlichkeit widerspricht. Ich hätte jedenfalls erwartet, daß die persönliche Behandlung, die Ihnen noch vor wenigen Monaten durch den Herrn Reichspräs[*identen*] zuteil geworden ist, an den Methoden Ihrer Wahlpropaganda nicht spurlos vorübergehen würde." Zu Hitlers einzelnen Beschwerden bemerkte Groener, daß das Prinzip der Wahlfreiheit kein "Freibrief für alle Ausschreitungen im politischen Kampf" sei. "Ihr Hinweis auf eine angebliche Verfassungswidrigkeit der bestehenden Verordnungen während des Wahlkampfes geht an dem klaren Sinn des Art[*ikel*] 125 der R[*eichs*]verf[*assung*] vorbei. Sie rufen den Schutz des Reichspräs[*identen*] an gegen Teile des Wahlaufrufes der SPD, in denen die Befürchtung ausgesprochen wird, daß Ihre Wahl Krieg und Bürgerkrieg und die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben könne. Vergleicht man diese dunklen Prophezeiungen mit den Aufrufen und Kundgebungen, die Ihre Partei seit Jahr und Tag über ihre Gegner in Deutschland verbreitet hat, so kann die mit einem Male gezeigte Empfindlichkeit nur Verwunderung auslösen. Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die unberechtigt erscheinenden Befürchtungen zu wehren - nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung Ihrer politischen Ziele, um damit die ernste Sorge Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen." Groener stimmte Hitler bei, daß er kein österreichischer Deserteur gewesen sei und stellte auch mit Befriedigung fest, "daß der Abgeordnete Dr. Goebbels in einem an mich gerichteten Brief von der Absicht einer Beleidigung des Herrn Reichspräs[*identen*] durch seine Äußerung im Reichstag weit abgerückt ist. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß seine Worte in jener Reichstagssitzung nicht anders verstanden werden konnten, als ich es getan habe." Er, Groener, sei es Hindenburg, "der mit seiner Kandidatur ein tief erschütterndes, persönliches Opfer gebracht hat, schuldig, die Wahrheit festzustellen: Hindenburg ist nicht 'der Kandidat Crispiens', ist nicht der Kandidat einer Partei, sondern er ist der Kandidat von Millionen deutscher Arbeiter genauso wie von Millionen deutscher Volksgenossen in anderen Ständen". Groener schloß sein Schreiben: "Ich werde als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß niemand in seiner freien Entschließung bei der Wahl gehindert wird. Aber ich betrachte es als meine Pflicht als Staatsdiener, mich schützend vor die Person des amtierenden Reichspräs[*identen*] zu stellen, und als meine Ehrenpflicht als alter Soldat, über die Ehre und das Ansehen des G[*eneral*]f[*eld*]m[*arschalls*] von Hindenburg zu wachen. In diesem Geiste werde ich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben." Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 52 f. Zur Genese von Groeners Antwort, die zunächst schärfer ausfallen sollte, vgl. Hürter, Groener, S. 331 f., Anm. 141.

1 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
2 Vgl. Dok. 28.

1. März 1932 Dok. 32
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg[1]

Hamburger Tageblatt vom März 1932 (Sonderausgabe), "'Tut eure Pflicht - und wir werden siegen!'" [2].

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Was ich in einem nunmehr bereits 13jährigen politischen Kampfe noch niemals erlebt habe, erlebe ich heute. Meine politischen Gegner haben Mitleid mit mir. Sie bedauern so inständig, daß ich nunmehr von dem vornehmen und hohen Postament von früher herabgestiegen sei in die Niederungen des Parteikampfes hinein[3]. Ich darf diese wohlwollenden, aufrichtigen Gegner eines wissen lassen: Es tut keinem Menschen mehr leid, in diese Niederungen des Parteikampfes hinabzusteigen als mir[4]. Aber da sich in diesen Niederungen, ja leider Gottes, das deutsche Volk befindet, muß man schon hinuntersteigen, *um dies Volk wieder hinaufzuziehen.*

Es gibt gar manche Gegner unter uns, die sagen, den Nationalsozialisten kommt die allgemeine politisch ungünstige Situation zugute, in der sich Deutschland befindet. Verehrte Herrschaften,

wenn Deutschland sich nicht in der Situation befinden würde, wären wir wahrscheinlich gar nicht da.

Es wäre ja dann auch nicht die Notwendigkeit vorhanden, daß wir überhaupt den Kampf einst aufgenommen haben. Denn wir wollten ja nicht eine Partei um ihrer selbst Willen gründen, sondern wir waren entschlossen, eine Bewegung ins Leben zu rufen, [*die*] einer Entwicklung vorbeugen oder sie beenden sollte, die wir kommen sahen. Wenn die Herrschaften heute sagen, daß Deutschland sich in traurigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen befindet, dann antworten wir:

Ja, Verehrteste, das haben Sie vor 13 Jahren nicht gesagt,

sondern damals erklärten Sie, daß mit *Ihren Prinzipien, Ihren Methoden und Ihren Auffassungen* Deutschland einer Zukunft entgegengehen würde, die unsere frühere Lage weitaus an *Schönheit, an Freuden, an Würden, an Glück* übertreffen sollte[5]. Das haben Sie behauptet,

---

1 In den Sagebielsälen, nach 21.30 Uhr. An der völlig überfüllten Versammlung, die um 20.30 Uhr vom Fraktionsvorsitzenden der NSDAP in der Hamburger Bürgerschaft, Wilhelm von Allwörden, eröffnet wurde, nahmen rund 15.000 Personen teil, die sich laut *VB* über alle sechs Säle verteilten. Vor Hitler sprach MdR Wilhelm Kube. Über den Einmarsch Hitlers schreibt das *Hamburger Tageblatt*: "Eine vieltausendköpfige Menschenmenge, ein vieltausendköpfiges graues, dumpfes, gequältes Heer, scheint all die Last und Sorgen dieser entsetzlichen dreizehn Jahre, scheint all seine Tränen, seinen Kummer, seine Sorgen hinwegwischen zu wollen in diesem Schrei, der Gruß ist und Huldigung zugleich."

2 Vgl. auch Hamburger Echo vom 2.3.1932, "Hitler-Abend"; Hamburger Fremdenblatt vom 2.3.1932, "Hitler in Hamburg"; Hamburger Tageblatt vom 2.3.1932, "'Ich verlange Kampf wie bisher und fordere Opfer'"; Le Matin vom 3.3.1932, "La campagne électorale allemande"; VB vom 3.3.1932, "Hitler - der Glaube und die Hoffnung von Millionen".

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 4, ferner Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

5 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP nahm diese Parole auf, um damit gegen die bestehenden politischen und sozialen

und wir erklärten damals, daß man mit den *Prinzipien der Demokratie und des Internationalismus und des Pazifismus* eben dies Glück nicht würde erzeugen können, sondern daß mit diesen Prinzipien *Deutschland zugrunde gerichtet werden müsse*. Und nun ist Deutschland zugrunde gerichtet, nun sagen Sie, ihr seid da, weil es uns schlecht geht.

Darüber hinaus sagen wir, wir sind da,

[*um*] *Euch zur Rechenschaft zu ziehen.*

Denn, daß es uns schlecht gehen wird, daß konnte jeder entweder nicht *verbrecherisch verblendete* oder *absichtlich bösartige* Mensch einsehen und müßte es zugeben.

Sie hören heute soviel von *Legalität* und *Illegalität*[6]. Nun wissen wir alle, daß es in der Geschichte zahlreiche Handlungen gab, die in ihrer Zeit und im Augenblick ihres Abrollens illegal waren, später eine Tatsache schufen und endlich von der Geschichte anerkannt wurden, nicht deshalb, weil sie eine Tatsache schufen, sondern deshalb, *weil aus dieser Tatsache eine innere Rechtfertigung kam*. Wenn man schon eine Revolution macht, wie am 9. November 1918[7], *dann kann sie nur legalisiert werden durch ihren inneren Erfolg*, und nicht durch die Tatsache der Machtübernahme allein[8].

Dieser innere Erfolg ist nun aber ausgeblieben.

Im Gegenteil, wir sehen, daß ein entsetzlicher Wandel in allem eingetreten ist. Wo Sie heute Ihren Blick hinwenden, die größten Veränderungen, die größten Umwälzungen, ja, ein Blick in die Vergangenheit scheint manchmal fast wie in einem Traum zu sein.

Verhältnisse zu polemisieren, so etwa im Reichstagswahlkampf 1928, als sie einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitete. Druck: Paul, Aufstand der Bilder, Dok. 42. Vgl. ferner Dok. 29, Anm. 7.

6 Die öffentliche Diskussion um die Legalität der nationalsozialistischen Politik war erneut aufgeflammt, nachdem der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten in Preußen am 27.2.1932 einen höheren Polizeioffizier wegen seines offenen Bekenntnisses zur NSDAP verurteilt und dies mit entsprechenden Entscheidungen des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 10.2. und 30.9.1931 begründet hatte. "Mit Recht hat sonach der Staatsministerialbeschluß vom 25. Juni 1930 die NSDAP als eine Organisation, deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung ist, bezeichnet. Ein *Staatsbeamter* aber, der sich offen als Anhänger dieser Partei zu erkennen gibt, offen für diese eintritt, wie es der Angeschuldigte getan hat, begeht ein *Dienstvergehen*." Vgl. Vossische Zeitung vom 27.2.1932 (AA), "Beamte dürfen nicht Hitler-Leute sein"; Berliner Tageblatt vom 28.2.1932 (MA), "Die N.S.D.A.P. keine legale Partei"; Frankfurter Zeitung vom 28.2.1932 (MA), "Nicht legal!".
Generell zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

7 Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

8 Anspielung auf das von Georg Jellinek (1851-1911) formulierte Prinzip der "normativen Kraft des Faktischen", mit dem die Gültigkeit der aus der Revolution hervorgegangenen Weimarer Verfassung begründet wurde. Obwohl dieses dezidiert positivistische Rechtsverständnis, das die normschaffende und daher auch normverändernde Kraft der realen politischen Machtverhältnisse betonte, unter den führenden deutschen Staatsrechtslehrern umstritten war, bestimmte es doch das damalige Verfassungsdenken. Auch die Rechtsprechung folgte der These von der rechtschöpferischen Kraft der Revolution. Bereits am 28.4.1919 sah das Reichsgericht die Rechtsetzungsmacht der revolutionären Reichsregierung begründet in ihrer "tatsächlichen Ausübung der Herrschergewalt". In seinen Urteilen vom 12.10. und 21.12.1921 stellte der Vereinigte II./III. Strafsenat fest, daß das alte Hochverratsrecht dem Schutz der Verfassung "in ihrer jeweils bestehenden Form" diene, womit *alle* politischen Umsturzversuche kriminalisiert wurden. Auch der endgültige Reichsstaatsgerichtshof argumentierte in einem Urteil vom 16.10.1926, "daß im Staatsleben der tatsächlichen Herrschaft, die sich gegenüber Widerständen durchzusetzen vermocht" habe, "staatsrechtliche Anerkennung" gebühre. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 8 ff., 546 ff.

Überall, in Nord, Süd, West oder Ost des Reiches, sehen wir an tausend Beispielen die ungeheuerlichsten Veränderungen, ja Verwüstungen. Auch Ihre Stadt hier war einst eine der blühendsten Handelsmetropolen Deutschlands[9], und heute zeigt der langsam verödete Hafen auch, wie sie ärmer und immer ärmer wird[10]. Was hat sich in diesen 13 Jahren nicht verschoben. Einst war Deutschland ein großes Reich, ein mächtiges Reich, stark genug, um vor einer ganzen Welt zu bestehen, und heute geht dieses kleine Litauen über uns zur Tagesordnung über[11], als ob wir gar nicht da wären.

15 Jahre vorher - und eine Welt kann uns nicht niederzwingen, und heute verhöhnt uns ein kleiner winziger Zwergstaat. 15 Jahre vorher - und dieses Volk ist in der Lage, mit seiner Wirtschaft einen Widerstand zu organisieren, der ebenfalls der ganzen Erde standhält - und jetzt sehen wir einen Trümmerhaufen, wohin wir blicken. 15 Jahre vorher - und dieses Volk hat im Innern eine Verfassung, die von Millionen nicht aus Zwang, sondern aus unbedingter innigster Gläubigkeit als richtig angesehen wurde, und heute eine Verfassung, die man dauernd durch Zwangsgesetze, Auflagen und Verordnungen in Schutz zu nehmen vermag. 15 Jahre vorher - eine Gesetzgebung, die von Millionen als in Übereinstimmung mit ihrer eigenen moralischen Auffassung angesehen wurde, und heute eine Moralauffassung, die die Gesetzgebung ablehnt und ablehnen muß, weil sie sich nicht mehr in Übereinstimmung befindet mit den im sonstigen bürgerlichen Leben gültigen Auffassungen. 15 Jahre vorher - dieses Volk im Besitz einer großen unbesiegten Armee[12] - heute einer lächerlichen Zwergtruppe[13]. 15 Jahre vorher - dieses Volk immer noch reich und vermögend, und heute arm und elend. Vorher ein Volk, das jede Arbeit schaffen konnte, heute ein Drittel der ganzen im Erwerbsleben Stehenden ohne Zweck, ohne Beschäftigung, ohne Arbeit[14].

Was Sie ansehen, alles hat sich gewandelt, wenn man später einmal diese 15 Jahre überblikken wird, die zwischen dem Jahre 1918 und heute liegen, dann wird man feststellen müssen,

9 Nach der 1867 erfolgten Aufnahme Hamburgs in den Norddeutschen Bund entwickelte sich die Hansestadt in wenigen Jahrzehnten zu einer Handelsmetropole, die nur noch von London und New York übertroffen wurde. 1875 waren in Hamburg 93 Dampfer mit einer Gesamttonnage von 84.300 BRT und 336 Segler mit 149.350 BRT registriert, 1914 764 Dampfer mit insgesamt 2.618.040 BRT. Wurden 1880 Güter mit einem Gesamtgewicht von 4.500.000 t und einem Gesamtwert von rund 1,7 Millionen Mark eingeführt, so stieg die Einfuhr bis 1900 auf 14.818.000 t, bzw. 3,8 Milliarden Mark. Die Ausfuhr stieg im selben Zeitraum von 2.870.000 t auf 9.345.000 t, bzw. von 1,6 Milliarden Mark auf 3,3 Milliarden Mark. Vgl. Werner Jochmann, Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose, Bd. II: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15-129.

10 Als größter deutscher Handelshafen hatte Hamburg besonders unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu leiden: 1925 wurden in Hamburg 586.407 Erwerbspersonen ermittelt, davon 38.947 Arbeitslose (6,64%); bis 1933 war die Zahl der Erwerbspersonen auf 603.250 gestiegen, die der Arbeitslosen auf 176.417 (29,24%). Die seewärtige Warenein- und -ausfuhr über Hamburg erreichte 1928 einen Spitzenwert von 29.688.000 BRT, um bis 1932 auf 19.827.000 BRT zu sinken. Die Zahl der Beschäftigten im Hamburger Hafen halbierte sich im Zeitraum von 1927 bis 1932 von 20.071 auf 10.195. Vgl. Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982, S. 243 ff., 672 ff.

11 Vgl. Dok. 24, Anm. 11.

12 Zur Genese der sog. Dolchstoßlegende und den tatsächlichen Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs vgl. Heinemann, Niederlage, S. 177 ff.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 3, Anm. 3.

14 Im März 1932 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 6.034.100 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 297 sowie Dok. 4, Anm. 14.

daß es kaum eine Epoche in der Weltgeschichte gibt, in der ein Volk einen solchen Niedergang erlebt hat.

Nur etwas ist geblieben: Wenn in diesen 15 oder 13 Jahren Deutschland als Macht zugrunde ging, wenn in diesen 13 Jahren Deutschland als Weltfaktor ausgeschaltet wurde, wenn in diesen 13 Jahren Millionen Menschen ihre Spargroschen verloren haben[15], wenn in diesen 13 Jahren Millionen andere ihre Geschäfte aufgeben mußten[16], wenn nach diesen 13 Jahren Millionen andere gar keinen Arbeitsplatz mehr besitzen, wenn in den 13 Jahren alles zerstört und verändert wurde, was man früher als natürlich und wichtig empfand, dann ist Eines geblieben:

die Parteien und die Männer, die das verschuldet haben, die sind noch immer da, die haben sich nicht geändert. (Lebhafter Beifall!)

Die haben es verstanden, im Zeitalter der Demokratie über die größte Niederlage, über das größte Versagen hinweg ihre eigene politische Unsterblichkeit stets auf das Neue zu erweisen. *Nicht zu vertilgen scheint dies politische Zeug zu sein, unsterblich förmlich, unsterblich sowohl an minderwertigen Leistungen als auch an der Zähigkeit, mit der es trotz aller Fehlschläge und trotz aller Katastrophen sich selbst erhält.* Ein ganzes Volk scheint überhaupt den einzigen Zweck zu haben, einen Nährboden abzugeben, für diese Bazillenkulturen. Wer redet vom deutschen Volk, wer redet von den Millionen Menschen, die leben wollen und keine Existenzmöglichkeit mehr finden?

Niemand! Man redet nur von den Parteien, die in ihrer Existenz erhalten werden müssen, von der Presse, die in ihrer Existenz unverändert bleiben muß. Man redet vor allem auch von den unsterblichen Männern, die dieses System hervorgezaubert haben, nicht unsterblich in ihrer explosiven Größe oder gar in ihrem weltanschaulichen Format. *Aber unsterblich in einer eminenten Zähigkeit des Klebens an einmal eingenommenen Sitzen und Plätzen.*

Sehen Sie, werden unsere Gegner sagen, ihr seid da, weil die Not zu groß ist. Jawohl, ihr habt den Nagel auf den Kopf getroffen. *Wenn ihr besser funktioniert hättet, wäre unsere Existenz gar nicht zu verantworten.* Ihr fragt,

was will dieser Hitler?

Er kämpft gegen den 9. November 1918, er ist doch selbst auch ein Kind des 9. Nov[*ember*] 1918. Gewiß, ihr habt recht: in Eurer Revolution, in Eurem Umsturz, in Euren Zuständen bin auch ich gewachsen[17], und weil ich aus ihnen gewachsen bin, werden wir Euch überwinden (Beifall). *Wenn ich aus den überalterten bürgerlichen Parteierscheinungen kommen würde, könnte ich mit Euch gar nicht ringen; denn diese überlebte Welt hat ja einst nicht Widerstand leisten können, wie sollte sie denn heute zu siegen vermögen?* Weil ich und wir Kinder dieser Zeit sind, weil wir dies alles miterlebt hatten, einst an der Front[18] und dann im Kampfe der Heimat, weil wir Euch gerade dabei kennenlernten, sind wir das geworden, was wir heute vorstellen.

Und wir stellen nichts Schlechtes vor.

15 Vgl. Dok. 29, Anm. 17.

16 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933 (S. 384 f.) verzeichnet für das Jahr 1932 14.138 neue Konkurse und 6.189 neue Vergleichsverfahren. 1931 wurden 19.254 neue Konkurse und 8.628 neue Vergleichsverfahren registriert.

17 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

Wenn ich Eure Plakate heute lese und auf denen Euren Aufruf sehe: *"Wählt Hindenburg, damit Ihr Hitler schlagt*[19]*"*, welch ein Wandel auch auf diesem Gebiete.

Die stolze Sozialdemokratie, die mit starkem Arme einst alle Räder stehenlassen wollte, jetzt stehen sie still ohne ihre starken Arme[20]*. Die stolze Sozialdemokratie, die einen Staat, ein Volk revolutionieren, erobern und hinüberführen wollte in einen neuen Glückszustand. Die uns ausgespottet hat* [*sic!*]*, die mich halb als Narren, halb als Idioten, dann wieder als Verbrecher hinstellte*[21]*, die wagt heute nicht mehr, uns mit offenem Visier unter eigener Bezeichnung entgegenzutreten. Glauben Sie mir, hätte ich gar nichts erreicht in meinem Leben, als daß ich diese Partei zu den Füßen des Feldmarschalls*[22] *gezwungen hätte*[23]*, es wäre auch schon ein geschichtliches Verdienst gewesen.* (Lebhafter Beifall.)

Als ich einst diesen Kampf vor 13 Jahren begann, da wußte ich, daß bei der mir ganz klaren Charakterlosigkeit dieser politischen Gegner - *denn wer in einer solchen Stunde wie im November 1918 eine Revolution macht, ist charakterlos*[24] - diese Menschen in der Klebrigkeit ihres Existenzkampfes [*sic!*], in ihrer Selbsterhaltungssucht vermutlich eines Tages selbst kommen würden, um alles das anzuerkennen, weswegen sie mich am liebsten gesteinigt hätten. Es ist schon ein schöner Wandel in dieser Partei vor sich gegangen. Einst die Partei des revolutionären Proletariats und heute die Partei einer braven bürgerlichen Stimmabgabe für den verhaßten 85jährigen Generalfeldmarschall. Einst internationale Barrikadenkämpfer und heute brave nationale Spießbürger, sehr brave Spießbürger, die einem Zentrumsminister[25] als absolut zahme Hündchen aus der Hand heraus fressen[26]. Die Herren haben sich wirklich wesentlich verändert. Sie sagen, wir müssen das tun, um das Ärgere zu verhüten, und ich bin stolz darauf, daß dieses Allerärgste ich bin. Würde ich nicht das Allerärgste sein, würden sie vielleicht auch mich sogar noch entgegennehmen. Es sollte mich nicht wundern, wenn die Partei, die den Weg von Crispien bis zu Hindenburg gefunden hat, eines Tages nicht auch noch versuchen sollte, den Weg von Hindenburg zu uns zu finden oder mindestens tastend abzuforschen (lebhafter Beifall), vorausgesetzt, daß wir [*das*] wollten.

Und hier allerdings beginnt die große Trennung. Als ich vor 13 Jahren mit meinen Volksgenossen diesen Kampf begann, da strebte ich danach, in das in Zersplitterung und Zerfall begriffene deutsche Volk langsam wieder den Gedanken einer neuen deutschen Volksgemeinschaft hineinzupflanzen, allerdings durchdrungen dabei von der Überzeugung, daß man zu diesem Zweck die Gebilde beseitigen muß, die Interessenten an diesem Zerfall sind. Ich war

---

19 Auf ihren Plakaten sowie in ihrer Publizistik warb die SPD im damaligen Reichspräsidentenwahlkampf ständig mit Parolen wie: "Schlagt Hitler, wählt Hindenburg! Hitler geschlagen und Hindenburg gewählt!" Vgl. die damaligen Ausgaben des *Vorwärts* sowie Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

20 Anspielung auf das 1863 von Georg Herwegh (1817-1875) verfaßte Lied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dessen zehnte Strophe lautet: "Mann der Arbeit, aufgewacht!/ Und erkenne deine Macht!/ Alle Räder stehen still,/ Wenn dein starker Arm es will." Das Lied fand in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung weite Verbreitung.

21 Zur sozialdemokratischen Rezeption Hitlers und der NSDAP vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 23 ff.

22 Reichspräsident Paul von Hindenburg.

23 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

24 Vgl. Dok. 12, Anm. 24.

25 Gemeint ist vermutlich Heinrich Brüning.

26 Vgl. Dok. 8, Anm. 31 ferner Dok. 1, Anm. 11.

mir dabei klar, daß diese Einigung nicht herbeigeführt wird durch eine rein theoretische Einigungsformel, die man auf irgendeiner Wahl als Stichwort verwenden kann, sondern ich war mir klar, daß eine solche Einigkeit genauso Jahre in ihrer Erziehung braucht und irgendwo an einer lebendigen Keimzelle ihren Ausgang nehmen muß, wie die Zersetzung einst brauchte, um unser Volk in diese sich gegeneinander aufhebenden Hälften zu zerreißen. Ein langsamer Prozeß war einzuleiten, der dabei außerdem noch auf eine ganz neue weltanschauliche Basis gestellt werden mußte. Denn es handelte sich nicht darum, nur eine sogenannte grundsätzliche Einigkeit zu erzielen, sondern darum, diese Einigkeit in eine Gedankenwelt zu bringen, die natürlich und logisch und damit auch bestandsfähig im Sinne der Erhaltung der Nation ist. Vor 13 Jahren habe ich mit diesem Kampf begonnen, und ich weiß sehr wohl:

Nur meiner Dummheit und meiner Unfähigkeit und meiner Schlechtigkeit und meiner Minderwertigkeit allein ist es zu verdanken, daß heute hinter dieser Idee eine gigantische Millionenbewegung[27] *steht.* (Beifall.)

Aber nur der Fähigkeit und der Tüchtigkeit und der Einsicht und der - Redlichkeit - darauf legt man allerdings an sich nicht viel Wert - , sagen wir also lieber, der Klugheit meiner politischen Gegner und der sogenannten Köpfe in den anderen Parteien ist es zuzuschreiben, daß sie so wesentlich abgenommen haben. Immerhin, die Tatsachen stehen fest,

aus nichts hat sich in diesen 13 Jahren eine neue Gemeinschaft in unserem Volk aufgebaut!

Umgekehrt ist aber in diesen 13 Jahren die Gegenseite mehr und mehr geschwunden und zusammengeschlagen worden. Es steht fest, daß diese Gemeinschaft heute *der lebendigste Willensausdruck des deutschen Volkes* ist. Genauso, wie feststeht, daß die andere Seite mehr als Ausdruck der Verzagtheit, der Hoffnungslosigkeit und der fehlenden Zuversicht angesehen werden muß. Und noch etwas steht fest, daß die Sozialdemokratie heute einen Reichspräsidenten Hindenburg, der vor 7 Jahren zu alt war[28], wesentlich verjüngt empfindet und ihm gläubigen Herzens zustimmt als dem sogenannten *"kleineren Übel"*. Das ist so, wie wenn wir entwe-

---

27 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10 sowie Dok. 19, Anm. 6.

28 Die SPD reagierte mit größter Sorge auf Hindenburgs Kandidatur für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, die am 8.4.1925 bekanntgegeben worden war. Den sozialdemokratischen Politikern und ihrer Presse galt der Generalfeldmarschall als "das Symbol der Monarchie und des Kriegs", so tags darauf der *Vorwärts*. Am 11.4. präzisierte der Parteivorstand der SPD in einem Aufruf seine massiven Befürchtungen: "*Die Kandidatur Hindenburgs ist eine Gefahr für den Frieden!* Wie soll unter Hindenburg die Räumung des Rheinlands durchgesetzt werden? Maßloses Unglück brächte diese Wahl über das gesamte deutsche Volk. Neue politische und wirtschaftliche Unsicherheit droht. Die *deutsche Währung* wird aufs neue gefährdet. Wer Hindenburg wählt, der stimmt für neue Inflation, [...]." Am 25.4. brachte der *Vorwärts* auf seiner Titelseite die Balkenüberschrift: "Rettet Volk und Land! Arbeit für Hindenburg ist Selbstmord aus Dummheit!". Entsprechend beunruhigt war der Tenor der sozialdemokratischen Blätter nach Hindenburgs Wahl am 26.4.1925. Die Republik sei nun - so der *Vorwärts* am 27.4.1925 - "in eine Gefahrenzone eingetreten". Allerdings begann sich die Aufregung der Sozialdemokraten noch im selben Jahr zu legen, bereits während des Heidelberger Parteitags im September 1925 erkannten große Teile der SPD an, daß Hindenburg die Hoffnung gewisser Kreise auf eine monarchische Restauration nicht erfüllt habe. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985, S. 237 ff.; Vorwärts vom 9.4.1925 (MA), "Also wirklich - Hindenburg!"; vom 11.4.1925 (AA), "Wähler und Wählerinnen"; vom 25.4.1925, "Rettet Volk und Land! Arbeit für Hindenburg ist Selbstmord aus Dummheit!"; vom 27.4.1925 (AA), "Der Präsident der Minderheit".

der morgen oder übermorgen oder in 7 Jahren zu Herrn Grzesinski kommen würden, um ihm zu sagen: *Wir geben Ihnen unsere Stimme.*

Es ist ein riesiger Siegeszug, den diese Bewegung seit 13 Jahren eingeschlagen hat,

ein Siegeszug, der in der Geschichte unseres Volkes einzig dasteht

und dessen Wesentliches ich nicht darin sehen möchte, daß wir in der unermeßlichen Arbeit uns über die einzelnen Vorgänge politisch aufklären, daß wir immer die Propheten waren und unserem Volke sagten, was kommen wird, wenn es auch die Regierungen nicht wahr haben wollten. Nicht darin liegt das Wesentliche, daß wir eine gewaltige Organisation schufen als äußeren Ausdruck des Lebens einer Bewegung, daß wir diese Organisation heute als die größte bezeichnen können, sondern das Wesentliche liegt schon darin,

daß wir in eine allgemeine Umwelt von Verzweiflung, von Angst, Gleichgültigkeit und Verzagtheit wieder einen gewaltigen deutschen Glauben gebracht haben, daß wir im ganzen Deutschen Reiche von Königsberg bis hierher nach Hamburg und von Stettin bis nach Wien[29] *eine Bewegung schufen, die Millionen von Menschen aus ihrer Verzweiflung herausgerissen hat und ihrem Kampf wieder ein Ziel gab.*

Wir nehmen es als unser geschichtliches Verdienst in Anspruch, ganz gleich, wie auch die Würfel in der Zukunft fallen mögen, dem deutschen Volke eine gewaltige Bewegung geschenkt zu haben, von der wir mit Stolz sagen können,

daß sich in ihr die Erhebung unseres Volkes vollzieht.

Alle Menschen, die wir um uns sehen, sind auf dem Gebiet lange tüchtig behandelt [*worden*]. Das ist ein Prozeß, der nicht von heute auf morgen seine letzte Entscheidung und seinen Abschluß findet, der aber insgesamt doch den Erfolg gebracht hat, daß nach einer jahrzehntelangen klassenmäßigen Verhetzung die Menschen aus allen Klassen und Schichten wieder zueinanderfinden[30], ja, daß sogar die Hetzer des Klassenkampfes von einst und seine Anhänger von heute zu überlegen beginnen, ob der Klassenkampf notwendig sei oder nicht[31].

Die Sozialdemokratie ist jetzt schon sehr im Zweifel darüber, ob sie nicht wenigstens die alte Methode etwas außer Kraft setzen sollte oder nicht.

Meine lieben Freunde, es ist ganz gleichgültig, wie einst unsere Geschichte und von wem sie beurteilt werden wird. Wesentlich ist,

---

29 Zur Entwicklung der NSDAP in Österreich vgl. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988. Zum damaligen Verhältnis zwischen der Reichsleitung der NSDAP und ihrem österreichischen Ableger vgl. ferner Bd. IV/2, Dok. 5 und 8.

30 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

31 Der linke Flügel der SPD, der sich um die linkssozialistische Halbmonatsschrift *Der Klassenkampf - Marxistische Blätter* gruppierte, hatte auf dem Leipziger Parteitag der SPD vom 31.5. bis 5.6.1931 eine grundsätzliche Debatte über die sozialdemokratische Tolerierung der Regierung Brüning initiiert. Nach heftigen Auseinandersetzungen schloß der Parteivorstand am 29.9.1931 die Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld aus der SPD aus, die daraufhin am 4.10.1931 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) gründeten. Obwohl eine Reihe von Sozialdemokraten aus dem linken Flügel zu dieser neuen Partei überwechselten und sich ihr einige linke Splittergruppen anschlossen, gewann die SAPD, die ihre Schwerpunkte in Sachsen und Thüringen besaß, keinen größeren Einfluß. Ihren Mitgliederhöchststand erreichte sie im Oktober 1931 mit 25.000 Mitgliedern, bei der preußischen Landtagswahl vom 24.4.1932 erhielt sie lediglich 0,4% der Wählerstimmen. Vgl. Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965 sowie Dok. 8, Anm. 31.

daß kein Geschichtsschreiber an dieser einzigartigen Erscheinung wird vorbeigehen können. Sie müssen sie zur Kenntnis nehmen, und wir werden dafür sorgen, daß sie nicht nur zur Kenntnis genommen werden muß, sondern daß sie tatsächlich zur beherrschenden Kraft des Deutschen Reiches wird.

Deshalb kämpfen wir am 13. März [*1932*][32]. Es handelt sich nicht darum, daß das deutsche Volk einen neuen Reichspräsidenten erhält, es handelt sich nicht darum, daß dieser Reichspräsident überparteilich ist, sondern es handelt sich darum, daß

dieser Reichspräsident ein Wegbereiter eines neuen Deutschlands wird.

Heute stehen sich zwei Welten gegenüber, eine alte verkommene, die sich selbst ihr Todesurteil geschrieben hat, und ein neues Deutschland, das nicht gewillt ist, seine Zukunft von irgend jemand verbrauchen zu lassen.

Nicht darum handelt es sich, ob ein 80- oder 90jähriger Greis menschliche Sympathien besitzt[33]*, sondern darum, ob er uns, den Jungen, das Leben gewähren kann. Ich glaube nicht, daß mit 85 Jahren die Tatkraft zunimmt, wenn man sie 7 Jahre vorher schon in Zweifel zog. Wir glauben das vor allem dann nicht, wenn es sich um einen sogenannten "überparteilichen" Mann handelt, der das Parteileben weder begreift, noch versteht, noch in seiner Bedeutung erfaßt.*

Wir glauben nicht, daß je so ein Mann imstande sein würde, denen Widerstand entgegenzusetzen, die natürlich heute glücklich sein müssen, unter einem an sich vornehmen Schirm ihre eigene Existenz zu verbergen. Ich sage Ihnen ja auch gar kein Geheimnis,

wenn nicht der Generalfeldmarschall kandidiert hätte, dann hätte ich auch nicht kandidiert.

Dann wäre an meine Stelle ein anderer Herr getreten[34]. In dem Moment aber, in dem man diesen ehrwürdigen Namen dazu brauchte, die Kandidatur derer anzunehmen, die ihn einst ablehnten, im gleichen Augenblick war es für [*mich*] selbstverständlich, daß ich als der Führer der Bewegung nun als Gegner auftrete. (Heil und Beifall). Ich kann das um so mehr tun, als ich genau wie alle anderen anständigen Deutschen den Generalfeldmarschall in der Zeit, als ihn die anderen bekämpften, auf das Höchste verehrt habe. Ich kann es um so mehr tun, als ich ihn auch heute als den großen Heerführer des Krieges immer gleich verehre, als ich auch vor der ehrwürdigen alten Erscheinung die unbedingte persönliche Ehrfurcht besitze. Aber ich muß es tun, weil ich nicht will, daß

Zentrum[35] *und Sozialdemokratie sich gerade hinter diesen Mann stellen, weil ich das Zwischengelände freimachen will und weil ich nicht will, daß man uns den Gegner zu entziehen versucht, der geschlagen werden muß, wenn Deutschland leben soll.* (Beifall.)

---

32 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

33 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

34 In der Reichsleitung der NSDAP waren kurze Zeit Wilhelm Frick und Franz Ritter von Epp als mögliche Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl im Gespräch. Erwogen wurde auch eine Kandidatur von Karl Litzmann, General a. D. und SA-Gruppenführer, der gewissermaßen als "Strohmann" der NSDAP in den ersten Wahlgang geschickt werden sollte. Derartige Planspiele waren jedoch in erster Linie das Ergebnis der damaliger Unentschlossenheit Hitlers, und es charakterisiert die Lage, wenn Goebbels noch am 2.2.1932 vom großen "Rätselraten über unseren Kandidaten" schrieb. Vgl. Horn, Führerideologie, S. 343; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 119.

35 In Anbetracht von Hindenburgs Bedeutung für die Politik Brünings und die Politik des Zentrums bemühte sich dieses schon früh darum, "den Reichspräsidenten von Hindenburg, in dem es seinen treuesten Führer und

Daher kann ich nur eines erklären:

Den Generalfeldmarschall des Weltkrieges verehre ich; einen Reichspräsidenten von Hindenburg verurteile ich nicht; den Kandidaten für die Zukunft lehne ich ab.

Denn wir, die Jugend, sind nicht gewillt, uns erneut 7 Jahre der Fortsetzung eines Regiments auferlegen zu lassen, das wir in all seinen entsetzlichen Auswirkungen kennengelernt haben. Und ich kann nur eines sagen: Weil wir den Generalfeldmarschall verehren, muß ich dem alten Manne heute sagen:

Tritt zurück, du kannst die nicht verdecken, die wir vernichten wollen. (Beifall.)

Wenn ich früher oft sagte, daß ich niemals eine Wahlrede halte, um [*um*] irgendeine Stimme zu betteln, dann muß ich es heute erst recht sagen. Ich denke auch nicht daran, daß wenn das Schicksal mich an diese Stelle führt, *meine Mission nur eine Repräsentation* sein könnte[36]. Im Gegenteil, ich sehe nach wie vor die Aufgabe der höchsten Spitze des Reiches nicht nur in der Hütung der Verfassung[37], sondern in der Bewahrung eines Volkes vor Unglück, vor Not und vor Vergehen[38]. Ich weiß daher auch, daß unser Kampf damit kein Ende nimmt, und das sollten auch die Gegner wissen. Unser Ringen wird in der neuen Position erst recht fortgesetzt werden. *Streng legal*[39], *meine Herrschaften.* Wir sind zu unserem eigensten Erstaunen ja durch Euch darüber belehrt worden, welche Methoden die Legalität einem findigen Kopf an die Hand gibt, und ihr werdet es auch schon merken, daß wir nicht minder klug sind als ihr. Wir werden strengstens dafür sorgen, daß in Deutschland die Welle der Erneuerung zum großen Strom wird und daß eines Tages dann der Welt wirklich ein neues Geschlecht gegenüber-

---

die höchste Verkörperung seines nationalen Willens verehrt, über dieses schicksalsreiche Jahr hinweg in seinem Amte zu erhalten" - so die *Germania* am 9.1.1932. Nach Hindenburgs Entscheidung, sich einer neuen Kandidatur zu stellen, veröffentlichte der Vorsitzende des Zentrums, Ludwig Kaas, bereits am 16.2.1932 eine Erklärung, in der es u. a. hieß: "Im bewußten Gegensatz zu solchen [*parteipolitischen*] Verirrungen und im Vertrauen auf die Zustimmung und Unterstützung ungezählter Volksgenossen außerhalb unserer Reihen bekennen *wir Mitglieder der Deutschen Zentrumspartei* uns über alle politischen und konfessionellen Schranken hinweg in staatspolitischem und volklichem Gemeinschaftsgeist zu *Hindenburg* und proklamieren ihn freudig und entschlossen *auch als den Kandidaten unserer Wahl* [...]". Vgl. Germania vom 9.1.1932, "Einmal einig sein!"; vom 18.2.1932, "'Unsere Wahl ist getroffen'". Ferner Dok. 6, Anm. 5, Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

36 Der Reichspräsident besaß als höchster Amtsträger des Deutschen Reichs nicht nur repräsentative Funktionen im Sinne einer personalen Integrationsfigur nationaler Einheit und Selbstbestimmung; ihm waren auch jene Hauptfunktionen übertragen, die vorher der Kaiser ausgeübt hatte: das Recht zur völkerrechtlichen Vertretung des Reichs (Art. 45), das Recht zur Ernennung des Reichskanzlers und der Reichsminister (Art. 53), das Recht zur Ausfertigung der Reichsgesetze (Art. 70), das Recht des Oberbefehls über die Reichswehr (Art. 47), das Recht der Begnadigung (Art. 49), das Recht zur Ernennung der Reichsbeamten und Offiziere (Art. 46) und schließlich in kritischen Lagen das Recht zur Reichsexekution oder zur Anwendung der Diktaturgewalt (Art. 48). Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 307 ff.; Druck der genannten Artikel: RGBl. 1919, S. 1392 f., 1396.

37 Anspielung auf einen Brief des Reichspräsidenten Friedrich Ebert an die bayerische Regierung vom 27.2.1922, in dem er seinen Auftrag folgendermaßen definierte: "Aus meiner Aufgabe als Hüter der Reichsverfassung und des Reichsgedankens erwächst mir daher die Pflicht, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung auf die Aufhebung der bayrischen Verordnung hinzuwirken." Vgl. Carl Schmitt, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1929, S. 219, Anm. 112.

38 Zu Hitlers intern geäußerten Absichten nach einer Wahl zum Reichspräsidenten vgl. z. B. Dok. 7, Anm. 19.

39 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

tritt. Denn das scheidet uns von unseren heutigen Gegnern: Sie meinen, durch die diplomatische Klugheit derer, die zum Teil vor 20 Jahren noch nicht wußten, was Diplomatie ist, durch diese Klugheit, die sie uns an so wunderbaren Beispielen seit 13 Jahren vordemonstrieren, das Reich retten zu können.

Wir aber glauben, daß erst die Nation im Inneren gerettet werden muß. Schaffe ein anderes deutsches Volk und du erhältst ein anderes Deutsches Reich, schaffe dir ein anderes Deutsches Reich und du erhältst der Welt gegenüber wieder einen Machtfaktor, der neu gewogen wird.

Dieses Neuwägen zu ermöglichen, ist es notwendig, daß aus der uns feindseligen Schale dieser Waage alle die Gewichte herausgenommen werden, die in unserem Volke zugunsten der Fremden wirken. Die Gewichte, die da heißen: *Zentrum, Sozialdemokratie, Parlamentarismus, Demokratie, Pazifismus, Internationalismus.* Ich hoffe, daß am 13. März [*1932*] ein Gewicht bereits entfernt wird.

Ich bitte Sie nicht um Ihre Stimme. *Wer von Ihnen eine Epoche des Sichgehenlassens erwartet, der darf mir seine Stimme gar nicht geben. Wer von Ihnen eine Periode erwartet, in der nun plötzlich gebratene Tauben kommen und den Spießbürger von selbst zu mästen beginnen, der darf mir seine Stimme nicht geben.* Ich verlange Kampf wie bisher und ich fordere Opfer. Aber ich verspreche auch eines, daß jedes Opfer getreulich gelegt werden soll in den großen Kampf um die deutsche Freiheit und um die deutsche moralische und damit auch politische Wiedergenesung. Ich verspreche, daß jedes dieser Opfer getreulich eingelegt werden soll als Guthaben in diesem großen Ringen um Sein oder Nichtsein unseres Volkes.

Wer an dem Kampf teilnehmen will, der wird seine Pflicht erfüllen in unserem Sinn, wer das nicht will, der soll zur anderen Seite gehen.

Es wird dort gleich besser werden. Sie versprechen schon heute, daß jetzt nach diesen Neuwahlen der Wiederaufstieg beginnt, falls sie siegen sollten[40]. Ich glaube selbst, daß sie sich von ihrer Perspektive aus gesehen, darin nicht täuschen würden. Was heißt denn für einen Sozialdemokraten der obersten Bonzokratie der Wiederaufstieg Deutschlands? *Wiederaufstieg der Sozialdemokratischen Partei.* Was heißt für einen Zentrumsmann Wiederaufstieg Deutschlands? *Wiederaufstieg des Zentrums.* Wenn aber der Sieg zu uns kommt, dann kommt damit ihre Vernichtung; wenn nicht morgen, dann übermorgen oder in einem Jahr, so schnell wie die legalen Verhältnisse es erlauben.

Ich glaube, daß jedes Volk von Zeit zu Zeit die Möglichkeit erhält, sein eigenes Tun und Lassen wieder nachzuprüfen, zu untersuchen, wo Fehler gemacht worden sind und dann aus diesen Nachprüfungen auch neue Konsequenzen zu ziehen. Wenn heute der einzelne Deutsche die letzten 7 Jahre einer solchen Nachprüfung unterzieht, kühl und nüchtern, und abwägt, wer nun eigentlich recht gesprochen hat, wer sich irrte in den 7 Jahren, wer die Zukunft richtig sah und wer sich in ihr täuschte, dann muß das deutsche Volk eine Konsequenz ziehen, und ich glaube, sie wird gezogen, dank unserer langjährigen Arbeit. Ich glaube und bin überzeugt, *daß dieser Tag das deutsche Volk gewaltig nach vorwärtsrücken wird. Wenn aber Sie die Frage*

40 Auf ihren Plakaten warben die Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse damals mit dem Slogan: "Für Wiederaufbau und Freiheit! Gegen Parteienherrschaft, wirtschaftlichen Zusammenbruch und Bürgerkrieg! Wählt Hindenburg!" Druck: Buchstab u. a. Hrsg., Radikalismus, S. 66 f.

erheben, aus was schließen Sie, daß Deutschland nach vorwärtsgerückt wird, dann erwidere ich: aus der Haltung und den Äußerungen unserer Feinde.

Denn auf etwas bin ich stolz: Alle, die in Ost und West oder mitten unter uns Deutschlands Größe nicht wollen, die lehnen uns ab. Ich habe nicht eine Stimme vernommen zu meinem seligen Glück, unter ihnen allen nicht eine, die sagt, man müßte mich wählen. Die anderen bedeuten die Ordnung - ihre Ordnung! Sie bedeuten die Ruhe - ihre Ruhe, sie bedeuten den Frieden, ihren Frieden! Jawohl, es ist für mich ein Stolz, wenn ich auf ihren Plakaten lese: *"Schlagt den Mann!" Sie haben Recht. Sie müssen mich schlagen, damit sie nicht selbst eines Tages geschlagen werden!*

Wenn heute Herr Grzesinski sagt, man müsse diesen Mann mit der Hundepeitsche (Pfui-Rufe) hinausjagen[41]. Meine Freunde, vielleicht ist es dazu schon zu spät. Wir wollen abwarten, wie lange die Herren noch Hundepeitschen und ähnliche Instrumente in ihren Händen haben. (Beifall.)

Ihr Wunsch, uns zu schlagen, ist für uns eine Ehre. Ihre Meinung, uns schlagen zu können, ist genauso trügerische Phantasie, wie ihre ganzen sonstigen politischen Meinungen. Ihr Glaube, daß vielleicht die Zukunft ihnen noch einmal diesen Augenblick bescheren könnte, ist eine grandiose Verkennung der wirklichen Sachlage. Sie, die uns heute mit Peitschen drohen, drohen ja bloß deshalb, weil sie jetzt schon zu schwach sind, sie zu führen. Könnten sie, sie täten es ja ohnehin.

In Wahrheit aber sind sie zu schwach, um damit überhaupt noch einen Eindruck zu erwecken. Sie haben gesehen, es ist ein Deutschland erstanden, das unter den Schlägen nicht mehr kleiner wird, sondern größer wird, das nicht mehr verzagt wird, sondern das trotziger wird. Es ist jetzt ein Deutschland gekommen, das nicht mehr unter ihren Schlägen und mit ihren Methoden verzweifelt, sondern in geballtem Grimm alles in sich aufnimmt, was nötig ist, um einst sich auseinanderzusetzen, so, wie die Bibel und die Verfassung es genehmigen. Wir werden den Grundsatz:

Auge um Auge, Zahn um Zahn[42] *in die Weimarer Verfassung schon so hineinzulegen vermögen, daß an der Legalität unseres Vorgehens gar nicht gezweifelt werden kann.* Sie wissen auch eins, daß der Wille, mit den Verderbern Deutschlands abzurechnen, heute millionenfach ist. Sie wissen es, daß diese Hunderttausende von SA-Männern und Zehntausende von SS-Männern[43] gar nicht mehr geschlagen, terrorisiert, unterdrückt werden können,

denn, was in ihren Augen Unterdrückung ist, ist bei uns Stärkung, was in ihren Augen Schlagen heißt, heißt bei uns Schmieden.

Sie sorgen dafür, daß der deutsche Geist befreit wird, der schon in früheren Jahrhunderten unserem Volke Wegweiser war aus der Zeit der schlimmsten Not. Und so wende ich mich denn an Sie, nicht mit Bitten, sondern mit der schon zum soundsovielten Male wiederholten Erklärung:

---

41 Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

42 Anspielung auf 2. Mose 21, 24: "Entsteht ein dauernder Schaden, so sollst du geben Leben um Leben, Auge um Auge, Zahn um Zahn, Hand um Hand, Fuß um Fuß, Brandmal um Brandmal, Beule um Beule, Wunde um Wunde."

43 Vgl. Dok. 19, Anm. 12 sowie Dok. 20, Anm. 6.

Sie haben unseren Weg vor Ihren Augen, wir werden ihn weitergehen. Besitzen Sie das Vertrauen, gut, dann treten Sie für uns ein. Haben Sie das Vertrauen nicht, so lassen Sie es bleiben, gehen Sie zu den anderen. So oder so, der Tag kommt, an dem wir siegen werden. (Beifall.)

Wenn Sie Ihre Pflicht erfüllen, so wie wir sie heute 13 Jahre lang erfüllt haben, dann muß Deutschland wiederauferstehen. Wenn aber so mancher bürgerliche Kritiker hergeht und sagt: "Was haben Sie denn nun geleistet? Mein lieber Freund? Was wollen Sie denn von uns noch mehr? Als der Krieg ausbrach, da war ich 25 Jahre alt, als ich zurückkehrte fast 30, und dann habe ich zu arbeiten begonnen, und heute steht die große Millionen-Bewegung Deutschlands da, und Sie fragen:

Was ist denn das?

Ja, mein lieber Bürger, was hast du denn geleistet?

Würden wir nicht sein, dann gäbe es heute wirklich nur noch 2 Kandidaten: Thälmann[44] und Hindenburg. Wenn Sie überhaupt gewillt sind, Arbeit zu würdigen, dann müssen Sie auch das in die Waagschale legen. *Tun Sie Ihre Pflicht, so wie wir sie 13 Jahre lang getan haben,* wie Tausende und Zehntausende und Hunderttausende meiner SA- und SS-Kameraden sie jeden Tag erfüllen. Auch Sie können mithelfen, einzugreifen in das Rad, das Weltgeschichte heißt, und ihm einen neuen Lauf geben. *Denn dieser 13. März wird entweder ein Tag, der für weitere 7 Jahre Deutschland die Bahn der Vergangenheit vorzeichnet oder ein Tag, der diese Bahn beendet, den 9. November damit stürzt und Deutschland wieder entgegenführt einer anderen, einer neueren und größeren Zukunft. Erfüllen Sie Ihre Pflicht, so wie sie die 100.000 unserer Kämpfer erfüllen, und dieser Tag muß ein Sieg des deutschen Volkes werden*[45].

---

44 Ernst Thälmann (1886-1944), Transportarbeiter, 1903 Eintritt in die SPD, 1904 Eintritt in den Deutschen Verkehrsbund, 1918 Desertion und Anschluß an die USPD, Mitglied eines Arbeiter- und Soldatenrats, 1919 Vorsitzender der USPD in Hamburg, 1919-1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1920 Eintritt in die KPD, Ortsgruppenleiter der KPD in Hamburg, Mitglied des Zentralausschusses der KPD, 1923 führende Rolle beim kommunistischen Aufstandsversuch in Hamburg, 1924-1933 MdR, Fraktionsvorsitzender, 1924 stellvertretender Vorsitzender der KPD, 1925 Vorsitzender der KPD und des Roten Frontkämpferbunds, Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten, 1928 wegen Verschleierung in der Wittorf-Affäre seiner Funktionen enthoben, auf Anweisung von Josef Stalin wiedereingesetzt, 1931 Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), 1932 Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten, März 1933 Verhaftung, Inhaftierung u. a. im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit, im Gerichtsgefängnis Hannover und im Strafgefängnis Bautzen, am 18.8.1944 im KZ Buchenwald ermordet.

45 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

2. März 1932 Dok. 33
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stettin [1]

Pommersche Tagespost vom 3.3.1932, "Hitler in der Messehalle" [2].

Vor 13 Jahren, so begann *Hitler*, trat in Deutschland *ein System* die Herrschaft an, das in seinen Anfängen bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückgeht. Die Aktion des 9. November 1918, durch die das alte Reich zerschlagen wurde [3], ist später "legalisiert" worden [4]. Aber eine *geschichtliche Legalisierung* kann erst eintreten, wenn erwiesen ist, daß durch den revolutionären Vorgang das Schicksal des Volkes ein besseres geworden ist. Wir sehen in der Nachkriegsentwicklung immer wieder das eine: Es wird immer schlechter! Die Entwicklung ist heute so, daß *selbst das heutige System, um sich zu behaupten, feierlich erklärt, daß es seine Politik ändert.* Hätte sich die *Sozialdemokratie* vor 13 Jahren so *vor* den Feldmarschall [5] gestellt, wie sie sich heute *hinter* ihn stellt [6], es wäre nie so weit gekommen mit dem deutschen Volk.

Hitler stellte dann die beiden Entwicklungen einander gegenüber, die Entwicklung des Systems und die Gegenentwicklung der nationalen Bewegung, die diesem System die Macht wieder entreißen wird. Es ist ein *junges Deutschland* entstanden [7], das *den Kampf nicht scheut,* sondern zu diesem Kampf bereit steht.

"Entweder" - rief Hitler aus - "sie schlagen uns, oder wir schlagen sie, aber das junge Deutschland wird siegen, weil auf der anderen Seite die Schuld ist." Dann erinnerte Hitler an die stolze Größe des alten, von allem unabhängigen Deutschen Reiches. Aus diesem Reich der Kraft aber sei heute ein Land der Ohnmacht geworden. Nur etwas sei uns geblieben, die *Parteien des 9. Novembers.* Aber wenn sie uns auch alles genommen hätten, die *Stunde der Abrechnung* würden sie nicht aufhalten können. "Sie haben einst den Repräsentanten des Reiches abgesetzt [8], wir werden sie daher mit demselben Recht absetzen."

---

1 In den Messehallen, nach 22.40 Uhr. An der überfüllten Versammlung, die offiziell um 20.00 Uhr begann, nahmen rund 10.000 (*VB*: 15.000) Personen teil. Vor Hitler sprach MdR Göring ab 21.15 Uhr eine knappe Stunde, um anschließend in einer Parallelversammlung in der Turnhalle aufzutreten. Vor der Veranstaltung nahm Hitler einen Appell von etwa 4.200 (*VB*: 5.000) pommerschen SA-Männern und Hitler-Jungen in der Pommernhalle ab.
Ergänzend berichtet die *Pommersche Tagespost*: "Adolf Hitler war im Sprechen leider etwas gehemmt durch eine Erkältung. Trotzdem steigerte er sich während seiner Rede stark und riß wie immer die Versammlung mit sich."

2 Vgl. auch Stettiner Abendpost vom 3.3.1932, "Adolf Hitler sprach in Stettin"; Volks-Bote vom 3.3.1932, "Möchten Sie Hitler *persönlich* kennenlernen? Ohne 5 oder 10 Mark Eintrittgeld zu zahlen?"; vom 4.3.1932, "Eisbeine mit Hitlerkohl"; VB vom 4.3.1932, "Gestern 15.000 Hamburger, heute 20.000 Pommern". Bild in VB vom 6./7.3.1932.

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 32, Anm. 8.

5 Paul von Hindenburg.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.

8 Gemeint ist der Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen Wilhelm am 9.11.1918. Zur Chronologie der Ereignisse vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil I, S. 422 ff.

"Die deutsche Wiedererhebung" - fuhr Hitler fort - "muß ein Werk der inneren Reorganisation sein. Was Deutschland retten kann, ist die Zurückführung der Stände, der Klasse, der Menschen überhaupt zum Begriff Nation."

Im *Schlußteil* seiner Rede, den wir der vorgeschrittenen Zeit wegen nur noch stichwortweise bringen können, beschäftigte sich Adolf Hitler ausführlich mit dem "Wunder der nationalen Bewegung". Als die Träger dieser Bewegung bezeichnete er die Begriffe *Liebe* und *Opfer*. Unter diesem Zeichen müßte auch der Tag des 13. März [*1932*] stehen[9]. Gerade in diesem Teil der Rede erhielt Hitler den immer wieder zustimmenden Beifall der Versammlung[10].

3. März 1932 Dok. 34
Rede auf NSDAP-Versammlung in Breslau[1]

Schlesische Zeitung vom 4.3.1932 (AA), "Adolf Hitler spricht in Breslau"[2].

Es gibt im Leben der Völker Tage, an denen für viele Jahrzehnte und Jahrhunderte eine bestimmte Entwicklung eingeschlagen oder festgelegt wird. Es gibt auch Tage, an denen eine

9 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Jahrhunderthalle, nach 22.00 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Helmuth Brückner eröffnet wurde, nahmen laut Vorlage etwa 50.000 (*VB*: 70.000) Personen teil, darunter auch ca. 1.500 Sudetendeutsche. Hitlers Rede, die etwa 30 Minuten dauerte, wurde durch Lautsprecher in den Messehof, in die Festräume des Zoos, das Terrassen-Restaurant an der Jahrhunderthalle und in die Ausstellunghallen am Zoo übertragen. Vor Hitler sprach SA-Standartenführer August Wilhelm Prinz von Preußen, wegen Hitlers Verspätung dann MdR und Untergauleiter Josef Schönwälder. Im Anschluß an die Veranstaltung sprach Hitler noch 10 Minuten im Messehof und nahm einen Aufmarsch schlesischer SA-Männer in den Gaststätten *Schießwerder* und *Bergkeller* ab. Trotz einiger Aktionen von politischen Gegnern blieben Zusammenstöße aus, da die Polizei insgesamt 18 Offiziere und 477 Wachtmeister für Sicherungsmaßnahmen aufgeboten hatte.
Ergänzend berichtet die *Schlesische Zeitung*: "Auf weitem Parkplatz reihte sich bereits mittags Wagen an Wagen in endloser Reihe: Lastautos, die - selbst das Verdeck von Menschen besetzt - die Nationalsozialisten der schlesischen Dörfer in die Hauptstadt brachten, Omnibusse der Reichspost, Privatwagen aller Art, vorsintflutliche Vehikel darunter. Von weit her sind sie gekommen, aus Hirschberg, aus Waldenburg, aus Sulau und Militsch, aus allen Teilen Schlesiens; ja, selbst viele Stunden weite Fahrten haben viele in unbequemsten Stellungen oder auf dem Verdeck eines Omnibusses angeklammert, nicht gescheut, um ihren Führer zu hören. Und immer weiter rollt es heran: Pferdegespanne und Kraftwagen, Motor- und Fahrräder. Ein großes Aufgebot von Polizei versieht den nicht leichten Ordnungsdienst auf der Straße; in der Jahrhunderthalle selbst sorgt die SS für mustergültige Ordnung. Stunde um Stunde warten die Menschen, ohne Ungeduld, festlich gestimmt. Mittagessen und Abendbrot haben sie sich mitgebracht: fliegende Händler drängen sich mit Früchten und Erfrischungen durch die Massen, Sanitäter und Krankenschwestern sind auf dem Posten, es ist ein buntes, bewegtes Bild. Zwischen den Mengen verteilt, sieht man SS-Männer, die ruhig Anweisungen geben; alle Gesichter sind voll froher Spannung und aus den Augen leuchtet die Gewißheit des Sieges. [...] Im Schießwerder sammelt sich indessen Schlesiens SA in Erwartung der Besichtigung durch Hitler. In langen Radfahrkolonnen naht vom Lande her Sturm auf Sturm; in ausgerichteten Reihen stehen Tausende in dem weiten Gartengelände, Hunderte von Hakenkreuzfahnen wehen ihnen voran, und ein Trauerflor an manchem Fahnentuch kündet von blutigen Opfern, die diese Stürme im Kampf um eine Idee bereits gebracht haben."

Entwicklung ihren Abschluß findet. Wir haben einen solchen Tag vor über 13 Jahren erlebt, der Tag, an dem in Deutschland die Fahne der Revolution hochgezogen wurde und das alte Reich sein Ende fand[3]. Millionen haben damals in diesem Akt den Beginn einer neuen großen und besseren Zeit sehen zu können geglaubt. Millionen haben aus diesem Gefühl heraus vielleicht diesem Tag zugestimmt. Seitdem sind über 13 Jahre vergangen, und die Millionen Gläubigen vom November 1918[4] sehen sich heute enttäuscht. Ein kleiner Parteiklüngel versucht auch jetzt noch fortzusetzen, was damals begonnen wurde. Es ist nicht das eingetreten, was die Männer des November 1918 uns versprochen hatten. *Freiheit, Schönheit, Würde, soziales Glück, Wohlleben, Gerechtigkeit und weiß Gott was noch sollten damals aus der Taufe gehoben werden*[5]. Das deutsche Volk hat nun 13 Jahre lang Gelegenheit gehabt, die Richtigkeit dieser Zusicherungen zu überprüfen. Es ist eingetroffen, was damals eine Handvoll Männer als sicher und naturnotwendig voraussagten.

Die Männer des November 1918 müssen heute schon zu Lügen und Verleumdungen ihre Zuflucht nehmen, um sich und ihr Dasein der Nation noch weiterhin zu erhalten.

Wenn wir Nationalsozialisten gegen diesen November 1918 kämpfen, dann wissen wir, daß man nicht etwa Geschichte wieder rückgängig machen kann. Wir wissen aber, daß eine schlechte Geschichte eines Tages wieder geändert werden kann. Die Zeit von 13 Jahren war ausreichend, um den Männern des November 1918 Gelegenheit zu geben, ihr Können zu beweisen. Man sagt, der November 1918 sei geschichtlich legalisiert worden durch die Tatsache, daß die Nationalversammlung später die geschaffenen Verhältnisse anerkannt habe[6]. Legalisierung aber heißt, daß das Volk die Macht krönt. Und wenn wir heute diese Revolution rückblickend in ihren Anfängen überschauen, dann müssen wir zugeben:

Noch niemals hat der Erfolg so gegen eine Revolution gesprochen, wie der Erfolg des 9. Novembers 1918 gegen diesen Tag redet.

Jahre kamen, in denen unser Volk ausgenützt und ausgepreßt wurde, wie kaum jemals ein Volk von dieser Größe vorher. Dann begann die lange Leidenszeit. Es begann die Zeit der Sachlieferungen, die Zeit der Erfüllung, die Zeit der Verträge, die keine Verträge waren, sondern die nur Diktate darstellten, da man immer nach faulen Worten suchte, um der Nation die Bürde doch mundgerecht zu machen, da man immer wieder dem Moloch der Erfüllungspolitik[7]

---

2 Vgl. auch Schlesische Zeitung vom 28.2.1932 (Sonntagsausgabe), "Die Hitler-Kundgebung"; Breslauer Abend- und Sport-Zeitung vom 2.3.1932, "60.000 Karten zum Hitler-Tag"; Arbeiter-Zeitung für Schlesien vom 3.3. 1932, "Nieder mit Hitler!"; vom 4.3.1932, "Arbeiterdemonstrationen in allen Stadtteilen gegen Millionärsknecht Hitler"; Breslauer Abend- und Sport-Zeitung vom 4.3.1932, "Hitlers Breslauer Besuch"; Breslauer Neueste Nachrichten vom 4.3.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Breslau"; Neue Breslauer Zeitung vom 4.3. 1932, "Hitler-Rummel"; Schlesische Volkszeitung vom 4.3.1932, "Ganze 20 Minuten sprach Hitler"; Schlesische Zeitung vom 4.3.1932, "Der Aufmarsch der Fünfzigtausend"; Volkswacht vom 4.3.1932, "Hitler und sein 'Volk'"; Schlesische Tagespost vom 5.3.1932, "Hitler in Breslau"; VB vom 5.3.1932, "Adolf Hitler spricht zu 70.000 Schlesiern"; Volkswacht vom 10.3.1932, "Adolfs 'Arbeiter'. Wo die Hitler-'Proletarier' mit ihren Limousinen hergekommen waren".

3 Gemeint ist der 9.11.1918. Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

4 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Vgl. Dok. 32, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 7.

6 Vgl. Dok. 32, Anm. 8, ferner Dok. 45, Anm. 3.

7 Vgl. Dok. 29, Anm. 8.

opferte, da das deutsche Volk seinen Spargroschen verlor[8], da unter dem Druck der Steuerlast Millionen zusammenbrachen, Hunderttausende von Existenzen vernichtet und die Landwirtschaft in den Ruin geführt wurde[9]. Von 23 Millionen werktätigen Menschen sind heute fast ein Drittel ohne Beschäftigung[10]. Hat dieses System auch nur einmal in einer Minute gezeigt, daß es fähig wäre, ein Volk wieder aufwärts zu führen? Nein!

Sie leben auf historischem Boden. Vor weit über hundert Jahren war Preußen auch von schwerer Not geschlagen[11]. Alles lag darnieder. Da haben diejenigen dem deutschen Volk wieder Glück und Segen gebracht, die sich für die Ehre der Nation einsetzten. Jetzt ist nicht die deutsche Wirtschaft zerbrochen[12], sondern das deutsche Volk.

Was haben sie nun gerettet, die Parteien der Bürger und Bauern, die Parteien der Arbeiter, der Wirtschaft, der Hausbesitzer, der Beamten und Angestellten? Gar nichts! Sie haben mitgeholfen, das Reich mehr und mehr zu zerstören. Jetzt soll es plötzlich anders werden. Und das erklären die, die 13 Jahre lang vor Gott und der Welt so unerhört versagt haben. Traut ihnen nicht! Es wird alles bleiben, wie es war. Es kann niemand aus seinem Wesen heraus. Die Kräfte, die uns hierbei geführt haben, werden morgen keinen anderen Weg nehmen können als den, den sie einmal eingeschlagen haben. Erst ein 14. September [*1930*][13] und eine neue Reichspräsidentenwahl müssen kommen, um diesen Männern ins Gewissen zu reden und ihnen klar zu machen, daß es so nicht weitergehen kann.

Ehre ist zur Unehre und Unehre zur Ehre geworden, Fleiß und Tüchtigkeit haben keinen Sinn mehr, die Sparsamkeit wird nicht belohnt, die Arbeit kann nicht mehr auf das Ergebnis ihres Wirkens hoffen, der Mensch, der eine Existenz aufbaut, verliert sie ohne seine Schuld. Alles ist zertrümmert worden, Begriffe und Vorstellungen sind zusammengefallen, Macht ist vergangen. Nur etwas ist geblieben: Die Männer, die das verschuldet haben! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nun versuchen sie wieder, mit Phrasen das Volk zu betören, nur um selbst zu bleiben. Hätten sie Charakter, dann müßten sie vor die Nation hintreten und feierlich erklären: Wir haben geglaubt, auf dem Weg der Demokratie, des Internationalismus und des Pazifismus dem deutschen Volk ein besseres Leben geben zu können. Wir gestehen, daß wir uns getäuscht haben, und treten daher zurück. Dann könnten wir sagen: Was ihr verbrochen habt, könntet ihr nie wieder gutmachen, nie könnt ihr uns das ersetzen, um was ihr uns gebracht habt. Aber weil ihr reuig seid, wollen wir euch verzeihen. Aber nein. Sie versuchen nun wieder mit den von ihnen so oft beteuerten Behauptungen zu operieren.

Sie bringen es sogar fertig, zu ihrer eigenen Rettung einen alten, ehrwürdigen Mann, den wir alle verehrten und noch heute verehren als den großen Generalfeldmarschall[14], vor sich

---

8 Vgl. Dok. 29, Anm. 17.

9 Vgl. Dok. 22, Anm. 4, ferner 5-7.

10 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.

11 Am 14.10.1806 waren in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt zwei preußische Korps von den Truppen Napoleons I. vernichtend geschlagen worden. Französische Besetzung, die Reduzierung des preußischen Staates um etwa die Hälfte sowie umfangreiche Kontributionen waren die wichtigsten Bestimmungen des am 9.7.1807 geschlossenen Friedens zu Tilsit.

12 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

13 Vgl. Dok. 1, Anm. 3 und 4.

14 Zu Hitlers privaten Ansichten über Hindenburg vgl. Dok. 6, Anm. 6.

zu stellen, um hinter ihm ihre Existenz als Parteimänner noch einmal zu retten. Es war von uns nicht bestimmt, daß ich als Kandidat auftreten[15]*, daß ich diesen Kampf führen sollte, sondern ein anderer Herr sollte diesen Kampf durchführen*[16]*. Aber in dem Moment, in dem die Sozialdemokraten und das Zentrum*[17] *den alten Feldmarschall bewegen konnten, ihr Kandidat zu werden*[18]*, bin ich der Führer der Gegenseite geworden*[19]. (Minutenlanger Beifall.)

13 Jahre haben wir nun gegen dieses System gekämpft. Heute sollen sie nicht einen ehrwürdigen Greis vorschieben. Heute sollen sie Distanz halten. Ich selbst will den Kampf dagegen aufnehmen. Ich kann das, denn ich habe einst keine Revolution gemacht[20], ich habe nicht den Gehorsam versagt und die Treue gebrochen, ich habe nicht das alte Heer und seine Führer beschimpft. Heute aber wende ich mich gegen die, die damals den Generalfeldmarschall nicht gekannt haben.

Es ist mein unermeßlicher Stolz, daß ich die SPD innerhalb [*von*] *13 Jahren jetzt zu Füßen des Generalfeldmarschalls gezwungen habe*[21]. (Lebhafter Beifall.) Ihr Gelöbnis ist aber heute zu spät. Vor 14 oder 15 Jahren war der Augenblick da, an dem sie ihre Treue dem Feldherrn hätten bekunden können. Heute ist diese Treue nichts anderes als Schutzschild für das bedrohte eigene Parteigebäude. Und sie haben Recht, dieses Gebäude bedroht zu fühlen. Aus dieser Auseinandersetzung kann nichts sie befreien. Sie mögen heute glauben, durch diese Wahl noch einmal sieben Jahre lang ihr Dasein mit den Mitteln zu bewahren, die wir heute kennen. Sie mögen auch glauben, daß sie noch einmal mit diesen Mitteln ihre Welt aufrechterhalten können. Sie werden sich aber in ihrem Glauben täuschen. (Lebhafte Zustimmung.) Heute ziehen die Mätzchen nicht mehr, mit denen man auf die Tränendrüsen der Nation zu spekulieren sucht.

---

15 Zum Entscheidungsprozeß Hitlers vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4.

16 Vgl. Dok. 32, Anm. 34.

17 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

18 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

19 Hitler hatte noch am 18.11.1931 auf einer Abendgesellschaft in Berlin geäußert, "er denke nicht daran", Reichspräsident zu werden; er fände es unter seiner Würde, einen Titel anzunehmen, "den die verbrecherische Revolution geschaffen habe". Vgl. Schreiben Magnus von Levetzows an Guido Otto Graf von Henckel Fürst von Donnersmarck vom 20.11.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 312-317, hier S. 313. Ferner Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953, S. 101.
Im Dezember bestätigte Hitler gegenüber ausländischen Journalisten erneut diese Haltung. Vgl. z. B. Bd. IV/2, Dok. 84 f., 87.

20 Zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik am 7.4.1919 in München wurde Hitler Ersatz-Bataillons-Rat des Demobilmachungs-Bataillons des 2. bayerischen Infanterieregiments. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 188 f.

21 Obwohl die SPD im Jahr 1925 aus ihren großen Vorbehalten gegenüber der Kandidatur Hindenburgs kein Hehl gemacht hatte, bemühte sie sich dennoch, zwischen der Person des Generalfeldmarschalls und den ihn unterstützenden Kräften zu unterscheiden. Nicht ohne Rücksichtnahme auf den Hindenburg-Mythos schrieb der *Vorwärts* am 9.4.1925: "Alles in allem ist also der alte Herr das, was man 'eine geschlossene Persönlichkeit' nennt. Wie eine verwitterte Säule aus uralter Zeit ragt er in die Gegenwart hinein, die er nicht versteht und nicht einmal kennt. Nicht gegen ihn richtet sich unser Kampf. Er richtet sich gegen die verantwortungslosen Intriganten und Demagogen." Nach Hindenburgs Wahl am 26.4.1925 erneuerte tags darauf der *Vorwärts* noch einmal diese Einschätzung: "Die Gefahr liegt weniger bei dem greisen Marschall selbst, als bei der Kamarilla, die sich um ihn bilden wird." Vgl. Vorwärts vom 9.4.1925 (MA), "Also wirklich - Hindenburg!"; vom 27.4.1925 (AA), "Der Präsident der Minderheit". Ferner Dok. 32, Anm. 28.

In diesen 13 Jahren ist eine neue junge Front[22] erstanden, die so gequält und gedrückt wurde, daß sie eiskalt und stahlhart geworden ist. Wir lassen uns durch niemand von der Auseinandersetzung mit den Feinden des Vaterlandes zurückhalten. Einigkeit! Jawohl, das ist unser Ziel. Diese Einigkeit haben wir dem deutschen Volk in einer gewaltigen großen Organisation demonstriert. Allein, es kann nur eine Einigkeit geben zwischen denen, die wirklich guten Willens sind. Die Gegner sagen: "Wir bleiben um jeden Preis." Wir rufen ihnen entgegen: "Wir entfernen euch auf alle Fälle." 13 Jahre dauert dieses Ringen. Damals waren es nur wenige Menschen, die verlassen waren und verspottet und verhöhnt wurden. Heute ist es eine gewaltige Organisation, vor der der Feind aus dem November 1918 so sehr zittert, daß er schon zu feige ist, unter eigenem Namen zu kämpfen, daß er nicht wagt, mit offenem Visier zu sagen: Hier sind die Anhänger der Sozialdemokratie und dort sind die Nationalsozialisten. Die Melodie, die der Teufel heute pfeift, kennen wir. Was heute die Sozialdemokratie von der Nation fordert, ist uns klar. Ebenso klar lautet dabei unsere Antwort:

Das alte Deutschland hat seinen Weg gewählt, und wir wählen unseren Weg. Wir hoffen auf ein neues Deutsches Reich, das uns gehört und nicht den Feinden. Wir verlangen mit dem Recht unserer Arbeit und unserer Opfer, daß uns die Macht gegeben werde.

Wenn ich jetzt in diesen Tagen kreuz und quer durch Deutschland komme und überall dieselbe Erscheinung sehe, dann wird mir mit Stolz erst bewußt, welches Werk in den 13 Jahren entstanden ist. Dann wird mir bewußt, daß das die deutsche Nation ist, daß das die Zukunft unseres Volkes ist. Und dann wird mir bewußt, daß, wenn das jemals zugrunde ginge, unsere Gegner nichts Ebenbürtiges an diese Stelle setzen könnten.

Das ist das Deutschland der Opfer, aber auch des Ruhmes, das Deutschland der Prüfungen, aber auch des Heroismus, das Deutschland des eigenen Stolzes, des unbändigen Ehrgeizes. Das ist das Deutschland, das heute wirklich allein den deutschen Namen vor der Geschichte so repräsentiert, daß auch die Vorfahren, die vor über hundert Jahren mit gerungen haben, sich dessen nicht zu schämen brauchen. (Lauter Beifall und Händeklatschen.)

Das ist das Deutschland, von dem wir glauben, daß es vor Gott und der Welt das wieder zurückholen wird, was das frühere Deutschland preisgegeben hat: Erst die Ehre, dann die Freiheit und dann auch das tägliche Brot[23]. Ich bitte Sie heute nicht um Stimmen. Wer zu uns gehört, weiß, was an diesem 13. März [*1932*][24] entschieden wird. Wer zu uns gehört, weiß, daß nicht auf sieben Jahre, sondern vielleicht für Jahrhunderte ein Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes eingetreten ist. Ich kann nicht den einzelnen um einen Stimmzettel anbetteln, wenn ich demgegenüber die Opfer bedenke, die Hunderttausende uns Tag für Tag bringen. Ich kann nicht um einen Stimmzettel betteln angesichts der Entbehrungen, Sorgen und Verfolgungen, die meine Freunde auszustehen haben. Ich kann Sie nur auffordern: *Tun Sie Ihre Pflicht! Wir werden die unsrige tun. Deutschland aber muß frei werden*[25]*!*

22 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.
23 Vgl. Dok. 24, Anm. 15.
24 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Ergänzend berichtet die *Breslauer Abend- und Sport-Zeitung*: "Hitler, der in Begleitung von sechs Herren seines Stabes mit zwei Kraftwagen in Breslau aus Stettin eingetroffen war, begab sich bald nach den Kundgebungen ins Hotel *Monopol*, wo er die den hochgestellten Persönlichkeiten vorbehaltenen Appartements bezog. Der

4. März 1932 Dok. 35
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig [1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 5.3.1932, "Präsidentschaftskandidat Hitler in Leipzig [2]".

Die Männer, die vor 13 Jahren das alte Reich gestürzt haben, möchten heute den Sinn ihrer eigenen Tat verleugnen. Sie haben damals mehr vesprochen, als eine kleine staatliche Änderung herbeizuführen. Sie haben Glück, allgemeine Brüderlichkeit, Friede, Brot, Freiheit und Menschheitsverständigung verheißen [3]. In 13 Jahren habe man erkannt, was davon eingetroffen sei. 13 Jahre seien eine lange Bewährungsfrist. Wer unparteiisch und objektiv die Ergebnisse seit 1918 prüfe, müsse zugeben, *daß man von Freiheit, von Frieden und Gerechtigkeit, von sozialem Glück weit entfernt sei.*

Ganze Berufsstände sind *zusammengebrochen,* viele Millionen haben ihre Spargroschen [4], ihre Existenz, ihren Arbeitsplatz verloren [5]. *Der deutsche Bauer* [6], *die deutsche Wirtschaft* [7], *der deutsche Staat,* der früher groß und mächtig war, ist zusammengebrochen.

Nur etwas ist uns geblieben: *Die Männer und Parteien, die uns damals den Himmel auf Erden versprochen haben.*

Jetzt solle das deutsche Volk abermals auf sieben Jahre über sein Schicksal entscheiden. Und da erlebe man ein förmliches Wunder: *Die Sozialdemokratie und das Zentrum* [8], die sich

---

Breslauer Aufenthalt Hitlers, der sich bis in die Mittagsstunden des Freitags erstreckte, war der weiteren Parteigängerschaft *unbekannt* geblieben, da nach der Kundgebung die Parole ausgegeben worden war, daß Hitler sofort abreise. Hitler empfing im Laufe des Freitagvormittags [*4.3.1932*] lediglich die *Führer der schlesischen Nationalsozialisten*, mit denen er längere Zeit konferierte. Um 1 Uhr fuhr er mit seinem schweren Mercedes nach *Leipzig* ab, wo heute gleichfalls eine Kundgebung stattfindet."

1 Im Park Meusdorf, bis 23.00 Uhr. An der Versammlung nahmen etwa 11.000 Personen teil. Vor Hitler sprachen MdR Göring sowie der Vizepräsident des sächsischen Landtags und Kreisleiter der NSDAP in Leipzig, Walter Dönicke. Auf einer Parallelversammlung im Zoo sprach MdL Werner Studentkowski.
Ergänzend berichten die *Leipziger Neuesten Nachrichten*: "Park Meusdorf ist nicht der Versammlungsraum, der großen Massenszenen einen würdigen Rahmen bieten kann. Aber die ganze Vorstadtromantik dieses Lokals ist vergessen in dem Augenblick, in dem Adolf Hitler selbst vor seiner Gemeinde, seinen Freunden und auch vor Zweiflern steht und von seinem Glauben an Deutschland spricht und von seinem Glauben an sich selbst. [...] Der äußere Rahmen der Veranstaltung war der übliche der großen NSDAP-Kundgebungen. Musterhafter Ordnungsdienst, einwandfreie Versammlungsdisziplin. Während der einleitenden Worte des Hauptmanns Göring und dann vor allem während der Rede Hitlers erreichte die Begeisterung Höhen der Intensität, die nur selten einer politischen Veranstaltung beschieden sind. Aber auch diese echte Begeisterung, derem Eindruck sich kein Teilnehmer der Meusdorfer Kundgebung entziehen konnte, vermag einen schmerzlichen Nebenklang nicht ganz zu verdecken, den wir auch aus mancher Formulierung Adolf Hitlers selbst herauszufühlen glaubten: Hitler *gegen* Hindenburg, das stimmt nicht ganz. Die beiden Männer gehören zusammen."

2 Vgl. auch Leipziger Volkszeitung vom 5.3.1932, "Tod dem Faschismus. Wer Teddy Thälmann wählt, die Nazis stählt!"; Sächsische Arbeiterzeitung vom 5.3.1932, "Hitler-Pleite in Leipzig"; VB vom 6./7.3.1932, "In zwei Stunden 8.000 Karten verkauft".

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 7 sowie Dok. 32, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 17.

5 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.

6 Vgl. Dok. 22, Anm. 4, ferner 5-7.

7 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

8 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

früher nicht genug tun konnten in Schmähungen über das alte Heer[9] und in Beschimpfungen des Generalfeldmarschalls[10] -, sie wagen jetzt nicht einmal mehr, *einen eigenen Kandidaten aufzustellen*[11]. Im deutschen Volk ist die Mentalität einer Schafsgeduld im Schwinden. Das Volk wacht auf und will nicht mehr alles geduldig einstecken. (Stürmischer Beifall.)

Mit erhobener Stimme fuhr Hitler dann fort: *Die Leute, die jetzt hinter dem Generalfeldmarschall stehen, haben einst das alte Reich zerstört. Ich habe an der Front meine Pflicht getan*[12]. *Ich habe nicht am 9. November 1918*[13] *die rote Fahne aufgezogen*[14]. *Ich habe als treuer Soldat gekämpft. Ich will nicht dem Generalfeldmarschall entgegentreten; aber als ich gehört habe, daß jene Novemberlinge*[15] *sich hinter dem Reichspräsidenten jetzt verstecken, da habe ich mich zum Führer der Gegenseite aufstellen lassen*[16]. (Stürmischer Beifall.)

Die deutsche Jugend,

so fuhr Hitler fort, die in der NSDAP verkörpert ist[17], *müsse das künftige Los des Volkes für Jahrzehnte tragen,* nicht mehr der alte Herr. Er (Hitler) müsse Hindenburg zurufen: Tritt beiseite, du kannst die nicht mehr decken, die dich jetzt wählen wollen! Wir, die Nationalsozialisten, haben ein Recht zu diesem Ruf, weil die NSDAP überhaupt es erst ermöglicht hat, daß heute noch eine Präsidentenwahl stattfinden kann. *Wenn der Nationalsozialismus nicht gewesen wäre, so gäbe es heute nur einen Reichspräsidentenkandidaten, und der hieße Thälmann*[18]. Die Nationalsozialisten haben weiter ein Recht darauf, sich jetzt in die vorderste Linie zu stellen und die Hand nach dem Reichspräsidentenstuhl auszustrecken, weil sie vor Jahren schon das kommende Schicksal des deutschen Volkes vorausgesagt haben. *"Alles ist eingetroffen, wie ich es vorausgesagt habe. Die Brüning-Parteien*[19] *haben von Jahr zu Jahr das Volk mit leeren*

---

9 Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Bewaffneter Macht in Deutschland bis 1918 vgl. Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

10 Vgl. Dok. 32, Anm. 28.

11 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

12 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

13 Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

14 Vgl. Dok. 34, Anm. 20.

15 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

16 Zum Entscheidungsprozeß Hitlers vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

17 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.

18 Das Zentralkomitee der KPD hatte bereits am 12.1.1932 mit ihrem Vorsitzenden Thälmann einen eigenen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt und dies folgendermaßen begründet: "Die Kommunistische Partei Deutschlands, als die einzige politische Klassenvertretung des deutschen Proletariats, wird durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten und die aktivste Mobilisierung der ausgebeuteten Volksmassen *selbständig* am Wahlkampf teilnehmen. Die Kommunistische Partei betrachtet die Präsidentschaftswahlen, wie alle anderen öffentlichen Wahlen und Volksabstimmungen, nicht als parlamentarische, sondern als außerparlamentarische Aufgabe, als einen Bestandteil *des Kampfes von Klasse gegen Klasse*." Druck: Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Hrsg. von Hermann Weber, Köln 1963, S. 106 f.

19 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielten die Parteien, die damals dem 1. Kabinett Brüning angehörten - DStP (3,8%), Wirtschaftspartei (3,9%), Deutsches Landvolk (3,2%), Zentrum (11,8%), BVP (3,0%), DVP (4,5%), Konservative Volkspartei (0,8%) - , zusammen 31,0% der Stimmen bzw. 183 Mandate im Reichstag. Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren noch Zentrum, BVP, DStP, Deutsches Landvolk sowie Konservative Volkspartei in der Regierung vertreten, was ca. 22,6% der Stimmen bzw. 125 Mandaten entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

Versprechungen getröstet. Ein Volk braucht die heiße Glut der Zuversicht, *ein brennendes Vertrauen zu seiner Führung.* Millionen von Deutschen, die heute dem Nationalsozialismus anhängen, haben diese Zuversicht im Herzen.

Vor 24 Stunden habe ich

vor 50.000 Menschen in Breslau[20] *gestanden,*

auf dem historischen Boden von 1813. *Ein Volk bricht jetzt auf*[21] und rüstet sich mit einem neuen Glauben, ist entschlossen, den Kampf gegen die Widerwärtigkeiten des Systems aufzunehmen und besitzt die Zuversicht, dabei zu siegen. *Das Brüning-Deutschland hat keine Hoffnung und Zuversicht.* Welchen Entwicklungsvorgang hat die Nationalsozialistische [*Deutsche Arbeiter*]partei in wenigen Jahren genommen? Trotz der Lügenhetze der gegnerischen Presse, trotz schlimmsten Terrors der Regierungsgewalten, trotz der Mordpest der Linksparteien[22]; ohne Prominente und Manager habe sich die Partei durchgesetzt [*sic!*]. Wir haben bei niemandem eine Anleihe gemacht[23]. Wir haben eine neue Tradition für Deutschland gestaltet. Diese Bewegung formt in der Zukunft Deutschlands Schicksal. Wir denken nicht daran, das *kostbare Gut, das in 13 langen und schweren Jahren erworben ist, zu verfeilschen und zu verhandeln.* Man muß die Frage stellen: Können die Männer des jetzigen Systems überhaupt Deutschland wieder emporbringen? *Angst und schlechtes Gewissen* beseelt die jetzigen Machthaber. Ihre Versprechungen, deren Leere längst erkannt ist, können sie nicht einlösen.

Erst muß die Nation gerettet werden, dann kann man die Wirtschaft retten.

Aus dem Leben heraus haben wir eine neue Organisation von ungeheurer Stoßkraft geschaffen. Über Klassen, Stände und Berufe hinweg haben wir das deutsche Volk zu einer neuen Einheit zusammengeführt. Bei uns heißt es: *keine Parteien, nur noch Deutsche*[24]*!* (Stürmischer Beifall.) Diese Bewegung ist lebendig, millionengroß an Zahl[25], noch größer an Herz und Kraft.

Heute hat sich nicht wie 1918 der Abschaum des Volkes eine Organisation geschaffen, sondern heute haben sich

die besten Kräfte des Volkes,

der Arbeiter, der Bauer, der Angestellte, der Unternehmer, der Student, der Bürger, die Jugend und das *Alter* unter der Fahne des Nationalsozialismus vereint[26], um einen neuen Staat zu schaffen. Jetzt will man immer noch die *Naivität* und die *politische Blindheit an die Spitze*

Zur Tolerierungspolitik der SPD, die bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 24,5% der Stimmen bzw. 143 Reichstagsmandate erhalten hatte, vgl. Dok. 8, Anm. 31.

20 Vgl. Dok. 34.

21 Anspielung auf die erste Zeile des am 7.8.1813 verfaßten Gedichts *Männer und Buben* von Theodor Körner (1791-1813): "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los".

22 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12, Dok. 14, ferner Dok. 19, Anm. 11.

23 Zur Finanzierung der NSDAP vgl. Turner, Großunternehmer, passim.

24 Anspielung auf die Rede, die der deutsche Kaiser Wilhelm II. am 31.7.1914 vom Balkon des Berliner Schlosses gehalten hatte: "In dem jetzt bevorstehenden Kampf kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche, und welche von den Parteien auch im Laufe des Meinungskampfes sich gegen mich gewendet haben sollte, ich verzeihe ihnen allen von ganzem Herzen." Vgl. Kaiserworte. Ausgewählt von Friedrich Everling, Berlin 1917, S. 117.

25 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10.

26 Vgl. Dok. 1, Anm. 21 sowie Dok. 15, Anm. 90.

erheben. Jetzt kommen meine Gegner mit guten Ratschlägen für mich: ich wäre doch als Parteiführer ausgeschaltet, wenn ich Reichspräsident würde[27]. Mit solchem Rat solle man mich verschonen. Ich werde weiterkämpfen. Wer nicht an den Nationalsozialismus glaubt, kann mir die Stimme am 13. März[28] nicht geben. Ich bitte und bettle nicht, mich zu wählen. Ich habe dreizehn Jahre meine Pflicht getan, ich habe dreizehn Jahre *für Deutschland gekämpft.* Nun wissen Sie, wen Sie am 13. März [*1932*] zu wählen haben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)[29]

5. März 1932 Dok. 36
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Blankenburg[1]

Masch. Abschrift vom 10.5.1937; BA, NS 26/58[2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Dreizehn Jahre sind im Völkerleben eine kurze Frist. Dreizehn Jahre aber sind eine lange Zeit, wenn sie zur Probe für ein System dienen sollen. Wie selten gibt die Geschichte einer Regierung 13 Jahre, um die Richtigkeit ihrer Thesen und die Richtigkeit ihrer Handlungen vor dem

---

27 Hitlers Zögern vor einer Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten hatte im Februar 1932 in der Presse für zahllose Spekulationen gesorgt; vor allem die parteiinternen Auseinandersetzungen in dieser Frage sorgten für großes Interesse. So berichtete etwa die *Frankfurter Zeitung* über angeblich tiefe Verstimmungen zwischen Hitler und Goebbels. Die Führung der NSDAP habe sich gespalten in eine Fraktion um Hitler, Frick und Epp, die eine Kandidatur ablehnten, und in eine Gruppe um Goebbels, Wagener und Röhm, die Hitler unter allen Umständen dazu zu drängen suchten, um dadurch "Hitlers Macht zu schmälern und sich selbst den Parteiapparat in die Hand zu spielen". Vgl. Frankfurter Zeitung vom 8.2.1932 (MA), "Hitler Gegenkandidat Hindenburgs?"; vom 9.2.1932 (AA), "Verlegenheit der Nationalsozialisten" sowie Dok. 17, Anm. 3 und Dok. 29, Anm. 3 und 4.
Zur Diskussion innerhalb der nationalsozialistischen Führung, in deren Verlauf vor allem Goebbels, Göring und Röhm, Hitlers Kandidatur favorisierten, Gregor Straßer jedoch davor warnte, vgl. auch Orlow, Nazi Party, S. 244 ff.

28 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

29 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Stadthalle, nach 22.00 Uhr. Vor Hitler sprachen MdL und Gauleiter Fritz Sauckel und MdR Göring. Da die Versammlung, die offiziell um 20.30 Uhr begann, mit etwa 6.000 Personen völlig überfüllt war, wurde Hitlers Rede durch Lautsprecheranlagen in die Säle des Kurhauses sowie in die Gaststätten *Ratskeller* und *Weißes Roß* übertragen.

2 Vgl. auch Der Nationalsozialist vom 1.3.1932, "Der Führer in Thüringen!"; Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 7.3.1932, "Adolf-Hitler-Kundgebungen in Thüringen"; Gothaer Volksfreund vom 7.3.1932, "Hitler zeigte sich den Spießbürgern gegen ein Eintrittsgeld von 10 Mark"; Weimarische Zeitung vom 7.3.1932, "Adolf Hitler spricht vor den Thüringern"; Der Nationalsozialist vom 8.3.1932, "Aufbruch der Nation"; Thüringer Allgemeine Zeitung vom 8.3.1932, "Hitler spricht in Thüringen"; Der Nationalsozialist vom 9.3.1932, "Nachklänge"; VB vom 9.3.1932, "Adolf Hitler in Bad Blankenburg: 'Wir werden siegen, weil wir siegen müssen!'". Ferner Thüringisches Ministerium des Innern, Vermerk Nr. III P 6635 vom 2.3.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 163.

Richterstuhle der Geschichte zu erweisen und zu beweisen. Wie leicht ist man sonst geneigt, und wie war man besonders früher geneigt, Regierungen, ihre Gedanken und und ihre Handlungen zu beurteilen, nachdem nur wenige Monate erst verflossen waren und nachdem die Auswirkung ihrer Absichten überhaupt kaum schon in Erscheinung zu treten vermochte.

Wir selbst sind ja Zeugen eines solchen Gerichts gewesen. In langem, jahrzehntelangem Ringen ist einst Preußen in Deutschland aufgegangen und ist Deutschland zu dem geworden, was wir alle noch erlebt haben: Eine Fülle von Leben, von Wohlfahrt, von Reichtum hat sich damals über unser Volk ergossen[3]. Und dann kam der schwere Krieg[4]. Und wenn je ein System von sich sagen konnte, daß es schwersten Belastungsproben standgehalten hat, dann war dies das alte Deutschland. Wir kennen ja kaum einen geschichtlichen Vorgang, daß ein Volk fast allein der ganzen Welt gegenüberstand und aus eigener Kraft und aus eigenem Vermögen solche Leistungen zustandebrachte wie unser deutsches Volk.

Dann kam allerdings im Gefolge dieses gigantischen Ringens auch die Not[5]. Es begannen die Sorgen. Und es kam auch eine Zeit, es kamen Monate, in denen vielleicht die Front nicht gerade alles das erfüllte, was der einzelne in der Heimat, ungenügsam, von ihr erhoffte. Diese wenigen Monate, diese Nichterfüllung traumhafter Wünsche genügten, um den Stab zu brechen über ein Regiment, das immerhin für sich in Anspruch nehmen konnte, daß es unser deutsches Volk aus kleinsten Anfängen emporgeführt hat zu einer sehr großen Blüte; ein Regiment, das in dem Jahre, das dem Kriegsbeginn voranging, mit Recht sagen konnte: Wir haben es fertiggebracht, einem Siebzig-Millionen-Volke[6] das tägliche Brot zu sichern[7]; wir haben es

3 Die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung des Deutschen Reichs erhöhte sich von 14.169 Millionen Mark im Jahr 1870 auf 48.480 Millionen Mark im Jahr 1913. Veranschlagt man die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Jahr 1913 mit 100 %, so lag sie 1870 bei 29,2 %. Vgl. Walther G. Hoffmann unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 451 f.

4 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

5 Die Folgen des Ersten Weltkriegs spürte die deutsche Zivilbevölkerung zunächst am deutlichsten in dem akuten Mangel an Lebensmitteln, Kohlen und Konsumwaren. Da das Deutsche Reich bereits vor 1914 etwa ein Drittel seines Lebensmittelbedarfs durch Importe deckte, begann sich die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln mit dem Beginn der britischen Seeblockade radikal zu verschlechtern; geringe Ernten und die steigende Inflation verschärften zusätzlich die Lage. 1918 konnten durchschnittlich nur noch 57-70% des tatsächlichen Kalorienbedarfs bei leichter, 47-54% bei mittelschwerer Arbeit gedeckt werden. Nichts hat die Stimmung an der deutschen "Heimatfront" stärker beeinflußt als die wirtschaftliche Not, speziell die Hungersnot, die schließlich im Herbst 1918 zu einem der Auslöser der revolutionären Unruhen wurde. Vgl. Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973, Zahlen S. 19; Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

6 Die Bevölkerung des Deutschen Reichs betrug 1871: 40.997.000, 1900: 56.046.000, 1914: 67.790.000 und 1919: 62.897.000 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 7.

7 Während des 19. Jahrhunderts verbesserte sich die Ernährungslage der deutschen Bevölkerung kontinuierlich. Der zunehmend geringere Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben der Familienhaushalte macht dies bereits deutlich. Wurden um 1800 schätzungsweise noch rund 70% der durchschnittlichen Familieneinkommen für Lebensmittel ausgegeben, so waren es um 1900 nur noch rund 45%. Zwischen 1850 und 1913 stieg in Deutschland der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch von 22 kg auf 44,93 kg, der an pflanzlichen Produkten von 308,73 kg auf 462,64 kg, der an tierischen Produkten insgesamt von 297,9 kg auf 465,62 kg. Vgl. Hans J. Teuteberg, Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer quantitativen Langzeitanalyse. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 331-388.

fertiggebracht, dieses Volk der Notwendigkeit zu entheben, Hunderttausende seiner Bürger als Auswanderer in das Ausland zu schicken[8], wie wir das früher zu verzeichnen hatten; wir haben es fertiggebracht, langsam eine steigende Wohlfahrt um sich greifen zu lassen[9]. Gewiß, es gibt ja keinen menschlichen Zustand, der jemals die Erfüllung auch der letzten Wünsche mit sich bringen könnte: Aber was überhaupt menschenmöglich war, das haben wir einst tatsächlich erhalten.

Dieses System konnte weiter mit Recht sagen: Wir sind besser gewesen als alle unsere Gegner; wir sind ihnen in allen Dingen unbedingt voranmarschiert. Und selbst unsere soziale Gesetzgebung[10] - gewiß, sie war lückenhaft, sie wies Fehler und Schwächen auf; aber sie war immer noch besser als die unserer Gegner.

Dieses Deutschland ist auf allen Gebieten menschlicher Gesittung und menschlicher Kultur den andern Völkern weit vorausgeeilt. Und vielleicht lag ja gerade in diesen Fortschritten die Ursache des Neides der andern und damit die Schuld an diesem Kriege[11].

Wenige Monate haben dann genügt, um das alles zu verurteilen, um Bewegungen auf den Plan zu rufen, die nun einfach erklärten: Das muß gestürzt werden; und zwar gestürzt werden deshalb, weil Besseres an seine Stelle treten soll. Die Gedankengänge des alten Deutschlands schienen falsch gewesen zu sein, neue Auffassungen schienen richtiger zu sein. Man erklärte, daß man nunmehr mit der Demokratie, mit dem Internationalismus und dem Pazifismus dem deutschen Volke endlich das werde bescheren können, was es, wie man behauptete, früher nicht besessen habe: nämlich Freiheit, Schönheit, Würde, soziales Glück, Befriedigung des einzelnen[12]; allgemeine Weltabrüstung, Herbeiführung eines Weltfriedens. Wir sollten ja die Schuldigen gewesen sein, so hieß es[13]. Man sagte: Weil dieses alte Deutschland da ist, weil

---

8 Im Zeitraum von 1820 bis 1870 erreichte die Zahl der deutschen überseeischen Auswanderer im Jahr 1854 mit 239.200 Menschen, entsprechend 0,7% der Bevölkerung, ihren absoluten Höhepunkt. In den Jahren 1852, 1853, 1857, 1866, 1867, 1869, 1870 überschritt die Zahl der deutschen Auswanderer, die meistens die USA anstrebten, jeweils die Grenze über 100.000, während sie in den übrigen Jahren - zum Teil deutlich - darunter blieb. Zwischen 1871 und 1914 erreichte die Zahl der deutschen Auswanderer während der Jahre 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. Nach 1892 überschritt diese Zahl nicht mehr die 100.000-Grenze, nach 1894 nicht mehr die 40.000-Grenze, nach 1907 nicht mehr die 30.000-Grenze. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. I: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815-1870. Von Wolfram Fischer, Jochen Krengel und Jutta Wietog, München 1982, S. 34 f.; [*Bd. II*]: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975, S. 38 f.

9 Veranschlagt man den Index für den durchschnittlichen Jahresverdienst von Arbeitnehmern in Industrie, Handel und Verkehr für das Jahr 1895 mit 100 und vergleicht diesen mit dem Index der Lebenshaltungskosten, so zeigt sich, daß in der Zeit zwischen 1871 und 1913 der *reale* durchschnittliche Jahresverdienst kontinuierlich stieg: 1871: 466 (70); 1885: 589 (89); 1895: 665 (100); 1905: 755 (114); 1913: 834 (125). Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II, S. 107 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Quellen und des Berechnungsmodus.

10 Anspielung auf die Bismarcksche Sozialgesetzgebung: das 1883 eingeführte Gesetz zur Krankenversicherung, das im Jahr darauf verabschiedete Unfallversicherungsgesetz und das 1889 eingeführte Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung. Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. I: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 335 ff. Zur Entwicklung des deutschen Sozialsystems im internationalen Vergleich vgl. z. B. Gerhard A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983.

11 Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

12 Vgl. Dok. 29, Anm. 7 und Dok. 32, Anm 5.

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 15.

dieses alte Deutschland militaristisch denkt, weil es sich gerüstet hat, deshalb mußte auch die Welt so denken, deshalb war auch die Welt gezwungen, sich zu rüsten, deshalb sind wir in den Krieg verwickelt worden; und damit das ein Ende nimmt, deshalb muß dieses Deutschland beseitigt werden[14].

Gut! Es wurde beseitigt. Nun sind inzwischen 13 Jahre vergangen, und ich glaube, es ist nun wohl an der Zeit zu überprüfen, was denn nun von all den Versprechungen, den Zusicherungen, den Hoffnungen in Erfüllung gegangen ist. Denn das dürfen wir wohl sagen: Keiner früheren Regierung ist jemals eine solche Spanne Zeit vergönnt gewesen, um die Richtigkeit ihrer Maßnahmen, ihrer Handlungen oder auch nur ihrer Gedanken zu erweisen. Keine der früheren Regierungen hat von sich sagen können: 13 Jahre haben wir die Möglichkeit zum Experimentieren; gelingt es, dann werden wir gerechtfertigt dastehen, mißlingt es, dann brauchen wir noch immer nicht zurückzutreten, sondern dann werden wir weiter experimentieren, und wir werden dann ja sehen, wie lange das Objekt es überhaupt aushält.

Natürlich, es ist jetzt schlimm bestellt. Wo ist die Freiheit? Man lacht ja hell auf. Freiheit im Innern? Vor ein paar Tagen hat die Leitung der sozialdemokratischen Partei sich den schönen Witz erlaubt, zu sagen: Wenn der Nationalsozialismus an das Ruder käme, dann würde die Pressefreiheit geschädigt werden[15], die Pressefreiheit (Lachen), die wir nun seit 12, 13 Jahren unter dem System kennengelernt haben[16]!

Freiheit der politischen Meinungsäußerung, Freiheit der Willensbekundung[17]! Wir kennen sie, diese Freiheit, die nicht einmal ein Hemd verschont, wenn seine Farbe den Machthabern nicht paßt[18].

Und die Freiheit nach außen! Sie kennen wir noch viel besser! Heute kann man uns nicht mehr gut vorschwindeln, daß wir uns im Zustande einer Freiheit befänden. 13 Jahre Sklavenlos, 13 Jahre Unterdrückung, 13 Jahre Ausplünderung, 13 Jahre Unterwürfigkeit - darüber geht man jetzt einfach hinweg; darüber geht man zur Tagesordnung über.

Schönheit! Wer redet heute noch von Schönheit im deutschen Leben? Würde! Wer spricht heute noch von Würde? Soziale Gerechtigkeit! Wer redet noch von sozialer Gerechtigkeit und von sozialem Glück? Wer in Deutschland denkt heute überhaupt noch an soziales Glück?

Und alle die andern Phrasen! Abbau der Bürokratie: Wie sieht es damit aus? Abbau des Militarismus in der Welt! Wie sieht es damit aus? Das erleben wir. Völkerfriede! Wir sehen ihn. Völkerverständigung! Wir fühlen sie Tag für Tag.

---

14 Die französische Außenpolitik verfolgte am Ende des Ersten Weltkriegs das Ziel, Deutschland wieder in seine ursprünglichen Teilstaaten aufzulösen, wobei Preußen auch seine Eroberungen von 1866 und 1871 sowie die Rheinprovinzen abtreten sollte. Diese Bedingungen, die auch weite Teile der französischen Öffentlichkeit unterstützten, wurden dezidiert als "Anti-Bismarck-Frieden" verstanden. Erst auf der Pariser Friedenskonferenz traf das französische Sicherheitsbedürfnis auf den Widerstand der britischen und amerikanischen Diplomatie, so daß das Deutsche Reich, ungeachtet einzelner territorialer Verluste, auch nach dem Versailler Friedensvertrag seine nationale Einheit behalten konnte. Vgl. Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979, insbes. S. 77 ff.

15 Anspielung auf den Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, den der Vorstand der SPD am 27.2.1932 veröffentlicht hatte. Vgl. Dok. 30, Anm. 6.

16 Vgl. z. B. Dok. 5, Anm. 2 sowie Dok. 30, Anm. 9.

17 Vgl. Dok. 30, Anm. 7.

18 Vgl. Dok. 19, Anm. 18.

Ja, eine Flut von Phrasen hat im Jahre 1918 die Revolution eingeleitet, und diese Phrasen sind heute schon gerichtet, sind gerichtet als absurde, irrsinnige Ideen, die nur dazu angetan waren, unser deutsches Volk zu zerstören, um die die andere Welt sich aber gar nicht kümmert. Gewiß hat man abgerüstet: Uns [19]! Und wir haben jetzt die Ehre, mit unseren Mitteln unsere Unterdrücker aufzurüsten. Gewiß hat man das Kapital bekämpft. Das heißt: Man hat die Spargroschen vernichtet[20] und hat uns im übrigen der internationalen Hochfinanz ausgeliefert. Gewiß hat man die Freiheit gebracht: die Freiheit für die andern, uns auszuplündern, und für uns die Ohnmacht, das zu erdulden.

Wohin wir blicken: ein Versagen auf allen Gebieten! Und nun haben wir es ja schon einige Male erlebt, daß über alle diese Fragen das deutsche Volk sich sein Urteil bilden mußte. Wir haben in den letzten Jahren es erlebt, wie dieses Urteil langsam immer klarer wurde, wie immer mehr Millionen von Deutschen die Phrasenhaftigkeit der Verbrecher des November[21] erkannt haben, wie sie immer mehr zu der Überzeugung kamen, daß unser Volk einem unerhörten Betruge zum Opfer gefallen ist. Immer mehr wurde es klar, daß in Deutschland alles sich gewendet hat: Ehre ist zur Unehre geworden; Arbeitsamkeit ist zwecklos; Fleiß wird nicht gelohnt; Sparsamkeit hat keinen Sinn mehr; alle Tugenden von früher sind vergangen, überlebt, überwunden; die Größe des Reichs ist zerstört; unsere Kraft ist uns genommen; die Freiheit ist praktisch zur Unfreiheit geworden. Nur eines hat sich nicht verändert, eines ist uns erhalten geblieben, in all den langen Jahren: die Männer, die das alles verschuldet haben! (Heiterkeit.) Die Männer, die das alles zu verantworten haben, sind uns erhalten geblieben, und ihre Parteien haben sich konserviert. Sie sind noch heute da wie im November 1918 und regieren heute noch gerade so wie damals.

Über die Weltrevolution hinweg, über den verlorenen Krieg hinweg, hinweg über die Katastrophe der Vernichtung unseres ganzen Lebens: der Vernichtung des Mittelstandes[22], des Bauernstandes[23], des Gewerbes[24], der Vernichtung von 7 Millionen Arbeitsplätzen[25] haben diese Männer sich zu erhalten vermocht. Und sie erklären heute ganz offen: Wir wollen uns auch weiterhin erhalten; mag auch Deutschland zugrundegehen, wir bleiben. (Pfui.)

Und so ist es nun zu verstehen, daß in Deutschland aus dem Volke selbst heraus langsam die Reaktion im Sinne einer Erhebung der gequälten Menschen sich bemerkbar machte und daß nun heute der Parole der andern: Wir werden bleiben um jeden Preis, millionenfältig die Parole entgegengehalten wird: Nein, auch eure Stunde wird kommen, ihr habt einst das alte Deutschland beseitigt, weil es fehlerhaft, weil es schlecht gewesen sei; wohlan, jetzt seid ihr 13 Jahre lang geprüft worden, 13 Jahre lang hat euch das Schicksal nun gewogen, und ihr seid zu leicht befunden worden[26]; ihr müßt deshalb nun abtreten! (Lebhafter Beifall.) Wir verstehen es, daß euch das schwer ankommt; ihr werdet heute verfolgt von den Geistern eures eige-

---

19 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 3, Anm. 3.
20 Vgl. Dok. 32, Anm. 14.
21 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
22 Vgl. Dok. 29, Anm. 20 und 21.
23 Vgl. Dok. 22, Anm. 4-6.
24 Vgl. z. B. Dok. 32, Anm. 16.
25 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.
26 Anspielung auf Daniel 5, 27: "*Tekel*, das ist, man hat dich auf der Waage *gewogen* und zu leicht befunden."

nen schlechten Gewissens; was ihr in den 13 Jahren an einem stolzen, großen Volke verbrochen habt, das geistert euch jetzt die Vergeltung vor, und es ist verständlich, daß ihr euch sträubt, nun plötzlich das zu verlassen, was allein euch vor der Vergeltung sichert, nämlich die Macht. Allein, ihr werdet sie trotzdem verlassen müssen; ob heute oder morgen oder übermorgen ist ganz einerlei; ihr werdet sie verlassen müssen; und alle Winkelzüge, alle Schachzüge, all das Betteln und alles Gewinsel, alle Spekulationen auf die Tränendrüsen und alle Sentimentalität - es nützt euch jetzt gar nichts mehr; ihr selbst habt dafür gesorgt, daß wir hart geworden sind. In den verflossenen 13 Jahren ist in Deutschland eine Bewegung entstanden, aus einer Hand voll Menschen heraus[27], und ihr habt sie selbst langsam gehärtet; ihr habt sie verfolgt, ihr habt sie so gequält und so geschlagen, daß in unseren Herzen Mitleid mit euch keinen Platz mehr findet. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Ihr habt uns alle gelehrt, was "Recht" ist. Ihr habt uns aber auch gelehrt, was die Macht alles vermag. Ihr habt uns gelehrt, daß man auf Gnade nicht mehr rechnen darf. Ihr habt uns gelehrt, euer ganzes System zu durchschauen. Und wenn ihr nun heute erklärt: Wir sind doch jetzt auch national[28]; wenn heute die volksbefreiende, internationale, revolutionäre "Partei der Sozialdemokratie" nun plötzlich kommt und die alten Wimpel aufzieht, wenn sie das Deutschlandlied singt und wenn sie nun plötzlich den Generalfeldmarschall[29] zu ihrem Kandidaten erhebt[30], dann läßt uns das erst recht eiskalt. (Bravo.) Es ist für mich ein großer Stolz, daß ich diese Partei des November 1918 jetzt nach 13 Jahren zu den Füßen des Herrn Generalfeldmarschalls gezwungen habe (Stürmischer, anhaltender Beifall); daß sie jetzt nicht mehr von dem "Blut- und Mordgeneral" redet; daß sie jetzt nicht mehr von dem "Tyrannen" spricht, nicht mehr von dem "fluchwürdigen Repräsentanten des militärischen Systems"[31], sondern daß sie jetzt betet: Vater von Hindenburg, hilf Deiner Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

27 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

28 Mit seiner Reichstagsrede vom 23.2.1932, in der er die SPD als die "Partei der Deserteure" diffamierte, hatte Goebbels - er selbst hatte wegen seines Klumpfußes nie Wehrdienst geleistet - eine erregte Diskussion im Reichstag und in der Öffentlichkeit ausgelöst über das Verhalten der Parteien im Ersten Weltkrieg, vor allem aber über den Einsatz ihrer Mitglieder an der Front. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher, seit 1914 schwer kriegsversehrt, hatte daraufhin der NSDAP vorgehalten, daß "von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion [...] im Krieg 73 Prozent aktiv gedient" hätten, während die NSDAP "zum größten Teil unter der Führung von Leuten" stünde, "die sich im Krieg um ihre Militärpflicht gedrückt" hätten. Andere Abgeordnete wie etwa Ernst Lemmer (DStP) oder Franz Künstler (SPD) unterstützten diese Argumentation. Die emotionalisierte Auseinandersetzung veranlaßte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Walter Ulbricht zu der Bemerkung, "daß sich Nationalsozialisten und Sozialdemokraten den Rang ablaufen, daß sie die treuesten Diener der imperialistischen Politik Hindenburgs und Groeners sind". Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2250 ff.

29 Paul von Hindenburg.

30 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

31 In der sozialdemokratischen Presse der Jahre 1918/19 wird deutlich, daß selbst damals große Teile der SPD dem Generalfeldmarschall, dem nationalen Mythos des Weltkriegs, vergleichsweise respektvoll begegneten. Bei seinem Einzug in Kassel am 14.11.1918 wurde Hindenburg mit einer Bekanntmachung des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats begrüßt, die von dem späteren preußischen Ministern des Innern Albert Grzesinski unterzeichnet war; dort hieß es u. a.: "Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Nie hat Hindenburg in der Größe seiner Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutz." Reichspräsident Ebert antwortete am 2.5.1919 auf Hindenburgs Abschiedsgesuch und nutzte die Ge-

Welch ein Wandel in 13 Jahren, ja in 7 Jahren! Noch vor 7 Jahren wußte die Sozialdemokratie sich nicht genug zu tun im Beschimpfen des Generalfeldmarschalls[32]. Da war er zu alt, da war er unfähig, und ich weiß nicht was noch. Und heute liegt die einzige Rettung ihres Systems in dem Namen Hindenburg. Ich weiß, und wir wissen, weshalb: Die Sozialdemokratie wagt es heute nicht mehr, uns, den verachteten Nationalsozialisten, uns, den verfolgten, unterdrückten Nationalsozialisten einen eigenen Mann entgegenzustellen! (Sehr richtig.) Wir haben etwas derartiges nicht notwendig. Sie werden es nicht erleben, daß etwa die nationalsozialistische Partei eines Tages den Herrn Grzesinski bitten wird: Herr Grzesinski, werden Sie unser Kandidat! (Heiterkeit.) Wir haben Männer unseres eigenen Wesens und unserer eigenen Überzeugung mehr als genug. Und es war ja auch zuvor ein ganz anderer bestimmt, in den Wahlkampf einzutreten[33]. Denn es hieß ja allgemein: Der Herr Generalfeldmarschall mit seinen 85 Jahren ist zu alt, um noch einmal zu kandidieren; der Generalfeldmarschall will seinen Lebensabend friedlich und in Ruhe verbringen, will sich auf sein Gut zurückziehen[34]. Und so war denn auch bei uns ein anderer Mann bestimmt. Denn den Kampf gegen die Sozialdemokratie oder das Zentrum führen wir mit jeglichem Kandidaten unserer Partei durch. Dann allerdings kam plötzlich aus der Psychose der Verzweiflung heraus der Moment, in dem die Parteien des November 1918: Zentrum[35] und Sozialdemokratie, den General des Weltkrieges als ihren Mann hervorholten. Und da allerdings war es eine Selbstverständlichkeit: Wenn diese Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, den Generalfeldmarschall, den sie einst bekämpft und beschimpft haben, heute als ihren Mann uns gegenüberstellen, dann bin ich aus freiem Willen und aus eigenem Entschluß der Gegenführer! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Dann bin ich der Mann, der es als eine selbstverständliche Ehre betrachtet, diesen Kampf aufzunehmen und diese Herrschaften aus ihrer Deckung hervorzuziehen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe nicht 13 Jahre lang gekämpft, um jetzt, am Tage der Auseinandersetzung, uns durch irgendeine Maske den Gegner entziehen zu lassen. Die Sozialdemokratie mag sich so oder so vertarnen [*sic!*], und das Zentrum mag sich so oder so vertarnen: Es wird beiden Parteien gar nichts nützen; ihre Spekulation, daß wir nun vielleicht in die Knie sinken und aus sentimentaler Ehrfurcht heraus unseren Kampf aufgeben würden, ist falsch. Wir haben nicht deswegen 13 Jahre hindurch gekämpft, nicht 13 Jahre lang Opfer um Opfer gebracht, wir haben nicht Tausenden unserer Anhänger die Gefängnisse öffnen lassen, haben nicht Zehntausende unserer Anhänger verwunden und Hunderte töten lassen[36], um uns jetzt von der Auseinandersetzung vielleicht

---

legenheit, "um Ihnen für Ihre dem Vaterlande während des Krieges und in jetziger Zeit unter großer Aufopferung geleisteten Dienste den unauslöschlichen Dank des deutschen Volkes auszusprechen. Daß Sie auch in den Zeiten schwerer Not in Treue auf Ihrem Posten ausgeharrt und dem Vaterlande Ihre Persönlichkeit zur Verfügung gestellt haben, wird Ihnen das deutsche Volk niemals vergessen." Vgl. Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 48 ff., Zitate S. 49, 54 f. Zu der "fast devoten" Vernehmung Hindenburgs durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß für die Schuldfragen des Weltkriegs am 18.11.1919 vgl. Heinemann, Niederlage, S. 163 f.

32 Vgl. Dok. 32, Anm. 28.

33 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

34 Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

35 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

36 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12. Ferner z. B. Dok. 14 und 60.

aus Rücksicht auf einen Namen zurückhalten zu lassen. Wir können das tun, und ich kann das tun, denn ich habe nicht zu denen gehört, die einst den Generalfeldmarschall beleidigt, die ihn beschimpft haben[37]; ich habe nicht zu denen gehört, die damals von der Fahne liefen, die treulos wurden, die den Gehorsam brachen; ich habe nicht zu denen gehört, die meuterten, die desertierten[38]. Heute nun haben wir ein Recht zu sagen: Herr Generalfeldmarschall von Hindenburg, als Feldmarschall verehren wir Dich[39]; als Reichspräsidenten möchten wir Dich nicht verurteilen; aber als Kandidaten für die Zukunft lehnen wir Dich ab! (Stürmischer Beifall!) Du zählst heute 85 Jahre; Du trägst das Schicksal der Nation nicht mehr auf Deinen Schultern, das Du uns aufbürdest: Wir sind das Deutschland der Zukunft, wir haben die Verantwortung zu tragen, *wir* haben die Lasten und die Sorgen, und *wir* kämpfen den Kampf! Heute kann nicht ein alter Mann diejenigen decken, die sich 13 Jahre lang an unserem Volk versündigt haben; heute kann nicht ein alter Mann - und mag es noch ein so ehrlicher Mann sein in seinem ehrwürdigen Alter - einen Schutz bieten denen, die wir vernichten wollen.

Daß aber dieses System vernichtet werden muß, wenn die heutige Lage Deutschlands überhaupt geändert werden soll, das mögen Sie aus den wenigen folgenden Sätzen ersehen:

Deutschland geht zu Grunde, weil es seine politische Macht preisgab. Es gab die politische Macht preis, weil es bestimmten Gedankengängen huldigte, die im Völkerleben noch immer Vernichtung bedeutet haben; Internationalismus, Demokratie und Pazifismus sind noch immer Wahnideen der Völker gewesen. Und Sie sehen ja heute, wie solche Gedanken sich praktisch auswirken: Was hilft heute China in Schanghai der Internationalismus oder die Demokratie, was hilft ihm ein pazifistischer Appell an den Völkerfrieden oder an den Völkerbund[40]?

Die Verbrecher, die solche Gedanken propagieren, können nur Völker wehrlos machen. Und wenn die Völker wehrlos geworden sind, dann verkriechen sie sich am Ende feige hinter einem Generalfeldmarschall. Deutschland hat die Macht verloren, und mit der Macht das Recht, und mit dem Recht das Leben. Und wenn sie das Deutsche Reich wieder emporführen wollen, dann können sie nicht sagen: Die deutsche Wirtschaft muß gebessert werden. Nein, es muß begonnen werden mit der Wiederherstellung eines deutschen Volkes voll innerer Kraft und Stärke. Und das beginnt man nicht mit 85 Jahren. Sondern das beginnt man, indem man im Kleinsten, im Volke selbst die Regenerationszellen bildet, die dann Ring um Ring dieses neuen Lebens legen können.

Und wenn wir heute dem System entgegentreten, so verbitte ich mir die dumme Frage irgendeines Kritikasters: Was habt ihr denn geleistet? Ich zählte 25 Jahre, als ich in den Krieg ging. Damals habe ich nicht politisiert[41]. Damals war ich ein Mann, der seinem täglichen Lebens-

37 Vgl. z. B. Dok. 7, Anm. 18.

38 Vgl. Dok. 4, Anm. 19, aber auch Dok. 34, Anm. 20.

39 Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Lagebericht Nr. 197/II/32 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 24.5.1932, in dem es zum Wahlkampf der NSDAP heißt: "Persönliche Verunglimpfungen des Reichspräsidenten v. Hindenburg, von einigen geringfügigen Entgleisungen abgesehen, konnten in Nordbayern sowohl bei den Deutschnationalen als auch bei den Nationalsozialisten trotz der Unzahl der Versammlungen nicht festgestellt werden, vielmehr betonten die meisten nationalsozialistischen Redner die restlose Verehrung der Person des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg durch die NSDAP." StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nr. 940.

40 Vgl. Dok. 2, Anm. 18.

41 Zu Hitlers Biographie vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Fest, Hitler, S. 29 ff.; Joachimsthaler, Korrektur, S. 15 ff.; Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996. Ferner Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 43 ff.

kampfe nachging, wie Millionen andere auch. Und dann kam der Krieg, und ich habe wiederum nicht politisiert, sondern ich habe ganz einfach meine Pflicht getan wie Millionen andere auch. Dann kam der Friede, dann kam die Revolution. Und dann begann ich zu arbeiten. Und mühsam, aus einer Hand voll Menschen habe ich in 13 Jahren das aufgebaut, was heute dasteht. (Brausender, lang anhaltender Beifall.) Und wenn ein dummer Kritikaster fragt: Was ist denn das?, dann antworte ich ihm: Mein lieber Freund, du scheinst es genau zu wissen, was es ist; denn ihr wagt ja nicht einmal mehr, uns mit offenem Visier entgegenzutreten. Und im übrigen, mein lieber Kritikaster: Was hast denn du in dieser Zeit getan? Ich bin vor 13 Jahren ein namenloser Soldat gewesen, und heute - da kennen sie mich! Und wenn man uns fragt: Was habt ihr geleistet? Eine vorbildliche Organisation haben wir geschaffen, habe ich geschaffen; eine Organisation, die in sich das verkörpert, was das heutige Deutschland nicht mehr besitzt, nämlich eine wahrhaftige Volksgemeinschaft[42]. Eine Bewegung habe ich gegründet, die immer mehr die Überzeugung lebendig werden ließ, daß es sich heute in Deutschland nicht handelt um Proletarier und nicht um Bürger, nicht um Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht um Städter und Bauern, nicht um Handwerker, Mittelstand, Industrielle usw., sondern daß es sich darum handelt, das deutsche Volk noch einmal zu einer Einheit zu machen. (Bravo.) Nicht das ist wichtig, ob heute einer Bürger ist oder nicht Bürger, ob er Proletarier ist oder nicht, ob er Arbeitgeber ist oder Arbeitnehmer, ob Bauer oder Städter, ob Handwerker oder irgend etwas anderes, sondern wichtig ist, daß er zuerst wieder lernt, ein Deutscher zu sein (lebhafter Beifall) und daß er sich eines Lebens befleißigt, das die Gründung und den Bestand einer solchen Volksgemeinschaft ermöglicht und nicht zerstört, daß einer auf den andern Rücksicht nimmt, daß keiner sich einbildet, er sei wichtiger als andere, sondern daß jeder es versteht: Wenn alle Menschen unseres Volkes irgendwo ihre Pflicht erfüllen, dann sind sie alle auch gleich wichtig und gleich notwendig und gleich unersetzlich und von gleicher Bedeutung; daß aber weiter alle diese Menschen auch lernen, tatsächlich in ihrer Nation das Höchste zu sehen, daß sie in ihrer Nation die große Voraussetzung erblicken für eine volkliche, brüderliche Solidarität; daß sie aber auch entschlossen sind, zu verstehen und zu begreifen, daß der Wert der Persönlichkeit nicht durch die Zahl ersetzt werden kann, daß Volksführung nicht Massenirrsinn ist; und daß sie endlich auch noch verstehen, daß kein Recht auf der Welt geschenkt wird, sondern daß jedes Recht - so hart es auch sein mag und so unangenehm es ist - eben doch gebunden ist an die Macht, und daß die Macht nur in Entschlossenheit und in der Willensbildung einer Nation liegt; und daß diese Willensbildung wieder stattfinden muß, daß man nicht einfach sagen kann: Seid einig[43], daß es nötig ist, diese Einigkeit praktisch zu demonstrieren und den Geist der Uneinigkeit auszurotten (lebhafter Beifall); daß zu diesem Zwecke das Parteisystem beseitigt werden muß, das uns in dieses Unglück gestürzt hat; daß man nicht sagen kann: Leben und leben lassen[44], wir wollen eine Krippe machen miteinander, den einen Teil übernehmen die bürgerlichen Parteien[45], den anderen Teil übernehmen die Brüningschen Parteien, und die tei-

42 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

43 Anspielung auf das 1804 entstandene Drama *Wilhelm Tell* von Friedrich von Schiller (1759-1805), 4. Akt, 2. Szene: "Seid einig - einig - einig!"

44 Anspielung auf das 1798 entstandene Dramatische Gedicht Schillers *Wallensteins Lager*, 6. Akt: "Und ging's nicht nur aus seinen Kassen, Sein Spruch war: leben und leben lassen."

45 Vgl. Dok. 35, Anm. 19.

len sich auch wieder hinein. Nein, man muß einsehen, daß man sich durchringen muß zu hartem Entschluß. Es gibt in gewissen Dingen des nationalen Lebens nur eine mögliche Auffassung; diese muß siegreich dominieren, oder ein Volk geht zu Grunde. Man muß einsehen, daß Deutschland nicht lebt, damit die Parteien existieren können, sondern daß am Ende die Parteien ihren Sinn verloren haben in dem Moment, in dem Deutschland an ihnen zu Grunde geht.

Ist aber nun erwiesen, daß in diesen 13 Jahren etwa das Leben der deutschen Nation diesen Parteien zuzuschreiben ist? Oder ist nicht erwiesen, daß Deutschland an ihnen langsam abstirbt? Und es muß dieses Absterben jetzt, wenn nötig, auch beschleunigt werden. Diese Gebilde müssen überwunden werden. Sie müssen ausgejätet werden, ohne Rücksicht auf das Geschrei der einzelnen Interessenten. Und alles das ist langsam entstanden aus einer Hand voll Menschen heraus!

Unsere Gegner sagen: Ihr habt keine Köpfe[46], ihr seid alle unfähig! Jawohl, meine Freunde; weil wir keine Köpfe haben und weil wir unfähig sind, ist aus 7 Mann[47] in 13 Jahren gegen alle nur denkbaren Widerstände diese große Organisation entstanden! Und nur, weil die andern alles Köpfe sind, haben sie ihre Parteien so sehr verwirtschaftet, daß sie heute einen fremden Decknamen brauchen, um überhaupt nur noch bestehen zu können. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialdemokratie und das Zentrum brauchen heute einen Generalfeldmarschall des Weltkrieges, den sie erst beschimpft haben, um überhaupt in die Kampfarena treten zu können. Ich bin stolz darauf, daß ich sagen kann: Ich bin ein Mann, der alles, was er heute ist, selbst geschaffen und selbst gemacht hat, ich habe keine Anleihen bei fremden Größen aufgenommen; ich habe mich nicht hinter irgend jemand gesteckt. Das was ich heute bin, bin ich durch mich und durch meine Arbeit geworden und durch das Vertrauen derer, die mir nunmehr seit 13 Jahren gefolgt sind. (Heil!) Und für diese nehme ich heute auch den schwersten Kampf auf. Unsere Gegner sind nun heute von Mitleid erfüllt. Die Berliner Zeitungen schreiben: Es ist so bedauerlich, daß dieser - das bin ich - bisher unbesiegte Führer nun in die Niederungen des Parteikampfes hinuntersteigen muß, allwo er vielleicht geschlagen wird[48]. O, würdige Freunde, pflegt euch nicht mit solchen Gedanken! Allerdings, ihr kennt ja die Niederungen des Parteikampfes sehr genau, sintemalen[49] ihr euch in diesen Niederungen seit 40, 50 Jahren herum-

46 Vgl. etwa den Kommentar des sozialdemokratischen *Hamburger Echos* vom 2.3.1932 ("Hitler-Abend") auf Hitlers Rede in Hamburg am 1.3.1932: "Im Reichstag wurde der Nationalsozialismus als die 'organisierte Dummheit' definiert. Man kann hinzufügen: 'die organisierte politische Charakterlosigkeit', um den Nationalsozialismus restlos, aber auch restlos in seinen Elementen bloßzulegen. Wir erleben eine frischfröhliche Renaissance der wilhelminischen Gesinnung im deutschen Bürgertum; jene politische Knechtsgesinnung, die mit die Ursache der deutschen Kriegsniederlage und des deutschen Zusammenbruchs war. Dem proletarischen Betrachter des Hitlerfilms, der gestern bei Sagebiel abrollte, würgt der Ekel die Kehle, wenn er die tausende gebügelten und gestriegelten Bürger beobachtet. In ihnen feiert die Knechtsgesinnung Orgien. Mit wahrer Wollust lassen sie sich von ihren größenwahnsinnigen Führern ihre jämmerliche Bedeutungslosigkeit bescheinigen. [...] Herr Hitler. Was ist Herr Hitler? Eine lebende Illustration zu seinem Wälzer 'Mein Kampf': ein eitler Poseur. So hat man ihn sich vorgestellt. Weich, unangenehmes Theater in der reichlichen Pose. Eine Zweitausgabe Wilhelms des Großmäuligen. [...] Was hat der Mann gesprochen? Man erinnert sich vergebens. Man greift in schleimigen Glitsch. Nur eins hat sich eingeprägt: Sein immer wiederkehrendes Ich, Ich und nochmal Ich."

47 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.

48 Vgl. z. B. Dok. 29, Anm. 3.

49 Veraltet für: da, weil.

treibt. Aber ich scheue den Kampf nicht. Und ich glaube auch nicht, daß wir in diesen Niederungen umkommen werden. Im Gegenteil, wir haben aus dieser Niederung heraus heute den granitenen Block aufgebaut, der stark genug ist, daß heute auf ihn die Hoffnung, die Zuversicht und der Glaube von vielen Millionen Menschen sich aufrichtet, und dieser Block wird diese Hoffnung und diese Zuversicht auch tragen. Denn das ist vielleicht das Größte, was wir geleistet haben: In diesen 13 Jahren einer langsam steigenden Verzweiflung und Lethargie ist allmählich in Deutschland nun wieder ein Glaube aufgekommen, ein Glaube, der Millionen von Deutschen beseelt, der Hunderttausende heute kämpfen läßt, der sie bereit sein läßt, sich, wenn notwendig, totschlagen zu lassen, ein Glaube, den die demokratischen Parteien, die sozialdemokratische Partei und das Zentrum heute nicht besitzen. Ein Glaube aber auch, der überzeugt ist davon, daß aus ihm heraus Deutschland wieder genesen wird. Ein Glaube, der den Mut hat, jetzt den Kampf ganz offen aufzunehmen.

Am 13. März[50] wird um mehr gekämpft als um eine Wahl. Sie haben ganz recht, unsere Gegner, wenn sie sagen: Es handelt sich um Sein oder Nichtsein[51]. Ganz richtig! Sein oder Nichtsein, das ist die Parole für Deutschland sowohl, als auch für seine Feinde [*sic!*]; Sein oder Nichtsein, meinetwegen auch für uns. Wir haben noch nie vor dieser Parole Schrecken oder Angst gehabt. Wir wissen, und unsere Gegner wissen es, daß an diesem Tage die Entscheidung nicht geht um den Reichspräsidenten von Hindenburg, sondern daß entschieden wird über das, was hinter ihm steht, entschieden wird über das System, das in 13 Jahren Deutschland dorthin regiert hat, wo es sich heute befindet. Wir wissen, daß die Entscheidung geht um die Männer und um die Parteien. Und weil wir das wissen, deshalb gehen wir in den Kampf hinein mit der gläubigen Zuversicht, die uns seit 13 Jahren ununterbrochen beseelt hat. Und ich kann Sie deshalb heute auch gar nicht bitten, kann nicht darum betteln, daß Sie mir Ihre Stimme geben. Ich kann es nicht tun, wenn ich bedenke, welche Opfer meine Gefährten und Kameraden bringen, ohne daß sie irgend jemand darum bitten könnte, ohne daß ihnen jemand das irgendwie lohnen könnte.

Ich kann nur eines erklären: Seit dem Frühjahr 1919 habe ich um diese Dinge gerungen, habe ich aus dem Nichts etwas aufgebaut. Und ich glaube, daß das nun Gewachsene stark genug ist, um den Kampf gegen dieses System aufzunehmen. Haben Sie Vertrauen zu diesem Manne, dann müssen Sie ihm Ihre Stimme geben, haben Sie das Vertrauen nicht, dann dürfen Sie ihm Ihre Stimme nicht geben. Wenn Sie erfüllt sind von Gedanken irgendeiner rührseligen Sentimentalität, dann dürfen Sie mir Ihre Stimme nicht geben. Wenn Sie erfüllt sind von irgendwelcher "Ritterlichkeit"[52] und ähnlichem dieses Systems, dann dürfen Sie mich nicht wählen.

Nur dann, wenn Sie bereit sind, daß das, was heute schuldig ist, auch gebrochen wird, nur dann mag Ihr Gewissen Ihnen genauso die Handlung am 13. März vorschreiben, wie mein Gewissen mir seit 13 Jahren mir meine Arbeit vorgeschrieben hat [*sic!*]. Ich habe in diesen 13 Jahren nur ein Ziel gekannt: Das System, das an Deutschland sich versündigt hat, muß wei-

50 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

51 Anspielung auf das Drama *Hamlet*, III, 1, von William Shakespeare (1564-1616): "To be, or not to be, that is the question."

52 Vgl. Dok. 30, Anm. 15.

chen; denn leben muß Deutschland! Und am 13. März wird ja am Ende über nichts anderes entschieden, als über die Frage: Soll das System leben und Deutschland langsam der Vernichtung entgegentreiben, oder soll Deutschland leben und soll das System die Abrechnung erfahren, die ihm gebührt? Ich glaube, daß der 13. März ein Tag des Gerichtes sein wird. Wir haben gesät; am 13. März wird geerntet werden. Ich glaube, daß der Herr unser Sehnen, unsere Arbeit segnen wird. Wir waren die Ankläger, und Sie sollen jetzt die Richter sein! (Stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall und Heil-Rufe.)

6. März 1932 — Dok. 37
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 8.3.1932, "Aufbruch der Nation" [2].

Eine neue Stunde schlägt! (Heil-Rufe.) Dreizehn Jahre hat das heutige System regiert. Die Zeichen seiner Regierung sehen wir überall um uns. *Dreizehn Jahre Katastrophe über Katastrophe. Dreizehn Jahre Mißerfolg über Mißerfolg.* Heute sind wir zum Gericht angetreten.

Ich lese soeben, daß ein deutscher Reichsminister an mich die Frage richtet nach unserem positiven Programm [3]. (Lachen.) *In dreizehn Jahren hat also ein Mann an so verantwortungsvoller Stelle noch nicht die Gelegenheit gefunden, sich mit unserem Programm vertraut zu machen. Was heute fünfzehn Millionen* [4] *wissen, weiß der Herr Reichsinnenminister nicht.*

---

1 Auf dem Marktplatz, ab 12.00 Uhr. Vor Hitler sprachen MdL und Gauleiter Fritz Sauckel und MdR Göring. Im Anschluß an Hitlers Rede wurden der Thüringer SA von Göring 20 neue Sturmfahnen übergeben. An der Versammlung nahmen laut Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar etwa 7.800 Personen, zumeist SA-Männer und Parteiangehörige, teil.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 7.3.1932, "Adolf-Hitler-Kundgebungen in Thüringen"; Weimarische Zeitung vom 7.3.1932, "Hitlers Thüringer Heerschau" und "Adolf Hitler spricht vor den Thüringern"; Thüringer Allgemeine Zeitung vom 8.3.1932, "Hitler spricht in Thüringen"; VB vom 8.3.1932, "Blumen und Fahnen grüßen den Führer an allen Straßen auf seiner Siegesfahrt durch Deutschland"; Der Nationalsozialist vom 9.3.1932, "Nachklänge"; Bildbericht in: Illustrierter Beobachter vom 26.3.1932, "Der Führer an vorderster Front!". Ferner Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar o. Nr. vom 8.3. 1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 163.
Ergänzend berichtet die *Thüringer Allgemeine Zeitung*: "Bei der Regie, in der die nationalsozialistische Parteiapparatur sonst Erstaunliches leistet, sind diesmal einige Mißstände zu verzeichnen. Die Kundgebung begann mit mehr als halbstündiger Verspätung, was von den teilweise schon sehr lange bei kühler Witterung wartenden Zuschauern vielfach unliebsam empfunden wurde. Offenbar waren Schwierigkeiten bei der Lautsprecheranlage vorhanden, die aber nicht restlos überwunden werden konnten, denn ein vielfaches Echo übertönte die Worte der Redner, so daß sie selbst in geringer Entfernung kaum verständlich waren. Hitler litt überdies wohl infolge der Wahlkampfstrapazen an einer nicht unbeträchtlichen Heiserkeit. Es mochte an diesen äußeren Umständen liegen, daß die Heilrufe und Beifallsausbrüche nicht die bei sonstigen Auftreten Hitlers gewohnten Formen annahmen."

3 Gemeint ist Groeners offener Brief an Hitler vom 5.3.1932. Vgl. Dok. 30, Anm. 30.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Es gibt in meinen Augen keine vernichtendere Erledigung dieses Systems als diese einzige naive Frage.

Die Herren dürften in kurzer Zeit darüber sich klar werden; jetzt ist es zu spät, sich über unser Programm zu unterrichten!

Jetzt ist es Zeit, daß sie verschwinden! (Jubelnde Zustimmung. Adolf Hitler kann einige Zeit nicht weitersprechen.)

Dreizehn Jahre konnten sie wirken, und das Ergebnis ihres Wirkens liegt heute vor uns. Nun wollen *wir* unser Programm verwirklichen. Nun sind wir entschlossen, über die dreizehn Jahre deutscher Mißregierung zum Gericht anzutreten, und *Sie*, meine deutschen Volksgenossen, sind zum Gerichtsherrn bestimmt.

Dreizehn Jahre war ich öffentlicher Ankläger, heute sind Sie der Richter, und der 13. März [1932][5] *wird ein Gerichtstag sein in der deutschen Geschichte.*

Ich habe Sie nicht zu bitten, Ihre Pflicht zu erfüllen. Ich weiß, daß Sie nicht jahrelang gekämpft haben, um in der Stunde der Entscheidung plötzlich zu versagen. Ich bin hierhergekommen, um auf dem Platz, auf dem im Jahre 1926 die Bewegung zum ersten Mal wieder in die Öffentlichkeit trat[6], Ihnen meinen Dank auszusprechen für Ihren Glauben, Ihr Vertrauen und Ihren Opfermut. Ich glaube, daß Sie in wenigen Wochen oder Monaten selbst empfinden, wie recht Sie vor der deutschen Geschichte gehandelt haben!

Ich wollte den Kampf nicht führen[7]. Wenn aber Sozialdemokratie[8] und Zentrum[9] sich hinter den einst von ihnen verfemten Generalfeldmarschall[10] stellen, dann stelle ich mich als Ihr Führer vor Sie und nehme den Kampf auf. (Wieder minutenlanger Beifall.) Wir wollen sehen, ob ein alter ehrwürdiger Mann[11] es fertigbringt, *die Männer vor der Vernichtung zu schützen, die uns jetzt dreizehn Jahre verdorben haben.*

Kameraden, die Stunde der Entscheidung kommt, tut eure Pflicht, und der Sieg ist unser[12].

5 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
6 Anspielung auf den ersten Reichsparteitag der NSDAP, den diese nach ihrer Wiedergründung am 3./4.7.1926 in Weimar veranstaltet hatte. Vgl. Donald R. Tracey, Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar 1995, S. 49-74, hier S. 63 f. Ferner Bd. I, Dok. 144; Bd. II/1, Dok. 4-7 sowie Dok. 39, Anm. 24 dieses Bandes.
7 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.
8 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.
9 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.
10 Paul von Hindenburg.
11 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.
12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

6. März 1932 Dok. 38
Rede auf NSDAP-Versammlung in Frankfurt a. M.[1]

VB vom 8.3.1932, "Blumen und Fahnen grüßen den Führer an allen Straßen auf seiner Siegesfahrt durch Deutschland"[2].

13 Jahre predige ich immer das gleiche Programm. Millionen von Menschen haben dieses Programm freudig in ihre Herzen aufgenommen, und nur ein Mann, der Reichsinnenminister[3], weiß nichts von diesem Programm[4]. 13 Jahre Kampf liegt hinter mir. 13 Jahre Kampf, der nichts anderes war, als das nachzuholen, was die andern im Großen versäumten: *Aus dem Haufen der Interessenten[5] der Bauern und Bürger, der Hausbesitzer und Arbeiter wieder eine einige deutsche Nation zu schmieden[6]. Und das ist das Ergebnis: Daß das deutsche Volk erwacht ist und wieder den Glauben findet an die eigene Kraft. Der 13. März[7] soll deshalb ein Markstein sein im Kampf um die neue Weltauffassung. Er soll zugleich die aus der Verfolgung des Systems retten, die nichts anderes wollen als die Größe unseres Vaterlandes.*

13 Jahre, so wie mein Gewissen es mir vorschrieb, habe ich gekämpft und so, wie Ihr Gewissen es Ihnen vorschreibt, erfüllen Sie am 13. März Ihre Pflicht. Der 13. März wird vergehen, der 14. März aber wird uns wieder im Kampfe finden. So oder so[8].

---

1 In der Festhalle, ab 22.30 Uhr. Vor Hitler sprachen MdR und Gauleiter Jakob Sprenger und MdR Göring, der bei dieser Gelegenheit behauptete, "Gott der Allmächtige" habe Hitler "als Flamme bestimmt". An dieser und den fünf weiteren Parallelversammlungen nahmen insgesamt laut *Frankfurter Zeitung* etwa 25.000 (*Höchster Kreisblatt*: 35.000, *VB*: 60.000) Personen teil, die jedoch über vier Stunden auf Hitler warten mußten, da dieser mittags noch in Weimar aufgetreten war und sich auf seiner Fahrt nach Frankfurt stark verspätet hatte. Im Anschluß an seine Rede sprach Hitler um Mitternacht noch kurz im *Hippodrom*.

2 Vgl. auch Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1932, "'Seine Unfehlbarkeit' in Frankfurt: Parade der Limousinen und der Schmerbäuche"; Frankfurter Nachrichten vom 7.3.1932, "Hitler und Goehring [*sic!*] sprechen in Frankfurt"; Frankfurter Zeitung vom 7.3.1932 (1. MA), "Hitler in Frankfurt"; Höchster Kreisblatt vom 7.3.1932, "Hitler in Frankfurt"; Volksstimme vom 7.3.1932, "Gottes Flamme - aber sie brennt trübe!".

3 Wilhelm Groener.

4 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.

5 Die Parole "Jagt sie weg, die 'Haufen der Interessenten!'" war im Reichstagswahlkampf 1930 zum populärsten Slogan der NSDAP geworden. Der Satz nahm Bezug auf eine Rede, die der Reichsminister der Finanzen Hermann Dietrich (DDP/DStP) am 18.7.1930 im Reichstag gehalten hatte und bei der er die Frage aufwarf, "ob wir Deutsche ein Haufen von Interessenten oder ein Staatsvolk sind". Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428, Berlin 1930, S. 6516 f.; Paul, Aufstand der Bilder, S. 90.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

7 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

7. März 1932 Dok. 39
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg[1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NL Streicher 126[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Als in den Novembertagen 1918 von der völkerbefreienden Sozialdemokratie im Verein mit dem Zentrum[3] das alte Reich überwunden wurde, da sollte eine große Zeit größerer Schönheit, größerer Blüte, eine Zeit der Würde, der Freiheit, des sozialen Glücks, des allgemeinen Emporstieges, aber auch eine Zeit der Völkerabrüstung, der Völkerversöhnung, der Völkerverständigung und des Weltfriedens ihren Anfang nehmen[4].

13 Jahre sind jetzt verflossen, und wir haben ein Recht dazu, die Frage aufzuwerfen, was nun von all den Versprechungen in Erfüllung gegangen ist. Ist Deutschland, das Deutschland des großen Kampfes, aber auch das Deutschland der Blüte von einst mit Recht gestürzt worden? Dann muß der Zustand von jetzt besser sein als der von einst. Ist der Zustand von heute aber keine Verbesserung, dann war der Sturz des alten Reiches ein Verbrechen und die Männer, die den Machthabern von früher zuriefen: Ihr seid verantwortlich!, können sich heute nicht beklagen, wenn wir nun ihre Verantwortlichkeit vor der Geschichte und vor unserem Volke auch feststellen wollen.

13 Jahre sind im Völkerleben keine lange Zeit, aber sie sind sehr lang, wenn sie einem System als Frist gewährt sind, um seine Erfolge zu zeigen, als Frist gegeben sind, sich durch seine Leistungen zu rechtfertigen. Wenn wir diese 13 Jahre aber nach den Erfolgen dieses Systems überprüfen wollen, dann sehen wir eine Katastrophenreihe, wie sie in der Geschichte nicht nur unseres Volkes, sondern wohl aller großen Völker der Erde einzig dastehend sind. Angefangen vom Tage der Revolution[5] bis in die Epoche der Unterjochung, der Versklavung, der Verträge[6], bis in die Zeit unserer Notverordnungen[7] sehen wir Fehlschlag um Fehlschlag, Zusam-

1 In der Festhalle im Luitpoldhain, von 22.00 bis 23.00 Uhr. An der überfüllten Versammlung nahmen etwa 20.000 (*VB*: 28.000) Personen teil. Vor Hitler sprachen Stadtrat und Organisationsleiter der Ortsgruppe Nürnberg der NSDAP, Willy Liebel, der Münchner Stadtrat Hermann Esser, MdR Göring sowie MdL und Gauleiter Julius Streicher.

2 Mit den inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit. Hrsg. von Heinz Preiß, Nürnberg 1939, S. 178-183. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text.
Vgl. auch 8-Uhr-Blatt vom 8.3.1932, "Hitler antwortet Groener in Nürnberg"; Fränkische Tagespost vom 8.3. 1932, "'So oder so'. Adolf hat wenig Hoffnung"; Fränkische Volkstribüne vom 8.3.1932, "Hochbetrieb in Nürnberg"; NS-Kurier vom 8.3.1932, "Nordbayern umjubelt Adolf Hitler"; Nürnberger Zeitung vom 8.3.1932, "Hitler spricht in Nürnberg"; VB vom 9.3.1932, "Der Tag von Nürnberg"; Illustrierter Beobachter vom 26.3. 1932, "Der Führer an vorderster Front!". Faksimilierter Abdruck eines Plakats: Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken, S. 179.

3 Zur Politik des Zentrums in der Endphase des Ersten Weltkriegs vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 7 und Dok. 32, Anm. 5.

5 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

6 Anspielung auf den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Vgl. Dok. 12, Anm. 30 und Dok. 11, Anm. 6.

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

menbruch um Zusammenbruch, Elend über Elend, Verzagtheit, Lethargie, Hoffnungslosigkeit, überall Meilensteine dieser Katastrophen.

Was ist nicht alles seitdem zu Boden gestürzt worden: ein großes Reich hat man zerbrochen, die Macht dieses Reiches gestürzt, seine Ehre unterhöhlt, sich selbst zum Schuldigen der Welt gegenüber gestempelt[8], Versklavungsedikte unterschrieben, Berufsstände vernichtet, der Bauernstand liegt heute am Boden[9], das Gewerbe bricht zusammen[10], Millionen haben ihre Spargroschen verloren[11], Millionen andere heute ihre letzte Arbeitsmöglichkeit[12].

Alles, was früher war, hat sich gewendet, alles, was früher groß schien, ist gestürzt worden, nur etwas ist uns erhalten geblieben: die Männer und die Parteien, die das Unglück verschuldet haben, sie sind auch heute noch da. Sie sind es, die jetzt, da die Nation sich anschickt, mit ihnen Abrechnung zu halten, die sie einst ungerechtfertigt mit dem alten Reich gehalten haben [*sic!*], sie sind es, die jetzt mit einem Taschenspielerkunststück versuchen, sich der Verantwortung zu entziehen und sich hinter dem Rücken eines Feldmarschalls[13] verstecken, den sie selbst einst auf das schmachvollste beschimpft hatten.

13 Jahre lang haben wir Nationalsozialisten dieses System bekämpft, haben seine Verbrechen festgestellt und die Folgen vorhergesagt. Ein Programm hat seitdem seinen Siegeszug durch Deutschland angetreten, und wenn heute ein Herr Reichsinnenminister[14] sagt: "Gebt doch Euer Programm bekannt[15]", dann kann ich ihm nur zur Antwort geben:

Verehrter Herr, Sie sind vermutlich der *einzige* in Deutschland, der dieses Programm nicht kennt, darum sind Sie auch der einzige, der keine Ahnung von unserem Programm hat. Verehrter Herr, wenn Sie der Meinung sind, daß dieses Programm noch zu wenig verkündet worden ist, Herr Reichsinnenminister, dann geben Sie mir den Rundfunk[16], so wie Sie ihn verwenden[17], und ich werde auf dem letzten Dorf dieses Programm zur Kenntnis bringen und da-

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 15.
9 Vgl. Dok. 22, Anm. 4-6.
10 Vgl. Dok. 32, Anm. 16.
11 Vgl. Dok. 29, Anm. 17.
12 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.
13 Paul von Hindenburg.
14 Wilhelm Groener.
15 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.
16 Die Richtlinien über die Regelung des Rundfunks vom 2.12.1926 legten fest, daß der Rundfunk im Deutschen Reich keiner Partei diene; sein gesamter Nachrichten- und Vortragdienst sei "streng überparteilich zu gestalten". In der Praxis wurde das Prinzip der Neutralität allerdings rasch durchbrochen, schon weil sich die parteipolitischen und staatlichen Funktionen der Politiker nicht immer auseinanderhalten ließen. Während in der Reichstagwahl von 1928 Wahlsendungen der Parteien grundsätzlich verboten waren, wurde 1930 allen Parteien - mit Ausnahme von KPD und NSDAP - die Möglichkeit gegeben, ihr Programm der Öffentlichkeit vorzustellen. Aufgrund der angespannten politischen und wirtschaftlichen Lage begann sich die Regierung Brüning seit Herbst 1930 der Möglichkeiten des Rundfunks verstärkt, manchmal sogar täglich zu bedienen. Vgl. Heinz Pohle, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955, S. 51 ff., 91 ff.; Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 267 ff., 386 ff.
17 Die Mitteldeutsche Rundfunk AG hatte es am 3.3.1932 mit Hinweis auf Artikel 2, Ziffer 2 der Genehmigungsurkunde für den deutschen Rundfunk abgelehnt, Hitlers Rede in Bad Blankenburg (Dok. 36) im Rundfunk zu übertragen. Vgl. Der Nationalsozialist vom 8.3.1932, "Der Partei-Rundfunk". Ferner Dok. 51.

mit als allerletztem Deutschen auch Ihnen selbst! Daß nur die Wilhelmstraße[18] von diesem Programm keine Ahnung besitzt, geht aus dem hervor, was ich in den letzten Wochen und Tagen in Deutschland erlebt und gesehen habe.

Das Bild, das Sie jetzt in dieser Halle vor sich sehen, wiederholt sich von Nord bis Süd, von Ost bis West,

ein Volk ist im Aufbruch begriffen

und fordert nunmehr Rechenschaft von denen, die es 13 Jahre gequält und mißhandelt haben, und nun versuchen die, die heute Rechenschaft ablegen sollen, sich plötzlich unkenntlich zu machen. Die völkerbefreiende, internationale, revolutionäre, antimilitaristische und antikapitalistische Sozialdemokratie versteckt sich nun hinter dem breiten Rücken des Generalfeldmarschalls von Hindenburg aus dem Weltkrieg[19].

Meine Freunde, es war vorher nicht bestimmt, daß ich in dem Kampf als Kandidat auftrete[20], allein in dem Augenblick, in dem die Sozialdemokratie und das Zentrum den Mann vor sich halten als Schild gegen uns, den sie selbst vor Jahren auf das furchtbarste besudelten, in dem Augenblick war es mir klar, daß ich aus eigenem Willen und eigenem Entschluß mich zum Führer der Gegenseite erhob und den Kampf gegen die Deckung suchenden Parteien nunmehr rücksichtslos aufnehme. Ich habe ein Recht dazu, ich habe einst nicht den Feldmarschall geschmäht, ich bin nicht der Fahne untreu geworden, ich habe nicht gefordert, daß er ausgeliefert werde[21], ich habe ihn nie verurteilt, nicht gerichtet als Reichspräsident[22]. Heute sehe ich vor mir den 85jährigen Greis und muß ihm zurufen:

---

18 Die vom preußischen König Friedrich Wilhelm I. angelegte Wilhelmstraße in Berlin entwickelte sich bereits im 18. Jahrhundert zu einer bevorzugten Wohngegend des Militär- und Beamtenadels sowie einiger preußischer Prinzen. Nach 1871, bzw. nach 1919 wurden viele Palais zum Sitz von obersten Reichsbehörden; so lagen damals das Bureau des Reichspräsidenten, die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt, das Reichsministerium der Finanzen, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie das Reichsverkehrsministerium in der Wilhelmstraße, aber auch das Preußische Staatsministerium, das Preußische Justizministerium sowie die amerikanische und britische Botschaft. Vgl. Laurenz Demps, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin ^{2}1996; Maximilian Müller-Jabusch (Hrsg.), Handbuch des Öffentlichen Lebens. Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, Leipzig 1929, S. 2 ff., 67 ff., 102 ff.

19 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

20 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

21 Auf der Grundlage von Artikel 227-230 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 - sie forderten die Auslieferung des abgedankten Kaisers Wilhelm II. sowie aller "wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagten" Deutschen - hatten die Alliierten am 3.2.1920 der Deutschen Friedensdelegation eine Auslieferungsliste übergeben, die 895 Namen enthielt, darunter auch den von Generalfeldmarschall von Hindenburg. Nachdem die Reichsregierung unter Reichskanzler Gustav Bauer (SPD) erklärte, daß eine Auslieferung undurchführbar sei, sie aber bereit wäre, alle deutschen Verstösse gegen die Kriegsgesetze vor dem Reichsgericht verhandeln zu lassen, gingen die Alliierten bereits am 17.2.1920 auf das deutsche Kompromißangebot ein. Eine revidierte Liste der Siegermächte vom 7.5.1920 enthielt nur noch die Namen von 46 deutschen Offizieren und Soldaten und verzichtete auf die Nennung "großer Namen", darunter auch Hindenburgs, um jeglichen Verdacht politischer Motivation auszuschließen. Von diesen übriggebliebenen Fällen wurden schließlich nur zehn vor dem Reichsgericht verhandelt, wobei fünf Freisprüche sowie vier und zwei zusätzliche Verurteilungen ausgesprochen wurden. Vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, passim. Druck: RGBl. 1919, S. 980 ff.

22 Vgl. Dok. 7, Anm. 18.

"Alter Mann, Du trägst die Zukunft Deutschlands nicht mehr auf Deinen Schultern, sondern wir müssen sie auf den unsrigen tragen, Du kannst keine Verantwortung mehr übernehmen für uns, wir, die Generation des Krieges, werden sie selbst übernehmen. Du ehrwürdiger alter Mann, Du kannst die heute nicht mehr decken, die wir vernichten wollen. Tritt daher beiseite und gib den Weg frei!"

Zentrum und Sozialdemokratie, Marxismus und bürgerliche Parteien haben Deutschland vernichtet, haben unser Volk zerstört, unsere Macht gebrochen und unsere Wirtschaft damit zur Verelendung gebracht. Wir haben demgegenüber heute den unerbittlichen Entschluß, dieses System des Zerfalls und der Zerrissenheit zu überwinden und niederzuringen und anstelle der Begriffe Proletariat, Bürgertum, Arbeiter, Bauer, Angestellter, Städter, Handwerker, Beamter, Hausbesitzer, Katholik, Protestant wieder einen anderen Begriff zu setzen[23]:

Deutschland und das deutsche Volk!

Wir haben ein Recht dazu. Während die anderen Deutschland zerrissen, sind wir nicht müßig gewesen, sondern haben in einem unendlichen Kampf, den Sie, Nürnberger, Gelegenheit hatten zu verfolgen[24], aus Nichts heraus eine neue Formierung des deutschen Volkes vorgenommen. Wenn heute Deutschland überhaupt mit Zuversicht in diese Wahl hineingehen kann, wenn heute Deutschland überhaupt hoffen darf, im Dienste unseres Volkes eine nationale Entscheidung herbeizuführen, dann ist das das Ergebnis - *unserer Arbeit.* Es ist für uns ein unendlicher Stolz und für mich ein grimmiger Stolz, heute zu erleben, daß es mir gelungen ist, die *antimilitaristische, vaterlandslose*[25]*, undeutsche Sozialdemokratie jetzt zu den Füßen des ehemaligen Generalfeldmarschalls des Weltkrieges niederzuzwingen!*

Hätte mich das Schicksal 10 Jahre früher geboren werden lassen, ich hätte vielleicht diese Partei schon im Kriege zu Füßen des Feldmarschalls und der deutschen Waffen gelegt und Deutschland wäre dann nicht besiegt worden. Heute kommt ihre Unterwerfung zu spät. Wir aber haben kein Verständnis für die sozialdemokratische Reue, kein Verständnis für die Reue

---

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

24 Unter Hitlers Führung begann die NSDAP schon früh parteiinterne Großveranstaltungen zu inszenieren; vom 27.-29.1.1923 hielt sie ihren ersten "Reichsparteitag" in München ab. Nach der Wiedergründung der NSDAP wurde diese Tradition fortgesetzt, zunächst am 3./4.7.1926 in Weimar, vom 19.-21.8.1927 erstmals in Nürnberg. Die groß aufgezogenen Spektakel, die sich zunehmend auf die Verehrung Hitlers konzentrierten, entwickelten sich in ihrer "Mischung aus Volksfest und religiöser Selbstdarstellung" (Paul, S. 202) zu Höhepunkten der frühen nationalsozialistischen Propaganda. Dabei bot sich Nürnberg zunächst weniger durch seine historische Tradition an, sondern vor allem durch seine Infrastruktur und das Entgegenkommen der dortigen Polizeidirektion. Die politischen Zusammenstösse, die den vierten Reichsparteitag (1.-4.8.1929) begleiteten und zwei Nationalsozialisten das Leben kosteten, sorgten jedoch dafür, daß der Nürnberger Stadtrat eine Fortsetzung der nationalsozialistischen Parteitage verweigerte, so daß dieses Ritual erst 1933 wiederaufgegriffen werden konnte. Vgl. Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg ^{2}1991, S. 9 ff.; Paul, Aufstand der Bilder, S. 199 ff. Ferner Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 463-484 sowie Bd. I, Dok. 144; Bd. II/1, Dok. 4-7, 123, 126; Bd. II/2, Dok. 161-168; Bd. III/2, Dok. 42, 45, 60-67; Bd. III/3, Dok. 24.

25 Die pejorative Bezeichnung "vaterlandslose Gesellen" für die Sozialdemokratie wird häufig dem deutschen Kaiser Wilhelm II. zugeschrieben, bezieht sich jedoch vermutlich auf einen Satz im 2. Kapitel *Proletarier und Kommunisten* des 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßten *Manifest der Kommunistischen Partei*: "Die Arbeiter haben kein Vaterland." Der Schriftsteller Adam Scharrer (1889-1948) machte die Wendung 1930 zum Titel eines Romans. Vgl. Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 479.

des Zentrums[26]; denn wir glauben nicht, daß diese Reue innere Gesinnung ist, sondern wir sehen in ihr die *schlotternde Angst vor der Abrechnung*, wir sehen in dieser Reue nur ein Zeichen des *eigenen Schuldbewußtseins*, das *sie* verfolgt.

Wenn wir heute uns aber anmaßen, als öffentliche Kläger aufzutreten, dann schuf unsere Arbeit, die wir geleistet haben, das Recht dazu. In einer Zeit, da die ganze Nation zerfällt, Vertrauen, Glauben und Zuversicht geschwunden sind, bauten wir aus den Besten unseres Volkes, aus Arbeitern und Bauern, aus Städtern und Angestellten, aus allen Berufsschichten eine *neue Front* auf, die vielleicht wirklich sagen darf:

Wir sind *Deutschland!*

In der Zeit gaben wir Millionen Menschen nicht nur ein Programm, Herr Reichsinnenminister, nein, in dieser Zeit gaben wir ihnen einen neuen Glauben, eine neue Zuversicht, ein neues Vertrauen, wir gaben ihnen ein Ziel für das sie bereit sind, sich wieder einzusetzen.

Aus dem Deutschland des Standesdünkels, der Klassenherrschaft, des Klassenwahns haben wir begonnen, wieder ein Deutschland der völkischen Gemeinschaft aller anständigen Menschen zu machen. Hunderttausenden und Millionen von Bürgern zogen wir die Vorurteile, den eigenen Standesdünkel aus dem Herzen und Gehirn heraus. Millionen von Arbeitern nahmen wir die Vorurteile des Klassenwahnsinns weg. Und wir sind stolz darauf, aus Millionen *international eingestellter Proletarier* von einst, *Millionen aufrichtig ehrliche Kämpfer des deutschen Volkes von jetzt* gemacht zu haben. Wir sind nicht Theoretiker, bloße Redner gewesen, wir haben die beste und gewaltigste Organisation, die Deutschland als nationalpolitisches Gut je besessen hat, aus nichts heraus geschaffen gegen alle Widerstände, die Menschen nur erdenken und ausüben können, und diese Front ist kein Schaumgebilde, sie wurde gehärtet durch Verfolgungen, Unterdrückungen, Verleumdungen, Lügen und Terror, durch Tod und Verwundung, durch Ausnahmegesetze, durch Rechtsbrüche nur um so inniger zusammengeschweißt.

Heute sind aus 7 Mann[27] von einst die Millionen[28] des erwachenden Deutschland[29] geworden. In der Erkenntnis, daß die Größe des Volkes auch sein Leben und seine Wirtschaft bestimmt, haben unzählige Deutsche ihr Augenmerk wieder auf diese Größe und die Voraussetzungen hierfür gerichtet, haben Verständnis gefunden und konnten sehen, wie im Zeitalter der Demokratie, des Internationalismus und des Pazifismus, da das andere Reich ohnmächtig wurde und zerbrach, wie im Deutschen Reich ein *neuer Staat* entstand. Ein Staat, der in sich größer und gefestigter ist als das Reich, das wir heute erobern wollen. In unserer Bewegung haben wir den Wahrheitsbeweis dafür angetreten, daß, wenn ein Volk unsere Gedanken verfolgt, es wachsen und groß werden muß, so wie unsere Bewegung mit diesem Gedanken von einer Handvoll Menschen zu dieser von allen Feinden Deutschlands am meisten gehaßten Millionenbewegung wurde. Ankläger, aber auch Propheten sind wir 13 Jahre lang gewesen. Von Epoche zu Epoche haben wir diesem System die Folgen seines Handelns vorhergesagt. Unsere Gegner sollen doch heute wiederholen, was sie dem Volke verkündeten beim Dawes-Pakt[30],

---

26 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.
27 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.
28 Vgl. Dok. 1, Anm. 3, 6, und 10. Zum damaligen Mitgliederstand der NSDAP vgl. ebenda, Anm. 2, 7 und 8.
29 Vgl. Dok. 1, Anm. 30.
30 Vgl. Dok. 12, Anm. 30.

beim Young-Plan[31], beim Vertrag von Locarno[32], bei den Notverordnungen, und was *wir* erklärten und was *ich* vorher sagte. Sie sollen das öffentlich anschlagen, sie können es aber nicht. Sie können nicht wagen, ihre eigene Unfähigkeit der Nation einzugestehen, sie können nicht wagen, ihre eigenen Behauptungen auch nur einmal zu wiederholen; demgegenüber darf ich mit Stolz feststellen:

Lügen und Verleumdungen sind eure einzigen Waffen gegen uns gewesen, Lügen und Verleumdungen eure einzige Verteidigung. Alles konntet ihr uns aus dieser Lüge vorwerfen, etwas aber nicht: daß wir auch nur einmal unseren Ideen, unseren Gedanken, unserer Überzeugung und unseren Behauptungen untreu geworden wären.

Diese gerade Linie unserer Entwicklung gibt uns nun heute das Recht, vor Sie hinzutreten und Sie aufzufordern, nachdem wir 13 Jahre Ankläger gewesen sind, nunmehr als Volk von Männern die Richter zu sein. Der 13. März [*1932*][33] entscheidet nicht über einen Präsidentenposten, er entscheidet darüber, ob das System des Novembers 1918 bis heute bleiben soll, oder ob es gerichtet und beurteilt und beseitigt werden soll. Sie und ich, wir haben Jahre lang gegen eine scheinbar unüberwindliche Übermacht gekämpft, ohne Rücksicht auf Popularität, auf Zustimmung oder Ablehnung oder Verfolgung unsere Weltanschauung vertreten. Wir haben sie vertreten in guten Tagen, aber auch im Gefängnis, in der Festung[34], als Getretene, Verachtete und Verfolgte, vertreten sie heute noch und werden sie nach diesem 13. März wieder vertreten.

Wir haben dabei nur einen einzigen Befehlsgeber gekannt, und das war unsere Einsicht, das war unser Gewissen. 13 Jahre lang haben wir diesem System gehorcht, und der Herr hat unsere Arbeit gesegnet. Nun erfüllen Sie das Gebot Ihres Gewissens, auf daß der Herr auch Deutschland wieder segnen möge.

Am 13. findet ein Tag des Gerichtes statt, am 14. beginnt wieder unsere Arbeit, denn notwendig ist, daß dieses System überwunden wird und notwendig ist, daß Deutschland wieder lebt.

Heil!

31 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.
32 Vgl. Dok. 29, Anm. 11.
33 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
34 Vgl. Dok. 29, Anm. 30.

8. März 1932 Dok. 40
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [1]

NS-Kurier vom 9.3.1932, "Die große Rede des Führers" [2].

Meine Volksgenossen und -genossinnen!

Was dem einen recht ist, muß für den anderen billig sein. Vor 13 Jahren hat das heutige System Abrechnung gehalten mit dem System der Vergangenheit. Vor 13 Jahren haben die Männer dieses Systems erklärt, daß das System des alten Deutschlands beseitigt, gestürzt, vernichtet werden müßte, weil es versagt habe [3]. Gut. Sie haben damals in einer schweren Stunde die Macht an sich gerissen, und es gelang ihnen, machtmäßig wirklich das alte Reich zu beseitigen und ihren Staat anstelle dieses alten Deutschlands zu setzen. Sie motivierten diese Handlung mit den zahllosen Gebrechen, mit den Fehlern, mit den Schwächen dieses alten Deutschland und erklärten, daß der Staat, der nun auf diese Stelle treten sollte, dem deutschen Volk ein größeres Glück, mehr Schönheit, Freude, Würde, mehr soziales Glück, mehr soziale Gerechtigkeit usw. bringen würde als das vergangene Reich [4].

Gewiß, wer will das nicht einsehen, auch dieses alte Deutschland hat seine Fehler und seine Gebrechen gehabt. Aber immerhin war es ein Staat, der 70 Millionen Menschen [5], wenn auch vielleicht kein überflüssiges, aber immerhin auslangendes Brot gegeben hat [*sic!*], ein Staat, der für 70 Millionen Menschen Beschäftigung, Arbeit, Leben, Brot herbeischaffen konnte [6],

1 In der Stadthalle, nach 22.30 Uhr. An der vollkommen überfüllten Versammlung, die um ca. 20.00 Uhr von MdR und Gauleiter Wilhelm Murr eröffnet wurde, nahmen laut Polizeibericht 19.000 (*NS-Kurier*: 25.000) Personen teil, für die außerhalb der Stadthalle ein weiteres Versammlungszelt aufgeschlagen worden war. Da sich Hitler auf seiner Fahrt von Nürnberg nach Stuttgart wegen einer Autopanne in Ansbach stark verspätete und zunächst einen Aufmarsch von 2.000 württembergischen SA-Männern im Wullesaal abnahm, wurde die Wartezeit durch Reden vom Führer der SA-Gruppe Südwest, SA-Gruppenführer Dietrich von Jagow, und MdR Göring überbrückt. Dem *NS-Kurier* zufolge nahmen etwa 100 Vertreter der in- und ausländischen Presse an der Veranstaltung teil.

2 Vgl. auch NS-Kurier vom 8.3.1932, "Der Führer spricht..."; vom 9.3.1932, "Württemberg wählt Adolf Hitler"; Stuttgarter Neues Tagblatt vom 9.3.1932, "Hitler in der Stadthalle"; Schwäbischer Merkur vom 10.3. 1932, "Adolf Hitler in Stuttgart"; VB vom 10.3.1932, "25.000 in Stuttgart" sowie PND-Bericht W. 3 der Polizeidirektion Stuttgart vom 13.5.1932; StA Bremen, 4,65/1761/301. Bild in: Illustrierter Beobachter vom 26.3.1932, "Der Führer an vorderster Front" sowie VB vom 12.3.1932.

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 7.

4 Vgl. Dok. 32, Anm. 5.

5 Die Bevölkerung des Deutschen Reichs betrug 1871: 40.997.000, 1900: 56.046.000, 1914: 67.790.000 und 1919: 62.897.000 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 7.

6 Statistische Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Kaiserreich liegen - mit Ausnahme des Jahres 1895 - nicht vor. Bei dieser Zählung wurden am 14.6.1895 im Deutschen Reich 179.004, am 2.12.1895 553.640 unfreiwillig Unbeschäftigte ermittelt, was bei einer Gesamtzahl von ca. 16 Millionen Arbeitnehmern einer Quote von 1,11% bzw. 3,40% entsprach. Unabhängig von den saisonalen Schwankungen, der Zugehörigkeit zu einzelnen Branchen oder konjunkturellen Einbrüchen wie die der Jahre 1873-1879, 1891/92 und 1908/09 dürfte damals die "Vollbeschäftigung" den Arbeitsmarkt geprägt haben. Neueren Berechnungen zufolge dürfte die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich zwischen 1889 und 1913 durchschnittlich 2,4% betragen haben. Vgl. Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 241 ff.

ein Staat, der dabei angesehen und mächtig war, nicht nur in seiner Staatsautorität im Innern, nein, auch als Repräsentation des deutschen Volkes nach außen, ein Staat, der sich rühmen konnte, eine vorbildliche, gute technische, jeder Korruption gegenüber erhabene Verwaltung zu besitzen, die sparsamste Verwaltung, unverständlich sparsam, wenn man sie mit dem vergleicht, was später an dessen Stelle getreten ist, ein Staat weiter, der jeden einzelnen nicht nur mit Stolz erfüllen konnte, sondern der auch jeden einzelnen in seinen Rechtsansprüchen der Welt gegenüber zu vertreten vermochte, ein Staat, der dem deutschen Volk Jahrzehnte hindurch nicht nur einen Frieden in der Gestalt, was man heute mit dem Wort Frieden bezeichnet, sicherte, sondern der dem deutschen Volk das Recht zum Leben aufrechterhalten konnte und der dem deutschen Volk nicht nur dieses Recht als eine fiktive Sache bescherte, sondern als eine reale Tatsache sicherte, ein Staat, der überhaupt die Kraft besaß, wenn notwendig für dieses Lebensrecht einzutreten, der hinter sich eine gewaltige, gigantische Organisation lebendiger Volkskraft in seinem Heer sein eigen nannte, ein Staat, der es dem Deutschen möglich machte, in der ganzen anderen Welt mit Stolz sich als Deutscher zu bekennen. Gewiß, sie haben uns damals nicht überall geliebt, aber was heißt denn im Völkerleben: von seinen Gegnern geliebt werden? *Deutschland war geachtet,* vielleicht gefürchtet, das zeigte ja auch, daß dieser Staat 4 ½ Jahre lang der Welt gegenüber eine Existenz vertreten, aufrechterhalten und verteidigen konnte[7]. Gewiß, man wird sagen, Fehler sind da und dort gemacht worden[8], aber sehen wir nur einmal alles ingesamt, so müssen wir wohl zugeben, es war ein Reich, das einen Grund hatte, von seinen Bürgern geschätzt, ja geliebt zu werden. Natürlich sind im Laufe des Krieges schwere Nöte gekommen[9], und eines Tages, da hat vielleicht die Armee nicht mehr so gesiegt, wie der Stammtischpolitiker das gerne hätte sehen mögen, und man hat darüber hinaus dieses alte Reich nun gestürzt. Es hat einige Monate lang vielleicht nicht das Allerletzte erfüllt, was Unvernunft damals glaubte fordern zu können, und schon sind die Machthaber von heute als die Ankläger und als die Richter aufgetreten und haben dieses alte Reich gestürzt.

Bilanz über 13 Jahre Demokratie

Nun sind 13 Jahre vergangen, eine kurze Frist im Völkerleben, aber *eine sehr lange Zeit*, wenn ein System diese Frist zu seiner Bewährung sich erbittet, eine lange Zeit, in der eine Regierung, ein Regierungssystem, eine Verfassung beweisen müssen, ob sie wirklich gut sind oder nicht gut sind. Will man 100 Jahre oder 200 Jahre warten, bis unsere Kinder auch 80 Jahre alt sind [*sic!*], um dann vielleicht einmal die Frage zu erheben: Habt ihr gut regiert oder habt ihr nicht gut regiert, war dieses System richtig oder war es nicht richtig?

Nein, die Richter, die einst das alte Deutschland nach wenigen Monaten, ja nach Wochen Fehlschlägen an den Fronten verurteilten, die haben kein Recht, heute plötzlich zu verlangen, daß man sie selbst nicht auch nunmehr auf die Waage legt und prüft, was sie eigentlich geleistet haben.

---

7 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

8 Zu Hitlers durchaus kritischer Rezeption der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Deutschen Reich vor 1914 vgl. etwa seine Ausführungen in seinem im Sommer 1928 entstandenen Manuskript. Druck: Bd. II A, S. 36 ff.

9 Vgl. Dok. 36, Anm. 5.

Wenn heute ein Herr Reichsinnenminister aufsteht und sagt: "Herr Hitler, warum verkünden Sie der Öffentlichkeit nicht Ihr Programm[10]?" dann muß ich sagen: *"Wo waren Sie denn die 13 Jahre?"* (Stürmischer Beifall.) Millionen Menschen haben dieses Programm kennengelernt, Millionen sind belehrt worden und haben sich dem Programm ergeben, bildeten diese Realität, die sie heute als die nationalsozialistische Bewegung vor sich sehen, nur *ein* Mann, ausgerechnet der Reichsinnenminister, hat keine Vorstellung von dem, was wir wollen.

Es ist aber jetzt auch gar nicht mehr notwendig (Rufe: Sehr richtig! und lebhafter Beifall), denn am 13. März [*1932*][11], Herr Minister Groener, wird nicht über mein Programm zu Gericht gesessen, sondern über Ihr Programm! (Lebhafter Beifall.)

Nicht darüber wird entschieden, ob wir ein richtiges Programm haben, sondern ob ihr System richtig regiert hat und dem deutschen Volk das brachte, was es hätte bringen müssen, um die Meineidstat des November 1918 zu rechtfertigen. (Stürmischer Beifall.)

2 Tatsachen ...

Und da möchte ich denn zwei Tatsachen feststellen. Das System hat einst Behauptungen aufgestellt, die darin gipfelten, daß es alles besser machen würde als in der Vergangenheit, und *wir* haben auch Behauptungen aufgestellt, nämlich die, daß dieses System mit seinen Ideen, seinen Gedanken, seiner Weltauffassung, nicht nur nichts bessern werde, sondern daß es Deutschland *dem Ruin entgegenführen* wird, und es ist jetzt zu prüfen, wer nun Recht behalten hat, das System mit seiner Behauptung vom November 1918 oder wir mit unseren, das System mit seiner Behauptung über den neuen Staat, die segensreichen Folgen der neuen Verfassung, die segensreichen Folgen ihres Parlamentarismus, die segensreichen Folgen ihrer Demokratie, ihres Internationalismus, ihrer Weltversöhnungspolitik, Weltverständigungspolitik, ihrer Erfüllungspolitik[12], ihrer sozialen Politik usw., und ob alle diese Zusicherungen, Versprechungen, Erwartungen, Hoffnungen denn wirklich erfüllt worden sind oder ob nicht wir recht hatten, die wir in jedem solchen Fall genau prophezeiten, was die Folgen ihres Handelns sein müßten. Denn wenn heute meine politischen Gegner es so hinstellten, als ob die nationalsozialistische Bewegung nur so *ein Zufallsprodukt* wäre, hauptsächlich dadurch entstanden, daß keine Köpfe ihre Führer sind[13], dann muß ich Ihnen schon zur Antwort geben: *Wie beschämend für die politischen Ergebnisse unserer Gegner, wenn Kopflosigkeit eine solche Bewegung hervorruft!* Weshalb ist es denn den "Köpfen" nicht gelungen, wenigstens das zu behalten, was sie schon alles besaßen? Nein, das Volk hat jetzt bereits 13 Jahre selbst die Behauptungen gegenseitig abgewogen und mitgeprüft, das Volk hat selbst schon 13 Jahre mit gesteigerter Intensität die Behauptungen der einen Seite verglichen mit den Voraussagen der anderen, und dem verdanken wir's, daß heute in Deutschland eine große Millionenpartei entstanden ist, eine Millionenbewegung, die sich jetzt anschickt, die Konsequenzen ihrer Einsicht zu ziehen.

---

10 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.
11 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
12 Vgl. Dok. 29, Anm. 8.
13 Vgl. z. B. Dok. 36, Anm. 46.

...und ihre Konsequenzen

Die Konsequenzen aber sind ungefähr folgende: Deutschland empfindet heute die Katastrophe, weil sie nun wirtschaftlich langsam in Erscheinung zu treten beginnt. Deutschland sieht jetzt, daß die Regierungsprinzipien, die Gedankengänge *falsch gewesen* sein müssen, weil das wirtschaftliche Ergebnis *katastrophal* ist. Allein in diesem Deutschland beginnen auch Millionen schon einzusehen, daß die Wirtschaftskatastrophe [14] selbst *nur eine Folgeerscheinung* ist. Deutschland hatte ja einst eine blühende Wirtschaft, nicht weil nur wirtschaftlich richtiger gedacht wurde als heute, nein, über und vor der Wirtschaft stand noch eine deutsche Macht, stand eine deutsche Kraft, stand ein deutscher Wille, stand ein deutsches Volk, und die Novemberrevolte [15] hat die deutsche Macht zertrümmert [16], hat das deutsche Volk gebrochen, den deutschen Willen beseitigt, die Volksgemeinschaft aufgelöst, und im Sturz der politischen Kraft sah man nun auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen sinken. Es hat sich in unserem Volk in ganz großen Zügen wiederholt, was wir in der ganzen Weltgeschichte immer noch sahen:

Die wirtschaftliche Blüte ist auf die Dauer nur denkbar, wenn über dem Kaufmann, über dem Handwerker, über dem Handelsmann, über dem Arbeiter die geballte Kraft einer Nation steht.

Wenn sie zerbricht, bleibt die Wirtschaft nicht allein übrig, sondern sie folgt dem Verlust der staatspolitischen Macht immer noch ins Grab nach. Das ist das, was heute Millionen Menschen immer schärfer verständlich und klar wird. Wir verlieren unsere wirtschaftliche Stellung, müssen sie verlieren in eben dem Maß, in dem ein wirtschaftlich von der Welt abhängiges Volk politisch in der Welt nichts mehr zu sagen hat. (Rufe: Sehr richtig!) Die politische Stellung aber verliert man nicht deshalb, weil der eine oder andere Diplomat fehlerhaft, schlecht handelt, sondern man verliert sie, wenn hinter die politisch-diplomatische Vertretung keine Kraft mehr gesetzt werden kann. Entscheidend ist das Volk in seiner inneren Konstitution, das ist die Voraussetzung für jegliche Krafteinschätzung und damit auch Kraftanerkennung.

Ein Volk wurde zugrunde gerichtet

Wenn wir nun aber *die Prinzipien des Systems* das seit dem November 1918 regiert, von dem Gesichtspunkt aus überprüfen, dann müssen wir sagen:

Internationalismus, Demokratie und Pazifismus sind die sichersten Rezepte, um jedes Volk zugrunde zu richten. (Lebhafter Beifall.) Im Kleinen genauso wie im Großen. Und wenn ein Volk einen Zusammenbruch erlebt, wie das deutsche, und sieht, daß alle Fähigkeit, aller Fleiß, alle Sparsamkeit, Genügsamkeit nichts nützen und am Ende doch nur zum Untergang führen, dann liegt der Fehler in der Gesamtorganisation des nationalen Lebens, in den Gedanken, die diese Organisation beseelen, in den Gebrechen der Weltanschauung, die das Volk beherrschen, und wenn man eine solch zusammengebrochene Nation wieder erheben will, dann muß man ihr wieder *eine gesunde innere Verfassung* geben. (Rufe: Sehr richtig!) Gib einem Volke die innere Kraft, d. h. die Kraft, die in der Richtigkeit der organisatorischen und weltanschaulichen Grundlagen ihre Wurzel haben muß, und du gibst einem solchen Volk dadurch wieder

14 Vgl. Dok. 3, Anm. 4, ferner Dok. 32, Anm. 14.
15 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
16 Zum Ultimatum Ludendorffs vom 28.9.1918, den Krieg wegen der sich abzeichnenden militärischen Katastrophe unverzüglich zu beenden, vgl. Dok. 4, Anm. 8.

die Lebensmöglichkeit - auch der Wirtschaft. Denn glauben Sie nur nicht, daß es eine blühende nationale Wirtschaft überhaupt geben kann, wenn ein Volk keine Nation mehr sein will. (Rufe: Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) Das ist aber das Vernichtendste dieses Systems, daß es in 13 Jahren gelang, eine Nation aufzulösen in ihre wirtschaftlichen Bestandteile, in ihre konfessionellen Bestandteile, in ihre weltanschaulichen Richtungen.

Was haben Sie heute vor sich? Bürger, Proletarier, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausbesitzer, Mieter, Bauern, Städter, Katholiken, Protestanten. Ja, glauben Sie, wenn das deutsche Volk den Weg der 13 Jahre weitergeht, glauben Sie, daß aus dem heraus plötzlich sich noch einmal eine Zusammenballung nationaler Energie oder Kraft ergeben kann? *Nein,* wenn es nicht möglich wird, all diese Differenzen irgendwie zu überwinden und anstelle dieser Bürger und Arbeiter, Proletarier, anstelle dieser Katholiken und Protestanten, Hausbesitzer und Nichthausbesitzer, Ingenieure, Techniker, Beamten und Angestellten wieder *eine deutsche Nation* hinzusetzen, wird niemals mehr ein Aufstieg Deutschlands kommen[17]. Und das haben wir 13 Jahre lang vorher prophezeit und Sie sehen ja, wie die Gebilde dieses Systems in sich selbst immer mehr sich zerspalten und langsam auflösen[18].

9. März 1932 Dok. 41
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köln[1]

Kölnische Zeitung vom 10.3.1932 (AA), "Hitler in Köln"[2].

Nachdem sich der Begrüßungsbeifall gelegt hatte, sagte Hitler u. a., daß das heutige *System* zum letzten entscheidenden Kampf herausgefordert werde. Das alte Deutsche Reich hätte gewiß seine Fehler gehabt, aber im großen gesehen, wäre das damalige Deutschland ein Vorbild

17 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

18 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Im Anschluß an seinen Auftritt in Stuttgart fuhr Hitler mit seinem Stab nach Heidelberg, um im Hotel *Europäischer Hof* zu übernachten. Die *Heidelberger Neuesten Nachrichten* berichten, daß sich vor dem Hotel "im Lauf des Vormittags viele Hunderte" versammelten, "die Hitler sehen wollten. Adolf Hitler hatte längere Besprechungen mit hiesigen Parteiangehörigen und seiner Begleitung. Als er das Hotel verließ und in den Wagen stieg, der mit Blumen geschmückt war, wurde er von den Wartenden mit Heilrufen begrüßt, und diese Begrüßung setzte sich zum Teil bei der Weiterfahrt durch die Stadt fort, wenn die Wagen erkannt wurden." Vgl. Heidelberger Neueste Nachrichten vom 10.3.1932, "Reichspräsidentenkandidaten in Heidelberg". Ferner Heidelberger Beobachter vom 10.3.1932, "Unser Führer in Heidelberg"; Heidelberger Tageblatt vom 10.3.1932, "Zwei Reichspräsidentschaftskandidaten im 'Europäischen Hof'".

1 Auf dem Messegelände, nach 22.00 Uhr. Die Westhalle, in der Hitler seine Ansprache hielt, war durch Lautsprecheranlagen mit neun weiteren Hallen verbunden, die den Zeitungsberichten zufolge ebenfalls voll besetzt waren. Die Versammlung, an der nach Schätzungen der Polizei über 35.000 (*Westdeutscher Beobachter*: 70.000) Personen teilnahmen, wurde kurz nach 20.00 Uhr von MdL und Gauleiter Josef Grohé mit einer kurzen Ansprache eröffnet, dann sprachen MdR Göring sowie General a. D. Karl Litzmann.

2 Vgl. auch Kölner Tageblatt vom 10.3.1932, "Hitler in der Messehalle"; Rheinische Zeitung vom 10.3.1932, "Für 100 Mark konnte man Adolf sehen: Der Hochstapler in der Messe"; Stadt-Anzeiger für Köln und Umge-

für alle andern Staaten, die erste Macht in der Welt gewesen[3]. Die Kritiker von damals hätten das ganze System verurteilt und es mit einem Schlag als Verbrechen und Schande hingestellt. Man habe Gewaltiges versprochen, aber was hätte sich in dem neuen deutschen Staat gezeigt? Die *letzten dreizehn Jahre* hätten eine Entwicklung gebracht, die konsequent nach abwärts führte. Die Politik der letzten dreizehn Jahre wäre eine *einzige Reihe von Katastrophen* gewesen. Stand um Stand und Beruf um Beruf wären langsam in Deutschland zerbrochen. Die Wirtschaft wäre zerstört[4] und über sechs Millionen hätten keine Arbeit[5]. Was die System-Parteien zerstören konnten, hätten sie zerstört. Nur die *fluchbeladenen Männer und Parteien,* die dies verschuldet hätten, seien uns erhalten geblieben. Aber welche Metamorphose hätten Zentrum und Sozialdemokratie erlebt? Sie seien nicht besser, sondern charakterloser geworden. Die Sozialdemokratie, die nicht müde geworden wäre, den Militarismus zu beschimpfen[6], sei jetzt glücklich, daß ein Repräsentant des Militarismus[7] gnädig ihr Schutzherr geworden wäre[8]. Mit erhobener Stimme sagte Hitler dann: "Es ist der Erfolg meiner dreizehnjährigen Arbeit, daß die *Sozialdemokratie heute winselnd zu den Füßen des Feldmarschalls* liegt. Ich hatte nicht die Absicht, so fuhr Hitler fort, als Kandidat in diesem Präsidentenkampf aufzutreten. Im Augenblick aber, wo Sozialdemokratie und Zentrum den Feldmarschall als ihren Wortführer herausstellten, bin ich der *Wortführer der andern* Seite geworden[9]. Ich lasse mir nicht durch Taschenspielerkunststückchen die Entscheidung aus der Hand nehmen." Im weiteren Verlauf der Rede sagte Hitler dann, was er auch schon in andern Versammlungen vorgebracht hat: "Ehrwürdiger *alter Mann,* du mußt *beiseitetreten,* damit wir die, die hinter dir stehen, vernichten können!" Die Sozialdemokratie, so sagte Hitler weiter, kenne ihn heute, und sie werde ihn noch mehr kennenlernen. Er sei *stolz* darauf, der *meistgehaßte Mann* für die Sozialdemokratie zu sein[10]. Er hätte die größte nationalpolitische Organisation in Deutschland aufgestellt[11]. Wenn der Reichsminister des Innern *Groener* demgegenüber frage, was er denn für ein *Programm* habe[12], so sei das *belanglos.* Er müßte demgegenüber sagen: *Nicht wir* haben heute Rechnung abzulegen, *sondern Sie.* Nicht wir brauchen heute zu sagen, was wir für ein Programm haben, sondern ihr habt zu sagen, was ihr für ein Programm hattet. Er sei heute der öffentliche Ankläger, und am 13. März [*1932*] [13] sei Gerichtstag über das System. Hitler schloß mit den Worten: "Am 13. März ist Abstimmungstag. Am 14. März wird *so oder so unser Tag eintreten."*

Die Versammlung antwortete auf die Rede Hitlers mit lebhaftem Beifall. Der Gesang des Deutschlandliedes schloß die Kundgebung ab.

---

bung vom 10.3.1932 (AA), "Der Wahlkampf"; VB vom 11.3.1932, "Adolf Hitlers Siegeszug: Von der Bergstraße bis nach Köln"; Westdeutscher Beobachter vom 17.3.1932, "Kölns gewaltigstes vaterländisches Ereignis seit Kriegsausbruch: Die Hitler-Versammlung der Siebzigtausend!". Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 09904).

3 Vgl. Dok. 40, Anm. 8.
4 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.
5 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.
6 Vgl. Dok. 35, Anm. 9.
7 Paul von Hindenburg.
8 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.
9 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.
10 Zur sozialdemokratischen Rezeption Hitlers und der NSDAP vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 23 ff.
11 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10 sowie Dok. 19, Anm. 6 und 12.
12 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.
13 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

10. März 1932 Dok. 42
Schreiben an die braunschweigische Gesandtschaft in Berlin

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/6.

Hiermit bitte ich, mir weiterhin Urlaub[1] bis zur Beendigung des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl[2] gewähren zu wollen[3].

München, den 10.3.[*19*]32

Hochachtungsvoll

Adolf Hitler

10. März 1932 Dok. 43
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dortmund[1]

National Zeitung vom 11.3.1932, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet"[2].

Heute nach 13 Jahren können wir den Maßstab der Prüfungen anlegen an die Versprechungen. Noch niemandem ist eine so lange Bewährungsfrist erteilt worden wie diesem System, das Deutschland immer nur weiter nach unten geführt hat. Nur der grenzenlosen Zähigkeit des deutschen Lebenswillens und dem Selbsterhaltungstrieb ist es zuzuschreiben, daß es überhaupt

---

1 Vgl. Dok. 28.

2 Der Reichstag stimmte am 26.2.1932 dem Vorschlag der Reichsregierung zu, einen etwaigen zweiten Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten auf den 10.4.1932 festzulegen. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Stenographische Berichte, Berlin 1932, S. 2244 ff., 2434. Druck der Zweiten Verordnung zur Wahl des Reichspräsidenten vom 19.3.1932: RGBl. 1932, I, S. 153.

3 Mit Schreiben Nr. 7778 vom 16.3.1932 erteilte der braunschweigische Gesandte Boden Hitler "gern den erbetenen weiteren Urlaub bis zur Beendigung des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl"; BA, NS 26/6.

1 In der Westfalenhalle, nach 21.45 Uhr. Vor Hitler sprachen MdR und Ortsgruppenleiter Emil Stürtz, MdR und Gauleiter Josef Wagner und MdR Göring. An der Versammlung nahmen laut *Dortmunder Zeitung* etwa 18.000 (*VB*: 30.000) Personen teil, darunter 4.600 SA- und SS-Männer sowie 800 Hitler-Jungen. Die *Dortmunder Zeitung* berichtet, daß auf den Plätzen vor der Halle "einige tausend Automobile" geparkt gewesen seien, "davon etwa 200 aus Holland".
Über die Pause zwischen der Rede Görings und Hitlers berichtet der *General Anzeiger*: "Eine sehr lange Pause folgte, die aber durch einen interessanten Zwischenfall unterbrochen wurde. Zwei ganz gewöhnliche Zeitgenossen marschierten unvermutet durch die Pforte herein, durch die der Oberosaf [*Hitler*] kommen sollte, und *tosender Beifall* empfing und begleitete sie auf ihrem Weg durch das Spalier. Erst allmählich ebbte der Beifallssturm ab, als man den Irrtum erkannte: Ein nichtssagender Zwischenfall? Vielleicht, aber doch bedeutungsvoll genug für die Urteilslosigkeit, mit der diese Massen jeder Attrappe Beifall spenden, auch wenn es nur ein Blitzphotograph ist."

2 Vgl. auch Dortmunder Zeitung vom 11.3.1932, "Hitler in Dortmund"; General Anzeiger vom 11.3.1932, "Der Oberosaf und sein Adjutant. Der Herr Regierungsrat in der Westfalenhalle" und "Adolf Hitler in Dortmund"; Tre-

noch ein Deutschland gibt, und die Personen und Beamten, die das verschuldet haben, wagen es, vor das Volk zu treten und Vertrauen zu fordern und am Ende gar eine Bestätigung.

Und da erleben wir es, daß die Parteien, die einst nicht müde geworden waren, den Generalfeldmarschall des Weltkrieges zu schmähen[3], daß sie heute glücklich sind, sich von diesem Generalfeldmarschall noch einmal decken zu lassen. Es ist für mich ein Stolz, daß dank meiner Arbeit heute, 13 Jahre nach dem Weltkrieg, die pazifistische, internationale, antimilitaristische, antikapitalistische Sozialdemokratie zu Füßen des Generalfeldmarschalls liegt[4].

Was hätte sie wohl gesagt, diese stolze Sozialdemokratie, wenn ich ihr vor sieben Jahren gesagt hätte: "In sieben Jahren wird er Euer Kandidat sein." Ich kann nur ein einziges bedauern, daß mich das Schicksal nicht schon 10 Jahre früher geboren werden ließ und daß es mich nicht schon 10 Jahre früher in die politische Arena geschickt hat.

Denn stellen Sie sich vor, was wäre aus Deutschland geworden, wenn ich 10 Jahre früher gelebt und gekämpft hätte und die Sozialdemokratie schon im Jahre 1917 oder 1918 so zu Füßen des Generalfeldmarschalls gezwungen hätte, wie das heute der Fall ist[5].

Freilich, warum sie es heute tun will, ist uns klar: Heute muß sie antreten, um Rechenschaft abzulegen. Sie kann keine Rechenschaft ablegen, sie kann heute nicht einmal mehr einen Mann ihrer Partei mir gegenüberstellen. (Beifall.) Wenn sie heute überhaupt noch bestehen will, dann muß sie in die alte Armee[6] hinein und dort eine Anleihe machen. Gegen einen Herrn Grzesinski oder Braun[7] oder Severing hätte jeder Nationalsozialist den Kampf aufnehmen können[8].

---

monia vom 11.3.1932, "Fanatismus!"; Westfälische Allgemeine Volkszeitung vom 11.3.1932, "ER hat gesprochen"; Le Matin vom 12.3.1932, "La grandiloquence à Dortmund du chef nazi"; VB vom 12.3.1932, "Das junge Deutschland wird Sieger sein!".

3 Vgl. z. B. Dok. 7, Anm. 18.

4 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

5 Vgl. auch den Bericht der *Tremonia*: "Wenn er dann bedauert, daß das Schicksal ihn *nicht schon zehn Jahre früher geboren* hat, um ihn in die politische Arena zu schicken, so muß man schon sagen, daß um diese Zeit wirklich noch kein Platz für einen Regierungsrat Adolf Hitler gewesen wäre."

6 Gemeint ist die deutsche Armee vor 1914.

7 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1921-1933 MdL in Preußen, November 1918 bis April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Februar 1925, April 1925 bis Februar 1933 preußischer Ministerpräsident, 1933 Emigration.

8 Innerhalb der SPD galt Braun als einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten, für das er bereits im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925 kandidiert hatte. Angesichts der bestehenden Machtverhältnisse gehörte Braun damals jedoch zu denjenigen sozialdemokratischen Politikern, die sich am entschiedensten für eine Wiederwahl Hindenburgs engagierten. Der *Vorwärts* veröffentlichte am 10.3.1932 ein Manifest Brauns, in dem er noch einmal, wie damals kaum jemand in der SPD, dezidiert und positiv für den amtierenden Reichspräsidenten Stellung nahm: "Ich wähle Hindenburg und appelliere an die Millionen Wähler, die vor sieben Jahren für mich gestimmt und an alle, die darüber hinaus mir und meiner Politik Vertrauen entgegenbringen: Tut desgleichen, schlagt Hitler, wählt Hindenburg!" Vgl. Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1977, S. 717 ff.
Eine Kandidatur Severings oder Grzesinskis wurde damals in der SPD nicht ernsthaft erwogen. Allerdings überlegten Severing und der Ministerialdirektor im preußischen Finanzministerium, Arnold Brecht, kurze Zeit, ob sich mit dem bekannten Zeppelinfahrer und -ingenieur Hugo Eckener nicht ein angesehener, demokratisch wie national ausgewiesener Kompromißkandidat präsentieren ließe. Vgl. Thomas Alexander, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992, S. 189 f.

Sie können sich unsere Verblüffung vorstellen, daß das System, das den Generalfeldmarschall einst so bekämpft hat, ihn jetzt plötzlich selbst als Kandidaten wünscht und da war eins klar:

Wenn Sozialdemokratie und Zentrum[9] den Feldmarschall heute aufstellen in der Hoffnung, sich damit zu retten, dann bin ich der Führer der Gegenseite[10]! (Stürm[*ischer*] Beifall.) Und da ist es selbstverständlich, daß ich den Kampf aufnehme. Ich kann das tun. Ich habe als gewöhnlicher Soldat treu und gehorsam wie Millionen andere meine Pflicht getan[11].

Dann aber, als diese anderen das alte Reich stürzten und ihre phantastischen Zusicherungen an dessen Stelle setzten, da habe ich mich abgewandt und begann eine kleine Partei auf sieben Mann aufzubauen[12]. Heute allerdings muß ich sagen:

Ehrwürdiger alter Mann! Es tut mir leid, aber ich kann nicht zugeben, daß Du hinter Deinem Rücken diejenigen hast, die uns vernichten wollen. Wir sind die deutsche Jugend[13]. Du kannst keine Verantwortung mehr übernehmen für die Jahrzehnte, die wir einmal zu büßen oder zu leben haben. Wir dulden deshalb nicht, daß sich diese Parteien hinter Dich stellen, sondern wir nehmen den Kampf auf, unerbittlich und entschlossen und sind überzeugt davon, daß in diesem Kampf das junge Deutschland Sieger sein wird! (Beifall.)

Mein Programm lautet:

Erst gesundet dein Volk und dann wird in einem gesunden Volk auch eine gesunde Wirtschaft bestehen können. Das, was ich in den letzten Tagen jetzt überall erlebt habe, das ist *die deutsche Nation,* die in einer Erhebung begriffen ist.

Gebt mir den Rundfunk[14], wenn ihr glaubt, mein Programm sei noch zu wenig bekannt[15]. (Gewaltiger Beifall.) Von der Angst, daß es zu wenig wissen, glaubte ich meine Gegner nicht befangen. Jetzt habe ich gar die Empfindung, daß man es gern sehen würde, wenn nur wenige Menschen diese Gedanken in sich aufgenommen hätten.

Man wandte *Auslandsstimmen gegen meine Kandidatur ein*[16]. Polen wende sich gegen meine Kandidatur. Frankreich wende sich dagegen. Ja, ich bin stolz darauf, daß sie sich dagegen wenden! Ich weiß nicht, ob nicht Frankreich oder Polen, ob sie eine Kandidatur Bismarcks begrüßt haben würden.

---

9 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.
10 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.
11 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.
12 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.
13 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.
14 Vgl. Dok. 39, Anm. 16.
15 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.
16 Reichskanzler Brüning hatte tags zuvor in der Westfalenhalle für die Wiederwahl Hindenburgs gesprochen und dabei u. a. ausgeführt: "Wenn augenblicklich Stimmung gemacht wird, als ob die ganze Welt auf die Wahl Hitlers warte, so kann man nichts anderes, als über solche Behauptungen etwas mitleidig lächeln. Eine Empfehlung für die [*politische*] Rechte in ihrem Kampfe ist es in den Augen vieler Politiker des Auslandes nicht gewesen, in dem Augenblick, wo die Reichsregierung um die Reparationen und die Abrüstung zu kämpfen hat, in schärfster Form einen *innerpolitischen Kampf* entfesselt zu haben, der nicht im Interesse des deutschen Volkes gelegen hat." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 10.3.1932 (2. MA), "Der Reichskanzler spricht in Dortmund"; Berliner Tageblatt vom 10.3.1932 (AA), "Wahlkampf auf dem Höhepunkt".

Die nationalsozialistische Bewegung, wie sie in den vergangenen 13 Jahren entstanden ist, ist heute überhaupt

der einzige Aktivposten der deutschen Nation.

Wenn mich jetzt jemand fragt: Welches Programm haben Sie? Dann antworte ich:

Herr Innenminister[17]! Darüber wird jetzt überhaupt nicht entschieden, sondern jetzt wird gerichtet über Ihr Programm, und nicht nur über Ihr Programm, sondern über Ihre Leistungen. Ich würde mich schämen vor der Geschichte, für unsere Leistungen 13 Jahre Bewährungsfrist zu beanspruchen.

Wir haben heute das Recht, Ankläger zu sein, denn wir haben 13 Jahre lang eine Entwicklung vorhergesagt, wie sie jetzt gekommen ist - *diese Millionen, die jahrelang Fahnenträger waren, werden jetzt Richter sein.* Wir haben das Recht, heute nicht nur als Kläger, sondern auch als Richter aufzutreten, denn die Entwicklung,

die eingetreten ist, haben wir vorhergesagt. Wir sind mehr in der Lage, die Verantwortung zu übernehmen, als das Zentrum seine Haltung im November 1918 verantworten kann[18]. [*sic!*]

Nicht dieser Wahlkampf bringt die letzte Entscheidung über Deutschlands Zukunft und Schicksal, sondern die letzte Entscheidung liegt ausschließlich darin, ob es uns gelingt, das Gift der Demokratie, des Internationalismus und Pazifismus in Deutschland wieder auszurotten. Wenn dieser Prozeß mißlingt, dann geht der Prozeß der Zerstörung Deutschlands zwangsläufig weiter. Und umgekehrt, wenn die Neubildung der Nation gelingt, dann wird ihre Folge dieselbe sein wie einst die staatspolitische Einigung[19].

Ich bin meinen Weg gegangen, so, wie mein Gewissen ihn mir befohlen hat, und mein Weg war schwer. Alles war gegen uns, und trotzdem ist in 13 Jahren das entstanden, was heute unsere Gegner und Deutschlands Feinde im Geiste fürchten. Wir haben nicht 13 Jahre lang gerungen, um im vierzehnten plötzlich zu vergessen, wofür wir kämpften. Ganz gleich, wie die Entscheidung am 13. [*März 1932*][20] fallen mag: Am 13. findet eine Wahl statt. Am 14. beginnt wieder unser Kampf, den wir führen, daß Deutschland frei werde[21]!

17 Wilhelm Groener.

18 Vgl. Dok. 39, Anm. 3.

19 Gemeint ist die bis 1871 erfolgte Einigung des Deutschen Reichs.

20 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

21 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

11. März 1932 Dok. 44
Erklärung

VB vom 13./14.3.1932, "Unser Führer brandmarkt die letzten Lügen des Systems".

Das vor dem Zusammenbruch stehende System versucht in letzter Minute, durch das Ausstreuen von Putschgerüchten seine Position zu retten[1]. Diese Versuche sind zu dumm, als daß sie von jemand ernst genommen werden könnten. Die nationalsozialistische Bewegung hat heute weniger denn je Anlaß, ihren legalen Weg[2] zu verlassen[3], auf dem das System in die Knie gezwungen werden wird. Alle ausgestreuten Gerüchte über Putschabsichten der N.S.D.A.P. sind Fälschungen[4], in deren Zeichen die Wahlkampagne unserer parteipolitischen Gegner überhaupt steht.

Hannover, 11. März [*1932*]

Adolf Hitler

---

1 Während des Reichspräsidentenwahlkampfs schienen sich die Anzeichen zu verdichten, daß die NSDAP nicht bereit sein würde, am 13.3. eine Niederlage zu akzeptieren. Die - unzutreffende - Vorstellung, daß "Frick, Goebbels und Straßer Herrn Hitler bei der kommenden Reichspräsidentenwahl die letzte Chance bewilligt" hätten, "sich legal in den Sattel zu setzen" - so Groener am 8.3.1932 in einem Brief an den preußischen Minister des Innern Severing - , schürte die Furcht vor einem Auseinanderbrechen der NSDAP, deren revolutionäres Potential dann nicht mehr zu kontrollieren sei. (Vgl. auch Dok. 29, Anm. 3 und 4, Dok. 35, Anm. 27) Am 4.3. informierte deshalb der preußische Ministerpräsident Otto Braun Reichskanzler Brüning über eine Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern und verwies auf die "bedenkliche Atmosphäre [...], in der die politischen Spannungen täglich wachsen". Die Denkschrift unterstrich, daß die NSDAP "ganz ernstlich mit einer in kurzem bevorstehenden Entscheidung" rechne, möglicherweise auch "in der Form der gewaltsamen Machtergreifung". Am 8.3. schrieb Groener an Severing, daß die Mobilisierungsmaßnahmen der SA "zu besonderen Besorgnissen Anlaß geben". Man müsse unmittelbar nach der Wahl "mit einem Losschlagen der SA" rechnen. Druck: Staat und NSDAP, Dok. 59 a und b, 60. Ferner Vorwärts vom 3.3.1932 (MA), "Lappo oder Nazis"; vom 11.3.1932 (MA), "Drei Tage Legalität". Zu den hierauf eingeleiteten Maßnahmen des preußischen Staates vgl. Dok. 52-54.
Zur damaligen Stimmung vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 138 f. sowie Münchener Post, "Fertig zum Bürgerkrieg".

2 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

3 Vgl. das Schreiben Nr. VI/N 693/32 der Polizeidirektion München an den Reichsminister des Innern vom 10.3.1932, in dem der Befehl Nr. 673/2 der Obersten SA-Führung vom 2.3. zusammengefaßt wird: Es gebe Hinweise - so die Oberste SA-Führung - daß die Eiserne Front versuchen werde, "durch Täuschungsmanöver irgendwelcher Art die SA zu Gesetzwidrigkeiten zu provozieren". Am 13.3. seien deshalb alle SA- und SS-Einheiten in Alarmzustand zu halten, "wobei scharf geprüft werden soll, ob das Waffenverbot eingehalten" werde. Gewaltanwendung von seiten der SA und SS seien nur "in den Grenzen des gesetzlichen Notwehr- und Notstandsrechts erlaubt. [...] Die Abwehr aller Gewaltmaßnahmen gegnerischer Organisationen ist den staatlichen Machtmitteln zu überlassen, die von entsprechenden Beobachtungen sofort zu benachrichtigen sind." Man dürfe sich unter keinen Umständen provozieren lassen, alles, was den Anschein von Putschversuchen erwecke, sei "unbedingt zu unterlassen". BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1. Dem Schreiben liegt eine beglaubigte Abschrift des Befehls der Obersten SA-Führung bei. Vgl. auch VB vom 22.3.1932, "So lautete unser Alarmbefehl, mit dem Severing seinen Reinfall zu begründen versucht". Ferner Dok. 52, Anm. 17 und 20 sowie Staat und NSDAP, Dok. 60.

4 Aktueller Anlaß für die Nervosität der Öffentlichkeit waren Gerüchte aus dem Kreis um Stennes sowie die am 9.3. erfolgte Verhaftung von drei Angehörigen der Berliner Polizei, Polizeileutnant Kurt Lange, Polizeiwachtmei-

11. März 1932 Dok. 45
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hannover[1]

Niedersächsischer Beobachter vom 11.3.1932, "Adolf Hitler in Hannover: Aufbruch der Nation"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Seit 13 Jahren sehen wir in Deutschland ein System regieren, das einst unbarmherzig Kritik geübt hat an dem Inhalt dieses alten Deutschland, an allem, was einst uns hoch, teuer und wert war.

13 Jahre lang herrscht nun dieses System selbst!

Eine Zeit, die an und für sich vielleicht nicht lang ist im Leben der Völker und nicht lang in der Geschichte unseres Volkes. Allein, 13 Jahre sind eine lange Frist, wenn man sie

als Bewährungsfrist für ein System

auffaßt. Wir haben uns einst gegen die Revolution gewendet, nicht weil sie einen alten Zustand beseitigen sollte, sondern weil sie nach aller menschlicher Einsicht und Erfahrung einen schlechteren an seine Stelle setzen mußte. Wir haben uns weiter dagegen gewendet, weil sie in einem Augenblick Deutschland überfiel, da die Nation im Schicksalskampf schwerster Art war, und wir wendeten uns weiter gegen sie, weil sie Prinzipien aufstellte, deren Durchführung unserer Überzeugung nach Deutschland dem Ruin entgegen führen mußte.

Nun sind 13 Jahre vergangen und das neue System muß nun selbst Rede und Antwort stehen für die Tat des November 1918. Gewiß, es gibt viele, die nun heute einfach sagen: Was wollt ihr? Der November 1918 und die Revolution sind ja legalisiert worden durch den Entschluß des deutschen Volkes, der sich in seiner National-Versammlung kundgab[3]. Meine Volksgenos-

---

ster Hans Schulz-Briesen und Buchhalterin Gertrud Müller, denen nachgewiesen werden konnte, daß sie Pläne über Polizeiunterkünfte und polizeiliche Waffen- und Munitionslager an die NSDAP weitergeleitet hatten. Lange rechtfertigte sein hochverräterisches Unternehmen mit der Behauptung, man habe mit nationalsozialistischer Hilfe einen möglichen Angriff des Reichsbanners auf die Berliner Polizeiwachen abwehren wollen. Vgl. Vorwärts vom 10.3.1932 (AA), "Nazi-Hochverrat bei der Polizei"; Frankfurter Zeitung vom 11.3.1932 (1. MA), "Unter dem Verdacht des Hochverrats"; Germania vom 11.3.1932, "Sturm auf Polizeiwachen?" Ferner Dok. 54, Anm. 5.

1 Im Kuppelsaal auf dem Stadthallengelände, nach 21.30 Uhr. Hitlers Rede, die den Abschluß seiner Wahlkampfreise bildete, wurde durch Lautsprecher in die Wirtschaftsräume der Stadthalle, in den Beethovensaal, die Ausstellungshalle, in zwei Volksfestzelte sowie in den Stadthallengarten übertragen, wo sich laut Vorlage insgesamt etwa 60.000 (*Hannoverscher Anzeiger:* 30.000, *VB*: 70.000) Personen versammelt hatten. Vor Hitler sprachen der Bezirksleiter der NSDAP von Groß-Hannover, Leopold Gutterer, und MdR Göring.

2 Vgl. auch Hannoverscher Anzeiger vom 12.3.1932, "Vorbereitungen für den Hitler-Besuch"; Hannoverscher Kurier vom 12.3.1932, "Hitler in Hannover"; Hannoversches Tageblatt vom 12.3.1932, "Hitler-Rede in Hannover"; Hannoverscher Anzeiger vom 13.3.1932, "Hitler spricht in Hannover"; Volkswille vom 13.3.1932, "Hitlerzirkus in Hannover"; VB vom 13./14.3.1932, "'Über dieses System halten wir nun Gericht!'".

3 Bei seiner Auseinandersetzung mit dem Vollzugsausschuß des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, der vorerst die politische Macht ohne demokratische Legitimation beanspruchte, gelang es Ebert als Mitglied des Rats der Volksbeauftragten schon früh, die Weichen für eine allgemeine, gleiche und geheime Wahl für eine Verfassunggebende Nationalversammlung zu stellen. Am 25.11.1918 stimmte die Reichskonferenz, an der Vertreter aus den Spitzenorganen des Reichs und der Länder teilnahmen, "der Berufung einer konstituierenden

sen, es gibt gewiß auch diese Art von Legalisierungen eines Vorgehens[4]. Allein, es gibt auch noch eine andere, und diese andere heißt nicht einfach: Ich ergreife die Macht, weil ich die Gewalt dazu besitze und lasse mir diese Macht durch den Druck der Gewalt von einem Volke bestätigen. Es gibt noch eine zweite Legalisierung und die heißt:

Ich ergreife die Macht, weil ich glaube, Besseres anstelle des Alten setzen zu können, und ich erreiche die Legalisierung meines Handelns durch den Erfolg.

Die Völker leben nicht der Verfassung wegen, der Staatsform wegen, auch nicht der Gesetze wegen, denn Regierungen, Gesetze, Verfassungen, Staatsformen haben nur dann Sinn und Zweck, wenn sie dem Leben eines Volkes dienstbar sind, wenn sie einem Volke Segen, Nutzen und Glück bringen.

Man kann mir tausendmal entgegenhalten, der November 1918 ist später durch die Nationalversammlung legalisiert worden.

Gut, er ist aber nicht legalisiert worden durch den Erfolg, und das ist das Entscheidende.

Man hatte einst einen Zustand beendet, weil er schlecht sein sollte, wo man behauptete, einen besseren an seine Stelle zu setzen. Ich sage jetzt, er hat Fehler gehabt, ganz gewiß, meine Freunde, hat er Fehler gehabt. Welchen Zustand in der Welt gibt es denn überhaupt, der gänzlich fehlerfrei wäre? Natürlich hat dieses alte Deutschland Fehler gehabt[5], aber den Fehlern standen doch auch Vorzüge gegenüber. Wir sind ein großes Volk gewesen, wir hatten einen gewaltigen Staat, wir hatten eine blühende Wirtschaft[6], wir hatten eine Gesetzgebung, die in sozialer Hinsicht nicht alles gleich das erfüllte, was man hoffen wollte, aber doch vorbildlich war und zwar in allen anderen Nationen[7] [*sic!*], und wir hatten weiter damals eine Verwaltung, die vielleicht manchmal zu bürokratisch gewesen sein mag, aber die doch

die redlichste und unbestechlichste und auch sparsamste der Welt

gewesen ist. Wir hatten einen Staat, der in manchen Dingen vielleicht noch besser hätte sein können; jawohl; aber war denn das Jahr 1918 etwa der Abschluß unserer Zeit? Wollen wir doch gerecht sein! In 45 Jahren hat dieses alte Reich das deutsche Volk groß gemacht, mächtig und auch wohlhabend. Millionen Menschen, die früher auszuwandern gezwungen wären - sie haben ihr Brot damals in der Heimat gefunden[8], und wenn mir wieder einer sagt, ja, aber es war nicht immer ausreichend, gewiß, wo gibt es in der Welt überhaupt einen ganz vollendeten Zustand? Es war nicht immer ausreichend, aber es hat immerhin gelangt, um dieses Volk zu ernähren,

um diesen Millionen Arbeitsuchenden auch wirklich einen Arbeitsplatz zu geben[9].

Nationalversammlung" zu, am 29.11. setzte der Rat der Volksbeauftragten den Wahltermin auf den 16.2. 1919 fest, in der entscheidenden Sitzung vom 19.12.1918 befürwortete der allgemeine deutsche Rätekongreß mit 344 gegen 98 Stimmen dieses procedere, indem er den Wahltermin für die Verfassunggebende Nationalversammlung auf den 19.1.1919 vorverlegte. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. V, S. 777 ff., 819 ff.

4 Vgl. Dok. 32, Anm. 8.

5 Zu Hitlers Kritik an den strukturellen Schwächen des Kaiserreichs vgl. Bd. II A, S. 42 ff. Ferner seine Kritik an den sozialen Verhältnissen im Wien der Jahrhundertwende. Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, S. 21 ff.; [65]1933, S. 22 ff.

6 Vgl. Dok. 36, Anm. 3 und 9.

7 Vgl. Dok. 36, Anm. 10.

8 Vgl. Dok. 36, Anm. 7 und 8.

9 Vgl. Dok. 40, Anm. 6.

Es gibt keine bessere Rechtfertigung unseres alten Reiches, trotz seiner Fehler und Gebrechen, als die Tatsache, daß das deutsche Volk viereinhalb Jahre dieser unerhörten Feindeswelt widerstand[10]. Es gibt keine Rechtfertigung mehr für dieses alte Reich, als die Tatsache, daß auf der einen Seite die deutsche Wirtschaft in der Lage war, diesen Weltkampf aus eigenem Vermögen in Deutschland technisch, wissenschaftlich, chemisch[11] zu organisieren und auf der anderen die deutsche Volkskraft bereit war, diesen Kampf mit ihrem Blute zu tragen. Wenn man dieses alte Deutschland nun damals stürzte, dann mußte man selbstverständlich schon sehr Großes anstelle des alten Reiches setzen.

Bloß die Tatsache, daß ein paar lüsterne Menschen sich gern in Ministersessel setzen wollten - das ist keine Rechtfertigung für diesen November 1918!

Man mußte dann wirklich ein besseres, ein größeres, ein freieres, ein sozial glücklicheres Deutschland an diese Stelle setzen. Man hat es auch versprochen[12]. Meine Freunde! Was sicherte man im November 1918 zu? Man erklärte, es würde ein neues Reich nun kommen, der Freiheit und der Schönheit und der Würde, ein Reich des sozialen Glückes, der Wohlfahrt[13], ein Reich einer entbürokratisierten Verwaltung, ein Reich eines billigeren Staatssystems und einer besseren Verwaltung. Es würde ein Reich kommen mit besseren Mitteln! Es wird weiter aber von dem Reich sogar noch ein Segen ausgehen in die ganze andere Welt. Dieses Reich wird abrüsten, und es wird damit die ganze Welt einladen, diesem Vorbild zu folgen, und es würde eintreffen eine allgemeine Völkerannäherung, Völkerversöhnung aus der Weltabrüstung, endlich ein Weltfriede, und es wird ein Segen kommen, alles durch die Männer des November 1918.

Und sie haben alles verwirtschaftet.

Sie haben verwirtschaftet zunächst das Reich als Machtbegriff, haben verwirtschaftet die deutsche Nation als Begriff einer völkischen Einheit. Sie haben verwirtschaftet allgemeine Traditionen, die aus dieser Vergangenheit bis in die heutige Zeit hineinreichten; sie haben ver-

10 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

11 Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Deutschland zum wichtigsten Zentrum der chemischen Forschung und Produktion. Während des Ersten Weltkriegs versuchte man deshalb die hohe Importabhängigkeit Deutschlands durch die Herstellung synthetischer "Ersatzstoffe" zu kompensieren. Die Pulver- und Düngemittelproduktion konnte fortgesetzt werden, nachdem Fritz Haber 1909 die Synthese von Ammoniak gelungen war, Carl Bosch ein technisches Produktionsverfahren erarbeitet und 1913 die Großproduktion von Stickstoff begonnen hatte. Auch konnte die deutsche chemische Industrie die Produktion von sog. "Methylkautschuk" forcieren, ferner die Synthese von Aluminium aus Tonerde, die Herstellung von Spinnstoffen aus Holzfasern, das Nitrieren von Zellulose und anderes mehr. Unter maßgeblicher Beteiligung von Fritz Haber wurden im Ersten Weltkrieg jedoch auch chemische Waffen entwickelt, die erstmals am 22.4.1915 bei Ypern zum Einsatz kamen. Mit der Entwicklung der sog. Grünkreuz-, Blaukreuz- und Gelbkreuzgranate waren bis 1918 mehr als 25% der deutschen Artilleriemunition mit Gaskampfstoffen gefüllt. Der Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften sorgte jedoch dafür, daß auch auf dem Gebiet der chemischen Kriegführung bis 1918 die Alliierten die Oberhand gewannen. Vgl. Jeffrey Allan Johnson, The Kaiser's Chemists. Science and Modernization in Imperial Germany, Chapel Hill 1990; Dietrich Stoltzenberg, Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude, Weinheim 1994; Gottfried Plumpe, Industrie, technischer Fortschritt und Staat. Die Kautschuksynthese in Deutschland 1906-1944/45. In: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 564-597; Manfred Rasch, Wissenschaft und Militär: Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wirtschaft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 49 (1991), S. 73-120.

12 Vgl. Dok. 29, Anm. 7.

13 Vgl. Dok. 32, Anm. 5.

wirtschaftet weiter alle die großen Güter, die wir aus der Vergangenheit mit übernommen haben. Sie verwirtschafteten nicht nur dabei die seelischen Werte, die kulturellen Werte, nein, auch die wirtschaftlichen Werte. Vielleicht sehen die Menschen ihrer ganzen Veranlagung nach zunächst weniger die moralischen Katastrophen als die politischen Katastrophen. Aber sie sehen heute, weil sie fühlen, daß Deutschland als Volk gesunken ist! Das scheint ja manchem ganz belanglos zu sein. Daß Deutschland als moralische Macht gesunken ist, scheint ebenfalls belanglos zu sein. Daß dieses Deutschland in seinen Ehrbegriffen gesunken ist, wird auch geringgeachtet. Aber daß dieses Deutschland nun auch in seiner Wirtschaft zerbricht[14], das erscheint jetzt auf einmal sehr bemerkenswert zu werden. Stand um Stand und Beruf um Beruf werden von dieser Katastrophe ereilt. Glauben Sie mir, es ist im Völkerleben niemals anders gewesen; der Satz:

Ehre, Freiheit und Brot[15]

hat eine urewige Bedeutung.

Wenn ein Volk seine Ehre preisgibt, wird es seine Freiheit verlieren, und wenn ein Volk seine Freiheit verliert, wird es sein Brot verlieren.

Ein ewiges Gesetz, das sich durch die Jahrtausende hindurchzieht, und bei dem wir keine Ausnahme machen. Die Wirtschaftskatastrophe ist es, die die Menschen aufpeitscht. Freilich sagen unsere Gegner, ja, wolltet ihr denn wirtschaftlich Besseres leisten? Wenn wir versuchen wollten, denselben Weg zu gehen, den unsere Gegner seit 13 Jahren gehen, dann würden auch wir natürlich da nichts ändern können. Daß die Menschen gerne leben, und gern gut leben, war immer der Fall. Alle Nationen, die zugrunde gegangen sind, haben auch den Drang zu gutem Leben gehabt. Sie sind nicht deshalb gestürzt worden, weil sie etwa nicht leben wollten, sondern sie sind gestürzt worden, weil sie nicht begriffen haben, daß das Leben auch Opfer erfordert, und als größtes Opfer fordert dieses Leben nun einmal die Bereitwilligkeit einer Nation, sie für sein Leben einzusetzen [*sic!*]. Glauben Sie, die Wirtschaftsnot war zu allen Zeiten fühlbar, und kein Volk hat sich ihr gern unterworfen; wenn wir aber dennoch sehen, wie im Laufe der Jahrtausende Nationen an dieser Not zugrunde gegangen sind, dann dürfen wir eben nicht vergessen, daß vor dieser Wirtschaftsnot immer der Zerfall der Völker und des Staates als politische Macht stand, und wir haben auch damit begonnen. Glauben Sie doch, welch ein unerhörtes Wunder war es, diese deutsche Wirtschaft, die unter Anspannung der genialsten Geister und der genialsten Methoden uns 4 Jahre lang der Welt mit ihren unerhörten Rohstoffquellen standhalten ließ[16]! Nicht die Wirtschaft ist damals zerbrochen,

zerbrochen ist damals das deutsche Volk!

---

14 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

15 Vgl. Dok. 24, Anm. 15.
Möglicherweise auch eine Anspielung auf den zu Beginn des 19. Jahrhunderts geprägten Wahlspruch der deutschen Burschenschaft "Ehre, Freiheit, Vaterland".

16 Obwohl die deutsche Wirtschaft vor 1914 zu etwa 40% von Rohstoffimporten abhängig war, bestanden keine wirtschaftlichen Vorkehrungen für eine längere militärische Auseinandersetzung, schon weil alle strategischen Überlegungen auf der Prämisse eines kurzen Krieges mit vergleichsweise niedrigem Materialverbrauch basierten. Aufgrund der alliierten Blockade entwickelte sich während der Jahre 1914-1918 die Rohstoffknappheit zum zentralen Problem der deutschen Wirtschaft, Arbeitskräftemangel, Defizite im Transportsystem und bei der Organisation verschärften die Lage. Die Forcierung der Eigenproduktion und der Einsatz von Ersatzstof-

Politisch sind wir *erst* gestürzt worden! Wenn die Hansa ihre politische Macht verliert, dann verlieren die Hansastädte selbstverständlich auch ihr wirtschaftliches Leben [17].

Nur mit so gigantischen Versprechungen und nur durch das Erwecken so ungeheuerlichster Hoffnung konnte man die Verantwortung auf sich nehmen, das alte Deutschland zu stürzen und das neue heutige an dessen Stelle zu setzen.

Nun sind 13 Jahre vergangen, und es ist schon die Zeit, ganz nüchtern einmal zu prüfen, was denn jetzt in den 13 Jahren von dem, was man versprach, in Erfüllung ging. Es ist schon Zeit, sich zu überlegen, ob auch nur in einem Punkt diese Entwicklung zu bemerken ist, daß das deutsche Schicksal sich wieder zum Besseren wendet. Es ist im Völkerleben natürlich nicht immer leicht, aus der oft zusammenhanglosen Reihenfolge der Ereignisse eine Linie herauszufinden, die Linie, die ich als Lebenslinie bezeichnen möchte, als Erfolgslinie. Es ist nicht leicht festzustellen, wie verläuft denn, im ganz Großen gesehen, das Leben? Findet man aus dieser zusammengesetzten Reihe von Ereignissen einen Weg, der irgendwie nach aufwärts zu führen scheint, oder ist es ein Weg, der in der Ebene bleibt, oder ist es ein Weg, der das Volk nach unten führt? Wir wissen, daß dieses Leben sich zusammensetzt aus glücklichen und weniger glücklichen Ereignissen und Vorkommnissen, wir wissen auch, daß alles in Wellenlinien verläuft, aber wir wissen auch, daß Wellental und Wellenberg, irgendwo in der Mitte geschnitten, doch eine Bahn ergeben müssen. Wir sehen es auch im alten Deutschland aus all den Erscheinungen von Konjunktur und von Nichtkonjunktur, von Wirtschaftsblüte und Wirtschaftskatastrophen. Aus all den Erscheinungen von glücklichen Ereignissen und weniger glücklichen Ereignissen ergab sich doch insgesamt eine Linie des Aufstiegs. Deutschland ist in 45 Jahren groß, machtvoll und stark, das deutsche Volk im Gesamten doch wohlhabend geworden. Wenn wir diese Linie heute sehen, wenn wir all diese Ereignisse seit 1918 aneinanderzufügen anfangen, von jenem Tage, da Matthias Erzberger [18] im Wald von Compiègne den Waffenstillstand unterschrieb [19] und dann übergehen zu all den außerpolitischen Ereignissen, zu dem

---

fen, insbesondere bei der synthetischen Produktion von Stickstoff, die Ausbeutung der besetzten Gebiete, der verstärkte Handel mit verbündeten und neutralen Mächten, Rohstoffrecycling, eine Zentralisierung des kriegswirtschaftlichen Lenkungsapparates sowie die Mobilisierung aller Arbeitskräfte sorgten dafür, daß das Produktionsniveau in den zentralen Bereichen noch einige Jahre gehalten werden konnte, bis sich während der Jahre 1917/18 eine völlige Erschöpfung der deutschen Wirtschaft abzeichnete. Vgl. Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg 1914-1918 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2), München 1973; Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930.

17 Die Privilegierung bestimmter regionaler Gruppen von Kaufleuten an ausländischen Handelsorten läßt sich in Westeuropa bis ins 11. Jahrhundert zurückverfolgen. Der Schwerpunkt der Hanse, der vorwiegend, aber nicht ausschließlich deutsche Städte angehörten, verlagerte sich zunehmend in den Ostseeraum, wo sie in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts den Höhepunkt ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht erreichte. Die Verlagerung der Fernhandelswege, die niederländische und englische Konkurrenz sowie der Dreißigjährige Krieg sorgten für den Niedergang der Hanse während des 16. und 17. Jahrhunderts.

18 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

19 Vgl. Dok. 4, Anm. 7.

Diktat von Versailles[20] und anschließend zu den inneren Maßnahmen, dann finden wir auch hier einen Weg, eine Linie, und wir müssen sagen, die Linie geht nicht nur nicht aufwärts, sie geht nicht einmal in der Ebene dahin,

nein, sie führt dauernd konsequent nach unten.

Und wenn heute eine Regierung sagt: "Ja, was hätten andere an unserer Stelle getan[21]?", dann kann man ihnen nur eines zur Antwort geben:

Man hätte es selbst bei scharfsinnigster Überlegung nicht schlechter machen können, als sie es gemacht haben (Lebhafter Beifall),

denn mehr tun, als ein so großes Erbe zu verwirtschaften, hätte niemand fertiggebracht.

Nein, die großen Auseinandersetzungen, die unserem Volke die Freiheit, unserem Reich die Macht gegeben haben, sie haben die Wirtschaft erst in die Lage versetzt, sich zu entwickeln, zu blühen und zu gedeihen. Man lebt nun einmal in einer Welt der harten Gegensätze, der harten Tatsachen. Politisch sind wir zuerst zusammengebrochen, und dann ist diesem ewigen Gesetz von Ursache und Wirkung nach auch langsam die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Es kann möglich sein, an einem Tage zu vernichten, was Generationen vorher aufgebaut haben. Es ist schon eine ungeheure Leistung, daß dieses System in 14 Jahren [*sic!*] vernichten konnte, was viele Jahrzehnte früher geschaffen war. Das heutige Deutschland ist nun mitten in der Wirtschaftskatastrophe, die Doktoren unseres politischen Lebens lehren nun, jetzt ist es Zeit, um Stand um Stand zu retten. Die Vertreter der Bauern sagen: Organisiert das Landvolk; die Vertreter der Handarbeiter sagen: Organisiert das städtische Proletariat; die Vertreter des Mittelstandes sagen: Packt den Mittelstand zusammen und wollen ihn in eine politische Form zwingen. Andere wieder organisieren die Hausbesitzer und andere wieder die Mieter, andere wieder die Beamten und Angestellten, die Gewerbetreibenden, andere wieder die Industrie[22]. Jetzt versucht man einen Staat zu retten. 13 Jahre lang ist diese Rettungsaktion schon im Gange, und was ist das Ergebnis? Sie haben nur eins vergessen wollen: Deutschland ist nicht deshalb zugrunde gegangen, weil seine Arbeiter nichts taugen oder weil die Handwerker nichts taugen, oder der Bauer nichts taugte, weil etwa der Mittelstand nichts getaugt hat.

Wir sind zugrunde gegangen, weil wir als Volk nichts mehr getaugt haben (Lebhafter Beifall),

weil die Zeit kam, in der wir überhaupt kein Volk mehr darstellen wollten, sondern eine Sammlung von Berufen, Ständen, Städtern, Bauern, Handwerkern, Unternehmern, Arbeitnehmern, Mietern, Hausbesitzern, Katholiken, Protestanten, Parteien, Vereinigungen[23]. Wir werden

20 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

21 Hindenburgs Anhänger richteten während des Wahlkampfs an dessen Gegenkandidaten immer wieder den Vorwurf, sie seien bislang den Beweis einer besseren Politik schuldig geblieben. Bei einer Rede in Düsseldorf sagte etwa Reichskanzler Brüning am 8.3.1932: "Wenn eine Partei stärker und stärker wird, dann fängt sie an zu überlegen und sich zu ängstigen, was denn eigentlich am Tage des Eintritts in die Verantwortung von ihr getan werden soll. Um ein Wort des Herrn Goebbels aufzunehmen: Dann kommen die dunklen Schatten von Philippi allmählich heran. Dann heißt es: Liebe Parteifreunde, ihr dürft nicht erwarten, daß wir es mit einem Male besser machen. Wir müssen wegen des jetzt bestehenden Systems noch ein oder zwei Jahre die Politik dieses Systems fortsetzen." Vgl. Germania vom 10.3.1932, "Der Kanzler in Düsseldorf".

22 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

23 Zum Spektrum der bürgerlichen deutschen Parteien und Verbände in der Weimarer Republik vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

an diesem Gemengsel zugrunde gehen, wenn wir diese Klassenspannungen nicht überwinden. Das ist belanglos, was heute die Arbeiter oder die Bauern, die Städter, die Handwerker, für sich als Stand wünschen, sondern das ist entscheidend, was wir als Nation darzustellen in der Lage sind, denn der Zerfall der politischen Kraft strahlt augenblicklich seine verderblichen Auswirkungen aus, und das Ende jeden politischen Zusammenbruches im Völkerleben ist der Zusammenbruch der Wirtschaft. Nur, meine Freunde, ist dieser politische Zusammenbruch im ganz Großen gesehen durch Jahrtausende immer die Folgeerscheinung bestimmter gedanklicher Verirrungen gewesen.

Wenn im einzelnen menschlichen Leben die Auffassungen zu diesem Leben falsche werden, wenn der einzelne Mensch sich bestimmten Gedankengängen ergibt, die wir, sagen wir, als Faulheit, als Arbeitsunlust, als allgemeine Unfähigkeit, als Drückebergerei, als Angst vor der Verantwortung bezeichnen, dann wird das Leben des einzelnen Menschen allmählich Schiffbruch erleiden, und in bestimmten Grundgesetzen, die - wenn im Völkerleben statt des Geistes der nationalen Selbstbehauptung der Geist internationaler, theoretischer, phantastischer Verfließung [*sic!*] eintritt, wenn statt des Geistes der Autorität der Geist eines reinen Zahlenwahnsinns, eine reine Zahlenmehrheit, eine rein fiktive parlamentarische Demokratie, Ausdruck findet (und man wundere sich nicht, wenn die Erscheinungen und die Auswirkungen am Ende immer die gleichen sein werden) - die Völker zerbrechen. [*sic!*] Als im Jahre 1918 das neue System eingeleitet wurde mit den Begriffen Internationalismus, Demokratie und Pazifismus, begann Deutschland zu verfallen;

die Kraft unserer Nation ist an diesen Begriffen langsam verbraucht worden.

Wir haben aufgehört, ein einheitliches Volk zu sein. Was an Energie in uns vorhanden ist, das verbrauchen sie nun im gegenseitigen Krieg. Das Grundgesetz unseres Lebens ist zerstört worden, und damit die Kraft der Nation praktisch außer Kraft gesetzt. Wenn Sie aber wollen, daß Deutschland noch einmal sich aus dieser Epoche des inneren Zerfalls und Verfalls und seiner Zersetzung erheben soll, dann dürfen Sie nicht glauben, daß die Wirtschaft hier zu beginnen vermag. Nein, aus dem zerfallenden deutschen Volk muß wieder gebildet werden

eine deutsche Nation;

ein Prozeß, der nicht nur am grünen Tisch vollzogen werden kann, sondern der sich praktisch auszuwirken hat, so wie im Völkerleben noch immer ein Reorganisationsprozeß begann und sich durchsetzte. Ebenso muß in der Nation eine Keimzelle entstehen, die von sich aus erklärt, wir lehnen die Prinzipien dieser Zeit ab.

Wir wollen den Klassenkampf des Standesdünkels überwinden und wollen damit eine neue Keimzelle eines neuen Volkes bilden. (Langanhaltender Beifall.)

In der letzten Zeit, in der nun das alte System gestürzt wurde, und die Männer des heutigen Regiments ihre Herrschaft begründeten, da haben wir in dieser Zeit des Zerfalls zugleich gegründet aus einer Hand von Menschen[24] diese neue Keimzelle einer sich neu bildenden deutschen Volksgemeinschaft, nicht am grünen Tisch, mit nur geschriebenen Programmen, sondern in einer praktischen Erziehungsarbeit, die im einzelnen begann und mühsam Mensch um

24 Offenbar Hörfehler; gemeint ist wohl: Handvoll.

Mensch dem deutschen Volke dieser Zersplitterung abrang, abkämpfte und zusammenfügte zu einer neuen Einheit[25].

Eine neue Organisation unseres Volkes erstand.

Wir haben damals die Entwicklung vorhergesagt. Wir konnten sie leicht prophezeien, denn was Deutschland in den 13 Jahren erlebt hat, haben vor uns schon viele Völker mitgemacht, die demselben Wahnsinn verfielen, der im November 1918 bei uns zur Staatsdemokratie erhoben wurde. Wir haben die Entwicklung vorhergesagt, wendeten uns dagegen und haben Recht behalten, nicht nur als negative Kritiker, nein, als positive Aufbauer einer Organisation, an die sich heute Deutschland klammert, weil sonst nichts da ist an Kraft und Entschlossenheit.

Die Zeit aber hat uns Recht gegeben. Was ist in diesen 13 Jahren nun nicht alles zusammengebrochen, was ist nicht alles vergangen, was hat sich nicht alles geändert! Das deutsche Volk von jetzt ist kaum noch zu erkennen. Würden plötzlich die Gräber sich öffnen vor Ypern[26], Verdun[27] und an der Somme[28] und würden die toten Helden, die damals nicht wußten, daß sie dafür gekämpft haben, aufstehen und zwischen uns treten, ich glaube, sie würden schamerfüllt in die Gräber zurückkehren, wenn sie das Deutschland sehen würden, das heute ihr Opferlohn sein sollte, alles hat sich gewendet, alles wurde weggefegt, nur etwas allein, das ist uns geblieben:

Die Parteien, die dieses Verbrechen verschuldet haben.

Sie sind heute noch zwischen uns, sie leben noch, als ob nichts geschehen wäre, als ob sie nicht ein weltgeschichtliches Verbrechen auf sich geladen hätten.

Im Gegenteil, sie sind erfüllt von einem Geist der Selbsterhaltung, der Deutschland unsterblich gemacht hätte, wenn er einst der Geist der ganzen Nation gewesen wäre.

Sie wollen nicht weichen. In den 13 Jahren sind wir langsam als Ankläger groß geworden, haben nicht 13 Mal sondern tausende Male Recht bekommen. Die Gegner aber sind im Besitz

25 Zur Frühgeschichte der DAP/NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

26 Der Raum westlich der Stadt in Westflandern wurde in der Zeit vom 30.10. bis 18.11.1914 zum Schauplatz der "Schlacht bei Ypern", in deren Verlauf es den angreifenden deutschen Truppen nicht gelang, die Stadt zu erobern. Die deutsche Seite verlor dabei ca. 23.500 Tote, Verwundete und Vermißte. Die darauf folgende Erstarrung dieses Frontabschnitts blieb bis zum Juni 1917 unverändert. Auch während der deutschen Offensive des Jahres 1918 konnten die alliierten Truppen die völlig zerstörte Stadt halten. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearb. im Reichsarchiv, Bd. V: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929, S. 332 ff.; Bd. VI: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929, S. 10 ff., 371 ff.; Bd. XIV: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918, Berlin 1944. Hrsg. vom Bundesarchiv, ND: Koblenz 1956, passim.

27 Der Chef der Obersten Heeresleitung, General Erich von Falkenhayn, hatte vergeblich gehofft, durch den am 21.2.1916 beginnenden Angriff auf die französischen Festungsanlagen bei Verdun eine Entscheidung zu erzwingen. Mit der französischen Gegenoffensive von Oktober bis Dezember 1916 war das unter großen Verlusten beider Seiten (deutsche Seite: 338.000 Mann; französische Seite: 364.000 Mann) eroberte Gelände wieder verlorengegangen. Vgl. Holger Afflerbach, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994, S. 360 ff.; Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Bd. X: Die Operationen des Jahres 1916 bis zum Wechsel in der Obersten Heeresleitung, Berlin 1936, S. 54 ff., 389 ff.; Bd. XI: Die Kriegführung im Herbst 1916 und im Winter 1916/17, Berlin 1938, S. 117 ff., 179 ff.

28 Zwischen dem 24.6. und 28.11.1916 hatten britische und französische Verbände unter Führung der Generale Douglas Haig und Ferdinand Foch versucht, die deutsche Front im Somme-Abschnitt einzudrücken. Beide Seiten hatten höchste Verluste (deutsche Seite: ca. 500.000 Mann; alliierte Seite: ca. 700.000 Mann), ohne daß eine operative Entscheidung herbeigeführt werden konnte. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Bd. X, S. 49 ff., 338 ff.; Bd. XI, S. 53 ff., 173 ff.

der Macht und sie erklären: "Wir wollen nicht abgehen, ihr könnt tun, was ihr tun wollt, wir wollen uns um jeden Preis dem deutschen Volke auch für die Zukunft erhalten." (Gelächter.) Ja, sie gehen weiter, sie nehmen die Lupe und untersuchen uns. Sie sagen, wir müssen erst Klarheit bekommen, ob ihr befugt seid, überhaupt zu regieren, sie sagen, wir müssen erst die Überzeugung gewinnen, daß man euch Deutschland anvertrauen kann. Meine Freunde, wir werden diese Herrschaften lehren, daß das Schicksal sie nicht zu unseren Richtern bestimmt hat,

sondern, daß das Schicksal ihre Vernichtung bestimmt hat.

Einige Direktoren schleichen sich in ein gutgehendes Geschäft ein, in dem sie plötzlich eine Panik erzeugen und ruinieren in 13 Jahren dieses Geschäft bis in den Grund und Boden und im 14. sagen sie dann - wenn nun langsam andere kommen, die schon beweisen, daß sie aufzubauen vermögen - da erklären sie: Wir müssen euch untersuchen, ob ihr überhaupt befugt, berechtigt seid, unsere Stellungen einzunehmen, ob wir euch das anvertrauen können, was wir zerstört haben. (Gelächter.) Sie tun so, als ob von dem, was heute noch da ist, sie überhaupt auch nur das Geringste selbst geschaffen hätten. Und da suchen sie nun die letzten spärlichen Überreste, die ihrer Zerstörung widerstanden haben. Und sie werden dabei erfinderisch in ihrem Bestreben zu bleiben, erfinderisch und charakterlos zugleich. Wie sie die Gesetze heute beugen, das wissen Sie alle.

Freiheit, Rechte, wo sind sie jetzt?

Verfassung, wo ist sie? Sie wissen, wie man gerade den Wahlkampf verfassungsmäßig führt, die eine Seite unterdrückt und die andere im Rundfunk reden läßt[29]. Sie wissen das alles. Aber das könnte man noch gelten lassen als begreifliche Mittel der Selbsterhaltung. Sie gehen aber noch viel weiter. Wohin ist die stolze Sozialdemokratie von einst gekommen?

Es ist ja für mich persönlich natürlich ein großer Stolz, heute zu sehen, wie ich es nach 13 Jahren fertiggebracht habe, als ein einsamer Mann, der ohne Namen einst den Kampf aufnahm, diese stolze internationale, sozialistische, marxistisch-revolutionäre, antikapitalistische, antimilitaristische Sozialdemokratische Partei zu Füßen des Generalfeldmarschalls[30] zu zwingen[31].

(Minutenlanger Beifall.)

Fast könnte ich mit dem Schicksal hadern, daß es mich nicht 10 oder 15 Jahre eher das Licht der Welt erblicken ließ. Was wäre wohl aus Deutschland geworden, wenn ich 1915 meine politische Erziehung besessen hätte? Ob sie etwa auch im Jahre 1917 oder 1918 so anbetend vor den Knien des Generalfeldmarschalls gelegen hätten wie heute? Deutschland hätte nicht den Krieg verloren, es wäre keine Revolte gekommen. Es wäre nicht gekommen diese endlose Reihe von Wahnsinn und Sorgen und Elend.

Da aber die Erkenntnis von der Bedeutung des Generalfeldmarschalls erst jetzt kommt, da er 85 Jahre alt ist [*sic!*], *kommt sie zu spät.*

Denn heute müssen wir sagen:

Die Zukunft Deutschlands liegt nicht auf den Schultern eines noch so ehrwürdigen Greises, sondern sie liegt heute schon auf unseren Schultern.

---

29 Vgl. Dok. 39, Anm. 16 und 17, ferner Dok. 51.

30 Paul von Hindenburg.

31 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

Wir sind heute Deutschland, wir haben das Los in der Zukunft zu tragen, und wir genehmigen niemand für sich, uns dieses Los vielleicht in der Vertretung unseres Schicksals abnehmen zu wollen. Wir denken nicht daran, uns durch ein Taschenspielerkunststück des Zentrums[32] und der Sozialdemokratie die Auseinandersetzung mit den Parteien aus der Hand stehlen zu lassen. Wenn die Sozialdemokratie und das Zentrum heute erklären: Wir stellen uns hinter den Generalfeldmarschall, dann muß ich sie lehren, es war nicht meine Absicht und es war nicht bestimmt, daß erst ich diesen Kampf führe[33], denn wir glaubten alle, daß in einem Kampf uns natürlich ein Zentrumsmann[34] oder ein Vertreter der völkerbefreienden internationalen Sozialdemokratie[35] entgegentreten würde. Wir waren überzeugt, daß entweder Herr Marx oder Herr Brüning und auf der anderen Seite Braun, Severing oder Grzesinski kandidieren würde. Nachdem sie den Vertreter des alten Heeres, den 85jährigen Feldmarschall heute als ihren Kandidaten uns gegenüberstellen, da ist es selbstverständlich,

daß die Führung der Gegenseite ich dann übernehme.

(Minutenlanger Beifall.)

Den Kampf führe ich durch.

Es soll nicht sein, daß diese Parteien eine 60jährige Lüge durch eine noch größere fortsetzen.

Wir setzen uns mit ihnen auseinander. Es tut mir beinahe leid, daß zwischen uns und sie diese alte ehrwürdige Erscheinung getreten ist.

Wir müssen aber dem alten Generalfeldmarschall dabei sagen:

"Alter Mann, Du kannst heute die nicht mehr decken, Du mußt zur Seite treten. Als Mann verehren wir Dich, als Feldmarschall haben wir Dich einst geliebt, als Reichspräsident wollen wir Dich nicht richten, aber Kandidat für die Zukunft kannst Du nicht mehr sein." (Lebhafter Beifall.)

"Sie kennen nur einen Feind, und das bin ich!"

Wir haben 7 Jahre geschwiegen[36]. Jetzt sind wir Ankläger und reden, und Sie müssen die Richter sein. Für uns ist dieser 13. März [*1932*][37] nicht irgendein Tag, so wie tausend andere, vielleicht auch in der Geschichte unseres Volkes, auch nicht ein Wahltag, bei dem entschieden wird über eine neue parlamentarische Konstellation, eine neue Regierungsbildung. Nein, wir glauben, daß dieses System nun Bewährungsfrist lange genug gehabt hat. Es hat in diesen Jahren nur ein Versagen an das andere gefügt. Heute ist die Zeit vorbei, wenn heute ein Reichsinnenminister Groener ganz erstaunt naiv die Frage erhebt: Herr Hitler, teilen Sie doch der Öffentlichkeit Ihr Programm mit[38]: dann muß ich schon sagen: Herr Minister des Innern, wo wa-

32 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

33 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

34 Zur Politik des Zentrums vgl. Dok. 32, Anm. 35.

35 Vgl. Dok. 43, Anm. 8.

36 Nach seiner Haftentlassung am 20.12.1924 bestand für Hitler in einigen Ländern öffentliches Redeverbot, das jedoch überall nach wenigen Jahren aufgehoben wurde: Anhalt (Oktober 1925 bis November 1928), Baden (April 1925 bis April 1927), Bayern (März 1925 bis März 1927), Hamburg (Oktober 1925 bis März 1927), Lübeck (März 1926 bis Mai 1927), Oldenburg (Februar bis Mai 1926), Preußen (September 1925 bis September 1928) und Sachsen (Februar 1926 bis Januar 1927) . Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 107 f.

37 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

38 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.

ren Sie ganzen Jahre? (Lebhaftes Gelächter.) Sind die Gemäuer des Reichsinnenministeriums so dick, daß von all dem, was sich in Deutschland zugetragen hat, zu Ihnen gar nichts kam? Sie fragen nach unserem Programm. O, Herr Minister, das haben wir 13 Jahre lang verkündigt [*sic!*], ununterbrochen, soweit es ging und so weit Ihre Regierung uns das zuließ, und ich kann dabei schon sagen, Ihr Vorwurf, Herr Minister, trifft besonders mich gänzlich ungerechtfertigt, denn als ich diesen Kampf begann, waren Sie der große Generalissimus[39] und ich der kleine unbekannte Musketier, der namenlose Soldat[40], und es ist schon eine Leistung, wenn man so als namenlose Nummer und Ziffer einen Kampf beginnt und heute bereits so weit durchgedrungen ist in Deutschland,

daß Sie nur einen Feind kennen, und das bin ich[41]. (Beifall.)

Ich habe in diesen 13 Jahren mein Programm viel verkündet, sonst stünden jetzt nicht Millionen hinter uns[42], denn wenn auch unsere Gegner überzeugt sind, daß wir keine Köpfe besitzen[43] und wohl deshalb die Massen bei uns sind, dann ist es doch ein schlechtes Zeichen dafür, daß die andern trotz der Köpfe keine Massen mehr besitzen, die an die Köpfe glauben. (Großes Gelächter.) Ich weiß, was sie dabei im Innersten denken. Sie glauben, hier ist eine Or-

---

39 Groener war 1899 als Hauptmann in den Großen Generalstab kommandiert worden und wurde nach einer raschen Karriere als Chef des Feldeisenbahnwesens (1915) und Chef des Kriegsamts (1916) am 29.10.1918 Nachfolger von Erich Ludendorff in der Funktion des Ersten Generalquartiermeisters. In der besonders kritischen Phase zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß gelang es Groener, den Rückzug der deutschen Truppen zu organisieren, den völligen Zerfall der Armee, vor allem aber den des Deutschen Reichs zu verhindern und in Kooperation mit den Mehrheitssozialdemokraten die Auswüchse der Revolution zu dämpfen. Nachdem es Groener vorbehalten blieb, offiziell die militärische Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkriegs feststellen zu müssen - am 9.11.1918 gegenüber Wilhelm II., am 23.6.1919 gegenüber der Reichsregierung - nahm er am 30.9.1919 als Generalleutnant seinen Abschied. Vgl. Gerhard W. Rakenius, Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard a. Rh. 1977.

40 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

41 Groener hatte aus seinem ersten persönlichen Zusammentreffen mit Hitler im Januar 1932 (vgl. Dok. 6, Anm. 5) ein bemerkenswert positives Fazit gezogen; fünf Tage später äußerte er bei einer Befehlshaberbesprechung: "Sympathischer Eindruck, bescheidener, ordentlicher Mensch, der Bestes will. Im Auftreten Typ des strebsamen Autodidakten. [...] Absicht und Ziele *Hitlers* sind gut, ist aber Schwarmgeist, glühend, vielseitig." Groener mußte aber schon bald einsehen, daß es kaum möglich sein würde, Teile der NSDAP in den Staat einzubinden (vgl. Dok. 12, Anm. 38). Bereits am 24.1. bezeichnete er den nationalsozialistischen Parteiführer als einen "Visionär und Götzen der Dummheit", der "mit allen Mitteln" von der politischen Verantwortung fernzuhalten sei, Anfang Februar nannte er ihn einen "wilden Schizophrenen". Groeners Enttäuschung über Hitlers Verweigerung bei der Präsidentschaftswahl führte zu einem Meinungsumschwung, der sich erstmals in seiner scharfen Antwort an Hitler vom 5.3. manifestierte (vgl. Dok. 30, Anm. 30). Der Konfrontationskurs des Reichsinnenministers erreichte seinen Höhepunkt, als er nach dem generellen politischen Uniform- und Abzeichenverbot vom 8.12.1931 am 13.4.1932 "sämtliche militärähnlichen Organisationen" der NSDAP verbot. Vgl. Hürter, Groener, S. 307 ff.; Staat und NSDAP, Dok. 52 a-57, 60-67; Politik und Wirtschaft, Bd. II, Dok. 408.

42 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10 sowie Dok. 19, Anm. 6 und 12.

43 Vgl. etwa den Kommentar der *Frankfurter Zeitung* vom 9.3.1932 (2. MA, "Vom Paradox zum Selbstverständlichen"), in dem es u. a. heißt: "Die eigentliche Gefahr eines Regimes Hitler liegt woanders. Sie liegt da, wo in den letzten Jahrzehnten häufig die Gefahrpunkte der deutschen Politik lagen: in dem provinziellen Format der Führer. [...] Über Gesinnungen läßt sich immer streiten. Aber das *Format* des Gegners wird im Laufe von jahrelangen Auseinandersetzungen erkennbar, und in diesem 'provinziellen' Format der nationalsozialistischen Partei und ihrer Führer sehen wir die große Gefahr für Deutschland." Vgl. ferner Dok. 36, Anm. 46.

ganisation, sie hat keine Köpfe, wir sind Köpfe ohne Organisation. Was könnte besser zusammenpassen, als unsere Köpfe auf ihre Organisation zu setzen.

Wir lassen uns nicht etwas Schlechteres aufpropfen, als wir als Stamm sind. Ihr veredelt keinen Baum, sondern ihr könnt ihn höchstens verderben. Im übrigen halten wir ja gar nicht Gericht darüber. Herr Minister Groener täuscht sich in der Meinung, daß die deutsche Nation ja nur eine Frage zu prüfen hat: "Ist das Programm der Nationalsozialisten richtig oder unrichtig?" Herr Groener, heute richten wir über Ihr Programm. Was Sie und die Freunde Ihrer Koalition wollen, das wollen Sie vielleicht noch einmal doch der Nation erklären. Wenn Sie sich beklagen, daß zu wenig Deutsche doch Kenntnis davon besitzen, weiß Gott, dem wäre leicht abzuhelfen.

Man möge mir doch auch einmal den Rundfunk zur Verfügung stellen.

Ich kann schon reden und ich kann weiter eidlich versichern, daß jede Rede von mir stammt, keine gelesen wird, nichts gedruckt ist und keiner sie mir vorgeschrieben hat[44]. Ich würde auch vor diesem technischen Instrument meinen Mann stellen. [*sic!*] Im übrigen lade ich noch das System ein, den Prozeß abzukürzen. Sie brauchen gar nichts tun, als alles das, was sie geredet haben, heute zu plakatieren, und was ich geredet habe, plakatieren wir daneben. Sie können jeden Artikel von mir einmal drucken lassen und der Nation zeigen, meine Gegner tun es nicht. Sie sind hier so unerhört feinfühlend. Sie wollen nicht in die Vergangenheit hineinsteigen. Aber sie werden sehr nervös, wenn plötzlich die Artikel von 1925 der Vergangenheit entrissen werden[45]. [...][46] Wir können schon weitergehen und all das wiedergeben, was sie die langen Jahre verbrochen haben, all die Erklärungen, ihre Verträge, ihre Unterschriften, ihre Notverordnungen[47] und unsere Behauptungen dagegen, und das Volk könne dann ja an der

44 Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß Hitler seine Reden nicht selbst ausarbeitete. Häufig brachte er eine Reihe von Stichworten zu Papier, an Hand derer er dann einer Sekretärin seine eigentliche Rede in die Maschine diktierte. Dieses Manuskript wurde von Hitler nochmals überarbeitet. Andererseits wird immer wieder berichtet, daß Hitler vor Massenversammlungen völlig frei sprach oder daß ihm nur ein Zettel mit Stichworten als Orientierungshilfe zur Verfügung stand. Charakteristisch für seine Rhetorik, die ganz auf den Kontakt, schließlich auf die Überwältigung seiner Zuhörer zielte, blieb ohnehin eine sich verselbständigende Improvisation, fern jeder schriftlichen Vorlage. Vgl. Christa Schroeder, Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, München 1985, S. 78 ff.; Detlev Grieswelle, Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920-1933, Stuttgart 1972, insbes. S. 122 ff., 225 f.; Domarus, Hitler, Bd. I, S. 48 ff. Beispiele für Stichwortzettel von Hitler-Reden bei Jäckel/Kuhn, Hitler, etwa Dok. 138, 145, 181.

45 Schon im Vorfeld des Reichspräsidentenwahlkampfs begann die NSDAP unaufhörlich die Propaganda derjenigen Parteien und Personen wiederaufzulegen, die noch 1925 Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten entschieden abgelehnt hatten, inzwischen aber aus pragmatischen Gesichtspunkten dessen Wiederwahl unterstützten. Vgl. z. B. VB vom 31.1.1932, "'Körperlich und geistig unfähig, sein Amt zu verwalten'"; vom Februar 1932 (Sonder-Nummer 22), "'Saupreußischer General'"; vom 12.3.1932, "Zentrumsheuchler"; Illustrierter Beobachter vom 12.3.1932, "Wer will, daß alles beim alten bleibt, wählt Hindenburg!". Ferner Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2250 sowie die Sammlung von Heinz Franke, Warum Hindenburg? Kampfschrift, Heft 7. Broschürenreihe der Reichspropaganda-Leitung der NSDAP, München 1932.
Auch die nationalsozialistische Provinzpresse arbeitete ständig mit solchen Reproduktionen; vgl. z. B. Hessenhammer vom 11.3.1932, S. 2, wo ein Wahlflugblatt der SPD aus dem Jahr 1925 abgedruckt ist.

46 "(Siehe 'Volkswille'. Die Schriftl[*ei*]t[*un*]g)".

47 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

Wirklichkeit heute entscheiden, wer Recht gehabt hat. Wir könnten den Kampf auch der Programme aufnehmen. Aber wir brauchen das gar nicht. Denn wir können den Tatsachen der anderen Seite auch eine Tatsache von uns gegenüberstellen. In der Zeit, in der dieses andere System alle moralischen, ethischen, alle inneren Werte der Nation zerstört hatte, das gefürchtete Deutschland auflöste, dieses deutsche Volk zerriß und zersplitterte, in der Zeit haben wir die festeste Organisation aufgebaut, die Deutschland je gehabt hat. Nicht als Theoretiker rede ich heute zu meinen Gegnern, sondern als der Organisator der größten deutschen Nationalbewegung, und wenn sie sagen: Ja, aber das sind doch zunächst nur Parteiwerte, meine Herren, das sind Volkswerte, und wenn sie sagen, ja, aber sie haben sie nur nicht, deshalb müßt ihr weg, damit wir das Werk des neuen deutschen Volksaufbaus, der neuen deutschen Volksgemeinschaft erproben, und wenn wir am 13. März nicht mehr geleistet haben als ihr, dann könnt ihr über uns zu Gericht sitzen. Schlechteres können wir nämlich gar nicht leisten, weil alles das, was überhaupt verrichtet werden konnte, ihr schon uns vorweggenommen habt. Wohl aber können wir sagen, daß in der Zeit das deutsche Volk wieder einen Aktivposten bekommen hat.

Es ist der Aktivposten des Vertrauens und des Glaubens und der Zuversicht.

Es mag Menschen geben, die der Meinung sind, daß wir nicht so schwer ins Gewicht fielen. Was würde heute Deutschland sagen, wenn diese Bewegung nicht in den 13 Jahren diesen Kampf geführt hätte?

Deutschland würde stumpfsinnig, hoffnungslos und ohne Zuversicht am Boden liegen, wenn nicht wir diese gewaltige Welle von Glauben und Zuversicht in die Nation gebracht hätten. (Lebhafte Zustimmung.)

14 Tage ziehe ich jetzt durch Deutschland. Ausgehend von Berlin, Hamburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Mitteldeutschland, Bayern, Württemberg und endlich an den Rhein und Westfalen und nun hier[48], und überall ist dasselbe Bild:

Ein Volk ist im Aufbruch begriffen,

Deutschland hat seine Seele und seinen Glauben an die Zukunft wieder gefunden. (Lebhafter Beifall.)

Als einst ein Fichte seine Rede an die deutsche Nation hielt[49], und als einst die Freiheitskämpfer in Schlesien Preußen ausriefen[50] - es konnte keine gewaltigere Bewegung sein als die, die heute durch unser Volk geht. Wenn überhaupt dieses deutsche Volk noch einen Wert besitzt, dann ist es der Wert, der in der Bewegung heute gesammelt ist. Aus den besten unse-

---

48 Vgl. Dok. 29-43.

49 Gemeint sind die *Reden an die deutsche Nation*, die Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) im Winter 1807/08 im französisch besetzten Berlin hielt. Im Zentrum dieser, von der Öffentlichkeit stark beachteten Reden steht die Idee der Nationalerziehung der Deutschen zur Sittlichkeit, zum Mut, zur Selbständigkeit, zu einer neuen Religion und einer neuen nationalen Ordnung, mit dem Ziel die französische Besatzungsherrschaft zu überwinden. Vgl. Peter Rohs, Johann Gottlieb Fichte, München 1991, S. 161 ff. Druck: Fichtes Reden an die deutsche Nation. Eingeleitet von Rudolf Eucken, Leipzig 1909.

50 Obwohl der preußische König Friedrich Wilhelm III. noch am 19.1.1813 seine Zustimmung zu der am 30.12. 1812 geschlossenen Konvention von Tauroggen verweigert hatte, reiste er Ende Januar nach Breslau, um seine Handlungsfreiheit gegenüber den französischen Besatzungstruppen zu verbessern. Der harte Kern der Reformer wie Gerhard von Scharnhorst, August Neidhart von Gneisenau, Hermann von Boyen und Gebhard Leberecht von Blücher begleiteten ihn. In Breslau unterzeichnete der König am 27.2. den Friedens-, Freundschafts- und Bündnisvertrag zu Kalisch, mit dem er seine schwankende Politik zugunsten einer antifranzösischen

res Volkes haben wir sie gebildet, aus Handarbeitern, aus Arbeitern der Stirn[51], aus allen Schichten unserer Nation, aus allen Konfessionen haben wir die besten Leute herausgeholt, zusammengefügt, zueinandergebracht und gelehrt, sich gegenseitig wieder zu begreifen und zu verstehen, haben ihnen den Willen eingeimpft, wieder ein Volk sein zu wollen[52].

Wo ist die gleiche Erscheinung heute in Deutschland?

Klassen haben sie, jawohl, Konfessionen haben sie, jawohl! Berufe; aber ein Volk haben sie nirgends. Wenn wir heute als Ankläger auftreten, dann haben wir hinter uns eine gigantische geleistete Arbeit, und wenn unsere Gegner jetzt so tun, als ob diese Arbeit keinen Wert besäße, oh, wie würden sie wohl reden, wenn das Ergebnis dieser Arbeit ihnen zur Verfügung stände? Wie würden sie dann auf einmal diese Arbeit zu würdigen und zu schätzen vermögen! Wie würden sie dann mit einem Schlage die Größe der Leistung verstehen, die sie heute nicht wahr haben wollen, vor allen Dingen innerlich ist ihnen selbst anders.

Innerlich dämmert ihnen schon etwas auf, daß in Deutschland das Volk sich einer neuen Weltanschauung und damit einem neuen Geist zuwendet. Ganz innerlich ist ihnen schon langsam klar, daß die Nation sie vor den Richtstuhl hinruft, und daß das Volk sie verurteilen wird. Innerlich sind sie nicht von dieser Freiheit erfüllt, wie außen. Und wir verstehen sie auch.

Sie versuchen, das Geklapper ihrer Zähne heute hinter Phrasen zu verbergen. Ich muß hell lachen, wenn ich so einzelne Vertreter dieses alten Systems reden höre, daß sie uns die Macht so oder so nicht geben wollen, weder legal noch illegal[53].

Wir nehmen sie legal[54]*, und ihr werdet sie uns nicht illegal verweigern.*

Ihr werdet auch vor unserer legalen Faust zerbrechen. Wir danken euch, ja, ihr habt uns ja selbst zu dem gemacht, was wir heute sind, daß ich eine Millionenbewegung heute hinter mir habe, das ist noch nicht so wesentlich, als daß diese Millionenbewegung in ihrem besten Teil von meinen Gegnern selbst gebildet wurde. Durch diese Unsumme von Verfolgungen und Unterdrückungen, von Terror, von Lüge, von Verleumdung, von Blut, von Gefängnis habt ihr uns kalt gemacht. Eiskalt.

Und wir werden vor euch unsere Fahne niemals senken.

Der Tag des 13. März ist für uns nur ein Kampftag, ein Schlachttag, in den die Bewegung hineinmarschiert, sehr zuversichtlich. Ein Tag aber, der vielleicht eure Geschichte beendet, aber niemals die unsrige. Ein Tag der Schlacht, dem ein Morgen der Arbeit wieder folgen wird. Wir denken nicht daran, daß an dem Tage nun mit einem Wunder plötzlich Deutschlands Schicksal geändert sein wird. Es wird ein gewaltiger Schritt sein auf dem Wege zur inneren

---

Koalition mit Rußland beendete. Am 10.3. stiftete er den Orden des Eisernen Kreuzes, am 17.3. erließ er den Aufruf "An mein Volk" und erklärte Frankreich den Krieg. Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Die Befreiungskriege 1807-1815. Napoleon gegen Deutschland und Europa, Berg 1987, S. 345 ff.

51 Bei dem Wort Arbeit handelt es sich um einen der Zentralbegriffe der nationalsozialistischen Weltanschauung; dementsprechend prägte Hitler schon in seinen frühen Reden den Begriff des Hand- und des Kopfarbeiters, bzw. des Arbeiters der Stirn und der Faust - auch in der Absicht, alle bestehenden sozialen und beruflichen Gegensätze bereits sprachlich zu nivellieren. Vgl. Cornelia Berning, Vom "Abstammungsnachweis" zum "Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964, S. 14 ff.

52 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

53 Vgl. Dok. 29, Anm. 28.

54 Vgl. Dok. 1, Anm. 27, ferner Dok. 32, Anm. 6 sowie Dok. 44.

deutschen Genesung, zur inneren deutschen Wiedergeburt. Es wird aber ein Tag vielleicht sein, der für uns eine neue Verpflichtung enthalten muß, weiterzuarbeiten, so wie bisher,

denn nicht durch das Wunder einer Abstimmung, wird Deutschland gerettet, sondern durch das Wunder einer neuen inneren Reorganisation unseres Volkes, einer Reorganisation, die die besten Köpfe der Nation in den Dienst der Nation stellt und den besten Köpfen der Nation das beste Volk wieder zur Seite gibt.

So kann ich Sie auch nicht bitten und werben, daß Sie uns Ihre Stimme geben. Es würde ein Unrecht sein, gemessen an den Opfern derer, die seit so vielen Jahren mit mir kämpfen. Was sollte ich heute einen Deutschen bitten, geben Sie mir Ihre Stimme, wenn ich doch meine Kameraden um mich sehe, die bereit sind, ihr Leben zu geben; das steht in gar keinem Verhältnis. 13 Jahre lang habe ich mein Gewissen als einzigen Befehlsgeber gekannt für mein Handeln. Folgen Sie Ihrem Gewissen. Wenn Sie uns nicht vertrauen, brauchen Sie uns Ihre Stimme nicht zu geben. Wenn Sie uns vertrauen, müssen Sie Ihre Pflicht erfüllen. Eines kann ich Ihnen allen als Dank versichern:

Am 13. März wird ein großer Kampf ausgefochten und am 14. beginnt wieder unsere Arbeit für Deutschland[55].

12. März 1932 Dok. 46
Interview mit der New York Evening Post[1]

New York Evening Post vom 12.3.1932, "Hitler Predicts Run-Off Victory; To be 'Moderate'. Tells Post Deadlock is Certain at Polls Tomorrow. Puts Hindenburg Total at 12 Million. Avers He Will Not 'At Once' Rescind Policies of Bruening Regime"[2].

"Hindenburg", Hitler said, "cannot muster more than 12,000,000 votes. I cannot get less than 12,000,000[3]. I shall certainly poll more votes on the first ballot, but I consider it virtually impossible that either of us shall obtain an absolute majority tomorrow. It will have to come to a run-off on April 10 [, *1932*][4] when plurality decides and then there is no question of the outcome."

---

55 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In Hannover. Das Interview führte der Korrespondent der *New York Evening Post* in Berlin, Hubert Renfro Knickerbocker, offenbar noch am selben Tag. Vgl. auch Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 254 f. Ferner H[*ubert*] R[*enfro*] Knickerbocker, Deutschland So oder So?, Berlin 1932.
Der Artikel wird eingeleitet mit einer Schilderung der allgemeinen politischen Verhältnisse.

2 Zur Reaktion der Presse vgl. z. B. Le Matin vom 13.3.1932, "Hitler déclare..."; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.3.1932, "Der Führer vor der Wahl"; Germania vom 19.3.1932, "System oder Phrase?"; Vossische Zeitung vom 2.4.1932, "Wie sehr Hitler sich irrte"; Münchener Post vom 5.4.1932, "Hier irrte Hitler".

3 Vgl. jedoch Dok. 47, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 42, Anm. 2.

Hitler Condition Good

[...][5]

"If I am wrong in my estimates," he said while he drank a cup of coffee, "it will be the first time I have overestimated the National Socialist vote. I always have underestimated it. In September, 1930, I reckoned that we would certainly get thirty-five seats in the Reichstag, probably forty-five, and at the most seventy-five[6]. We got 107[7]. In more than a decade of public life, not poor in experience or enthusiasm, I never witnessed such scenes of delirious acclamation as now[8]. Hindenburg has absolutely no chance and I consider it was unforgivable and irresponsible frivolity on the part of Dr. Bruening that he should have exposed the Field Marshal to the tragedy of irreparable defeat[9]."

[...][10]

Sees Bruening Out

"Dr. Bruening will resign the moment I am elected. But he will also have to resign if I get, say, 13,000,000 votes tomorrow. There will be an interim Government until the final outcome of the election and the moment I take office there will be a new Reichstag election. It is fundamentally false to think that I intend to rule without the Reichstag[11]. I intend to rule only with the Reichstag, but it is necessary first to have a new Reichstag election to obtain a Parliament that really represents the will of the people and that is capable of working.

5 "Hitler looked even fresher than he did six weeks ago when I saw him in Munich and although in the last twelve days he has spoken nightly to assemblies he reckoned totalled 500,000 persons and despite the fact that he stands today at the decisive moment in his career, he showed not a trace of nervousness or fatigue."

6 Hitler hatte etwa im Juli 1930 bei einem internen Gespräch mit dem Hohen Kommissar des Völkerbunds für die Freie Stadt Danzig, Manfredi conte di Gravina, die Erwartung ausgesprochen, daß sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Zahl der nationalsozialistischen Abgeordneten von 12 auf etwa 50 erhöhen werde. Die NSDAP könne, so Hitler, jeweils 20 bis 25 Sitze von der SPD und den bürgerlichen Parteien gewinnen, ferner zwei bis fünf Sitze vom Zentrum. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 231 f.

7 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 6.409.610 Wahlberechtigte (18,3%) NSDAP gewählt, so daß sie mit 107 Abgeordneten im Reichstag vertreten war. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 72.

8 Zur öffentlichen Wirkung von Hitlers Auftreten im Reichspräsidentenwahlkampf vgl. Dok. 29-45.

9 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 12, Anm. 6, Dok. 18, Anm. 2 und Dok. 25, Anm. 4.

10 "But what will happen if Hitler is elected? This is the great question that is exciting Germany and Europe today, and Hitler until now has maintained the greatest reticence in respect to any outline of his immediate plans. Today he gave a clearer sketch of what he expects to do than ever before, and some of it is surprising."

11 Hitler und die NSDAP ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, daß sie den Parlamentarismus ablehnten. In der nationalsozialistischen Propaganda wurde der Reichstag als die "seichteste Schwätzerinstitution aller Zeiten" denunziert, während die nationalsozialistischen Abgeordneten immer wieder durchblicken ließen, daß sie lediglich ihr Mandat wahrnahmen, um die parlamentarisch-demokratischen Institutionen zu zerstören. 1924 schrieb Hitler in seiner Bekenntnisschrift *Mein Kampf*: "Die junge Bewegung [*NSDAP*] ist ihrem Wesen und ihrer inneren Organisation nach antiparlamentarisch, d. h. sie lehnt im allgemeinen wie in ihrem eigenen inneren Aufbau ein Prinzip der Majoritätsbestimmung ab, in dem der Führer nur zum Vollstrecker des Willens und der Meinung anderer degradiert wird. Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz einer germanischen Demokratie: Wahl des Führers, aber unbedingte Autorität desselben." Vgl. Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992, S. 25 ff. Zitate: Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 54, 364.

"I anticipate that we can get a working majority in the Reichstag that will enable my Government to rule by constitutional means and not by emergency decrees [12]. I am not going to rule by emergency decrees as the present Government does. I do not consider it is justified to take advantage of Paragraph 48 of the Constitution providing that the President can rule by decree in the event of a national emergency unless such national emergency actually exists. I consider such a national emergency would only ensue in case, for instance, of an attempted revolution, or, say, an attempt by the Poles to invade Germany [13]."

Contrasts Former Stand

[...] [14]

"No", he said, "I shall not attempt to rescind at once all of Chancellor Bruening's emergency decrees any more than I shall announce at once repudiation of the Versailles Treaty. Emergency decrees, like the Versailles Treaty, have created a condition and it is impossible to correct the condition merely by rescinding the decrees or repudiating the treaty. We will first rescind the decrees when we have something to take their place and we will first get rid of the Versailles Treaty when we have a conference at which another treaty can be made to take its place."

Promise of Moderation

[..] [15]

"I can't believe these people mean seriously what they say. Any attempt at a general strike against me would be a most absurd fiasco. Its leadership would be bound to fall into the hands of Communists and the bourgeois parties now combating me would be compelled to come on their knees and beg me to lead my men to protect them against the Reds [16]."

---

12 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

13 Zur verfassungsrechtlichen Frage der Diktaturgewalt vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 687 ff. Dort auch Hinweise auf das zeitgenössische Schrifttum. Für den Spielraum bei der Interpretation des konstitutionellen Ausnahmezustands war es bezeichnend, daß das in Artikel 48, Absatz 5 angekündigte Ausführungsgesetz nie zustandekam.

14 "This rather unexpected acknowledgement of respect for democratic principles stands in sharp contrast to the fear of many of Hitler's opponents that he would attempt an immediate overthrow of the Republic. It confirms the opinion that Hitler's real intention is to follow the example of Benito Mussolini who only established his Fascist regime in its present form after years of gradual evolution. Hitler indicated on the whole that there would be no very great change if he took office."

15 "This is certainly the most definite promise Hitler has yet made of moderation in his domestic foreign policy. Hitler's difficulty is that none of his opponents believe him. On the contrary, so strong is their conviction that his regime would mean disaster that the opinion is widely and openly heard from Republicans that he would never be allowed to take office even if he were elected. Trade union leaders fearing the fate that befell organized labor in Italy, have threatened a general strike. Asked what he would do in such an eventuality, Hitler replied:"

16 Wie etwa Hitlers interne Ansprachen vor SA-Führern im September 1931 verdeutlichen, spielten derartige Planspiele in seinen damaligen politischen Überlegungen eine große Rolle. Die innenpolitischen Verhältnisse im Deutschen Reich schienen Hitlers Erwartung zu rechtfertigen, daß - so Hitler am 15.9. - "die kommende schwere Zeit schwere Unruhen mit sich brächte", die er zu seinen Gunsten ausnutzen wollte. Hitler lehnte es jedoch ab, zumindest vorerst, den ersten Schritt zu tun oder sich lediglich für die Interessen des bestehenden Staates einspannen zu lassen. Erst bei kommunistischen Unruhen sei die NSDAP "legal und illegal berechtigt, einzugreifen". Vgl. Bd. IV/2, Dok. 31 und 38 f. Ferner Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus.

[...][17]

"Every man who has ever taken a hand in history must be prepared for responsibility and since I am certain of my ability to fulfill my role I have no fear of assuming it."

[...][18]

"It was June 1 or 2, 1918, during the Chemin des Dames offensive[19]. We had just stormed a village and I was sent out with dispatches over a shell-torn field. Suddenly in front of me I saw a shellhole and in it the flat steel helmets of Frenchmen in a machine gun nest. I had no grenades and only one pistol. I was too close to have been unobserved. There was nothing to do but bluff."

Bluff Won Out

"I leaped on the edge of the shell-hole and shouted in French: 'You are my prisoners', at the same time shouting orders in German as though I had a company of soldiers with me. First one Frenchman came out with his hands up, then another and another until thirteen Poilus[20], one non-com[21] and one lieutenant came out. Three of them had pistols and I didn't know enough French to order them to surrender their arms. They marched ahead of me and all the time I was thinking that my pistol only had ten rounds of ammunition and that there were fifteen men and three of them still had their guns. We marched and marched and the French grew restive and I grew nervous and prayed we would meet some of our men. Then I saw soldiers. If they are French I will have to shoot it out, I thought. They were Germans and that was all of that[22]."

[...][23]

Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975, S. 590 ff.; Klaus Rüffler, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994, S. 257 ff. Bei der Affäre um die sog. Boxheimer Dokumente war es erneut deutlich geworden, daß man auch an der Basis der NSDAP ähnliche Gedanken hegte. Diese putschistischen Einzelinitiativen stellten jedoch nicht nur die Autorität der Parteileitung in Frage, sondern ebenso die nationalsozialistische Legalitätstaktik, so daß die Führung der NSDAP alles tat, um diese politischen Eigenmächtigkeiten möglichst zu unterbinden. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 76 und 90, ferner Dok. 1, Anm. 27 und Dok. 44, Anm. 1 dieses Bandes.

17 "Hitler's self-confidence is amazing. Never having held public office and faced with the possibility of becoming head of a great State he answered the question as to whether he had anxieties about assuming such a responsibility with the smiling remark."

18 "I asked him about the election story of his opponents, reflecting on his war record and questioning the circumstances under which he won the Iron Cross. Urged to give the correct version Hitler for the first time told the story that does not even appear in his autobiography and apparently has never been published."

19 Der Chemin des Dames, ein 30 km langer Höhenweg im Departement Aisne, wurde im März 1917 Teil der sog. Siegfriedstellung, auf die sich die deutsche Westfront zurückgezogen hatte. Nachdem französische Truppen den beherrschenden Höhenzug am 16.4.1917 erobert und die deutschen Verteidiger hinter die Ailette zurückgedrängt hatten, lag dieser Frontabschnitt im Zentrum des zweiten Teils der deutschen Frühjahrsoffensive des Jahres 1918. Am 27.5. überschritten deutsche Einheiten erneut den Chemin des Dames, am 7.9. wurden die Stellungen von der 9. deutschen Armee wiederbesetzt und am 11.10.1918 endgültig geräumt. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Bd. XIV, passim.

20 Französisches Adjektiv für: haarig, behaart. Spitzname für den französischen Soldaten, insbesondere seit dem Ersten Weltkrieg.

21 Abkürzung für: Non commissioned officer, englische Bezeichnung für die Dienstgradgruppe der Unteroffiziere.

22 Als Soldat wurde Hitler am 2.12.1914 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, am 18.5.1918 mit dem Verwundeten-Abzeichen in Schwarz und am 4.8.1918 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet. Es läßt sich nicht mehr sicher rekonstruieren, warum Hitler das Eisernen Kreuz I. Klasse erhielt, das im Ersten Weltkrieg sel-

13. März 1932 Dok. 47
"Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen!"
Aufruf

VB vom 15.3.1932, "Adolf Hitler an die Partei" [1].

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen [2]! Gegen das vereinte Aufgebot aller anderen Parteien, trotz schwerster behördlicher Unterdrückungen und Behinderungen unserer Propaganda [3] hat

---

ten an Mannschaften und Unteroffiziere verliehen wurde. Die später immer wieder kolportierte Geschichte, er allein habe 15 französische Soldaten gefangen genommen, erscheint unwahrscheinlich. Vermutlich erhielt Hitler diesen Orden für seinen unermüdlichen wie gefährlichen Dienst als Meldegänger, wobei die Initiative hierfür vom Leutnant d. R. "Hugo Gutmann, einem jüdischen Büromaschinenfabrikanten aus Nürnberg", ausging. In einem Schreiben des Stellvertretenden Kommandeurs des Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiments 16, Major Reinhart Frhr. von Godin, vom 31.7.1918 wurde die Ordensverleihung u. a. folgendermaßen begründet: "Hitler ist seit Ausmarsch beim Regiment und hat sich in allen mitgemachten Gefechten glänzend bewährt. Als Meldegänger leistete er sowohl im Stellungskrieg als auch im Bewegungskrieg Vorbildliches an Kaltblütigkeit und Schneid und war stets freiwillig bereit, Meldungen in den schwierigsten Lagen unter größter Lebensgefahr durchzubringen. Nach Abreißen aller Verbindungen in schwierigen Gefechtslagen war es der unermüdlichen und opferbereiten Tätigkeit des Hitlers zu verdanken, daß wichtige Meldungen trotz aller Schwierigkeiten durchdringen konnten." Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff., Zitate S. 173, 175. Dort auch sämtliche Quellen zu diesem Komplex.

23 "Hitler received the Iron Cross in August, 1918."

1 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 15.3.1932 (1. MA), "Der nationalsozialistische Kommentar"; Neue Preußische Kreuz-Zeitung vom 14.3.1932, "Hitler im zweiten Wahlgang"; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.3.1932, "Der Führer nach der Wahl". Zur Genese von Hitlers Aufruf vgl. ferner Otto Dietrich, Mit Hitler in die Macht, München 1934, S. 62 f.

2 Das Ergebnis des ersten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 lautete:

Stimmberechtigte	43.949.681	
gültige Stimmen	37.648.317	86,2%
Hindenburg	18.651.497	49,6%
Hitler	11.339.446	30,1%
Thälmann	4.983.341	13,2%
Duesterberg	2.557.729	6,8%
sonstige	116.304	0,3%

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.
Hindenburg hatte damit die in § 4 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4.5.1920 geforderte absolute Mehrheit nur knapp verfehlt.

3 Die Notverordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3., 17.7. und 10.8.1931 ermächtigten die Justiz, auch gegen die rechtsradikale Presse schärfer vorzugehen. Allein *Der Angriff* wurde im Jahr 1932 zwölfmal verboten.
Von dieser Verbotspraxis wurden nicht nur die großen nationalsozialistischen Zeitungen getroffen. Im *VB* und in *Der Angriff* finden sich in den Monaten Februar und März 1932 insgesamt 59 Meldungen über Verbote nationalsozialistischer Provinz- oder Spezialblätter wie etwa *Der Alemanne* (Freiburg, eine Woche), *Bremer Nationalsozialistische Zeitung* (15.2.-15.3.1932), *Niederrheinische Tageszeitung* (Geldern, eine Woche), *Der Oberbergische Bote* (Waldbröl, 9.3.-16.3.1932), *Preußische Zeitung* (Königsberg, 19.2.-27.2. und 5.3.-25.3. 1932), *Schulbeobachter* (Berlin, bis 31.5), *Volkskampf* (Kiel, zwei Wochen), *Westdeutscher Beobachter* (Köln,

die Nationalsozialistische [*Deutsche Arbeiter*]partei ihre Wählerschaft in knapp anderthalb Jahren fast verdoppelt[4].

Wir sind heute zur unbestritten weitaus stärksten Partei Deutschlands emporgestiegen.

Mit einer Flut von Lügen, Verleumdungen und Irreführungen sondergleichen haben unsere Gegner gekämpft. Die gegen uns vereint aufmarschierenden Parteien sind von *21,4 Millionen auf 18,6 Millionen gesunken*[5], *wir sind dagegen von 6,4 auf 11,3 Millionen gestiegen.* Deutschnationale und Stahlhelm haben ihren alten Bestand gehalten[6].

Was uns in dem Wahlkampf noch nicht restlos gelungen ist, *muß im kommenden vollendet werden.*

Nationalsozialisten!

Wir haben aus eigener Kraft aus dem deutschen Volk über 5 Millionen Stimmen erneut an uns gezogen. Der Angriff gegen die Zentrums- und Marxistenfront muß nun sofort in *der schärfsten Form* erneut aufgenommen werden[7]. Ich weiß, Parteigenossen, daß Ihr in dem

---

9.3.-16.3.1932) und andere mehr sowie sechs weitere Meldungen über Beschlagnahme von nationalsozialistischen Zeitungen. Insgesamt wurden 1931 224, 1932 sogar 294 Zeitungsverbote ausgesprochen. Vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914-1945, Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972, S. 340; Klaus Petersen, Literatur und Justiz in der Weimarer Republik, Stuttgart 1988, S. 86; Rüffler, Landfriedensbruch, S. 298 ff. Ferner Dok. 5, Anm. 2, Dok. 30, Anm. 7-9 und 24 sowie Dok. 64, Anm. 1.

4 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 6.379.672 Wahlberechtigte (18,3%) NSDAP gewählt, beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 stimmten 11.339.446 Wähler (30,1%) für Hitler. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 546 f.; 1932, S. 541 ff.; Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 46, 72.

5 Neben Hitlers Aufruf ist eine statistische Übersicht des Wahlergebnisses abgedruckt, die verdeutlicht, daß unter dieser Berechnung lediglich jene Parteien und Gruppierungen subsumiert wurden, die sich für eine Kandidatur Hindenburgs ausgesprochen hatten, nicht aber DNVP und KPD, die jeweils einen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt hatten. Während bei der Reichspräsidentenwahl vom 13.3.1932 18.651.497 Wähler (49,6%) für Hindenburg votierten, hatten die Parteien (SPD, DStP, Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk, Christlich-Sozialer Volksdienst, Zentrum, BVP, DVP, Konservative Volkspartei und sonstige), die Hindenburgs Kandidatur unterstützten, bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 zusammen 21.449.117 Stimmen (61,6%) erhalten. In der Statistik des *VB* wird das gesamte Wahlergebnis der "Hindenburg-Parteien" vom 14.9.1930 jedoch nur mit 20.561.275 Stimmen angegeben, da einige kleinere Parteien nicht in die Addition miteinbezogen wurden. Dagegen entspricht Hitlers - davon abweichende - Angabe der hier durchgeführten Berechnung. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff. Ferner Dok. 50, Anm. 15.

6 Die DNVP hatte bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 2.458.246 Stimmen (7,0%) erhalten; der Stahlhelm hatte nicht kandidiert, große Teile dieses Verbands standen jedoch der DNVP nahe. Bei der Reichspräsidentenwahl vom 13.3.1932 wählten 2.557.729 Wähler (6,8%) Duesterberg, für den sich die DNVP ausgesprochen hatte. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 46; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 542 ff. sowie Dok. 50, Anm. 26.

7 Ungeachtet des hohen Risikos hatte die NSDAP ihren Wahlkampf so geführt, als ob eine Entscheidung schon gefallen sei. Der *VB* war etwa am 24.2.1932 mit dem Leitartikel überschrieben: "Deutschland wählt Hitler! Vorwärts zum Endkampf - Der Sieg ist unser!". In einem Rundschreiben empfahl denn auch die Reichspropagandaleitung der NSDAP allen Gauen unverhohlen die folgende Taktik: "Der stehende, ewig wiederholte Satz lautet: Adolf Hitler ist nicht nur unser Kandidat, Adolf Hitler ist der kommende Präsident. Die Siegesgewißheit der gesamten Partei muß bis zum blinden Gehorsam gesteigert werden."
Das Wahlergebnis vom 13.3. traf deshalb die Parteigenossen wie ein Schock. Hitler, in dessen Handeln stets "ein Element von Spielerwesen und Glücksrittertum" (Fest, Hitler, S. 282) greifbar war, ließ jedoch - so wie er es in seinen Wahlkampfreden immer wieder angekündigt hatte - keinen Zweifel daran, daß er sich auch einem zwei-

Kampfe schwere Opfer gebracht habt. Trotzdem fordere ich Euch auf, *augenblicklich den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen.* Kein Tag darf verlorengehen! *Ich habe schon in meinen Reden angekündigt, daß ganz gleich, wie die Wahl ausgeht, der 14. März* [*1932*] *uns wieder an der Arbeit sehen wird. Und ganz gleich, wie groß und intensiv diese Arbeit der letzten Wochen war, sie wird und muß noch gesteigert werden!*

Wenn die Wähler der gesamten nationalen Front [8] sich auf das Gebot der Stunde besinnen, muß es uns noch möglich werden, die wenigen Millionen fehlenden Volksgenossen aus der widernatürlichen Front unserer Gegner herauszubrechen und uns zuzuführen [9].

Ich weiß, daß meine Redner jetzt ermüdet sind. Ich weiß, daß meine SA- und SS-Männer zahlreiche schlaflose Nächte hinter sich haben, ich weiß, daß die politischen Leiter, ebenso wie die Führer der SA, in den letzten Wochen Übermenschliches geleistet haben. Allein, es darf heute keine Rücksicht geben. So wie ich selbst die Arbeit augenblicklich wiederaufnehme, erwarte ich von Ihnen allen, daß Sie ohne Zögern Ihre Anstrengungen erhöhen und, wenn nötig, verdoppeln. Entsprechend der vor uns klar sichtbaren Aufgabe wird unsere Propaganda einer neuen Überprüfung unterzogen [10]! Die Anordnungen für die Weiterführung und Verstärkung des Kampfes gehen bereits heute abend an die Organisationen hinaus.

Parteigenossen!

Durch unsere Energie und Zähigkeit sind wir *von sieben Mann* [11] *nunmehr auf 11,3 Millionen gewachsen!* Die übrigen nationalen Kräfte eingerechnet, umfassen wir damit rund 13,8 Millionen. *Es muß uns möglich sein, die fehlenden 2 ½ Millionen aus der gegnerischen Front herauszureißen und dorthin zu führen, wohin sie gehören.*

Das Ziel ist klar, die Notwendigkeit des Kampfes wird durch die schon gebrachten Opfer nur noch erhärtet. Wir sind es all denen, die uns ihr Vertrauen schenkten, schuldig, unser Höchstes und Allerletztes herzugeben, um den Sieg an unsere Fahne zu heften.

Der erste Wahlkampf ist beendet, *der zweite hat mit dem heutigen Tage begonnen.*

Ich werde auch ihn mit meiner Person führen.

München, den 13. März 1932

gez. *Adolf Hitler*

---

ten Wahlgang stellen werde. Vgl. Horn, Führerideologie, S. 347 ff.; Paul, Aufstand der Bilder, S. 95 ff. Zum Entscheidungsprozeß Hitlers vgl. auch Dok. 48 sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 140 f.

8 Vgl. Dok. 50, Anm. 25.

9 Hugenberg informierte Hitler mit Schreiben vom 20.3.1932 über seinen Entschluß, "in den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl *nicht* einzugreifen". Seine Entscheidung begründete Hugenberg folgendermaßen: "Nach meiner Auffassung kann durch meine Stellungnahme angesichts der Aussichtslosigkeit Ihrer Kandidatur ein *sachlicher Schaden* für die nationale Bewegung - sonst wäre ich anders verfahren - *nicht* entstehen. Darum ist dies der Augenblick, in dem das Volksinteresse, das über allem steht, das *Hervortreten* einer vorhandenen Meinungsverschiedenheit zwischen uns nicht nur *zuläßt*, sondern sogar *fordert*. Es soll geradezu eine *weithin sichtbare Kundgebung* sein, *wenn wir bei dieser zweiten zwecklosen Präsidentenwahl Gewehr bei Fuß stehen*." BA, NL Leo Wegener 73.

10 Vgl. auch Dok. 55, Anm. 6, Dok. 58 und 65.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.

13. März 1932 Dok. 48
"Kameraden der S.A. und S.S.! Hitlerjugend! N.S.K.K.!"
Aufruf

VB vom 15.3.1932, "Adolf Hitler an die Partei" [1].

Ein schwerer Kampf liegt hinter Euch! Ich habe persönlich Eure Opfer und Eure Anstrengungen kennengelernt. Dank ihnen ist die Partei in einem unvergleichlichen Aufstieg nunmehr zur weitaus stärksten politischen Bewegung Deutschlands geworden[2]. Ein zweiter größerer Kampf aber steht Euch nunmehr bevor! Noch einmal hat sich dieses System durch Lüge und Trug und Mißbrauch aller öffentlichen Einrichtungen[3], durch Terror[4] und Verbote[5] vorübergehend zu halten gewußt. Der Kampf dagegen muß daher sofort aufs neue beginnen. Mit dem 14. März [*1932*] setzt das Ringen um den entscheidenden zweiten Wahlgang ein[6]. Unsere Aufgabe ist: Mindestens 2 ½ Millionen verführte Wähler aus der Zentrums- und Marxistenfront herauszubrechen und der nationalen Front zuzuführen. Wir sind von sieben Mann[7] auf heute fast 11 ½ Millionen angewachsen. Wir werden, wenn alle Parteigenossen und alle Kameraden der S.A., S.S., Hitlerjugend und N.S.K.K. fanatisch ihre Pflicht erfüllen, auch diese Aufgabe lösen! So sehr Ihr vielleicht der Ruhe bedürft, so sehr zwingt mich der bevorstehende schwerste Kampf, von Euch auch die schwersten Opfer zu verlangen. Unser Angriff hat unverzüglich einzusetzen. Die Propaganda ist jetzt in höchster Intensität 4 Wochen lang fortzuführen. Am 10. April[8] muß, koste es was es wolle, dieses Ziel erreicht sein! Unsere Kameraden, die so große Opfer brachten, ja am Ende ihre Gesundheit und ihr Leben gaben, haben ein Recht, auch von uns den höchsten Einsatz zu fordern. Der Nationalsozialist, der seine Gegner erkannt hat, läßt sie in seinem Angriff nicht mehr los, bis daß sie zuletzt doch zusammenbrechen!

Der Dank liegt nur im endgültigen Sieg!

München, den 13. März 1932

Adolf Hitler

---

1 Vgl. Dok. 47, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.
3 Zur Finanzierung und Organisation des Wahlkampfs für die Wiederwahl Hindenburgs vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. III, Dok. 680. Beispiele für die Propaganda der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse: Buchstab u. a. Hrsg., Radikalismus, S. 63 ff.
4 Nach parteieigenen Angaben starben im Zeitraum vom 1.1. bis 11.3.1932 18 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen. Vgl. Halbmast, S. 58 ff., ferner Dok. 3, Anm. 14 und 12. Angaben zu den individuellen Hintergründe dieser Todesfälle in Dok. 14 und Dok. 60.
5 Vgl. z. B. Dok. 47, Anm. 3.
6 Vgl. Dok. 47, Anm. 7.
7 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.
8 Vgl. Dok. 42, Anm. 2.

15. März 1932 Dok. 49
Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtags[1]

Masch. Manuskript; Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 41-54[2].

Auf Vorruf erscheint der
Zeuge *Hitler*[3].

---

1 Im Plenarsaal des Thüringischen Landtags in Weimar, nachmittags. Hitlers Vernehmung dauerte etwa eine halbe Stunde.
Wilhelm Frick hatte als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister eigenmächtig versucht, Hitler mit Hilfe von § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 (Anstellung in ein öffentliches Amt) die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Am Rande des Gautags des Thüringer NSDAP am 12./13.7. 1930 überreichte Frick seinem Parteivorsitzenden eine Ernennungsurkunde, die er heimlich, ohne Abstimmung mit dem Kabinett vorbereitet hatte. Hitler, den Frick pro forma zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen ernennen wollte, reagierte jedoch äußerst reserviert auf diesen juristischen Winkelzug, erkannte er doch instinktiv, daß er sich durch Fricks dubioses Vorgehen, vor allem aber durch das ihm angebotene Amt der Lächerlichkeit preisgeben würde. Nachdem Hitler in dieser Sache nichts mehr von sich hören ließ und bei seiner Zeugenvernehmung vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25.9.1930 angab, er sei staatenlos, ging Frick davon aus, daß Hitler "seine Entscheidung im ablehnenden Sinne getroffen hatte" - so zumindest seine Zeugenaussage am 15.3.1932. Er habe deshalb, so Frick weiter, Anstellungsurkunde und Empfangsbescheinigung vernichtet und habe dies auch von Hitler angenommen. Obwohl Frick sein Vorgehen geheimzuhalten suchte, war es Anfang Februar 1932 durch eine gezielte Indiskretion ehemaliger Nationalsozialisten stückweise bekannt geworden (vgl. Anm. 31), so daß der Thüringer Landtag am 18.2.1932 auf Antrag der SPD einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzte; drei Vertreter der SPD, zwei des Thüringer Landbunds und je ein Vertreter von Wirtschaftspartei, DVP und KPD sollten diesen Fall aufklären. Nach der Zeugenvernehmung am 15.3. konnte sich der Untersuchungsausschuß jedoch nicht darauf einigen, den Fall weiter gerichtlich zu verfolgen. Ein entsprechender Antrag des Ausschußmitglieds August Frölich wurde in der sechsten Sitzung des Untersuchungsausschusses am 3.5.1932 mit 4:4 Stimmen abgelehnt. Vgl. Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196; Hermann Brill, Gegen den Strom, Offenbach a. M. 1946, S. 7 ff.; Overesch, Einbürgerung Hitlers; ders., Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 206 ff.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 16.3.1932, "Adolf Hitler in Weimar"; Berliner Tageblatt vom 16.3.1932 (MA), "Der Gendarm von Hildburghausen" und "Zwei Zeugen"; Le Matin vom 16.3.1932, "Un Projet de Trêve Politique pendant les Fêtes de Paques"; Münchner Neueste Nachrichten vom 16.3.1932, "Vernehmung Hitlers vor dem Thüringer Untersuchungsausschuß"; Das Volk vom 16.3.1932, "Hitler - die abgeschminkte Primadonna"; Vossische Zeitung vom 16.3.1932 (MA), "Wie man Gendarm wird ..."; Vorwärts vom 16.3.1932 (MA), "Hitler - geheimer Gendarm!"; Frankfurter Zeitung vom 17.3.1932 (2. MA), "'Hildburghausen'"; Der Nationalsozialist vom 17.3.1932, "SPD am Pranger!"; VB vom 17.3.1932, "Eine ungeheure Blamage des Thüringer Untersuchungsausschusses gegen Dr. Frick" und "Adolf Hitler vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Thüringen". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 142.

3 Vgl. hierzu die Erinnerungen Brills: "Dann befahl ich dem Landtagsdiener, den Zeugen Hitler hereinzuführen. Höchste Spannung herrschte im Saal. Die Tür öffnete sich, ein Mann in einem zweireihigen blauen Jakettanzug erschien im Türrahmen und stolperte beim Eintritt über den Teppich. Die Begleitung Hitlers im Saal hatte sich erhoben, um ihn mit dem 'deutschen Gruß' zu begrüßen. Da Hitler aber beim Stolpern mit dem Gesicht stark nach vorn gekommen war (o weh, dachte ich, Napoleon betritt die Bühne der Weltgeschichte in Unterhosen), unterblieb die Demonstration. Auch als Hitler sich aufrichtete, waren seine Anhänger so verwirrt, daß nur aus einem stotternden Chor und erst, nachdem Hitler die rechte Hand erhoben hatte, das 'Heil Hitler!' ertönte. Ich ließ mich dadurch nicht irre machen, sondern fragte mit scharfer Stimme an Hitler gerichtet: 'Herr Regierungsrat Hitler?...' Hitler antwortete mit Ja." Vgl. Brill, Strom, S. 11.

Nach Rechtsbelehrungen durch Herrn Vorsitzenden[4] leistet er den Zeugeneid in der religiösen Form.

Seine Personalien gibt er (am Schlusse seiner Vernehmung) wie folgt an:

Adolf Hitler, 43 Jahre alt, Regierungsrat[5] und Schriftsteller, München.

Vorsitzender: Das, was in Ihre Wissenschaft gestellt ist, Herr Zeuge, ist Ihnen durch die Zeugenladung bekannt. Ich bitte, Ihre Aussage im Zusammenhang zu machen. Es handelt sich um den Versuch des ehemaligen thüringischen Staatsministers Dr. Frick[6], Sie durch die Anstellung im thüringischen Staatsdienst als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen einzubürgern.

Zeuge: Was soll ich dazu sagen?

[*Vorsitzender*:] Das, was Sie darüber wissen.

Zeuge: Ich kam zum Parteitag nach Gera[7]. Wir gingen, glaube ich, danach in das Hotel. Oder war das Hotel vorher? Das kann ich nicht mehr sagen. Im Hotel teilte mir Herr Dr. Frick mit, daß er diesen Schritt unternommen habe. Ich war im ersten Moment vollständig verblüfft und überrascht. Denn es war davon nicht gesprochen worden. Ich habe nichts davon gewußt[8]. Deshalb war ich selbstverständlich im ersten Augenblick auch etwas bedrückt, weil ich mir darüber klar war, daß Herr Dr. Frick diesen Schritt getan hatte als Deutscher in der Überzeugung, damit ein in seinen Augen und in den Augen meiner gesamten Anhänger bestehendes Unrecht wiedergutzumachen. Ich hatte persönlich sofort die Überzeugung, daß ich diese Sache nicht annehmen könnte. Und ich habe auch Herrn Dr. Frick sofort erklärt, daß ich die Sache nicht wollte. Ich habe mich dann mit einigen Herren besprochen und habe nach dieser Bespre-

---

4 Hermann Brill (1895-1959), 1912 Eintritt in die SPD, 1916 Lehrer in Nauendorf, 1919 in Finsterbergen und 1920 in Tambach-Dietharz, 1919/20 MdL in Gotha (USPD), 1920-1933 MdL in Thüringen (USPD, seit 1921 SPD), 1920-1922 Mitglied des thüringischen Volksrats, Mitglied des USPD-Bezirksvorstands Thüringen, 1921-1923 Hilfsreferent, dann Vortragender Rat im thüringischen Ministerium für Volksbildung, 1923/24 Abteilungsleiter, dann Ministerialdirektor im thüringischen Innenministerium, 1928 Dr. jur., 1927-1932 Mitglied des Thüringischen Staatsgerichtshofs, 1927-1933 Gastdozent für öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, 1932 MdR, 1933/34, 1935 und 1938 inhaftiert, 1939 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, Inhaftierung im Zuchthaus Brandenburg, seit 1943 im KZ Buchenwald, Mai-Juli 1945 thüringischer Ministerpräsident und Innenminister, 1946-1949 Staatssekretär und Chef des Staatskanzlei im hessischen Staatsministerium, 1947-1949 Chief Consultant bei OMGUS in Berlin, 1949-1953 MdB (SPD), seit 1950 Honorarprofessor für Staatsrecht an der Universität Frankfurt a. M.

5 Vgl. Dok. 28.

6 Wilhelm Frick war vom 23.1.1930 bis 1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister und damit der erste nationalsozialistische Politiker, der ein Ministeramt wahrnahm. Vgl. Neliba, Frick, S. 57 ff.

7 Der Gautag der Thüringer NSDAP fand am 12./13.7.1930 statt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 74.

8 Der Untersuchungsausschuß des Thüringer Landtags hatte zuvor Frick als Zeugen vernommen und ihn detailliert über Vorgeschichte und Verlauf von Hitlers mißglückter Anstellung in den thüringischen Staatsdienst befragt. Frick gab an, er sei dabei "ohne jede Verabredung und ohne jede Fühlungnahme mit Adolf Hitler" vorgegangen. Verschiedene Anhaltspunkte sprechen dafür, daß Hitler in Fricks Pläne offensichtlich nicht eingeweiht worden war und schon deshalb nicht auf dessen Initiative einging. Vgl. Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 15-40.

chung - es war vielleicht ¼ Stunde später - Herrn Dr. Frick nochmals erklärt, daß ich die Sache nicht annehmen wolle. Herr Dr. Frick hat mir darauf gesagt: Nehmen Sie wenigstens die Urkunde zu sich und überlegen Sie sich die Sache; vielleicht kommen Sie doch zu einem anderen Entschluß. Ich habe das getan. Dann habe ich die Urkunde vernichtet und bin bei meinem Entschluß geblieben.

Vorsitzender: Herr Dr. Frick hat uns gesagt, daß Sie nach Behändigung [*sic!*] der Anstellungsurkunde eine Empfangsbescheinigung unterschrieben haben[9]. Erinnern Sie sich dessen?

Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern.

[*Vorsitzender:*] Es soll in dieser Empfangsbescheinigung der Vermerk enthalten gewesen sein, daß Sie auf Ausübung des Amtes und auf die Zahlung des Gehalts verzichteten. Sie sollen Herrn Dr. Frick gegenüber auch gesagt haben: Ob Sie die Sache endgültig annehmen würden, das müßten Sie sich noch überlegen, das würden Sie noch erklären.

Zeuge: Nein, ich habe sofort erklärt, daß ich es nicht annehme. Herr Dr. Frick sagte, ich solle es mir überlegen. Es war eine an sich peinliche Situation, weil ich überzeugt war, daß Herr Dr. Frick diese ganze Aktion unternommen hatte, um als Parteigenosse, als deutscher Mann, ein Unrecht gutzumachen an seinem Führer. Ich war hier natürlich persönlich in einer menschlich peinlichen Situation. Denn ich wollte auch Herrn Dr. Frick nicht brüskieren. Ich hatte dazu auch keine Veranlassung; denn ich persönlich habe an sich die Überzeugung gehabt, daß ich das deutsche Staatsbürgerrecht mir erworben habe[10] und daß es mir nur aus parteipolitischen Rücksichten heraus verweigert wurde[11].

[*Vorsitzender:*] Sie erinnern sich wohl nicht, eine derartige Empfangsbescheinigung unterschrieben zu haben?

---

9 Bei seiner Zeugenvernehmung hatte Frick ausgesagt, daß Hitler in Gera eine Empfangsbescheinigung über die erhaltene Anstellungsurkunde unterschrieben habe. Diese Empfangsbescheinigung habe auch - so glaubte sich Frick zu erinnern - eine Erklärung enthalten, daß Hitler auf die Ausübung des Amts, die Zahlung des Gehalts und den damit verbundenen Urlaub verzichte. Dieses Papier habe er an Frick zurückgegeben, jedoch von Anfang klargestellt, welch große Bedenken er gegenüber dem Frickschen Vorhaben habe. Vgl. Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 15-40.

10 Nach § 12 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 konnte "ein Ausländer, der mindestens ein Jahr wie ein Deutscher im Heer oder in der Marine aktiv gedient hat" auf eigenem Antrag "von dem Bundesstaat, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, eingebürgert werden". Hierfür waren jedoch die Voraussetzungen von § 8, Abs. 1 dieses Gesetzes zu erfüllen, d. h. der Antragsteller mußte unbeschränkt geschäftsfähig sein, "einen unbescholtenen Lebenswandel geführt" haben, "an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden" haben und schließlich imstande sein, "an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren". Nach § 9 durfte die Einbürgerung durch den Reichskanzler erst festgestellt werden, wenn "keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat". "Die Bedenken können nur auf Tatsachen gestützt werden, welche die Besorgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates gefährden würde." Vgl. Ernst Isay, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und zu den deutschen Staatsangehörigkeitsverträgen, Berlin 1929, S. 30 ff.

11 Eigentliches Motiv für die Ablehnung der deutschen, bzw. bayerischen Behörden war das von Hitler initiierte Hochverratsunternehmen im November 1923. Ganz davon abgesehen hatte Hitler nie das gesetzlich vorgeschriebene Einbürgerungsgesuch eingereicht. Vgl. Anm. 14.

Zeuge: Nein, ich erinnere mich nicht.

[*Vorsitzender:*] Sie meinen vielmehr, Sie haben sofort erklärt, Sie können die Sache nicht annehmen?

Zeuge: Ich habe sofort erklärt, daß ich die Sache nicht annehmen will. Herr Dr. Frick versuchte mir darauf noch die Gründe zu erklären, die dafür sprechen sollten, und ich habe dann noch mit einigen anderen Herrn darüber gesprochen. Aber diese waren meiner Auffassung. Und Herr Dr. Frick sagte dann: Nehmen Sie die Sache wenigstens zu sich und überlegen Sie es sich; Sie können es sich noch ein paar Tage überlegen, und wenn Sie noch zu einem anderen Entschluß kommen, dann teilen Sie es mir mit.

[*Vorsitzender:*] War unter diesen anderen Herren auch Herr Stennes[12]?

Zeuge: Nein.

[*Vorsitzender:*] Wann haben Sie die Anstellungsurkunde vernichtet? Können Sie das sagen?

Zeuge: Vielleicht am nächsten oder übernächsten Tage. Ein paar Tage später. Ich weiß es nicht genau. Die Urkunde kam mir wieder in die Hände, ich habe sie dann zerrissen und verbrannt. Für mich war es keine Urkunde, weil ich von vornherein erklärt habe: Ich nehme es nicht an.

[*Vorsitzender:*] Vorher haben Sie mit Herrn Dr. Frick über die Sache nicht gesprochen?

Zeuge: Nein, nie!

[*Vorsitzender:*] Herr Dr. Frick hat hier bekundet, daß er mit Ihrem Einverständnis im Jahre 1929, also ein halbes, ein dreiviertel oder ein ganzes Jahr vor dieser Angelegenheit in Thüringen einen Einbürgerungsversuch in Bayern unternommen habe. Erinnern Sie sich dessen?

Zeuge: Jawohl! Ich weiß gar nicht, ob das Herr Dr. Frick gewesen ist. Herr Dr. Frick war wohl dabei, aber ich glaube, es ging von Herrn Buttmann[13] aus. Ich habe diesen Schritt deshalb unternehmen lassen[14], weil von Zeit zu Zeit von den gegnerischen Parteien behauptet wurde, die

12 Walter Stennes (1895-1983), 1914 preußischer Leutnant, 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Entlassung als Polizeihauptmann wegen Beteiligung an einem Fememord, 1923 Bataillonskommandeur in der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 vermutlich nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1928 Bestätigung als SA-Oberführer in Berlin, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Nord, dann Ost, 2.4.1931 Ausschluß aus der NSDAP, danach Gründung der "Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands", 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

13 Rudolf Buttmann (1885-1947), Landtagsbibliothekar, 1910 Dr. oec. publ., 1919 Mitbegründer der DNVP in Südbayern, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925 NSDAP) und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1932 Leiter der Hauptabteilung Volksbildung bei der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Ministerialdirektor, Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Reichsministerium des Innern, 1935 Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek.

Erklärung, daß mir das Staatsbürgerrecht vorenthalten werde, würde nur aus parteitaktischen Gründen abgegeben; in Wirklichkeit würde gegen eine solche Einbürgerung kein Widerstand erhoben werden. Es lag mir daran, in der Öffentlichkeit zu beweisen, daß tatsächlich von den herrschenden Parteien, von der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum sowohl, als auch von der Sozialdemokratie aus parteipolitischen Gründen diese Einbürgerung um jeden Preis verhindert wurde. Es wurde mir damals mitgeteilt, daß der bayerische Innenminister [15] auch sofort erklärt habe, das käme nicht in Frage.

Vorsitzender: Nach Herrn Dr. Frick soll er das nicht sofort erklärt haben. Er soll erklärt haben, er müsse sich zunächst mit dem Ministerpräsidenten Held [16], vielleicht auch mit dem Ministerrat in Verbindung setzen. Und dann sagt Herr Dr. Frick, sei nach 14 Tagen der ablehnende Bescheid ergangen.

Zeuge: Ja, ich habe ja einen zusammenfassenden Bericht erhalten.

[*Vorsitzender:*] In der Zeit, die zwischen den gescheiterten bayerischen Einbürgerungsversuchen und dem Versuche in Thüringen lag, haben Sie mit Herrn Dr. Frick nicht verhandelt in der Richtung, er möge in Thüringen einen solchen Schritt unternehmen?

Zeuge: Nein, nein! Dazu bestand für mich gar keine Veranlassung. Ich muß betonen, daß ich die Anhänglichkeit und die Besorgtheit meiner Parteigenossen selbstverständlich verstehe. Es ist oft darüber gesprochen worden. Und die Parteigenossen haben selbstverständlich darunter gelitten, daß ich als einziger Deutscher in einer Zeit, in der 200.000 bis 300.000 ostgalizische Juden und Schieber eingebürgert worden sind [17], ausgerechnet nicht eingebürgert wurde. Es ist

---

14 Buttmann und Frick hatten sich 1929 an den bayerischen Innenminister Karl Stützel gewandt "und sich über die Haltung der Regierung zu einem etwaigen Einbürgergesuch Hitlers erkundigt". In der Sitzung des bayerischen Ministerrats vom 21.12.1929 entschied jedoch der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held, "daß die im Jahre 1924 erfolgte Verurteilung Hitlers wegen Hochverrat eine positive Stellungnahme zu einem etwaigen Einbürgerungsgesuch unmöglich erscheinen lasse". Stützel informierte daraufhin Buttmann und Frick ohne Angaben von Gründen, "daß er nach Anhörung des Ministerrats von der Stellung eines Einbürgerungsantrags durch Hitler abraten müsse". Vgl. Morsey, Regierungsrat, S. 420 f. sowie VB vom 12.2.1932, "Die Einbürgerung Hitlers und die bayer[*ische*] Regierung".

15 Karl Stützel (1872-1944), Dr. jur., 1911 Regierungsrat in Landshut, 1914 Bezirksamtvorsteher in Vilshofen, 1918 Oberregierungsrat im bayerischen Ministerium des Innern, 1920 Ministerialrat im bayerischen Ministerium für Soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 bayerischer Minister des Innern (BVP).

16 Heinrich Held (1868-1938), Jurist, Journalist, 1899 Chefredakteur und seit 1906 Mitinhaber des *Regensburger Morgenblattes* (seit 1910: *Regensburger Anzeiger*), 1907-1933 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer bzw. MdL (Zentrum, seit 1919 BVP), 1918 Mitbegründer der BVP, 1914-1924 Vorsitzender der Zentrum-, bzw. der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 bayerischer Ministerpräsident, nach 1933 kurzzeitige Emigration in die Schweiz.

17 Die Einwanderung sog. Ostjuden nach Deutschland, die durch den Ersten Weltkrieg forciert worden war, ist statistisch nur schwer zu fassen. Zuverlässigen Schätzungen zufolge sollen zwischen 1914 und 1921 etwa 100.000 Ostjuden nach Deutschland gekommen sein, von denen jedoch ca. 40 % weiterwanderten oder in ihre Heimat zurückkehrten. Allgemeine Akzeptanz fand eine Angabe des preußischen Ministeriums des Innern von 1921, das in seine Schätzung von etwa 70.000 zugewanderten Ostjuden auch noch die illegal Eingewanderten einzubeziehen suchte. Bei der Volkszählung von 1925 wurden im Deutschen Reich 564.379 Ange-

klar, daß darüber viel gesprochen worden ist. Ich persönlich habe gar keine Veranlassung, das bestehende System und die Parteien vielleicht zu bitten, mich einzubürgern. Ich bin der Überzeugung, daß ich meine Einbürgerung auf dem Schlachtfelde erworben habe und daß ich die Parteien, die seinerzeit den Krieg sabotiert und uns um die Erfolge unserer Opfer gebracht haben, überhaupt nicht zu bitten habe, daß sie überhaupt nicht berechtigt sind, jemand einzubürgern.

(Sehr richtig! von den anwesenden nationalsozialistischen Zuhörern. - Zuruf links: Joseph Goebbels[18]! - Abg[*eordneter*] Hennicke[19] zu den Soz[*ialdemokraten*]: Mensch, halt die Fresse da hinten! - Erregung.)

[*Vorsitzender:*] Die Besorgnis soll aus dem Grunde entstanden sein, daß man annahm, Sie könnten als Staatenloser[20] ausgewiesen werden?

Zeuge: Diese Besorgnis hatte ich. Denn ich glaube, die bayerische Regierung - ich kann das natürlich nicht bestimmt unter meinem Eide sagen, weil ich keinen Einblick habe in die innersten Absichten der bayerischen Regierung -, aber mir ist später von absolut vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden, daß die bayerische Regierung im Jahre 1924 tatsächlich an eine Ausweisung gedacht hat, daß aber die österreichische Regierung erklärt hat, sie würde mich nicht über die Grenze lassen. Tatsächlich war die Grenze für mich gesperrt.

[*Vorsitzender:*] Herr Stennes hat hier erklärt, daß im Sommer 1930 - einen genauen Zeitpunkt kann er nicht angeben, er will aber unter "Sommer" auch den September mit verstanden wis-

---

hörige jüdischen Glaubens ermittelt, davon 75.600 Angehörige osteuropäischer Staaten. Während nach November 1918 die im April verfügte Grenzsperre gegen ostjüdische Arbeiter zunächst weiterbestand, garantierte der Erlaß des preußischen Ministers des Innern Wolfgang Heine (SPD) vom 1.11.1919 den bis zu diesem Zeitpunkt eingewanderten Ostjuden die Duldung. Ausgewiesen werden sollten nur rechtskräftig Verurteilte sowie Personen, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erwarten ließen. Aufgrund der relativ strengen Bestimmungen des deutschen Einbürgerungsrechts - verlangt wurden beispielweise bei der Einbürgerung von Ostausländern in Preußen und Bayern eine Ansässigkeit im Inland von mindestens 20 Jahren - wurden nur wenige Ostjuden in Deutschland eingebürgert. Einer 1933 in der Reichskanzlei erstellten Statistik zufolge wurden von 1919-1931 129.517 Ausländer in Preußen eingebürgert, darunter lediglich 12.500 Ostjuden. Vgl. Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986.

18 Vgl. Dok. 30, Anm. 16-18 und Dok. 36, Anm. 28.
Joseph Goebbels (1887-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der *Nationalsozialistischen Briefe*, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin, 1927-1934 Herausgeber der Zeitung *Der Angriff*, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

19 Paul Hennicke (1883-1967), 1919 Assessor bei der Eisenbahndirektion Erfurt, danach Tätigkeit im Reichsbahnausbesserungswerk Gotha, 1922 Eintritt in die NSDAP, Mitbegründer der Ortsgruppe Gotha, 1924-1927 und 1929-1933 MdL in Thüringen (Völkisch-Sozialer Block, seit 1926 NSDAP), 1926 Wiedereintritt in die NSDAP, 1927 Stadtverordneter in Gotha, 1929 SS-Standartenführer, Führer der 14. SS-Standarte, 1933 SS-Oberführer, Führer des SS-Abschnitts XXVII, Reichsbahnrat, Thüringischer Staatsrat, 1934 SS-Brigadeführer, 1938 SS-Gruppenführer, 1942 SS- und Polizeiführer in Rostow, 1943 in Kiew, 1944 Tätigkeit im SS-Personalhauptamt, 1947/48 wegen Beteiligung an der Hinrichtung von Johann Maier und Josef Zirkl in Regensburg am 23./24.4.1945 angeklagt und freigesprochen, 1961 Verurteilung wegen Beteiligung an der Ermordung von Juden im Raum Kiew.

20 Vgl. Dok. 21, Anm. 8. Auch zum Folgenden.

sen[21] - in den Kreisen der Reichsleitung Ihrer Partei des öfteren über die Frage der Einbürgerung gesprochen worden sei[22]. Wissen Sie etwas von solchen Gesprächen?

Zeuge: Das ist schon möglich. Ich betonte schon, daß die Herren der Partei es als ein maßloses Unrecht und als eine absolut parteipolitisch einseitige und durch nichts gerechtfertigte Maßnahme angesehen haben, daß man mir als einzigem Deutschen, der ich 4 ½ Jahre an der Front gewesen bin[23], die Einbürgerung verweigerte. Das ist ohne weiteres denkbar. Ich persönlich habe mit Herrn Stennes nicht darüber gesprochen.

[*Vorsitzender:*] Haben Sie Herrn Pfeffer[24] von diesem Frickschen Versuche Kenntnis gegeben?

Zeuge: Nein. Ich glaube nicht. Ich kann mich nicht erinnern. Ich halte es für ausgeschlossen. Für mich war der Versuch sofort erledigt. Als ich von Gera wegging, war der Versuch praktisch für mich erledigt.

[*Vorsitzender:*] Die Herren Stennes und Pfeffer wollen sich mehrfach über diese Frage unterhalten haben. Es sei dabei aber immer zum Ausdruck gekommen, man könne vielleicht in Thüringen das machen, aber es sei vielleicht nicht notwendig; die politischen Ereignisse würden von selbst die Einbürgerung herbeiführen.

Zeuge: Über [*das,*] was die Herren Pfeffer und Stennes sich unterhalten haben, wird man aus deren Aussagen ersehen können. Ich bin darüber nicht im Bilde.

[*Vorsitzender:*] Wir wissen das von Herrn Stennes. Die Frage, die ich an Sie gerichtet habe, ging dahin, ob solche Unterhaltungen vielleicht veranlaßt worden sind durch Auskünfte, die Sie Herrn Stennes oder Herrn Pfeffer gegeben haben.

Zeuge: Von mir nicht. Ich habe keine Veranlassung gesehen, mich einbürgern zu lassen. Im übrigen war ich überzeugt, daß die Einbürgerung, wenn ich es für richtig und zweckmäßig hielte, so oder so vorgenommen werden würde. Ich hätte keine Sekunde gezögert, wenn ich

---

21 Vgl. Dok. 1, Anm. 3.

22 Stennes war am selben Tag durch den Untersuchungsausschuß des Thüringer Landtags als Zeuge gehört worden, ohne jedoch viel zu dem Fall selbst mitzuteilen. Dabei hatte das *Montags-Blatt*, dessen Herausgeber Stennes bis Juni 1931 gewesen war, als erste Zeitung über eine mögliche Anstellung Hitlers im thüringischen Staatsdienst berichtet (vgl. Anm. 31). Auf Brills Fragen teilte Stennes aber lediglich mit, daß er während des Sommers 1930 in der Reichsleitung der NSDAP in München erfahren habe, "daß Erwägungen über die Einbürgerung des Herrn Regierungsrat Hitler schwebten". Hierbei habe "es sich nicht um offizielle Besprechungen, sondern um reine Privatunterhaltungen" gehandelt, wie er sie etwa mit dem damaligen Obersten SA-Führer von Pfeffer geführt habe. Er könne sich aber nicht erinnern, mit Hitler oder Frick über diese Angelegenheit gesprochen zu haben. Vgl. Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 7-13. Zu den möglichen Motiven von Stennes vgl. Dok. 9, Anm. 1.

23 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

24 Franz von Pfeffer (1888-1968, eigentlich: Franz Pfeffer von Salomon), Hauptmann a. D., 1920 Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer, Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter des Gaues Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932/33 MdR, 1941 Parteiausschluß.

persönlich es für richtig gehalten hätte, Herrn Dr. Frick zu sagen: Herr Minister, versuchen Sie sofort, soweit Sie in Ihrem Wirkungsbereiche die Möglichkeit haben, meine Einbürgerung herbeizuführen. Weil ich der Überzeugung bin, daß ich nur ein selbstverständliches Recht für mich in Anspruch genommen hätte, und zwar nicht von einem Vertreter des Systems, sondern von dem Minister, den ich persönlich letzten Endes präsentiert habe[25].

[*Vorsitzender:*] Ich habe keine Frage mehr an den Herrn Zeugen. Einer der Mitglieder des Ausschusses?

Abgeordneter *Gründler*[26]: Der Herr Zeuge hat wiederholt davon gesprochen, es sei ihm die Einbürgerung verweigert worden.

(Erregung unter den anwesenden Nationalsozialisten. Zuruf: Hände aus den Hosentaschen!)

Vorsitzender: Ich bitte, Ruhe zu halten. Sie sind hier Zuhörer.

Abgeordneter *Gründler* (zu den Nationalsozialisten gewendet): Bei Ihnen ist es wohl Mode, daß Sie die Hände an die Hosennaht nehmen? Bei uns ist das nicht so.

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Gründler, ich bitte, zur Fragestellung zu kommen.

Abgeordneter *Gründler*: Der Herr Zeuge hat wiederholt davon gesprochen, daß die Einbürgerung in Deutschland ihm verweigert worden sei. Soviel mir bekannt ist, erfolgt die Einbürgerung in Deutschland dergestalt, daß zunächst einmal ein Antrag auf Einbürgerung eingereicht werden muß. Wenn man es auf "deutsche Art" machen will, dann geht es meines Erachtens nicht an, daß man in jüdischer Art hinten herum Verhandlungen führt. Sondern dann muß man als deutscher Mann ...

Zeuge (in Erregung): Bin ich hier Zeuge oder kann ich hier verletzt werden! Ich lasse mich nicht verletzen[27].

(Erregte Zurufe von den Nationalsozialisten.)

---

25 Zu den Koalitionsverhandlungen, die nach der thüringischen Landtagswahl vom 8.12.1929 zwischen Thüringer Landbund, NSDAP, Wirtschaftspartei, DNVP und DVP geführt wurden und an denen sich Hitler im Januar 1930 persönlich beteiligte, vgl. Witzmann, Thüringen von 1918-1933, S. 153 ff. Ferner Bd. III/3, Dok. 2, 7 und 11.

26 Hermann Gründler (geb. 1897), Redakteur in Langenwetzendorf (Thüringen), 1920 Eintritt in die USPD, 1921-1933 MdL in Thüringen (USPD, seit 1922 SPD), 1935 vom Oberlandesgericht Jena in einem Verfahren gegen mehrere ehemalige Mitglieder der SPD freigesprochen.

27 Vgl. mit der Nachkriegsdarstellung Brills (Strom, S. 13): "Nun hatten die Mitglieder des Untersuchungsausschusses Gelegenheit, Fragen zu stellen. Ein Abgeordneter tat das in verletzender Form. Darauf entstand ein ungeheurer Tumult im Saal. Der bis dahin zwar erregte, aber gebändigte Hitler gestikulierte wie ein afrikanischer Neger bei einem religiösen Tanz und schrie, als ob er körperlich verletzt sei. Seine Suite machte Anstalt, gegen einen Teil der Zuschauer tätlich zu werden. Mit starker Stimme brachte ich Hitler zur Ordnung zurück und sagte ihm, es sei nicht meine Absicht, Ordnungsstrafen auszusprechen, ich würde aber auch nicht davor zurückschrecken, es zu tun, wenn er nicht sofort die Würde des Gerichts wahre. Ich hatte in dieser Szene den Hysteriker Hitler ohne Maske gesehen."

[*Vorsitzender:*] Nur nicht so aufgeregt!

Zeuge (in großer Erregung zu dem Abgeordneten Gründler): Ich lasse mich nicht von Ihnen brüskieren! Nehmen Sie die Hände aus den Hosentaschen!

(Großer Lärm.)

Ich lasse mich hier nicht so behandeln.

Vorsitzender (zu den anwesenden Nationalsozialisten): Wenn Sie keine Ruhe halten, muß ich diejenigen, die nicht an der Verhandlung beteiligt sind, aus dem Saale entfernen lassen. Herr Gründler nimmt dieselbe Haltung ein, die Herr Dr. Frick vorhin gegenüber dem Ausschuß eingenommen hat[28].

(Lärmende Zurufe von den Nationalsozialisten.)

Herr Hennicke, ich fordere Sie auf, den Saal zu verlassen. (Abg[*eordneter*] Hennicke: Bitte! Mit Wonne!) Er verläßt den Saal.

Abgeordneter *Gründler*: Ich frage den Herrn Zeugen, ob er den geraden deutschen Weg eingeschlagen und einen Antrag auf Einbürgerung gestellt hat.

Vorsitzender (zum Zeugen): Wollen Sie die Frage beantworten! Haben Sie einen solchen Antrag gestellt?

Zeuge: Ich habe durch zwei Herren fragen lassen, ob gegen einen solchen Antrag Einspruch erhoben werden würde oder nicht. Es wurde mir mitgeteilt: Jawohl, es wird Einspruch erhoben werden.

[*Vorsitzender:*] Das war kein Antrag.

Zeuge (in großer Erregung): Ich brauche nicht jede Woche zu bitten, daß mir von Parteien, die überhaupt kein Recht haben ...

[*Vorsitzender:*] Wir haben hier nur die Aufgabe, Tatsachen festzustellen...

Zeuge: Das sind Tatsachen.

[*Vorsitzender:*] ... und Tatsachen zu würdigen.

Zeuge: Inwiefern? Ich sehe nicht ein, inwiefern den Untersuchungsausschuß die allgemeine Frage meiner Einbürgerung angeht. Das geht Sie nichts an!

[*Vorsitzender:*] Das ist insofern wichtig, als der Schritt hier in Thüringen zu würdigen ist im Zusammenhang mit den allgemeinen Einbürgerungsversuchen.

---

28 Die *Frankfurter Zeitung* und die *Vossische Zeitung* berichten, daß Frick bei seiner Vernehmung permanent die Hände in den Hosentaschen behielt. Im Protokoll der Vernehmung des Zeugen Frick wird ferner deutlich, daß er versuchte, den Fragen des Untersuchungsausschusses mit einer gewissen Arroganz zu begegnen. Vgl. Anm. 2 sowie Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 15-40.

Zeuge: Nein, das ist gar kein Zusammenhang.

Abgeordneter *Mäder*[29]: Der Herr Zeuge hat vorhin erklärt, er hätte seine Ernennung zum Polizeikommissar in Hildburghausen deshalb nicht für opportun gehalten, weil er der Meinung gewesen sei, daß ihm auf solchem Wege die Staatsangehörigkeit nicht zu verleihen sei; sondern, wenn er es für notwendig halte, diese Staatsangehörigkeit zu erwerben, dann würden sich schon die geeigneten Mittel und Wege gefunden haben. Ich habe die Frage an den Herrn Hitler zu richten, ob vielleicht auch die Erwägung eine Rolle gespielt hat, daß Herr Hitler für das verantwortungsvolle und schwierige Amt eines Polizeikommissars ...

(Zuruf von den Nationalsozialisten: Eine Frechheit!)

... in persönlicher und fachlicher Beziehung gar keine Voraussetzungen mitbringt. Im Programm ...

Vorsitzender (unterbrechend): Einen Augenblick! Die Frage braucht nicht weiter begründet zu werden. Ich bitte auf die Frage zu antworten, Herr Zeuge: Ist zwischen Ihnen und Herrn Dr. Frick die Frage der besonderen Eignung und Leistungsfähigkeit erörtert worden?

Zeuge: Nein.

[*Vorsitzender:*] Der Zeuge beantwortet die Frage mit Nein.

Abgeordneter *Frölich*[30]: Der Zeuge Dr. Frick hat vorhin erklärt, daß er Herrn Hitler eine Urkunde ausgehändigt habe. Der Zeuge Herr Hitler hat hier angegeben, er habe diese Urkunde vernichtet. Ich möchte den Herrn Zeugen fragen, ob Herr Dr. Frick bei Aushändigung der Urkunde ihn darauf aufmerksam gemacht hat, daß es sich hier um ein amtliches Dokument handelte.

Zeuge: Darauf kann ich mich heute nicht besinnen. Ich stehe unter Eid. Es sind zwei Jahre seitdem vergangen. Sie können nicht verlangen, daß ich nun plötzlich an Einzelheiten, an Details mich erinnere, die ich natürlich damals persönlich als gänzlich belanglos angesehen habe, weil ich entschlossen war, die Sache nicht anzunehmen.

---

29 Erich Mäder (1897-1934), 1915 Verwaltung einer Schulstelle in Thonhausen bei Altenburg, 1919 Volksschullehrer in Rositz und Zschernitzsch bei Altenburg, seit 1922 in Altenburg, 1920 Eintritt in die DDP, 1921 Eintritt in die SPD, 1922 Mitglied des Stadtrats von Altenburg, 1926 Mitglied der Freidenker-Delegation in die UdSSR, 1929-1933 MdL in Thüringen (SPD), 1930 Versetzung in den Wartestand, 1931 Wiedereinstellung in den Schuldienst, 1933 aus dem Schuldienst entlassen, in einer SA-Kaserne inhaftiert, 1934 an den Folgen der Mißhandlungen gestorben.

30 August Frölich (1877-1966), Eisendreher in Enkenbach (Pfalz), 1895 Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, 1899-1901 Bezirksleiter in Berlin-Moabit, 1900 Eintritt in die SPD, 1906-1914, 1916-1918 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands Altenburg, 1913 Stadtverordneter in Altenburg, 1918/19 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Altenburg, 1919/20 MdL in Sachsen-Altenburg, Staatsrat, 1920-1933 MdL in Thüringen (SPD), 1920-1923 thüringischer Wirtschaftsminister, 1921-1923/24 zugleich thüringischer Ministerpräsident, 1924-1933 MdR, 1933, 1938 und 1944/45 jeweils mehrere Monate inhaftiert, 1945 Wiedereintritt in die SPD, Vorsitzender der thüringischen SPD, 1946-1952 MdL in Thüringen (SED), Landtagspräsident, Mitglied der Landesleitung Thüringen der SED, 1950-1958 Alters- und Vizepräsident der Länderkammer der DDR.

[*Abgeordneter Frölich*:] Herr Dr. Frick hat weiter ausgesagt, daß er die Aushändigung der Urkunde sich von Ihnen habe bestätigen lassen und daß er von Ihnen die unterschriebene Empfangsbescheinigung erhalten habe.

Zeuge: Darauf kann ich mich nicht besinnen. Ich kann mich nicht erinnern.

[*Abgeordneter Frölich*:] Sie haben den ganzen Vorgang nicht für so wichtig gehalten, daß Sie ihn ernstlich im Gedächtnis behalten hätten?

Zeuge: Nein. Man wußte nicht, daß später in Thüringen ein Untersuchungsausschuß kommen werde, der einem diese Frage vorlegen würde. Sonst hätte ich die Dinge im Gedächtnis behalten. Für mich war die Sache gänzlich belanglos.

Vorsitzender: Man wußte noch weniger, daß die Sache in der Presse behandelt und daß dadurch die Veranlassung zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegeben werden würde[31].

Zeuge: Natürlich! Ich habe das auch für gänzlich unmöglich gehalten, nachdem ich das abgelehnt hatte.

[*Vorsitzender:*] Sie sagten schon vorhin im Zusammenhang: Sie erinnern sich nicht, eine solche Empfangsbescheinigung unterschrieben zu haben.

Abgeordneter *Heilmann*[32]: Mir fällt eines auf: Herr Dr. Frick hat unter seinem Eide ausgesagt, daß Herr Hitler vorher keine Kenntnis gehabt habe von den Maßnahmen, die Herr Dr. Frick

31 Das ursprünglich von dem nationalsozialistischen Renegaten Stennes gegründete *Montags-Blatt* hatte erstmals am 1.2.1932 kurz erwähnt, daß Hitler "in einem deutschen Lande bereits von einer nationalsozialistischen Regierung - wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten - eingebürgert" worden sei. Daraufhin erkundigte sich ein Journalist der *Frankfurter Zeitung* beim thüringischen Innenministerium, was es mit dieser Meldung auf sich habe. Das Ministerium dementierte zunächst diese Nachricht. Die 1930 mit dem Fall befaßten Beamten, Ministerialrat Ernst Guyet und Oberregierungsrat Haueisen, sahen jedoch nun den Moment gekommen, um ihre Dienstverschwiegenheit in dieser Sache zu brechen, zu der sie von Minister Frick verpflichtet worden waren. Noch am Abend des 1.2.1932 informierten sie den thüringischen Innenminister Wilhelm Kästner über Fricks damaliges Vorgehen. Die "Köpenickiade von Schildburghausen" sorgte in der Presse für großes Aufsehen und veranlaßte den Thüringer Landtag, am 18.2.1932 dem Antrag der SPD stattzugeben und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Vgl. Overesch, Einbürgerung Hitlers, S. 547 ff.; BA, NL Pünder 97. Ferner Frankfurter Zeitung vom 4.2.1932 (1. MA), "Gendarmeriekommissar Hitler?" und "Über die Hintertreppe, Herr Hitler?"; vom 4.2.1932 (2. MA), "Gendarmeriekommissar Hitler?"; vom 5.2.1932 (1. MA), "So hat Herr Frick regiert"; vom 6.2.1932 (1. MA), "Hitler ist staatenlos" und "Bitte keine Legenden!".

32 Friedrich Wilhelm (Fritz) Heilmann (1892-1963), Vergolder, 1910 Eintritt in die SPD, 1911 Jugendfunktionär in Hannover, 1915 Inhaftierung wegen Antikriegspropaganda, 1918 Mitglied des Spartakusbundes, dann der KPD, 1919-1921 Mitglied des Reichsausschusses der KPD, bis 1920 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KJVD), 1921/22 Sekretär des KPD-Oberbezirks Mitteldeutschland, 1922/23 Politischer Leiter des Bezirks Baden, 1923-1929 Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung* (Mannheim), der *Freiheit* (Düsseldorf) und des *Thüringer Volksblatts* (Gotha), 1929-1933 MdL in Thüringen, ab 1930 Fraktionsvorsitzender, 1933 Emigration in die UdSSR, 1935 Gastdelegierter auf der Brüsseler Konferenz der KPD, Mitarbeiter der Internationalen Roten Hilfe, seit 1936 Sprecher deutschsprachiger Sendungen von *Radio Moskau*, 1939 offizielle Ausbürgerung aus Deutschland, 1943-1945 Redakteur und Sprecher des Sender *Freies Deutsch-*

hier mit dem Ziele der Einbürgerung Hitlers getroffen hat. Nun entsinne ich mich aber, daß Herr Hitler - ich weiß nicht, bei welcher Gelegenheit - in einer Rede oder in einer Aussage vor Gericht einmal erklärt hat, es geschehe in seiner Partei nichts ohne sein Wissen, und er hat noch hinzugefügt: nichts geschehe, ohne daß er es ...

Zeuge: Sie müssen mir schon verzeihen ...

Vorsitzender: Herr Zeuge, ich wollte eben darauf aufmerksam machen, daß die Mitglieder des Untersuchungsausschusses nicht plädieren dürfen, sondern sich beschränken müssen auf die Stellung konkreter Fragen. Ich bitte also, Herr Abgeordneter Heilmann, die Frage zu formulieren.

Abgeordneter *Heilmann*: So hat Herr Dr. Frick unter seinem Eide ausgesagt. Ich habe mich berufen auf die Rede des Herrn Hitler, in der er diese Äußerung getan hat. Ich stelle das in Zweifel. Darum richte ich die Frage an den Zeugen Hitler, ob er nichts davon gewußt hat.

Vorsitzender (zum Zeugen): Sie wollen bei Ihrer Aussage bleiben: Es ist in der Zeit zwischen dem Versuche 1929 in Bayern und dem thüringischen Versuche zwischen Ihnen und Herrn Dr. Frick in dieser Sache nicht verhandelt worden?

Zeuge: Nein!

Der Vorsitzende stellt fest, daß weitere Fragen an den Zeugen nicht zu stellen sind und daß der Ausschuß damit einverstanden ist, daß die Zeugen Dr. Frick, Hitler und Stennes entlassen werden.

Der Zeuge Hitler und die Nationalsozialisten verlassen den Saal[33].

---

land, 1945 Chefredakteur der *Thüringer Volkszeitung*, 1946-1952 MdL in Thüringen (SED), 1947-1950 Landtagsvizepräsident, 1952/53 Mitglied der Bezirksleitung Erfurt der SED.

33 Nach Hitler wurde noch MdL und Gauleiter Fritz Sauckel als Zeuge durch den Untersuchungsausschuß vernommen.

15. März 1932 Dok. 50
"Unser Sieg!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [2]

Der Nationalsozialist vom 17.3.1932, "Angriff und Kampf bis zum Siege! Neue Proklamationen des Führers in Weimar" [3].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Sie kennen ja den komischen Anlaß, der mich heute hierher geführt hat [4].

Ich weiß nicht, ob es die Sehnsucht, sich zu blamieren, war oder die Sehnsucht nach Tagegeldern, die die letzte Ursache für den Untersuchungsausschuß gewesen ist.

Er ist in meinen Augen nur eine Demonstration gewesen ebenso für die "Würdigkeit" des Parlaments wie für die Notwendigkeit, sich mit dieser *komischen Einrichtung* auseinanderzusetzen. Es ist ja für uns im Allgemeinen *nicht ehrenvoll,* die illustren Gegner zu betrachten, mit denen uns leider das Schicksal gesegnet hat. Es ist wirklich nicht ehrenvoll! *Es gab geschichtliche Epochen, in denen die Stürmer und Kämpfer auch selbst wieder respektable Gegner gegenüber hatten. Wenn ich mir das Zeug ansehe, was uns leider Gottes das Schicksal als Gegner vorgesehen hat, so muß ich sagen: Eigentlich haben wir das wirklich nicht verdient! Es wäre schon wirklich schöner, wenn man achtenswerten Kämpfern sich gegenüber sähe und nicht diesem Zeug, dieser Fabrikware der Natur* [5]*!* (Anhaltender Beifall.)

Das ist auch der einzige Grund, weshalb wir uns eigentlich *verrechnet* haben [6]. Ich hielt es wirklich einfach nicht für möglich, daß die große "sozialistische, revolutionäre, volksbefreiende" Sozialdemokratie bis zum letzten Mann, ja sogar ein großer Teil der KPD wirklich bei der

---

1 Titel laut Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar.

2 In der Weimarhalle, nach 21.30 Uhr. An der Versammlung, die um ca. 20.30 Uhr von MdL und Gauleiter Sauckel eröffnet wurde, nahmen, dem Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar zufolge, 4.000 (*VB*: 5.000) Personen teil, die sich auf 2.300 Sitzplätze verteilten. Nach Sauckel sprachen MdR Frick sowie MdR und Gauleiter Goebbels. Hitlers 90minütige Rede bildete den Abschluß der Veranstaltung. Frick meinte in seiner Rede, daß die NSDAP "ihren Kampf in echt Goetheschem Geiste" führe: "'Allen Gewalten zum Trutz sich erhalten.'"

3 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 16.3.1932, "Nationalsozialistische Kundgebung in der Weimarhalle"; Der Angriff vom 16.3.1932, "Adolf Hitler in Weimar"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 16.3.1932, "Hitler spricht in Weimar"; Neue Preußische Kreuzzeitung vom 16.3.1932, "Scharfe Kampfansage Hitlers"; Weimarische Zeitung vom 16.3.1932, "'Der Kampf geht weiter - bis zum Endsieg'"; VB vom 17.3.1932, "Eine ungeheure Blamage des Thüringer Untersuchungsausschusses gegen Dr. Frick"; Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar für die Woche vom 14.3. bis 20.3.1932 o. Nr. vom 21.3.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 164. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 142.

4 Vgl. Dok. 49.

5 Vgl. auch Goebbels' Tagebucheintrag zum 15.3.1932: "In Weimar großer Trubel. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß kläglichsten Formats sitzt über die Hildburghausener Affäre zu Gericht. Das ist doch wirklich Fabrikware, die in diesen Schwatzbuden herumhockt." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 142.

6 Zur damaligen Erwartungshaltung der NSDAP vgl. Dok. 46 und Dok. 47, Anm. 7.

Wahl für Hindenburg stimmen könnte[7]. Wir gestehen offen, daß wir uns hierin getäuscht haben. Daß die Herren *Angst* haben vor mir, das habe ich gewußt.

Nicht gewußt habe ich, daß die Herren aber soviel Angst hätten und daß ihnen die Angst so in den Knochen sitze, daß sie bis zum letzten Mann hinliefen. (Lebhafter Beifall.)

Stolz darauf können wir eigentlich alle sein. Nach einem Kampf von kaum 12 bis 13 Jahren haben wir dieses Wunder fertiggebracht, daß sie vor einer Bewegung - und ich kann stolz sagen, vor einem Manne - *diesen heillosen Respekt* besitzen, *daß sie weder Prinzipien, noch Versicherungen, noch Erinnerungen, noch Tradition mehr kennen, sondern nur einen einzigen Ruf:*

"Rette sich, wer sich retten kann!" (Stürm[*ischer*] Beifall.)

Wenn ich dann weiter die *ungleichen Waffen* ansehe, mit denen wir kämpfen mußten: auf der einen Seite die *Verfemten* und die *Kopflosen*, auf der anderen Seite die *großmächtigen Repräsentanten* des Staates, Minister, Reichskanzler - alle in ihrer Eigenschaft selbstverständlich nur als *Staatsbeamte*, nicht etwa als Agitatoren oder gar als Kandidaten - wenn ich weiter bedenke die Einseitigkeit der Kampfmittel, den *Rundfunk*, das *Kino* auf der einen Seite[8], und auf der anderen Seite das alles nicht[9], wenn ich weiter die *Macht* auf der anderen Seite betrachte, alles zu verbieten, was eben wirklich schlagend ist[10], und die andere Seite leider Gottes *diesem Terror ausgeliefert* sehe, und wenn ich weiter diese bewunderungswürdige Zahl der Gegner mir betrachte: das Zentrum, die Bayrische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner[11], die "Eiserne" Front[12], die ganzen Gewerkschaften,

---

7 Interpretiert man die Ergebnisse des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 unter regionalen Aspekten, wird der starke Rückhalt deutlich, den Hindenburg unter den sozialdemokratischen Wählern besaß. Bei dieser Unterstützung dürfte es sich um einen jener Faktoren gehandelt haben, "die Hindenburg am meisten zugute kamen" (Winkler, Katastrophe, S. 519).
Hatten bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 4.590.160 Wahlberechtigte (13,1%) KPD gewählt, so stimmten beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 4.983.341 Wähler (13,2%) für den Kandidaten Ernst Thälmann. Ungeachtet eines Anstiegs der Wahlberechtigten um etwa eine Million war der Anteil der kommunistischen Wähler beinahe gleichgeblieben. Während der erhoffte Zulauf von unzufriedenen sozialdemokratischen Anhängern ausgeblieben war, hatten sich im Spektrum zwischen SPD und KPD lediglich zwei kleinere Gruppierungen, die Sozialistische Arbeiterpartei und der Internationale Sozialistische Kampfbund, für Thälmann ausgesprochen. Vgl. Winkler, Katastrophe, S. 519 ff. Zahlen in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 546 f.; 1932, S. 541 ff.; Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46, 72.

8 Vgl. Dok. 48, Anm. 3.

9 Vgl. Dok. 39, Anm. 16 und 17 sowie Dok. 51.

10 Vgl. Dok. 47, Anm. 3.

11 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde am 22.2.1924 als "Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer" in Magdeburg gegründet, um - so der Gründungsaufruf - "die Gegner der Republik niederzukämpfen mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen". Obwohl die Bundessatzung auf den überparteilichen Charakter des Verbandes Wert legte, waren fast 90% aller Reichsbanner-Angehörigen Mitglieder oder Sympathisanten der SPD, während sich der Vorstand des Reichsbanners etwa zu ⅔ aus Sozialdemokraten zusammensetzte. Bundesvorsitzender war ab 1924 der Magdeburger Oberpräsident Otto Hörsing, der 1932 durch den Chefredakteur der *Magdeburger Volksstimme* Karl Höltermann ablöst wurde. Das Reichsbanner, das sich zunächst auf propagandistische Aktivitäten konzentrierte, entwickelte sich schon bald zu einem der stärksten politischen Kampfbünde; offiziell gehörten ihm etwa 3,5 Millionen, de facto vermutlich eine Million Mitglieder an, die insgesamt in 32 Gauen organisiert waren. Der sich verschärfenden innenpolitischen Auseinandersetzung suchte das Reichsbanner ab 1930 durch die Bildung von paramilitärisch ausgebildeten Schutzfor-

christliche Gewerkschaften[13], freie Gewerkschaften, völkische Organisationen, DHV[14] usw., wenn man diesen ganzen Rattenschwanz von Parteien, Verbänden und Vereinigungen ansieht[15],

dann kann man stolz sein, daß diesem ganzen zusammengeworfenen Gemengsel gegenüber wir Nationalsozialisten ganz allein 11,3 Millionen aufbrachten[16] *und heute diesen ehrwürdigen Überresten einer Vergangenheit gegenüber nach einem kaum 13jährigen Kampfe aus gar nichts heraus immerhin die größte deutsche Partei aufstellen konnten, die jemals existiert hat*[17].

Ich weiß genau, daß vielleicht bei dem einen oder dem anderen unter denen, die mich nicht kennen und die uns nicht kennen, die Meinung aufgekommen ist: *Nun werden sie genug haben.*

Meine Volksgenossen! Ich darf Ihnen hier eine Versicherung geben. Ich habe in meinem ganzen Leben immer erklärt, daß für mich überhaupt *kein Tag die Beendigung des Kampfes* bringt, sondern, daß *am nächsten Tag der Kampf weitergeht.* Vor allem kann ich Ihnen eine Versicherung geben:

Ich habe mich in einen Gegner verbissen, und sie bringen mich von diesem Gegner nicht mehr los, und wenn ich heute angegriffen habe, so werde ich morgen wieder angreifen und

---

mationen (Schufo) entgegenzuwirken, ein Versuch, der letzten Endes ebenso erfolglos blieb wie die auf Initiative des Reichsbanners erfolgte Gründung der Eisernen Front im Dezember 1931. Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

12 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

13 Zu Entwicklung, Organisation und Profil der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik vgl. Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S. 442 ff.

14 Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV) war am 7.9.1893 als Deutscher Handlungsgehilfen-Verband gegründet worden. Der straff antisemitisch und nationalistisch ausgerichtete Berufsverband, der sich erst seit 1919 als Gewerkschaft bezeichnete, wollte die soziale Situation der Angestellten verbessern, aber auch, so die Satzung, "dem Eindringen der Socialdemocratie in den Kaufmannsstand [...] wehren". Der Verband, der von 1909 bis 1933 von Hans Bechly sowie dem Vorstandsmitglied Max Habermann geleitet wurde, konnte seine Mitgliederzahl von 242.446 (1923) auf 403.112 (1932) steigern und wurde damit zur mitgliederstärksten deutschen Angestelltengewerkschaft. Stand der DHV zu Beginn der Weimarer Republik der DNVP und DVP nahe, so suchte er sich 1930/31 der NSDAP anzunähern. Nachdem dieses Taktieren zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt hatte, vollzog die Leitung des DHV mit ihrer Erklärung vom Februar 1932 für die Wiederwahl Hindenburgs den Bruch mit Hitler. Vgl. Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967. Ferner Bd. IV/2, Dok. 66.

15 Hindenburgs Kandidatur zur Wiederwahl als Reichspräsident wurde von den meisten Parteien und Verbänden zwischen SPD und Konservativer Volkspartei unterstützt. Neben diesen beiden Parteien zählten dazu DstP, Zentrum, Wirtschaftspartei, das Deutsche Landvolk, DVP und BVP, ferner u. a. der Christlich-soziale Volksdienst (Evangelische Bewegung), die Volksrecht-Partei, die Deutsch-Hannoversche Partei (Welfen), der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Jungdeutsche Orden, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der Reichskriegerbund "Kyffhäuser" und die Eiserne Front. Die Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse legten allerdings Wert darauf, den Wahlkampf für die Wiederwahl Hindenburgs überparteilich zu führen. Deshalb beschränkten sich die Parteien und Verbände, die sich für Hindenburg einsetzten, auf separate Wahlempfehlungen. Vgl. Hubatsch, Hindenburg und der Staat, S. 312 ff. Ferner Buchstab u. a. Hrsg., Radikalismus, S. 63 ff.

16 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.

17 Die bislang höchste Stimmenzahl, die eine deutsche Partei seit 1919 erhalten hatte, war die SPD; diese hatte bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19.1.1919 11.509.100 Stimmen erhalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 541.

übermorgen abermals. Sie müßten mich töten, ehe sie mich von diesen Feinden Deutschlands wegbringen. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Im Gegenteil! Wenn ich heute sehe, daß ein Angriff sie noch nicht gestürzt hat, dann werde ich in derselben Sekunde *den nächsten Angriff projektieren,* und es wird so lange weitergehen, bis dieses System und seine Parteien und seine Männer doch am Boden liegen. *Es ist am Ende gleichgültig, ob dieser Tag morgen oder übermorgen oder in einem Jahre oder in 10 Jahren kommt. Der Tag wird kommen!* Ich bin überzeugt, daß dieser Geist auch heute schon *der Geist unserer ganzen Partei* ist[18]. Sie haben in uns einen Feind, den sie *niemals abschütteln* können. *Durch gar nichts!* Das, was uns einst um den Sieg gebracht hat, der *Mangel an Beharrlichkeit*[19], an dieser *bulldoggenmäßigen, unerschütterlichen Entschlossenheit,* das besitzen wir heute umgekehrt im größten Maßstabe. Wir hätten die Erfolge, diese wundervollen Erfolge, in 13 Jahren aus gar nichts die größte deutsche Bewegung aufzubauen, nie erreichen können, *wenn wir selbst Konjunkturschwankungen* jemals erlegen wären, wenn wir auf der einen Seite auch nur *einmal Opportunisten* gewesen wären oder auf der anderen Seite durch irgendein Ereignis uns als besiegt hätten erklären lassen oder selbst als besiegt erklärt hätten.

Ich darf daran erinnern, daß es eine Zeit gab, da wurde meine Bewegung zerschlagen[20]. Ich kam in das Gefängnis und mußte nun 13 Monate in diesem Gefängnis sein[21].

Ich kann Ihnen versichern, in diesen 13 Monaten habe ich auch nicht eine Sekunde daran gezweifelt, daß das Werk doch gelingen werde und ich es wieder aufbauen werde zur Rettung des deutschen Volkes. (Lebhafte Heilrufe.)

Sie können meinetwegen alles erwarten, eines werden Sie nie erleben, nämlich daß, solange ich lebe, diese Partei kapituliert. (Tosender Beifall.)

Eine *Unterwerfung wird es nie geben,* am wenigsten in einem Augenblick, da ich so recht ermesse, *was wir eigentlich erreicht haben.* Trotz aller dieser Widerstände, trotz dieser summierten Zahl von Gegnern, trotz der Einseitigkeit der Anwendung der Gesetze, trotz unserer Rechtlosigkeit und trotzdem der ganze Kampf *bis in die Reihen unseres politisierten Priestertums*[22] hineinreicht, *haben wir in ganz Deutschland die Anhänger unserer Partei nahezu verdoppelt*[23]. In dem Augenblick, in dem ich mir das überlegt habe, war es mir klar, *daß das Schicksal es vielleicht wieder einmal so haben wollte, daß wir allein in diese Schlacht ziehen mußten, damit man auch sieht, wo die stärkeren Bataillone sind*[24]. (Beifall.)

---

18 Vgl. Dok. 47, Anm. 7 sowie Dok. 55, Anm. 6.

19 Anspielung auf das Ende des Ersten Weltkriegs. Vgl. auch Dok. 32, Anm. 12.

20 Die NSDAP wurde in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General Hans von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten. Mit Verordnung vom 9.11.1923 und 29.11.1923 wurde ihr gesamtes Vermögen konfisziert. Die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP in München (Corneliusstr. 12) erfolgte am 10.11.1923. Hitler wurde tags darauf in Uffing am Staffelsee verhaftet. Vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, S. 26 ff.; Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 448 f., 528 f.

21 Vgl. Dok. 29, Anm. 30.

22 Gemeint sind Zentrum und BVP.

23 Vgl. Dok. 47, Anm. 4.

24 Anspielung auf das Sprichwort: "Gott ist immer bei den stärksten Bataillonen", das meist auf einen Brief Friedrichs II., des Großen (1712-1786) an die Herzogin Luise Dorothea von Gotha vom 8.5.1760 zurückgeführt

So war es vielleicht auch notwendig, daß sich dieses Resultat ergab, damit man weiter sah, *wo die stärkeren und unerschütterlicheren Herzen sind.* Auch das scheint wichtig zu sein, daß endgültig vor der Geschichte festgestellt wird:

Wenn man von einer nationalen Opposition[25] *redet, dann sind die geistigen Träger des ewigen Widerstandes, des unermüdlichen Angriffs, der nie zu brechenden Zuversicht und der ewigen Angriffslust immer wir, sonst niemand*[26].

Die Geschichte, so glaube ich, wird dann auch denen unbedingt die Ehre der Führung geben, die für sich immer als selbstverständliche Ehre *das Recht des Vorantritts im Kampf* in Anspruch genommen haben.

In dem Augenblick, wo wir die Resultate erhielten, war es für uns klar:

Es wird weitergekämpft und immer weitergekämpft!

Und wenn nur *3 Millionen* Stimmen für mich abgegeben worden wären, *am nächsten Tage hätte der Kampf genauso begonnen.*

Wir werden weiterkämpfen und haben die Zuversicht, daß uns jeder Kampftag am Ende doch unserem Ziele nähergebracht hat. Er wird uns unserem Ziele Schritt für Schritt näherrükken. Das Schicksal mag mit uns vorhaben, was es will. Wir wollen jedenfalls der Worte des großen Königs eingedenk sein, der einst erklärte: *Daß ich lebe, ist nicht wichtig, wohl aber, daß ich meine Pflicht erfülle*[27]*! Und so wollen auch wir sagen:*

Ob wir heute oder morgen siegen, ist nicht das Wesentliche, sondern das Wesentliche ist, daß wir unsere Pflicht erfüllen und in keiner Sekunde die Entschlossenheit im Kampf um den Sieg aufgeben, mag auch kommen was will.

Dazu fordere ich Sie, die Sie als Nationalsozialisten hier sind, auf, daß Sie den Geist in sich aufnehmen und unerschütterlich in Ihrem Inneren bewahren und daß Sie von diesem

---

wird: "[...], je ne saurais me désabuser du préjugé dans lequel je suis que à la guerre Dieu est pour les gros escadrons." Druck: Briefe Friedrichs des Großen, Bd. II. Hrsg. von Max Hein, Berlin 1914, S. 72 f.

25 Der Begriff "Nationale Opposition" war eine Sammelbezeichnung für verschiedene Parteien und Gruppierungen des rechten Lagers, zu denen vor allem DNVP, Stahlhelm, NSDAP, die Vereinigten Vaterländischen Verbände, der Reichslandbund, der Alldeutsche Verband aber auch andere gerechnet wurden. Ihre verbindende Klammer war ihre gemeinsame Frontstellung gegenüber dem bestehenden Staat: Bei der Vorbereitung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan hatten diese Gruppen erstmals diese Form der Kooperation erprobt, um kurz darauf wieder auseinanderzufallen. Zu einer erneuten Zusammenarbeit kam es ab Sommer 1931, die schließlich am 11.10.1931 mit der groß inszenierten Tagung der Nationalen Opposition in Bad Harzburg ihren Höhepunkt fand. Die Spannungen, die bei dieser Veranstaltung jedoch zutage traten, führten noch im selben Jahr zu einem erneuten Zerfall dieses Zweckbündnisses. Vgl. Bd. III/2, Dok. 29, 50, 59, 71, 88 ff., 97 , 99, ff.; Bd. III/3, Dok. 31; Bd. IV/2, Dok. 12, 43 f., 82. Ferner Dok. 7 dieses Bandes.

26 DNVP und Stahlhelm hatten sich für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zusammen mit einigen rechten Splittergruppen zum "Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot" zusammengeschlossen. In ihrem Wahlaufruf vom 23.2.1932 nominierten sie den Zweiten Bundesführer des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, zu ihrem Kandidaten. Während des Wahlkampfs warben weitere rechte Splittergruppen für Duesterberg wie etwa der Königin-Luise-Bund, der Thüringische Landbund, der Nationale Deutsche Automobilclub, der Deutschnationale Arbeiterbund, der Württembergische Jung-Bauern-Bund, die Werksgemeinschaftsjugend und andere mehr. Druck des Wahlaufrufs: Ursachen und Folgen, Bd. VIII, S. 395 f. Zur Werbung vgl. z. B. die Anzeigen in den Zeitungen *Der Tag* und *Neue Preußische Kreuz-Zeitung.*

27 Der preußische König Friedrich II., der Große, schrieb am 7.9.1776 an den französischen Schriftsteller Voltaire: "Es ist nicht nötig, daß ich lebe, wohl aber, daß ich handle." Druck: Otto Bardong (Hrsg.), Friedrich der Große. Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. XXII, Darmstadt 1982, S. 491 f.

Geist erfüllt mit der Zähigkeit von Doggen den Gegner sofort wieder anfallen. Ich fordere besonders Sie, meine Bezirksführer, auf, daß Sie unermüdlich sofort wieder die Angriffsschlacht einleiten, genauso, wie auch wir es augenblicklich taten, als die Ergebnisse bekannt wurden[28], wie auch wir sofort die ersten Nächte wieder durchgearbeitet haben, um schnellstens wieder alles in Ordnung zu bringen. Unsere weiteren Schläge werden besser sein und noch besser treffen als unsere ersten[29]. Am Ende wird diese unerschütterliche Zähigkeit und dieser unerschütterliche und durch gar nichts zu brechende Wille doch auch den Sieg erringen.

Denn ich glaube daran, daß es eine höhere Gerechtigkeit gibt, die die Menschen nach ihrem inneren Wert abwägt, die sie prüft, vielleicht herben Schlägen aussetzt, um festzustellen, ob sie wirklich würdig und ihrem Herzen nach berufen sind, große Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

Ich glaube nicht daran, daß irgend etwas Großes einem jemals *geschenkt* werden könnte, ich glaube schon deshalb nicht daran, weil das, was geschenkt wird, von Menschen niemals die genügende Würdigung erfährt.

Die Freiheit eines Volkes ist ein unendlich großes und kostbares Gut. Dieses Gut wird erst dann so ganz begriffen werden, wenn einem Volk die Opfer, die es für dieses Gut zu bringen hatte, lebendig vor Augen stehen. Ich glaube nicht, daß des deutschen Volkes Freiheit uns durch irgendein Wunder beschert wird, ich glaube nicht daran, daß, selbst wenn das der Fall wäre, unser Volk würdig genug sein könnte, diese Freiheit zu verdienen. Aber ich glaube, daß, wenn aus unzähligen Kämpfen und ewigen Schicksalsschlägen am Ende doch ein Geschlecht erwächst, das unerschütterlich an den Sieg glaubt und sich unentwegt dafür einsetzt, dann eines Tages diese höhere überirdische Gerechtigkeit letzten Endes die Feststellung treffen wird: Nun seid Ihr reif, nun mag das Schicksal seinen Lauf nehmen, nun gebe ich Euch den Feind in Eure Hand, nun richtet! (Rasender Beifall.)

So kann ich Sie jetzt nur auffordern: Lassen Sie die Herzen nun höher schlagen, reißen Sie sich empor! Wir sehen hinter uns eine siegreiche Schlacht, aber sie hat nicht das Ende gebracht, sondern nur die Verpflichtung, *nun erst recht mit doppelter Energie und Kraft weiterzukämpfen.*

Die Nation liegt vor uns.

Die Lügen der Gegner werden genauso zuschanden wie alles andere. *Bleiben wird die Verpflichtung, dieser Nation zu helfen.* Wenn wir diese Fragen in einem Zuge zu lösen nicht in der Lage wären, wer sollte sie dann lösen? Etwa dieses erbärmliche Gemengsel, das sich heute in Deutschland als unser Gegner ankündigt, dieses Gemengsel von Parteien, Grüppchen, Gewerkschaften usw.? Glauben Sie, daß diese vom Schicksal dazu bestimmt sein könnten, unsere Nation zu retten oder auch bloß zu repräsentieren? *Ich glaube keine Sekunde daran.*

Das Schicksal hat uns so groß werden lassen, um uns zu zeigen, daß es uns auserwählt hat.

---

28 Vgl. auch Goebbels' Tagebucheintrag zum 13.3.1932, in dem er Verzweiflung und Resignation schildert, die sich nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse in der nationalsozialistischen Führung breit machten; über Hitlers Reaktion schreibt Goebbels: "Er hat absolut die Fassung behalten und steht über der Situation. [...] Wenn wir jetzt trotzig wieder an die Arbeit gehen, dann können wir die Scharte auswetzen. Der Führer ist auch sofort dazu entschlossen. Er zögert keinen Augenblick, den Kampf aufs neue aufzunehmen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 140 f. Ferner Dok. 47, Anm. 7.

29 Vgl. Dok. 55, Anm. 6, Dok. 58 und 65.

Die Not ist groß[30] und sie wird sich noch steigern. Die Lügen der Gegner werden durch die Wirklichkeit ihre Widerlegung finden. Bei *uns* liegt es, diese Erscheinungen zu deuten und *dem deutschen Volke die Augen zu öffnen,* um es zu überzeugen, was wirklich ist, *damit unser Wille sich langsam umsetzt in den Willen des ganzen deutschen Volkes.*

Dann kommt die Stunde, so oder so, dann kommt der Tag, an dem zum letzten Mal nicht nur gekämpft wird, sondern auch die Glocken anschlagen werden zum letzten großen Sieg, dem Sieg, der uns die Macht und Möglichkeit gibt, das zu verwirklichen, was wir im Rahmen unserer Bewegung im deutschen Volke zu verwirklichen begonnen haben.

Ein Volk, eine einzige Gemeinschaft, erfüllt von leidenschaftlichem Freiheitsdrang, entschlossen, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, eisern im Herzen, brutal in der Entschlossenheit, zäh in der Durchführung, immer beseelt von einem einzigen, ganz großen Willen.

Wir leben vielleicht in der historisch größten Zeit unseres Volkes. Noch niemals hat der Himmel Deutschland so aufleben lassen.

Sorgen wir dafür, daß das Aufleben von jetzt zu einer ganz großen Erhebung wird! Uns muß dann am Ende doch der große Sieg sein[31]*!*

17. März 1932 — Dok. 51
Schreiben an die Nordische Rundfunk A. G.[1], Hamburg

Masch. Abschrift; StA Hamburg, Staatliche Pressestelle I-IV, Z II Ba 1, Bd. 7[2].

Hiermit stelle ich den Antrag, mir in meiner Eigenschaft als Reichspräsidentschaftskandidat[3] die Möglichkeit zu geben, durch eine Rundfunkrede zu dem deutschen Volk zu sprechen. Ich bitte deshalb um Angabe von Tag und Stunde, wann ich diese Rede halten kann.

---

30 Vgl. Dok. 3, Anm. 4 sowie Dok. 32, Anm. 14.
31 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Der nördlichste deutsche Rundfunksender war am 16.1.1924 als Nordische Rundfunk AG (NORAG) von verschiedenen Hamburger Kaufleuten gegründet worden. Zum Vorstand bestimmten die Gründer den Lübecker Getreidehändler Alban Patzschger sowie die Journalisten Kurt Stapelfeldt und Hans Bodenstedt von den *Hamburger Nachrichten.* Am 17.4.1924 erwarben die Gründer bei der Reichspost eine Lizenz für den Sendebetrieb im Umkreis von 150 km um Hamburg. Diese erhielt dafür 51% der Aktien, alle restlichen Aktien wurden bis Juli 1932 von den Ländern übernommen. Bei Beginn des Sendebetriebs besaß die NORAG, deren politisches Profil sich als deutschnational-konservativ bezeichnen läßt, nicht mehr als 896 angemeldete Hörer, 1931 waren es bereits 627.720. Bis 1927 entwickelte sich die NORAG mit 133 fest und 1.421 zeitweise angestellten Mitarbeitern zur größten Rundfunkgesellschaft im Deutschen Reich; bis 1933 schrumpfte diese Zahl allerdings auf insgesamt 236 Angestellte. Vgl. Heinz-Günter Deiters, Fenster zur Welt. 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland, Hamburg 1973, S. 11 ff.; Wilhelm Treue, Der "Nordische Rundfunk" von der Gründung bis zur Weltwirtschaftskrise. In: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte 12 (1986), S. 277-288; Lilian-Dorette Rimmele, Anspruch und Realität nationalsozialistischer Rundfunkarbeit vor 1933 in Hamburg. In: Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung. Hrsg. von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger, Berlin 1975, S. 135-151.

Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, daß im Verlauf des Wahlkampfes der Herr Reichspräsident von Hindenburg und der Herr Reichskanzler Brüning bereits zu dem deutschen Volke gesprochen haben[4], so daß nach den Konzessionsbestimmungen in Anbetracht der Überparteilichkeit des Rundfunks[5] meinem Wunsche nichts entgegenstehen dürfte[6].

gez. Adolf Hitler

17. März 1932 Dok. 52
Erklärung

VB vom 19./20./21.3.1932, "Erklärung Adolf Hitlers zur Aktion Severings"[1].

Das preußische Innenministerium hat den uns schon seit längerem bekannten Plan eines Überfalls auf die nationalsozialistische Bewegung nunmehr ausgeführt[2].

---

2 Zur damaligen Offensive der NSDAP vgl. auch VB vom 18.3.1932, "Wir fordern den Rundfunk frei für Adolf Hitler!". [*sic!*]

3 Vgl. Dok. 47 mit Anm. 7.

4 Reichspräsident von Hindenburg hatte am 10.3.1932 über alle deutschen Sender begründet, warum er zum zweiten Mal für das Amt des Reichspräsidenten kandidiere. Am 11.3.1932 hatte Reichskanzler Brüning im Berliner Sportpalast eine entsprechende Wahlrede gehalten, die ebenfalls von allen deutschen Sendern übertragen wurden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, München 1933, S. 55 ff., 58 f.

5 Vgl. Dok. 39, Anm. 16.
Am 23.3.1932 verbot der Reichsminister des Innern alle Wahlreden im Rundfunk für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Lerg, Rundfunkpolitik, S. 391.

6 Die Nordische Rundfunk AG leitete Hitlers Antrag am 23.3.1932 an ihren Politischen Überwachungsausschuß weiter. In dessen Auftrag informierte Regierungsrat Erich Stoltz Staatsrat Alexander Zinn am 29.3.1932, daß er die Nordische Rundfunk AG umgehend gebeten habe, "den Antrag des Herrn Adolf Hitler abzulehnen". Die Nordische Rundfunk AG teilte daraufhin Hitler mit Schreiben vom 31.3.1932 mit, daß man sich "im Einvernehmen mit dem Politischen Überwachungsausschuß unserer Gesellschaft" und "unter Beachtung eines Erlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 23. März [*1932*] veranlaßt" sehe, "Ihren Antrag vom 17. März d. J. abzulehnen, da die Reichsregierung auch für den zweiten Wahlgang um die Reichspräsidentenschaft daran festhält, daß Wahlreden im Rundfunk nicht zugelassen werden können". StA Hamburg, Staatliche Pressestelle I-IV, Z II Ba 1, Bd. 7.

1 Hitler reagierte auf die Durchsuchungen der nationalsozialistischen Geschäftstellen in Preußen mit drei Erklärungen, bzw. Aufrufen, die nebeneinander auf der Titelseite des *VB* vom 19./20./21.3.1932 veröffentlicht wurden. Datiert ist jedoch nur die vorliegende Erklärung. Vgl. Dok. 53 und 54.
Wegen dieser Publikationen verbot das bayerische Ministerium des Innern den *VB* (Bayern-, Reichs- und Telegrammausgabe) am 21.3. für fünf Tage. Am selben Tag telegraphierte Severing "an alle Ober- und Regierungspräsidenten" und bat, "diejenigen Blätter, die die Erklärung und den Aufruf gleichfalls abgedruckt haben, gemäß Paragr[*aph*] 1, Ziffer 2 [*und*] Paragr[*aph*] 12 der Verordnung vom 28.3.[*19*]31 und Paragr[*aph*] 2, Abs[*atz*] 2 der Verordnung vom 10.8.[*19*]31 ebenfalls und zwar für 5 Tage zu verbieten. Diejenigen Zeitungen, die die Erklärung bzw. den Aufruf nur im Auszug veröffentlichten, sind schleunigst nachdrücklich zu verwarnen." Vgl. VB vom 23.3.1932, "Verbot des 'Völkischen Beobachters'". Telegramm des preußischen Ministers des Innern an den Oberpräsident der Provinz Hannover vom 21.3.1932; Nds. HStA Hannover, Hann. Des. 122 a, 2783.

Der nach alten Rezepten aufgezogene Verhaftungs- und Beschlagnahmerummel[3] soll der Öffentlichkeit die Meinung suggerieren, die Nationalsozialistische [*Deutsche Arbeiter*]partei und ihre Organisationen beabsichtigten ungesetzliche Maßnahmen in einem Augenblick zu ergreifen, da die legale Entwicklung[4] ihr ohnehin bereits die Stellung der stärksten Partei Deutschlands gegeben hat[5].

Der preußische Innenminister Dr. h. c. Carl Severing weiß, daß die legale Machtergreifung durch die N.S.D.A.P. nur noch eine Frage der Zeit ist. Der völlige Verfall der S.P.D. des Herrn Ministers Severing ist durch die Reichspräsidentenwahl einwandfrei festgestellt[6]. Nun soll diese Polizeiaktion in letzter Minute eine neue Handhabe sein, auf dem Wege weiterer Ungesetzlichkeiten und [...][7] das herrschende System noch einmal zu retten.

---

2 Um einem möglichen nationalsozialistischen Staatsstreich zuvorzukommen (vgl. Dok. 44, Anm. 1), wurden am 17.3.1932 in ganz Preußen und Hamburg Hausdurchsuchungen in Büros und Heimen von NSDAP und SA sowie in Privatwohnungen führender Nationalsozialisten durchgeführt. Allein in Berlin kam es zu 60 Hausdurchsuchungen. Da es der preußischen Polizei gelang, die Aktion geheimzuhalten und zeitgleich zu koordinieren, konnten nicht nur Waffen, sondern auch zahlreiche Dokumente beschlagnahmt werden, die darauf hindeuteten, daß sich die NSDAP auf eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung vorbereitete. Unklar blieb freilich, ob es sich hierbei um offensive Putschvorbereitungen handelte oder lediglich um die militärische Sicherung des erwarteten Hitlerschen Wahlsiegs. Reichsminister Groener, der den Alleingang Severings nicht billigte, bewertete in einem Schreiben vom 6./7.4.1932 "das Ergebnis der preuß[*ischen*] Aktion [*als*] sehr dürftig u[*nd*] meist längst bekannt". Vgl. Der Angriff vom 17.3.1932, "Wieder einmal: Polizei in der Hedemannstraße"; vom 18.3.1932, "Hitler gegen Severing. Die Wahlaktion der Preußenregierung"; vom 19.3.1932, "Severing-Aktion moralisch erledigt. Zurückhaltung des Reichsinnenministers"; Frankfurter Zeitung vom 18.3.1932 (1. MA), "Preußenaktion gegen die SA"; vom 19.3.1932 (2. MA), "Die Aktion gegen Hitlers Privatarmee"; vom 20.3.1932 (1. MA), "Die Preußen-Aktion. Entstellungsversuche der Nationalsozialisten"; VB vom 19./20./21.3.1932, "Eine neue Unterdrückungsaktion gegen die N.S.D.A.P."; vom 22.3.1932, "Severing und seine Helfer!"; Vorwärts vom 17.3.1932 (AA), "Haussuchungen bei den Nazis", "Die Waffen der Privatarmee"; vom 18.3.1932 (MA), "Nun schwören sie wieder!"; Vossische Zeitung vom 17.3.1932, "Haussuchungen in ganz Preußen"; vom 18.3.1932 (AA), "Das Ergebnis der Haussuchung". Ferner Staat und NSDAP, Dok. 60 und 64; Sabine Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984, S. 184 ff., 216 ff.; Carl Severing, Mein Lebensweg. Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 328 f.; Zitat Hürter, Groener, S. 333, Anm. 148.
Zu den Ergebnissen der Untersuchungen über das beschlagnahmte Material vgl. Anm. 20.

3 Einer der spektakulärsten Fälle während der zurückliegenden Monate war die am 4.7.1931 erfolgte Besetzung des Braunen Hauses durch die Bayerische Landespolizei. Dabei wurden 29 Nationalsozialisten, bei den sich anschließenden Demonstrationen und Tumulten 19 weitere nationalsozialistische Parteigänger verhaftet und sämtliche Parteiakten beschlagnahmt. Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 335; Peter Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 35 sowie Bd. IV/2, Dok. 4, 6 und 19.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

5 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.

6 Zum Wahlverhalten der sozialdemokratischen Anhänger vgl. Dok. 50, Anm. 7.
Die SPD selbst betrachtete das Wahlergebnis vom 13.3.1932 als Sieg. In einem Aufruf vom 16.3.1932 rechtfertigte der Vorstand der SPD noch einmal, warum man "die Parole für Hindenburg ausgegeben" habe. "An die politische Schulung und Disziplin der Parteigenossen waren damit hohe Anforderungen gestellt. Mit Genugtuung dürfen wir heute feststellen, daß sie *die Probe glänzend bestanden* haben. Die Geschlossenheit, mit der sie die Parole der Partei befolgten, hat bei Freund und Feind Bewunderung erregt. *Sie verdient Anerkennung und Dank. Arbeit und Opfer waren nicht vergebens, Hitler ist geschlagen!*" Vgl. Vorwärts vom 17.3.1932 (MA), "An die Partei!"

7 In der Vorlage Auslassung von etwa 20 Anschlägen.

Minister *Severing* sieht den Beweis für die von ihm der N.S.D.A.P. unterstellten gesetzwidrigen Absichten in der am Tage der Reichspräsidentenwahl erfolgten Zusammenhaltung der S.A. in ihren Vereinslokalen[8]. Er teilt dabei der erstaunten Öffentlichkeit mit, daß die Erhebungen seiner wachsamen Polizei ergeben hätten, daß diese Verfügung schon geraume Zeit vorher von der S.A.-Führung ausgegeben worden sei. *Das Haltlose, ja Absurde dieser neuen preußischen Polizeiaktion ergibt sich allein schon aus folgenden Feststellungen:*

1. Die N.S.D.A.P. hat noch bei jeder bisherigen Wahl am Wahltage bzw. schon in der Nacht vorher ihre S.A.- und Vertrauensleute zusammengezogen, weil diese die gesamte Wahlarbeit in der Nacht zum Wahltag und am Wahltag selbst durchzuführen haben.

2. *Die nationalsozialistische Parteileitung hat insbesondere aber auch deshalb die S.A.- und S.S.-Männer an allen Wahltagen zusammengefaßt, um bei der gesteigerten Hetzkampagne ihrer Gegner das wehrlose Abschlachten einzelner, auf der Straße gehender S.A.- und S.S.-Männer durch die Genossen der Partei des Herrn Ministers Severing, des Reichsbanners*[9]*, der Eisernen Front*[10] *und auch der ihnen wesens- und wahlverwandten Kommune zu verhindern. Durch diese Parteien sind erst in den letzten Wochen 40 meiner Kameraden, die ihnen einzeln waffenlos*[11] *in die Hände fielen, getötet worden*[12]*. Tausende wurden verletzt*[13]*!*

Diese Maßnahme der Zusammenhaltung unserer S.A.-Männer zu ihrem Schutz vor dem roten Untermenschentum war um so nötiger, als es bekanntlich der Polizei des Ministers Seve-

8 Der preußische Minister des Innern begründete die Polizeiaktion gegen die NSDAP damit, daß diese offensichtlich einen Staatsstreich vorbereitet habe. Die SA sei am Wahltag in Alarmbereitschaft gesetzt worden, man habe dort Waffenfunde gemacht, während in vielen SA-Verbänden die Parole ausgegeben worden sei, sie würden demnächst aus Beständen von Polizei und Reichswehr bewaffnet. Die Berliner SA-Formationen seien zusammen mit anderen in der Umgebung von Berlin zusammengezogen worden, um im Fall eines Putsches die Hauptstadt einschließen zu können. Severing schloß aus diesen Vorbereitungen, die er mit vielfältigen Einzelbeweisen belegte: "Das sind schlechthin Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg, die von dem Vorwand, nur für Unruhen von kommunistischer Seite zu gelten, nicht gedeckt werden. Sie sind ein frivoles Spiel mit dem Feuer, dem die preußische Staatsregierung nicht länger zusehen wird." Vgl. Vorwärts vom 17.3.1932 (AA), "Haussuchungen bei den Nazis".

9 Vgl. Dok. 50, Anm. 11.

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

11 Einer Übersicht des Berliner Polizeipräsidenten aus dem Jahr 1931 zufolge wurden bis November 1931 die folgenden Waffen bei Angehörigen von NSDAP sowie KPD beschlagnahmt:

Art der Waffen	NSDAP	KPD
Schußwaffen	47	153
Hieb- und Stoßwaffen	17	138
Andere Waffen	55	127
Infanteriemunition	-	212
Pistolenmunition	68	525

Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 315 f.

12 Nach parteieigenen Angaben waren im Zeitraum vom 1.1. bis 14.3.1932 neunzehn Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen getötet worden. Vgl. Halbmast, S. 58 ff., ferner Dok. 3, Anm. 14 und 12. Angaben zu den individuellen Hintergründe dieser Todesfälle in Dok. 14 und 60.

13 Nach parteieigenen Angaben wurden der SA-Versicherung 1931 6.307, 1932 14.005 Verletzte gemeldet. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 412; Longerich, Braune Bataillone, S. 122.
Von diesen "Schadensfällen" waren jedoch, so eine parteiinterne Statistik, etwa 15-20% auf Sportverletzungen zurückzuführen. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 71, Anm. 4.

ring sehr zum Unterschied ihrer sonstigen aktivistischen Findigkeit nicht gelungen ist, auch nur einen Bruchteil dieser Verbrechen aufzuklären oder gar der Täter habhaft zu werden[14].

3. *Von der geplanten Zusammenhaltung der S.A.- und S.S.-Männer in ihren Vereinslokalen*[15] *wurde - um von mir vorausgesehenen Manövern amtlicher und nichtamtlicher Stellen beizeiten vorzubeugen - in meinem Auftrag das Reichsinnenministerium durch meinen Stabschef*[16] *in Kenntnis gesetzt. Stabschef Röhm teilte diese beabsichtigte Maßnahme dem Vertreter des Reichsinnenministeriums eine Woche vorher amtlich mit*[17].

Ein Einspruch dagegen wurde nicht erhoben.

4. *Die Richtigkeit dieser Maßnahme hat sich im übrigen dadurch erwiesen, daß am letzten Wahltage den sozialdemokratischen und kommunistischen Mordabsichten weniger Leute als sonst zum Opfer fielen und die Polizeibehörden von einem im ganzen Reich wider Erwarten ruhigen Verlauf der Wahlen zu berichten wußten*[18].

---

14 Daß viele Fälle, die von der NSDAP als politisches Attentat ausgegeben wurden, häufig ganz andere Ursachen besaßen, verdeutlicht ein Vermerk des Reichsministeriums des Innern vom 25.5.1932. Hitler hatte am 14.11. 1931 in einem Schreiben an den Reichsminister des Innern 267 verletzte und elf getötete Nationalsozialisten aufgeführt, die angeblich von politischen Gegnern verletzt oder getötet worden seien. Nach einer genauen Prüfung aller Fälle konnte das Reichsministerium des Innern in einem Vermerk vom 25.5.1932 jedoch nur "in 74 Fällen die Kommunisten, in 29 Fällen Mitglieder des Reichsbanners usw. als die Schuldigen" feststellen. Von den 278 Überfällen, die Hitler genannt habe, seien "26 Fälle auszuscheiden, die sich außerhalb des Reichsgebiets zugetragen haben", 58 Fälle seien der Polizei nicht zur Kenntnis gekommen. "Von den danach übrigbleibenden 194 Fällen sind weiter 18 Fälle auszuscheiden (8 Fälle, wo Nationalsozialisten selbst die Täter waren, 5 Fälle von Privatstreitigkeiten, 3 Unglücksfälle, 2 Fälle, wo die Verletzungen durch Polizeibeamte erfolgt sind)." Bei 63 Fällen seien die Täter nicht zu ermitteln, bei 10 Fällen läge die Schuld auf beiden Seiten. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 71 mit Anm. 27 sowie Dok. 80.

Obwohl der *VB* chronisch über das angeblich zu geringe Strafmaß bei der Verurteilung politischer Gegner räsonierte, berichtete er zu Beginn des Jahres 1932 über eine Reihe von Prozessen, in denen hohe Haftstrafen gegen Kommunisten ausgesprochen wurden, denen die Tötung oder Verletzung von Nationalsozialisten zur Last gelegt wurde. Erwähnt seien die folgenden Todesfälle: Theodor Sanders († 4.12.1930, Höchststrafe: 9 Jahre und ein Monat Zuchthaus), Fritz Felgendreher († 14.3.1931, Höchststrafe: 10 Jahre, drei Monate Zuchthaus), Fritz Tschierse († 25.5.1931, Höchststrafe: 15 Jahre Zuchthaus), Martin Martens († 11.11.1931, Höchststrafe: 15 Jahre Zuchthaus). Vgl. hierzu die Berichterstattung im VB vom 21.1., 23.1., 28.1., 29.1., 31.1., 24.2.1932. Ferner Gusy, Weimar, S. 354 ff.

15 Zu den entsprechenden Befehlen der Obersten SA-Führung im Vorfeld des 13.3.1932 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

16 Ernst Röhm (1887-1934), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Generalstabsoffizier im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1928-30 Militärausbilder in Bolivien, 1931 Stabschef der SA, März 1933 bayerischer Staatskommissar z. b. V., Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, am 1.7.1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

17 Die Oberste SA-Führung unterrichtete am 5.3.1932 das Reichsministerium des Innern über ihren Befehl, am Tag der Reichspräsidentenwahl alle SA- und SS-Einheiten in Alarmzustand zu setzen. Über dieses Vorhaben wurde jedoch nicht Minister Groener, sondern der Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, Generalleutnant Kurt von Schleicher, informiert. Groener bestätigte am 18.3. in einer öffentlichen Erklärung, daß er anschließend hiervon Kenntnis erhalten habe und daß gegenüber dieser Maßnahme im Reichsministerium des Innern keine Bedenken bestanden hätten. Vgl. Berliner Tageblatt vom 18.3.1932 (AA), "Die Polizeiaktion gegen die S.A."; Frankfurter Zeitung vom 25.3.1932 (1. MA), "Groener, Schleicher und Roehm".

18 Die deutsche Presse berichtete übereinstimmend, wie ruhig die Wahl am 13.3.1932 verlaufen sei. Die *Frankfurter Zeitung* meinte, daß dieser Wahltag der "ruhigste genannt werden kann, den die Reichshauptstadt je gesehen hat". In Hückeswagen bei Opladen (Rheinland) kam es allerdings zu einem Zusammenstoß zwischen Na-

Bezüglich der anderen, ins einzelne gehenden öffentlichen Beschuldigungen des Herrn Severing gegen die N.S.D.A.P. [19] habe ich sofort durch meine Parteidienststellen Erhebungen vornehmen lassen.

In den bisher untersuchten Fällen hat sich bereits die völlige Haltlosigkeit der Severingschen Unterstellungen ergeben.

Im Laufe des Freitag ist mit Abschluß unserer Feststellungen zu rechnen. Ich werde dann durch meinen Stabschef der Öffentlichkeit den Beweis liefern, daß es sich bei dem Vorgehen des Herrn Severing um ein *Angstmanöver* handelt[20], das die S.P.D. vor der nun einmal notwendig gewordenen Abrechnung durch das deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen[21] retten soll.

Auch diese Aktion wird ebenso in ihrem Ausgang die unbedingte Gesetzlichkeit der nationalsozialistischen Partei und ihrer Handlungen[22] erweisen[23], wie umgekehrt den wirklichen

---

tionalsozialisten und Kommunisten, bei dem ein Nationalsozialist drei Kommunisten erschoß. Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.3.1932 (AA), "Der Verlauf des Wahlsonntags"; Frankfurter Zeitung vom 14.3.1932 (1. MA), "Der Verlauf des Wahltages" und "Wahlstimmungsbilder"; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.3.1932, "Der Wahltag in München".

19 Vgl. Anm. 8.

20 Mit Schreiben Nr. 7/32 vom 18.3.1932 teilte Röhm Reichsminister Groener mit, die Oberste SA-Führung habe den verantwortlichen Reichsminister schon lange vor der Reichspräsidentenwahl darüber unterrichtet, daß an diesem Tag alle SA- und SS-Einheiten in Alarmzustand gesetzt würden (vgl. Anm. 17). Die Eiserne Front habe ähnliche Vorkehrungen getroffen. Im Raum Berlin wären die SA-Männer und NSDAP-Mitglieder aus der Stadt herausgebracht worden, um sie nicht "der Gefahr auszusetzen, daß sie im Häusermeer Berlins abgeschlachtet würden". Dementsprechend habe man auch eine Evakuierung ihrer Familien vorbereitet. Die Ereignislosigkeit des 13.3. (vgl. Anm. 18) beweise "den Willen [*der NSDAP*] zur Aufrechterhaltung der Ruhe am Wahltage und zur Vermeidung blutiger Auseinandersetzungen". Vorbereitungen für einen Staatsstreich könnten weder der NSDAP, ihrer Leitung oder der SA-Führung zur Last gelegt werden, die Waffen- und Dokumentenfunde seien von einzelnen Parteigenossen an der Basis der Partei zu verantworten. Im Falle des unberechtigten Waffenbesitzes würden diese automatisch aus der Partei ausgeschlossen. Es sei allerdings bezeichnend, daß Severing die Zahl der beschlagnahmten Waffen "ängstlich verheimlicht", auch wäre ein Teil der konfiszierten Befehle bei den in Frage kommenden SA-Führern unbekannt.
Etwas anders fiel der neunzehnseitige Bericht Nr. II 1420 a 1/330 des preußischen Ministers des Innern vom 6.4.1932 aus. In ihm wurde alles aufgeführt, was bei den beschlagnahmten SA- und SS-Unterlagen auf Staatsstreichsvorbereitungen in der NSDAP hindeutete: Aufbau eines Nachrichtendienstes zur Aufklärung von staatlichen Institutionen sowie von Organisationen der politischen Gegner; detailliertes Nachrichtenmaterial über die Polizei, aber auch über öffentliche Nachrichten- und Verkehrseinrichtungen; Unterlagen zur offenen Zersetzungsarbeit; Ansätze zum Aufbau eines unabhängigen Fernmeldenetzes (Relais-Dienst, Brieftaubenstationen, Blink- und Funkverbindungen usw.); Planungen zur Rekrutierung militärischer Spezialformationen (Erfassen von ausgebildeten Pionieren, Minenwerfern, Tankwagenbesatzungen, MG-Schützen usw.); Vorbereiten einer entsprechenden Logistik und Infrastruktur für den Fall einer möglichen Mobilisierung (Bestandsaufnahme von Feldküchen, beschleunigte Einkleidung, Beschaffung von eisernen Rationen, Vorbereitung von Massenquartieren und Alarmplätzen, Ausgabe eines Alarmierungssystems usw.); Transport von Waffen, Pläne zur Beschlagnahme staatlicher Waffenlager, schließlich einzelne Waffenfunde; Planspiele zur Sicherung aller öffentlichen Einrichtungen im Falle einer Machtübernahme (Besetzung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Verkehrsbetriebe usw.). Beide Dokumente in: BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1. Vgl. auch Dok. 44, Anm. 3.

21 Am 10.4.1932 sollte der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl stattfinden, für den 24.4.1932 waren Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg sowie die Bürgerschaftswahl in Hamburg anberaumt. Vgl. auch Dok. 42, Anm. 2.

Hintergedanken dieses polizeilichen Kunstgriffes enthüllen. Das Wahlmanöver des Herrn Severing wird seine Partei nicht vor der kommenden Niederlage retten[24].

München, 17. März 1932

Adolf Hitler

19. März 1932 Dok. 53
"Nationalsozialisten! SA- und SS-Männer!"
Aufruf

VB vom 19./20./21.3.1932[1].

Der Sozialdemokrat Carl *Severing* hat soeben zu einem neuen Schlage gegen unsere Partei als Trägerin des deutschen Freiheitskampfes ausgeholt.

Polizei ist in unsere Geschäftsstellen eingebrochen, hat unsere Akten beschlagnahmt[2], ohne die dabei gebotenen gesetzlichen Vorschriften zu befolgen[3]. *In einer öffentlichen Erklärung unterstellt Herr Severing unserer Partei und damit Euch, Parteigenossen, abermals gesetzwidrige Absichten*[4]*, ohne außer seinen durch Tatsachen schon so oft widerlegten Behauptungen wirklich Gründe vorbringen zu können. Der sozialdemokratische Minister kündigt nun an, daß er weitere Verfolgungsmaßnahmen gegen unsere Partei ergreifen will.*

---

22 Am 19.3. erschienen MdR Göring und MdR Hans Frank (II) bei Reichsminister Groener und überreichten ihm eine Legalitätserklärung sämtlicher Führer und Unterführer der NSDAP und SA. Vgl. Hürter, Groener, S. 333.

23 Bereits am 24.3.1932 einigten sich Vertreter der NSDAP und der preußischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig auf einen Vergleich sowie auf die Herausgabe eines großen Teils des beschlagnahmten Materials, wobei sich beide Seiten vorbehielten, "im Verfahren zur Hauptsache ihre Rechtsauffassung zur Geltung zu bringen". Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 164. Frankfurter Zeitung vom 27.3.1932 (Reichsausgabe), "Preußen und die Nationalsozialisten"; VB vom 30.3.1932, "Severing gibt das beschlagnahmte 'Material' wieder heraus".

24 Innerhalb der NSDAP bewertete man die Polizeiaktion ungleich pessimistischer, wie der Tagebucheintrag Goebbels' vom 17.3. verdeutlicht: "Hiobsbotschaft aus Berlin: Severing hat überall Haussuchungen anstellen lassen. Er will anscheinend die S.A. verbieten. Der Führer gibt eine sehr scharfe Erklärung dagegen ab. Die Partei ist in Alarmzustand. Jetzt geht es um eine Nervenprobe ohnegleichen. Brüning hat bis zum 3. April Osterfrieden erklärt. Man will uns also geräuschlos, aber um so brutaler den Atem abdrücken. Um so weniger darf für uns ein Nachgeben in Frage kommen!" Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 144.

1 Vgl. Dok. 52, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 52, Anm. 2 und Dok. 54, Anm. 3.
3 Vgl. Dok. 54 mit Anm. 4.
4 Vgl. Dok. 52, Anm. 8.

Nationalsozialisten!

Ihr wißt jetzt, was Ihr zu erwarten habt! Gerade, weil wir auf streng legalem Wege kämpfen[5], versucht der Gegner, uns mit Terror und Gewalt und behördlichen Unterdrückungen um den Sieg zu bringen. *Erkennt, daß nicht nur die Zukunft unserer Bewegung, sondern damit auch die Zukunft Deutschlands ausschließlich davon abhängt, ob es uns gelingt, diese Willkür - unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel - zu brechen.*

Das Schicksal gibt uns die Möglichkeit hierzu.

Am 10. und 24. April [*1932*] finden zwei weitere große Schlachten gegen das System des [...][6] und der Unterdrückung statt[7]. *Setzt Eure Gefühle der Empörung, des Zornes und der brennenden Wut um in fanatische Arbeit!*

Parteigenossen! S.A.- und S.S.-Männer!

Ihr werdet vielleicht jetzt noch besser verstehen, warum ich den Kampf nicht unterbrechen wollte, sondern Euch schon in der Nacht des Wahltags aufforderte, ihn aufs neue zu beginnen[8]. *Es gibt keinen anderen Weg, diesen willkürlichen Terror, diese ununterbrochenen Gesetzesverletzungen in Deutschland zu beseitigen, Euch bleibt keine andere Rettung,* die dauernden Bedrückungen, die unausgesetzten Bedrohungen Eurer Freiheit, der Freiheit Eurer Wohnungen[9] und der Freiheit unserer Presse[10] und unserer Bewegung zu überwinden, als: Beseitigung der Machthaber von heute und Sturz ihres Systems!

Nationalsozialisten! S.A.- und S.S.-Männer!

Laßt Euch durch gar nichts zu einer Ungesetzlichkeit provozieren, aber arbeitet mit dem letzten Fanatismus im Sinne der Euch nunmehr zugehenden Richtlinien!

Wenn 11 Millionen Menschen nur von dem einen Wunsch durchglüht sind, die Freiheit eines Volkes gegen seine Unterdrücker wahrzunehmen[11], dann muß aus diesem konzentrierten Willen auch die Kraft zur Rettung kommen!

Was Euch bevorsteht, Parteigenossen, S.A.- und S.S.-Männer, das *wißt* Ihr jetzt! Es liegt in Euerer eigenen Hand und Euerem eigenen Vermögen, diese Gefahr abzuwenden, indem Ihr in blinder Gefolgschaftstreue aufgeht in der *Arbeit für die beiden neuen Wahlkämpfe!*

---

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 27, Dok. 44, Anm. 1, 3 und 4, Dok. 52, Anm. 20 und Dok. 54, Anm. 5.

6 In der Vorlage Auslassung von etwa 14 Anschlägen.

7 Am 10.4.1932 sollte der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl stattfinden, für den 24.4.1932 waren Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg sowie die Bürgerschaftswahl in Hamburg anberaumt. Vgl. auch Dok. 42, Anm. 2.

8 Vgl. Dok. 47 und 48.

9 Anspielung auf Artikel 115 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden." Druck: RGBl. 1919, S. 1405.
§ 102 der Strafprozeßordnung ermöglichte jedoch "eine Durchsuchung der Wohnung und anderer Räume" bei Personen, welche "als Täter oder Teilnehmer einer strafbaren Handlung oder als Begünstigter oder Hehler verdächtig" sind. § 104 regelte die Voraussetzungen und Bedingungen für eine "nächtliche Haussuchung", §§ 105-109 die "Anordnung und Ausführung der Durchsuchung", § 110 schließlich die "Durchsicht von Papieren". Vgl. Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz nebst andern ergänzenden Gesetzen, München [13]1931.

10 Vgl. Dok. 30, Anm. 7.

11 Gemeint sind die Wähler im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, die für Hitler gestimmt hatten. Vgl. Dok. 47, Anm. 2.

Gebt Herrn Severing am 10. und 24. April *die* Antwort, die Ihr, Parteigenossen, ihm geben könnt.

Schlagt ihn und seine Partei!

Adolf Hitler

19. März 1932 Dok. 54
"Achtung! Spitzelmaterial!"
Erklärung

VB vom 19./20./21.3.1932 [1].

Eben wird mir bekannt:

Die Polizei in Berlin hat bei den Haussuchungen in den verschiedenen Geschäftsstellen der Partei [2] sich geweigert, eine Bescheinigung über das wahllos und in Mengen beschlagnahmte Material auszustellen und dieses Material unter Zeugenschaft der zuständigen Parteidienststelle ordnungsgemäß zu versiegeln [3], wie das nach dem Gesetz ihre Pflicht gewesen wäre [4]. Damit

---

1 Vgl. Dok. 52, Anm. 1.

2 Vgl. Dok. 52, Anm. 2.

3 Die nationalsozialistische Presse berichtete, die preußische Polizei habe bei ihren Durchsuchungen der Geschäftsstelle der Berliner Gauleitung sowie der dortigen Sektions-Geschäftsstellen der NSDAP "Bescheinigungen [...] über das beschlagnahmte Material verweigert. Die Polizeiorgane nahmen auch keine Versiegelungen vor und scheuten nicht davor zurück, die Amtszimmer von Reichstagsabgeordneten und Stadtverordneten der Berliner Organisation zu durchsuchen, ohne sich um den amtlichen Reichstagssiegel [*sic!*] zu kümmern." Vgl. VB vom 19./20./21.3.1932, "Der Polizeiüberfall in Berlin" und "Die rote Inquisition in Preußen"; Der Angriff vom 19.3.1932, "Severing-Aktion moralisch erledigt. Zurückhaltung des Reichsinnenministers".

4 Laut § 109 der Strafprozeßordnung waren alle Gegenstände, die bei einer Hausdurchsuchung "in Verwahrung oder in Beschlag genommen" wurden, "genau zu verzeichnen und zur Verhütung von Verwechslungen durch amtliche Siegel oder in sonst geeigneter Weise kenntlich zu machen". § 110 bestimmte, daß die Durchsicht der beschlagnahmten Papiere nur dem Richter zustünde. Dabei sei der Inhaber der Papiere nach Möglichkeit hinzuzuziehen. Vgl. Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz nebst andern ergänzenden Gesetzen, München [13]1931.

5 Mit dem Erstarken der NSDAP zu Beginn der 30er Jahre begann es sich immer mehr abzuzeichnen, daß sich Teile ihrer Partei*basis* mehr oder minder offen auf einen Bürgerkrieg, teilweise auch auf einen Staatsstreich vorbereiteten. Zu einem der aufsehenerregendsten Fälle entwickelte sich der Skandal um die sog. Boxheimer Dokumente, die vom ehemaligen Kreisleiter der NSDAP, Karl Wilhelm Schäfer, am 25.11.1931 dem Polizeipräsidenten von Frankfurt übergeben worden waren. Diese Dokumente waren am 5.8.1931 Thema einer Besprechung der Gaufachberater des Gaues Hessen-Darmstadt der NSDAP im Gasthaus *Boxheimer Hof* gewesen und enthielten bereits fertige Entwürfe, die im Fall einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung mit der KPD durch die NSDAP veröffentlicht werden sollten. Vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 604 ff.; Martin Loiperdinger, "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a. M. 1983, S. 433-468; Staat und NSDAP, Dok. 43, 47 ff. sowie Bd. IV/2 dieser Edition, Dok. 76, 90. Vgl. ferner Dok. 44, Anm. 1, 3 und 4.

ist der Möglichkeit, in das beschlagnahmte Material gefälschte Schriftstücke von Unverantwortlichen, die die Partei belasten könnten, hineinzuschmuggeln, Tür und Tor geöffnet.

Um etwaige kommende "Enthüllungen"[5] *von vorneherein in das rechte Licht zu rücken, stelle ich dies hiermit schon heute vor der gesamten Öffentlichkeit fest.*

Adolf Hitler

19. März 1932 Dok. 55
Rede auf Reichsführertagung der NSDAP in München[1]

VB vom 22.3.1932, "Reichsführertagung der N.S.D.A.P."[2].

Den Höhepunkt der Reichsführertagung bildete die

Ansprache Adolf Hitlers,

der u. a. ausführte, daß niemand, der das innere Wesen der Partei kenne, auch nur eine Sekunde lang im Zweifel sein könne über die Fortführung des Kampfes[3]. Es sei für die NSDAP unmöglich, ja undenkbar, auch nur einer einzigen Schlacht auszuweichen, die zu schlagen sich

Für große Aufregung sorgte in jenen Wochen auch die Verhaftung von Theodor Eicke am 5.3.1932. Eicke - Stellvertretender Leiter des Werkschutzes der I. G. Farbenindustrie A. G., gleichzeitig aber SS-Standartenführer - sowie weitere verhaftete Nationalsozialisten hatten im Ludwigshafener Werk Sprengstoff entwendet und damit, so ihre eigenen Angaben, achtzig Bomben gebaut. Eicke wurde deshalb zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Berliner Tageblatt vom 10.3.1932, "Das pfälzische Bombenlager der S.A."; Frankfurter Zeitung vom 10.3.1932 (1. MA), "Die Bomben des SA.-Führers der Pfalz"; Vorwärts vom 10.3.1932 (MA), "SA.-Vorbereitung zum Bürgerkrieg"; Germania vom 11.3.1932, "Sturm auf Polizeiwachen?". Ferner Tom Segev, Die Soldaten des Bösen. Zur Geschichte der KZ-Kommandanten, Reinbek 1992, S. 135 ff.

1 Nachmittags. Der Ort der Veranstaltung ist nicht zu ermitteln, vermutlich das Braune Haus oder die Reichsführerschule der NSDAP. Den Vorsitz der Veranstaltung führte der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, der die Tagung mit einer Rede eröffnete und auch beendete. Als Reichspropagandaleiter stellte Goebbels bei dieser Gelegenheit "den mit dem Führer festgelegten Propagandaplan für den zweiten Wahlgang" vor.
In seiner Ausgabe vom 22.3.1932 berichtet der *VB* auf seiner Titelseite über eine "Reichsführertagung" der NSDAP, auf S. 3 über eine "Gauleitertagung" (Dok. 56), die beide am 19.3. in München stattgefunden hätten. Offenbar handelte es sich um zwei getrennte Veranstaltungen, die beiden Artikel nehmen nicht aufeinander Bezug: Während die erste Tagung anscheinend der Aussprache innerhalb der Parteiführung dienen sollte, versuchte man mit der zweiten Tagung offensichtlich sicherzustellen, daß auch in der Provinz der Wahlkampf der NSDAP nach den Vorstellungen der Reichsleitung geführt würde.

2 Vgl. auch Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 20.3.1932, "Reichsführertagung der NSDAP"; Der Angriff vom 21.3.1932, "Die Reichsführertagung der NSDAP". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 145; Dietrich, Hitler, S. 67 f.

3 Vgl. Dok. 47, Anm. 7.

ihr biete. Wie hoch selbst die Gegner den gewaltigen Erfolg der NSDAP[4] einschätzten, und wie groß ihre Furcht vor dieser Bewegung sei, gehe aus dem *kopflosen Vorgehen Severings* hervor[5]. Die NSDAP habe nicht den geringsten Grund, eine neue Schlacht zu scheuen. Alles könne die NSDAP ertragen, nur eines würde sie *nicht* aushalten: *Stillstand oder Kampfaufgabe.* Sie sei entschlossen, zu kämpfen bis zum letzten Atemzug. Die NSDAP glaube an den Sieg, weil ihr unbändiger Siegeswille, ihre absolute Zähigkeit und Beharrlichkeit ihn verbürge. Es sei kein Zufall, daß er die beste und zuversichtlichste Stimmung, die er je in den 13 Jahren seiner Arbeit erlebt habe, gerade jetzt in diesen Tagen nach dem 13. März [*1932*] erlebe[6]. Die Tausende von Telegrammen und Briefen, die er in diesen Tagen erhalte, seien alle auf den gleichen kampfentschlossenen Ton gestimmt: *"Jetzt erst recht,* jetzt erst recht!" Sie alle fühlten, so wie er, daß es für ihn *undenkbar* sei, einen einmal begonnenen Kampf *vor dem Siege aufzugeben*[7].

---

4 Vgl. Dok. 47, Anm. 2 und 4.

5 Vgl. Dok. 52-54.

6 Vgl. jedoch Goebbels' Tagebucheintrag zum 19.3.1932: "Die ganze Tagung ist überschattet von einer tiefen Depression. [...] Wir haben im ersten Wahlgang zweifellos viele Fehler gemacht. Wir müssen den Mut haben, daraus zu lernen. Die Herren wollen zwar nicht recht heran. Keiner will Versäumtes zugeben, aber es hilft ihnen nichts, ob sie wollen oder nicht, ich nehme sie an die Kandare; sie müssen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 145.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Am 19.3.1932 kam es im Braunen Haus auch zu einer zweistündigen Unterredung zwischen Hitler und dem Großindustriellen Paul Reusch, der vergeblich Koalitionen zwischen der NSDAP und den rechten bürgerlichen Parteien auf Länderebene zu fördern suchte. Reusch schlug Hitler vor, "sich bei der Formulierung seiner Wirtschaftspolitik, aber auch seiner Finanz-, Außen- und Innenpolitik nur auf erstklassige Experten zu stützen". Hitlers Kandidatur für den zweiten Wahlgang bei der Reichspräsidentenwahl konnte Reusch aber nicht verhindern. Um jedoch einer Koalition zwischen NSDAP und BVP den Weg zu ebnen, versprach Reusch, daß die *Münchner Neuesten Nachrichten* und der *Fränkische Kurier* - beides Zeitungen, die von seiner Firma finanziell kontrolliert wurden - künftig von persönlichen Angriffen gegen Hitler und einzelne nationalsozialistische Führer absehen würden. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 290 ff.; Kurt Koszyk, Paul Reusch und die "Münchner Neuesten Nachrichten". Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 20 (1972), S. 75-103.

19. März 1932 Dok. 56
Rede auf Gauleitertagung der NSDAP in München [1]

VB vom 22.3.1932, "'Schlagt Severing und seine Partei!'" [2].

Niemand, der das innere Gefüge der Bewegung kennt, konnte auch nur einen Augenblick über die Fortführung des Kampfes [3] im Zweifel sein! Für die N.S.D.A.P. ist es einfach undenkbar, eine einzige Schlacht nicht auszufechten, die zu schlagen sich ihr bietet.

Noch einige solche "Mißerfolge" wie der 13. März [1932] [4], *und wir sind die Herren in Deutschland! Wie hoch der Gegner den gewaltigen Erfolg der N.S.D.A.P. einschätzt, zeigt jetzt das Vorgehen Severings* [5].

Wir sind entschlossen, bis zum Letzten zu kämpfen, denn alles kann die Partei ertragen, nur nicht Stillstand oder Kampfaufgabe.

Ich stelle mich an die Spitze dieses Kampfes; mit absoluter Zähigkeit und Beständigkeit wird vorgegangen; ohne diesen Willen stände ich heute nicht vor Ihnen!

Wir werden dem Feind Abbruch tun, und niemand soll jemals sagen können, daß wir mehr hätten leisten können!

Wir sind glücklich, alle Brücken hinter uns abgebrochen zu haben, ständen sie noch, ich selber würde sie zerstören!

An den Sieg müssen wir glauben, und schon jetzt sagen wir, daß der Tag nach der Entscheidung uns wieder, wie immer bisher, als Kämpfer sehen soll.

Der Erfolg hängt von unserer Arbeit und von dem Glauben, den wir in sie setzen, ab [6]*!*

---

1 Nachmittags. Der Ort der Veranstaltung ist nicht zu ermitteln, vermutlich das Braune Haus oder die Reichsführerschule der NSDAP. Auch diese Veranstaltung leitete der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, der "die Gauleiter und Unterführer, die trotz kürzester Frist *vollzählig erschienen* waren", mit einer Rede begrüßte. Nach einer weiteren Rede des nationalsozialistischen Reichspropagandaleiters Goebbels, der den Slogan "Schlagt Severing und seine Partei!" als Motto der kommenden Wahlen vorstellte, folgte eine Aussprache aller Gauleiter. Vgl. auch Dok. 55.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 22.3.1932, "Die neue Aktion". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 145; Dietrich, Hitler, S. 67 f.

3 Vgl. Dok. 47, Anm. 7.

4 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.

5 Dok. 52-54.

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

19. März 1932 Dok. 57
"Pg. Wilhelm Kube Wahlleiter für Preußen"
Anordnung

VB vom 22.3.1932, "Anordnung des Führers".

Hiermit ernenne ich unseren Fraktionsführer im Preußischen Landtag, Pg. *Wilhelm Kube*[1], zum *Wahlleiter für Preußen*[2] und beauftrage ihn mit der technischen Durchführung der notwendigen Vorarbeiten[3].

München, 19. März 1932

gez. *Adolf Hitler*

21. März 1932 Dok. 58
Rede vor nationalsozialistischen Pressevertretern in Berlin[1]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 146[2].

Redetext nicht ermittelt[3].

---

1 Wilhelm Kube (1887-1943), 1911 Eintritt in die Deutschsoziale Partei, seit 1912 Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1922 Stadtverordneter in Berlin (DNVP), 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Herausgeber der Zeitung *Märkischer Adler*, 1927 Übertritt zur NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, Preußischer Staatsrat, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Generalkommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

2 Die Wahl zum preußischen Landtag fand turnusgemäß am 24.4.1932 statt.

3 Zum Wahlkampf der NSDAP in Preußen, den Kube bereits am 9.2.1932 mit einer Rede in Breslau über das "nationalsozialistische Sofortprogramm nach der Machtübernahme in Preußen" eröffnet hatte, vgl. Höner, Der nationalsozialistische Zugriff, S. 227 ff. sowie Bd. V/1, Dok. 1 ff.

1 Im Hotel *Kaiserhof*, Mohrenstraße 1-5.

2 Der Inhalt dieser Ansprache war offenbar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, da sogar Hinweise auf das bloße Faktum nicht in der Presse zu finden sind.
Vgl. auch Krebs, Tendenzen, S. 152 ff., der diese Ansprache in der Erinnerung auf den 31.3.1932 datiert. Zutreffende Datierung jedoch in BA, NL Krebs/1.

3 Goebbels schreibt, Hitler habe über die "neue Aktion" gesprochen und dabei die propagandistischen Planungen der NSDAP für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl erläutert. Detailliertere Angaben bei Krebs, Tendenzen, S. 153 f.: Hitler sei zunächst auf den abgelaufenen Wahlkampf eingegangen und habe die Motive erläutert, die ihn zur Kandidatur veranlaßt hätten. Dann habe er nach den Ursachen für seinen Mißerfolg gefragt. "Eine erste Ursache sah Hitler in der Person des Gegenkandidaten", eine zweite "in dem Versagen der mittleren und unteren Parteiinstanzen". Im dritten Teil, dem eigentlichen Hauptteil seiner Rede, wäre die

21. März 1932 [1] Dok. 59
Interview mit dem Daily Express [2]

Daily Express vom 22.3.1932, "Hitler Promises to 'Show the World'. Whirlwind Air Tour. 1,000,000 to Hear Him in Six Days. Exklusive Talk to 'Daily Express'" [3].

"I am going to show the world an election campaign such as it has never seen before."

[...] [4]

---

nationalsozialistische Presse von Hitler scharf kritisiert worden, sie sei langweilig, gleichförmig und unselbständig. Vgl. dazu auch Dok. 65.
Am Abend des 22.3. traf sich Hitler in Görings Berliner Wohnung mit dem 1. und dem 2. Reichsvorsitzenden des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Wilhelm Simpfendörfer und Gustav Hülser. Diese wollten von Hitler wissen, ob die NSDAP zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen bereit sei, warum sie nicht die Revisionspolitik Brünings unterstütze und wie die NSDAP über das künftige Verhältnis von Staat und Kirche denke. Simpfendörfer resümierte wenige Tage später über das ergebnislose Treffen, daß "Hitler als Politiker [...] einen ganz niederschmetternden Eindruck gemacht" habe: "Verschwommen, unklar, ohne realpolitische Einsicht und ohne fest umrissenes Ziel. Er fühlt sich als politischer Prophet, der in schwärmerischer Verzückung gewisse Zukunftsbilder ausmalt. Würde Hitler zur Macht kommen, so könnte das nur mit einer Katastrophe enden." Vgl. William L. Patch, Adolf Hitler und der Christlich-Soziale Volksdienst. Ein Gespräch aus dem Frühjahr 1932. In: VfZ 37 (1989), S. 145-155.

1 Datierung nach dem Tag des Interviews.
2 Das Interview führte der Korrespondent des *Daily Express* in Berlin, Sefton Delmer. Für die zweite Phase des Wahlkampfs um das Amt des Reichspräsidenten erhielt Delmer als einziger Journalist die Erlaubnis, Hitler auf seiner gesamten Wahlkampftour zu begleiten. Vgl. Sefton Delmer, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 141 ff. sowie Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 266. Ferner Bd. IV/1, Dok. 111, Bd. IV/2, Dok. 41 und Bd. V/1, Dok. 12, 33, 35 und 37.
In dem Artikel wird über Ort und Zeit des Interviews nichts berichtet, sondern mit folgender Schilderung eingeleitet: "Adolf Hitler, his fierce blue eyes flashing defiance, swept his hand across the table that stood between us as he made this statement to me in an exclusive interview to-day. It was as though with that one stroke of his hand he brushed away the cobweb of rumours spun about him by his political opponents to the effect that, disheartened and daunted by his failure to vanquish the aged Field-Marshal von Hindenburg in the first round of the electoral battle for the German Presidency, the German Fascist leader was going to retire from the fight.
Herr Hitler has just returned to Berlin in order to resume here his work as an official of the Brunswick Embassy, a position, it will be recalled, which was granted to him to qualify him as a German citizen for the Presidential election. He was dressed in the uniform - black coat and striped trousers - of German Government employees. Our interview was the first he has given to any journalist since the first ballot on March 13."
3 Zur Reaktion der deutschen Presse vgl. z. B. Der Angriff vom 22.3.1932, "Eine Unterredung mit dem Führer"; Hamburger Nachrichten vom 22.3.1932, "Hitlers Pläne im zweiten Wahlkampf"; Märkische Zeitung vom 22.3.1932, "Hitler ist guten Mutes"; Schlesische Zeitung vom 22.3.1932, "Hitler-Interview im 'Daily Express'"; Germania vom 23.3.1932, "Hitler prophezeit wieder".
4 "'Are you downhearted, Herr Hitler?' I asked him almost as soon as we shook hands."
Vgl. auch Bericht No. 197 des britischen Botschafters in Berlin, Sir Horace Rumbold, vom 18.3.1932, in dem es u. a. heißt: "I am informed on good authority that, with the exception of Hugenberg, the Nationalist and Stahlhelm leaders are depressed by their defeat. Herr Hitler, for his part, received the results with an outbreak of anger and vented his wrath on his immediate entourage, holding them to be responsible for a decision which he, in the first instance, had felt instinctively to be unwise. Having proclaimed that there was no such word as defeat in the National Socialist vocabulary and knowing that a truce must inevitably lead to loss of ground, he decided without much reflection to try his fortune a second time." PRO, FO 371/15943.

"Downhearted?" he replied. "Why, I had expected twelve million votes. You remember I told you[5]. I got 11,341,000[6]. The opposition was sterner than even I had expected. The lies had their effect.

"Do you know that on the actual Sunday of the election airplanes flew over large parts of Germany showering leaflets to the ground which proclaimed in my name that I had retired in favour of Field-Marshal von Hindenburg[7]?"

[...][8]

"It has been a hard battle," Herr Hitler reflected, "but it is not over yet."

[...][9]

To Make History

"I am going to fight as I have never fought before. The Government has forbidden all political demonstrations and meetings for a fortnight[10], leaving only a week for the election campaign before the final ballot on April 10[11].

"But in the six days left I shall make history. I shall address at least a million people. I shall have an airplane [12] and fly in it from one town to another, speaking at four or five meetings a day[13]."

---

5 Gemeint ist vermutlich Hitlers Pressekonferenz vom 4.12.1931, an der auch ein Vertreter des *Daily Express* teilnahm. Hitler hatte damals allerdings die Zahl seiner Anhänger mit "700,000 members and some 15,000,000 supporters" angegeben. Druck: Bd. IV/2, Dok. 83.

6 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.
Trotz der tiefen Enttäuschung über den Ausgang des ersten Wahlgangs bemühte sich Hitler und mit ihm die NSDAP, das Wahlergebnis zu einem Sieg umzustilisieren. Seine erste öffentliche Rede nach dem 13.3.1932 stellte er denn auch unter das provozierende Motto: "Unser Sieg!". Immerhin hatte sich Hitler, wie in seinem Schreiben an die Braunschweigische Gesandtschaft vom 10.3. sowie in seinem Interview vom 12.3. deutlich wird, bereits auf einen zweiten Wahlgang eingestellt. Derartige Planungen wie auch seine in den Wahlkampfreden stereotyp wiederholte Beteuerung, man werde am 14.3. die Arbeit oder den "Kampf" wiederaufnehmen, änderten allerdings nichts daran, daß man innerhalb der NSDAP das Wahlergebnis als "eine verlorene Schlacht" bewertete - so Goebbels am 13.3.1932. Hitler hatte sein Wahlziel nicht erreicht. Seine Prognose vom 12.3., er werde mindestens 12.000.000 Stimmen erhalten, mindestens so viele wie Hindenburg, hatte sich ebensowenig erfüllt wie die Siegesgewißheit des *Angriffs*, der in seiner Wahlsonder-Nummer vom 13.3.1932 Hitler bereits als "Führer und Reichspräsident" bezeichnet hatte. Vgl. Dok. 42 und 46, Dok. 47, Anm. 7 sowie Dok. 50; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 141.

7 Der *VB* berichtete, daß in der Endphase des Reichspräsidentenwahlkampfs ein gefälschtes Flugblatt u. a. durch Flugzeuge verbreitet worden sei, auf dem Hitler angeblich verkündete, daß er seine Kandidatur zurückziehe, nachdem "auf Anregung des Reichswehrministers Groener [...] gestern in Berlin eine gemeinsame Besprechung zwischen mir und meinen engsten Mitarbeitern mit seiner Exzellenz von Hindenburg, Reichswehrminister Groener und Herrn Dr. Brüning stattgefunden" habe. Faksimilierter Druck: VB vom 16.3.1932, "Freche Flugblattfälschung der Hindenburgfront". Vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 139.

8 "'Yes, I had heard this, it had been officially admitted by the Hindenburg committee."

9 "Herr Hitler's eyes glinted with steely determination. He looked tired, and battle-worn, but there was no question of his indomitable courage and confidence in this ultimate victory."

10 Mit der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17.3.1932 waren für die Zeit vom 20.3. (Palmsonntag) bis 3.4.1932 (Weißer Sonntag) "öffentliche politische Versammlungen sowie alle politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten" worden. Verboten wurde ferner die Verbreitung jeglicher politischer Propaganda in diesem Zeitraum. Druck: RGBl. 1932, I, S. 133.

11 Vgl. Dok. 42, Anm. 2.

[...][14]

"Let them," said Herr Hitler. "We need no money to finance our campaign[15]. My campaign finances itself. Every person who comes to hear me at my meetings pays an entrance fee, and we make a profit, not a loss[16]."

[...][17]

"Yes," replied Herr Hitler, "most certainly I do[18]."

[...][19]

---

12 Um die knappe Zeit, die für den Wahlkampf zur Verfügung stand, optimal zu nutzen, entwickelten Hitler, Goebbels und Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer am 18.3.1932 den Plan, ein Flugzeug zu chartern, damit Hitler täglich in drei bis vier Städten sprechen könne. Wenige Tage später empfing Hitler Flugkapitän Hans Baur von der Deutschen Luft Hansa, mit dem er am 3.4. zu seinem ersten "Wahlflug" (nach Dresden) aufbrach. In Deutschland war dies eine völlig neue Form des Wahlkampfs wie auch der politischen Selbstdarstellung. Auf seinen fünf Deutschlandflügen soll Hitler insgesamt etwa 50.000 Flugkilometer zurückgelegt haben. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 141, 144 f. sowie Bd. V/1 dieser Edition, Dok. 3 ff.; Hans Baur, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten 1956, S. 81 ff.; Dietrich, Hitler, S. 65 ff. Weitere Bilder und Informationen: Hitler über Deutschland. Hrsg. von Heinrich Hoffmann. Text von Josef Berchthold, München 1932.

13 Nachdem Hitler noch in der Nacht des 13.3. signalisiert hatte, auch im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zu kandidieren, begannen bereits am nächsten Tag die Vorbereitungen für die Propagandakampagne der NSDAP. Das Wahlkampfkonzept, das vor allem Goebbels und Hitler selbst erarbeiteten, wurde bestimmt durch die geringe Zeit, die durch die Verordnung über den sog. Osterfrieden noch weiter eingeschränkt wurde. Am 27.3. notierte Goebbels in sein Tagebuch, er "habe in Berlin die Propagandaaktion zu Ende geführt. Es ist nun alles fertig für die Zweite Schlacht." "Hauptschlager" dieses Wahlkampfs, so Goebbels am 17. und 18.3., sollte "eine Versammlungstournee ganz großen Stils" werden, in deren Verlauf Hitler "täglich drei- bis viermal, nach Möglichkeit auf öffentlichen Plätzen oder in Sportarenen, sprechen" sollte. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 141 ff. sowie Paul, Aufstand der Bilder, S. 97 f. Ferner Dok. 47, Anm. 7, Dok. 55 mit Anm. 1 und 6 sowie Dok. 56, Anm. 1. Ferner Bd. V/1, Dok. 1 ff.

14 "'They say that your funds are running low, Herr Hitler?' I interposed."

15 Zur damaligen Finanzlage der NSDAP und zur Frage ihrer Finanzierung durch einzelne Geldgeber vgl. Turner, Großunternehmer, S. 273 ff.

16 Die Erlöse aus den Eintrittspreisen für die Wahlkampfveranstaltungen der NSDAP spielten für deren Finanzierung eine nicht zu unterschätzende Rolle. War der durchschnittliche Eintrittspreis in Höhe von einer Reichsmark für eine Wahlkampfrede Hitlers nach damaligen Verhältnissen ohnehin schon sehr hoch, so wurden bevorzugte Plätze oft noch teurer gehandelt; Schwarzmarktpreise von 10,- bis 15,- RM waren keine Seltenheit. Während des Reichstagswahlkampfs 1930 schätzte die Politische Polizei, daß der hohe Unterhaltungswert der Reden Hitlers oder anderer prominenter Nationalsozialisten dafür sorge, daß in einzelnen Großveranstaltungen mindestens ein Gewinn von 10.000,- RM erzielt würde. "Kampfschatzsammlungen" während dieser Versammlungen, aber auch die zahllosen "Sprechabende" an der Basis der NSDAP taten ein übriges, um deren Einkünfte erheblich zu vermehren. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 147 f.; Horst Matzerath und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92. Vgl. ferner die Anmerkungen zu Hitlers Redeauftritten in dieser Edition.

17 "'Do you expect to increase your vote in the next ballot?' I asked."

18 Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10.4.1932 wurden für Hitler 13.418.547 (36,8%), für Hindenburg 19.359.983 (53%) und für Thälmann 3.706.759 (10,2%) Stimmen abgegeben.
Im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 hatten 11.339.446 Wähler (30,1%) für Hitler, 18.651.497 (49,6%) für Hindenburg und 4.983.341 (13,2%) für Thälmann gestimmt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

19 "One of the most intimate advisers of Herr Hitler told me subsequently that the Fascist Party [*sic!*] are confidently expecting an appeal to be issued on their behalf by a number of powerful nationalist organisations, representing millions of voters, calling on their members to vote for Hitler at the next ballot.
In the last ballot these organisations voted either for Field-Marshal von Hindenburg or for Lieut[*enant*]-Colonel Duesterberg, the Steel Helmet candidate."

"The chief surprise to me at the last election," said Herr Hitler, in continuing our conversation, "was not the votes cast for me; those came roughly whithin my expectations. No, it was the failure of the Communists, combined with the remarkable solidity of the Socialists for Field-Marshal von Hindenburg[20].

"I increased the vote of my party by five millions[21]. What that means you will see when you consider that the Centre Party (Dr. Bruening's party), throughout the forty years in which it has played such an important and dominant role in German politics, has not polled more than from five to six million votes[22], the number which at one go I added to my party in the hour of my alleged defeat."

Herr Hitler smiled, shook hands, and returned to his work.

22. März 1932 Dok. 60
"Betrifft: Namensverleihungen" [1]
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 22.3.1932.

SA

Gruppe Hochland

Dem Sturm 3/L, München, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 26. Mai 1923 von Franzosen erschossenen Albert Leo Schlageter[2], von dessen Kompanie viele SA-Männer dem Sturm angehören, künftig die Bezeichnung

"Sturm 3 Schlageter"

zu führen.

---

20 Vgl. Dok. 50, Anm. 7.

21 Vgl. Dok. 47, Anm. 4.

22 Im Zeitraum zwischen 1919 und 1930 erreichte das Zentrum sein prozentual günstigstes Wahlergebnis 1919 - noch unter der Bezeichnung Christliche Volkspartei - bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 mit 15,9% (5.980.200 Stimmen), sein prozentual schlechtestes Wahlergebnis bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 mit 11,8% (4.127.900 Stimmen). Das nach absoluten Zahlen schlechteste Wahlergebnis erzielte das Zentrum bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 mit 3.712.200 Stimmen (12,1%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 67 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 541.

1 Vgl. Dok. 14, Anm. 1.

2 Albert Leo Schlageter (1894-1923), 1918 Leutnant d. R., 1919 Eintritt in den Jungdeutschen Orden, 1919-1921 Angehöriger verschiedener Freikorps, Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, Ruhrgebiet und in Oberschlesien, 1923 Mitglied der Organisation Heinz, Beteiligung an Sabotageakten gegen die französischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, am 9.5.1923 von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt, am 26.5.1923 standrechtlich erschossen.
Die NSDAP vereinnahmte Schlageter schon bald für ihre Propaganda, obwohl es unklar blieb, ob Schlageter tatsächlich Mitglied der NSDAP gewesen ist. Sicher läßt sich nur sagen, daß Hitler im Jahr 1923 den Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets entschieden abgelehnt hat. Vgl. Manfred Franke, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Gruppe Schlesien

Dem Sturm 21/63, Zültz [*sic!*] O[*ber*]S[*chlesien*], wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 22. Januar 1932 von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Bruno Schramm[3] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 21 Bruno Schramm"

zu führen.

Gruppe Mitte

Dem Motorsturm IV/181, Lugau, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 11. November 1931 von Marxisten ermordeten Truppführer Walter Thriemer[4] künftig die Bezeichnung

"Motorsturm IV/181 Walter Thriemer"

zu führen.

Dem Sturm 31/165, Volpke, wird die Berechtigung verliehen, zur Erinnerung an den am 1.1.1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Kurt Wietfeld[5] künftig die Bezeichnung

"Sturm 31 Kurt Wietfeld"

zu führen.

Gruppe Nordmark

Dem Motorsturm 1/I/31, Altona, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den auf einer Dienstfahrt tödlich verunglückten SA-Mann Friedrich Vinke[6] künftig die Bezeichnung

"Motorsturm I Friedrich Vinke"

zu führen.

SS

Dem 2. SS-Sturm I/14. SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den von Kommunisten tödlich verwundeten, am 4. Februar 1932 den Verletzungen erlegenen SS-Mann Fritz Beubler[7] künftig die Bezeichnung

"Fritz Beubler"

zu führen.

---

3 Bruno Schramm (1903-1932), Diplom-Ingenieur in Zülz (Oberschlesien), 1921 Eintritt in das Freikorps Oberland, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1930 Gründer der Ortsgruppe Zülz, SA-Mann, in der Nacht vom 22. auf 23.1.1932 bei einer politischen Auseinandersetzung verletzt und gestorben.
Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 25.1.1932, "Neue politische Bluttat".

4 Walter Thriemer (1907-1931), Bäckergehilfe in Neuwiese (Sachsen), 1929 Eintritt in die NSDAP, SA-Mann, dann Truppführer im SA-Motorsturm IV/181, am 11.11.1931 erstochen.
Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 13.11.1931 (Reichsausgabe), "Der Terror"; Münchner Neueste Nachrichten vom 13.11.1931, "Wieder kommunistische Morde. Wie lange noch?"

5 Kurt Wietfeld (1908-1932), Malergehilfe in Barneberg (Provinz Sachsen), SA-Mann, am 1.1.1932 im Anschluß an eine nationalsozialistische Silvesterfeier erschossen.
Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 3.1.1932 (1. MA), "Politische Ausschreitungen".

6 Näheres nicht zu ermitteln.

7 Fritz Beubler (1911-1932), Zimmermann in Merxleben (Thüringen), SS-Mann, am 29.1. bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 4.2.1932 gestorben.

Dem Sturm 2/III/7. SS-Standarte, Zwickau, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 15. August 1931 in Limbach durch Kommunisten erschlagenen SS-Mann Grobe [8] künftig die Bezeichnung

"Sturm 2 Grobe"

zu führen.

Adolf Hitler

22. März 1932 Dok. 61
Telegramm an Magnus von Levetzow [1]

Masch. Abschrift; BA-MA, N 239/56.

Nehmen Sie meinen aufrichtigsten Dank entgegen für Ihr unentwegtes großherziges Eintreten für meine Bewegung im Kampf um Deutschlands Erneuerung [2].

Adolf Hitler

8 Herbert Grobe (1909-1931), Kaufmännischer Angestellter in Limbach (Sachsen), Mitglied der NSDAP, SS-Mann, am 15.8.1931 erschossen.
Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 17.8.1931, "Von Tag zu Tag".

1 Magnus von Levetzow (1871-1939), 1889 Seekadett in der Kaiserlichen Marine, 1892 Leutnant z. S., 1894/95 Adjutant und Signaloffizier auf dem Panzerschiff *Wörth*, 1898/99 Wach- und Navigationsoffizier auf dem Kleinen Kreuzer *Kondor*, 1900-1902 Ausbildung an der Marineakademie, 1902/03 Kapitänleutnant, Admiralstabsoffizier im Stab der ostamerikanischen Kreuzerdivision, 1903-1906 Tätigkeit beim Admiralstab der Marine in Berlin, zugleich Admiralstabsoffizier beim Stab der Kaisermanöverleitung, 1908 Erster Offizier auf dem Panzerkreuzer *Scharnhorst*, 1913 Kapitän zur See, 1913-1916 Kommandant des Schlachtkreuzers *Moltke*, 1916-1918 Chef der Operationsabteilung des Kommandos der Hochseestreitkräfte, 1917 Chef des Stabes des Flottensonderverbands zur Eroberung der Baltischen Inseln, 1918 Kommandeur der 2. Kreuzeraufklärungsgruppe der Hochseeflotte, Juli bis November 1918 Chef des Stabes der Obersten Seekriegsleitung, 1920 Chef der Marinestation Ostsee, Teilnahme am Kapp-Putsch, Abschied als Konteradmiral, seit 1924 Tätigkeit bei der Junkers AG, 1932/33 MdR (NSDAP), 1933-1935 Polizeipräsident von Berlin, 1935 Preußischer Staatsrat, seit 1936 Aufsichtsratsmitglied der Weser-Flug AG, seit 1937 auch der HAPAG.

2 Levetzow hatte bereits am 3.3.1932 an den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands, Heinrich Claß, geschrieben, er sehe "keine andere praktische politische Möglichkeit, als - vom Standpunkt der nationalen Opposition - Hitler zu wählen, mag es diesem oder jenem der Anhänger anderer Rechtsgruppen auch noch so sauer werden". Nachdem der *VB* bereits am 13./14.3.1932 einen Aufruf von "Admiral von Lewetzow" [*sic!*] publiziert hatte, sandte dieser am 25.3. ein erweitertes Wahlbekenntnis an Göring, das am 2.4. im *VB* publiziert wurde. Das Manifest, das Levetzow an sämtliche Marinevereine "und an verschiedene Kameradschaftsbünde" sowie an die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands schickte, beginnt mit folgenden Worten: "Ich wähle nie und nimmer Hindenburg, weil sich erwiesen hat, daß unser Volk, trotz seiner Amtsperiode, dem Elend und dem Untergang rettungslos entgegensteuert; ich wähle ihn nicht, weil er als Repräsentant des Systems vom 9. November 1918 herausgestellt wird. Ich wähle *Hitler*, den stärksten Vertreter der deutschen Befreiungsbewegung, weil er an Stelle dumpfer Verzweiflung wieder Hoffnung in Millionen deutscher Herzen entzündet hat." Er habe - so heißt es am Schluß von Levetzows Aufrufs - Verständnis für jene, die im ersten Wahl-

22. März 1932 Dok. 62
"Das neue gegen das alte Deutschland. 'Wann wir an der Macht sein werden'" Artikel[1]

La Stampa della Sera vom 22.3.1932, "La Nuova Contro La Vecchia Germania 'Quando saremo al potere'".

Man kann das heutige Deutschland vom politischen Standpunkt her weder verstehen noch gebührend würdigen, ohne die Veränderungen zu kennen, die sich in der Struktur des Landes gerade abspielen und die das Deutschland von morgen ausmachen werden. Das deutsche Volk steht an einem Scheideweg, vor zwei Wegweisern, die in zwei verschiedene Richtungen weisen, vor einem Wendepunkt der Geschichte, an dem sich der alte und der neue Geist eine verzweifelte Schlacht liefern und an dem der Nationalsozialismus klar als das Bild des neuen Deutschlands zu erscheinen beginnt. Der Nationalsozialismus widmet sich dem Ziel, auf den Ruinen der bürgerlichen und der proletarischen Ideologie, die beide im Begriff sind, einzustürzen und zu zerbrechen, ein neues politisches Ideal ins Leben zu rufen.

Non si può nè comprendere nè dovutamente apprezzare la Germania di oggi dal punto di vista politico, senza conoscere i mutamenti che si stanno svolgendo nella struttura del Paese e che faranno la Germania di domani. Il popolo tedesco si trova ad un bivio, davanti a due indicatori stradali che segnano due strade diverse, ad una svolta della Storia nella quale lo spirito antico dà battaglia disperata allo spirito nuovo e nella quale il socialismo nazionale comincia ad apparire chiaramente come la immagine della Germania nuova. Il socialismo nazionale si dedica a dar vita ad un nuovo ideale politico, creato sulle rovine dell'ideologia borghese e dell'ideologia proletaria che sono sul punto di cadere, di infrangersi.

---

gang noch Duesterberg gewählt hätten, nach dessen Ausscheiden gäbe es jetzt im zweiten Wahlgang aber "nur eine einzige Wahl". Druck: Granier, Levetzow, Dok. 39 f.; VB vom 13./14.3.1932, "Bekannte deutsche Männer geben Antwort auf die Frage: Warum nicht Hindenburg, sondern Hitler?"; vom 2.4.1932, "'Ran an den Feind' Wählt Adolf Hitler!". Vgl. auch Dok. 59, Anm. 19.
Am 3./4.4.1932 erschien im *VB* ein weiterer Aufruf, der von Levetzow und zahlreichen anderen Angehörigen der Vereinigten Vaterländischen Verbände und des Reichslandbunds unterzeichnet war. Der Aufruf beginnt mit der Feststellung, daß die Unterzeichner nicht der NSDAP angehörten und "auch manche Kritik an ihr" verstünden. Er schließt mit dem Satz: "Wie jeder nationale Deutsche bei den Landtagswahlen nur die Gegner dieses Systems wählen kann, so muß er folgerichtig sich auch im zweiten Reichspräsidentenwahlgang für den einzigen Gegen-Kandidaten gegen das System, *für Adolf Hitler*, entscheiden." VB vom 3./4.4.1932, "'Im Nationalsozialismus erblicken wir die größte deutsche Freiheitsbewegung seit 100 Jahren'".

1 Bei diesem Artikel Hitlers handelt es sich um einen Artikel, der erstmals am 24.10.1931 unter der Überschrift "Germany at the Crossroads!" in *The Saturday Review* erschien (Druck: Bd. IV/2, Dok. 56). Eine spanische Übersetzung erschien am 28.11.1931 unter der Überschrift "Mis planes para el futuro. El hitlerismo, de victoria en victoria. Cuando lleguemos al poder" [*Meine Pläne für die Zukunft. Der Hitlerismus von Sieg zu Sieg. Wann wir an die Macht gelangen*] in der 1917 von Nicolás M. Urgoiti y Achúcarro und José Ortega y Gasset gegründeten madrilenischen Zeitung *El Sol*.
Die italienische Version dieses Artikels wurde jedoch inhaltlich überarbeitet und nimmt auch bezug auf die Ergebnisse des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932.

Dieses neue politische Ideal beinhaltet die Ansicht, daß es nicht das Individuum und nicht die Menschheit, sondern die Nation ist, die in Wirklichkeit ein organisches Wesen von höchstem Wert darstellt.

Questo nuovo ideale politico afferma che non è l'individuo, non è l'umanità, ma la Nazione che rappresenta realmente un'entità organica del più alto valore.

Das Nazi-Regime

Der Sieg der Hitler-Bewegung [2] ist in keiner Weise mit einem Sieg Deutschlands, wie es vor dem Krieg existiert hat, gleichzusetzen [3]. Dieses gehört der Geschichte an, obwohl die Nationalsozialisten als Söhne, die das Vaterland ehren, es durchaus nicht geringschätzen wollen.

Il regime nazi

La vittoria del movimento hitleriano non significa in alcun modo la vittoria della Germania di prima della guerra. Quest'ultima appartiene alla Storia, benchè i nazionalsocialisti, da figli rispettosi per la patria, non vogliano affatto sminuirla.

Das Nazi-Regime wird keine Rückkehr zur Vergangenheit darstellen. Es ist eine junge Generation [4], die unter seiner Fahne für das Recht auf Leben kämpft. Dieses junge Deutschland, das nicht mit der Verantwortung für den Krieg belastet ist und seine Unterschrift nicht unter das Eingeständnis seiner angeblichen Schuld [5] gesetzt hat, hat sein Schicksal der nationalsozialistischen Bewegung anvertraut, mit dem Ziel, sich von der zermürbenden Last der Kriegsschulden [6] zu befreien, die es jeglicher Hoffnung auf ein besseres Leben beraubt und noch für einige Generationen berauben wird.

Il regime nazi non segnerà un ritorno al passato. È una giovane razza che combatte sotto le sue bandiere per il diritto alla vita. Questa giovane Germania, che non porta il peso di responsabilità della guerra e che non ha apposto la firma sotto la confessione della sua pretesa colpabilità, ha confidato il suo destino al movimento nazionalsocialisto allo scopo di liberarsi del fardello estenuante dei debiti di guerra che la privano e la priveranno per qualche generazione di ogni speranza d'una esistenza migliore.

Entschlossen, mit dem Problem der Kriegsschulden auch das des friedlichen Wiederauf-

Decisa a risolvere, in un col problema [*sic!*] dei debiti di guerra quello della ricostruzione

2 Gemeint ist das Ergebnis des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl 1932; vgl. Dok. 47, Anm. 2.

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.
Damals unterstützten einzelne Nationalsozialisten die Überlegungen des ehemaligen deutschen Kronprinzen, selbst im zweiten Wahlgang für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Derartige Planspiele waren jedoch in keiner Weise mit der Führung der NSDAP, geschweige denn mit Hitler abgestimmt. Bereits der Widerstand aus seiner Familie brachte Wilhelm selbst dazu, diesen Gedanken schon bald wieder fallen zu lassen. Am 2.4.1932 erklärte er statt dessen öffentlich, daß er im zweiten Wahlgang für Hitler stimmen werde. Vgl. Willibald Gutsche, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991, S. 138 ff.; Sylvia Andler, "...ein neues Deutsches Reich unter mir erobern." Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus-D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 143-149. Ferner Bd. V/1, Dok. 12 sowie Frankfurter Zeitung vom 3.4.1932 (2. MA), "Väter und Söhne".

4 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 15.

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

baus des Landes zu lösen, hat es [*das Nazi-Regime*] die Absicht, die zerstörerischen Elemente des Marxismus auszuschalten, die es heute ins finanzielle und moralische Verderben führen. Es will den asiatischen Bolschewismus ausrotten, der die Existenz einer zweitausendjährigen Kultur bedroht und der alle Staaten Europas gegeneinander aufgebracht hat. Es will den moralischen Charakter wiederherstellen und festigen, dem das deutsche Volk seinen guten Ruf unter den anderen Nationen der Welt verdankt.

Wenn sie diese große Aufgabe erfüllen wollen, können die Nationalsozialisten nicht die Verpflichtung übernehmen, die mit den Kriegsschulden verbundenen finanziellen Verbindlichkeiten anzuerkennen, die das wirtschaftlich ausgebeutete und verarmte Deutschland nicht zu zahlen in der Lage ist und die jeglichen wirtschaftlichen Wiederaufbau unmöglich machen, nicht nur zum Schaden Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Andererseits hat die Hitler-Partei die Absicht, die privaten Schulden[7] anzuerkennen und zu zahlen. Sie legt großen Wert darauf, daß diese Tatsache allgemein bekannt wird, um die falschen Gerüchte zum Verstummen zu bringen, die über ihre Absichten verbreitet worden sind[8]. Dies ist die Wahrheit.

pacifica del Paese, essa ha l'intenzione di domare gli elementi distruttivi del marxismo che oggi la conducono verso la rovina finanziaria e morale. Essa vuole estirpare il bolscevismo asiatico che minaccia l'esistenza di una civiltà due volte millenaria e che ha messo gli uni contro gli altri tutti i Paesi dell'Europa. Essa vuole restaurare ed affermare la fibra morale alla quale il popolo tedesco deve la sua buona rinomanza fra le altre Nazioni del globo.

Se vogliono assolvere questo grande compito i nazionalsocialisti non possono assumersi l'impegno di ratificare gli obblighi finanziari relativi ai debiti di guerra, che il popolo tedesco, sfruttato economicamente ed impoverito, è incapace di pagare e che rendono impossibile ogni ricostruzione economica, a detrimento non solo della Germania, ma del mondo intero. D'altra parte il partito hitleriano ha l'intenzione di riconoscere e pagare i debiti privati. Esso dà grande importanza a che questo fatto sia universalmente noto, allo scopo di far tacere le false voci che si sono sparse sulle sue intenzioni. Questa è la verità. I creditori privati si accorgeranno che l'applicazione dei principii economici dei nazionalsocialisti offre una miglio-

7 Das Deutsche Reich war - nicht zuletzt aufgrund seiner Reparationszahlungen - im hohen Maße abhängig von ausländischen Anleihen. Am 29.2.1932 betrug die deutsche Auslandsverschuldung insgesamt 20.623 Millionen RM. Von diesen Auslandskrediten hatte das Reich 3.125, Länder und Gemeinden 1.215, die Reichsbank und Golddiskontbank 904, die deutsche Wirtschaft 8.785 und die übrigen deutschen Banken 5.802 Millionen RM erhalten (sonstige 792 Millionen RM). Die Gesamtschuld von 20.623 Millionen RM gliederte sich in Kurzkredite (fällig bis Februar 1933) in Höhe von 10.153 und in später fällige Langkredite in Höhe von 10.470 Millionen RM. Gläubigerländer waren in erster Linie die USA, die Niederlande und die Schweiz, dann Großbritannien und Frankreich. Italienische Gläubiger hatten lediglich Kapital in Höhe von 147 Millionen RM in Deutschland angelegt. Vgl. Wirtschaft und Statistik. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, 12 (1932, 2. August-Heft), Nr. 16, S. 490-493.

8 Der Erfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatte nicht nur die deutsche Wirtschaft stark verunsichert, auch ausländisches Kapital wurde in Höhe von über 700 Millionen RM abgezogen, so daß innerhalb weniger Wochen die deutschen Börsenkurse um durchschnittlich 10% fielen. Derartige Reaktionen resultierten nicht zuletzt aus der Unsicherheit von Banken und Industrie über die sozialistischen Elemente in der

Die privaten Gläubiger werden erkennen, daß die Anwendung der ökonomischen Prinzipien der Nationalsozialisten eine bessere und sicherere Garantie für die Tilgung ihrer Kredite bieten wird als das verantwortungslose Regime der Desorganisation, welches heute in Deutschland triumphiert[9]. Wir sind überzeugt, daß der Frieden und die Ordnung ganz Europas vom Erfolg der nationalsozialistischen Regierung abhängen und daß die Weiterführung des jetzigen Systems uns direkt in den Abgrund führen wird.

re e più sicura garanzia per ciò che concerne il soddisfacimento dei loro crediti finanziari, che non il regime irresponsabile di disorganizzazione che trionfa oggi in Germania. Noi siamo convinti che dal successo del regime nazionalsocialista dipendono la pace e l'ordine di tutta l'Europa e che la continuazione del sistema attuale ci condurrà direttamente verso l'abisso.

Die Grundlagen des Friedens

Der Nationalsozialismus hat nicht die Absicht, Krieg zu führen, und wir hoffen aufrichtig auf den Frieden, um uns dem Wiederaufbau des Landes widmen zu können[10]. Dennoch weisen wir aufrichtig darauf hin, daß es ein Wahnsinn ist zu glauben, man könne das Gebäude des Friedens auf Fundamenten errichten, die fortwährend von Reparationsforderungen erschüttert werden. Diese gefährliche Illusion führt uns in Chaos und Zusammenbruch, in die Vernichtung einer großen, lebendigen Nation im Herzen Europas. Diejenigen, die wirklich den Frieden wollen, müssen zunächst den Nationen helfen, in Frieden zu leben, und verhindern, daß immanente Kräfte sie zu einer Explosion

Le fondamenta della pace

Il socialismo nazionale non si accinge a fare la guerra e noi aspiriamo sinceramente alla pace per poterci consacrare alla ricostruzione del Paese. Tuttavia ricordiamo lealmente che è una follia ritenere che si possa erigere l'edificio della pace su fondamenta che sono continuamente scosse dalle esigenze delle riparazioni. Questa pericolosa illusione ci presagisce il caos ed il crollo, la devastazione d'una grande Nazione piena di vita e nel cuore dell'Europa. Coloro che desiderano realmente la pace debbono anzitutto aiutare le Nazioni a vivere in pace ed impedire che forze immanenti le spingono verso una esplosione. Il movimento nazionalsocialista ritiene che la pace sarà meglio assicurata in Europa

wirtschaftspolitischen Programmatik der NSDAP. Bereits bei seinen zahlreichen Auslandsinterviews im Dezember 1931 betonte Hitler, daß sich die NSDAP für eine Tilgung der privaten Schulden einsetzen werde. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 153 ff. Ferner Bd. IV/2, Dok. 83 ff.

9 Neben dem am 11.8.1931 unterzeichneten Hoover-Moratorium, das alle internationalen Regierungsschulden und Reparationen für ein Jahr sistierte, hatten Vertreter aller interessierten Gläubigerländer am 19.8.1931 in Basel mit einem deutschen Bankenkomitee ein sog. Stillhalteabkommen, gültig für die Zeit vom 1.9.1931 bis 29.2.1932, unterzeichnet. Durch dieses Abkommen wurden die Masse der kurzfristigen *kommerziellen* deutschen Auslandsverschuldung in einer Gesamthöhe von 6,3 Milliarden RM auf sechs Monate gestundet, um damit - parallel zum Hoover-Moratorium - die Zahlungsfähigkeit der deutschen Banken, Industrie- und Handelsfirmen langfristig zu sichern. Das Stillhalteabkommen wurde durch das Deutsche Kreditabkommen vom 23.1.1932 um weitere zwölf Monate bis zum 28.2.1933 verlängert und der gestundete Betrag - neben weiteren Erleichterungen zugunsten der deutschen Seite - auf 5,4 Milliarden RM reduziert. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 134 ff.; Link, Stabilisierungspolitik, S. 498 ff. Vgl. ferner Dok. 8, Anm. 29.

10 Vgl. jedoch Dok. 24, Anm. 8.

treiben. Die nationalsozialistische Bewegung glaubt, daß der Frieden in Europa besser gesichert sein wird, wenn die politischen Verträge, die Deutschland in Ketten legen[11], zurückgenommen und aufgehoben werden, als wenn man sich bemüht, sie aufrechtzuerhalten, weil die französische Prestigesucht die Sicherheit der Welt gefährdet, statt sie zu konsolidieren.

se i trattati politici che incatenano la Germania sono ripresi ed abrogati, che non se ci si sforza a conservarli, poichè la manìa francese degli ornamenti mette in pericolo la sicurezza del mondo invece di consolidarla.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im [*Deutschen*] Reich, das in vielen Ländern als Niederlage der Nationalsozialisten angesehen wird[12], bedeutet keinesfalls das Scheitern der Grundidee unserer Bewegung, wie es unsere Gegner behaupten. Es hat vielmehr gezeigt, daß der Nationalsozialismus in Deutschland die einzige Bewegung ist, die fähig ist, die schlechte sozialdemokratische Verwaltung zu bekämpfen und die Fahrt in den Abgrund zu stoppen.

Il risultato delle elezioni presidenziali del Reich, considerato in molti Paesi come una disfatta dei nazionalsocialisti, non implica affatto il fallimento dell'idea fondamentale del nostro movimento, come insinuano i nostri avversari. Esso ha dimostrato invece che il socialismo nazionale era in Germania il solo movimento atto a combattere la cattiva amministrazione socialdemocratica e ad arrestare la corsa verso l'abisso.

Betrachtet man diese Wahl allgemein im Lichte der Gesetzmäßigkeiten von Wahlen, so sind alle anderen Strömungen deutlich in der Minderheit. Die Ergebnisse der Volksabstimmung haben gezeigt, daß im Falle von Neuwahlen die Hitler-Partei die stärkste Partei in Preußen[13] sowie die Kraft der Zukunft

In quella votazione, se la si considera secondo le regole abituali delle elezioni in genere, tutte le altre tendenze sono in netta minoranza. I risultati della votazione popolare hanno provato che in caso di nuove elezioni, il partito hitleriano sarebbe il partito più forte in Prussia e la forza dell'avvenire in tutto il

11 Anspielung auf den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich daran anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

12 Die deutsche Presse berichtete, daß die meisten ausländischen Zeitungen den Ausgang des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl mit Erleichterung als Niederlage Hitlers bewertet hätten. In amerikanischen Regierungs- und Wirtschaftskreisen habe - so die *Frankfurter Zeitung* - "das Wahlergebnis geradezu als die Befreiung von einem Alpdruck" gewirkt. Viele Blätter würden nun im zweiten Wahlgang einen Sieg Hindenburgs erwarten, verwiesen aber nicht ohne Besorgnis auf die hohe Zahl an nationalsozialistischen Stimmen. Lediglich einige rechtsradikale Zeitungen in Frankreich stünden auf dem Standpunkt, daß es für Frankreich gleichgültig sei, ob Hitler oder Hindenburg die Wahl gewinne. Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.3.1932 (AA), "Der Eindruck im Auslande"; Frankfurter Zeitung vom 14.3.1932 (AA), "Hitlers Niederlage - Deutschlands Sieg"; Germania vom 14.3.1932, "Auslands-Echo der Wahlen"; Vorwärts vom 14.3.1932 (AA), "Der Eindruck im Ausland"; Frankfurter Zeitung vom 15.3.1932 (1. MA), "Das Echo des Auslandes".

13 Die deutschen Wahlkreise deckten sich nicht mit den Ländergrenzen, so daß es nur möglich ist, auf die Ergebnisse der jeweiligen Wahlkreise zu verweisen, die hauptsächlich auf preußischem Gebiet lagen (Wahlkreis 1, Ostpreußen, - Wahlkreis 23, Düsseldorf West). In diesen Wahlkreisen hatte Hitler beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 sein schlechtestes Ergebnis im Wahlkreis 2 (Berlin) mit 19,4%, sein bestes Ergebnis im Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein) mit 42,7%. Insgesamt entsprachen die Ergebnisse der genannten Wahlkreise etwa jenen 30,1% der Wählerstimmen, die Hitler damals auf Reichsebene erzielte.

im ganzen Reich wäre. Statt der Partei aggressive und zerstörerische Tendenzen zuzuschreiben[14], würde man der Sache des europäischen Friedens viel besser dienen, wenn man sich bemühen würde, die Ziele der Hitler-Bewegung besser zu verstehen und die Zukunft Europas so zu organisieren, daß Deutschland wenigstens in der Lage wäre, aus der momentanen unglückseligen Situation herauszukommen und sich ohne Hemmnisse am Werk des europäischen Wiederaufbaus zu beteiligen.

Der Vormarsch der Nationalsozialisten im [*Deutschen*] Reich ist eine unabwendbare Tatsache. Der Stempel der Hitler-Bewegung hat sich dem deutschen Volk sehr viel tiefer eingeprägt, als man im Ausland glaubt[15]. Niemals hat eine Jugend einem solch tragischen Schicksal getrotzt wie die deutsche unserer Tage. Wir haben unseren Plan gefaßt und warten auf die Zukunft, was auch immer unser Schicksal sein möge.

Adolf Hitler

Reich. In luogo di attribuire al partito tendenze aggressive e distruttrici, si servirebbe molto meglio la causa della pace europea, se ci si sforzasse di comprendere maggiormente gli obbiettivi del movimento hitleriano e di organizzare l'avvenire dell'Europa in modo che la Germania sia almeno in condizioni di uscire dall'attuale disgraziata situazione e di partecipare, senza intralci, all'opera di ricostruzione europea.

L'avanzata dei nazionalsocialisti nel Reich è un fatto ineluttabile. Il popolo tedesco reca l'impronta del movimento hitleriano ben più profondamente che non si creda all'estero. Mai una giovinezza ha affrontato un destino tragico come quella tedesca dei nostri giorni. Noi abbiamo fissato il nostro piano e attendiamo l'avvenire, qualunque sia il destino che ci è riservato.

Adolfo Hitler

Bei der preußischen Landtagswahl vom 24.4.1932 wurde die NSDAP mit einem Ergebnis von 8.007.384 Stimmen (36,3%) stärkste Partei. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 61 ff., 78, 101.

14 Vgl. z. B. Dok. 1, Anm. 27, Dok. 3, Anm. 12, Dok. 19, Anm. 11, Dok. 30, Dok. 43, Anm. 16 und Dok. 43, Anm. 1, 3 und 4 sowie Dok. 52, Anm. 20.

15 Zur Rezeption Hitlers und der NSDAP durch das Ausland vgl. etwa Brigitte Granzow, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964; Adolf Kimmel, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933, Bonn 1969; Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984, S. 73 ff.; Angela Schwarz, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-39), Göttingen 1993, S. 52 ff.

23. März 1932 — Dok. 63
"Pg. Hermann Esser Propagandaleiter für die Landtagswahlen in Bayern"
Anordnung

VB vom 27./28./29.3.1932.

Ich ernenne zum Propagandaleiter für die bayerischen Landtagswahlen[1] Pg. Hermann *Esser*[2].

München, den 23. März 1932

Adolf Hitler

24. März 1932 — Dok. 64
Telegramm an Wilhelm Groener

VB vom 27./28./29.3.1932, "Der Kampf um die Staatsbürger-Rechte".

Durch Maßnahmen preußischer und anderer Landespolizeibehörden wurden in den letzten Tagen *25 nationalsozialistische Zeitungen auf 5 Tage verboten*[1]. Ich protestiere schärfstens gegen diese neue, im Zusammenhang mit der durch gar nichts gerechtfertigten Polizeiaktion des preußischen Innenministeriums[2] stehende, Knebelung der nationalsozialistischen Presse. In Verbindung mit der Erklärung des Osterfriedens[3] stellen diese Verbote eine *weitere Verschärfung der bisherigen Verfolgungen der N.S.D.A.P.* dar[4]. Auch dieses unerhörte Vorgehen *ge-*

---

1 Die Wahl zum bayerischen Landtag fand turnusgemäß am 24.4.1932 statt. Zum Wahlkampf der NSDAP vgl. auch Bd. V/1, Dok. 1 ff.

2 Hermann Esser (1900-1981), 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Schriftleiter des *Völkischen Beobachters*, 1923 Propagandaleiter der NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu drei Monaten Haft verurteilt, Führer der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1925/26 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1926/27 Bezirksleiter von Oberbayern und Schwaben, 1926-1932 Hauptschriftleiter des *Illustrierten Beobachters*, 1929-1933 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Münchner Stadtrat, 1932 MdL in Bayern, 1933-1935 Minister ohne Geschäftsbereich und Chef der Staatskanzlei in Bayern, 1936 Präsident des Reichsfremdenverkehrsverbands, 1939 zugleich Staatssekretär, Leiter der Fremdenverkehrsabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 in Internierungshaft, 1949 im Entnazifizierungsverfahren als Hauptschuldiger eingestuft, 1950 freigelassen.

1 Im *VB* und in *Der Angriff* finden sich im März 1932 25 Meldungen über Verbote nationalsozialistischer Zeitungen, beginnend mit *Der Angriff* (Berlin), der vom 26.2. bis 4.3. verboten wurde. Das letzte Verbot vor dem 24.3. betraf die *Niedersächsische Tageszeitung* (Hannover), die laut *Der Angriff* vom 22.3.1932, für acht Tage verboten wurde. Zu weiteren Verbotsfällen und zum Gesamtkomplex vgl. Dok. 47, Anm. 3.

2 Vgl. Dok. 52-54.

3 Vgl. Dok. 59, Anm. 10.

4 Zu den staatlichen Maßnahmen gegenüber der NSDAP nach dem 13.3.1932 vgl. z. B. Dok. 49, 51-54 und 65.

fährdet bei Duldung durch das Reichsinnenministerium bedauerlicherweise *den Glauben an die Objektivität der öffentlichen Gewalten in Reich und Ländern.*

26. März 1932 Dok. 65
Aufruf[1]

VB vom 30.3.1932, "Appell Adolf Hitlers an die Bezieher und Leser der nationalsoz[*ialistischen*] Presse"[2].

Seit Wochen befindet sich Deutschland in Wahlkämpfen[3], deren Ausgang von entscheidender Bedeutung für die nächste Zukunft unseres Volkes sein wird. Gegen die Repräsentanten der Novemberrevolution und ihre Folgen kämpft die Nationalsozialistische Bewegung in stolzer Vereinsamung [*sic!*] als letzte und einzige Vertreterin des Lebenswillens der deutschen Nation.

Alle sind gegen uns!

Ein nie dagewesenes Komplott vereinigt alle Nutznießer unseres Unglücks innen und außen. Ungeheuerlich und skrupellos sind die Mittel, die unsere Gegner in diesem ihrem Ringen gegen uns anwenden. Ihr System zwingt alle Möglichkeiten des privaten und öffentlichen Lebens in seine Dienste und arbeitet mit Verdrehungen, Lügen und Verleumdungen, mit versteckter und offener Gewalt gegen uns. *Unzählige Märtyrer hat die Nationalsozialistische Bewegung in ihrem Kampf um unseres Volkes Ehre, Freiheit und Zukunft zu beklagen*[4]*, und der Terror nimmt dabei immer noch kein Ende*[5].

Charakteristisch für die damalige Stimmung in der Führung der NSDAP etwa der Tagebucheintrag Goebbels' vom 16.3.1932: "In Berlin läßt Severing wegen Hochverratsverdachts verhaften. Das ist außerordentlich begrüßenswert. Das reißt die Organisation am ehesten wieder aus der depressiven Stimmung heraus. Die Roten nutzen die Gelegenheit aus; aber wer zuletzt lacht, lacht immer doch noch am besten." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 143.

1 Mit seiner Anordnung versuchte Hitler auch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17.3.1932 (Druck: RGBl. 1932, I, S. 133) zu umgehen, die u. a. folgende Bestimmung enthielt: "Plakate und Flugblätter politischen Inhalts sind mindestens vierundzwanzig Stunden, ehe sie in irgendeiner Art öffentlich verbreitet werden, der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen [....]. Plakate und Flugblätter, die entgegen dieser Vorschrift öffentlich verbreitet werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden." Hitlers offensichtlicher Umgehungsversuch wurde jedoch vom Oberpräsident der Provinz Hannover, Gustav Noske, verhindert. Mit Billigung des Reichsministerium des Innern stellte er fest, daß es sich bei den angekündigten Zeitungsausgaben faktisch um Flugblätter handele, so daß die NSDAP gezwungen war, auf diese Art der Verbreitung zu verzichten. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 1.4. 1932 (Reichsausgabe), "Die Zeitung als Flugblatt". Vgl. ferner Dok. 58.

2 Eine inhaltlich leicht variierende Version des Aufrufs, der die Regierungspolitik u. a. als ungesetzlich bezeichnete, wurde durch die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* vom 26.3.1932 in der gesamten nationalsozialistischen Presse verbreitet.

3 Am 13.3.1932 hatten der erste Wahlgang der Reichspräsidentenwahl sowie die Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz stattgefunden, der 10.4.1932 war Termin für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Außerdem waren für den 24.4.1932 Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg sowie die Bürgerschaftswahl in Hamburg anberaumt. Vgl. auch Dok. 24, Anm. 13 und Dok. 42, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 48, Anm. 4, ferner Dok. 14 und 60.

Ein besonders empörendes Kampfmittel unserer Gegner ist dabei seit 13 Jahren der sich dauernd steigernde *Mißbrauch der öffentlichen Gewalt* für nackte parteipolitische Interessen. Gerade in diesen Wochen des Wahlkampfes kann jeder aufrechte und wahrheitsliebende Deutsche erkennen, wie sehr durch die derzeitige Parteiherrschaft *alle verfassungsmäßigen Grundlagen unseres staatsbürgerlichen Lebens erschüttert oder bereits beseitigt* sind.

Die Freiheit der Gesinnung, die Kundgebung der freien Meinung, die Freiheit der Propaganda, der öffentlichen Rede, sowie der Versammlung und am allermeisten die Freiheit der Presse existiert in Wirklichkeit nicht mehr[6]. Kaum jemals zuvor ist die *Verletzung der Pressefreiheit* so unverhüllt und offen betrieben worden wie in diesen Tagen. Entgegen den Bestimmungen und Forderungen der Verfassung sind *unzählige nationalsozialistische Zeitungen*, deren Eintreten für die Interessen und Rechte des deutschen Volkes den Koalitionspartnern unbequem und daher verhaßt ist, *beschlagnahmt oder verboten* worden[7]. Außer in Polen[8] sind diese Zustände kaum in einem anderen Lande der Welt denkbar.

Die Schuldigen des heutigen Systems glauben dabei vielleicht, unsere Presse vernichten und ihre eigene Existenz damit noch einmal retten zu können. Aber seit 12 Jahren ist der Nationalsozialismus gewohnt, diesen verzweifelten Angriffen zu begegnen. *Wir haben bisher aus jeder Unterdrückung immer noch neue Kraft geschöpft* zum Kampf für das Recht und gegen die Unterdrückung. Auch diesmal kann unsere Antwort auf die Knebelung der Wahlfreiheit und Wahlpropaganda *nur ein noch schärferer Angriff gegen das System* sein. Unsere Presse wollen sie vernichten, wir aber werden ihnen durch grandiose Maßnahmen das Gegenteil des Gewollten beweisen. Ab Donnerstag, den 31. März [*1932*], wird auf meine Anordnung hin die gesamte nationalsozialistische Presse auf die Dauer von 10 Tagen in einem zwar beschränkten Umfange, dafür aber in einer verdrei- bis verzehnfachten Auflage erscheinen[9]. Es wird uns möglich sein, damit eine ungeheure *Werbeaktion für unsere Presse* durchzuführen als Antwort

5 Zu den staatlichen Maßnahmen gegenüber der NSDAP nach dem 13.3.1932 vgl. z. B. Dok. 49, 51-54 und 64.

6 Vgl. Dok. 30, Anm. 7.

7 Vgl. Dok. 47, Anm. 3 und Dok. 64, Anm. 1.

8 Mit dem Staatsstreich von Marschall Józef Piłsudski im Mai 1926 begann die schrittweise Transformierung Polens von einer parlamentarischen Demokratie hin zu einem Staat autoritärer Prägung. Dies betraf auch das Recht der freien Meinungsäußerung; bereits am 25.5.1927 wurde vom Sejm ein Pressedekret verabschiedet, das staatlichen Organen die Möglichkeit der Zensur einräumte. Die innenpolitische Lage in Polen verschärfte sich, als Piłsudski, seit 25.8.1930 erneut Ministerpräsident, fünf Tage später das Parlament auflösen und am 16. und 23.11.1930 Neuwahlen für Sejm bzw. Senat durchführen ließ, die ganz von einer rigorosen Unterdrückung und Verfolgung der Opposition geprägt waren. Piłsudskis Bruch mit Verfassung und Parlament verschaffte den Regierungsparteien eine absolute Mehrheit von 247 Mandaten im Sejm und wurde somit zum Beginn seiner mehr oder minder offenen Diktatur. Auch die Zensur wurde nun verschärft: Allein im Januar 1931 wurden Zeitungen wie *Robotnik* zehnmal, *Gazeta Warszawska* siebenmal beschlagnahmt. Vgl. Antony Polonsky, Politics in Independent Poland 1921-1939. The Crisis of Constitutional Government, Oxford 1972, passim.

9 Ungeachtet des raschen Wachstums der NSDAP blieben Entwicklung und Auflagenhöhe der nationalsozialistischen Zeitungen vorerst begrenzt. 1932 dürfte die Gesamtauflage der reichsdeutschen NS-Tagespresse zwischen 500.000 und 750.000 Exemplaren gelegen haben, zusätzlich einer Auflage der Wochenzeitungen bei etwa 250.000 Stück. Dies entsprach lediglich einem Anteil von 12% an der Gesamtauflage aller Parteizeitungen, bzw. einem Anteil von 2,5% an allen 1932 erscheinenden Zeitungen. Die Führung der NSDAP war sich dieses Problems durchaus bewußt, ohne daß es ihr vor 1933 gelungen wäre, Attraktivität und Wirkung ihrer Presse wesentlich zu steigern. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 125 ff., Zahl S. 159; Paul, Aufstand der Bilder, S. 180 ff.

auf die planmäßigen Versuche ihrer Unterdrückung und Vernichtung. Die Ausführungsbestimmungen für diesen Presse-*Propagandafeldzug* sind bereits erlassen[10].

Ich erwarte und verlange von den Beziehern und Lesern der nationalsozialistischen Zeitungen, daß sie, den Sinn dieser großen Aktion verstehend, ihrerseits mithelfen, ihre Durchführung zu ermöglichen.

Jeder Nationalsozialist wird es sich angesichts der letzten Severing-Aktion[11] zur Mundtotmachung unserer Presse [*sic!*] als höchste Ehre anrechnen, *selbst ein Kämpfer* und damit *ein Träger dieser Protestwerbeaktion* zu sein.

Schon jetzt ist der großangelegte Vernichtungsplan des preußischen Innenministeriums gegen die deutsche Freiheitsbewegung gescheitert. *Vor aller Welt ist die Gesetzlichkeit des nationalsozialistischen Kampfes erneut erwiesen.* Unsere Aufgabe ist es nun aber, *zum Gegenangriff* überzugehen. Die Unsicherheit des Handelns unserer Feinde muß unsere Kraft zu ihrer Vernichtung stärken.

Wenn jeder Nationalsozialist und Leser unserer Presse in diesen kommenden zehn Tagen opferbereit seine Pflicht erfüllt, dann wird unsere Presse aus einem Angriff, der sie töten sollte, stärker als je zuvor hervorgehen.

Nationalsozialisten! Unsere Propaganda des Plakates, der Versammlung und der Rede wird von der ganzen Welt als unerreicht bewundert. Sorgt durch euer Verständnis und eure Arbeit mit dafür, daß unsere Presse sich zu derselben Höhe erheben kann[12].

26. März 1932

Adolf Hitler

---

10 Vgl. Dok. 55 f. und 58. Zum Propagandamaterial, das die NSDAP für diese Phase des Wahlkampfs vorbereitet hatte, vgl. z. B. die Anzeige im *VB* vom 27./28./29.3.1932, S. 12.

11 Vgl. Dok. 52-54.

12 Der nationalsozialistischen Parteipresse gelang es bis 1933 nicht, dieselbe Wirkung wie die übrigen Medien der NS-Propaganda zu entfalten. Noch im August 1932 bezeichnete der nationalsozialistische Funktionär Robert Ley die Presse der NSDAP als das "Stiefkind unserer Bewegung". Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 180 ff. sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 104. Ferner Dok. 58.
Auch Hitler versuchte immer wieder durch entsprechende Aufrufe, Artikel und Anordnungen, die Auflage der nationalsozialistischen Presse zu steigern. Vgl. z. B. Bd. I, Dok. 3, 65; Bd. III/1, Dok. 28 und 29; Bd. III/2, Dok. 36; Bd. III/3, Dok. 12, 17.

März 1932[1] Dok. 66
Interview mit L'Oeuvre[2]

L'Oeuvre vom 19.3.1932, "Hitler et le coup d'Etat contre la République"[3].

Je n'ai pas l'habitude, a-t-il répondu à ma question, de rectifier tous les faux bruits répandus par mes adversaires sur mon compte, surtout ceux lancés à l'étranger. Mais lorsqu'ils sont de nature à porter atteinte aux intérêts du peuple allemand, j'estime de mon devoir d'y répondre. On a annoncé que "Hitler c'est la guerre"[4]. Je tiens à affirmer que ma victoire ne pourra, à mon avis, nullement influer de manière défavorable sur les relations allemandes avec l'étranger[5]. Non, la victoire de l'hitlérisme à l'élection pour la présidence du Reich[6] ne mettra nullement en danger la paix en Europe.

"La guerre n'a jamais définitivement réglé les relations entre les peuples. Si elle n'aboutit pas à l'extermination complète de l'un ou de l'autre, ce sera éternellement à recommencer. La paix en Europe, je le répète, ne sera pas troublée, à moins qu'un pays ne le veuille expressément et ce ne sera pas nous[7]."

1 Eine genaue Datierung ist nicht möglich; der Artikel gibt an, das Interview habe im März in Berlin stattgefunden und nur 20 Minuten gedauert. Hinweise auf den terminus ante quem bieten nicht nur der Erscheinungstermin, sondern auch die Tatsache, daß sich Hitler bis 11.3.1932 auf Wahlkampfreise befand. Auch ist aus Hitlers wenigen Äußerungen nicht zu erkennen, ob der erste Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl bereits stattgefunden hat.
Hinweise auf den terminus post quem bietet eine Bemerkung in der längeren Einleitung zu diesem Interview: Die schwedischen Journalisten hätten diskutiert, ob Hitler mit "Herr Regierungsrat" oder lediglich mit "Herr Hitler" anzusprechen sei. Dies spräche dafür, daß das Interview nach dem 26.2.1932 geführt wurde, möglicherweise am 28.2., als Hitler mehrere ausländische Journalisten empfing. Vgl. Dok. 28 und Dok. 30, Anm. 1.

2 Vermutlich im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5. An dem kurzen Interview, dessen Vorbereitung und dessen äußere Umstände zunächst ausführlich geschildert werden, nahmen außerdem amerikanische und schwedische Journalisten teil. Die Gespräche, die der Korrespondent mit dem Auslandspressechef der NSDAP, Ernst Hanfstaengl, und Hitlers SA-Adjutanten, Wilhelm Brückner, führte, sind im ersten Teil des Artikel wiedergegeben. Interviews Hitlers mit französischen Journalisten blieben jedoch, wie es in dem Artikel selbst einleitend heißt, die Ausnahme. Vgl. hierzu auch Bd. IV/1, Dok. 15 und 24.

3 Vgl. auch Märkische Zeitung vom 19.3.1932, "Hitler gegen das Gerede kriegerischer Absichten"; Le Matin vom 20.3.1932, "Les espoirs des nazis".

4 Zur Rezeption Hitlers und der NSDAP durch das Ausland vgl. Dok. 62, Anm. 15.

5 Vgl. Dok. 24, Anm. 8.

6 Zu Hitlers "Sieg" bei der Reichspräsidentschaftswahl vgl. Dok. 47, Anm. 2.

7 Folgen allgemeine politische Betrachtungen des Journalisten.

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Aktiengesellschaft
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
B.d.F.	Bund der Frontsoldaten
BRT	Bruttoregistertonne
BVP	Bayerische Volkspartei
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
D. C.	District of Columbia
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
d. M.	dieses Monats
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
d. R.	der Reserve
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
E. h.	ehrenhalber
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
e. V.	eingetragener Verein
f. d. R.	für die Richtigkeit
FO	Foreign Office
GFM	Generalfeldmarschall
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GStA	Geheimes Staatsarchiv

HAPAG	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt Actien-Gesellschaft
h. c.	honoris causa
HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IB	Illustrierter Beobachter
IG	Interessengemeinschaft
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MdI	Ministerium des Innern
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MSPD	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ND	Neudruck
Nds.	Niedersächsisch
NL	Nachlaß
NORAG	Nordische Rundfunk Aktiengesellschaft
NS	Nationalsozialismus/Nationalsozialistisch
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDFB	Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSK	Nationalsozialistische Parteikorrespondenz
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
NSS	Nationalsozialistischer Schülerbund
OMGUS	Office of Military Government for (bis April 1947: of) Germany, United States
OSAF	Oberster SA-Führer/Oberste SA-Führung

PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PND	Polizeinachrichtendienst
PrASlg.	Presseausschnittsammlung
PRO	Public Record Office
R.A.	Rechtsanwalt
Rep.	Repertorium
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsministerium des Innern
S.A., SA	Sturmabteilung
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
Schufo	Schutzformation
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
U.S.S.R.	Union of Soviet Socialist Republics
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
z. b. V.	zur besonderen Verwendung
ZK	Zentralkomitee

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Abel, Karl-Dietrich, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968.

Afflerbach, Holger, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994.

Ahnert, Kurt, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik.
Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970.
Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearb. von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. XVII-XIX, Göttingen 1982-1983.

Alexander, Thomas, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992.

Andler, Sylvia, "...ein neues Deutsches Reich unter mir erobern." Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus-D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 143-149.

Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bd. III, IV, VII, Köln 1927-1930.

Bade, Klaus J. (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

Bardong, Otto (Hrsg.), Friedrich der Große. Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. XXII, Darmstadt 1982.

Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988.

Baur, Hans, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten 1956.

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Im Auftrag des Bayerischen Landtags hrsg. von P[*ius*] Dirr, München [3]1925.

Becker, Josef, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930-1932. In: Historische Zeitschrift 196 (1963), S. 74-111.

Behrenbeck, Sabine, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923-1945, Vierow bei Greifswald 1996.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Bergmann, Klaus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.

Berning, Cornelia, Vom "Abstammungsnachweis" zum "Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918.

Boldt, Hans, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

Born, Karl Erich, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

Bouhler, Philipp, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, München 1938.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie, Düsseldorf [5]1978.

Briefe Friedrichs des Großen, Bd. II. Hrsg. von Max Hein, Berlin 1914.

Brill, Hermann, Gegen den Strom, Offenbach a. M. 1946.

Broszat, Martin, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VfZ 8 (1960), S. 85-118.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Buchstab, Günter, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984.

Büttner, Ursula, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982.

Campbell, Bruce B., From Landsknecht to Political Soldier: The Political and Military Development of the Highest Leaders of the SA, Phil. Diss, University of Wisconsin, Madison 1988.

Christes, Johannes, Sklaven und Freigelassene als Grammatiker und Philologen im antiken Rom, Wiesbaden 1979.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J. [*1915*].

Corwin, Edward S., The President. Office and Powers 1787-1984. History and Analysis of Practice and Opinion, New York ^{5}1984.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze ^{2}1983.

Deiters, Heinz-Günter, Fenster zur Welt. 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland, Hamburg 1973.

Delmer, Sefton, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962.

Demps, Laurenz, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin ^{2}1996.

Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Hrsg. von Hermann Weber, Köln 1963.

Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von Wilhelm Mommsen, München ^{2}1960.

Deutscher Geschichtskalender. Hrsg. von Friedrich Purlitz. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution, Leipzig o. J.

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dietrich, Otto, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München 1934.

I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie: 1922-1935, Vol. XI, Roma 1981.

Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart ^{3}1991.

Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938.

Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Teil 1: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg ^{4}1988.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Drage, Charles, Als Hitler nach Canossa ging. Biographie des Walther Stennes, Berlin 1982.

Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965.

Dresler, Adolf, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München ^{2}1937.

Dresler, A[*dolf*], Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Dülffer, Jost, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973

Dülffer, Jost, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

Durth, Werner, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171.

Engelbrechten, J[*ulek*] K[*arl*] von und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Fait, Barbara, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Feldman, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

Felice *siehe* De Felice

Fenske, Hans, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994.

Fenske, Hans, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-229.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fichtes Reden an die deutsche Nation. Eingeleitet von Rudolf Eucken, Leipzig 1909.

Fischer, Conan, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-1935, London 1983.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

Forzano, Giovacchino, Campo di Maggio. Dramma In Tre Atti, Firenze 1931.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.

Franke, Heinz, Warum Hindenburg? (Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heft 7), München 1932.

Franke, Manfred, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Franz, Günther, Der Dreißigjährige Krieg und das Deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte, Stuttgart ^{4}1979.

Den Freiheitskämpfern des 9. Januar 1924. Ein Gedenkblatt an den Befreiungskampf der Pfalz. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Errichtung eines Wiesmann-Hellinger-Denkmals, Speyer o. J. [*1932*].

Freyberg, Thomas von, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

Funke, Manfred, Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen, Düsseldorf 1989.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. ^{4}1980.

Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981.

Gessner, Dieter, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

Gies, Horst, R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Gräber, Gerhard und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, Bd. 1: November 1918-November 1923, Landau 1992.

Grammbitter, Ulrike, Vom "Parteiheim" in der Brienner Straße zu den Monumentalbauten am "Königlichen Platz". Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 61-87.

Granier, Gerhard, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982.

Granzow, Brigitte, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964.

Grieswelle, Detlev, Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920-1933, Stuttgart 1972.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.

Gründer, Horst, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 1985.

Grundmann, Friedrich, Agrarpolitk im "Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979.

Grzesinski, Albert Carl, Inside Germany, New York 1939.

Güth, Rolf, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 263-336.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Gutsche, Willibald, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991.

Halbmast, Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

Halcomb, Jill, the S.A. A Historical Perspective, Overland Parks, Kans. 1985.

Hamann, Brigitte, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996.

Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967.

Hanfstaengl, Ernst, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980.

Hardach, Gerd, Der Erste Weltkrieg 1914-1918 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2), München 1973.

Hauner, Milan, Hitler. A Chronology of his Life and Time, London 1983.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Henke, Josef, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hillgruber, Andreas, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927; [65]1933.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978.

Hitler über Deutschland. Hrsg. von Heinrich Hoffmann. Text von Josef Berchthold, München 1932.

Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning (Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heft 5), München 1932.

Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Höhn, Reinhard, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

Höner, Sabine, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984.

Hoepke, Klaus-Peter, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.

Hoffmann, Peter, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975.

Hoffmann, Walther G. (unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse), Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1977.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hubatsch, Walther, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789.
Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969
Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981
Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984.

Huber, Ernst Rudolf, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart ^{3}1991.

Hubert, Peter, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener, Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919. Hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966.

Im deutschen Land marschieren wir. Materialien zur nationalsozialistischen Herrschaft. Zusammengestellt von Reinhard Bein, o. O. o. J. [*Braunschweig 1982*].

Isay, Ernst, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und zu den deutschen Staatsangehörigkeitsverträgen, Berlin 1929.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [4]1991.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1932.

James, Harold, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

Jamin, Mathilde, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

Jamin, Mathilde, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Der "Führerstaat". Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981, S. 329-360.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner, Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Lose, Bd. II: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15-129.

Johnson, Jeffrey Allan, The Kaiser's Chemists. Science and Modernization in Imperial Germany, Chapel Hill, N.C. 1990.

Kaiserworte. Ausgewählt von Friedrich Everling, Berlin 1917.

Katalog der nationalsozialistischen Pressen. Nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kimmel, Adolf, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933, Bonn 1969.

Kluge, Ulrich, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

Knickerbocker, H[*ubert*] R[*enfro*], Deutschland So oder So?, Berlin 1932.

Knopp, Guido, Hitler. Eine Bilanz, Berlin 1995.

Koch, Hannsjoachim W., Die Befreiungskriege 1807-1815. Napoleon gegen Deutschland und Europa, Berg 1987.

Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973.

Koszyk, Kurt, Deutsche Presse 1914-1945, Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972.

Koszyk, Kurt, Paul Reusch und die "Münchner Neuesten Nachrichten". Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 20 (1972), S. 75-103.

Krebs, Albert, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Kruse, Wolfgang, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.

Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.

Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

Lingg, Anton, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933-1939. Zusammengestellt und bearbeitet von Volker Wehrmann, Detmold 1984.

Loiperdinger, Martin, "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a. M. 1983, S. 433-468.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Loth, Wilfried, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

Ludendorff, [*Erich*], Der totale Krieg, München 1935.

Lütgemeier-Davin, Reinhold, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231.

Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

Mack Smith, Denis, Mussolini. Eine Biographie, München 1983.

Maier, Hans, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. ^{3}1990.

Marx, Karl, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, 4, Berlin (Ost) ^{9}1974.

Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965.

Matuschka, Edgar Graf von, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 305-343.

Matzerath, Horst und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92.

Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986.

Mayeur, Jean-Marie, La vie politique sous la Troisième République 1870-1940, Paris 1984.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Messerschmidt, Manfred, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, München 1979, S. 9-380.

Middleton, Richard, Colonial America. A History, 1607-1760, Cambridge, Mass. 1992.

Milkis, Sidney M. and Michael Nelson, The American Presidency. Origins and Development, 1776-1993, Washington D.C. ²1994.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

Mirow, Jürgen, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München ⁵1994.

Moltke, Helmuth Graf von, Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992.

Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976.

Moon, Penderel, The British Conquest and Dominion of India, London ²1990.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Morsey, Rudolf, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 417-448.

Morsey, Rudolf, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977.

Mühlberger, Detlef, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

Müller-Jabusch, Maximilian (Hrsg.), Handbuch des Öffentlichen Lebens. Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, Leipzig 1929.

Nadler, Harry E., The Rhenish Separatist Movements during the early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987.

Nadolny, Sten, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978.

Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. I: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990.

Nove, Alec, An Economic History of the U.S.S.R., London 1970.

Orde, Anne, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Overesch, Manfred, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

Overesch, Manfred, Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

Overesch, Manfred, Professor Hitler. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina in Braunschweig 16/1981, S. 57 f.

Partei-Statistik. Stand 1. Jan[*uar*] 1935 (ohne Saargebiet). Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, o. O. o. J.

Patch, William L., Adolf Hitler und der Christlich-Soziale Volksdienst. Ein Gespräch aus dem Frühjahr 1932. In: VfZ 37 (1989), S. 145-155.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Petersen, Klaus, Literatur und Justiz in der Weimarer Republik, Stuttgart 1988.

Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930.

Plewnia, Margarete, Auf dem Weg zu Hitler. Der "völkische" Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970.

Plieg, Ernst-Albrecht, Das Memelland 1920-1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat, Würzburg 1962.

Plumpe, Gottfried, Industrie, technischer Fortschritt und Staat. Die Kautschuksynthese in Deutschland 1906-1944/45. In: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 564-597.

Pohle, Heinz, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955.

Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik. Bde. 4/I und 4/II, Düsseldorf 1980.

Polonsky, Antony, Politics in Independent Poland 1921-1939. The Crisis of Constitutional Government, Oxford 1972.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Prinz, Friedrich, Die böhmischen Länder von 1848-1914. In: Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder. Hrsg. im Auftrag des Collegium Carolinum von Karl Bosl, Bd. III, Stuttgart 1968, S. 3-235.

Der Prozeß Rouzier, Landau 1927.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rabbow, Arnold, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970.

Rakenius, Gerhard W., Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard a. Rh. 1977.

Rasch, Manfred, Wissenschaft und Militär: Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wirtschaft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 49 (1991), S. 73-120.

Ratenhof, Gabriele, Das Deutsche Reich und die internationale Krise um die Mandschurei 1931-1933. Die deutsche Fernostpolitik als Spiegel und Instrument deutscher Revisionspolitik, Frankfurt a. M. 1984.

Reichelt, Werner, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

Reichspreßgesetz und die übrigen preßrechtlichen Vorschriften des Reichs und der Länder. Von Kurt Häntzschel, Berlin 1927.

Reichstagshandbuch 1928/1930. Persönliche Angaben und Bilder. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1928-1930.

Rimmele, Lilian-Dorette, Anspruch und Realität nationalsozialistischer Rundfunkarbeit vor 1933 in Hamburg. In: Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung. Hrsg. von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger, Berlin 1975, S. 135-151.

Ritter, Gerhard A., Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983.

Ritter, Gerhard A. und Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.

Rohkrämer, Thomas, August 1914 - Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 759-777.

Rohs, Peter, Johann Gottlieb Fichte, München 1991.

Romeyk, Horst, Düsseldorfer Regierungspräsidenten 1918 bis 1945. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 44 (1980), S. 237-299

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Rothermund, Dietmar, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985.

Rüffler, Klaus, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schaefer, Rainer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

Schieder, Wolfgang, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125.

Schieder, Wolfgang, War Hitlers Diktatur faschistisch? In: Wissenschaftskolleg - Institute for Advanced Study - zu Berlin. Jahrbuch 1985/86, Berlin 1987, S. 81-92.

Schmitt, Carl, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1929.

Schnabel, Thomas, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986.

Schneider, Michael, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Scholdt, Günter, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993.

Schreiber, Gerhard, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984.

Schroeder, Christa, Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, München 1985.

Schröter, Verena, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1984.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1932, München 1922-1933.

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik.
Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930
Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise
Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1963-1992.

Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Frankfurt a. M. 1977.

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

Schwarte, Max (Hrsg.), Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920.

Schwarz, Angela, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-39), Göttingen 1993.

Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

Segev, Tom, Die Soldaten des Bösen. Zur Geschichte der KZ-Kommandanten, Reinbek 1992.

Severing, Carl, Mein Lebensweg. Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950.

Sheehan, James J., Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983.

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. I: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815-1870. Von Wolfram Fischer, Jochen Krengel und Jutta Wietog, München 1982.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, [*Bd. II*]: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977.

Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung. Hrsg. von Günther Franz, Darmstadt ^{3}1975.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911-1934. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1911-1934.

Stein, Peter, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Steinecke, Grete, Wir Lipper, Detmold 1933.

Steinmeyer, Gitta, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1.

Stennes, Walter, Wie es zur Stennes-Aktion kam, Hekt. Broschüre, o. O. 1931. (IfZ, Fa 88).

Stokes, Lawrence D., Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984.

Stoltzenberg, Dietrich, Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude, Weinheim 1994.

Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz nebst andern ergänzenden Gesetzen, München [13]1931.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Studenten im Kampf. Beiträge zur Geschichte des NS-Studentenbundes (Sonder-Nummer: Die Studentische Kameradschaft). Hrsg. vom Reichsstudentenführer, München 1938.

Sturm, Peter, Die Sowjetunion und ihre asiatischen Nachbarn in der Zwischenkriegszeit - das Problem "Großbritannien". In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 1-32.

Syring, Enrico, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941,
Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930,
Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987.

Teuteberg, Hans J., Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer quantitativen Langzeitanalyse. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 331-388.

Thorne, Christopher, The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931-1933, London 1972.

Tilly, Rudolf, 60 Jahre Industrie-Club e. V., o. O. o. J. [*Düsseldorf 1972*].

Tracey, Donald R., Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar 1995, S. 49-74.

Transfeldt, Walter, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart ^{9}1986.

Treitschke, Heinrich von, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928.

Treue, Wilhelm, Der "Nordische Rundfunk" von der Gründung bis zur Weltwirtschaftskrise. In: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte 12 (1986), S. 277-288.

Trotzki, L[*eo*], Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Arbeiter-Einheitsfront gegen den Faschismus. Berlin 1932.

Turner, Henry Ashby jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Urbschat, Kerstin, Mecklenburg-Schwerin in den letzten Jahren der Weimarer Republik. In: Norddeutschland im Nationalsozialismus. Hrsg. von Frank Bajohr, Hamburg 1993, S. 83-98.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. III, Berlin o. J. [*1958*].

Verhandlungen des Reichstages.
II. Wahlperiode 1924, Bd. 382, Anlagen, Berlin 1924
V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Stenographische Berichte, Berlin 1932.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin ^{10}1939.

Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J. [*1932*].

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagemann, Ernst, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Hamburg 1931.

Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. Von Jürgen Falter, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann. Unter Mitarbeit von Dirk Hänisch, Jan-Bernd Lohmöller und Johann de Rijke, München 1986.

Warmington, B. H., Karthago. Aufstieg und Untergang einer antiken Weltstadt, Wiesbaden 1963.

Watt, Donald Cameron, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

Weberstedt, Hans und Kurt Langner, Gedenkhalle für die Gefallenen des Dritten Reiches. Unter Mitarbeit der Gauleitungen der NSDAP und Angehörigen der Gefallenen, München [2]1936.

Wegner, Bernd, Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn [4]1990.

Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980.

Weiß, Hermann, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

Weißbecker, Manfred, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv.
Bd. V: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929
Bd. VI: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929
Bd. X: Die Operationen des Jahres 1916 bis zum Wechsel in der Obersten Heeresleitung. Im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Berlin 1936
Bd. XI: Die Kriegführung im Herbst 1916 und im Winter 1916/17, Berlin 1938
Bd. XIV: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918, Berlin 1944. Hrsg. vom Bundesarchiv, ND: Koblenz 1956.
Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930.

Wengst, Udo, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986.

Die Werke Friedrichs des Großen. Hrsg. von Gustav Berthold Volz, Bd. 7: Antimachiavell und Testamente, Berlin 1912.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964.

White, Christine A., British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill, N.C. 1992.

Whiteside, Andrew G., Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918. In: VfZ 9 (1961), S. 333-359.

Wiesemann, Falk, Kurt Eisner. Studie zu seiner politischen Biographie. In: Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. Hrsg. von Karl Bosl, München 1969, S. 387-426.

Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1984.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

"Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein. Hrsg. von Erich Hoffmann und Peter Wulf, Neumünster 1983.

Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland. Hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1975.

Witzmann, Georg, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Zelnhefer, Siegfried, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg ^{2}1991.

Ziebura, Gilbert, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.